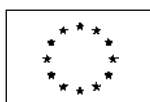


Europa in Zahlen

Eurostat Jahrbuch 2005



EUROPÄISCHE
KOMMISSION



THEMENKREIS
Allgemeine
und
Regionalstatistiken

Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre Fragen zur Europäischen Union zu finden

**Gebührenfreie Telefonnummer (*):
00 800 6 7 8 9 10 11**

(*): Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang zu 00 800-Nummern oder berechnen eine Gebühr.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu.int>).

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2005

ISSN 1681-4770

ISBN 92-894-9121-3

© Europäische Gemeinschaften, 2005

Copyright der folgenden Fotos: S. 37, 231: © Digital Vision; S. 38: © Steve Cole/PhotoDisc; S. 43: © Ryan McVay/PhotoDisc; S. 46: © Lawrence Lawry/PhotoDisc; S. 50, 57: © Jason Reed/PhotoDisc.

Für Reproduktion oder sonstige Verwendung dieser Fotos muss die Genehmigung direkt beim Inhaber des Urheberrechts erfragt werden.

Chefredakteur*G. Schäfer***Redaktion***S. Cervellin, M. Feith, M. Fritz***Eurostat, Referat Verbreitung und Veröffentlichungen**

DANKSAGUNGEN

Die Redakteure des Eurostat Jahrbuchs 2005 danken allen, die an seiner Entstehung beteiligt waren. Zur Veröffentlichung des Jahrbuchs haben folgende Personen durch ihre Unterstützung beigetragen:

EUROSTAT, DAS STATISTISCHE AMT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN***Referat A5: Information und Verbreitung***M. Baryn, M. Copers, A. Johansson-Augier, B. Le Goff***Direktion B: Hauptindikatoren und statistische Instrumente***B1 Hauptindikatoren (G. Mazzi, L. Sproge, H. Strandell)**B2 Rechnergestützte Verwaltung von Informationssystemen (V. Dreux)**B4 Referenzdatenbanken (D. Groenez, M. Loos, S. Paganoni, A. Pasqui, O. Stembert)**B5 Forschung (S. Frank, H. Willen)***Direktion C: Wirtschafts- und Währungsstatistik***C2 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Produktion (L. Biedma, I. Kuhnert)**C3 Öffentliche Finanzen, Steuern (L. Frej-Ohlsson, G. Thouvenin)**C4 Zahlungsbilanz (C. Andreatta, P. Passerini)**C5 Preise (A. Makaronidis, L. Mejer, S. Stapel)***Direktion D: Statistik des Binnenmarktes, Beschäftigungs- und Sozialstatistik***D1 Arbeitsmarkt (S. Jouhette, A. Paternoster, A. Tokofai, H. Vreeswijk)**D2 Lebensbedingungen und Sozialschutz (G. Abramovici, I. Dennis, A. Melis, J. Piirto)**D3 Unternehmen (P. Sneijers)**D4 Energie und Verkehr (A. Gikas, H. Strelow)**D5 Bildung und Kultur (B. Andrén, A. Mc Allister, P. Schmidt)**D6 Gesundheit und Ernährungssicherheit (D. Dupre, S. Gagel, E. Niederlaender)**D7 Informationsgesellschaft und Dienstleistungen (F.C. Bovagnet, C. Demunter, S. Fickinger, M. Ottens, M. Lumio, F. Reis, H.-W. Schmidt)***Direktion E: Agrar-, Fischerei-, Strukturfonds- und Umweltstatistik***E1 Strukturelle Agrarstatistik (U. Eidmann)**E2 Statistik der Agrarerzeugnisse (G. Weber, G. Steffes)**E3 Nachhaltige Entwicklung, Fischerei, Entwicklung des ländlichen Raums, Wälder (E. Maki-Simola, D. Cross, Y. Zanatta)**E4 Strukturfonds (T. Carlquist, B. Feldmann)**E5 Umwelt (J. Klein)***Direktion F: Statistik der Außenbeziehungen***F1 Demografie, Migration (G. Kyi, D. Thorogood)**F2 Außenhandel (A. Berthomieu, C. Corsini)***EFTA** (R. Ragnarson)**Geonomenklatur** (E. Jouangrand)

*Bitte beachten Sie: Eurostat-Organisationsplan vom Juni 2005, aktuelle Änderungen finden Sie im Internet unter <http://europa.eu.int/comm/eurostat>

GENERALDIREKTION ÜBERSETZUNG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION**AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN**

1 Statistiker im Dienst Europas

Der Eurostat-Service	11
Eurostat, Ihr Schlüssel zur europäischen Statistik	11
Die Strukturindikatoren von Eurostat	15
Euroindikatoren	17
Freier Zugang zur europäischen Statistik	19
Die Europäische Union und ihre Stellung in der Welt	21
Daten über die Regionen Europas	31
Im Blickpunkt: die Informationsgesellschaft	37

2 Menschen in Europa

Bevölkerung	61
Die Bevölkerung der EU	61
Familien und Geburten	67
Migration und Asyl	73
Gesundheit	79
Lebenserwartung und Sterblichkeit	79
Gesundheit und Sicherheit	85
Allgemeine und berufliche Bildung	95
Bildung	95
Betriebliche Weiterbildung.	103
Arbeitsmarkt	107
Arbeit und Arbeitsmarkt	107
Daten zur Arbeitsmarktpolitik	113
Haushalte und Sozialschutz	117
Konsumausgaben der privaten Haushalte	117
Einkommen und Lebensbedingungen	123
Wohnen	129
Sozialschutz	133

3 Wirtschaft

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	141
Gesamtwirtschaftliche Leistung	143
Verbrauchsausgaben	147
Einkommen der Produktionsfaktoren	153
Öffentliche Finanzen.	157
Preise und Löhne	161
Verbraucherpreise	161
Löhne und Arbeitskosten.	167
Zahlungsbilanz	173
Leistungsbilanz	173
Internationaler Dienstleistungsverkehr	177
Ausländische Direktinvestitionen	181
Internationaler Warenverkehr	185

4 Umwelt

Umwelt	197
Wasser	197
Abfall	199
Luftverschmutzung und Klimawandel	201
Ausgaben für Umweltschutz	203
Landwirtschaft und Umwelt	205

5 Wissenschaft und Technologie

Forschung und Entwicklung	209
Die Informationsgesellschaft	217

6 Sektoren und Unternehmen

Unternehmensstrukturen auf einen Blick	233
Industrie und Baugewerbe	237
Handel	239
Finanzmärkte	241
Verkehr	245
Tourismus	253
Energie	257

7 Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei

Landwirtschaft	267
Forstwirtschaft	279
Fischerei	281

8 Anhänge

Glossar	287
Geonomenklatur 2005	301
Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE Rev. 1.1)	305
Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC Rev. 3)	306
Abkürzungen und Akronyme	308

Das Eurostat Jahrbuch ist benutzerfreundlich

- Jeder Abschnitt beginnt mit Erläuterungen zu den wesentlichen Merkmalen sowie zur Relevanz der dargebotenen Informationen. Außerdem wird kurz geschildert, welche weiteren Daten Eurostat zum jeweiligen Thema anbieten kann.
- Die verwendeten statistischen Begriffe und Konzepte werden in einem Glossar erläutert.
- In entsprechenden Hinweisen erfahren die Nutzer, wie sie sich zusätzliche themenbezogene Daten und Analysen von Eurostat beschaffen können.
- Das Jahrbuch enthält ein umfassendes Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen.

Zeitpunkt der Datenextraktion

Die Datenauszüge für alle im Jahrbuch enthaltenen Statistiken wurden am **29. April 2005** erstellt; die Angaben entsprechen somit dem zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Datenbestand. Sofern der Auszug von Daten später erfolgte, wird in den jeweiligen Kapiteln darauf hingewiesen.

Reihenfolge und Codierung der Länder

Im Eurostat Jahrbuch erfolgt die Nennung der EU-Mitgliedstaaten in protokollarischer Reihenfolge. Dabei wird der alphabetischen Reihenfolge der Kurznamen in ihrer jeweiligen Muttersprache gefolgt.

Im Eurostat Jahrbuch 2005 wird grundsätzlich die jeweils kürzeste offizielle Bezeichnung eines Landes verwendet. Wo eine Codierung verwendet wird, erfolgt sie anhand der zweistelligen ISO-Codes, mit Ausnahme von Griechenland und dem Vereinigten Königreich, für die die Kürzel EL bzw. UK verwendet werden.

Symbole und Codes in den Tabellen

- nicht zutreffend oder „reale Null“ oder „automatisch Null“
- 0 Weniger als die Hälfte der letzten besetzten Stelle
- . Nicht zutreffend
- .. Vertrauliche Daten. Zahlenwert nicht sicher genug oder aus Gründen der Vertraulichkeit nicht offen gelegt
- : Angabe nicht verfügbar
- b Reihenunterbrechung
- e geschätzter Wert
- f Prognosen
- i siehe Fußnote
- p vorläufiger Wert
- r revidierter Wert
- s Eurostat Schätzung

Statistiker im Dienst Europas

Der Eurostat-Service 11-19

Die Europäische Union
und ihre Stellung in der Welt 21-30

Daten über die
Regionen Europas 31-35

Im Blickpunkt: die
Informationsgesellschaft 37-57





Eurostat, Ihr Schlüssel zur europäischen Statistik

Für vergleichbare Informationen über Europa gibt es einen Namen: Eurostat

Der Name „Eurostat“ steht für einen hochwertigen Informationsservice, der statistische Daten über und für die Europäische Union bietet. Wer unsere Daten nutzt, hat den Finger am Puls der Zeit, was die jüngsten Entwicklungen in Europa betrifft: Wir bieten die Hintergrundinformationen und Fakten, die für das Verständnis dieser Entwicklungen notwendig sind.

Das Eurostat Jahrbuch: für alle, die ein Interesse an Europa haben

Das Eurostat Jahrbuch gibt einen Überblick über unser breites Angebot an Daten und öffnet damit die Tür zum Informationsdienst von Eurostat. Es veranschaulicht die Entwicklung wichtiger Vergleichsgrößen in der Europäischen Union, in der Eurozone und in den Mitgliedstaaten für die letzten zehn Jahre. Um Gegenüberstellungen auf internationaler Ebene zu erleichtern, enthalten einige Tabellen auch vergleichbare Daten für andere Länder, wie z. B. die Vereinigten Staaten von Amerika.

Zu Beginn jedes Abschnitts wird kurz geschildert, über welche Daten Eurostat zum jeweiligen Thema verfügt und worauf sich diese Angaben beziehen. Uns geht es bei diesem Jahrbuch nicht um eine reine Zusammenstellung von Tabellen, sondern darum, ein „Eingangportal“ zur europäischen Statistik zu bieten. Wir hoffen, dass die Leser des Jahrbuchs neugierig werden und mehr über das Datenangebot von Eurostat erfahren wollen.

Wie kommt man an die gewünschten Daten?

Eine Adresse für Ihre Favoritenliste:
<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

Eurostat stellt auf seiner Website eine Vielzahl statistischer Informationen zur Verfügung, die online eingesehen oder kostenlos heruntergeladen werden können:

– sofort zugängliche aktuelle statistische Daten;



- sämtliche Presseveröffentlichungen von Eurostat;
- die Reihe *Statistik kurz gefasst*, in der die wichtigsten Ergebnisse aktueller Erhebungen, Studien und Analysen zusammenfassend vorgestellt werden;
- alle Veröffentlichungen von Eurostat als PDF-Dateien. Die Reihe *Panorama der EU* liefert Hintergrundinformationen zu spezifischen Themen mit umfassenden Analysen, Tabellen, Schaubildern und Karten;
- Kataloge;
- Working papers und Studien (Methodikarbeiten und Berichte über die Datenqualität; punktuelle Studien und die Verbreitung ihrer Ergebnisse; von Partnern wie den nationalen statistischen Ämtern oder Universitäten verfasste Dokumente);
- Methoden und Nomenklaturen, erhältlich als PDF-Datei oder über den Klassifikationsserver von Eurostat RAMON.

Die Indikatoren von Eurostat: Langfrist- und Kurzfristindikatoren – stets von hoher Relevanz

Langfristindikatoren

- Die „Strukturindikatoren“ sollen eine Beurteilung der längerfristigen Fortschritte in den Poli-




Europäische Union, die Eurozone, die Mitgliedstaaten und ihre Partner in benutzerfreundlicher Form dargestellt. Es erscheinen jährlich etwa 160 Pressemitteilungen, von denen fast 120 die monatlichen oder vierteljährlichen Euroindikatoren zum Inhalt haben. Die Pressestelle koordiniert auch Interviews und Pressegespräche, die bei der Bekanntgabe wichtiger statistischer Ergebnisse und anlässlich bedeutender Ereignisse stattfinden. Der „Eurostat Media Support“ unterstützt Fachjournalisten bei der Suche nach Daten zu allen denkbaren Themen.

Alle Pressemitteilungen von Eurostat stehen um 11:00 Uhr des Tages ihrer Veröffentlichung kostenlos auf der Website zur

Verfügung.

Wenn Sie als Journalist weitere Informationen über unsere Pressemitteilungen oder andere Daten wünschen, wird Ihnen der Eurostat Media Support gern weiterhelfen [Telefon (352) 43 01-33408, Telefax (352) 43 01-35349, E-Mail: eurostat-mediasupport@cec.eu.int].

tikbereichen Beschäftigung, Innovation und Forschung, Wirtschaftsreform, sozialer Zusammenhalt und Umwelt sowie dem gesamtwirtschaftlichen Hintergrund ermöglichen. Sie sind bekanntlich von größter Bedeutung für politische Diskussionen. Alle Strukturindikatoren sind im Eurostat-Jahrbuch enthalten und mit einem besonderen Symbol gekennzeichnet. ().

- Zahlreiche weitere Tabellen zu verschiedenen Bereichen des Lebens, der Arbeit, der Wirtschaft und der Umwelt in der EU.
- **Neu:** Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung, die eingeführt wurden, um die Strategie der nachhaltigen Entwicklung der EU zu überprüfen.

Kurzfristindikatoren

Die „Euroindikatoren“ enthalten eine Reihe aktueller Daten, die bei der Bewertung der Konjunkturlage in der Eurozone und in der gesamten Europäischen Union hilfreich sind. Sie werden täglich aktualisiert; die Veröffentlichung wird im „Terminkalender der Euroindikatoren“ angekündigt.

Der Pressedienst von Eurostat

Statistiken machen Schlagzeilen. Sie dienen häufig als wichtige Hintergrundinformationen für Artikel, Features und ausführliche Analysen.

Presse, Rundfunk und Fernsehen machen regen Gebrauch von unseren Daten. In den Pressemitteilungen von Eurostat werden ausgewählte Eckdaten über die





Warum Daten von Eurostat?

Informationsgleichheit für eine demokratische Gesellschaft

Information ist der erste Schritt zur aktiven Beteiligung an einem demokratischen Europa. Die Europäer verlangen einen qualitativ hochwertigen Informationsdienst, der objektive, zuverlässige und vergleichbare statistische Daten liefert. Der Zugriff auf diese Daten muss unkompliziert sein und darf keinen Einschränkungen unterliegen: Schlüsselinformationen dürfen nicht zurückgehalten werden; sie müssen allen Bürgern und Unternehmen lückenlos und in gleicher Weise zugänglich sein. Eurostat und seine Partnereinrichtungen im Europäischen Statistischen System sehen sich hier als Wegbereiter und sorgen dafür, dass der gleichberechtigte und uneingeschränkte Zugang zu Informationen über Entwicklungen in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und auf dem Gebiet der Umwelt in Europa gewährleistet ist. Es liegt an Ihnen, davon Gebrauch zu machen!

Unparteilichkeit und Objektivität: zwei Eckpfeiler des Vertrauens

Der Zugang zu verlässlichen und qualitativ hochwertigen Statistiken gewinnt in der heutigen Informationsgesellschaft immer mehr an Bedeutung, und Quellen, denen man vertrauen kann, sind heute von unschätzbarem Wert. Die Vertrauenswürdigkeit von Eurostat ist gesetzlich verankert. In Artikel 285 Absatz 2 EG-Vertrag heißt es dazu: „Die Erstellung der Gemeinschaftsstatistiken erfolgt unter Wahrung der Unparteilichkeit, der Zuverlässigkeit, der Objektivität, der wissenschaftlichen Unabhängigkeit, der Kostenwirksamkeit und der statistischen Geheimhaltung; der Wirtschaft dürfen dadurch keine übermäßigen Belastungen entstehen.“ Für uns sind das keine abstrakten Worte, sondern Leitgedanken für die tägliche Arbeit.

Vergleichbarkeit durch Harmonisierung

Gegenseitiges Verständnis lässt sich leichter herstellen, wenn man über die Arbeits- und Lebensbedingungen des anderen Bescheid weiß. Was für die Beziehung zwischen einzelnen Menschen gilt, kann auch für die Gesellschaft als Ganzes nicht falsch sein. Um Vergleiche ziehen

zu können, braucht man jedoch vergleichbare Statistiken, die wiederum eine gemeinsame „statistische Sprache“ voraussetzen.

Diese gemeinsame Sprache muss Begriffe, Methoden und Definitionen beinhalten, sie muss sich an technische Normen halten und die zugrunde liegenden Strukturen berücksichtigen. Die Statistiker nennen das Harmonisierung. Sie ist das Hauptanliegen des Europäischen Statistischen Systems und der Hauptgrund dafür, dass es Eurostat überhaupt gibt.

Das Europäische Statistische System

Zum Europäischen Statistischen System gehören Eurostat und die statistischen Ämter sowie Ministerien, Behörden und Zentralbanken, die mit der Erhebung amtlicher Statistiken in den EU-Mitgliedstaaten, Island, Liechtenstein und Norwegen befasst sind. Die für Statistik zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten erfassen, überprüfen und analysieren die nationalen Daten und leiten sie an Eurostat weiter. Eurostat stellt dann die Daten zusammen und sorgt dafür, dass sie vergleichbar sind. Den Schwerpunkt des Europäischen Statistischen Systems bilden die einzelnen Politikfelder der Europäischen Union. Im Zuge der Erweiterung der Kompetenzbereiche der EU-Politik erstreckt sich die Harmonisierung inzwischen jedoch auf nahezu alle Gebiete der Statistik.

Das Europäische Statistische System ist ein Netzwerk, in dem Eurostat in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Statistikbehörden die Leitfunktion bei der Harmonisierung der Statistiken wahrnimmt. Ein wesentlicher Bestandteil des Europäischen Statistischen Systems ist der





Ausschuss für das Statistische Programm, der sich aus den Leitern der nationalen statistischen Ämter der Mitgliedstaaten unter Vorsitz von Eurostat zusammensetzt. Es werden dort gemeinsame Maßnahmen und Programme erörtert, die dazu dienen sollen, den Informationsbedarf in der Europäischen Union zu decken. Der Ausschuss einigt sich auf ein Fünfjahresprogramm, das von den nationalen Behörden umgesetzt und von Eurostat überwacht wird.

Das Anliegen von Eurostat: ein attraktives Angebot an relevanten Daten

Daten werden zu Informationen, wenn sie auf Interesse stoßen. Es ist Eurostats Anliegen, immer ein offenes Ohr für das zu haben, was die Menschen interessiert.

Das statistische Programm des Europäischen Statistischen Systems „fällt nicht vom Himmel“. Die Entscheidung, worüber wir informieren, ist das Ergebnis eines genau abgestimmten politischen Prozesses auf europäischer Ebene, in den die EU-Mitgliedstaaten fest eingebunden sind. Für die meisten Befragungen und Datenerhebungen gelten europäische Verordnungen, die auf nationaler Ebene rechtsverbindlich sind. In den politischen und juristischen Diskussionen, die zur Ausarbeitung von Verordnungen für die europäische Statistik führen, lautet eine der zentralen Fragen: „Für wen und warum sind die Daten von Interesse?“ Jede statistische Verordnung wird also zunächst kritisch hinterfragt.

Überdies wird das Europäische Statistische Programm ständig überarbeitet. Gemäß dem Grundsatz der Kostenwirksamkeit wird die Erhebung von Daten, deren Relevanz aufgrund neuer Entwicklungen geringer geworden ist, verändert oder auch völlig eingestellt. So ist gewährleistet, dass das statistische Programm im Rahmen bleibt und stets den Ansprüchen der modernen Zeit genügt.

Ein Blick auf unsere Daten lohnt sich auf jeden Fall.



Die Strukturindikatoren von Eurostat

Die Strukturindikatoren von Eurostat: hochwertige Statistiken für Wachstum und Beschäftigung in Europa



1

Auf dem Lissabonner Gipfel vom Frühjahr 2000 hat sich der Europäische Rat ein strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.

Der Rat stellte fest, dass die Fortschritte auf dem Weg zu diesem Ziel regelmäßig erörtert und anhand von vereinbarten Strukturindikatoren bewertet werden müssen. Daher ersuchte der Rat die Europäische Kommission, anhand struktureller Indikatoren in Bezug auf Beschäftigung, Innovation, Wirtschaftsreformen, sozialen Zusammenhalt und den gesamtwirtschaftlichen Hintergrund sowie seit 2002 auch in Bezug auf die Umwelt einen jährlichen Frühjahrsbericht über die Fortschritte zu erstellen.

Erstmals präsentierte die Kommission im Jahr 2004 eine **Auswahlliste** von 14 Strukturindikatoren, die im Statistikanhang zum Frühjahrsbericht an den Europäischen Rat dargestellt wurden. Diese Auswahlliste wurde mit dem Rat abgestimmt. Sie ermöglicht eine gezieltere Präsentation politischer Signale und einen besseren Überblick über die Fortschritte der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die wichtigsten Zielsetzungen von Lissabon. Dieselbe Auswahlliste von Strukturindikatoren wurde im Statistikanhang zum Frühjahrsbericht an den Europäischen Rat 2005 dargestellt.

Um den Zugang der Öffentlichkeit zur detaillierten Datenbank der Strukturindikatoren, die für den politischen Prozess in der Union auch weiterhin eine wichtige Rolle spielt, zu gewährleisten, verbreitet Eurostat den vollständigen Satz der Indikatoren auf der speziellen Website der Strukturindikatoren (<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat/structuralindicators>). Es werden die folgenden Zeitreihen präsentiert: für EU-25, EU-15, für EUR-12, die EU-Mitgliedstaaten, die EFTA-Länder, Japan, die Vereinigten Staaten von Amerika und für die Beitrittsländer. Der vollständige Satz der 2005 erstellten Strukturindikatoren wird im Folgenden aufgelistet. **Die in der Auswahlliste enthaltenen Indikatoren sind fett gedruckt.** Alle Strukturindikatoren sind in das Eurostat-Jahrbuch eingegangen. Sie sind mit dem folgenden Symbol gekennzeichnet (), das neben dem Titel der jeweiligen Tabelle erscheint.



Verzeichnis der Strukturindikatoren

Allgemeiner wirtschaftlicher Hintergrund

Pro-Kopf-BIP in KKS

Reale Wachstumsrate des BIP

Arbeitsproduktivität je Beschäftigtem

Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde

Beschäftigungswachstum ⁽¹⁾

Inflationsrate

Wachstum der Lohnstückkosten

Öffentlicher Finanzierungssaldo

Staatsschulden

Beschäftigung

Beschäftigungsquote ⁽¹⁾

Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger ⁽¹⁾

Durchschnittliches Erwerbsaustrittsalter ⁽¹⁾

Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied ohne Anpassungen

Steuerquote von Niedriglohneempfängern: Steuerlast auf Arbeitskosten

Steuerquote von Niedriglohneempfängern: Arbeitslosigkeitsfälle

Steuerquote von Niedriglohneempfängern: Niedriglohnfälle — Alleinstehende(r) ohne Kinder

Steuerquote von Niedriglohneempfängern: Niedriglohnfälle — Einverdienerhaushalt mit zwei Kindern

Lebenslanges Lernen ⁽¹⁾

Schwere Arbeitsunfälle ⁽¹⁾

Tödliche Arbeitsunfälle

Arbeitslosenquote ⁽¹⁾

Arbeitslosenquote ⁽¹⁾

Innovation und Forschung

Ausgaben für Humanressourcen

Gesamtausgaben für FuE

⁽¹⁾ Indikatoren nach Geschlecht aufgeschlüsselt.



FuE-Ausgaben nach Finanzquellen: Industrie, Staat, Ausland

Grad des Internetzugangs: Haushalte

Tertiärabschlüsse in wissenschaftlichen und technologischen Fachrichtungen ⁽¹⁾

Patente, EPA

Patente, USPTO

Risikokapital: Anschubphase, Expansion und Erneuerung

IKT-Ausgaben: Informationstechnologie

IKT-Ausgaben: Telekommunikationstechnologie

E-Commerce: Anteil des elektronischen Geschäftsverkehrs am Gesamtumsatz der Unternehmen

Höchster erreichter Bildungsgrad der Jugendlichen ⁽¹⁾

Verfügbarkeit von elektronischen Behördendiensten

Inanspruchnahme von elektronischen Behördendiensten durch Einzelpersonen ⁽¹⁾

Inanspruchnahme von elektronischen Behördendiensten durch Unternehmen

Breitbandversorgungsgrad

Hochtechnologieausfuhren

Wirtschaftliche Reform

Vergleichende Preisniveaus

Preiskonvergenz zwischen den EU-Mitgliedstaaten
 Preise für Telekommunikationsleistungen: Ortsgespräche, Ferngespräche und Anrufe in die USA
 Strompreise: industrielle Nutzer und private Haushalte

Gaspreise: industrielle Nutzer und private Haushalte

Anteil des größten Erzeugers am Strommarkt

Marktanteil des traditionell etablierten Anbieters im Festnetz: Ortsgespräche, Ferngespräche und Auslandsgespräche

Marktanteil des führenden Anbieters im Mobilnetz

Öffentliches Beschaffungswesen

Staatliche Beihilfen insgesamt

Sektorale und Ad-hoc-Staatsbeihilfen

Konvergenz der Bankkredite: Wohnungsbaukredite an private Haushalte, Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften bis zu einem Jahr sowie Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften über ein Jahr

Handelsintegration beim Warenhandel und bei Dienstleistungen

Intensität der Direktinvestitionen

Unternehmensinvestitionen

Unternehmensdemografie: Gründungsrate

Unternehmensdemografie: Fortbestandsrate

Unternehmensdemografie: Stilllegungsrate

Sozialer Zusammenhalt

Ungleichheit der Einkommensverteilung (Verteilungsquintil)

Armutsgefährdungsquote vor sozialen Transfers ⁽¹⁾

Armutsgefährdungsquote nach sozialen Übertragungen ⁽¹⁾

Quote der dauerhaften Armutsgefährdung ⁽¹⁾

Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten ⁽¹⁾

Schulabbrecher ⁽¹⁾

Langzeitarbeitslosenquote ⁽¹⁾

Kinder im Alter von 0–17 Jahren in Erwerbslosenhaushalten

Personen im Alter von 18–59 in Erwerbslosenhaushalten ⁽¹⁾

Umwelt

Gesamtemissionen von Treibhausgasen

Energieintensität der Wirtschaft

Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP

Personenverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP

Anteil der Straße am inländischen Güterverkehr

Anteil der Straße am inländischen Personenverkehr

Belastung der Bevölkerung bei Luftverschmutzung durch Ozon und Partikel

Kommunale Abfälle (gesammelt, deponiert und verbrannt)

Anteil der erneuerbaren Elektrizität an der Gesamtelektrizitätserzeugung

Fischfang von Beständen, die sich außerhalb „sicherer biologischer Grenzen“ befinden

Geschützte Gebiete für biologische Vielfalt: Habitat-Richtlinie

Populationstendenzen von auf landwirtschaftlichem Land lebenden Vögeln

Gesunde Lebensjahre bei der Geburt — Frauen, Männer

⁽¹⁾ Indikatoren nach Geschlecht aufgeschlüsselt.



Euroindikatoren

Euroindikatoren: ein spezieller Dienst für Konjunkturforscher, politische Entscheidungsträger und die Medien

Hintergrund

Seit Oktober 2001 stellen die Euroindikatoren im Web eine feste Größe für alle Nutzer amtlicher Statistiken dar, die sich mit Konjunkturdaten befassen. In ihrer ersten Fassung waren die Euroindikatoren als unabhängige Website parallel zur Website von Eurostat konzipiert, waren aber mit dieser hinsichtlich Gestaltung und allgemeine Verwaltungsregeln ohne Einschränkungen kompatibel. Seit Oktober 2004 sind sie in die neue Eurostat-Website einbezogen und stellen dort einen so genannten „speziellen Bereich“ dar. Der Zugang zu Euroindikatoren ist entweder von der Leitseite der Eurostat-Website aus oder unmittelbar über folgenden Link möglich: **www.europa.eu.int/comm/euroindicators/**. Ferner können Sie dem Team von Euroindikatoren eine E-Mail an folgende Adresse schicken: ESTAT-EUROINDICATORS@cec.eu.int.

Die Euroindikatoren sollen Konjunkturforschern, politischen Entscheidungsträgern, den Medien, Forschern und Studierenden einen umfassenden, gut strukturierten und hochwertigen Satz von Informationen bieten, den sie bei ihrer täglichen Arbeit sinnvoll nutzen können. Der Kern von Euroindikatoren ist ein breit angelegter Satz von statistischen Indikatoren, der so frühzeitig wie möglich einen genauen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der Eurozone, der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten geben soll. Darüber hinaus enthalten die Euroindikatoren zusätzliche Produkte und Dienstleistungen, die das Verständnis des Datenmaterials und die Analyse erleichtern sollen:

- Anmerkungen zur Methodik,
- Qualitätsberichte,
- Veröffentlichungen,
- Neuigkeiten,
- Veröffentlichungskalender.

In den nächsten Abschnitten werden die einzelnen, bei Euroindikatoren verfügbaren Produkte und Dienstleistungen kurz beschrieben.

Datensätze

Die auf der Site Euroindikatoren dargestellten Daten gruppieren sich um einen Satz wichtiger

statistischer Indikatoren, die Wichtigsten Europäischen Wirtschaftsindikatoren (WEWI). Die vollständige Liste dieser Indikatoren ist in der Mitteilung der Kommission KOM(2002) 661 enthalten. Der Datenbestand enthält darüber hinaus detaillierte Aufgliederungen und zusätzliche qualitative und quantitative Informationen, die für die Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung der europäischen Volkswirtschaften nützlich sind. Die gemäß dem Grundsatz von Eurostat kostenlos verbreiteten Daten der Euroindikatoren sind in zwei Hauptteile gegliedert:

- vordefinierte Tabellen,
- Datenbank für europäische und nationale (kurzfristige) Konjunkturstatistiken.

Sowohl die vordefinierten Tabellen als auch die Datenbank der europäischen und nationalen Kurzfriststatistiken sind in acht Bereiche gegliedert, die alle wirtschaftlich relevanten Felder abdecken, nämlich folgende:

Zahlungsbilanz
Konjunktur- und Verbrauchererhebungen
Verbraucherpreise
Außenhandel
Industrie, Handel und Dienstleistungen
Arbeitsmarkt
Geld- und Finanzindikatoren
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Vordefinierte Tabellen

Sie bieten die einfachste Möglichkeit, unsere neuesten Daten anzuschauen. Die Tabellen sind kostenlos, benutzerfreundlich und umfassen auch eine grafische Darstellung der jüngsten Entwicklung sowie eine kurze Erläuterung. Jede der acht Kollektionen kann auch heruntergeladen werden. Derzeit sind 316 Tabellen verfügbar.

Datenbank Euroind

Dies ist eine große Datenbank mit unterjährigen makroökonomischen Indikatoren. Derzeit sind mehr als 40 000 Reihen verfügbar, die auf einfache Weise in mehreren Formaten heruntergeladen werden können.

Anmerkungen zur Methodik

Die Euroindikatoren waren die erste Datenkollektion von Eurostat, für die eine vollständige Doku-

mentation im Format SDDS des IWF erstellt wurde. Die SDDS-Dateien werden regelmäßig überarbeitet und kontrolliert, damit sie sich stets auf demselben Stand befinden wie die Daten. Für die nächsten Jahre hat sich das Euroindikatoren-Team vorgenommen, einen Metadatensatz zu erstellen, der noch besser auf die Benutzer zugeschnitten ist.

Qualitätsberichte

Seit 2001 wird die Datenbank Euroindikatoren, die mittlerweile Euroind-Datenbank heißt, regelmäßig jeden Monat gründlich auf ihre Qualität überprüft. Die Ergebnisse dieser Überprüfung werden in einer ausführlichen Online-Veröffentlichung mit dem Titel „Zustandsbericht“ dargeboten, zu dem man über die Schaltfläche „Qualitätsberichte“ auf der Website für die Euroindikatoren gelangt. Eine Zusammenfassung dieser monatlichen Überprüfungen enthält eine weitere Online-Veröffentlichung, die „Kontrollberichte“; sie sind über den Punkt „Letzte Neuigkeiten“ auf der Euroindikatoren-Webseite zugänglich. Darüber hinaus befindet sich ein vierteljährlicher Qualitätsbericht über die wichtigsten Europäischen Wirtschaftsindikatoren in Vorbereitung und soll noch im Verlauf dieses Jahres verbreitet werden.

Publikationen

Mehrere von Eurostat erstellte sektorbezogene Veröffentlichungen sind auf der Site Euroindikatoren verfügbar; sie beziehen sich hauptsächlich auf bestimmte Sondergesichtspunkte der Kurzfrist- bzw. Konjunkturstatistiken. Darüber hinaus ist das Euroindikatoren-Team für die Vorbereitung der monatlichen Veröffentlichung *Eurostatistik* zuständig, der regelmäßig erscheinenden Eurostat-Veröffentlichung mit der höchsten Auflage. Sie enthält einen Überblick über die wirtschaftliche Lage sowie eine ausführliche statistische Analyse der neuesten wirtschaftlichen Ereignisse. Der Zugang erfolgt über den Punkt Publikationen in „Spezielle Bereiche“ von Euroindikatoren. Ferner verwaltet das Euroindikatoren-Team eine Sammlung von Arbeitspapieren mit Untersuchungen sowohl methodologischer als auch empirischer Art

zur statistischen Verbesserung und Analyse europäischer Daten.

Andere Produkte und Dienstleistungen

Euroindikatoren enthält ferner einen wöchentlich aktualisierten europäischen Veröffentlichungskalender mit den entsprechenden Pressemitteilungen. Darüber hinaus produziert das Euroindikatoren-Team ein monatliches Online-Mitteilungsblatt, zu dem man über den Punkt „Letzte Neuigkeiten“ gelangt. Diese Veröffentlichung enthält: kurze Artikel, Nachrichten aus den Mitgliedstaaten und von Eurostat, Ankündigungen, nützliche Internet-Links usw. Abgerundet wird das Angebot des Euroindikatoren-Teams an die Konjunkturanalysten mit der Erstellung einer zweimonatlichen Veröffentlichung mit dem Titel „Ausgewählte Schriften“, ebenfalls über den Punkt „Letzte Neuigkeiten“ zugänglich. Diese Veröffentlichung enthält Bibliographien, die entweder nach Themen oder nach Verfassern gegliedert sind. Schließlich sollte man wissen, dass auf Euroindikatoren alle Unterlagen und Berichte verfügbar sind, die zu den vom Euroindikatoren-Team veranstalteten Konferenzen eingereicht worden sind.

Geplante Verbesserungen

Euroindikatoren befinden sich in ständiger Weiterentwicklung, da sie auf den Nutzerbedarf hin aktualisiert werden. Zusätzlich zu den bereits erwähnten Verbesserungen plant das Euroindikatoren-Team die Produktion einer Reihe von statistischen Blättern zu zentralen Themen wie: Blitzschätzungen, Rückrechnungen, Interpolation und Extrapolation, Saisonbereinigung, Konjunkturanalyse, Konstruktion gleichlaufender und vorausseilender Indikatoren usw. Diese Blätter sollen von der zweiten Jahreshälfte an nach und nach realisiert werden, und sie werden Artikel zur Methodik, Online-Bibliographien, Software und Routinen, Links zu themenbezogenen Sites und so oft wie möglich neue Indikatoren oder quantitative Analysen (im Format SDDS dokumentiert) enthalten, die auf der Grundlage fortgeschrittener statistischer Techniken erstellt worden sind.



Freier Zugang zur europäischen Statistik

<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

Dieses Jahrbuch bietet eine Auswahl aus allen in den Datenbanken von Eurostat verfügbaren Daten. Der Zugang zu sämtlichen Daten, einschließlich der neuesten Aktualisierung, erfolgt über die Website von Eurostat.

Die Abfrage der statistischen Information und Daten von Eurostat ist sieben Tage in der Woche und 24 Stunden am Tag möglich. Die dort veröffentlichten Informationen sind in Englisch, Französisch und Deutsch verfügbar und können kostenlos heruntergeladen werden.

Eurostat-Datenbanken – online kostenlos verfügbar

Je nach den Bedürfnissen der Nutzerin/des Nutzers ist der Zugriff auf die Daten auf zweierlei Weise möglich: Ein allgemein interessierter Nutzer findet die gesuchten Daten über das Feld **Tabellen** (vordefinierte Tabellen) auf der Startseite, fachlich interessierte Nutzerinnen und Nutzer finden ausführlicheres Datenmaterial über das Feld **Daten** (detaillierte Datenbanken).

Vordefinierte Tabellen enthalten vorhandene „Kurzfristindikatoren“ (Konjunkturdaten) für die Eurozone, die EU und die Mitgliedstaaten, „Langfristindikatoren“ zu vielen Lebensbereichen und „Strukturindikatoren“ über die Bereiche Beschäftigung, Innovation, Forschung, Wirtschaftsreform, sozialer Zusammenhalt und Umwelt. Das Eurostat-Jahrbuch enthält eine Auswahl aus den Langfristindikatoren und den Strukturindikatoren.

Die makroökonomischen und sozialen **Datenbanken** wurden für alle jene angelegt, die hochwertige statistische Informationen zur

Unterstützung ihrer Entscheidungsfindung benötigen. Mehr als 300 Millionen Datenelemente sind verfügbar. Sie sind **in Themen und Sachgebiete untergliedert**. Links auf Texte über die Methodik, die dem gemeinsamen „special data dissemination standard (SDDS) – Verbreitungsnorm für besondere Daten“ des Internationalen Währungsfonds (IWF) entsprechen, bieten fachkundigen Nutzern die gesamte Information. Die Datenbank wird **täglich aktualisiert**.

Das Herunterladen der elektronischen Fassungen von Eurostat-Veröffentlichungen ist kostenlos

Die Statistikfachleute bei Eurostat analysieren die Daten, um sie für die Nutzer einfacher verständlich zu machen. Jedermann kann sämtliche Eurostat-Veröffentlichungen im **Format PDF** kostenlos herunterladen.

Besuchen Sie die Website von Eurostat und nutzen Sie den kostenlosen Zugang zu den Datenbanken, Metadaten und Veröffentlichungen von Eurostat.

„European statistical data support“ unterstützt die Internet-Nutzer

Eurostat unterhält, zusammen mit den Mitgliedern des Europäischen Statistischen Systems, ein Netzwerk von Unterstützungszentren. Die Unterstützungszentren gibt es in nahezu allen EU-Mitgliedsstaaten sowie in einigen EFTA-Staaten. Ihre Aufgabe ist es, Hilfe und Anleitung für die Internet-Nutzer von europäischen statistischen Daten zu geben.

1



Die Europäische Union und ihre Stellung in der Welt

Machen Sie sich ein Bild von der Position der EU in der Welt

Die Daten von Eurostat ermöglichen Vergleiche zwischen der EU und anderen Teilen der Welt. Mit Hilfe dieser Daten lässt sich analysieren, wie die EU im Verhältnis zu anderen Ländern und Wirtschaftsräumen abschneidet. Um zu zeigen, welche Position die EU im weltweiten Vergleich einnimmt, bietet dieser Abschnitt eine Auswahl von Statistiken, z. B.:

- Angaben zur EU-Bevölkerung und ihrer Entwicklung im Vergleich zur Weltbevölkerung,
- einige Wirtschaftsindikatoren,
- Ausgaben für Informationstechnologie und Telekommunikation sowie Anteil der Bevölkerung mit Internetanschluss zu Hause,
- Wie viel Energie verbrauchen die einzelnen Länder zur Erzeugung des BIP? Der Indikator „Energieintensität der Volkswirtschaft“ gibt hierauf eine Antwort. Weitere Umweltindikatoren stehen zur Verfügung.



Die Weltbevölkerung von 1960 bis 2003

Bevölkerung zur Jahresmitte in Millionen

	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Welt	3 039,7	3 346,2	3 708,1	4 087,3	4 454,3	4 850,4	5 275,9	5 686,0	6 081,5	6 155,9	6 229,6	6 303,1
Weiter entwickelte Länder, darunter:												
EU-25	910,4	961,6	1 003,2	1 044,9	1 080,8	1 111,5	1 143,0	1 171,8	1 193,5	1 196,8	1 199,9	1 203,1
Japan	378,0	395,1	406,9	418,4	427,0	432,6	444,0	446,9	451,5	452,3	453,6	455,7
Vereinigte Staaten	94,1	98,9	104,3	111,6	116,8	120,8	123,5	125,3	126,7	126,9	127,1	127,2
Russische Föderation	180,7	194,3	205,1	216,0	227,7	238,5	250,1	266,6	282,3	285,0	287,7	290,3
	119,6	126,5	130,2	134,3	139,0	144,0	148,1	148,1	146,7	146,0	145,3	144,6
Weniger weit entwickelte Länder, darunter:												
China	2 129,3	2 384,6	2 704,4	3 042,5	3 373,5	3 739,0	4 132,9	4 514,2	4 888,1	4 959,2	5 029,7	5 100,0
Indien	650,7	715,5	820,4	917,9	984,7	1 054,7	1 138,9	1 206,0	1 268,9	1 276,9	1 284,3	1 291,5
Nigeria	445,9	495,7	555,0	620,5	687,0	762,4	841,7	922,1	1 002,7	1 018,5	1 034,2	1 049,7
Brasilien	39,9	45,0	51,0	58,5	68,8	77,6	88,5	101,0	114,3	117,1	119,9	122,8
	71,7	83,1	95,7	108,8	123,0	137,3	151,1	163,5	175,6	177,8	179,9	182,0

Quelle (ohne EU-25): US Census Bureau.

1

Anteil an der Weltbevölkerung von 1960 bis 2003

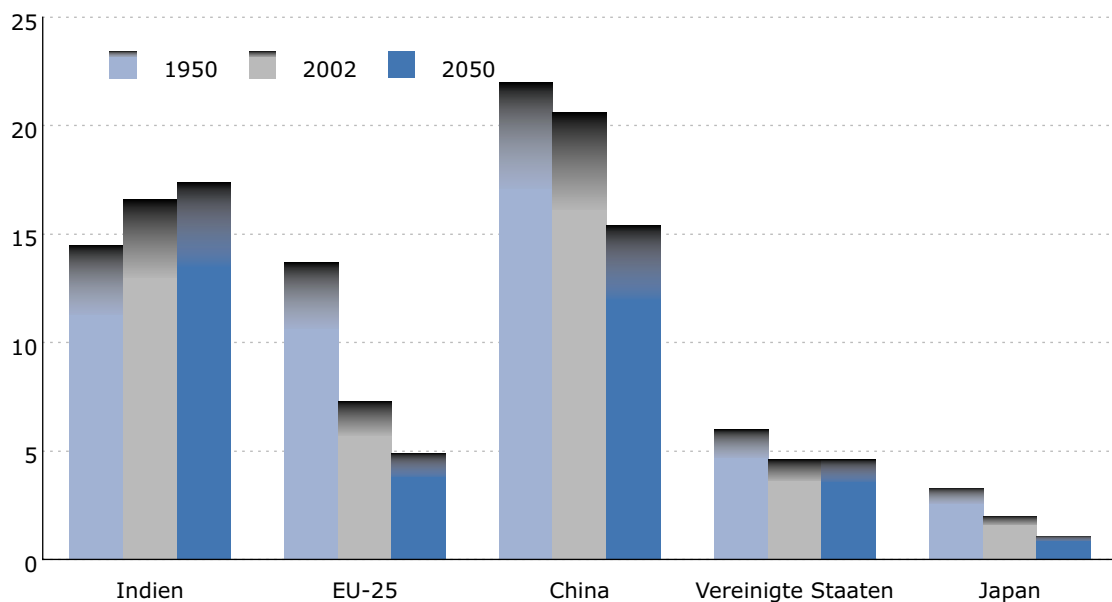
Bevölkerung zur Jahresmitte; in %

	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Welt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Weiter entwickelte Länder, darunter:	30	29	27	26	24	23	22	21	20	19	19	19
EU-25	12	12	11	10	10	9	8	8	7	7	7	7
Japan	3	3	3	3	3	2	2	2	2	2	2	2
Vereinigte Staaten	6	6	6	5	5	5	5	5	5	5	5	5
Russische Föderation	4	4	4	3	3	3	3	3	2	2	2	2
Weniger weit entwickelte Länder, darunter:	70	71	73	74	76	77	78	79	80	81	81	81
China	21	21	22	22	22	22	22	21	21	21	21	20
Indien	15	15	15	15	15	16	16	16	16	17	17	17
Nigeria	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2
Brasilien	2	2	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3

Quelle (ohne EU-25): US Census Bureau.

Anteil an der Weltbevölkerung

In %



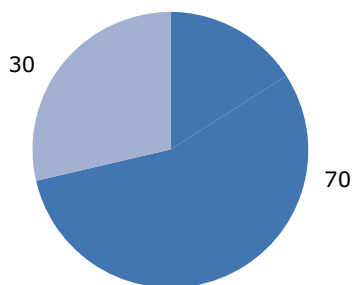
Quelle (ohne EU-25): US Census Bureau.

2050: Prognose.



Anteil an der Weltbevölkerung 1960

In %

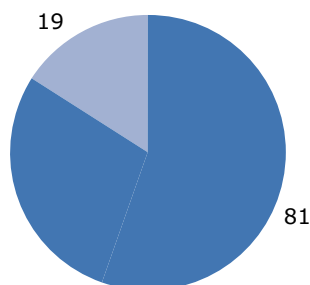


- Weiter entwickelte Länder
- Weniger weit entwickelte Länder

Quelle: US Census Bureau.

Anteil an der Weltbevölkerung 2003

In %



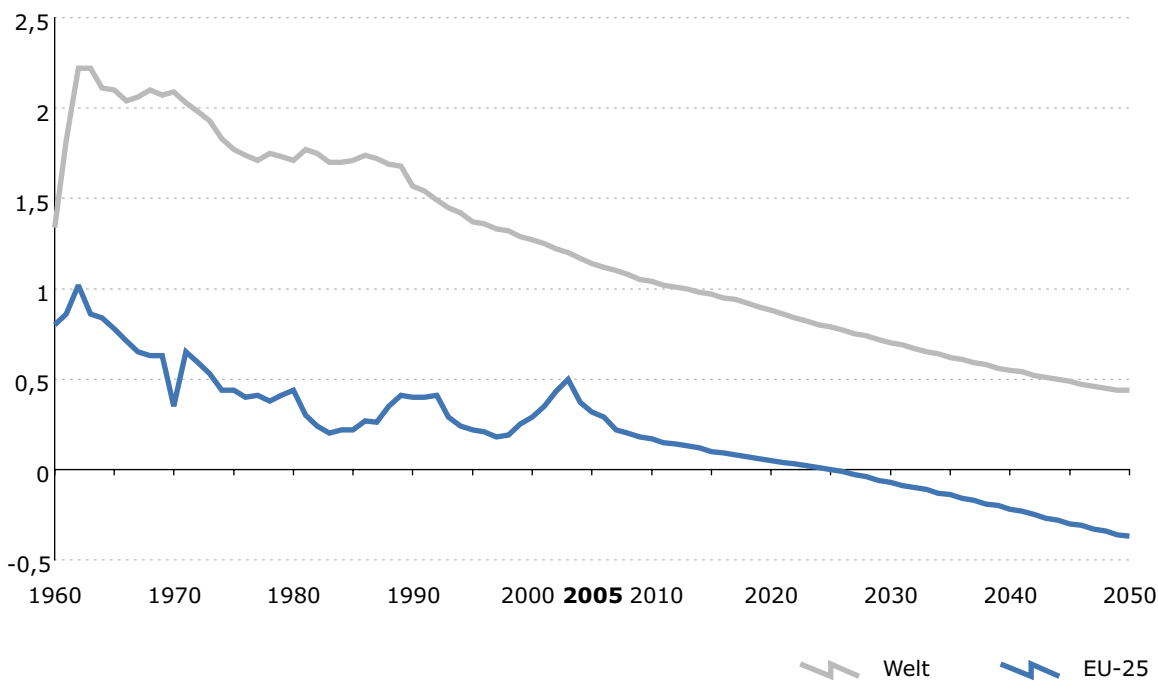
- Weiter entwickelte Länder
- Weniger weit entwickelte Länder

Quelle: US Census Bureau.

1

Veränderung der Gesamtbevölkerung in der Welt und in der EU-25

Veränderung zum Vorjahr; in %

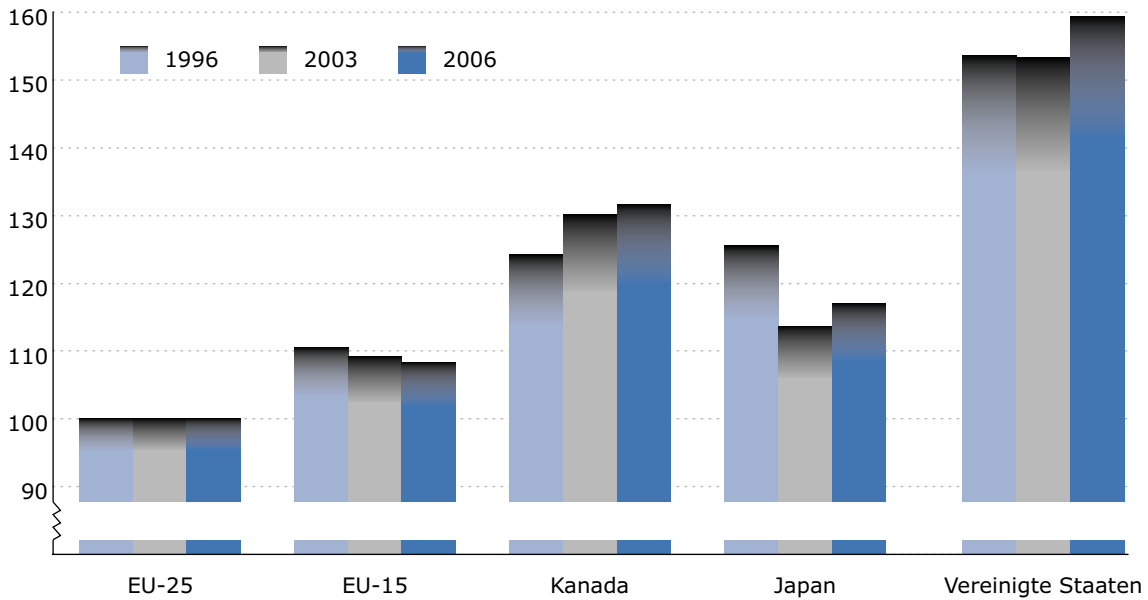


Quelle (ohne EU-25): US Census Bureau.

2006 bis 2050: Prognose.

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS)

EU-25 = 100

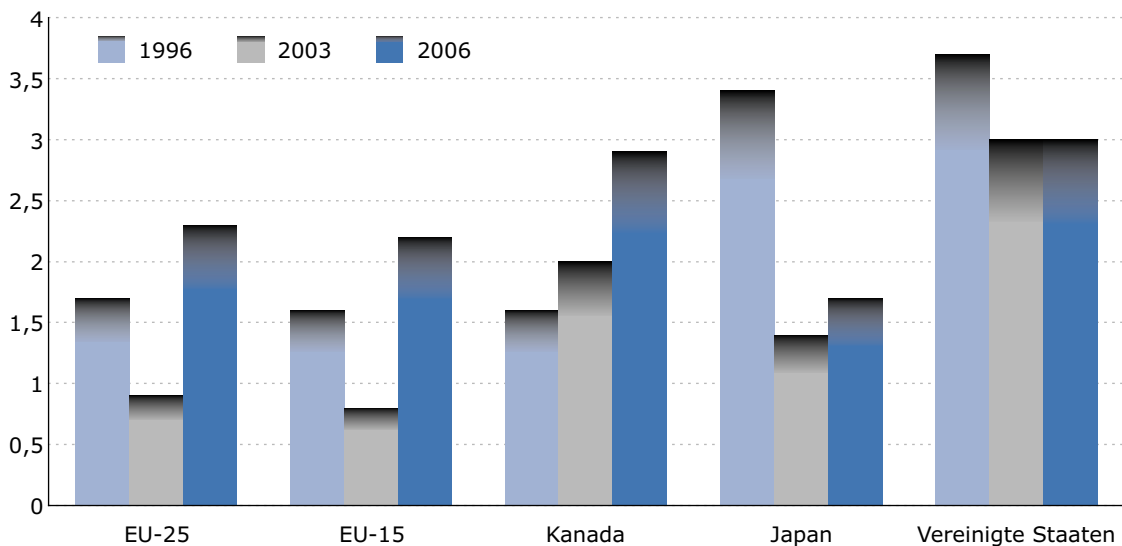


Einschließlich Prognosen.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit in einer Volkswirtschaft. Es ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Der Volumenindex des BIP in Kaufkraftstandards (KKS) pro Kopf wird relativ zum Durchschnitt der Europäischen Union (EU-25), der zu 100 gesetzt ist, ausgedrückt. Ist der Indexwert eines Landes größer als 100, so hat dieses Land ein BIP pro Kopf über dem EU-Durchschnitt (und umgekehrt). Die zugrunde liegenden Zahlen sind in KKS ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveauunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt. Man beachte, dass dieser Index EU-25 = 100 auf der Basis von KKS primär für Vergleiche zwischen Ländern und nicht für Periodenvergleiche gedacht ist.

Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts

Prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr; BIP zu konstanten Preisen (1995)



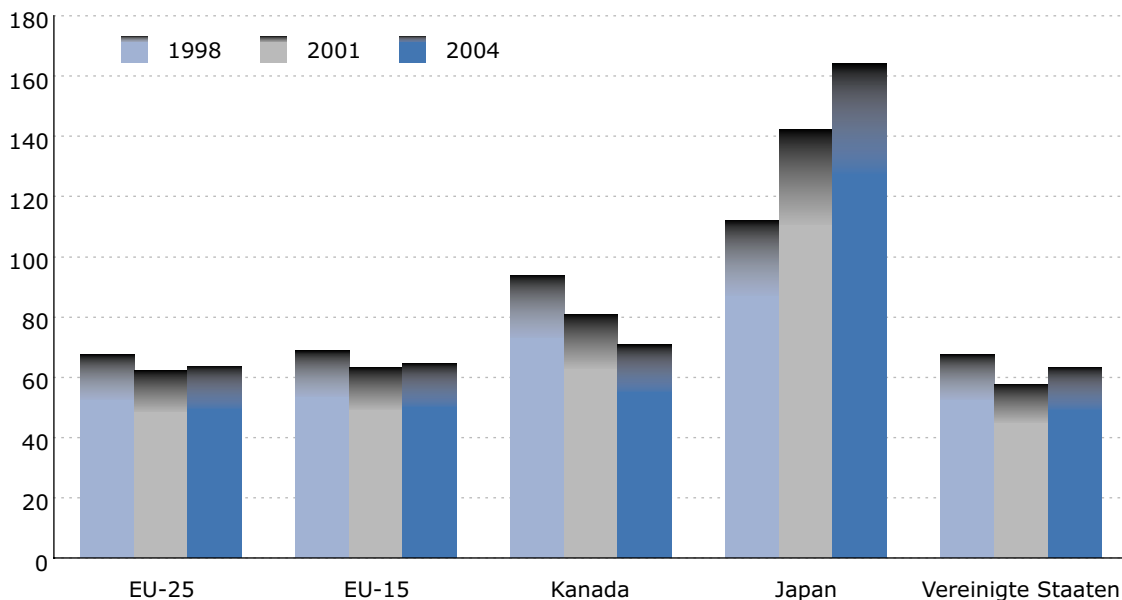
Einschließlich Prognosen.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit in einer Volkswirtschaft. Es ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Die Jahreswachstumsrate des BIP zu konstanten Preisen soll einen Eindruck von der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl über die Zeit als auch im Vergleich von Volkswirtschaften unterschiedlicher Größe geben. Die Wachstumsrate wird auf Grundlage von Angaben in konstanten Preisen berechnet, da diese die reine Volumenentwicklung widerspiegeln, also nicht durch Preisänderungen (Inflation) aufgebläht werden.



Konsolidierte gesamtstaatliche Bruttoverschuldung

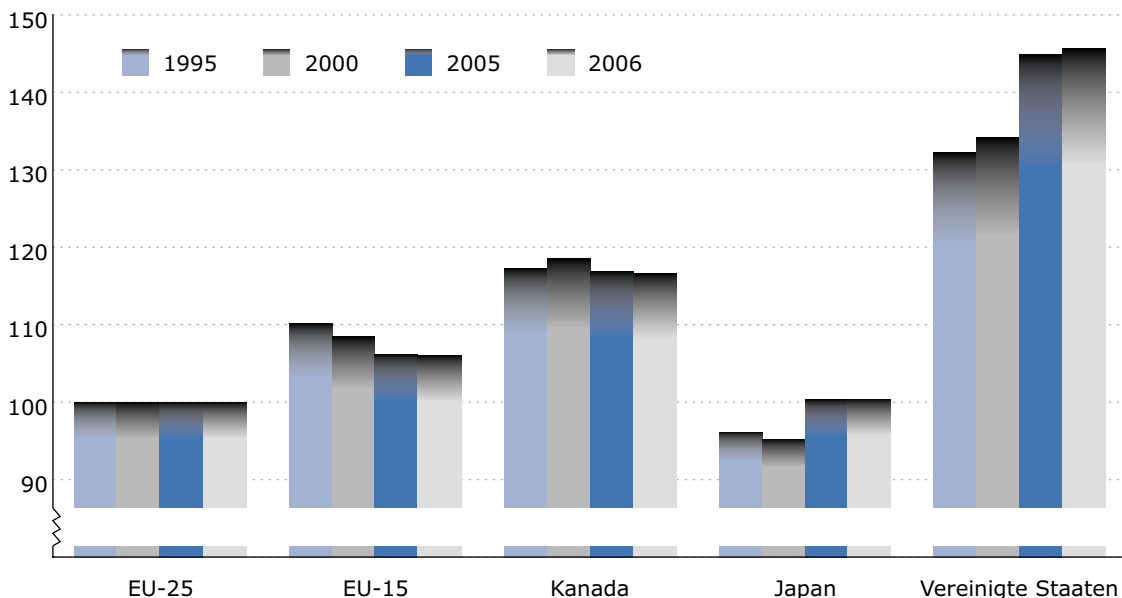
In % des BIP



Der Sektor Staat gliedert sich in die Teilsektoren Bund (Zentralstaat), Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen. Das als gemeinsamer Nenner verwendete BIP ist das Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Marktpreisen. Als Schuldenstand gilt der Nominalwert (Nennwert), Fremdwährungsschulden werden zu Jahresend-Devisenmarktkursen in die Landeswährung umgerechnet (mit gesonderten Bestimmungen für Verträge). Die nationalen Daten für den Sektor Staat sind zwischen den Untersektoren konsolidiert. Die Grunddaten liegen in Landeswährung vor und werden anhand der von der Europäischen Zentralbank gelieferten Wechselkurse zum Jahresende in Euro umgerechnet.

Arbeitsproduktivität

BIP in Kaufkraftstandards (KKS) je Beschäftigten im Vergleich zu EU-25 (= 100)

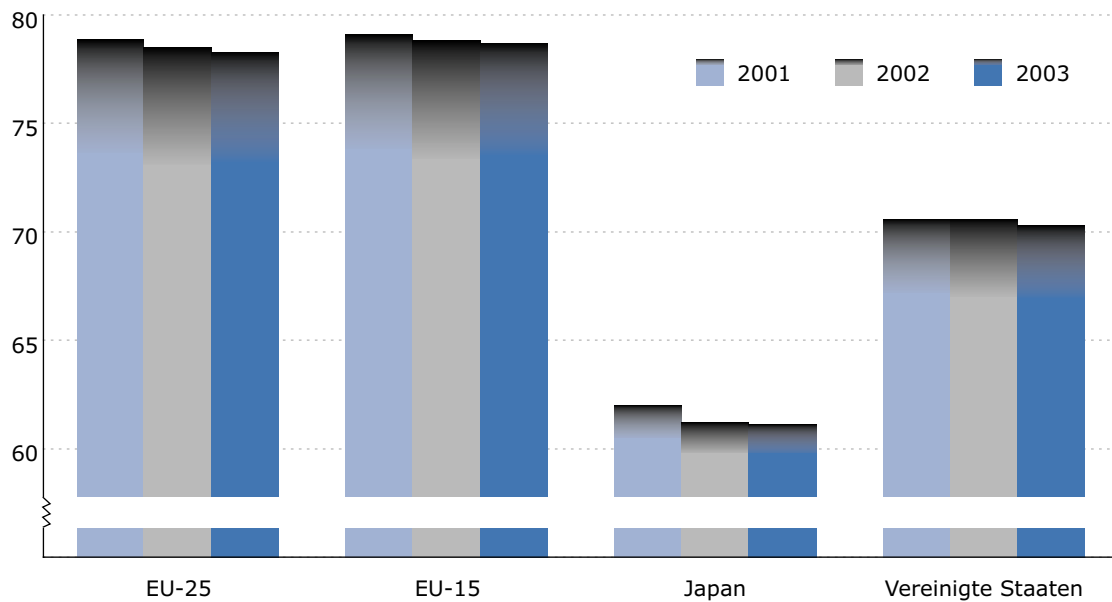


2005, 2006: Prognose

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit in einer Volkswirtschaft. Es ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Das BIP in Kaufkraftstandards (KKS) je Beschäftigten wird relativ zum Durchschnitt der Europäischen Union (EU-25) ausgedrückt. Ist der Indexwert eines Landes größer als 100, so hat dieses Land ein BIP pro Beschäftigten über dem EU-Durchschnitt (und umgekehrt). Die zugrunde liegenden Zahlen sind in KKS ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveaunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt. Man beachte, dass die Größe „Beschäftigte“ nicht zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung differenziert.

Steuersatz für Niedriglohnempfänger - Arbeitslosigkeitsfalle

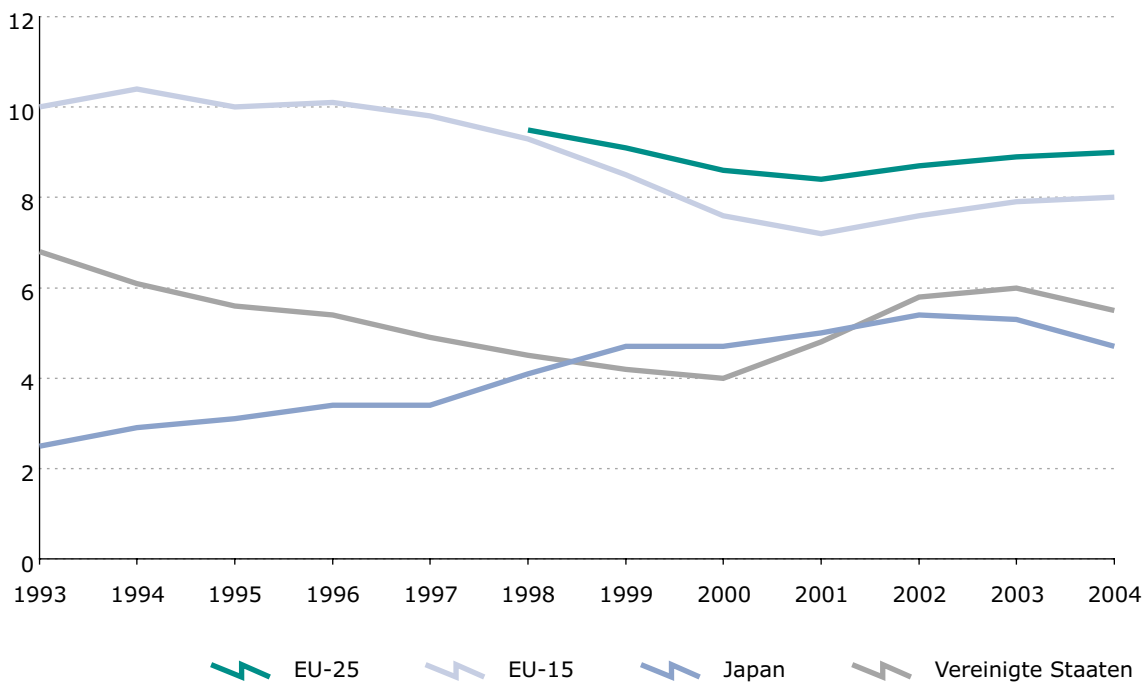
In %



Die Arbeitslosigkeitsfalle misst, welcher Prozentsatz des Bruttoeinkommens bei Wiederaufnahme einer Beschäftigung durch den Wegfall von Sozialleistungen einerseits und höhere Steuer- und Sozialversicherungsabgaben andererseits „verloren gehen“. Dieser Strukturindikator umfasst Ledige ohne Kinder, mit 67 % des durchschnittlichen Verdienstes eines Vollzeitarbeitnehmers im Verarbeitenden Gewerbe.

Arbeitslosenquote insgesamt

In %

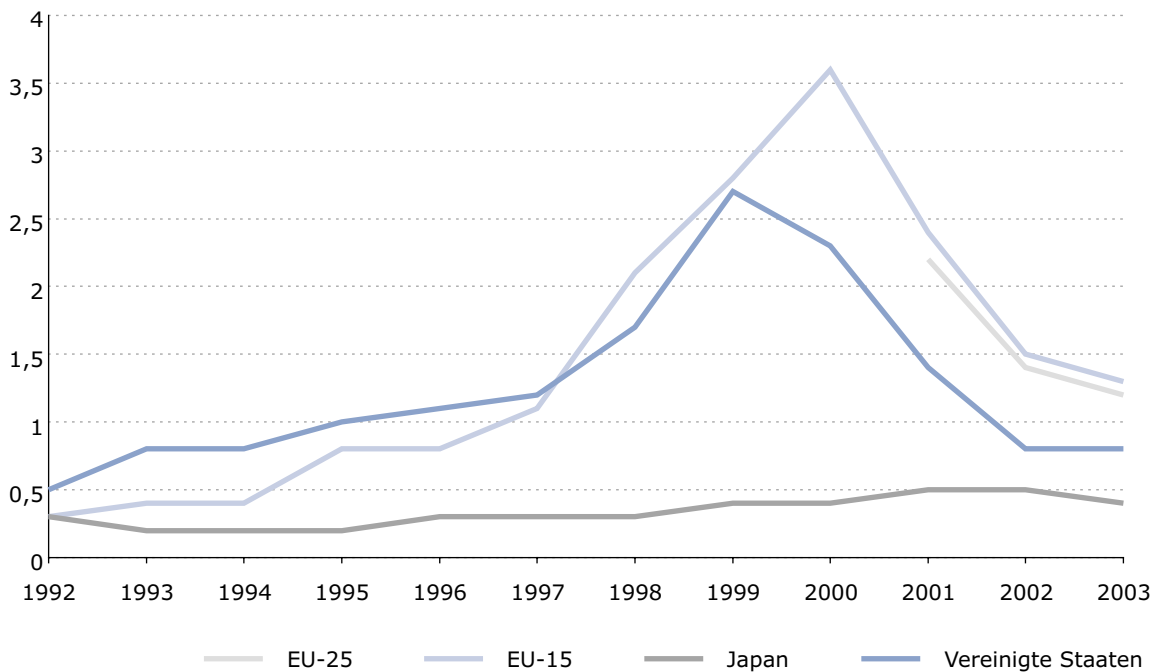


Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbsbevölkerung ist die Summe der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen. Zu den Arbeitslosen zählen alle Personen von 15 bis 74 Jahren, a) die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren; b) die gegenwärtig für eine Beschäftigung verfügbar waren, d. h. Personen, die innerhalb der zwei auf die Berichtswoche folgenden Wochen für eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit verfügbar waren; c) die aktiv auf Arbeitssuche waren, d. h. Personen, die innerhalb der letzten vier Wochen (einschließlich der Berichtswoche) spezifische Schritte unternommen haben, um eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit zu finden oder die einen Arbeitsplatz gefunden haben, die Beschäftigung aber erst später, d. h. innerhalb eines Zeitraums von höchstens drei Monaten aufnehmen.



Intensität der ausländischen Direktinvestitionen

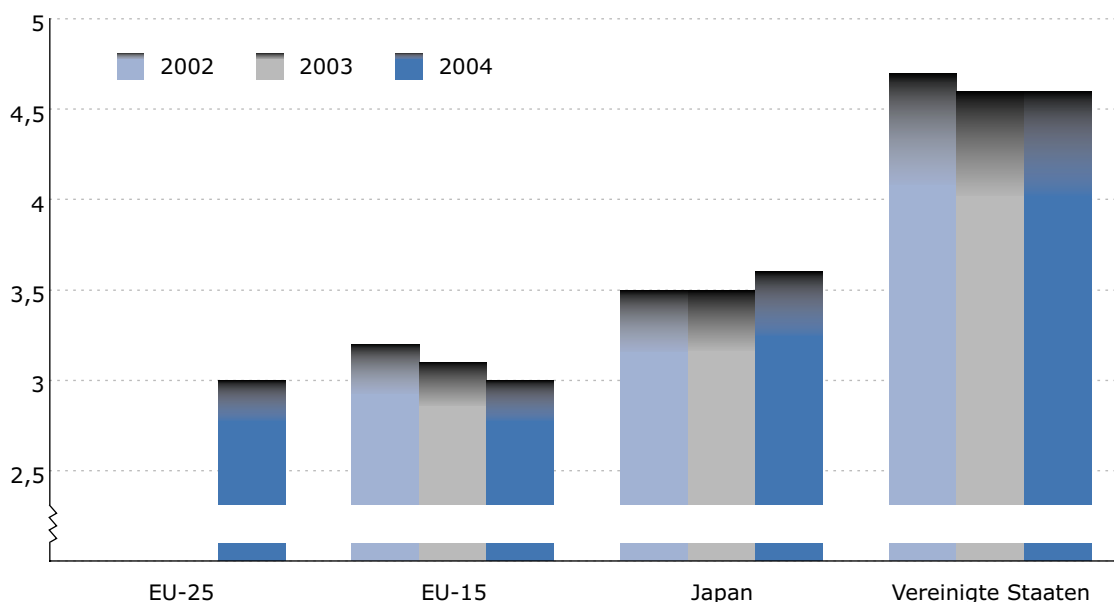
In %



Durchschnitt der ausländischen Direktinvestitionsströme im Inland und der inländischen Direktinvestitionsströme im Ausland als Prozentsatz des BIP. Der Index misst die Intensität der Investitionen innerhalb der internationalen Wirtschaft. Direktinvestitionen beziehen sich auf internationale Investitionen, die durch die gebietsansässige Körperschaft (Direktinvestor) getätigt werden, um einen dauerhaften Anteil in einer wirtschaftsmäßig anderen Körperschaft als der des Anlegers zu erwerben. Zu Direktinvestitionen gehören Anfangstransaktionen zwischen den beiden Körperschaften und alle nachfolgenden Vermögenstransaktionen zwischen ihnen und den Filialunternehmen, ob mit oder ohne Rechtspersönlichkeit. Um Größenunterschiede der Volkswirtschaften in den berichtenden Ländern auszugleichen, werden die Daten in Prozent des BIP ausgedrückt.

Ausgaben für Informationstechnologie

In % des BIP

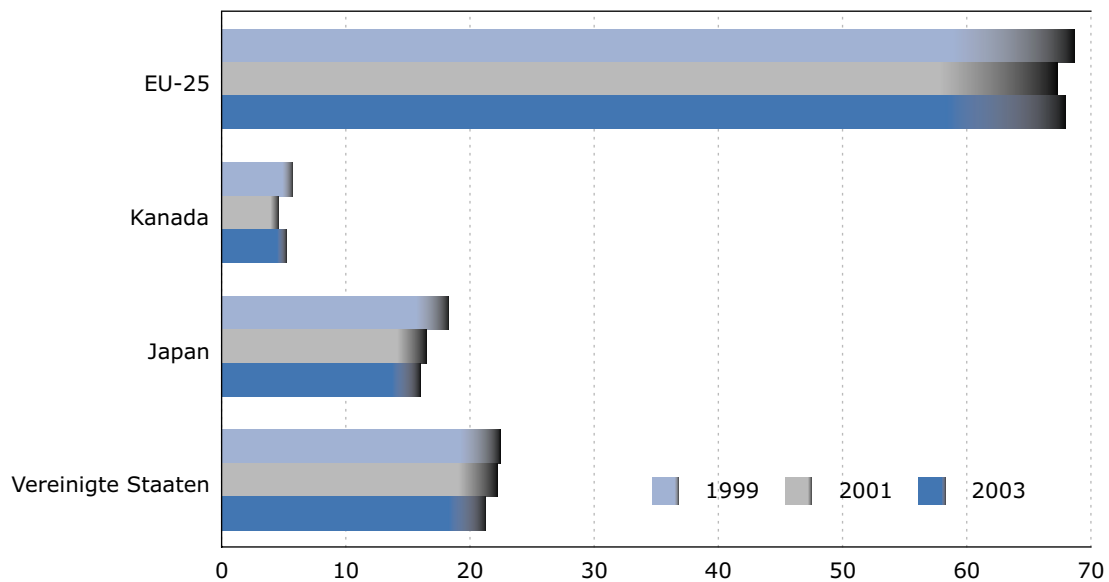


Ausgaben für IT (Informationstechnologie) – Hardware, Technik, Software und Sonstiges – als Prozentsatz des BIP.

1

Ausfuhren in EU-Länder

Anteil an den nationalen Gesamtausfuhren (Fob); in %

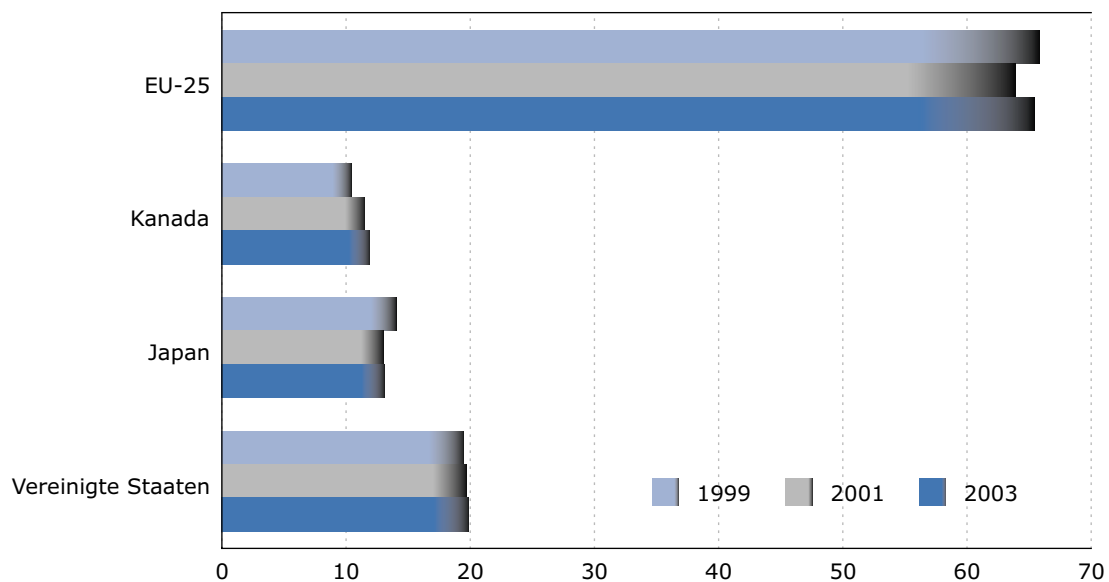


Quelle: Eurostat, Vereinte Nationen.

Aus dem Schaubild geht der Anteil der wertmäßig ausgedrückten Intra-EU-Ausfuhren der Meldeländer an ihren Gesamtausfuhren hervor.

Einfuhren aus EU-Ländern

Anteil an den nationalen Gesamteinfuhren (Cif); in %



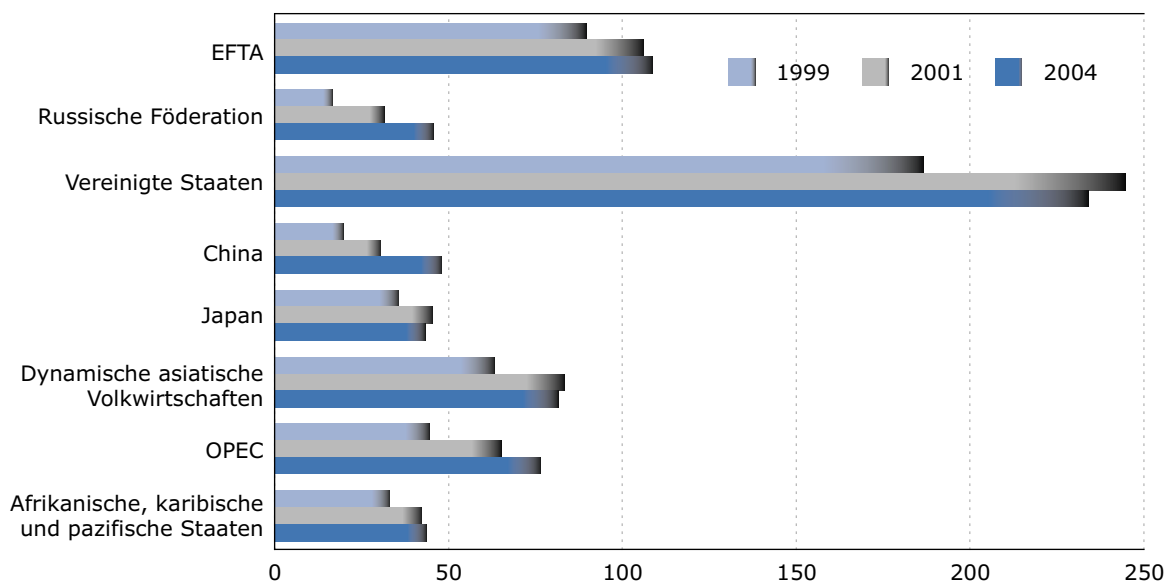
Quelle: Eurostat, Vereinte Nationen.

Aus dem Schaubild geht der Anteil der wertmäßig ausgedrückten Intra-EU-Einfuhren der Meldeländer an ihren Gesamteinfuhren hervor.



Extra-EU-25-Ausfuhren – wichtigste Handelspartner

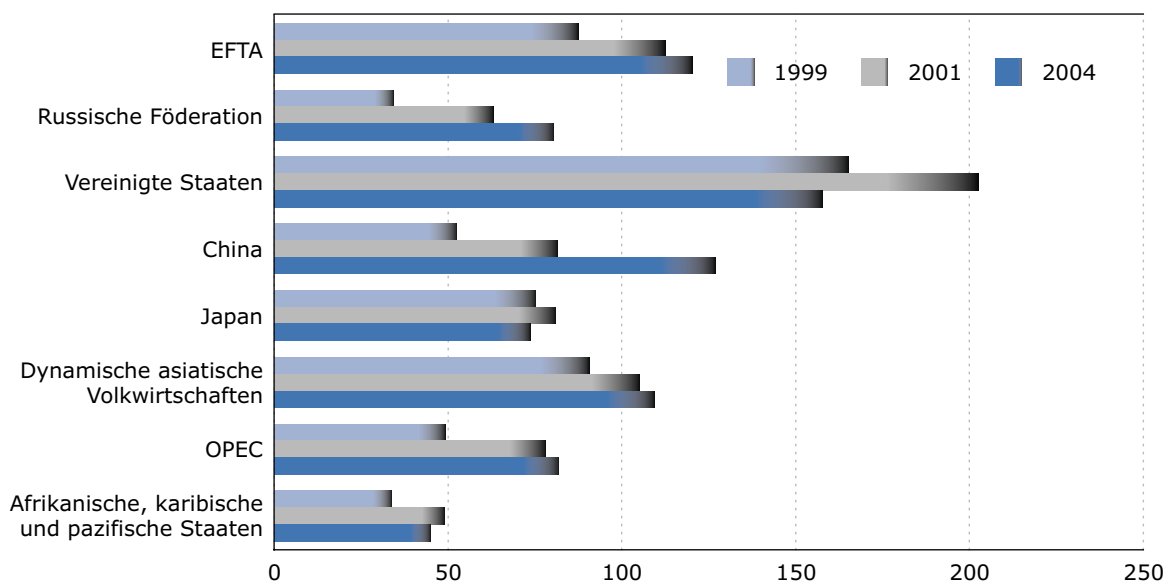
In Mrd. ECU/EUR (Fob-Wert)



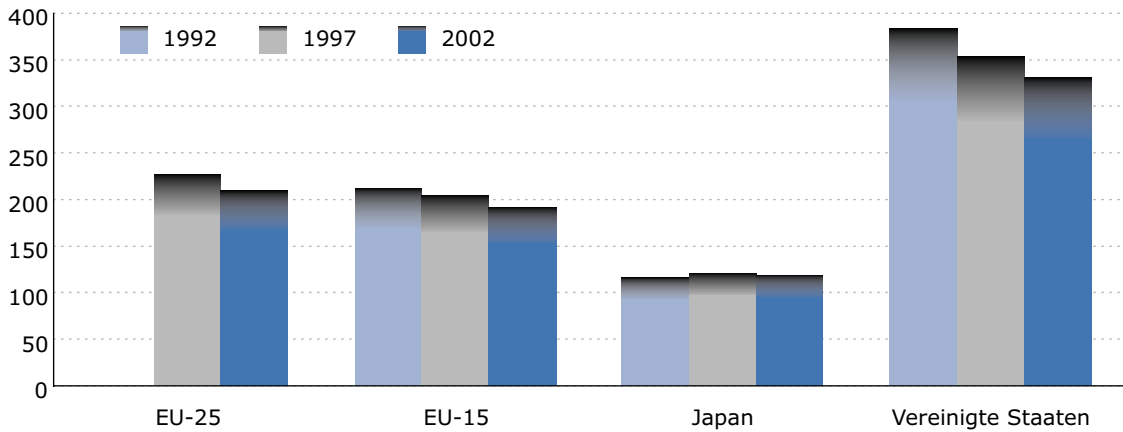
1

Extra-EU-25-Einfuhren – wichtigste Handelspartner

In Mrd. ECU/EUR (Cif-Wert)

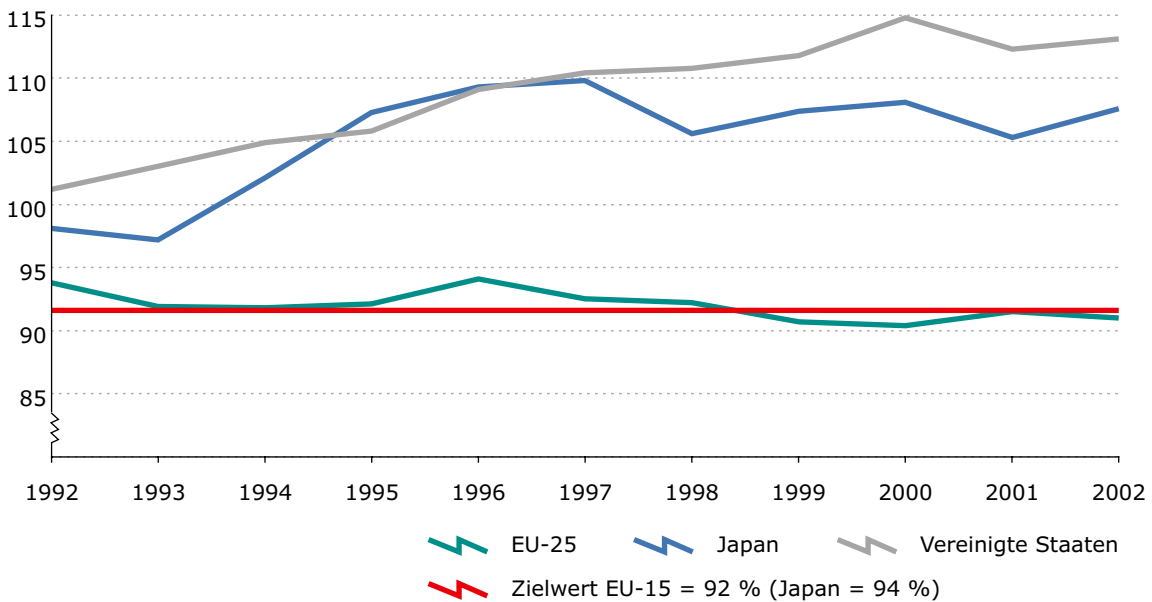


Energieintensität der Wirtschaft
Kg RÖE pro 1 000 EUR



Dieser Indikator ist das Verhältnis zwischen dem Bruttoinlandsverbrauch an Energie und dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), berechnet für ein Kalenderjahr. Er misst den Energieverbrauch einer Volkswirtschaft und ihre Gesamtenergieeffizienz. Der Bruttoinlandsverbrauch an Energie wird durch Addition der Verbrauchswerte für die fünf Energiearten (Kohle, Elektrizität, Öl, Erdgas und erneuerbare Energien) ermittelt. Um Auswirkungen der Inflation zu vermeiden, werden BIP-Zahlen zu konstanten Preisen verwendet; Basisjahr 1995 (ESA 1995). Zur Ermittlung des Energienutzungsgrads wird der Bruttoinlandsverbrauch durch das BIP dividiert. Da der Bruttoinlandsverbrauch in kg RÖE (Kilogramm Rohöleinheiten) und das BIP in 1 000 EUR gemessen wird, ergibt sich der Nutzungsgrad in kg RÖE pro 1 000 EUR.

Gesamtemissionen von Treibhausgasen
Index Basisjahr = 100



EU-25: geschätzter Wert

Unter dem Kyoto-Protokoll hat die EU einer Reduzierung um 8 % seiner Treibhausgasemissionen bis 2008-2012 im Vergleich zum Kyoto-Basisjahr zugestimmt. Die Reduzierungen für jedes der EU-15-Länder sind unter der so genannten EU-Lastenteilungsvereinbarung zusammengefasst (Ratsentscheidung 2002/358/EG), die es einigen Ländern gestattet, Emissionen zu erhöhen, vorausgesetzt, diese werden durch Reduzierungen in anderen Mitgliedstaaten ausgeglichen. Die neuen Mitgliedstaaten haben andere Reduzierungsziele und andere Basisjahre gewählt, so wie es im Protokoll zugelassen ist. Diese und die Lastenteilungsziele für 2008-2012 werden in dem Schaubild als Jahr 2010 angezeigt (keine Reduzierungsziele für Zypern und Malta). Die Emissionen der sechs Treibhausgase, die durch das Protokoll abgedeckt werden, werden ihren globalen Erwärmungspotenzialen (GWPs) entsprechend gewichtet und zusammengefasst, um Gesamtemissionen in CO₂-Äquivalenten zu bekommen. Die Gesamtemissionen werden als Indizes mit dem Basisjahr = 100 dargestellt. Das Basisjahr für CO₂, CH₄ und N₂O (nicht-F Gase) ist 1990, und 1995 für die langlebigen F-Gase (HFC, PFC und SF₆). Die Daten berücksichtigen keine Treibhausgasquellen oder -senken aus Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LUCF).



Daten über die Regionen Europas

Vergleichbare Regionalstatistiken, die einen wesentlichen Teil des Europäischen Statistischen Systems darstellen, werden seit mehreren Jahrzehnten erhoben. Die Regionalstatistiken von Eurostat decken die wesentlichen Gesichtspunkte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens der Europäischen Union ab, unter anderem Bevölkerungsentwicklung, Wanderungsbewegungen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen auf regionaler Ebene, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Tourismus, Landwirtschaft, Forschung und Entwicklung, Bildung usw. Die dazu verwendeten Konzepte und Definitionen entsprechen dabei soweit wie möglich denen, die Eurostat für die Erstellung oder Erhebung von Statistiken auf nationaler Ebene verwendet.

Die Daten sind auf der zur Verbreitung dienenden Website von Eurostat unmittelbar zugänglich:

<http://europa.eu.int/comm/eurostat/>
(dort bitte „Daten/Regionen“ anklicken).

Für die Erstellung regionaler Daten wird eine Systematik der regionalen Gebietseinheiten benötigt. In der Europäischen Union wird hierfür die so genannte „Klassifikation NUTS“ verwendet, deren Rechtsgrundlage seit 2003 eine Verordnung⁽¹⁾ ist. NUTS ist hierarchisch aufgebaut; jeder Mitgliedstaat ist in eine ganze Zahl von Regionen der Ebene NUTS 1 unterteilt. Jede dieser Regionen ist ihrerseits in Regionen der Ebene NUTS 2 unterteilt und diese wiederum in Regionen der Ebene NUTS 3. Die NUTS orientiert sich an institutionellen Untergliederungen. Deshalb handelt es sich bei den Regionen der NUTS in der Regel um Verwaltungsbezirke, die der Ausdehnung einer Gebietskörperschaft entsprechen. Die Statistiker übernehmen in der Regel diese Verwaltungseinheiten, da sie für die Erhebung, Verarbeitung und Verbreitung von Daten am besten geeignet sind.

Weitere Informationen über NUTS, die Verordnung und ihre Anwendung finden Sie auf der Eurostat-Website, auf die wir die Klassifikation NUTS gestellt haben. Dort finden Sie auch Karten der NUTS-Regionen (<http://europa.eu.int/comm/eurostat/ramon/nuts/>).

Die Regionalstatistiken von Eurostat sind nicht nur auf der Verbreitungswebsite verfügbar, sondern fließen jedes Jahr auch in eine der wichtigsten Veröffentlichungen von Eurostat ein: das Jahrbuch der Regionen. Es erscheint in drei Sprachfassungen (Englisch, Französisch und Deutsch) und enthält eine Reihe von Abschnitten, in denen die einzelnen regionalen Themen behandelt werden. Die farbigen Karten sowie die Schaubilder und Erläuterungen in jedem Abschnitt unterrichten den Leser so umfassend wie möglich über die regionale Verteilung des bzw. der jeweils untersuchten Indikatoren oder Kombinationen von Indikatoren. Die Nutzer haben Zugriff auf die Daten und können sie elektronisch bearbeiten, da sie auf einer CD-ROM gespeichert sind, die der Veröffentlichung beiliegt. Das Jahrbuch wird jedes Jahr im Frühsommer hergestellt und kommt bis September auf den Markt.

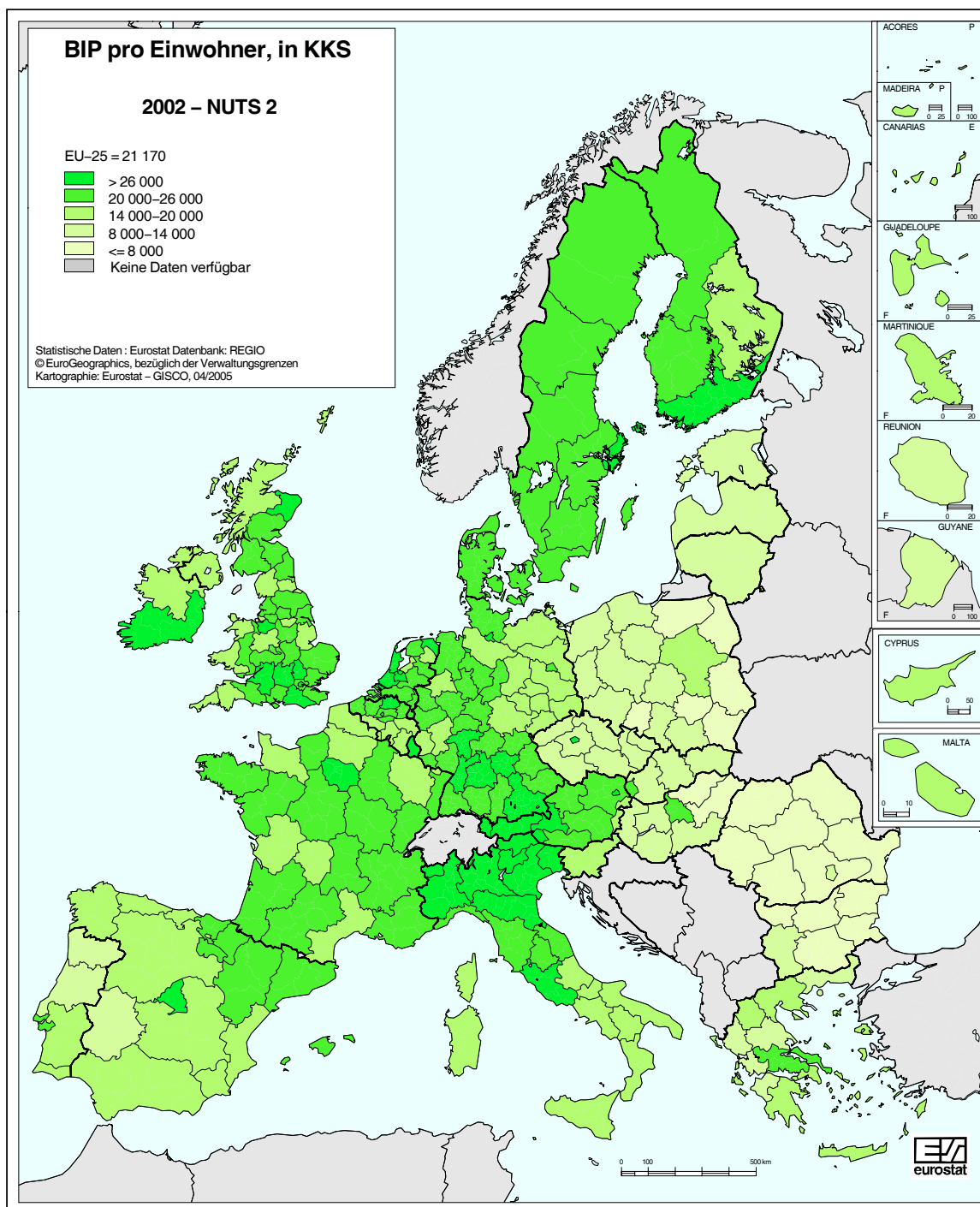
Zusätzlich erscheint jedes Jahr im Februar ein Leitfaden, der ausführliche Erläuterungen sämtlicher Datenreihen in der Datenbank sowie methodologische Beschreibungen der NUTS und einige Schlüsselvariablen enthält, z. B. das regionale BIP und die Arbeitslosenquoten.

Beide Bücher können als PDF-Dateien von der Eurostat-Website heruntergeladen werden.

Die Regionalstatistiken erfüllen vielfältige Zwecke, *unter anderem* dienen sie dazu, die Strukturfondsmittel rational und kohärent zuzuteilen. Alle fünf bis sieben Jahre verteilt die Kommission über 5 Mrd. Euro, um den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union zu fördern. In diesem Zusammenhang dienen die regionalen Daten als objektive Grundlage für die Auswahl der förderfähigen Regionen und für die *nachträgliche* Analyse der Auswirkungen der europäischen Strukturpolitik.

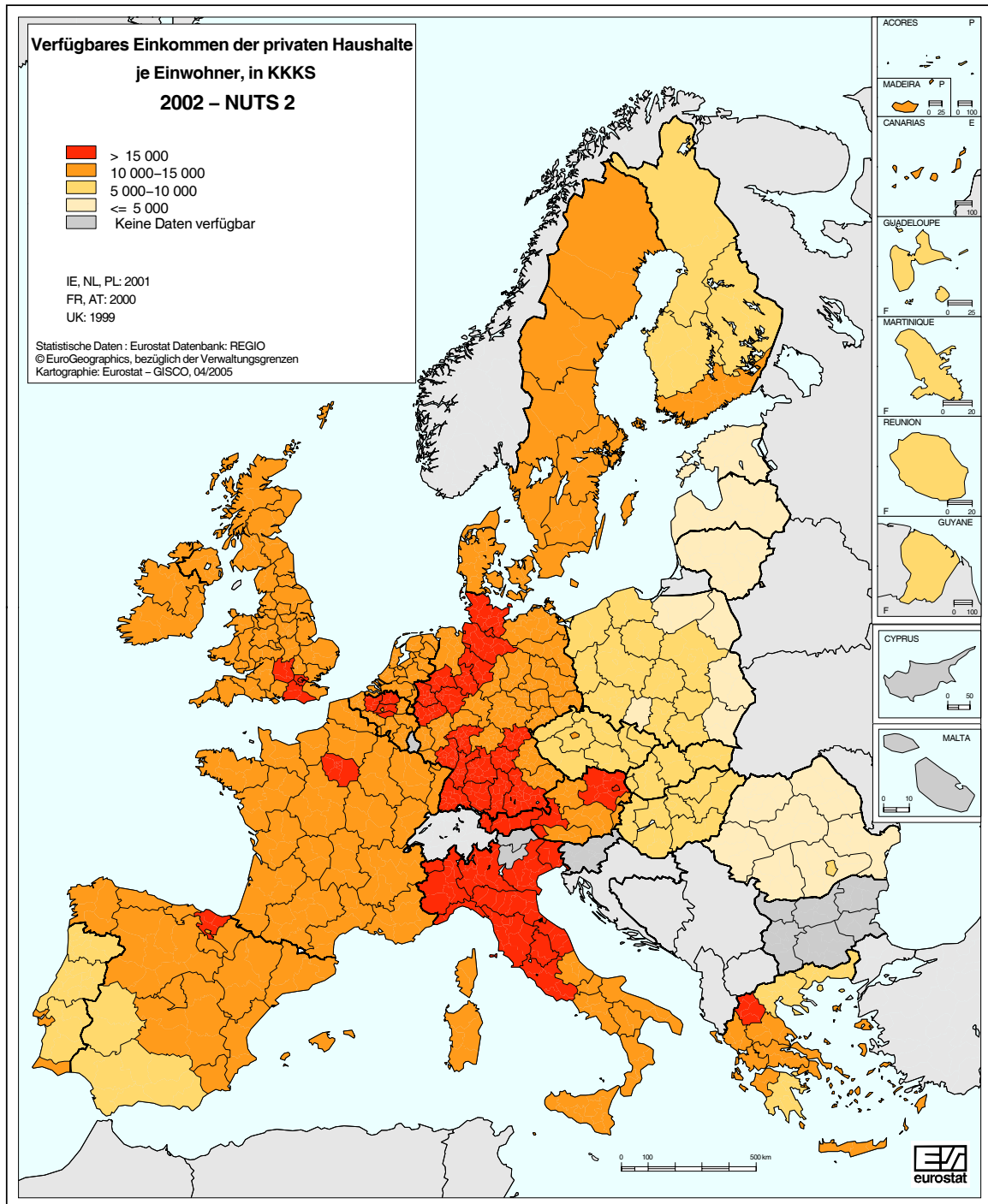
Seit 2004 verfügt Eurostat auch über Städtestatistiken, die mit mehr als 270 Indikatoren die „Lebensqualität“ in 256 europäischen Städten messen. Die Daten sind verfügbar für die Stadtzentren, das städtische Umland sowie – als eingeschränkter Datensatz – für Stadtteile. Auch diese Daten sind direkt auf der Verbreitungswebsite von Eurostat über den oben angegebenen Link verfügbar.

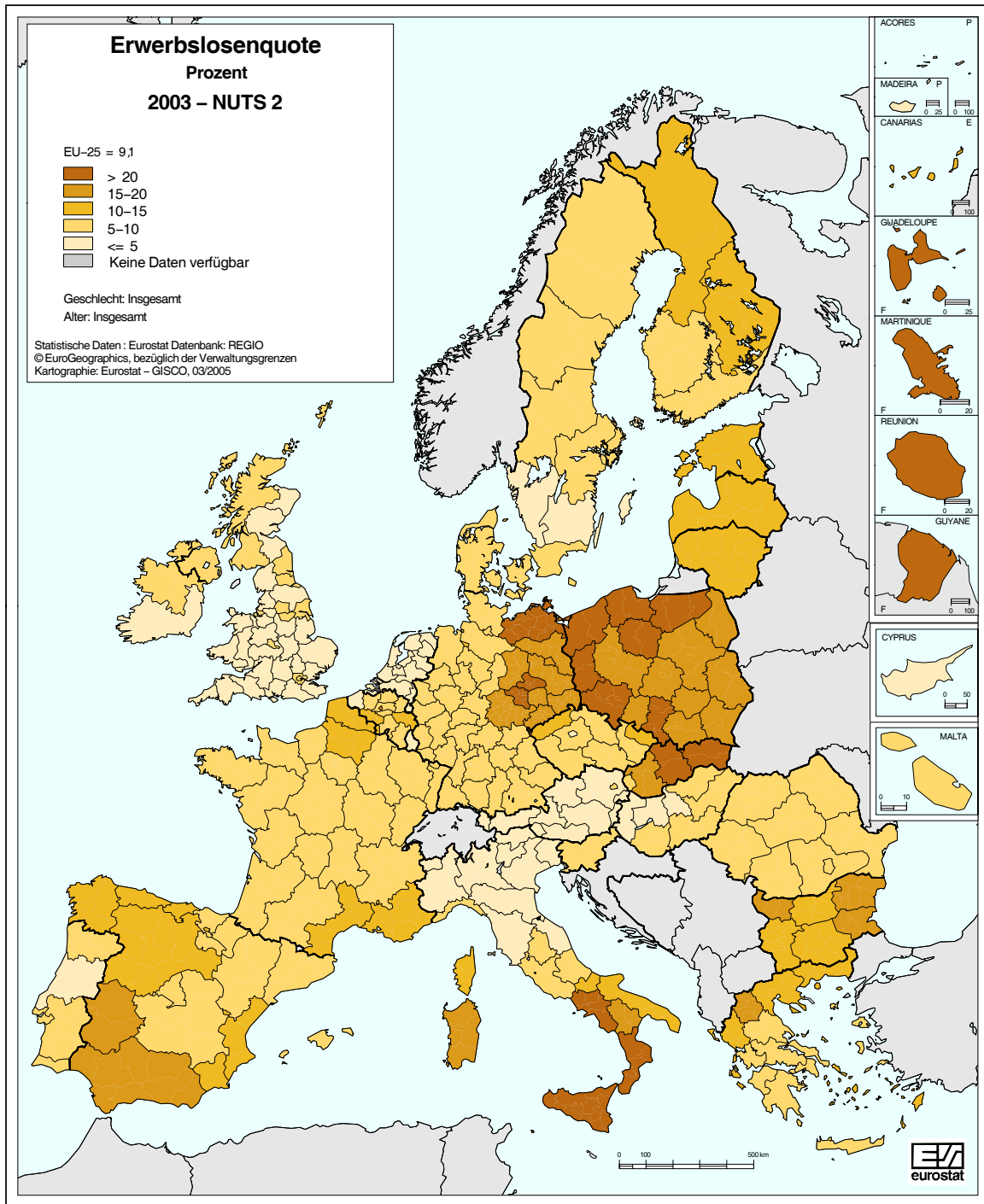
⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS).

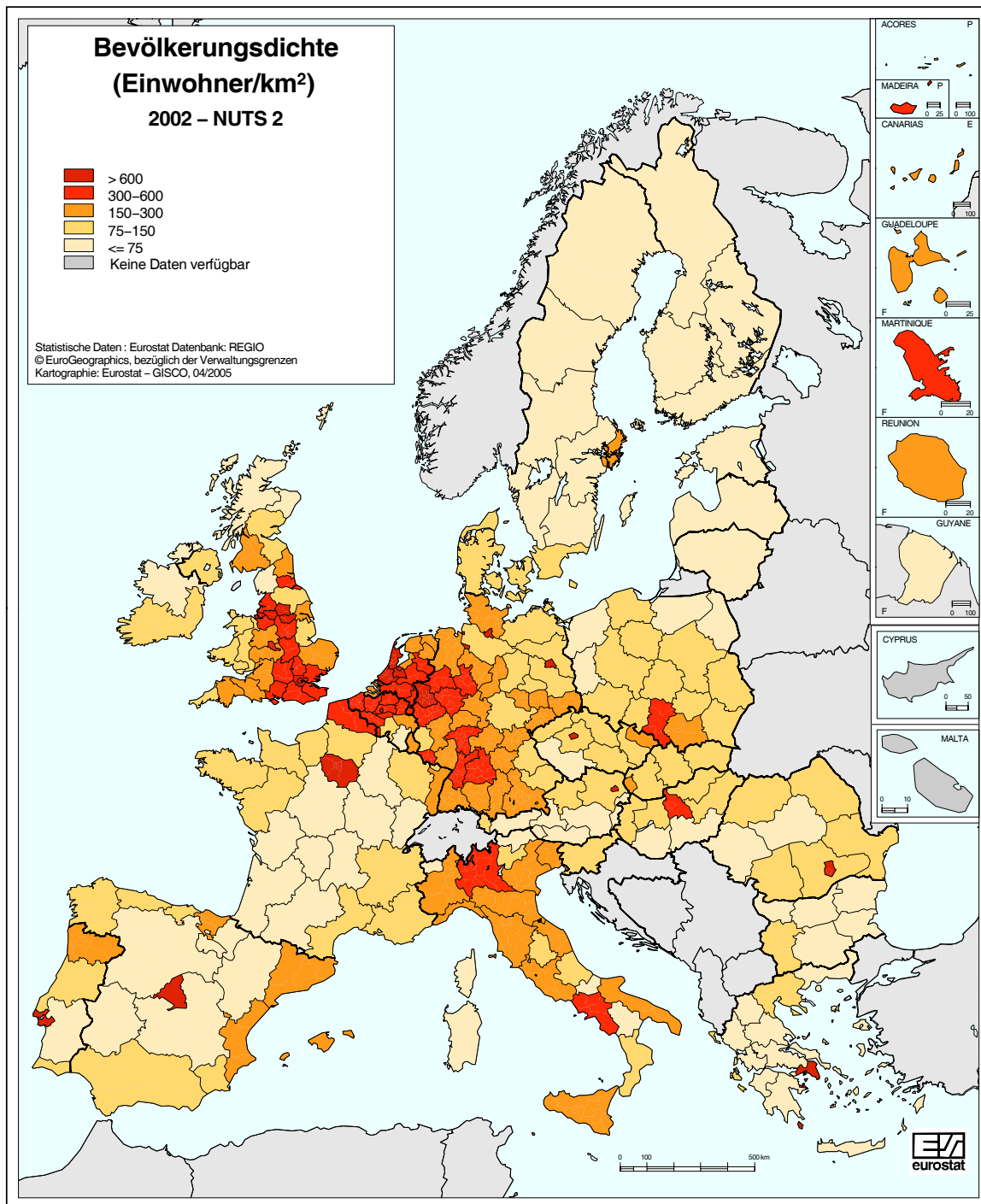


Die vier auf dieser und den folgenden Seiten wiedergegebenen Karten veranschaulichen die Vielfalt der europäischen Regionen. Sie zeigen, dass innerhalb eines bestimmten Landes bei vielen wirtschaftlichen und sozialen Aspekten erhebliche Abweichungen auftreten können,

insbesondere zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland, Nord- und Süditalien, Nord- und Südspanien sowie England, Schottland und Wales. In den meisten Fällen ist die Hauptstadtregion eines Landes wohlhabender als die eher ländlichen Gebiete.









Im Blickpunkt: die Informationsgesellschaft

Der Aktionsplan eEurope 2005: die Zukunft der europäischen Informationsgesellschaft

Die Europäische Kommission will günstige Rahmenbedingungen für private Investitionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Steigerung der Produktivität und die Modernisierung der öffentlichen Dienste schaffen und allen die Möglichkeit zur Teilhabe an der globalen Informationsgesellschaft geben. Zu diesem Zweck hat sie den Aktionsplan eEurope 2005 aufgestellt. Seine Ziele sind die Förderung sicherer Dienste, Anwendungen und Inhalte auf der Grundlage einer weithin zugänglichen Breitband-Infrastruktur.

Der Aktionsplan eEurope 2005 rückt sieben politische Prioritäten von eEurope in den Vordergrund: Zugang zur Breitbandkommunikation, elektronischer Handel, elektronische Behördendienste, Online-Gesundheitsfürsorge,

digitale Integration (Beseitigung der „digitalen Kluft“), elektronisches Lernen und Sicherheit. In diesem Kapitel werden drei dieser Prioritäten näher betrachtet: digitale Integration, Zugang zur Breitbandkommunikation und elektronischer Handel.

Die Eurostat-Daten zur Informationsgesellschaft

Statistische Daten zur Informationsgesellschaft sind notwendig zur Überwachung der Umsetzung des Aktionsplans eEurope 2005. Bei der Erhebung solcher Daten spielt Eurostat eine wesentliche Rolle.

Anhand der von Eurostat erhobenen Daten zur Informationsgesellschaft können Veränderungen und Trends in den verschiedenen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft erkannt und analysiert werden. Die Beiträge in diesem „**Blickpunkt**“ verdeutlichen den Nutzen der Eurostat-Datenbank. Sie hat zwei wesentliche Vorteile:

- Sie enthält repräsentative und vergleichbare Daten für die gesamte Europäische Union.
- Sie ist öffentlich zugänglich und kostenlos.

Kooperative Datenerhebung gewährleistet Vergleichbarkeit

Zur Erfassung der IKT-induzierten Entwicklung hat die Europäische Kommission die Gemeinschaftserhebung zur Informationsgesellschaft eingeführt, die seit 2002 jährlich stattfindet und bei der der IKT-Einsatz in Unternehmen, Haushalten und durch Einzelpersonen erfasst wird. Eurostat hat die Musterfragebögen für diese Erhebung ausgearbeitet, die von den statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten durchgeführt wird. In den Musterfragebögen sind die in den eEurope-Aktionsplänen 2002 bzw. 2005 festgelegten Benchmarking-Indikatoren aufgeführt.



Eurostat arbeitet eng mit den nationalen statistischen Ämtern und der OECD zusammen. Wenn die Beteiligung an der Erhebung auch freiwillig ist, so beteiligen sich doch die meisten Mitgliedstaaten an ihr, seit 2004 auch die meisten neuen Mitgliedstaaten und die Kandidatenländer Rumänien, Bulgarien und Türkei. Am 30. April 2004 verabschiedeten das Europäische Parlament und der Rat die Verordnung (EG) Nr. 808/2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft. Damit ist sichergestellt, dass für alle 25 EU-Mitgliedstaaten Daten in einheitlicher Weise erhoben werden. Die Verordnung ist eine Rahmenrechtsvorschrift, die es ermöglicht, die Erhebung an neue Bedürfnisse der Nutzer und Entscheider anzupassen.

Zunächst konzentrierten sich die Erhebungen auf Zugang und Anschlussrate. Doch wurden sie im Laufe der Zeit ausgeweitet auf regionale Unterschiede, geschlechtsspezifische Aspekte und alters- und bildungsbedingte Unterschiede, die die digitale Kluft erkennbar machen und

genauer Aufschluss geben über den Nutzen und die Probleme des IKT-Einsatzes.

Außerdem wurde die Erhebung jährlich an die Bedürfnisse der Datennutzer angepasst und erfasste fallweise spezifische Wirtschaftszweige wie die Finanzdienstleistungen oder spezifische Bereiche wie elektronische Behördendienste, Zugang zur Breitbandkommunikation und digitale Kompetenz. Diese Anpassungen sind zu einer erheblichen Herausforderung geworden, denn zum einen müssen bestimmte Hintergrundinformationen und politisch bedeutsame Indikatoren jedes Jahr erhoben werden, zum anderen müssen neue Bereiche berücksichtigt werden, ohne dass die Belastung der Auskunft Gebenden zu groß wird.

Die digitale Kluft

Im vergangenen Jahrzehnt sind Informations- und Kommunikationstechnologien, allgemein als IKT bezeichnet, für die breite Öffentlichkeit zugänglich und erschwinglich geworden. Es besteht aber nach wie vor eine Kluft zwischen denen, die IKT nutzen (PC-Besitzer), und denen, die sie nicht nutzen (Personen ohne PC). Diese so genannte digitale Kluft hat verschiedene Ursachen: fehlende Infrastruktur, fehlender Zugang zu Diensten oder Fehlen der Kenntnisse und Fähigkeiten, die zum Umgang mit IKT und zur Teilhabe an der Informationsgesellschaft notwendig sind.

In diesem Kapitel wird näher untersucht, wie groß diese Kluft ist, warum sie besteht und ob sie womöglich kleiner wird.

Die digitale Kluft zwischen Haushalten – die Jüngeren und Gebildeteren nutzen häufiger IKT

Im Jahr 2004 besaßen durchschnittlich 55 % der Haushalte einen PC. 42 % der Haushalte





hatten einen Internetanschluss, rund jeder dritte davon einen Breitbandanschluss.

Wie zu erwarten war, hängt die IKT-Nutzung signifikant davon ab, ob dem Haushalt Kinder angehören oder nicht. Ein PC findet sich in 71 % der Haushalte mit Kindern, aber nur in 48 der kinderlosen Haushalte. In geringerem Maße besteht diese Korrelation auch bei Internetanschlüssen.

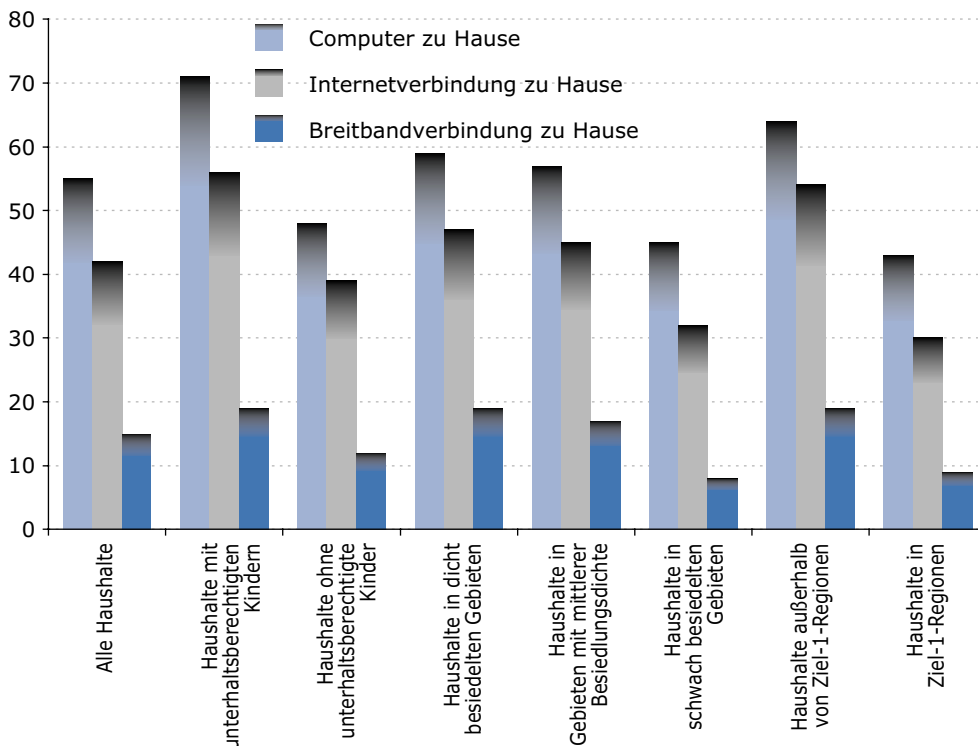
Bei regionaler Betrachtung ist zu erkennen, dass der Zugang zu und die Nutzung von IKT deutlich mit dem Verstärterungsgrad korrelieren. Die Verbreitung von Computern und insbesondere von Internetanschlüssen liegt in schwach besiedelten ländlichen Gebieten unter dem EU-Durchschnitt. Eine Kluft scheint nicht nur zwischen Personen mit und ohne PC zu bestehen, sondern auch innerhalb der Gruppe der PC-Besitzer. In ländlichen Gebieten haben nur 25 % der Haushalte mit Internetanschluss einen Breitbandanschluss, in anderen Gebieten

dagegen ca. 40 %. Das dürfte u. a. auf die geringere Verfügbarkeit der Breitbandtechnik in entlegenen Gebieten zurückzuführen sein. Ähnliches lässt sich beobachten beim Vergleich zwischen wohlhabenden und relativ armen Regionen (Regionen mit Entwicklungsrückstand, die für eine Förderung aus den EU-Strukturfonds im Rahmen von Ziel 1 in Betracht kommen, d. h., deren Pro-Kopf-BIP unter 75 % des EU-Durchschnitts liegt). In den relativ wohlhabenden Regionen der EU sind Internetanschlüsse fast doppelt so stark verbreitet wie in den armen Regionen (54 % der Haushalte gegenüber 30 %).

Daten aus zwölf Ländern ⁽¹⁾ lassen erkennen, dass die Hauptgründe dafür, dass Haushalte 2004 nicht mit Internetanschluss ausgestattet waren, in den zu hohen Kosten für Zugang und Geräte und im Mangel an Fähigkeiten zur Nutzung des Internets liegen. Sorgen um Sicherheit und Datenschutz spielen eine geringere Rolle.

Zugang von Haushalten zu IKT, EU-25, 2004

In % der Haushalte mit wenigstens einem Mitglied im Alter zwischen 16 und 74 Jahren



Keine Angaben: Belgien, Tschechische Republik, Malta, Niederlande, Slowakei, Schweden.
 Keine Angaben für Breitband: Frankreich, Italien.
 Keine Angaben zu unterhaltsberechtigten Kindern: Dänemark, Spanien, Frankreich.
 Keine Angaben zum Verstärterungsgrad: Spanien, Irland, Polen, Vereinigtes Königreich.
 Keine Angaben zu Ziel-1-/Nicht-Ziel-1-Regionen: Frankreich.

⁽¹⁾ Dänemark, Griechenland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Polen, Portugal, Slowenien, Ungarn, Zypern, Norwegen, Türkei.

Die digitale Kluft zwischen Einzelpersonen

Von den Angehörigen der Altersgruppe von 16 bis 74 Jahre nutzen im Durchschnitt 56 % einen Computer, 48 % nutzen das Internet, und 19 % kaufen Waren und Dienstleistungen online ⁽¹⁾. Zwischen den gesellschaftlichen Gruppen bestehen jedoch erhebliche Unterschiede.

Zwar spielt dabei das Geschlecht der Personen keine wesentliche Rolle, wohl aber das Alter. 75 % der unter 24-jährigen nutzen das Internet, aber nur 12 % der ältesten Gruppe (65 bis 74 Jahre). Mit zunehmendem Alter nimmt die Quote der Computer- und Internetnutzung zunächst allmählich und ab einem Alter von 54 Jahren dann rapide ab. Das ist zum Teil damit zu erklären, dass den Angehörigen dieser Altersgruppe die Fähigkeiten zur Nutzung von Computer und Internet fehlen. Ein erheblicher Teil dieser Altersgruppe kann aber

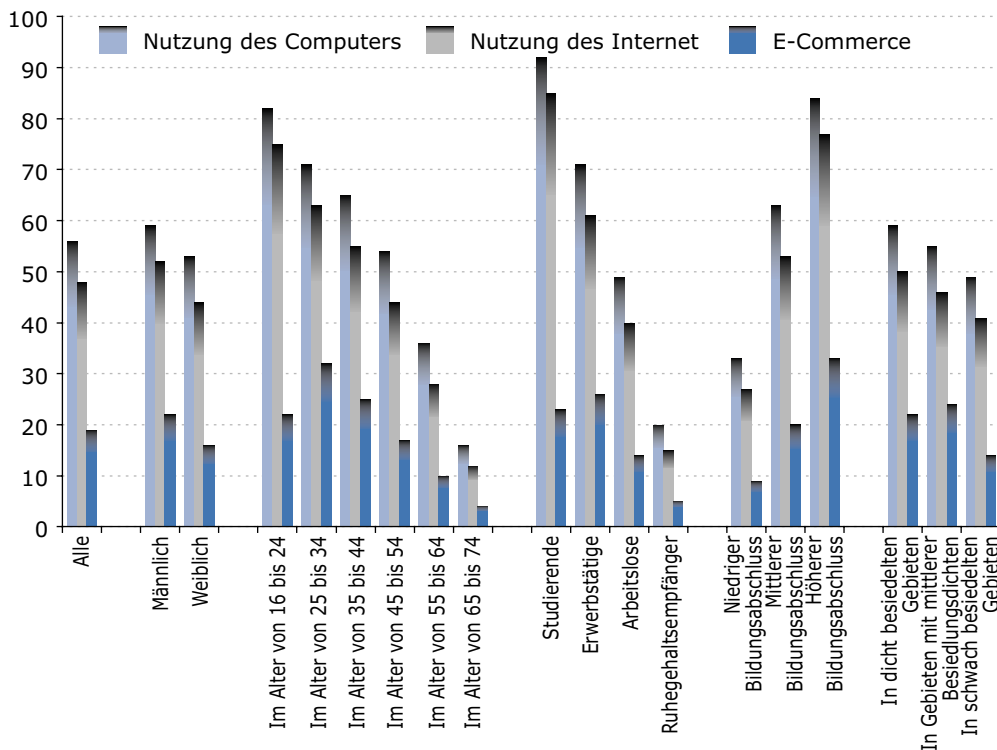
auch aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sein und deshalb keinen Zugang zu IKT mehr haben.

Für letztere Annahme spricht, dass die IKT-Nutzung bei Personen im Ruhestand relativ wenig verbreitet ist. Wird weiter nach Erwerbsstatus untergliedert, so wird erkennbar, dass die IKT-Nutzung bei Studenten am stärksten verbreitet ist. Die Zahlen für Beschäftigungslose liegen nur wenig unter dem Durchschnitt.

Bei Personen mit höherer Bildung (d. h. mit einem Abschluss im tertiären Bereich) ist die Nutzung von Computer und Internet 2,5- bzw. 3-mal so stark verbreitet wie bei Personen mit niedrigerer Bildung (d. h. Personen mit einem Abschluss höchstens auf der Sekundarstufe I). Beim Online-Einkauf beträgt das Verhältnis 3,5:1. Das kann mit dem höheren verfügbaren Einkommen der höher Gebildeten erklärt werden.

Nutzung von Computern, Internet und E-Commerce durch Einzelpersonen, EU-25, 2004

In % der Einzelpersonen im Alter von 16-74 Jahren



„Nutzung“ bezieht sich auf die Nutzung während der drei vor dem Interview liegenden Monate (ausgenommen Dänemark: letzter Monat vor dem Interview).

Keine Angaben: Belgien, Tschechische Republik, Spanien, Frankreich, Irland, Malta, Niederlande, Slowakei.

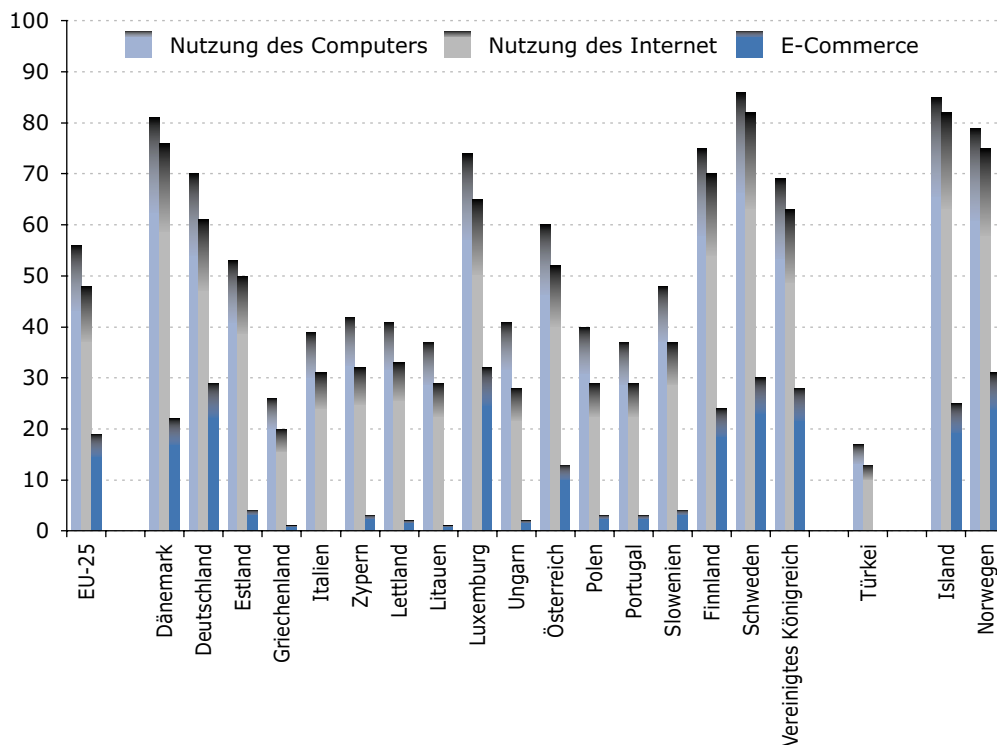
Keine Angaben zu E-Commerce: Italien.

(1) Die Nutzung des Internet für den Einkauf von Waren und Dienstleistungen ist in Deutschland und Großbritannien besonders verbreitet. Nimmt man diese beiden Länder aus der Statistik heraus, sinkt der Durchschnitt auf 8 %.



Nutzung von Computern, Internet und E-Commerce durch Einzelpersonen nach Land, 2004

In % der Einzelpersonen im Alter von 16-74 Jahren



„Nutzung“ bezieht sich auf die Nutzung während der drei vor dem Interview liegenden Monate (ausgenommen Dänemark: letzter Monat vor dem Interview).

Keine Angaben für EU-25: Belgien, Tschechische Republik, Spanien, Frankreich, Irland, Malta, Niederlande, Slowakei.

Keine Angaben zu E-Commerce: Italien.

Die Teilnahme am elektronischen Handel ist in dicht besiedelten Regionen tendenziell geringer. Das erscheint logisch, denn wer in städtischen Regionen wohnt, findet in seiner Nähe ein umfangreiches Warenangebot vor. Auch die Altersgruppe 16 bis 24 Jahre kauft relativ wenig online ein. Hier sind die begrenzten Mittel wahrscheinlich der Hauptgrund.

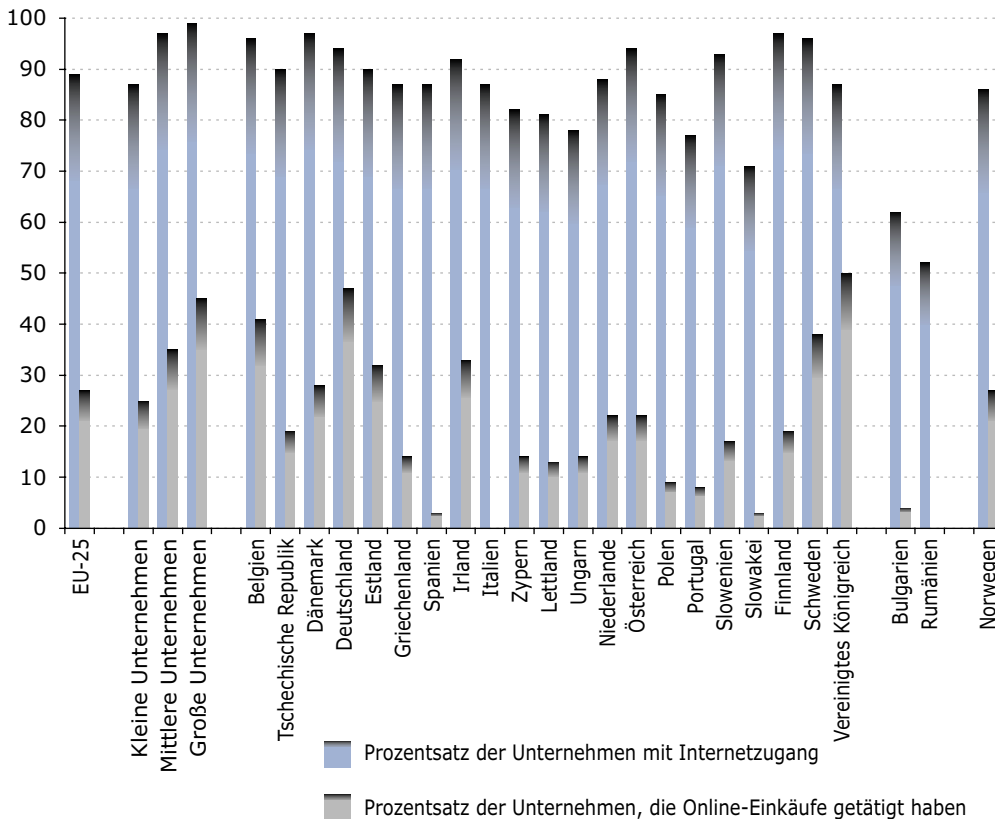
Eine deutliche Kluft besteht zwischen den nördlichen Ländern, Deutschland, Österreich, Luxemburg und Großbritannien einerseits und den Mittelmeerländern und den neuen Mitgliedstaaten andererseits. In den neuen Mitgliedstaaten ist die Teilnahme am elektronischen Handel im Verhältnis zur Verbreitung der Internetnutzung besonders gering.

Die digitale Kluft zwischen kleinen und großen Unternehmen

Unter der digitalen Kluft versteht man zwar in der Regel die Unterschiede in der Teilhabe verschiedener Personengruppen an der Informationsgesellschaft, doch lässt sich dieser Begriff auf das Wirtschaftsleben übertragen. 89 % der europäischen Unternehmen ⁽¹⁾ haben Internetanschluss. So gut wie alle großen Unternehmen (mit 250 oder mehr Beschäftigten) sind inzwischen an das Internet angeschlossen. Von den kleinen Unternehmen (10 bis 49 Beschäftigte) sind es etwa sieben von acht. Von den kleinen Unternehmen mit Internetanschluss tätigen ca. 25 % Einkäufe online. Bei den großen Unternehmen steigt dieser Anteil auf 45 %, was damit zu erklären ist, dass diese Unternehmen über leistungsfähigere Netze verfügen, die u. a. den elektronischen Dokumentenaustausch unterstützen.

(1) Unternehmen mit zehn oder mehr Beschäftigten; folgende Wirtschaftszweige werden im Allgemeinen berücksichtigt: verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel, Beherbergung und Gaststätten, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen und unternehmensbezogene Dienstleistungen, Film- und Videofilmherstellung, -verleih und -vertrieb, Kinos, Rundfunkveranstalter, Herstellung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen.

**Zugang von Unternehmen zum Internet (2004)
und Onlinekäufe (2003) nach Unternehmensgröße und Land**
In % der Gesamtzahl der Unternehmen



Einschließlich Einkäufe über das Internet und andere Netze. Keine Daten für Italien und Rumänien.
Keine Angaben: Frankreich, Luxemburg, Malta.
Keine Angaben zu E-Commerce: Italien, Rumänien.

Im europäischen Ländervergleich sind keine großen Abweichungen von der Grundtendenz zu beobachten. Im Allgemeinen ist die Internetnutzung in den neuen Mitgliedstaaten und in den Mittelmeerländern weniger verbreitet. In letzteren hat die Wirtschaftsstruktur mit einer großen Zahl kleiner Unternehmen zweifellos einen Einfluss auf die Internetnutzung durch Unternehmen.

In Deutschland und Großbritannien kaufen Unternehmen in großem Umfang online ein. Dort beschafft mehr als die Hälfte der Unternehmen mit Internetanschluss Güter und Dienstleistungen online. Diese beiden Länder führen auch bei der Internetnutzung durch Privatpersonen.

Wie kann die digitale Kluft überwunden werden?

Eine häufig genannte Ursache der digitalen Kluft ist die hohe Schwelle für den Einstieg in die IKT-Nutzung (Verfügbarkeit von Diensten und

Kosten). Eine Lösung dieses Problems besteht darin, das Internet außerhalb der eigenen Wohnung zu nutzen, etwa im Büro, in der Schule oder an öffentlichen Orten.

Im nachstehenden Schaubild ist zu erkennen, dass fast ein Viertel (23 %) der Internetnutzer das Internet außerhalb der eigenen Wohnung nutzt (wahrscheinlich haben diese Personen zu Hause keinen Anschluss). Einige Gruppen, deren Teilhabe an der Informationsgesellschaft im Allgemeinen als relativ gering eingeschätzt wird, haben, wie zu ersehen ist, alternative Möglichkeiten, ins Internet zu kommen. Das ist eindeutig der Fall bei Personen, die in wirtschaftlich schwächeren Regionen (Ziel-1-Regionen) leben und bei Personen mit geringerer Bildung. Selbst bei Beschäftigungslosen scheint Internetzugang außerhalb der eigenen Wohnung recht häufig zu sein, obwohl bei ihnen der Zugang am Arbeitsplatz (der häufigste alternative Zugangspunkt) entfällt.

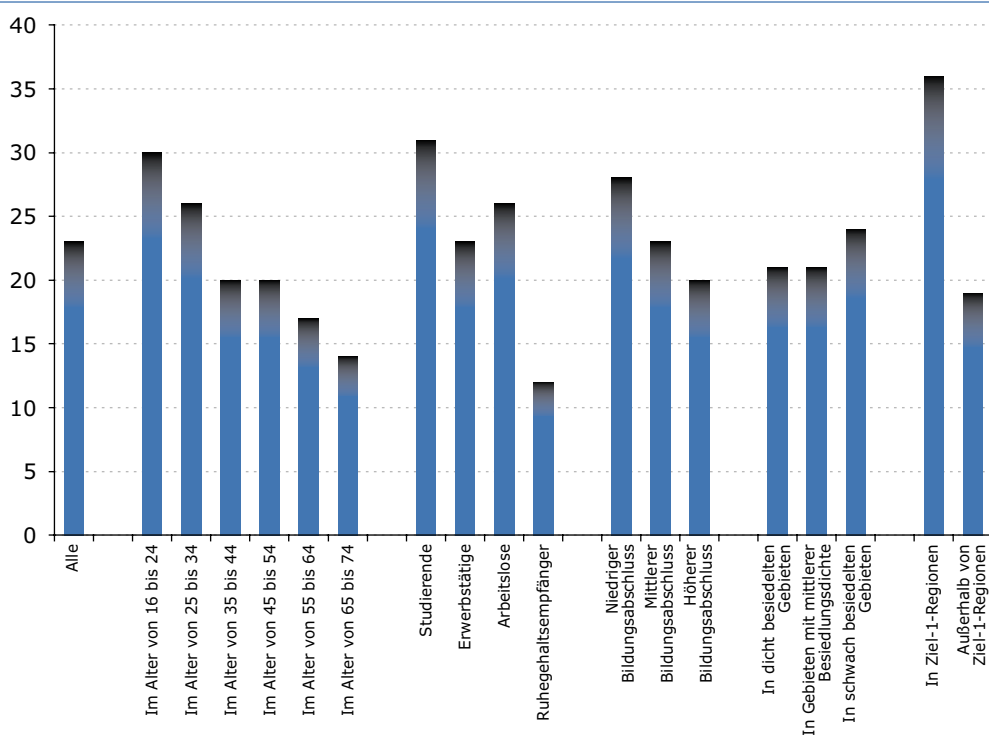


1

Die höheren Altersgruppen und mehr noch die Rentner nutzen das Internet nur wenig außerhalb

der eigenen Wohnung, das tun aber 3 von 10 Angehörigen der jüngsten Altersgruppe.

Internet-Zugang von Einzelpersonen außerhalb der eigenen Wohnung, EU-25, 2004
In % der Gesamtzahl der Internet-Nutzer



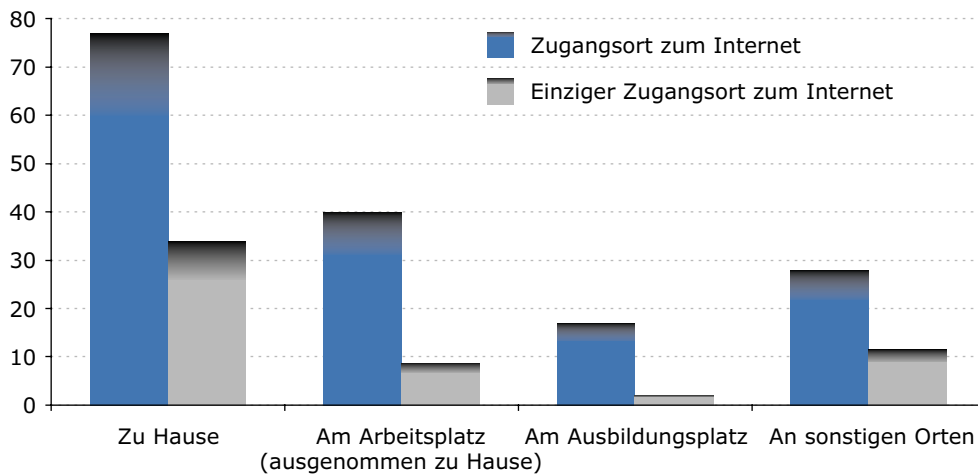
Keine Angaben: Belgien, Tschechische Republik, Spanien, Frankreich, Irland, Malta, Niederlande, Slowakei.
Keine Angaben zum Verstärkerungsgrad: Polen, Vereinigtes Königreich.

Betrachtet man genauer, wo die EU-Bürger ins Internet gehen, so erkennt man, dass der Zugang von zu Hause dominiert (77 % der Internetnutzer). An zweiter Stelle folgt der Zugang am Arbeitsplatz (40 %). In Anbetracht dessen, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung noch zur

Schule geht, ist der Anteil der Nutzer, die in einer Bildungseinrichtung ins Internet gehen (17 %) recht hoch. Unter den sonstigen Zugangsmöglichkeiten wird der Internetanschluss eines Nachbarn, Freundes oder Verwandten am häufigsten genutzt (22 %).

Internetzugang von Einzelpersonen nach Zugangsort und einzigem Zugangsort, EU-25, 2004

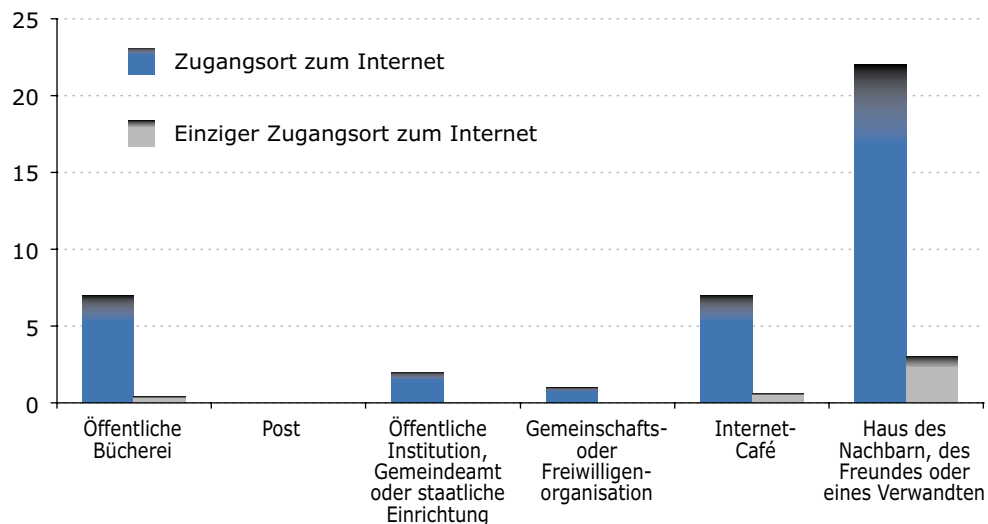
In % der Gesamtzahl der Internet-Nutzer



Keine Angaben: Belgien, Tschechische Republik, Spanien, Frankreich, Irland, Malta, Niederlande, Slowakei.
Angaben zu „sonstigen Orten“ ohne Italien, Slowenien und Schweden.

Internetzugang von Einzelpersonen nach Zugangsort und einzigem Zugangsort, EU-25, 2004

In % der Gesamtzahl der Internet-Nutzer



Keine Angaben zu öffentlicher Bücherei: Deutschland.
Keine Angaben zu Post: Deutschland, Estland, Griechenland, Luxemburg, Ungarn.
Keine Angaben zu öffentlicher Institution, Gemeindefamnt oder staatlicher Einrichtung: Deutschland, Estland, Griechenland, Ungarn, Luxemburg.
Keine Angaben zu Gemeinschafts- oder Freiwilligenorganisation: Deutschland, Estland, Luxemburg.



Mehr Aufschluss über die digitale Kluft erhält man, wenn man untersucht, inwieweit bestimmte Orte die einzige Möglichkeit bieten, ins Internet zu gelangen, denn das kann als Indikator dafür dienen, inwieweit solche alternativen Zugangsmöglichkeiten mehr Menschen die Teilhabe an der Informationsgesellschaft ermöglichen und damit die digitale Kluft verkleinern können. Nur wenige alternative Zugangsmöglichkeiten tragen in nennenswertem Maße dazu bei: der Arbeitsplatz (9 %), Bildungseinrichtungen (2 %) und die Wohnung eines Nachbarn, Freundes oder Verwandten (3 %). Daraus folgt, dass die 23 % der Internetnutzer, die außerhalb der eigenen Wohnung ins Internet gehen, mehr als eine alternative Zugangsmöglichkeit nutzen.

Aus dem Schaubild ist zu ersehen, dass nur ca. 7 % derer, die das Internet nutzen, das in Internetcafés tun. In der Türkei dagegen (im Schaubild nicht dargestellt) gehen mehr als 40 % der Internetnutzer ins Internetcafé, und für fast zwei Drittel von ihnen ist das die einzige Zugangsmöglichkeit.

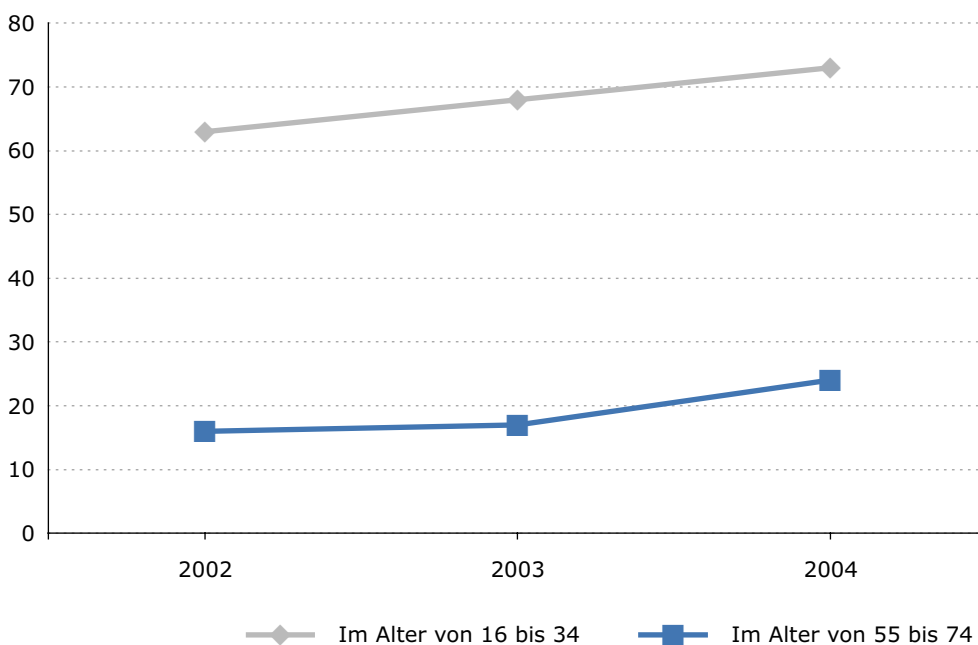
Die nachstehenden Schaubilder geben wieder, wie stark die Internetnutzung der einzelnen Bevölkerungsgruppen divergiert und wie sich diese Divergenz über die Zeit entwickelt. Dazu werden eine Gruppe im „oberen Bereich“ und eine Gruppe im „unteren Bereich“ in ausgewählten Merkmalen verglichen.

Bei den Haushalten und Einzelpersonen ist erkennbar, dass die absolute Divergenz (in Prozentpunkten) über die Zeit relativ stabil bleibt, obwohl die Internetnutzung in allen betrachteten Gruppen (Jüngere und Ältere, Personen mit höherer und geringer Bildung, Bewohner ärmerer und wohlhabenderer Regionen) zunimmt. Die relative Divergenz (Verhältnis der Prozentwerte) nimmt allerdings leicht ab. Gab es 2002 in der Altersgruppe 16 bis 34 Jahre noch viermal so viele Internetnutzer wie in der Altersgruppe 55 bis 74 Jahre (63 % gegenüber 16 %), so hatte sich das Verhältnis 2004 auf 3 : 1 (73 % gegenüber 24 %) verkleinert.

Bei den Unternehmen erkennt man, dass sich die Kluft zwischen kleinen und großen Unternehmen schließt, nicht zuletzt, weil alle Großen mittlerweile angeschlossen sind.

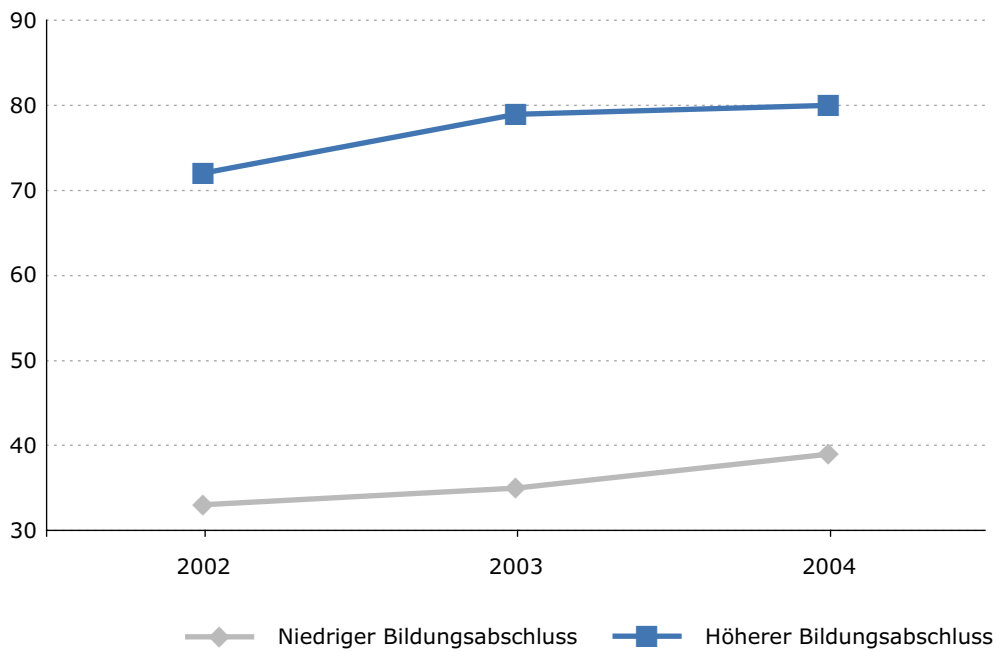
Bei den Unternehmen erkennt man, dass sich die Kluft zwischen kleinen und großen Unternehmen schließt, nicht zuletzt, weil alle Großen mittlerweile angeschlossen sind.

Prozentsatz der Einzelpersonen, die das Internet nutzen, nach Altersgruppe
Jünger/älter



Die Zahlen basieren auf einer Teilgruppe von Ländern, für die Daten für alle drei Jahre vorliegen: Dänemark, Deutschland, Griechenland, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal, Finnland, Schweden, Vereinigtes Königreich.

Prozentsatz der Einzelpersonen, die das Internet nutzen, nach Bildungsabschluss
 Niedriger/höherer Bildungsabschluss



Die Zahlen basieren auf einer Teilgruppe von Ländern, für die Daten für alle drei Jahre vorliegen: Deutschland, Griechenland, Luxemburg, Österreich, Finnland, Schweden, Vereinigtes Königreich.

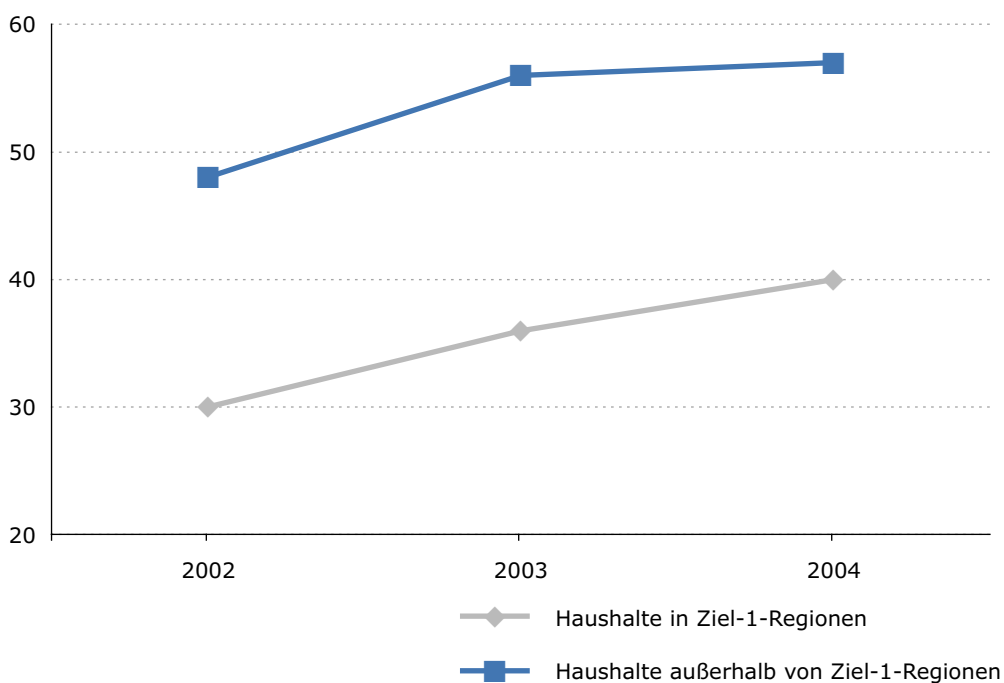


1



Prozentsatz der Haushalte mit Internetanschluss, nach Regionen

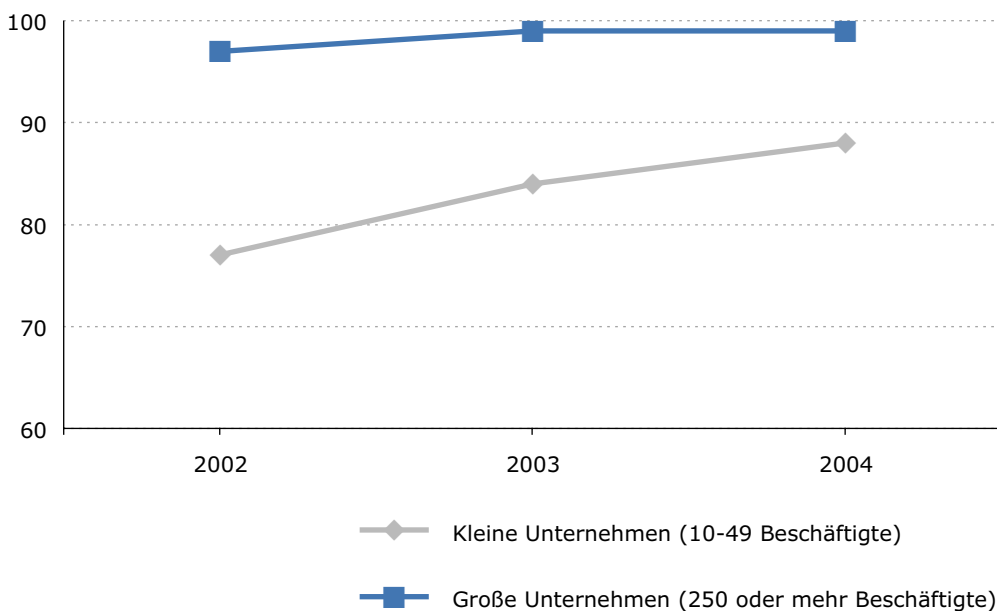
Ziel 1/Sonstige



Die Zahlen basieren auf einer Teilgruppe von Ländern, für die Daten für alle drei Jahre vorliegen: Dänemark, Deutschland, Griechenland, Luxemburg, Finnland.

Prozentsatz der Unternehmen, die das Internet nutzen, nach Größenklasse

Klein/groß



Die Zahlen basieren auf einer Teilgruppe von Ländern, für die Daten für alle drei Jahre vorliegen: Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Irland, Italien, Niederlande, Österreich, Portugal, Finnland, Schweden, Vereinigtes Königreich, Norwegen.

Breitbandkommunikation

In aller Welt erkennen die Regierungen immer deutlicher, dass die künftige wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder wesentlich davon abhängt, ob Breitbandkommunikationsnetze weithin zur Verfügung stehen. Einige EU-Mitgliedstaaten verschaffen sich bereits einen Überblick über den Entwicklungsstand der Breitbandnetze auf ihrem Territorium. Allgemeiner Zugang zu Breitbandnetzen zu tragbaren Kosten wird von den politischen Entscheidungsträgern als wesentliche Voraussetzung dafür angesehen, dass das Potenzial der Informationsgesellschaft genutzt werden und die digitale Kluft verkleinert werden kann. Die Breitbandtechnik ermöglicht es, große Datenmengen schnell zu übertragen und dabei die Anschlussleitung frei zu halten. Die Verbreitung von Breitbandanschlüssen wird unter folgenden drei Aspekten betrachtet:

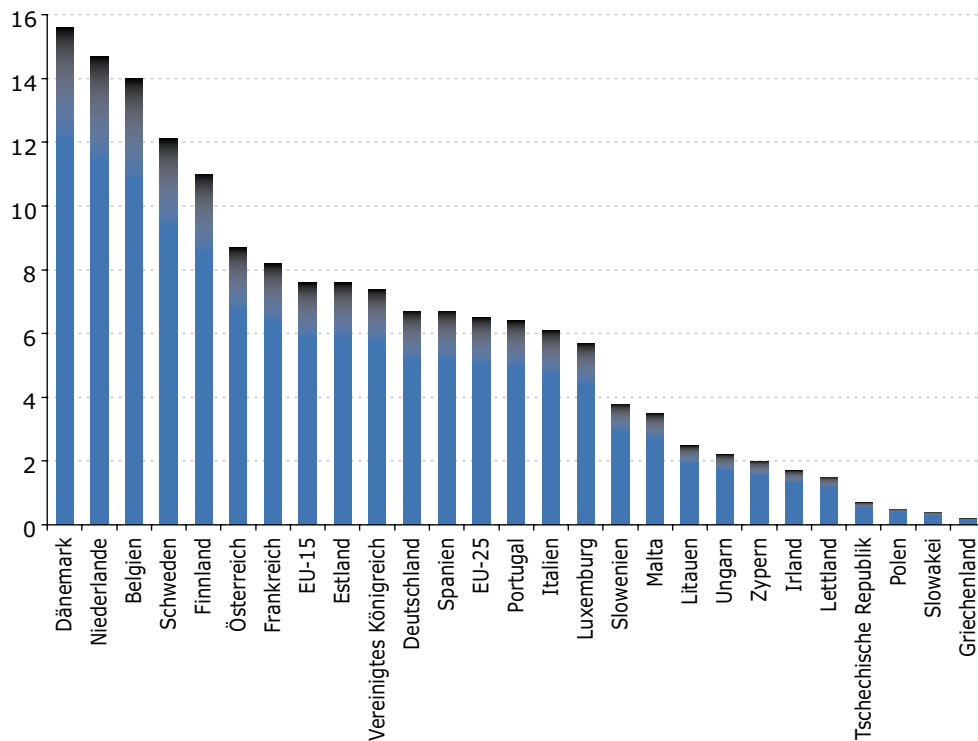
- Verhältnis von Zahl der Breitbandanschlüsse und Bevölkerungszahl,
- Anteil der Unternehmen mit Breitbandanschluss nach Größenklassen und Wirtschaftszweigen,
- Anteil der Haushalte mit und ohne unterhaltsberechtigter Kinder, die mit einem Breitbandanschluss ausgestattet sind.

Verbreitung von Breitbandanschlüssen

Das nachstehende Schaubild gibt das Verhältnis von Zahl der Breitbandanschlüsse und Bevölkerungszahl im Jahr 2004 wieder. Am höchsten ist die Anschlussrate in den nordischen Ländern, in Belgien und in den Niederlanden. In allen Ländern hat sie sich zwischen 2002 und 2004 mehr als verdoppelt.

Anschlussdichte für das Breitbandnetz, Juli 2004

In %



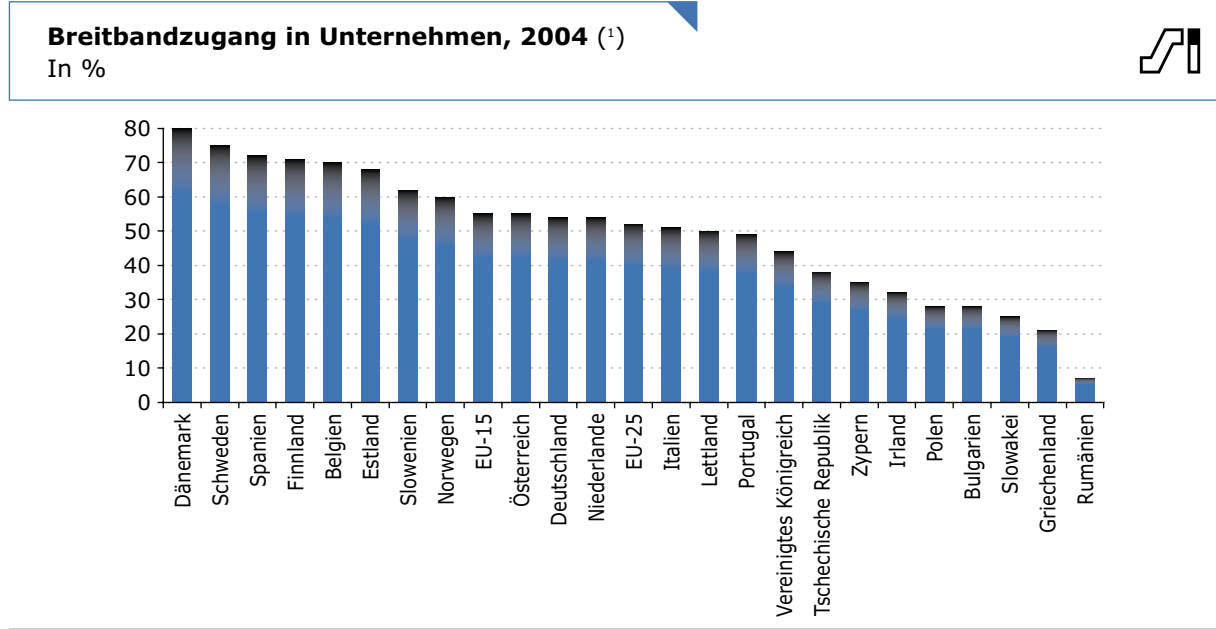


Breitbandkommunikation in Unternehmen

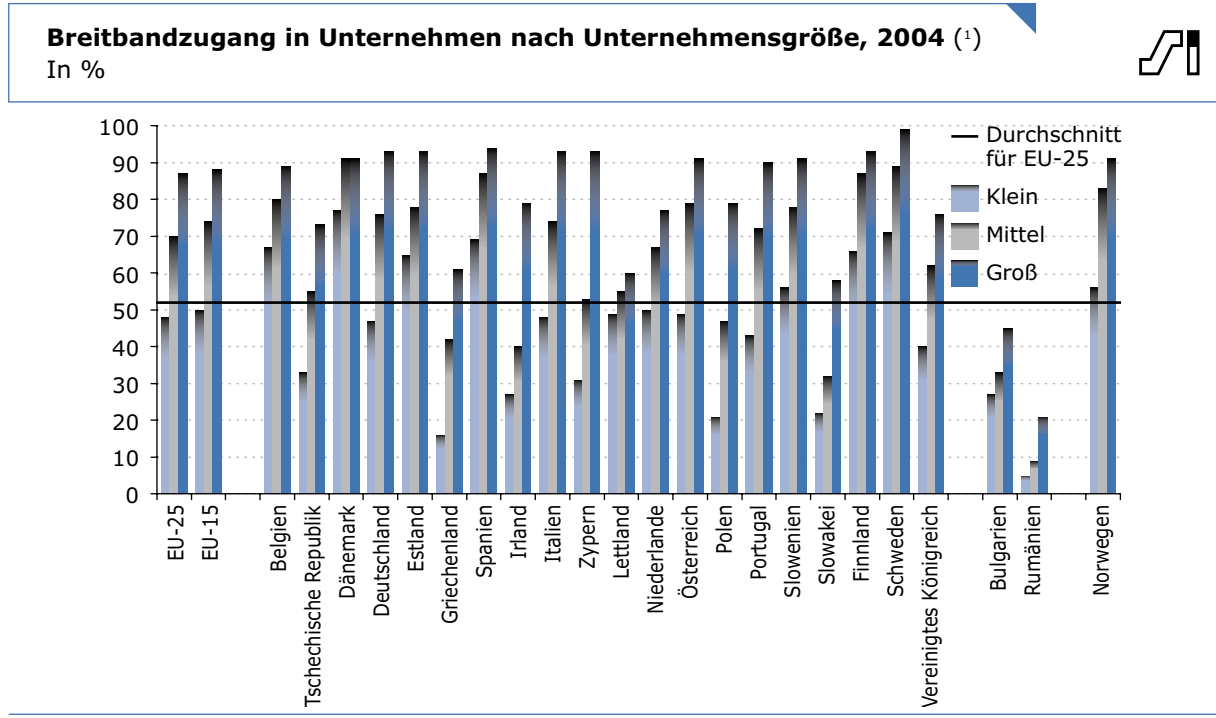
Der Anteil der Unternehmen, die 2004 einen Breitbandanschluss hatten, ist aus den Schaubildern zu ersehen. Dieser Anteil ist bei den größeren Unternehmen höher als bei den kleineren, was nicht

überrascht. In den nordischen Ländern ist der Anteil hoch, ebenso in Spanien und Belgien. auch in den neuen Mitgliedstaaten Estland und Slowenien haben recht viele Unternehmen einen Breitbandanschluss.

1



⁽¹⁾ Unternehmen mit zehn oder mehr Beschäftigten; im Allgemeinen werden folgende Wirtschaftszweige erfasst: Verarbeitendes Gewerbe; Baugewerbe; Handel; Hotels, Campingplätze und sonstiges Beherbergungsgewerbe; Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen; Film- und Videofilmherstellung, -verleih und -vertrieb, Filmtheater; Hörfunk- und Fernsehanstalten. EU-Durchschnittswerte ohne Frankreich, Lettland, Luxemburg, Ungarn und Malta.



⁽¹⁾ Klein: 10-49 Beschäftigte; mittel: 50-249 Beschäftigte; groß: 250 oder mehr Beschäftigte; im Allgemeinen werden folgende Wirtschaftszweige erfasst: Verarbeitendes Gewerbe; Baugewerbe; Handel; Hotels, Campingplätze und sonstiges Beherbergungsgewerbe; Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen; Film- und Videofilmherstellung, -verleih und -vertrieb, Filmtheater; Hörfunk- und Fernsehanstalten. EU-Durchschnittswerte ohne Frankreich, Lettland, Luxemburg, Ungarn und Malta.

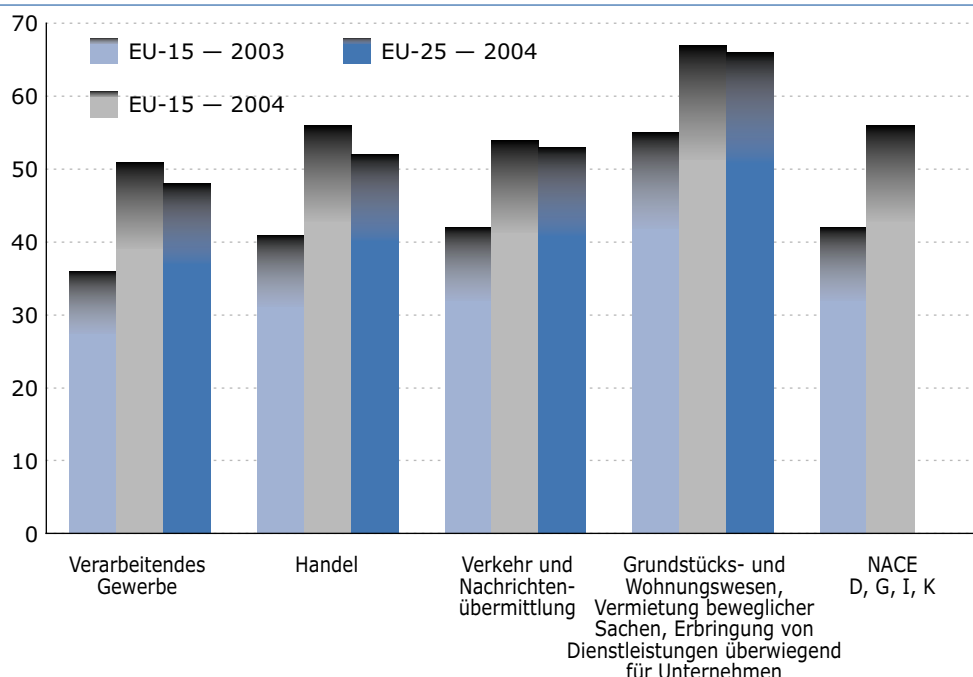
Breitbandanschlüsse im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor

In Unternehmen des Dienstleistungssektors (hier NACE-Abschnitte G, I und K) sind Breitbandanschlüsse im Allgemeinen häufiger anzutreffen als in Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes (NACE-Abschnitt D). Bei allen Unternehmen ist zwischen 2003 und 2004 eine rasche Zunahme festzustellen. Der Unterschied zwischen dem Handel (NACE-Abschnitt G) und Verkehr und Nachrichtenübermittlung (NACE-Abschnitt I) ist gering, doch in den Branchen Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher

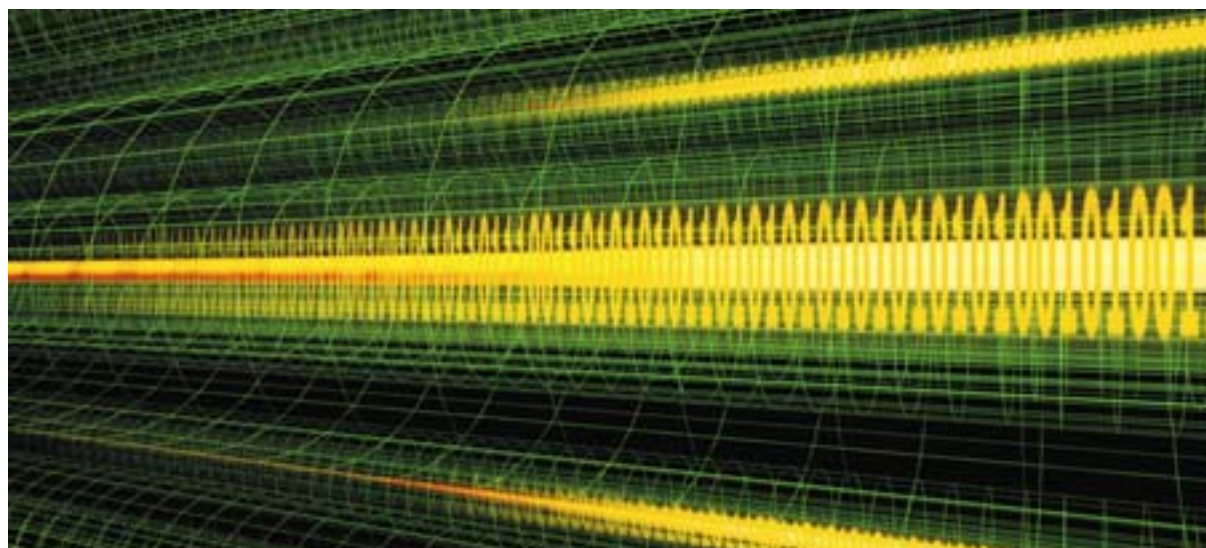
Sachen und unternehmensbezogene Dienstleistungen ist die Anschlussrate deutlich höher. Um die Unterschiede innerhalb der aggregierten Wirtschaftszweige sichtbar zu machen, sind im ersten Schaubild der nachfolgenden Seite Groß- und Einzelhandel getrennt ausgewiesen. Großhandelsunternehmen benötigen mehr Übertragungsleistung als Einzelhandelsunternehmen. Ein weiteres Beispiel ist der Wirtschaftszweig Dienstleistungen für Unternehmen. Dort sind im DV-Bereich und in verwandten Bereichen tätige Unternehmen deutlich häufiger mit Breitbandanschluss ausgestattet als der Durchschnitt.

Breitbandzugang nach ausgewählten NACE-Wirtschaftszweigen, 2003 und 2004 ⁽¹⁾

In %



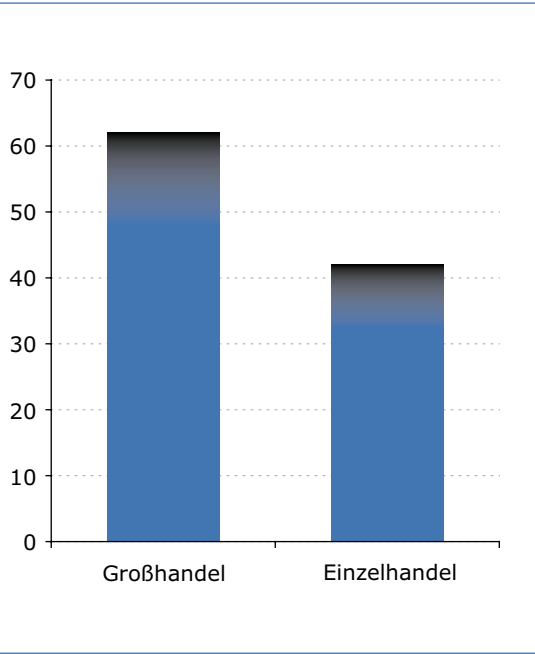
(1) EU-Durchschnittswerte ohne Frankreich, Lettland, Luxemburg, Ungarn und Malta.





NACE G, EU-25, 2004 ⁽¹⁾

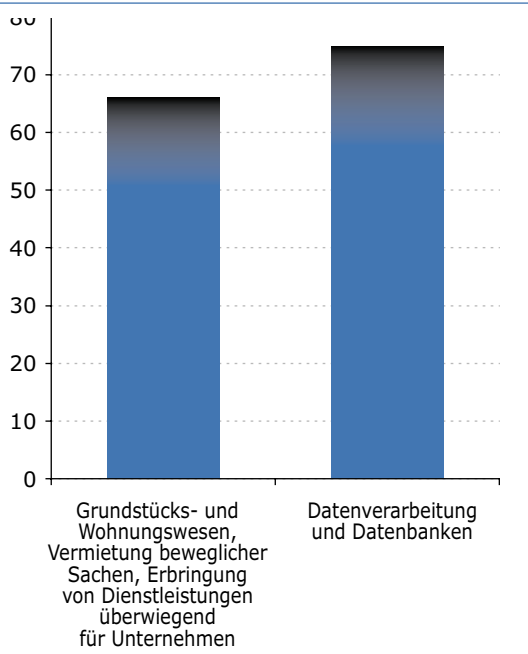
In %



⁽¹⁾ EU-Durchschnittswerte ohne Frankreich, Lettland, Luxemburg, Ungarn und Malta.

NACE K, EU-25, 2004 ⁽¹⁾

In %



⁽¹⁾ EU-Durchschnittswerte ohne Frankreich, Lettland, Luxemburg, Ungarn und Malta.

1



Breitbandanschlüsse in Haushalten

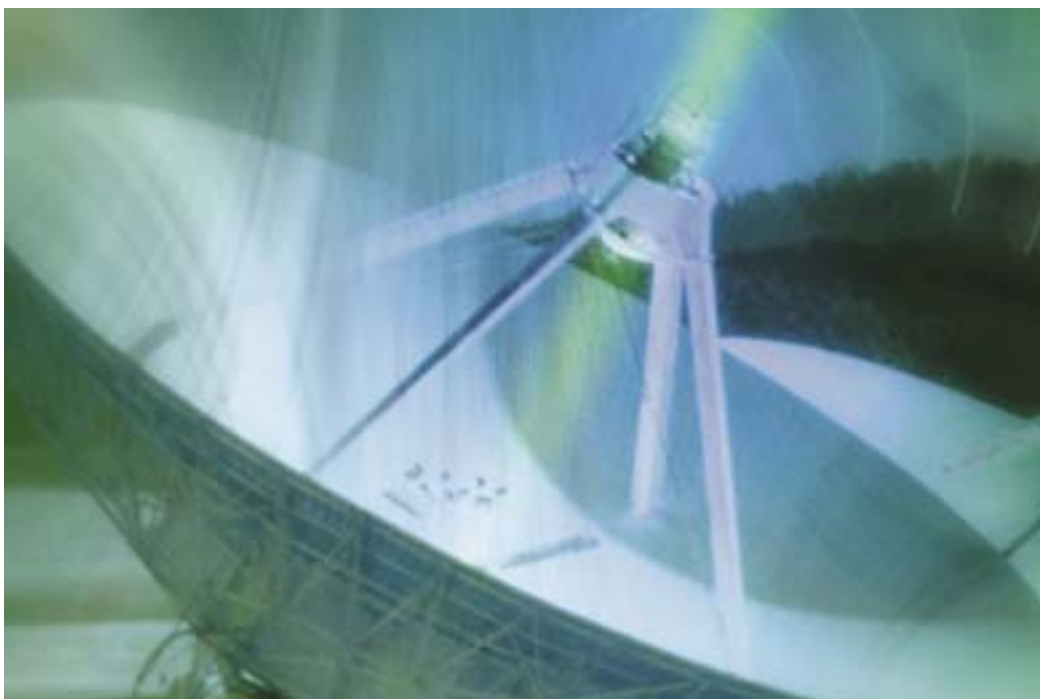
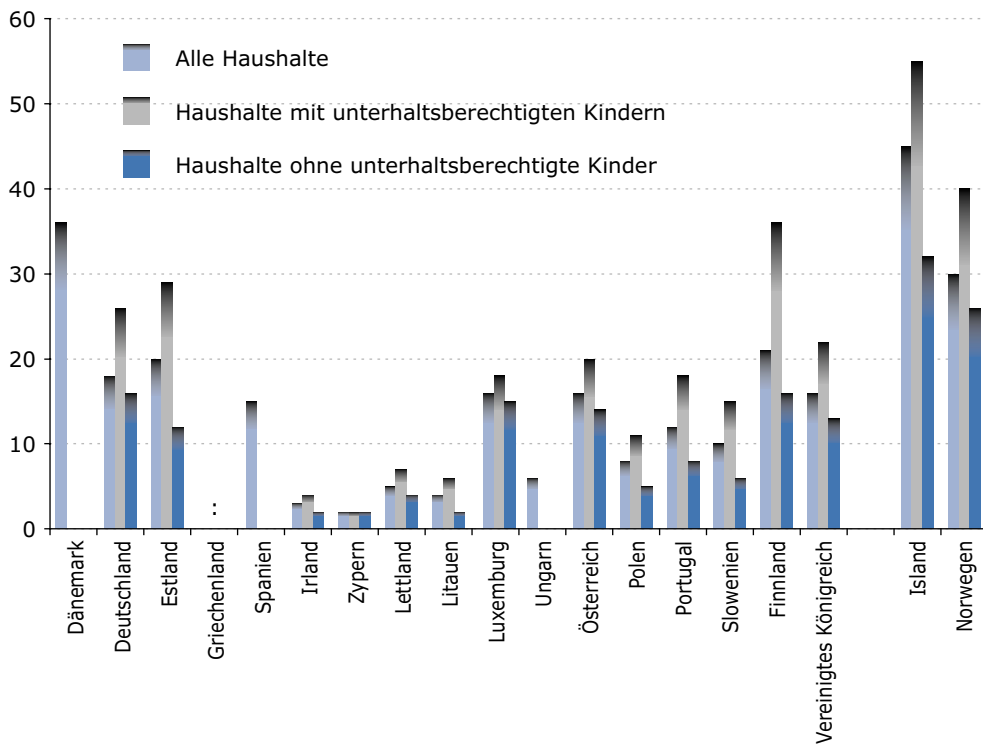
Das Balkendiagramm gibt wieder, wie hoch in den Ländern, für die Daten vorliegen, im Januar 2004 der Anteil der mit einem Breitbandanschluss ausgestatteten Haushalte war. Wieder ist er in den

nordischen Ländern am höchsten. In allen Ländern, für die Daten vorliegen, ist die Anschlussrate bei Haushalten mit unterhaltsberechtigten Kindern höher als bei Haushalten ohne unterhaltsberechtigte Kinder. Die Daten reichen nicht aus, um EU-Aggregate zu errechnen.

1

Breitbandzugang in Haushalten

In %





Elektronischer Handel (E-commerce)

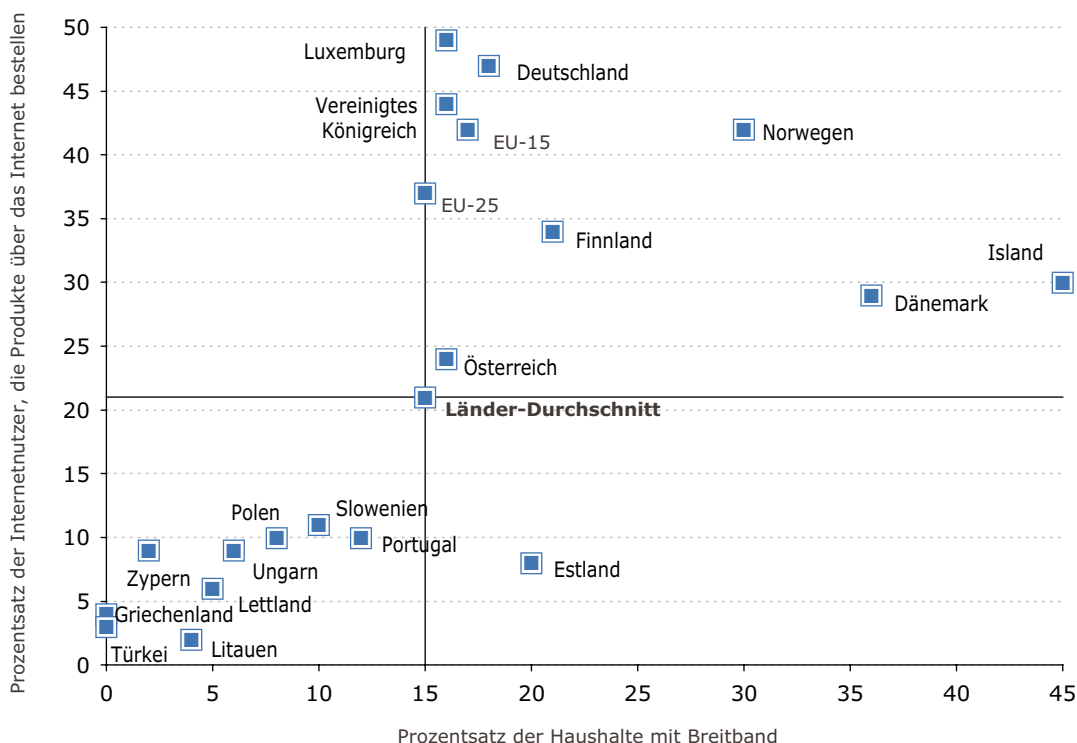
Eines der Hauptargumente für den beschleunigten Ausbau der Breitbandnetze in Europa ist, dass sie

eine Voraussetzung für die Entwicklung des elektronischen Handels sind. In der Tat korreliert die Breitband-Anschlussrate in einem Land deutlich mit der Nutzung des Internets für Einkäufe.

1

Anschlussdichte für das Breitbandnetz und E-Commerce, 2004

Prozentsatz aller Haushalte mit wenigstens einem Haushaltsmitglied im Alter zwischen 16 und 74 Jahren mit einem Breitbandzugang zum Internet gegenüber Prozentsatz der Einzelpersonen, die das Internet in den letzten drei Monaten zur Bestellung von Produkten genutzt haben



Einschließlich Einkäufe über Internet und andere Netzwerke. Es liegen keine Daten für Italien und Rumänien vor.
Keine Daten für Belgien, Tschechische Republik, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Malta, Niederlande, Slowakei und Schweden.
Keine Daten von E-Commerce für Italien und Rumänien.

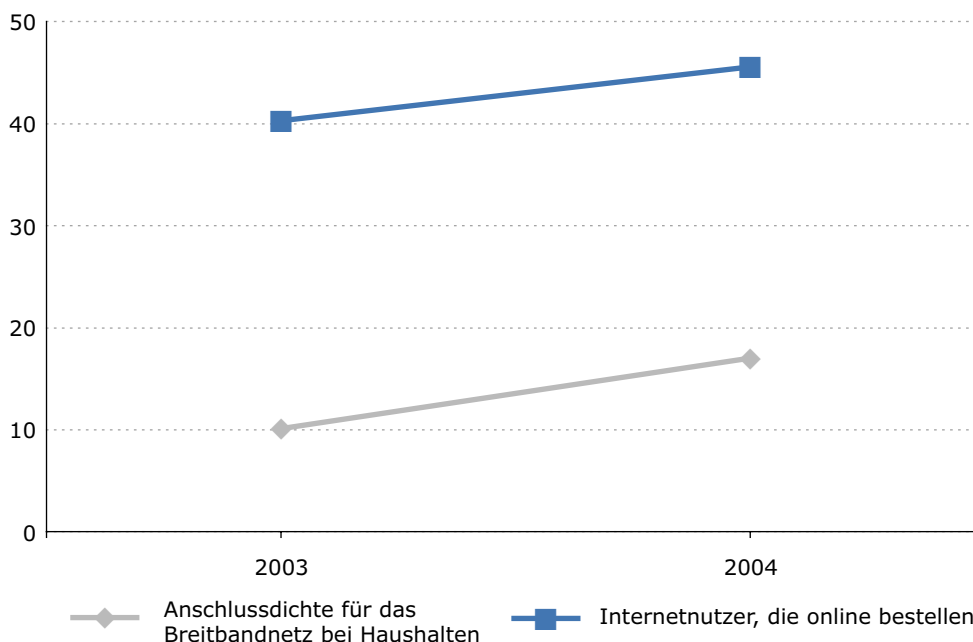
In Ländern mit hoher Anschlussrate wie Dänemark, Finnland, Deutschland, Luxemburg und Großbritannien ist auch der Anteil der Internetnutzer hoch, die online einkaufen. In anderen Ländern wie Portugal, Slowenien, Ungarn und Lettland ist dagegen die Anschlussrate niedriger und die Nutzung des Internet für Einkäufe entsprechend geringer.

Liegt ein Land in dem voran stehenden Schaubild über oder unter dem durch eine breite Linie gekennzeichneten Durchschnitt, so gilt das stets für die Breitband-Anschlussrate wie für den elektronischen Handel. Die einzige Ausnahme bildet Estland, wo die Anschlussrate über, die Internetnutzung für Einkäufe jedoch unter dem Durchschnitt liegt.

1

Anschlussdichte für das Breitbandnetz und E-Commerce

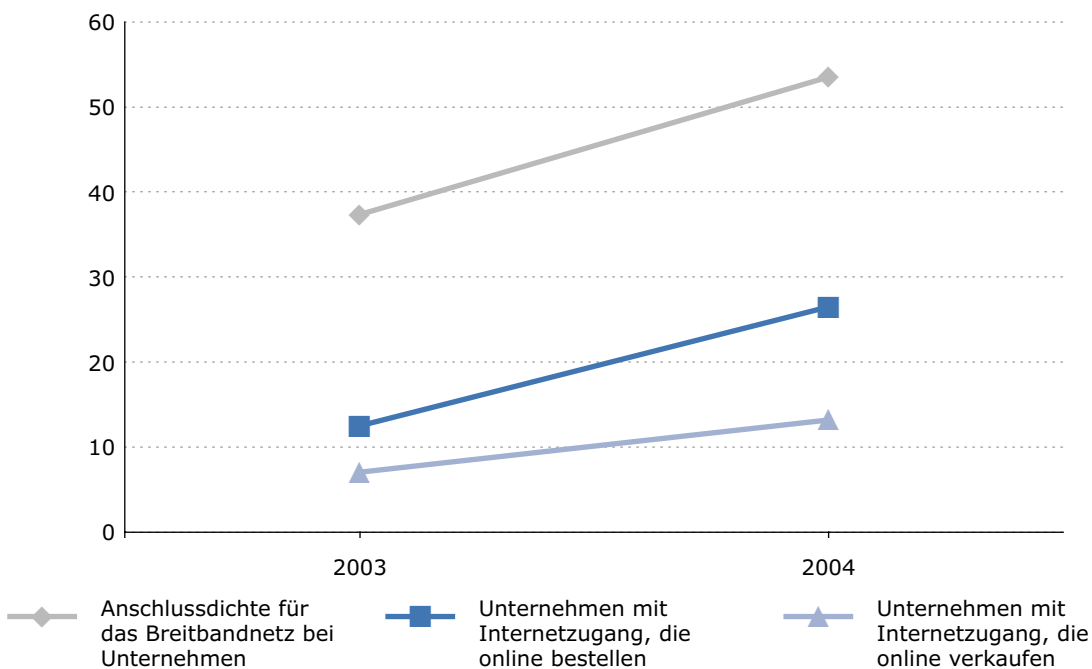
Prozentsatz der Haushalte mit Breitband-Internetzugang und Prozentsatz der Internet-Nutzer, die online bestellen ⁽¹⁾



⁽¹⁾ Die Zahlen basieren auf einer Teilgruppe von Ländern, für die Daten für die beiden Jahre vorliegen: Dänemark, Deutschland, Griechenland, Litauen, Luxemburg, Österreich, Portugal, Finnland, Vereinigtes Königreich und Norwegen.

Anschlussdichte von Unternehmen für das Breitbandnetz und E-Commerce

Prozentsatz der Unternehmen mit Breitband-Internetzugang und der Unternehmen, die online bestellen und verkaufen ⁽¹⁾



⁽¹⁾ Die Zahlen basieren auf einer Teilgruppe von Ländern, für die Daten für die beiden Jahre vorliegen: Belgien, Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Irland, Italien, Niederlande, Österreich, Portugal und Vereinigtes Königreich.



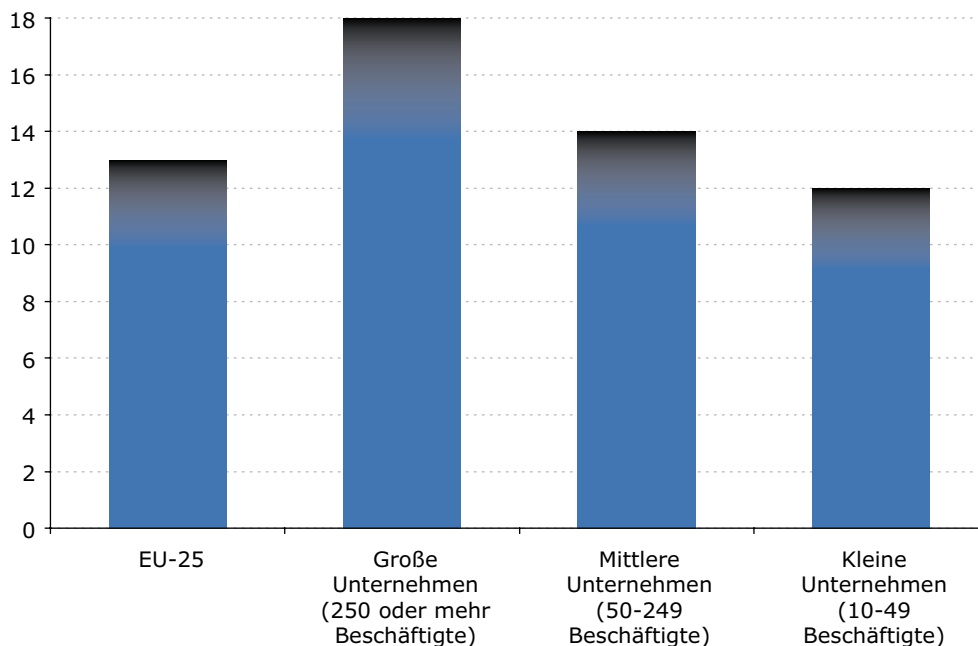
Zwischen 2003 und 2004 ging bei Haushalten und Unternehmen die Zunahme der Breitband-Anschlussrate in der gesamten EU einher mit einer ähnlichen Zunahme des elektronischen Handels. Dabei wächst bei den Unternehmen zwar der Anteil derer, die Einkäufe online tätigen, im gleichen Maße wie der Anteil mit Breitbandanschluss, der Anteil der Unternehmen, die Aufträge online erhalten, wächst aber in geringerem Maße.

Im Jahr 2004 nutzten insgesamt 13 % der Unternehmen in der EU das Internet, um Aufträge zu erteilen oder entgegenzunehmen. Das geschah in großen Unternehmen häufiger als in kleinen. Von den Unternehmen mit 250 oder mehr Beschäftigten trieben 18 % elektronischen Handel, von denen mit 50 bis 249 Beschäftigten taten das nur 14 %. Bei den kleineren Unternehmen ist der Anteil derer, die Aufträge elektronisch entgegennehmen, mit 12 % aber nicht wesentlich kleiner als bei den großen.

1

E-Commerce-Verkäufe nach Unternehmensgröße, EU-25, 2004

Prozentsatz der Unternehmen mit Internetzugang, die Bestellungen über das Internet erhalten haben, nach Anzahl der Beschäftigten ⁽¹⁾



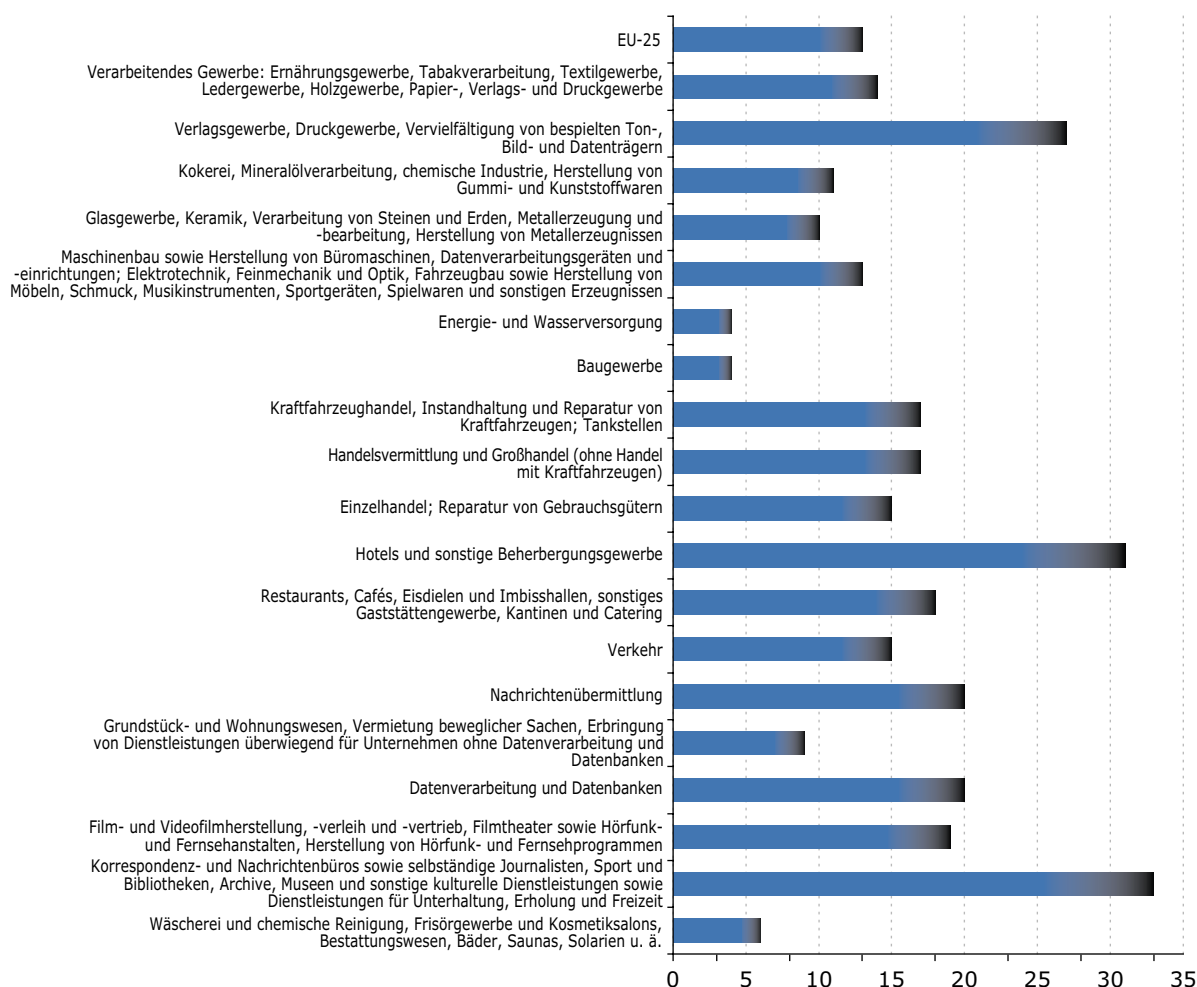
⁽¹⁾ Die Zahlen basieren auf einer Teilgruppe von Ländern, für die Daten vorliegen, ohne Frankreich, Lettland, Luxemburg und Malta.

Die Teilnahme am elektronischen Handel ist auch branchenabhängig. Von überdurchschnittlicher Bedeutung war der Internet-Handel für die Wirtschaftszweige „sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen“ (NACE-Abschnitt O, Gruppen 92.3 bis 92.7), wo 33 % der Unternehmen Aufträge über das Internet entgegennahmen, „Beherbergung und Gaststätten“ (NACE-Abschnitt H, Gruppen 55.1 und 55.2), wo

dieser Anteil 31 % betrug, und „Herstellung von Verlags- und Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern“ (NACE-Abteilung 22), mit einem Anteil von 27 %. Sehr viel seltener nahmen Unternehmen der Wirtschaftszweige „Baugewerbe“ und „Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung“ Aufträge über das Internet entgegen (Anteil jeweils 4 %).

E-Commerce-Verkäufe nach Wirtschaftszweig, EU-25, 2004

Prozentsatz der Unternehmen mit Internetzugang, die Bestellungen über das Internet erhalten haben, nach NACE-Kategorie (¹)



(¹) Die Zahlen basieren auf der Teilgruppe von EU-Mitgliedstaaten, für die Daten für jede einzelne NACE-Kategorie vorhanden sind.



Die Situation ist auch von Land zu Land sehr unterschiedlich. Die höchsten Anteile von Unternehmen, die Aufträge über das Internet entgegennehmen, verzeichnen Irland (31 %),

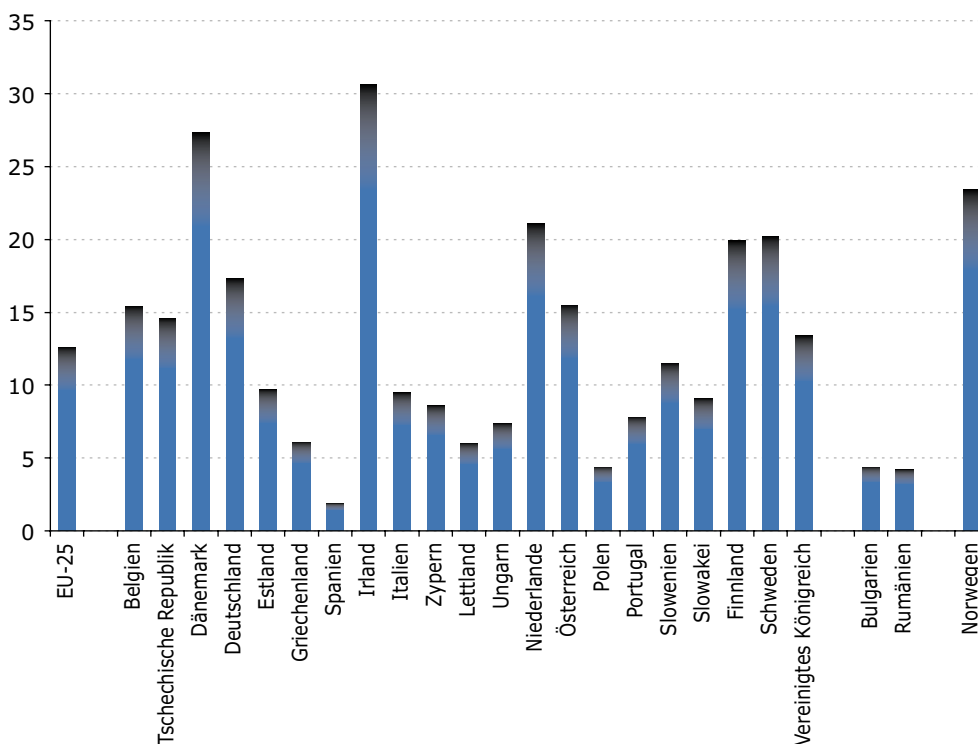
Dänemark (27 %) und Norwegen (23 %), in Polen, Bulgarien, Rumänien und Spanien liegt dieser Anteil dagegen unter 5 %.

E-Commerce-Verkäufe nach Land, 2004

Prozentsatz der Unternehmen mit Internetzugang, die Bestellungen über das Internet erhalten haben, nach Land



1



EU-25-Durchschnitt ohne die folgenden Länder: Frankreich, Lettland, Luxemburg, Malta.





Menschen in Europa

Bevölkerung 61-78

Gesundheit 79-93

Allgemeine
und berufliche Bildung 95-105

Arbeitsmarkt 107-115

Haushalte und Sozialschutz 117-138





Die Bevölkerung der EU

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Bevölkerung nach Geschlecht und Alter am 1. Januar eines jeden Jahres
- Bevölkerung nach Familienstand
- Indikatoren der Bevölkerungsstruktur am 1. Januar
- Bevölkerungsentwicklung (absolute Zahlen und rohe Ziffern)
- Bevölkerung auf regionaler Ebene (Ebenen NUTS 2 und NUTS 3)
- Vorausschätzungen

2

Demografische Daten

Eurostat produziert eine Vielzahl demografischer Daten auf regionaler und nationaler Ebene. Anhand der jährlich von 37 Ländern Europas gelieferten Informationen über Bevölkerung, Geburten, Sterbefälle sowie Eheschließungen und Ehescheidungen kann Eurostat Berechnungen auf vergleichbarer Grundlage vornehmen und zahlreiche demografische Indikatoren erstellen. Darüber hinaus erstellt Eurostat alle drei Jahre demografische Modellhypothesen (bis hin zum Jahr 2070).

Diese Daten werden von den europäischen Institutionen und Regierungen für eine Reihe wichtiger politischer Maßnahmen genutzt, insbesondere im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. So sind die bisherigen und zukünftigen Entwicklungstendenzen der Bevölkerungsstruktur und des Fertilitätsverhaltens sowie die steigende Lebenserwartung ein wichtiges Kriterium für die Planung und Ausgestaltung der Sozialpolitik wie etwa der Rentensysteme. Ein weiteres Beispiel ist die Nutzung regionaler Bevölkerungsdaten zur Berechnung des Pro-Kopf-BIP für die Zuweisung von Mitteln der Strukturfonds. Auch Bildungseinrichtungen, Forschungsinstitute und die Medien nutzen diese Daten.



Gesamtbevölkerung

Am 1. Januar; in 1 000

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-25	446 390,2	447 377,8	448 318,4	449 105,5	449 974,7	451 080,2	452 015,9	452 640,8	454 580,1	456 863,3
EU-15	371 187,6	372 230,4	373 223,6	374 066,2	375 016,7	376 203,9	377 653,5	378 361,5	380 379,2	382 721,7
Eurozone	298 655,3	299 438,2	300 198,9	300 834,1	301 457,6	302 389,1	303 558,7	304 944,2	306 726	308 675,3
Belgien	10 130,6	10 143,0	10 170,2	10 192,3	10 213,8	10 239,1	10 263,4	10 309,7	10 355,8	10 396,4
Tschechische Republik	10 333,2	10 321,3	10 309,1	10 299,1	10 289,6	10 278,1	10 232,0	10 206,4	10 203,3	10 211,5
Dänemark	5 215,7	5 251,0	5 275,1	5 294,9	5 313,6	5 330,0	5 349,2	5 368,4	5 383,5	5 397,6
Deutschland	81 538,6	81 817,5	82 012,2	82 057,4	82 037,0	82 163,5	82 259,5	82 440,3	82 536,7	82 531,7
Estland	1 448,1	1 425,2	1 406,0	1 393,1	1 379,2	1 372,1	1 367,0	1 361,2	1 356,0	1 351,0
Griechenland	10 595,1	10 673,7	10 744,6	10 808,4	10 861,4	10 903,8	10 931,2	10 968,7	11 006,4	11 041,1
Spanien	39 305,4	39 383,1	39 467,8	39 570,9	39 724,4	39 960,7	40 376,4	40 850,5	41 550,6	42 345,3
Frankreich	57 752,5	57 936,0	58 116,0	58 299,0	58 496,6	58 748,7	59 042,7	59 342,5	59 635,0	59 900,7
Irland	3 597,6	3 620,1	3 655,0	3 693,6	3 732,2	3 777,8	3 833,0	3 899,9	3 963,7	4 027,7
Italien	56 845,9	56 846,3	56 879,3	56 908,3	56 913,6	56 929,5	56 967,7	56 993,7	57 321,1	57 888,2
Zypern	645,4	656,3	666,3	675,2	682,9	690,5	697,5	705,5	715,1	730,4
Lettland	2 500,6	2 469,5	2 444,9	2 420,8	2 399,2	2 381,7	2 364,3	2 345,8	2 331,5	2 319,2
Litauen	3 643,0	3 615,2	3 588,0	3 562,3	3 536,4	3 512,1	3 487,0	3 475,6	3 462,6	3 445,9
Luxemburg	405,7	411,6	416,9	422,1	427,4	433,6	439,0	444,1	448,3	451,6
Ungarn	10 336,7	10 321,2	10 301,2	10 279,7	10 253,4	10 221,6	10 200,3	10 174,9	10 142,4	10 116,7
Malta	369,5	371,2	374,0	376,5	378,5	380,2	391,4	394,6	397,3	399,9
Niederlande	15 424,1	15 493,9	15 567,1	15 654,2	15 760,2	15 864,0	15 987,1	16 105,3	16 192,6	16 258,0
Österreich	7 943,5	7 953,1	7 965,0	7 971,1	7 982,5	8 002,2	8 020,9	8 065,1	8 102,2	8 140,1
Polen	38 580,6	38 609,4	38 639,3	38 660,0	38 667,0	38 653,6	38 254,0	38 242,2	38 218,5	38 190,6
Portugal	10 017,6	10 043,2	10 072,5	10 109,7	10 148,9	10 195,0	10 256,7	10 329,3	10 407,5	10 474,7
Slowenien	1 989,5	1 990,3	1 987,0	1 984,9	1 978,3	1 987,8	1 990,1	1 994,0	1 995,0	1 996,4
Slowakei	5 356,2	5 367,8	5 378,9	5 387,7	5 393,4	5 398,7	5 378,8	5 379,0	5 379,2	5 380,1
Finnland	5 098,8	5 116,8	5 132,3	5 147,3	5 159,6	5 171,3	5 181,1	5 194,9	5 206,3	5 219,7
Schweden	8 816,4	8 837,5	8 844,5	8 847,6	8 854,3	8 861,4	8 882,8	8 909,1	8 940,8	8 975,7
Vereinigtes Königreich	58 500,2	58 703,7	58 905,1	59 089,6	59 391,1	59 623,4	59 862,8	59 139,9	59 328,9	59 673,1
Bulgarien	8 427,4	8 384,7	8 340,9	8 283,2	8 230,4	8 190,9	7 928,9	7 892,0	7 845,8	7 801,3
Kroatien	4 776,5	4 597,0	:	4 582,0	:	4 567,5	4 437,5	4 441,1	4 442,2	:
Rumänien	22 712,4	22 656,1	22 581,9	22 526,1	22 488,6	22 455,5	22 430,5	21 833,5	21 772,8	21 711,3
Island	267,0	268,0	269,9	272,4	275,7	279,0	283,4	286,6	288,5	290,6
Liechtenstein	30,6	30,9	31,1	31,3	32,0	32,4	32,9	33,5	33,9	34,3
Norwegen	4 348,4	4 370,0	4 392,7	4 417,6	4445,3	4 478,5	4 503,4	4 524,1	4 552,3	4 577,5
Kanada	29 437,0	29 789,0	30 110,7	3 0425,3	:	:	:	:	:	:
Japan	125 570,0	125 503,8	124 645,2	126 109,7	12 6056,8	126 550,0	:	:	:	127 273,8
Vereinigte Staaten	261 687,0	264 162,2	266 490,1	269 106,3	271 626,0	275 562,7	:	:	:	291 685,1

Die Einwohner eines bestimmten Gebietes am 1. Januar des betreffenden Jahres (oder in einigen Fällen am 31. Dezember des vorangegangenen Jahres). Die Einwohnerzahl basiert auf den Daten der jüngsten Volkszählung, bereinigt unter Berücksichtigung der Komponenten des Bevölkerungswachstums seit der letzten Volkszählung, oder auf den Daten der Bevölkerungsregister.

Die Bevölkerung der EU-25

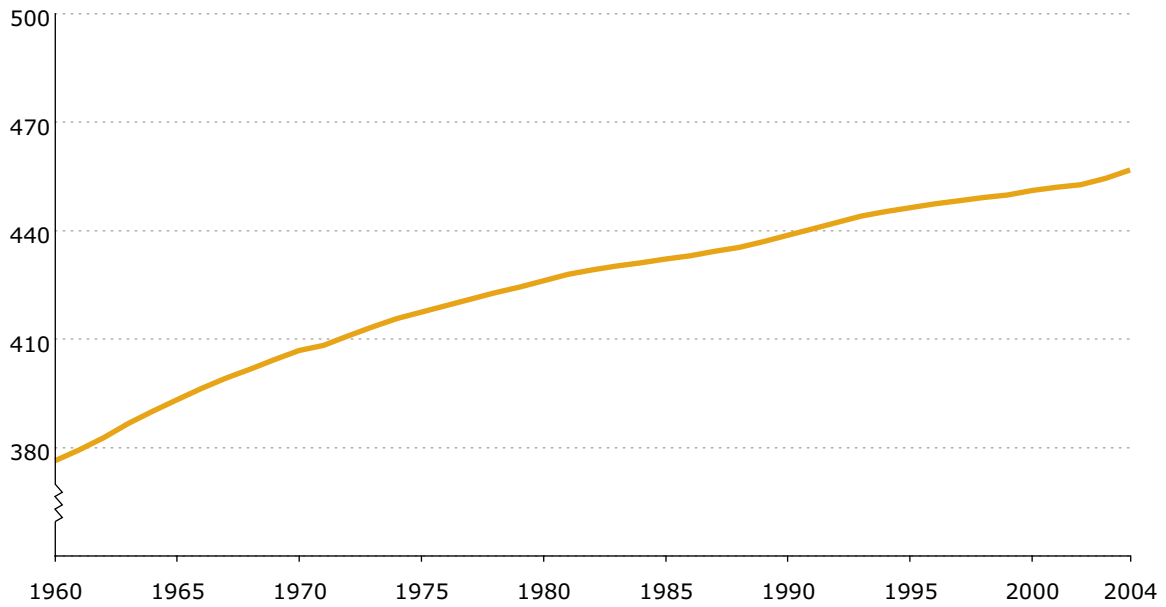
In den vergangenen 40 Jahren ist die Bevölkerung der 25 heutigen EU-Mitgliedstaaten von etwas mehr als 376 Millionen (1960) auf fast 457 Millionen (2004) angewachsen. Von 1960 bis zur zweiten Hälfte der 80er Jahre hat der jährliche Bevölkerungszuwachs in den EU-Ländern stark abgenommen – von 3,4 Millionen pro Jahr auf durchschnittlich 1,3 Millionen. In den letzten vier Jahren hat sich das Bevölkerungswachstum nach mehreren Zunahmen und Abnahmen in den 90er Jahren auf durchschnittlich 1,8 Millionen erhöht,

hauptsächlich aufgrund einer höheren Nettozuwanderung. Für 2003 wird für EU-25 mit einem Bevölkerungszuwachs um 2,3 Millionen gerechnet – deutlich mehr als in den zurückliegenden Jahren.

Von den 25 Ländern, die die heutige EU bilden, hatte Deutschland 2004 mit mehr als 18 % der EU-Gesamtbevölkerung die größte Bevölkerungszahl zu verzeichnen, gefolgt von Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Italien mit jeweils rund 13 %. In diesen vier Ländern zusammen leben 57 % sämtlicher Einwohner der heutigen

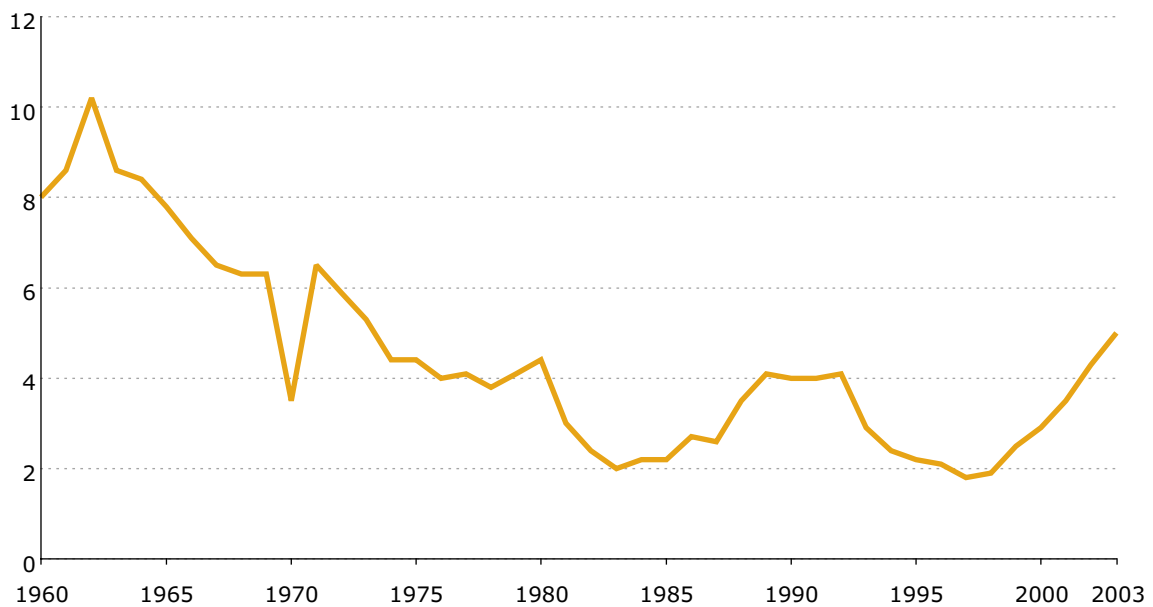


Die Bevölkerung der EU-25
In Millionen Personen



2

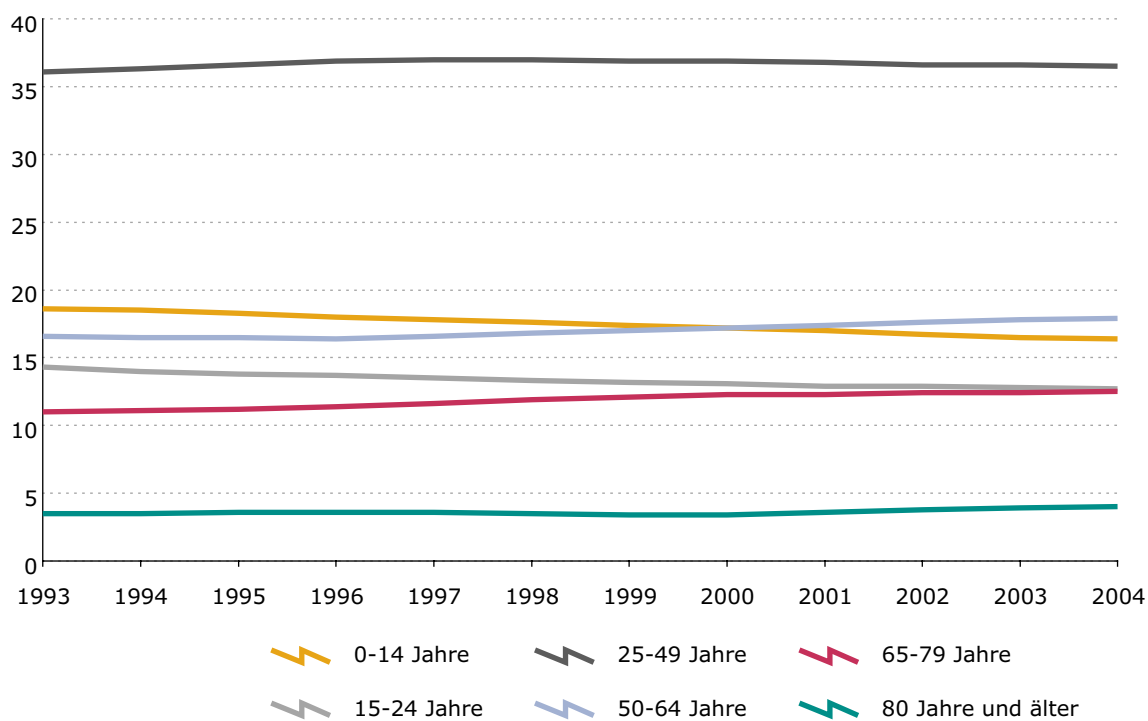
Wachstum der Bevölkerung in der EU-25
Pro 1 000 Personen





Bevölkerung der EU-25 nach Altersgruppen

Anteil an der Gesamtbevölkerung in %



Europäischen Union. Auf die neuen Mitgliedstaaten entfallen knapp 16 % der Gesamtbevölkerung (74,1 Millionen).

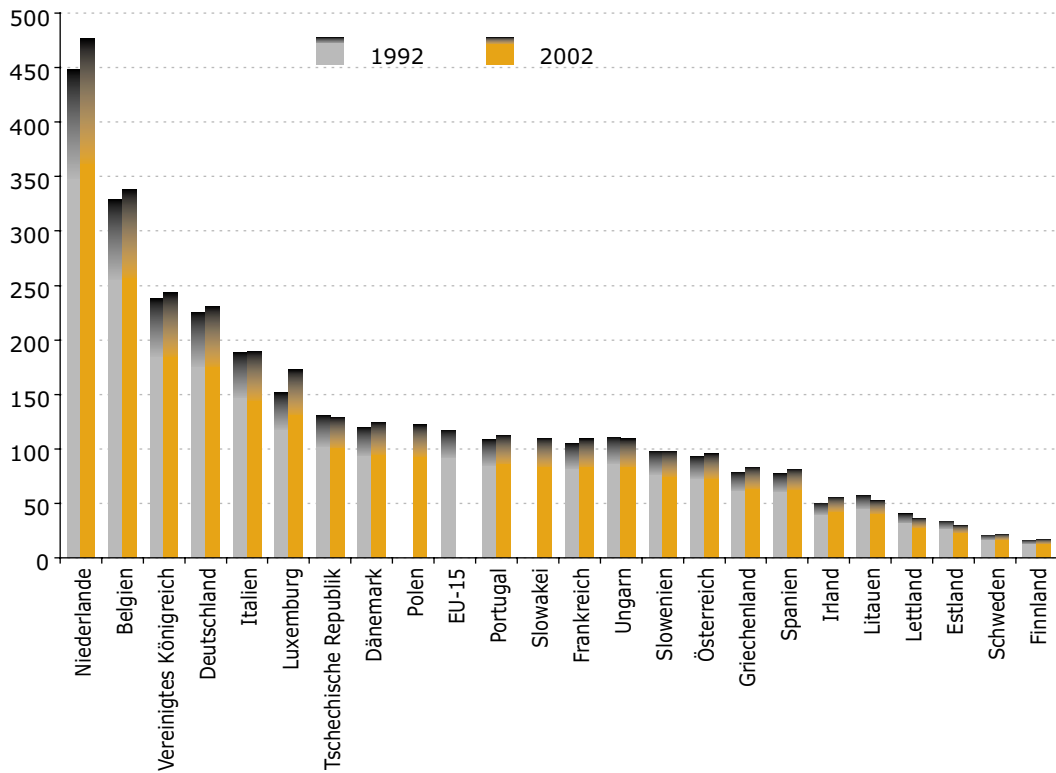
Der Anteil der jungen Bevölkerung ist rückläufig: Im Jahr 2004 machte die Bevölkerung im Alter bis 14 Jahre nur noch 16,5 % der Gesamtbevölkerung aus, gegenüber 18,8 % im Jahr 1993. Die Bevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren hatte einen Anteil von 12,7 % (2004) gegenüber 14,5 % (1993).

Die Bevölkerung der Altersgruppe 25 bis 49 Jahre stellt mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung der EU (2004: 36,5 %). Zwischen 1993 und 2004 ist der Anteil der Bevölkerung über 50 Jahre in der gesamten EU gestiegen. Der Anteil der Altersgruppe 65-79 Jahre erhöhte sich von 10,9 % der Gesamtbevölkerung im Jahr 1993 auf 12,5 % im Jahr 2004. In dieser Altersgruppe gibt es ausgeprägte Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern.

Es bestehen erhebliche Unterschiede in der Bevölkerungsdichte: In den Niederlanden (474 Einwohner je km²) und in Belgien (337 Einwohner) ist sie wesentlich höher als in einigen nordischen Ländern wie Finnland (17) und Schweden (22).

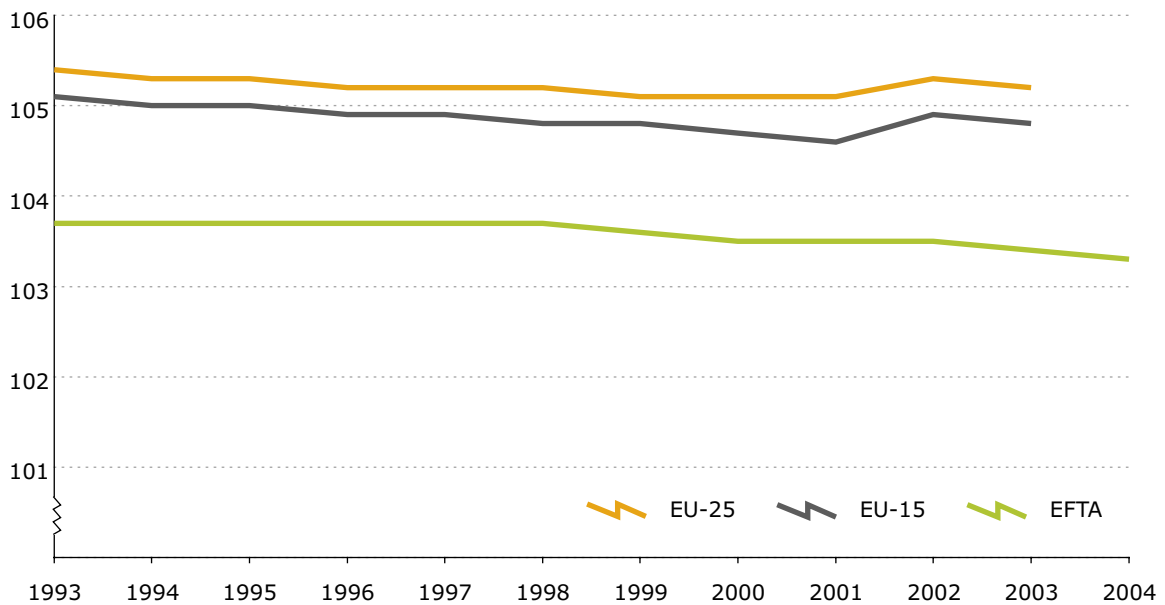


Bevölkerungsdichte In Einwohner je km²



Verhältnis zwischen der Bevölkerungszahl einer geografischen Region zur Jahresmitte und der Gebietsfläche.

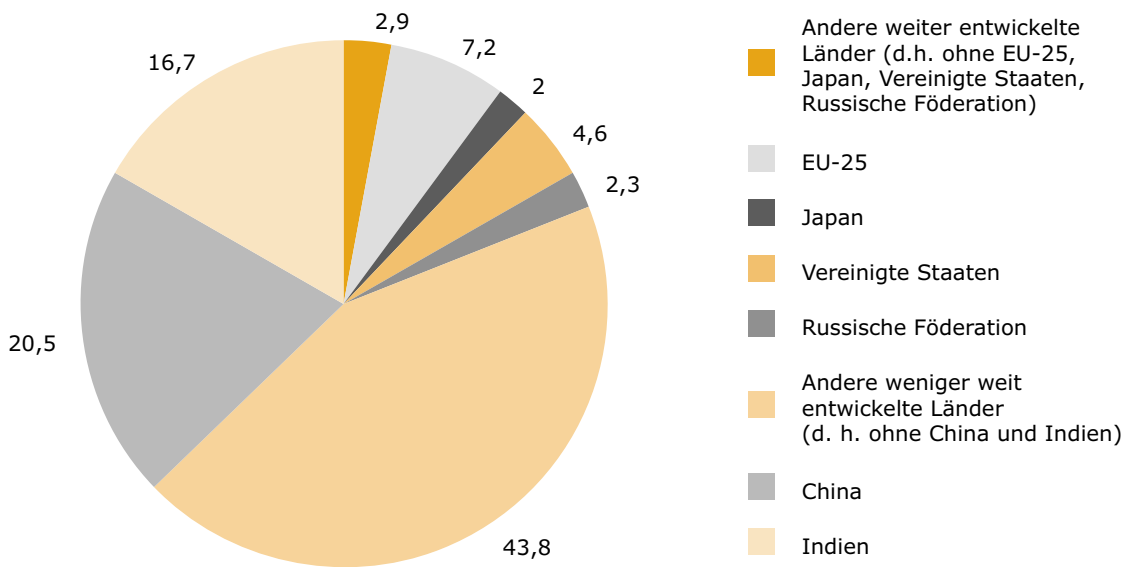
Frauen je 100 Männer





Weltbevölkerung im Jahr 2003

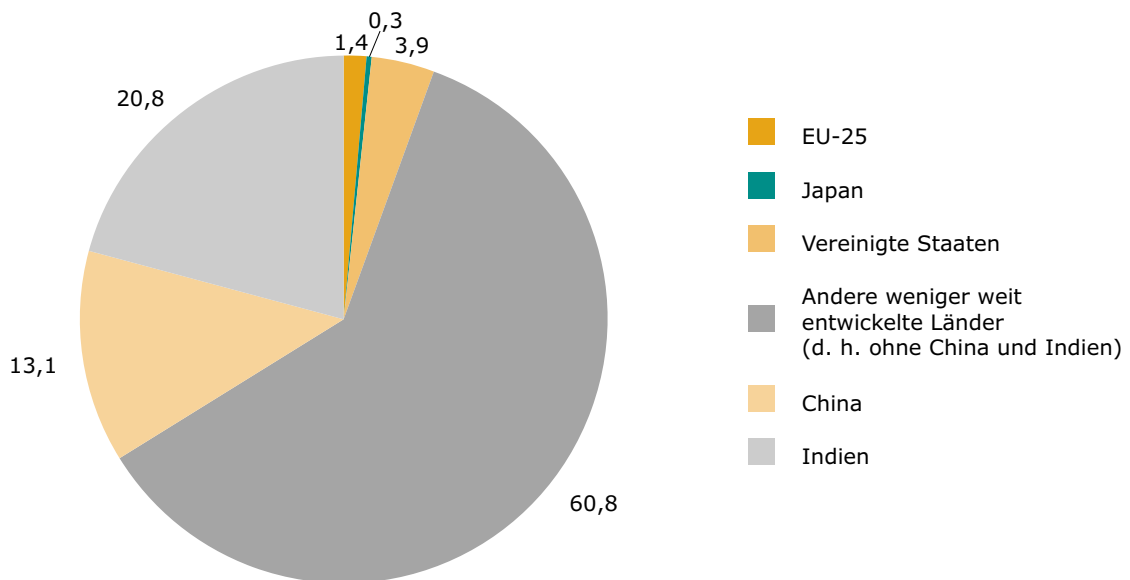
In %



Quelle (ohne EU-25): US Census Bureau.

Anteil am Wachstum der Weltbevölkerung, 2003 gegenüber 1993

In %



Quelle (ohne EU-25): US Census Bureau.

Andere weiter entwickelte Länder (d.h. ohne EU-25, Japan, Vereinigte Staaten, Russische Föderation): 0,1 %.

Die Russische Föderation trug -0,5 % zur Entwicklung der Weltbevölkerung bei.



Familien und Geburten

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Eheschließung der Ledigen nach Geschlecht und Alter
- Eheschließung nach vorherigem Familienstand und Geschlecht
- Scheidungen nach erreichter Ehedauer
- Eheschließungs- und Ehescheidungszißern
- Eheschließung und Lebendgeburten nach Monat
- Lebendgeburten nach Familienstand und Alter der Mutter
- Lebendgeburten nach Folge
- Fruchtbarkeitszißern nach Alter
- Fruchtbarkeitszißern
- Schwangerschaftsabbrüche

2

Weniger und spätere Eheschließungen; mehr Ehescheidungen

Im Jahr 2003 wurden nur fünf Ehen je 1 000 Einwohner in der EU geschlossen, 1970 waren es noch fast acht. Das Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung ist für Männer von 26 Jahren (1980) auf über 30 Jahre, bei Frauen von 23 auf 28 Jahre angestiegen. Bei den 1960 geschlossenen Ehen liegt der geschätzte Anteil der Ehescheidungen bei 15 %, bei den 1985 geschlossenen Ehen bei 30 %.

Weniger und später im Leben geborene Kinder

Seit Mitte der 60er Jahre ist die endgültige Kinderzahl der Nachkriegsgenerationen kontinuierlich gesunken, die Gesamtgeburtensziffer hingegen ist mit fast 1,5 stabil geblieben. Die endgültige Kinderzahl verändert sich im Lauf der Zeit sehr viel langsamer und liegt mit zurzeit 1,7 noch immer deutlich unter der Reproduktionsrate (2,1 Kinder).

Anstieg der außerehelichen Geburten

Die steigende Beliebtheit nichtehelicher Lebensgemeinschaften spiegelt sich unter anderem auch im Anteil der außerehelichen Geburten, der im Zeitraum 1970-2003 von 5 % auf über 30 % angestiegen ist. In Schweden hatten sogar 56 % der im Jahr 2003 geborenen Kinder nicht verheiratete Eltern.



Eheschließungen

Je 1 000 Personen

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	5,63	5,38	5,25	5,18	5,09	5,10	:	5,16	5,15	:	4,85(e)	4,76(e)
EU-15	5,54	5,33	5,21	5,15	5,08	5,08	:	5,13(p)	5,13(e)	:	4,83(e)	4,72(e)
Eurozone	5,45	5,26	5,13	5,09	5,04	5,07	:	5,14	5,12(e)	4,81	4,81(e)	4,68(e)
Belgien	5,79	5,37	5,14	5,07	4,98	4,69	4,35	4,32	4,40	4,09	3,91	4,03(p)
Tschechische Republik	7,18	6,39	5,66	5,32	5,22	5,61	5,35	5,20	5,39	5,13	5,17	4,79
Dänemark	6,22	6,10	6,78	6,64	6,83	6,48	6,55	6,66	7,19	6,82	6,92	6,50
Deutschland	5,62	5,45	5,41	5,27	5,22	5,15	5,09	5,25	5,09	4,73	4,75	4,64(e)
Estland	5,79	5,18	5,04	4,88	3,90	3,99	3,92	4,06	4,00	4,14	4,31	4,21(p)
Griechenland	4,69	5,94	5,38	6,02	4,24	5,62	5,12	5,62	4,48(e)	5,21(e)	5,27(e)	5,13(e)
Spanien	5,57	5,14	5,09	5,10	4,92	4,97	5,22	5,22(p)	5,39	5,08(e)	5,07(p)	4,85(e)
Frankreich	4,74	4,44	4,40	4,40	4,83	4,88	4,65(p)	4,88(p)	5,06(p)	4,87(p)	4,69	4,57(e)
Irland	4,68	4,70	4,63	4,32	4,45	4,25	:	4,93	5,04	4,98	5,10(e)	5,08(e)
Italien	5,50	5,32	5,13	5,10	4,90	4,88(p)	4,92(p)	4,92	4,99	4,58	4,65(p)	4,54(e)
Zypern	8,04	9,71	9,70	10,25	8,71	10,71	11,40	13,22	14,09	15,07	14,48	:
Lettland	7,23	5,69	4,59	4,46	3,92	3,98	4,00	3,93(p)	3,88	3,93	4,16	4,30
Litauen	8,14	6,44	6,38	6,10	5,67	5,26	5,21	5,07	4,83	4,53(p)	4,66	4,91(p)
Luxemburg	6,40	5,98	5,84	5,08	5,08	4,78	4,80	4,85	4,92	4,49	4,53	4,45
Ungarn	5,50	5,22	5,23	5,18	4,75	4,56	4,37	4,44	4,71	4,28(p)	4,53	4,48(p)
Malta	6,58	6,79	6,75	6,26	6,36	6,43	6,51(p)	6,35	6,60	5,58(p)	5,66	5,90
Niederlande	6,17	5,77	5,39	5,27	5,48	5,45	5,54	5,66	5,53	4,97(p)	5,20	5,00(p)
Österreich	5,83	5,69	5,45	5,40	5,31	5,20	4,91	4,94	4,90	4,25	4,52	4,58(p)
Polen	5,66	5,40	5,39	5,37	5,27	5,30	5,42	5,68	5,49	5,10	5,02	5,12
Portugal	7,01	6,83	6,60	6,56	6,33	6,52	6,57	6,75(e)	6,23	5,67	5,45	5,14
Slowenien	4,57	4,53	4,18	4,14	3,80	3,78	3,80	3,89	3,62	3,48(p)	3,54	3,39(p)
Slowakei	6,39	5,78	5,27	5,13	5,11	5,19	5,10	5,07	4,81	4,42	4,66	4,83
Finnland	4,67	4,87	4,89	4,65	4,77	4,56	4,66	4,70	5,05	4,79	5,19	4,95
Schweden	4,29	3,90	3,90	3,81	3,79	3,65	3,57	4,03	4,50	4,02	4,26	4,36
Vereinigtes Königreich	6,14	5,87	5,67	5,50	5,33	5,26(p)	5,15	5,06	5,12	:	:	:
Bulgarien	5,25	4,72	4,49	4,38	4,40	4,18	4,31	4,33	4,36	4,04(p)	3,71	3,92
Kroatien	4,64	4,82	5,02	5,20	10,70	:	:	:	4,89	:	:	:
Rumänien	7,66	7,10	6,78	6,79	6,65	6,52	6,46	6,23	6,05	5,87	5,92	6,16
EFTA	5,76	5,56	5,57	5,48	5,58	5,49	:	:	:	:	5,44	5,38(e)
Island	4,75	4,62	4,92	4,63	5,02	5,46	5,58(p)	5,62	6,32	5,21	5,75	5,09(p)
Liechtenstein	14,19	7,48	12,98	13,18	14,16	12,56	:	:	:	:	7,54	6,16(p)
Norwegen	4,49	4,51	4,75	4,97	5,29	5,41	5,27	5,26	5,65	5,09	5,30	:

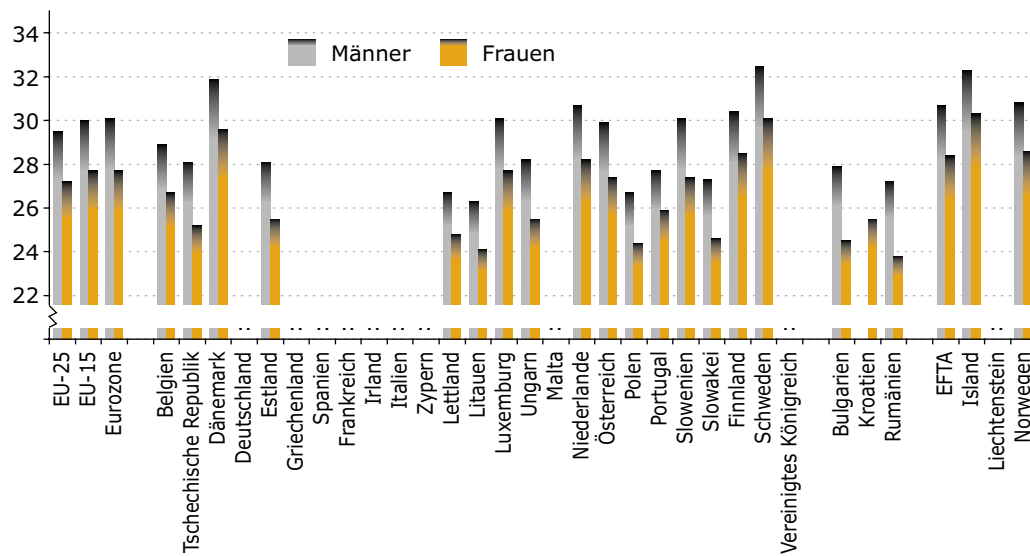
In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Heiratsziffer je 1 000 Einwohner in der EU von knapp sieben zu Beginn der 80er-Jahre auf rund sechs am Ende dieses Jahrzehnts verringert, bis 2001 ging sie auf fast fünf zurück. Dies könnte zum Teil auf die zunehmende Beliebtheit nicht ehelicher Lebensgemeinschaften zurückzuführen sein. Niedrige Heiratsziffern melden Slowenien, Lettland, Schweden und Belgien (rund vier). In Zypern liegt die Heiratsziffer dagegen bei 15.

Neben dem Rückgang der Heiratsziffern ist der Anstieg des durchschnittlichen Erstheiratsalters ein weiteres Merkmal des demografischen Wandels. 2002 waren sowohl Männer als auch Frauen bei der Eheschließung durchschnittlich zwei Jahre älter als 1991.



Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung im Jahr 2002

Jahre



Scheidungen

Je 1 000 Personen

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1,9	2,0(e)	:
EU-15	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1,9(e)	2,0(e)	:
Eurozone	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1,7(e)	1,8(e)	:
Belgien	2,2	2,1	2,2	3,5	2,8	2,6	2,6	2,6	2,6	2,8(e)	3,0(p)	3,0(p)
Tschechische Republik	2,8	2,9	3,0	3,0	3,2	3,2	3,1	2,3	2,9	3,1(p)	3,1	3,2
Dänemark	2,5	2,5	2,6	2,5	2,4	2,4	2,5	2,5	2,7	2,7	2,8	2,9
Deutschland	1,7	1,9	2,0	2,1	2,1	2,3	2,3	2,3	2,4	2,4(p)	2,5	:
Estland	4,3	3,9	3,8	5,2	4,0	3,8	3,2	3,3	3,1	3,2	3,0	:
Griechenland	0,6	0,7	0,7	1,0	1,0	1,1	0,7	0,9	1,0(p)	1,1(ep)	1,0(e)	1,0(p)
Spanien	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	:	:	1,0(p)	0,9	1,0(p)	:
Frankreich	1,9	1,9	2,0	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	:	1,9(p)	2,1(p)	:
Irland	:	:	:	:	:	:	:	:	0,7(p)	0,7(e)	0,7	:
Italien	0,5	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6(p)	0,6	0,7	0,7(e)	0,7(e)	:
Zypern	0,7	0,8	0,9	1,2	1,1	1,3	1,3	1,7	1,7	1,7	1,9	:
Lettland	5,6	4,0	3,3	3,1	2,5	2,5	2,6	2,5(p)	2,6	2,4(p)	2,5	2,1
Litauen	3,8	3,8	3,0	2,8	3,1	3,2	3,3	3,2	3,1	3,2(p)	3,0(p)	3,1(p)
Luxemburg	1,8	1,9	1,7	1,8	2,0	2,4	2,4	2,4	2,4	2,3(e)	2,4	2,3
Ungarn	2,1	2,2	2,3	2,4	2,2	2,4	2,5	2,5	2,3	2,4(p)	2,5	2,5(p)
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	2,0	2,0	2,4	2,2	2,2	2,2	2,1	2,1	2,2	2,3(p)	2,1(p)	2,0(p)
Österreich	2,1	2,1	2,1	2,3	2,3	2,3	2,2	2,3	2,4	2,6	2,4(e)	2,3(p)
Polen	0,8	0,7	0,8	1,0	1,0	1,1	1,2	1,1	1,1	1,2(p)	1,2(p)	1,3
Portugal	1,2	1,2	1,4	1,2	1,3	1,4	1,5	1,7(e)	1,9	1,8(p)	2,7(e)	2,1
Slowenien	1,0	1,0	1,0	0,8	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1(p)	1,2(p)	1,1(p)
Slowakei	1,5	1,5	1,6	1,7	1,7	1,7	1,7	1,8	1,7	1,8	2,0	2,0
Finnland	2,6	2,5	2,7	2,7	2,7	2,6	2,7	2,7	2,7	2,6	2,6	2,6
Schweden	2,5	2,5	2,5	2,6	2,4	2,4	2,3	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4
Vereinigtes Königreich	3,0	3,1	3,0	2,9	2,9	2,7	2,7(e)	2,7	2,6(e)	2,6	2,7(e)	:
Bulgarien	1,1	0,9	0,9	1,3	1,2	1,1	1,3	1,2	1,3	1,3(p)	1,3(p)	1,5
Kroatien	0,8	1,0	1,0	0,9	1,6	:	:	:	1,0(e)	:	:	:
Rumänien	1,3	1,4	1,7	1,5	1,6	1,5	1,8	1,5	1,4	1,4(ep)	1,5(p)	1,5
EFTA	2,2	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	:	:	:	2,2	2,3	:
Island	2,0	2,0	1,8	1,8	2,0	1,9	1,8	1,7	1,9	1,9(p)	1,8(p)	1,8(p)
Liechtenstein	1,1	1,3	1,3	1,2	1,4	2,1	:	:	:	2,8	3,1(p)	3,1(p)
Norwegen	2,4	2,5	2,5	2,4	2,3	2,3	2,1	2,0	2,2	2,3	2,3	:

Endgültige Kinderzahl
 Nach Generation

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
EU-15	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Eurozone	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Belgien	1,85	1,82	1,81	1,79	:	:	:	:	:	:	:	:
Tschechische Republik	2,01	1,99	1,96	1,94	1,93	1,91	1,88	1,86	1,82	1,78	1,73	:
Dänemark	1,91	1,92	1,92	1,93	1,92	1,92	1,92	:	:	:	:	:
Deutschland	1,63	1,61	1,58	1,56	1,53	1,49	1,46	:	:	:	:	:
Estland	1,98	1,94	1,91	1,90	1,87	1,84	1,83	1,80	1,76	:	:	:
Griechenland	1,89	1,83	1,80	1,76	1,72	1,70	:	:	:	:	:	:
Spanien	1,71	1,66	1,66	1,64	1,59	:	:	:	:	:	:	:
Frankreich	2,10	2,08	2,06	2,04	2,02	2,00	:	:	:	:	:	:
Irland	2,35	2,31	2,27	2,23	2,18	2,14	:	:	:	:	:	:
Italien	1,63	1,60	1,57	1,52	1,49	:	:	:	:	:	:	:
Lettland	1,92	1,88	1,83	1,79	1,77	1,77	1,76	1,73	1,69	1,62	:	:
Litauen	1,83	1,78	1,74	1,72	1,72	1,71	1,71	1,72	1,72	1,69	1,64	:
Luxemburg	1,77	1,79	1,81	1,81	1,82	1,85	1,82	:	:	:	:	:
Ungarn	2,03	2,02	2,00	1,98	1,97	1,96	1,93	1,89	1,84	1,80	:	:
Malta	2,08	2,07	2,06	2,03	2,00	1,95	1,89	1,81	:	:	:	:
Niederlande	1,84	1,82	1,81	1,79	1,77	1,76	1,75	:	:	:	:	:
Österreich	1,68	1,67	1,66	1,65	1,64	1,62	1,60	1,57	:	:	:	:
Polen	2,14	2,11	2,07	2,03	2,00	1,98	1,96	1,91	1,85	1,79	:	:
Portugal	1,87	1,86	1,84	1,82	1,82	1,81	1,78	1,74	:	:	:	:
Slowenien	1,85	1,84	1,81	1,79	1,77	1,75	1,73	1,70	1,67	:	:	:
Slowakei	2,17	2,14	2,11	2,07	2,04	2,01	1,99	1,95	1,91	1,85	1,79	:
Finnland	1,95	1,94	1,93	1,92	1,91	1,89	1,87	:	:	:	:	:
Schweden	2,03	2,02	2,01	2,00	1,98	1,96	1,94	:	:	:	:	:
Vereinigtes Königreich	1,94	1,92	1,90	1,89	1,87	1,86	:	:	:	:	:	:
Bulgarien	1,91	1,87	1,87	1,86	1,83	1,79	1,77	1,72	1,66	1,60	1,55	1,51
Kroatien	1,96	1,95	1,92	1,90	1,88	1,84	1,79	:	:	:	:	:
Rumänien	2,10	2,06	2,02	1,97	1,91	1,81	1,71	1,64	1,62	1,60	1,59	:
Island	2,43	2,40	2,38	2,40	2,36	2,34	2,32	:	:	:	:	:
Norwegen	2,10	2,09	2,08	2,07	2,06	2,05	2,04	2,02	:	:	:	:

Deutschland: in allen Jahren Daten einschließlich Daten zur ehemaligen DDR.

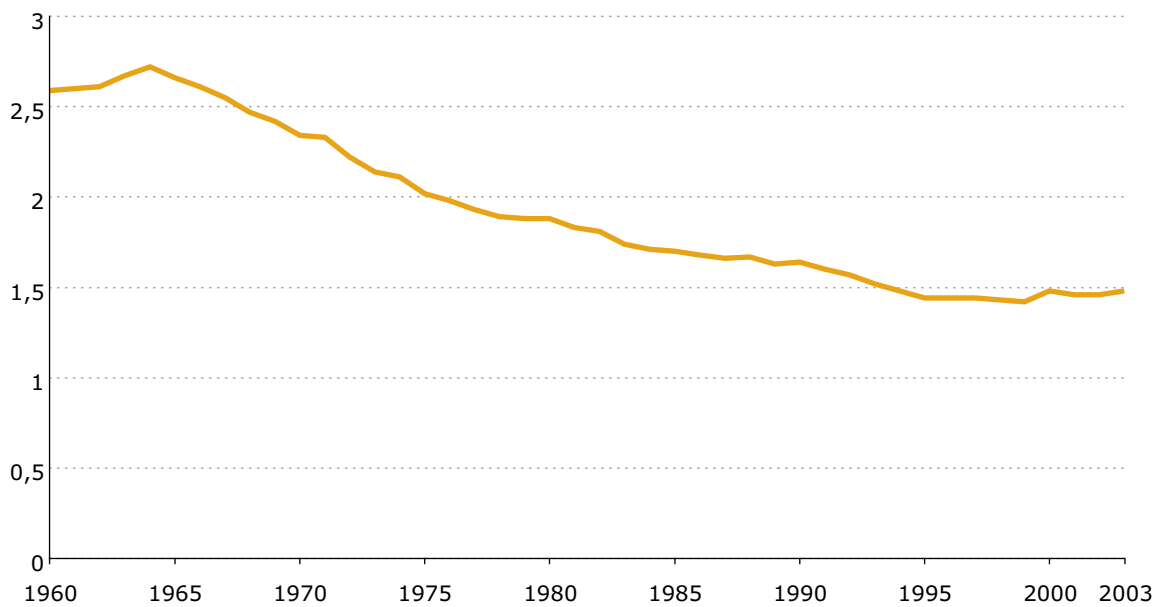
Mittlere Zahl der Kinder, die von Frauen einer bestimmten Geburtskohorte bis zum Ende ihres Gebärfähigkeitsalters geboren wurden. Errechnet wird dies durch Addition der in aufeinander folgenden Jahren zu verzeichnenden altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der Mutter, wenn die Kohorte das betreffende Alter erreicht hat (im Allgemeinen wird lediglich ein Alter von 15-49 Jahren berücksichtigt). In der Praxis können die Fruchtbarkeitsziffern für ältere Frauen unter Verwendung der Ziffern geschätzt werden, die bei den vorangegangenen Geburtskohorten verzeichnet wurden, ohne dass man warten müsste, bis die betreffende Kohorte das Ende des fortpflanzungsfähigen Alters erreicht hat.



In der EU lag die endgültige Kinderzahl der zu Beginn der 60er Jahre geborenen Frauen bei 1,8, also deutlich unter der Reproduktionsrate. Die zusammengefasste Geburtenziffer, die einen Vergleich der Fruchtbarkeit einer Bevölkerung in unterschiedlichen Melde Jahren ermöglicht, ist von 2,7 im Jahr 1965 auf unter 1,5 im Jahr 1995 gesunken und seither unverändert geblieben.



Gesamfruchtbarkeitsrate in der EU-25



2

Die mittlere Anzahl lebend geborener Kinder, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens gebären würde, wenn sie im Laufe ihres Gebärfähigkeitsalters den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der betreffenden Jahre entsprechen würde. Es handelt sich somit um die endgültige Kinderzahl einer hypothetischen Geburtskohorte, die sich durch die Addition der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern eines bestimmten Jahres ermitteln lässt (dabei geht man davon aus, dass die Zahl der Frauen in den verschiedenen Altersgruppen gleich groß ist). Die Gesamfruchtbarkeitsrate wird auch als Reproduktionsmaß verwendet; es wird davon ausgegangen, dass in den Industrieländern bei 2,1 Kindern je Frau der Erhalt der Bevölkerung gesichert ist.



Durchschnittliches Gebäralter der Frauen

Jahre

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	29,00	29,10	29,20
EU-15	28,30	28,46	28,59	28,75	28,90	28,98	:	:	:	29,40	29,40	29,40
Eurozone	28,46	28,63	28,76	28,92	29,09	29,16	:	:	:	29,50	29,50	29,60
Belgien	27,95	28,09	28,20	28,34	28,47(e)	28,50(e)	28,60	:	:	:	:	:
Tschechische Republik	24,72	24,82	25,05	25,40	25,77	26,10	26,38	26,64	26,90	27,20	27,60	27,80
Dänemark	28,63	28,77	28,94	29,08	29,21	29,28	29,42(p)	29,52	29,62	29,70	29,70	29,90
Deutschland	27,79	27,93	28,07	28,19	28,31	28,37	28,52	28,58	28,70	28,70	28,80	:
Estland	25,30	25,30	25,30	25,40	25,60	25,90	26,20	26,40	26,60	27,00	27,20	27,50
Griechenland	27,38	27,55	27,84	28,01	28,19	28,37	28,58	28,70	28,90	:	:	:
Spanien	29,04	29,25	29,47	29,74	29,98	30,20	30,40	30,55	30,70	30,70	:	:
Frankreich	28,40	28,55	28,67	28,83	28,99	29,12	29,21	29,32	29,30	29,40	29,40	29,50
Irland	29,88	30,01	30,05	30,12	30,24	30,20(p)	30,40(p)	30,30	30,30	30,40	30,50	30,60
Italien	29,01	29,21	29,29	29,48	29,72	30,00	:	:	30,30	30,30	30,30	:
Zypern	27,30	27,50	27,80	28,00	28,20	28,20	28,40	28,40	28,60	28,70	28,90	29,10
Lettland	25,50	25,40	25,40	25,80	25,80	26,00	26,40	26,60	26,80	27,20	27,40	27,60
Litauen	25,70	25,60	25,60	25,50	25,60	25,70	25,90	26,20	26,40	26,60	26,80	26,90
Luxemburg	28,43	28,58	28,60	28,73	28,93	29,16	29,18	29,25	29,36	29,30	29,30	29,50
Ungarn	25,68	25,80	26,00	26,22	26,35	26,51	26,69	26,86	27,07	27,30	27,60	27,80
Malta	28,80	28,83	28,81	28,90	29,06	28,80	28,68	28,87	29,00	28,60	28,90	29,20
Niederlande	29,47	29,67	29,82	29,90	30,04	30,15	30,18	30,25	30,27	30,30	30,30	30,40
Österreich	27,20	27,30	27,30	27,50	27,70	27,80	27,90	28,00	28,10	28,20	28,40	28,60
Polen	26,25	26,38	26,61	26,82	26,89	27,02	27,12	27,19	27,31	27,40	27,60	27,80
Portugal	27,50	27,60	27,70	27,80	28,00	28,10	28,30	28,40	28,50	28,60	28,70	28,80
Slowenien	26,12	26,18	26,55	26,78	27,04	27,27	27,53	27,81	27,97	28,20	28,50	28,80
Slowakei	24,99	25,13	25,26	25,45	25,63	25,82	:	:	26,39	26,60	26,80	27,00
Finnland	28,87	28,95	29,02	29,13	29,30	29,35	29,45	29,55	29,58	29,60	29,70	29,70
Schweden	28,74	28,87	28,99	29,15	29,24	29,38	29,48	29,73	29,81	29,90	30,00	30,10
Vereinigtes Königreich	27,72	27,84	27,94	28,11	28,16	28,17	28,26	28,32	28,40	28,50	28,60	28,70
Bulgarien	23,68	23,68	23,81	23,99	24,14	24,34	24,47	24,53	24,68	24,90	25,10	25,30
Kroatien	26,22	26,52	26,83	26,96	27,40	27,60	27,90	27,60	27,50	27,70	28,00	28,00
Rumänien	24,94	24,82	24,69	24,87	25,03	25,19	25,27	25,43	25,55	25,70	25,90	26,10
EFTA	:	:	:	:	:	:	:	:	:	29,60	29,70	29,80
Island	27,98	28,52	28,62	28,61	28,66	28,80	28,61	28,77	28,72	28,90	29,10	29,30
Liechtenstein	29,80	28,60	29,30	29,80	30,00	30,00	30,00	:	:	30,10	29,90	30,00
Norwegen	28,30	28,43	28,60	28,74	28,85	28,95	29,08	29,16	29,26	29,30	29,40	29,50
Kanada	28,20	28,40	28,50	28,70	28,80	29,00	:	:	:	:	:	:
Japan	28,90	28,90	29,00	29,00	:	:	:	:	:	29,70	29,70	:
Vereinigte Staaten	27,00	:	:	:	:	:	:	:	:	27,40	:	:

Mittleres Alter der Frauen bei Geburt ihrer Kinder. Für jedes bestimmte Kalenderjahr wird das durchschnittliche Gebäralter der Frauen mit den Fruchtbarkeitsziffern gewichtet (im Allgemeinen wird als gebärfähiges Alter 15 bis 49 Jahre angenommen). So berechnet ist das Durchschnittsalter nicht von der Bevölkerungsstruktur beeinflusst (d. h. der Zahl der Frauen in den unterschiedlichen Altersgruppen) und eignet sich daher besser für geografische und zeitliche Vergleiche.



Migration und Asyl

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Abwanderung aus der und Zuwanderung in die EU
- In der EU wohnhafte Nicht-EU-Bürger
- EU-Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat leben
- Einbürgerungen in einen EU-Mitgliedstaat
- Asylanträge
- Anerkennung des Flüchtlingsstatus und andere Formen des internationalen Schutzes

2

Migration: ein wichtiges Element des Bevölkerungswandels

Der Themenbereich Migration und Asyl ist von großer politischer Bedeutung. Diese Statistiken dienen der Kommission zur Erarbeitung und Überwachung einer gemeinsamen Asylpolitik und einer harmonisierten Einwanderungspolitik der Union.

Diese Informationen sind auch für andere wichtige Bereiche der Sozial- und Wirtschaftspolitik von großer Bedeutung. In vielen Mitgliedstaaten stellt die Migration die wichtigste Komponente der Bevölkerungsentwicklung dar. Dieser Aspekt ist wichtig für die Betrachtung der Auswirkungen, die der demografische Alterungsprozess z. B. auf die zukünftige Nachhaltigkeit der Gesundheits- und Sozialschutzsysteme mit sich bringt. Des Weiteren spielen Migrationsstatistiken bei Untersuchungen zur sozioökonomischen Eingliederung von Migranten und zum Erfolg von Antidiskriminierungsmaßnahmen eine wichtige Rolle.

Messung der Migration

Eurostat produziert eine ganze Reihe von Statistiken zu Fragestellungen im Zusammenhang mit Migration und Asyl. Die zugrunde liegenden Daten werden auf monatlicher, vierteljährlicher und jährlicher Basis von den nationalen statistischen Ämtern und den Justiz- und Innenministerien geliefert. Ein großer Teil dieser Daten wird Eurostat im Rahmen der gemeinsamen Datenerfassung zur Migration übermittelt, die Eurostat in Kooperation mit der statistischen Abteilung der UN, der UN-Wirtschaftskommission für Europa, dem Europarat und dem International Labour Office organisiert.

Den Umfang und das Muster von Wanderungsbewegungen genau zu messen, kann sich als schwierig erweisen. Wie Wanderungsstatistiken erstellt werden und wer als Migrant betrachtet

wird, ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich. In einigen Ländern basieren Wanderungsstatistiken auf Verwaltungsdaten, die beispielsweise dem System für die Aufenthaltsgenehmigung oder einem Bevölkerungsregister entnommen sind. Andere Länder verwenden Daten aus Erhebungen. Diese Unterschiede in den Datenquellen und Definitionen führen zu Problemen, wenn man die Zahl der Migranten in den einzelnen Ländern vergleichen möchte.

Die Europäische Union bleibt für Einwanderer attraktiv

Wanderungsbewegungen werden durch das Zusammenspiel wirtschaftlicher, politischer und sozialer Faktoren beeinflusst. Diese Faktoren können im Herkunftsland oder im Zielland wirken („Push-Faktoren“ und „Pull-Faktoren“). Wichtige Pull-Faktoren sind der relativ hohe wirtschaftliche Wohlstand und die politische Stabilität der Europäischen Union. Darüber hinaus werden Wanderungsströme in vielen Teilen der Welt nach wie vor in erheblichem Maße durch Push-Faktoren bestimmt.

Staatsangehörigkeit

Der Erwerb der Staatsbürgerschaft wird manchmal als Maß der formalen Integration der Zuwanderer im Aufnahmeland angesehen und ist oft daran gebunden, dass sich die Person seit einer bestimmten Zeit legal im Land aufhält. Außerdem spielen andere Kriterien wie die Beherrschung der Landessprache eine Rolle.

Politischer Hintergrund

Im Vertrag von Amsterdam wurde ein neuer Titel IV in den EG-Vertrag aufgenommen („Visa, Asyl,

Nettowanderung, einschließlich Korrekturen

Pro 1 000 Einwohner

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	2,5	1,9	1,4	1,6	1,5	1,0	1,4	2,0	2,2	2,9	3,8	4,6
EU-15	3,3	2,4	1,8	2,1	1,8	1,3	1,8	2,4	2,8	3,5	4,5	5,4
Eurozone	3,8	2,6	1,8	2,0	1,9	1,3	1,4	2,4	2,8	3,6	5,0	5,7
Belgien	2,6	1,8	1,7	0,2	1,5	1,0	1,1	1,6	1,3	3,5	3,9	3,4
Tschechische Republik	1,1	0,5	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	0,9	-2,7	-0,8	1,2	2,5
Dänemark	2,2	2,2	2,0	5,5	3,3	2,3	2,1	1,8	1,9	2,2	1,8	1,3
Deutschland	9,6	5,7	3,9	4,9	3,4	1,1	0,6	2,5	2,0	3,3	2,7	1,7
Estland	-27,1	-18,9	-14,3	-10,9	-9,5	-4,9	-4,8	-0,8	0,1	0,1	0,1	0,0
Griechenland	9,1	8,3	7,4	7,3	6,6	5,7	5,1	4,1	2,7	3,5	3,5	3,2
Spanien	1,4	1,5	1,4	1,5	1,9	2,1	3,8	5,7	9,4	10,5	15,8	17,6
Frankreich	0,6	0,3	-0,1	-0,3	-0,3	-0,2	-0,1	0,8	0,9	1,0	1,1	0,9
Irland	0,5	-1,0	-0,8	1,7	4,4	4,7	4,4	6,5	8,3	10,0	8,3	7,8
Italien	0,5	0,4	0,5	0,6	1,0	1,0	1,1	0,8	1,0	0,8	6,1	10,4
Zypern	17,5	13,9	11,0	10,1	9,1	8,2	6,2	6,1	5,8	6,6	9,7	17,2
Lettland	-20,5	-12,6	-9,0	-5,6	-4,1	-3,9	-2,4	-1,7	-2,3	-2,2	-0,8	-0,4
Litauen	-6,6	-6,5	-6,6	-6,5	-6,5	-6,3	-6,2	-5,9	-5,8	-0,7	-0,5	-1,8
Luxemburg	10,5	9,8	9,4	10,5	8,5	8,6	8,9	10,2	8,0	7,5	5,8	4,7
Ungarn	1,8	1,8	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,6	1,6	1,0	0,3	1,5
Malta	2,5	2,7	2,7	-0,5	1,9	1,6	1,1	1,3	25,7	5,6	5,1	4,5
Niederlande	2,8	2,9	1,3	1,0	1,4	2,0	2,8	2,8	3,6	3,5	1,7	0,4
Österreich	9,1	4,2	0,4	0,3	0,5	0,2	1,1	2,5	2,1	5,4	4,3	4,7
Polen	-0,3	-0,4	-0,5	-0,5	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,5	-0,4	-0,5	-0,4
Portugal	-0,5	0,8	1,7	2,2	2,6	2,9	3,2	3,7	4,6	6,3	6,8	6,1
Slowenien	-2,8	-2,3	0,0	0,4	-1,8	-0,7	-2,8	5,5	1,4	2,5	1,1	1,8
Slowakei	-0,5	0,3	0,9	0,5	0,4	0,3	0,2	0,3	-4,2	0,2	0,2	0,3
Finnland	1,8	1,8	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,7	0,5	1,2	1,0	1,1
Schweden	2,3	3,7	5,8	1,3	0,7	0,7	1,2	1,5	2,8	3,2	3,5	3,2
Vereinigtes Königreich	0,8	1,5	1,4	2,0	1,8	1,5	3,6	2,8	2,8	3,1	2,1	4,4
Bulgarien	-10,7	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,9	0,0	0,0
Kroatien	2,0	-0,3	-0,4	-179,2	:	:	:	:	-123,5	15,2	8,6	:
Rumänien	-1,3	-0,8	-0,7	-0,9	-0,9	-0,6	-0,2	-0,1	-0,2	0,0	-0,1	-0,3
EFTA	4,4	4,5	3,1	2,5	0,3	0,6	2,2	3,8	3,0	4,0	5,3	4,3
Island	-0,8	-0,4	-3,0	-5,2	-1,9	0,4	3,3	4,0	6,8	2,8	-1,0	-0,7
Liechtenstein	10,1	6,6	3,3	3,2	0,0	0,0	15,8	6,2	9,2	12,0	5,9	8,8
Norwegen	2,4	2,9	1,8	1,5	1,3	2,2	3,0	4,3	2,2	1,8	3,8	2,5
Japan	:	:	:	-2,6	-9,3	9,4	:	0,0	-0,1	:	:	:
Vereinigte Staaten	:	:	:	:	:	:	:	3,5	3,5	:	:	:

Schätzungen von Eurostat, die noch revidiert werden können.

Differenz zwischen Zuwanderung und Abwanderung in einem Gebiet während des Jahres (das Wanderungssaldo ist negativ, wenn die Zahl der Abwanderer die Zahl der Einwanderer übersteigt). Da in den meisten Ländern entweder keine exakten Daten oder überhaupt keine Daten zur Zu- und Abwanderung vorliegen, wird der Wanderungssaldo auf der Grundlage der Differenz zwischen Bevölkerungswachstum und natürlichem Wachstum zu zwei verschiedenen Zeitpunkten geschätzt. Die statistischen Daten über das Wanderungssaldo sind daher von allen statistischen Ungenauigkeiten der beiden Komponenten in dieser Gleichung, insbesondere der Komponente Bevölkerungswachstum, betroffen.

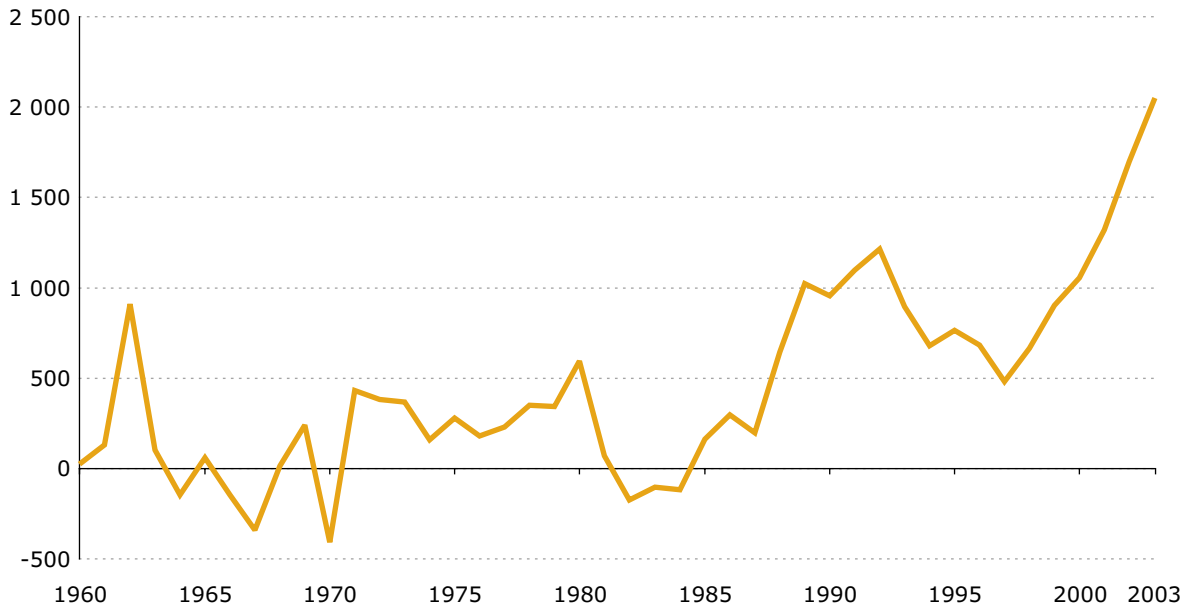
Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr¹⁾). Er erstreckt sich auf folgende Gebiete: Freizügigkeit; Überwachung der Außengrenzen; Asyl, Einwanderung und Schutz der Rechte von Staatangehörigen von Drittstaaten; Zusammenarbeit der Justizbehörden in Zivil- und Strafsachen sowie Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden.

Die gesamte Nettozuwanderung in die Mitgliedstaaten von EU-25 erhöhte sich von 1 707 000 im Jahr 2002 auf 2 092 000 im Jahr 2003.

Die Größenordnung des Wanderungssaldos weist zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede auf. 83 % der gesamten Nettozuwanderung in die Mitgliedstaaten der EU-25 entfielen 2003 auf vier Mitgliedstaaten – Spanien, Italien, Deutschland und das Vereinigte Königreich.

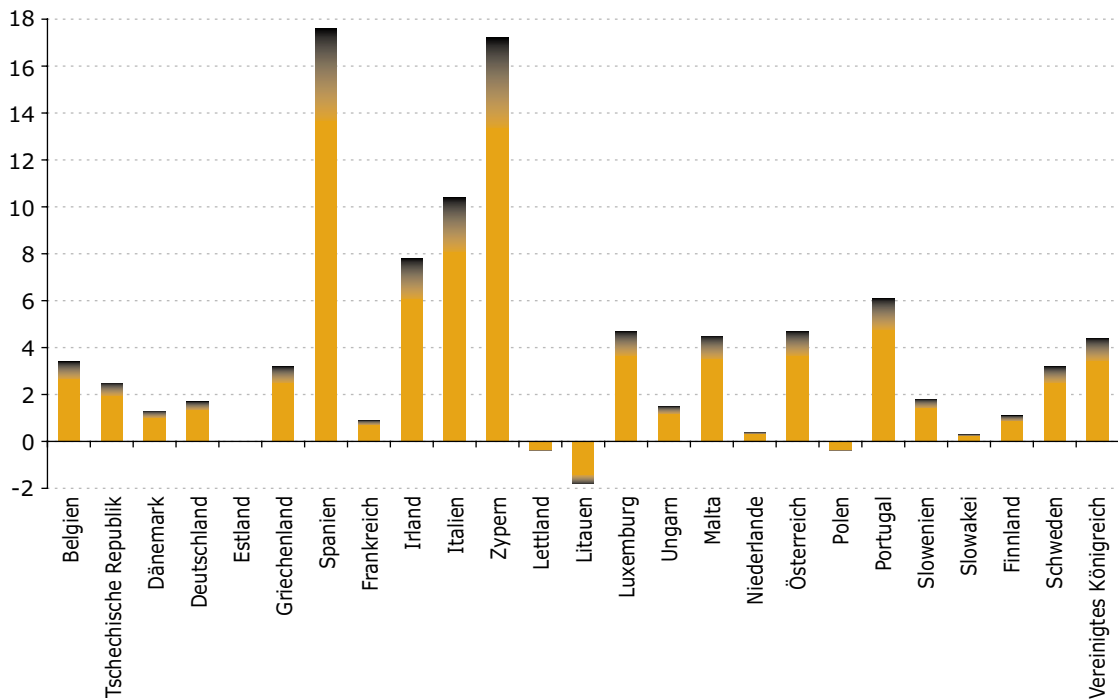


Nettowanderung (¹), EU-15
In 1 000



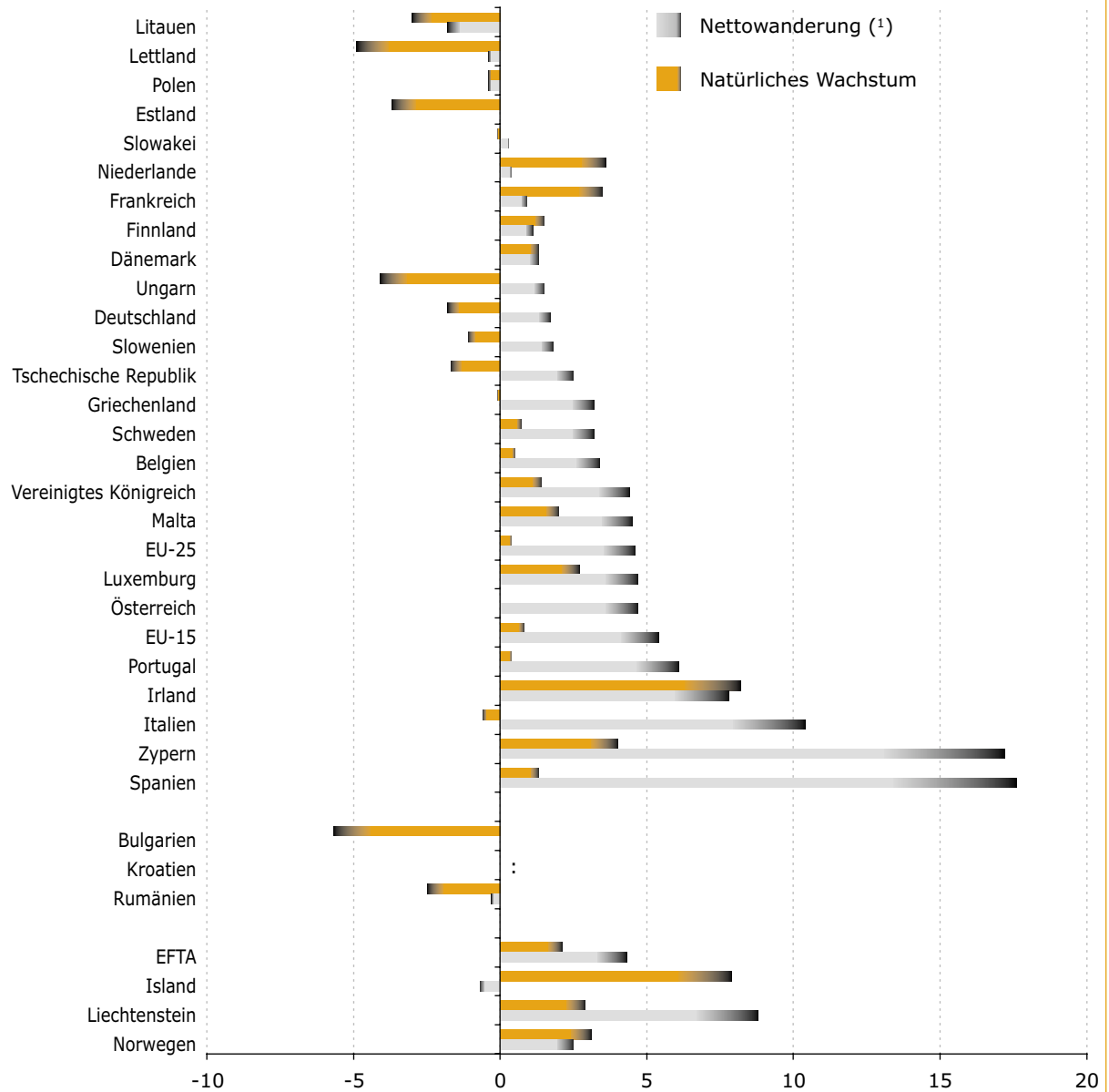
(¹) Einschließlich der Korrekturen aufgrund von Volkszählungen, Registerzählungen usw., die nicht unter Geburten, Sterbefälle oder Wanderungen eingeordnet werden können.

Nettozuwanderung in die EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2003
Pro 1 000 Einwohner





Gesamtwachstumsrate der Bevölkerung im Jahr 2003
Pro 1 000 Einwohner



(1) Einschließlich der Korrekturen aufgrund von Volkszählungen, Registerzählungen usw., die nicht unter Geburten, Sterbefälle oder Wanderungen eingeordnet werden können.

Die Bruttoziffer wird geschätzt als die Zahl der Ereignisse im Verhältnis zum Bevölkerungsdurchschnitt in einem bestimmten Jahr. Die Angabe wird je 1 000 Personen gemacht.

Die zehn Staaten, die der EU 2004 beigetreten sind, verzeichneten durchweg deutlich niedrigere Wanderungssalden. Sämtliche EU-15-Mitgliedstaaten verzeichneten 2003 einen positiven

Wanderungssaldo. Demgegenüber war der Wanderungssaldo für drei der neuen Mitgliedstaaten – Lettland, Litauen und Polen – negativ und für einen vierten – Estland – Null.



Einbürgerungen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU-15	192 706	234 556	276 217	290 491	331 397	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Eurozone	118 665	148 251	204 585	202 039	252 299	301 674	:	:	:	:	:	:	:	:
Belgien	8 658	8 470	46 485	16 379	25 808	26 149	:	:	:	24 196	:	62 160	:	:
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	7 309	:	:	3 261	2 199
Dänemark	3 028	5 484	5 104	5 037	5 736	5 260	7 283	5 482	10 262	12 416	18 811	11 902	17 300	6 583
Deutschland	20 078	27 162	37 000	45 016	61 625	71 981	86 356	83 027	106 790	143 120	186 688	180 349	154 547	:
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	9 969	4 534	3 425	3 090	4 091	:
Griechenland	1 090	886	1 204	1 803	383	1 258	716	930	807	:	:	:	:	:
Spanien	7 033	3 752	5 226	8 348	7 802	6 756	8 433	9 801	12 550	16 384	16 743	16 743	21 805	26 517
Frankreich	54 381	59 684	59 252	60 013	77 515	92 410	63 055	83 676	81 449	94 002	:	:	:	139 938
Irland	179	188	150	133	175	355	:	:	1 474	1 433	1 143	2 817	:	:
Italien	555	349	539	6 469	5 993	7 442	:	:	:	:	:	:	:	13 406
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	:	97	296	:	126	:
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	12 914	13 482	9 947	9 421	:
Litauen	:	:	:	:	:	:	825	:	562	567	490	507	:	471
Luxemburg	893	748	739	800	293	270	305	761	631	549	684	496	754	:
Ungarn	:	:	:	:	:	:	12 126	:	6 203	6 066	5 393	8 590	:	:
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	12 794	29 112	36 237	43 069	49 448	71 445	82 690	59 831	59 173	62 090	49 968	46 667	45 321	28 799
Österreich	8 980	11 137	11 656	14 131	15 275	15 627	15 627	15 792	17 786	:	24 320	31 731	:	:
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1 070	1 182	:
Portugal	97	43	117	2	144	80	1 154	1 364	519	584	1 143	1 419	255	:
Slowenien	:	:	:	:	1 451	1 973	981	:	3 321	2 337	2 102	1 346	2 808	:
Slowakei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	2 886	3 484	:
Finnland	899	1 236	876	839	651	668	981	1 439	4 017	4 730	2 977	2 720	3 049	:
Schweden	16 770	27 663	29 389	42 659	35 065	:	25 549	28 875	46 520	37 777	43 474	36 399	37 792	:
Vereinigtes Königreich	57 271	58 642	42 243	45 793	44 033	40 516	43 069	37 010	53 934	54 902	82 210	89 785	:	124 295
Island	105	165	155	177	205	229	308	289	352	288	328	423	434	:
Liechtenstein	82	64	55	65	69	:	:	:	:	567	:	:	:	:
Norwegen	4 757	5 055	5 132	5 538	8 778	11 778	12 237	12 037	9 244	7 988	9 474	10 838	9 041	:

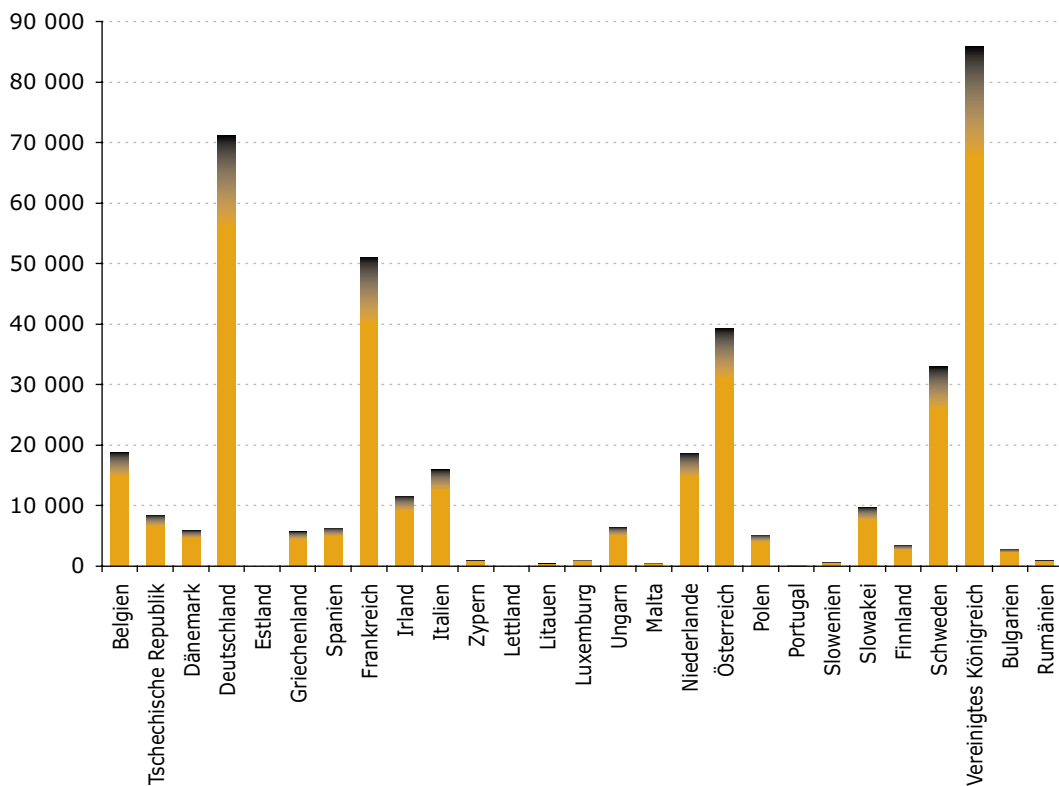
Die Zahlen beziehen sich auf die Einbürgerung der Personen, die die Staatsbürgerschaft des Meldelandes erwerben, nachdem sie zuvor staatenlos oder Staatsbürger eines anderen Landes waren.





2

Asylanträge im Jahr 2002



Estland: 9; Lettland: 24; Litauen: 367; Luxemburg: 1 042; Malta: 474; Portugal: 244; Slowenien: 650; Rumänien: 1 000.

Diese Zahlen beziehen sich auf alle Personen, die auf individueller Basis Asyl oder gleichartigen Schutz beantragen, unabhängig davon, ob sie ihren Antrag nach Ankunft an der Grenze oder von innerhalb des Landes einreichen und unabhängig davon, ob sie auf legalem oder illegalem Weg in das Land eingereist sind. Aufgrund der unterschiedlichen Methoden der Informationserhebung sind die Daten von Land zu Land nicht vollständig vergleichbar.



Lebenserwartung und Sterblichkeit

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Lebenserwartung nach Geschlecht und Alter
- Sterblichkeit nach Geschlecht und Alter
- Sterbefälle nach Monat
- Säuglingssterblichkeit (absolute Zahlen und Raten)

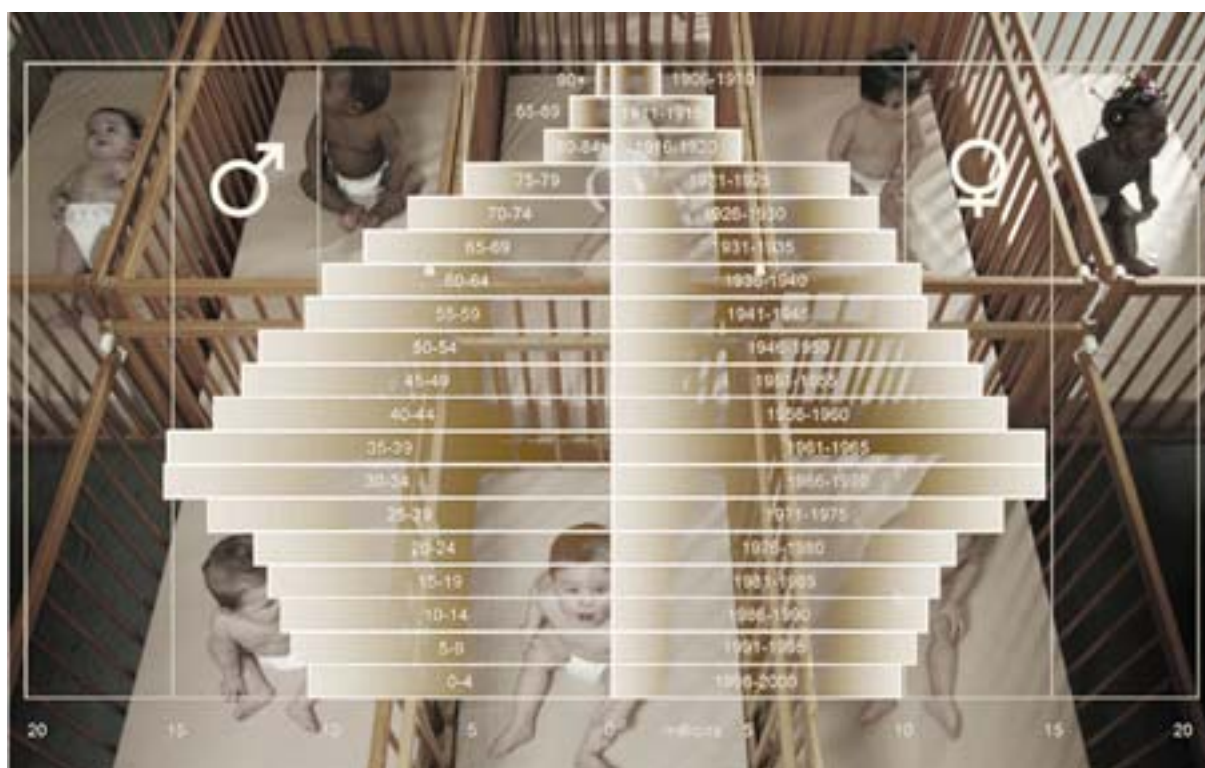
2

Sinkende Sterbeziffern und steigende Lebenserwartung

Für die EU-Bevölkerung ist eine hohe Lebenserwartung bei der Geburt kennzeichnend, die in den letzten 40 Jahren für beide Geschlechter um acht Jahre angestiegen ist. Zwar liegt die Lebenserwartung der Frauen aufgrund der durchweg höheren Männersterblichkeit in allen Altersstufen ungefähr sechs Jahre über der der Männer, doch geht dieser Unterschied jetzt zurück, da die Lebenserwartung der Männer in den vergangenen zehn Jahren in den meisten Mitgliedstaaten stärker angestiegen ist als die der Frauen.

Dies liegt möglicherweise daran, dass sich die Lebensumstände von Männern und Frauen nicht mehr so stark unterscheiden wie in der Vergangenheit.

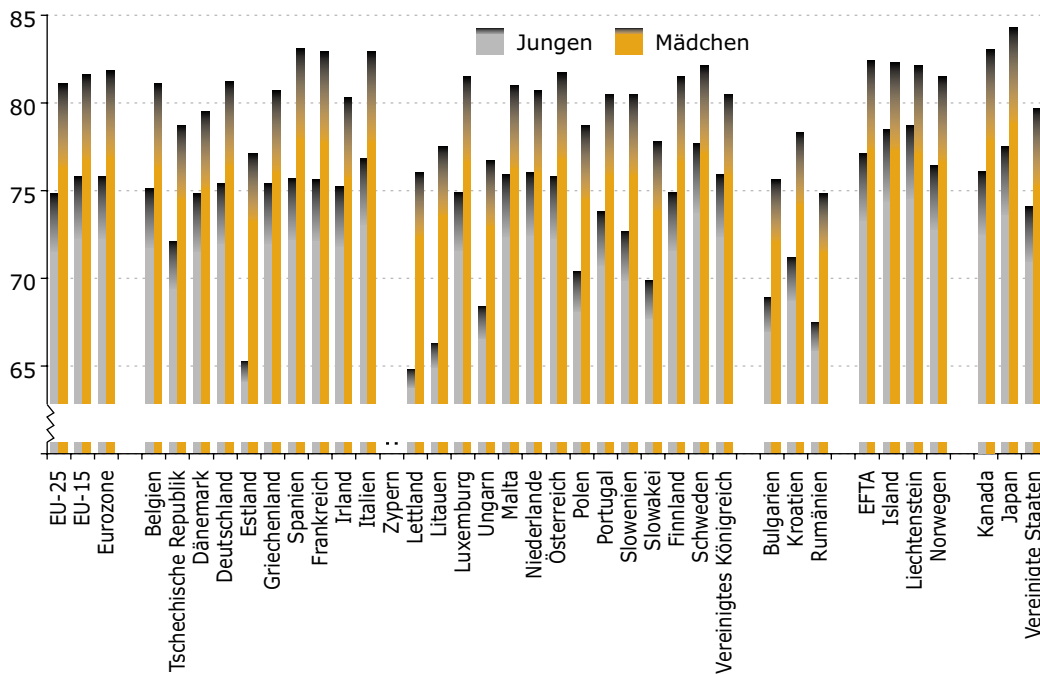
Infolge der gestiegenen Lebenserwartung und der Veränderung der Fruchtbarkeitsziffern wird die Bevölkerung in der EU immer älter. Diese Alterung bedeutet, dass die Zahl der älteren Menschen steigt, während der Anteil der Erwerbspersonen (im Alter von 15 bis 64 Jahren) sinkt. Diese demografischen Entwicklungen haben wirtschaftliche und soziale Auswirkungen in vielen Bereichen, auch auf die Gesundheitssysteme.





Lebenserwartung bei der Geburt im Jahr 2002

Jahre



Quelle: Eurostat/US Census Bureau.

Deutschland: in allen Jahren Daten einschließlich Daten zur ehemaligen DDR.

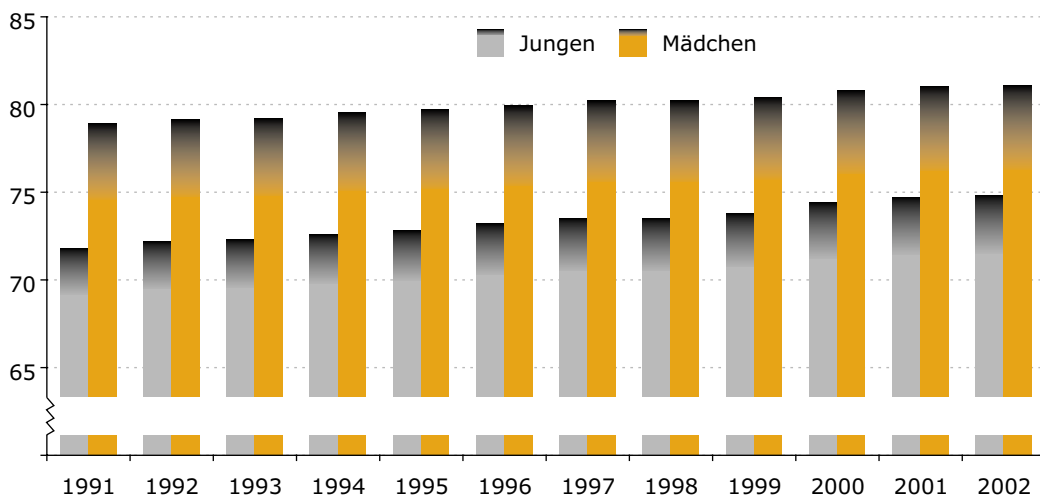
Mittlere Zahl der Jahre, die ein Neugeborenes voraussichtlich lebt, wenn die zu diesem Zeitpunkt herrschenden Sterbebedingungen während seines ganzen Lebens bestehen bleiben (altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit).

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Lebenserwartung bei der Geburt in den 25 heutigen EU-Ländern um nahezu drei Jahre

erhöht. 2002 betrug sie 75 Jahre für Männer und 81 Jahre für Frauen. Sie lag damit höher als in den Vereinigten Staaten (2002: 74 Jahre für Männer

Lebenserwartung bei der Geburt in der EU-25

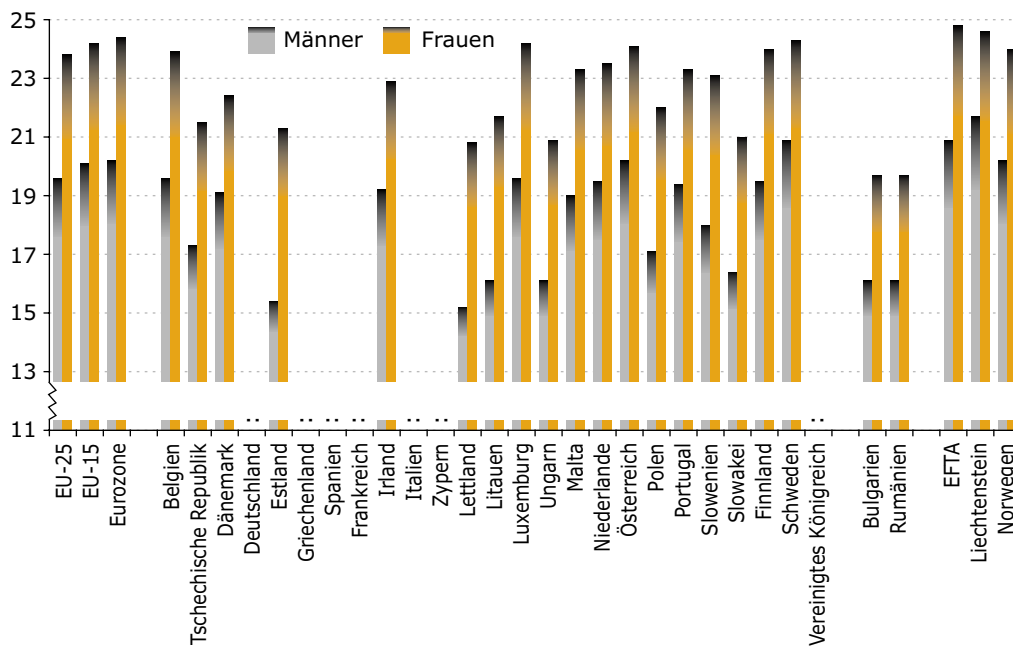
Jahre



Geschätzte Werte.



Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren im Jahr 2002 Jahre



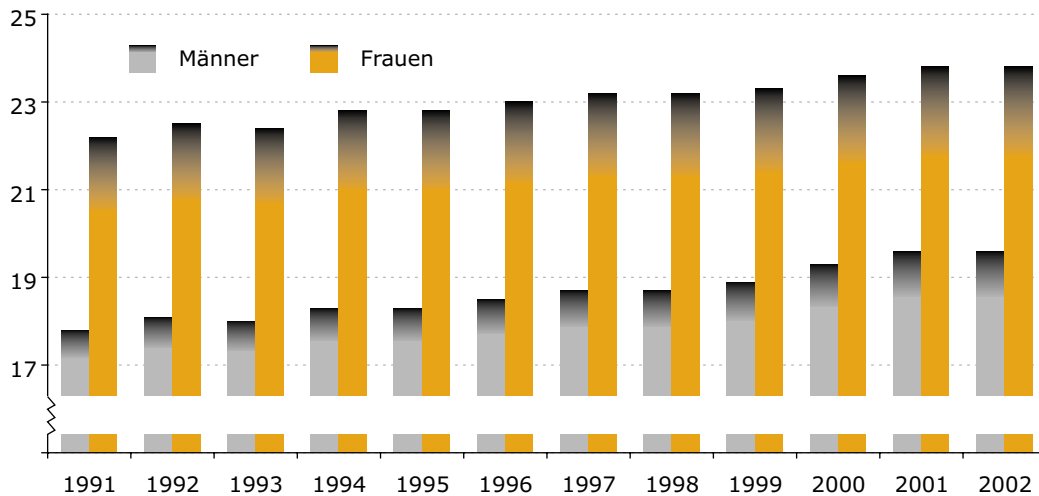
EU-25, EU-15, Eurozone: geschätzte Werte.

Mittlere Zahl der Jahre, die eine Person im Alter von 60 Jahren leben wird, wenn die zu diesem Zeitpunkt herrschenden Sterbebedingungen während der verbleibenden Lebensdauer dieser Person bestehen bleiben (altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit).

und 80 für Frauen), jedoch niedriger als in Japan (2002: 78 Jahre für Männer und 84 für Frauen) und Kanada (2001: 76 Jahre für Männer und 83 für Frauen).

Die Lebenserwartung mit 60 Jahren war 2002 in den 25 heutigen EU-Ländern für beide Geschlechter um fast zwei Jahre höher als 1991. Der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen

Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren in der EU-25 Jahre



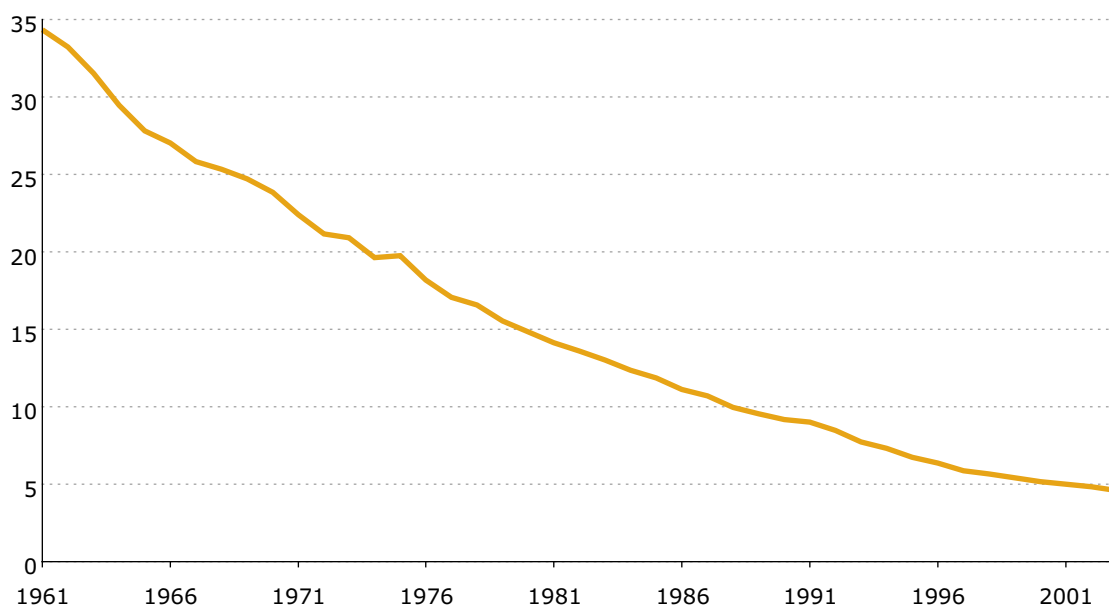
Geschätzte Werte.



2

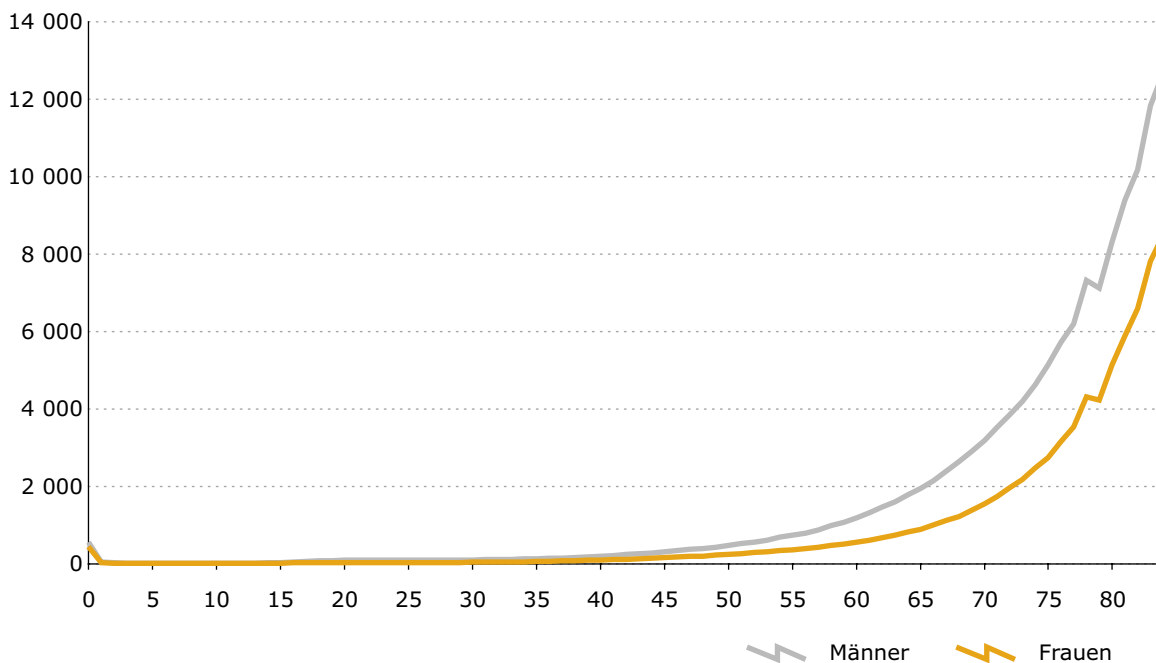
Säuglingssterblichkeitsrate in der EU-25

Pro 1 000 Lebendgeburten



Todesfälle pro 100 000 Personen in der EU-15 im Jahr 1998

Nach Alter



Sterbewahrscheinlichkeit nach Alter: die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person eines bestimmten Alters in dem betreffenden Zeitraum stirbt. Bei einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten stellt die Größe der Geburtskohorte von Frauen (oder Männern), die im betreffenden Jahr das Alter von n erreichen, den Nenner dar, während der Zähler von der Anzahl der Frauen (oder Männer) dieser Geburtskohorte gebildet wird, die zwischen dem Alter von n und dem Alter von n+1 sterben. Einige dieser Sterbefälle ereignen sich während des betreffenden Jahres, während andere im folgenden Jahr zu verzeichnen sind. Die einjährige Sterbewahrscheinlichkeit nach Alter unterscheidet sich daher von der jährlichen Sterbeziffer nach Alter, weil im letztgenannten Fall die Jahresdurchschnittsbevölkerung dieses Alters den Nenner und die Anzahl der Personen dieses Alters, die im Laufe des Jahres sterben, den Zähler bilden (beim Alter kann es sich entweder um das im betrachteten Kalenderjahr erreichte Alter oder um das Alter beim letzten Geburtstag handeln).

Die Daten für die Altersjahre über 75 sind für manche Länder geschätzt.



Säuglingssterblichkeitsrate

Pro 1 000 Lebendgeburten

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	7,7	7,3	6,7	6,4	5,9	5,7	:	5,2	5,0	4,8 (p)	: (e)
EU-15	6,4 (p)	6,0 (p)	5,6 (p)	5,5 (p)	5,2 (p)	5,1 (e)	: (p)	4,7 (e)	4,6 (e)	4,5 (ep)	4,3 (e)
Eurozone	6,5 (p)	6,1 (p)	5,6 (p)	5,4 (p)	5,1 (p)	5,0 (p)	:	4,5	4,4 (e)	4,3 (ep)	4,1 (e)
Belgien	6,7 (p)	6,3 (p)	5,9 (p)	5,0 (p)	5,4 (p)	5,2 (p)	4,9	4,8 (p)	4,5 (p)	4,4 (p)	4,3 (e)
Tschechische Republik	8,5	7,9	7,7	6,1	5,9	5,2	4,6	4,1	4,0	4,1	3,9
Dänemark	5,4	5,5	5,1	5,6	5,2	4,7	:	5,3	4,9	4,4	4,4
Deutschland	5,8	5,6	5,3	5,0	4,9	4,7	4,5	4,4	4,3	4,2 (e)	4,2 (p)
Estland	15,6	14,4	14,9	10,5	10,0	9,3	9,6	8,4	8,8	5,7	6,8 (p)
Griechenland	8,5	7,9	8,1	7,2	6,4	6,7 (e)	6,2	5,9 (e)	5,1	5,1 (e)	4,0 (e)
Spanien	6,7	6,0	5,5	5,5	5,0	4,9	4,5 (p)	3,9 (p)	3,4 (p)	4,1 (ep)	3,6 (e)
Frankreich	6,5	5,9	4,9	4,8	4,7 (p)	4,6 (p)	4,3 (p)	4,4 (e)	4,5 (p)	4,1 (ep)	3,9 (e)
Irland	6,1	5,7	6,4	6,0	6,1 (p)	5,9 (p)	5,9	6,2 (p)	5,7 (p)	5,1 (p)	5,1
Italien	7,1	6,6	6,2	6,2	5,6 (p)	5,5 (p)	:	4,5	4,7 (p)	4,5 (ep)	4,6 (e)
Zypern	9,9	9,8	9,7	9,5	9,0	7,0	:	5,6 (e)	4,9 (e)	4,7	4,1 (e)
Lettland	16,2	15,7	18,8	15,9	15,4	15,0	11,3	10,4	11,0	9,9	9,4
Litauen	15,7	14,2	12,5	10,1	10,3	9,3	8,7	8,6	7,9	7,9 (p)	6,7
Luxemburg	5,9	5,3	5,6	4,9	4,2	5,0	4,6	5,1	5,8	5,1	4,9
Ungarn	12,5	11,5	10,7	10,9	9,9	9,7	8,4	9,2	8,1	7,2	7,3
Malta	8,2	9,2	8,9	10,8	6,5	5,2	7,2	6,0	4,4	6,1	5,9
Niederlande	6,3	5,6	5,5	5,7	5,0	5,2	5,2	5,1	5,4	5,0 (p)	4,8 (p)
Österreich	6,5	6,3	5,4	5,1	4,7	4,9	4,4	4,8	4,8	4,1	4,5
Polen	15,4	15,1	13,6	12,2	10,2	9,5	8,9	8,1	7,7	7,5	7,0
Portugal	8,7	8,1	7,5	6,9	6,4	6,0	5,8	5,5	5,0	5,0 (p)	4,1
Slowenien	6,8	6,5	5,5	4,7	5,2	5,2	4,5	4,9	4,2	3,8 (p)	4,0 (p)
Slowakei	10,6	11,2	11,0	10,2	8,7	8,8	8,3	8,6	6,2	7,6	7,9
Finnland	4,4	4,7	3,9	4,0	3,9	4,2	3,6	3,8	3,2	3,0	3,1
Schweden	4,8	4,4	4,1	4,0	3,6	3,6	3,4	3,4	3,7	3,3	3,1
Vereinigtes Königreich	6,3	6,2	6,2	6,1	5,9	5,7	5,8	5,6 (p)	5,5	5,2 (p)	5,3 (p)
Bulgarien	15,5	16,3	14,8	15,6	17,5	14,4	14,6	13,3	14,4	13,3 (p)	12,3
Kroatien	9,9	10,2	8,9	8,0	8,2	8,2	7,7	7,4	7,7	7,0	6,3
Rumänien	23,3	23,9	21,2	22,3	22,0	20,5	18,6	18,6	18,4	17,3	16,7
EFTA	5,3	5,1	4,7	4,4	4,6	4,4 (p)	:	:	4,4	4,0	3,9 (p)
Island	4,8	3,4	6,0	3,7	5,5	2,6 (p)	2,4	3,0	2,7	2,3 (p)	2,4 (p)
Liechtenstein	0,0	5,0	0,0	7,5	20,0	7,5	:	:	0,0	2,5	3,3 (p)
Norwegen	5,0	5,2	4,0	4,0	4,1	4,0 (p)	3,9	3,8	3,9	3,5	3,4

Säuglingssterblichkeitsrate: Verhältnis der Zahl der Säuglinge, die im ersten Lebensjahr sterben, zur Zahl der Lebendgeburten im gleichen Jahr.

Männern und Frauen von 60 Jahren (vier Jahre mehr für die Frauen) ist geringer als der Unterschied in der Lebenserwartung von Jungen und Mädchen bei der Geburt (sechs Jahre mehr für die Mädchen).

Die Fortschritte in der medizinischen Versorgung schlagen sich in einer rückläufigen Säuglingssterblichkeit nieder. In den vergangenen vierzig Jahren ist die Sterbeziffer bei Säuglingen in EU-15 von mehr als 36 je 1 000 Lebendgeburten (1960) auf 5 (2003) gesunken.

Anteil der Personen im Alter vom 65 Jahren und darüber In % der Gesamtbevölkerung

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-25	14,4	14,6	14,8	15,0	15,2	15,4	15,5	15,7	15,9	16,1	16,3	16,5
EU-15	15,0	15,2	15,4	15,6	15,8	15,9	16,1	16,3	16,5	16,7	16,9	17,0
Eurozone	14,8	15,0	15,3	15,5	15,8	16,0	16,2	16,4	16,6	16,8	17,0	17,2
Belgien	15,4	15,6	15,8	16,0	16,3	16,5	16,6	16,8	16,9	16,9	17,0	17,1
Tschechische Republik	12,9	13,0	13,1	13,3	13,5	13,6	13,7	13,8	13,9	13,9	13,9	13,9
Dänemark	15,5	15,4	15,3	15,1	15,0	14,9	14,9	14,8	14,8	14,8	14,8	14,9
Deutschland	15,0	15,2	15,4	15,6	15,7	15,8	15,9	16,2	16,6	17,1	17,5	18,0
Estland	12,5	12,9	13,3	13,7	14,1	14,5	14,7	15,0	15,2	15,5	15,9	15,9
Griechenland	14,4	14,7	15,0	15,3	15,6	15,9	16,2	16,5	16,8	17,2	17,5	17,5
Spanien	14,4	14,8	15,1	15,5	15,8	16,2	16,5	16,8	16,9	17,0	16,9	16,8
Frankreich	14,6	14,8	15,0	15,3	15,5	15,7	15,9	16,0	16,1	16,2	16,3	16,4
Irland	11,4	11,4	11,4	11,4	11,4	11,4	11,3	11,2	11,2	11,1	11,1	11,1
Italien	15,8	16,1	16,5	16,9	17,2	17,5	17,8	18,1	18,4	18,7	19,0	19,2
Zypern	11,0	11,0	11,0	11,0	11,1	11,1	11,1	11,2	11,3	11,7	11,8	11,9
Lettland	12,8	13,2	13,4	13,8	14,1	14,4	14,7	14,8	15,2	15,5	15,9	16,2
Litauen	11,6	11,9	12,2	12,5	12,8	13,2	13,5	13,7	14,1	14,4	14,7	15,0
Luxemburg	13,6	13,8	13,9	14,1	14,2	14,3	14,3	14,3	13,9	13,9	14,0	14,1
Ungarn	13,8	13,9	14,1	14,3	14,5	14,7	14,8	15,0	15,1	15,3	15,4	15,5
Malta	:	:	11,0	11,4	11,6	:	12,0	12,1	12,3	12,6	12,8	13,0
Niederlande	13,0	13,1	13,2	13,3	13,4	13,5	13,5	13,6	13,6	13,7	13,7	13,8
Österreich	14,9	15,0	15,1	15,2	15,3	15,4	15,4	15,4	15,4	15,5	15,5	15,5
Polen	10,5	10,7	10,9	11,2	11,5	11,7	11,9	12,1	12,4	12,6	12,8	13,0
Portugal	14,2	14,5	14,7	15,0	15,3	15,6	15,8	16,0	16,4	16,5	16,7	16,8
Slowenien	11,4	11,7	12,1	12,5	12,9	13,2	13,6	13,9	14,1	14,5	14,8	15,0
Slowakei	10,5	10,7	10,8	10,9	11,1	11,2	11,3	11,4	11,4	11,4	11,5	11,5
Finnland	13,8	13,9	14,1	14,3	14,5	14,6	14,7	14,8	15,0	15,2	15,3	15,6
Schweden	17,7	17,6	17,5	17,5	17,4	17,4	17,4	17,3	17,2	17,2	17,2	17,2
Vereinigtes Königreich	15,8	15,7	15,7	15,7	15,7	15,7	15,7	15,6	15,6	16,0	16,0	16,0
Bulgarien	14,2	14,6	14,9	15,2	15,3	15,6	15,9	16,2	16,8	16,9	17,0	17,1
Kroatien	:	:	:	:	:	:	:	12,4	15,7	:	16,3	:
Rumänien	11,3	11,6	11,8	12,2	12,4	12,7	13,0	13,2	13,5	13,9	14,2	14,4
EFTA	15,1	15,1	15,1	15,1	15,1	15,2	15,2	15,2	15,2	15,2	15,2	15,2
Island	10,9	11,0	11,1	11,3	11,5	11,6	11,6	11,6	11,6	11,6	11,7	11,8
Liechtenstein	10,2	10,5	11,3	10,3	10,3	10,2	10,3	10,5	10,5	10,5	10,8	10,8
Norwegen	16,2	16,1	16,0	15,9	15,8	15,7	15,5	15,3	15,1	14,9	14,8	14,7

Die Bevölkerung wird allmählich immer älter. Zwischen 1993 und 2003 ist der Anteil der Personen im Alter von 65 Jahren und darüber an der Gesamtbevölkerung auf dem Gebiet der heutigen EU-25 um etwa zwei Prozentpunkte gestiegen. In einigen süd-, mittel- und osteuropäischen Ländern, in denen diese Werte durchweg vorher niedriger waren, betrug der Anstieg sogar drei Prozentpunkte. Am höchsten waren die Bevölkerungsanteile der Personen ab 65 Jahren im Jahr 2004 in Italien, Schweden, Griechenland, Belgien und Deutschland.



Gesundheit und Sicherheit

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Beschäftigte im Gesundheitswesen
- Ambulante und medizinische Behandlungen
- Krankenhäuser
- Lebensstilarten und Gesundheitsverhalten
- Gesundheitszustand der Bevölkerung
- Morbidität
- Invalidität
- Arbeitsunfälle
- Berufskrankheiten
- Todesursachen

2

Die Agenda der europäischen Gesundheitspolitik

Die Gesundheitspolitik berührt zwei wichtige Aspekte der Strategie von Lissabon, nämlich die Europäische Sozialagenda und die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung.

Im Mai 2000 unterbreitete die Kommission einen Vorschlag für eine neue Gesundheitsstrategie, in der ein integrierter Ansatz für die Zusammenarbeit in diesem Bereich auf Gemeinschaftsebene gefördert wird. Auf dieser Grundlage wurde 2002 ein Aktionsprogramm im Bereich der öffentlichen Gesundheit für den Zeitraum 2003-2008 angenommen. Das Programm hat drei vorrangige Ziele:

- Verbesserung des Informations- und Wissensstandes im Interesse der Weiterentwicklung des öffentlichen Gesundheitswesens;
- Verbesserung der Fähigkeit zur schnellen und koordinierten Reaktion auf Gesundheitsgefahren;
- Gesundheitsförderung und Prävention von Krankheiten durch Berücksichtigung gesundheitsrelevanter Faktoren in allen Politiken und Tätigkeiten.

Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Den Themen Arbeitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz kommt in der europäischen Sozialpolitik ein hoher Stellenwert zu. Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist nicht nur auf die Verhinderung von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf das körperliche, seelische und soziale

Wohlbefinden, die für die Qualität der Arbeit und der Produktivität der Beschäftigten eine wichtige Rolle spielen. Es wurde eine neue Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für den Zeitraum 2002-2006 entwickelt, die dem Wandel von Gesellschaft und Arbeitswelt Rechnung trägt. Sie beruht auf einem Gesamtkonzept für das Wohlbefinden am Arbeitsplatz auf der Grundlage von Präventivmaßnahmen und der Bildung von Partnerschaften in den Bereichen Beschäftigung, Gesundheit und Sicherheit.

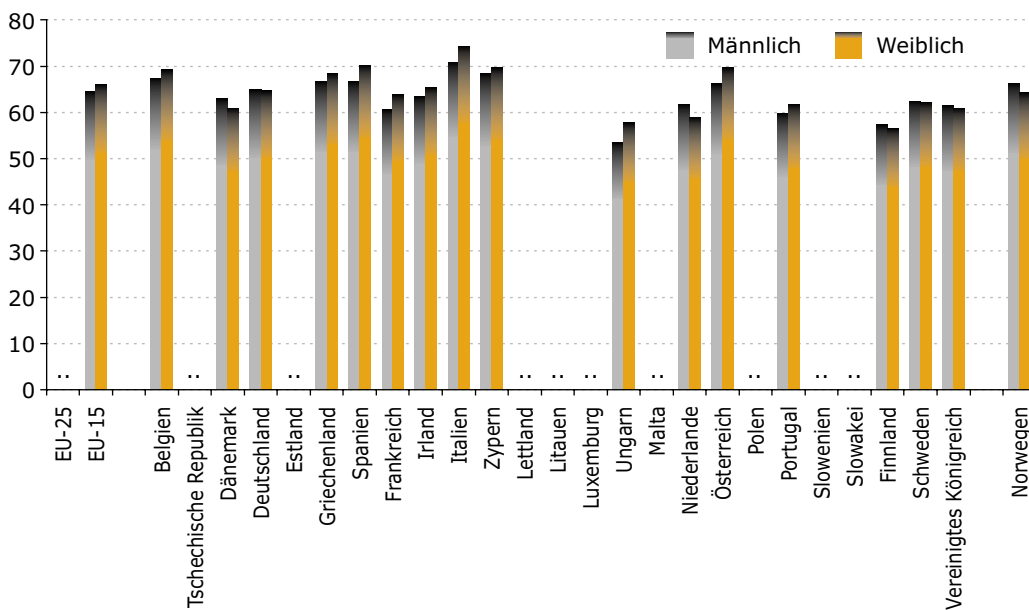
Datensammlung zu Gesundheit und Sicherheit

Mit der Datensammlung zu Gesundheit und Sicherheit reagiert Eurostat auf die spezifischen Anforderungen, die sich aus dem Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit 2003-2008 (Beschluss Nr. 1786/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002) ergeben. Die Daten decken die Bereiche Gesundheitszustand, Gesundheitsdeterminanten und Gesundheitsressourcen ab. In der „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Mehr Gesundheit, Sicherheit und Zuversicht für die Bürger – Eine Gesundheits- und Verbraucherschutzstrategie“ und im „Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft in den Bereichen Gesundheit und Verbraucherschutz (2007-2013)“ wird die Notwendigkeit festgestellt, diese europäische Gesundheitsüberwachung auszuweiten. Die europäischen Statistiken zu Arbeits-



Gesunde Lebensjahre bei der Geburt 2003

Jahre, die eine Person zum Zeitpunkt ihrer Geburt erwartungsgemäß in guter gesundheitlicher Verfassung leben wird



Geschätzte Werte.

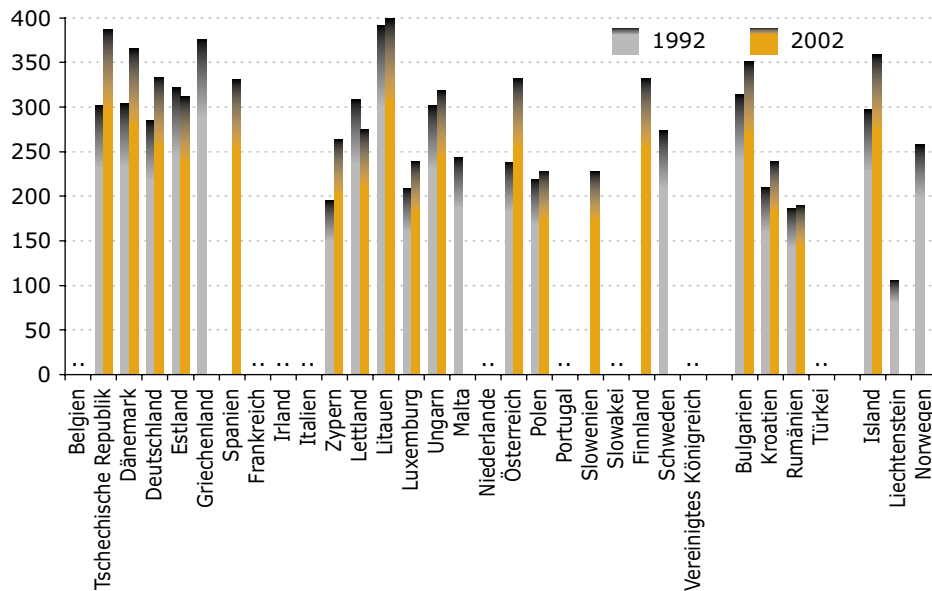
„Gesunde Lebensjahre“ ist ein Indikator der Gesundheitserwartung, der Informationen zu Sterblichkeit und Krankheit miteinander verknüpft. Dazu werden Daten zur altersspezifischen Prävalenz (Anteile) der gesunden bzw. kranken Bevölkerung und Daten zur altersspezifischen Sterblichkeit benötigt. Gute gesundheitliche Verfassung wird über die Abwesenheit von Funktionsbeschränkungen/Beschwerden definiert. Der Indikator wird getrennt für Männer und Frauen berechnet. Der Indikator wird auch beschwerdefreie Lebenserwartung genannt.

unfällen und Berufskrankheiten dienen zur Erfüllung der Anforderungen im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsstrategie für Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz 2002-2006 (Entschließung des Rates vom 3. Juni 2002 2002/C 161/01). Der allgemeine Schwerpunkt liegt zum einen auf der Infrastruktur für das Basis-

system von Statistiken zur öffentlichen Gesundheit, Sicherheit am Arbeitsplatz und Ernährungssicherheit, zum anderen auf der Harmonisierung der Konzepte, Definitionen und Klassifikationen für den gesamten Bereich der Gesundheitsinformationen sowie auf der Verbesserung der Vergleichbarkeit vorhandener Daten.

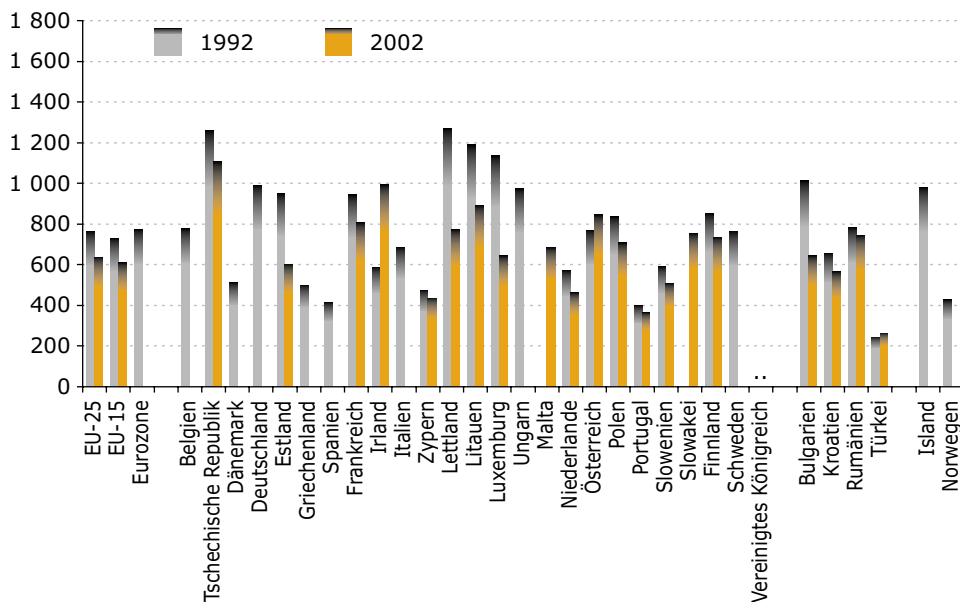


Gesamtzahl der behandelnd tätigen Ärzte Auf 100 000 Einwohner



Nur die behandelnd tätigen Ärzte sind gezählt, d.h. diejenigen, die Patienten in einem Krankenhaus, in einer Praxis oder an anderen Orten behandeln.

Krankenhausbetten Auf 100 000 Einwohner



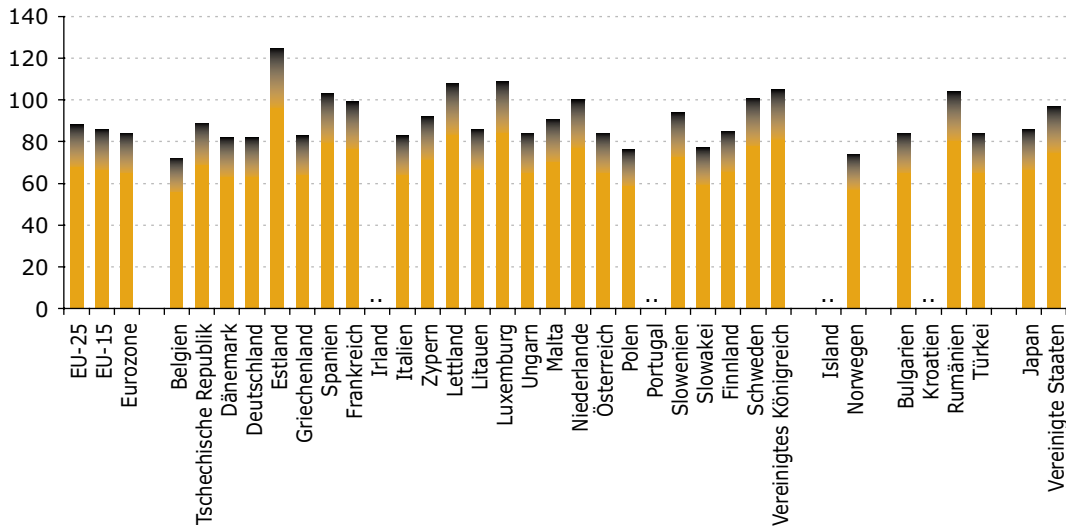
Deutschland, Niederlande, Portugal, Island: ohne Betten in Pflegeheimen und für die Tagespflege. Griechenland, Italien: ohne Betten in Militärkrankenhäusern. Spanien: Betten in Pflegeheimen und für die Tagespflege sind zum Teil berücksichtigt. Irland, Schweden, Vereinigtes Königreich: nur Betten in öffentlichen Krankenhäusern. Vereinigtes Königreich: Schätzwerte von Eurostat.

Betten für Patienten, die offiziell in einer stationären Versorgungseinrichtung oder einer Einrichtung, die auch stationäre Versorgung anbietet, aufgenommen wurden und dort mindestens eine Nacht verbringen. Stationäre Versorgung wird von Krankenhäusern, Krankenpflege- und Pflegeheimen sowie von anderen Einrichtungen geleistet, die aufgrund ihrer Hauptpflegetätigkeit zu den ambulanten Versorgungseinrichtungen gerechnet werden, aber als Nebentätigkeit auch stationäre Versorgung anbieten.



Ernsthafte Arbeitsunfälle im Jahre 2002

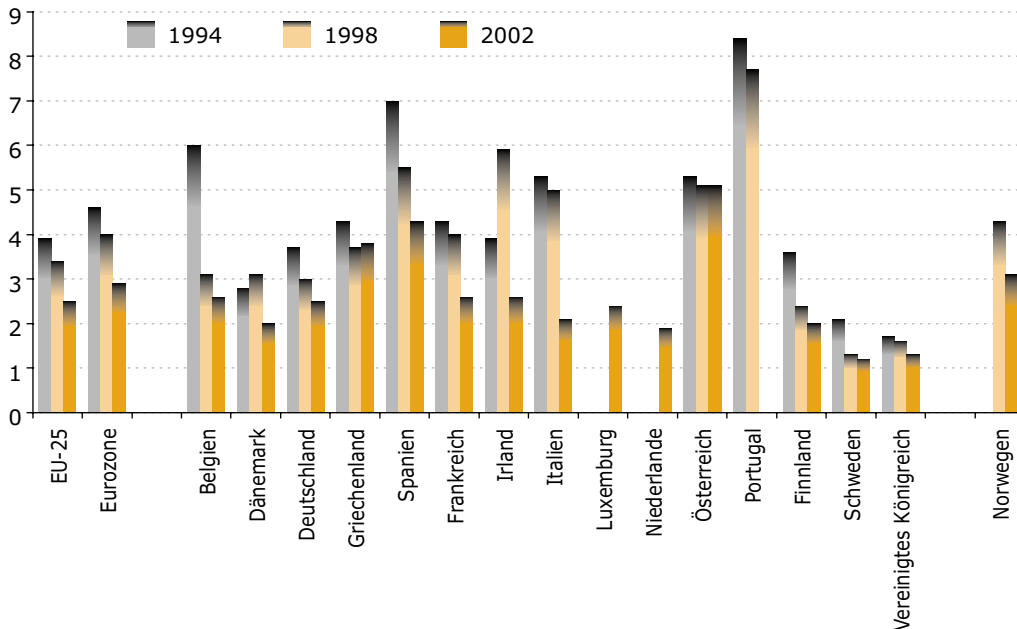
1998 = 100



Der Index zeigt die Entwicklung der Inzidenzrate von ernststen Arbeitsunfällen im Vergleich zu 1998 (= 100). Inzidenzrate = (Anzahl von Arbeitsunfällen mit über 3 Tagen Abwesenheit, die jährlich vorkommen/Anzahl von beschäftigten Personen in der Referenzbevölkerung) x 100 000. Ein Arbeitsunfall ist definiert als ein während der Arbeit eintretendes deutlich abzugrenztes Ereignis, das zu einem physischen oder psychischen Schaden führt. Dies schließt Unfälle im Arbeitsablauf außerhalb des Betriebsgeländes sowie Fälle akuter Vergiftung und bewusste Handlungen Dritter ein, nicht jedoch Unfälle auf dem Weg zur und von der Arbeit, Unfälle mit rein medizinischer Ursache und Berufskrankheiten.

Tödliche Arbeitsunfälle: Inzidenzrate

Pro 100 000 Beschäftigte



Ohne Straßenverkehrsunfälle und Transportunfälle während der Arbeit. Die Beschäftigungszahlen basieren auf der Arbeitskräfteerhebung von Eurostat.

Inzidenzrate = (Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle im Jahr/Zahl der Beschäftigten in der Referenzpopulation) x 100 000. Ein Arbeitsunfall ist als ein während der Arbeit eintretendes deutlich abzugrenztes Ereignis definiert, das zu einem physischen oder psychischen Schaden führt. Ausgenommen sind Unfälle auf dem Weg zur und von der Arbeit, Unfälle mit rein medizinischer Ursache und Berufskrankheiten. Um Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Verteilung der Arbeitskräfte auszugleichen, erfolgt eine Standardisierung der Inzidenzrate, indem jedem Wirtschaftszweig auf nationaler Ebene das gleiche Gewicht gegeben wird wie auf der Ebene der Europäischen Union insgesamt.



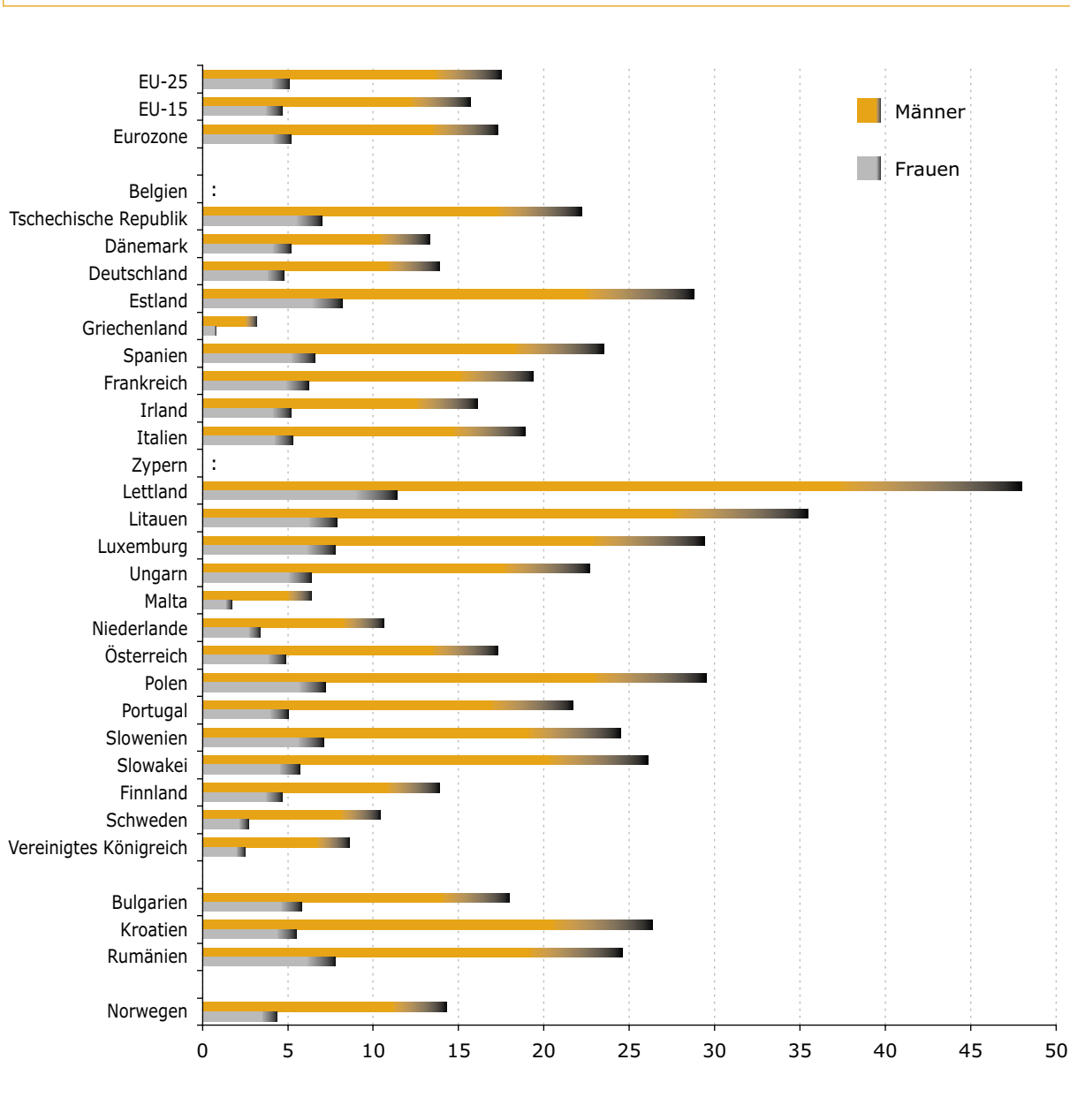
Diese Tätigkeiten werden in Zusammenarbeit mit den für das Gesundheitswesen zuständigen internationalen Organisationen (WHO, OECD, ILO) durchgeführt.

Die Gesundheitsaussichten sind in einer Gruppe von Indikatoren zusammengefasst, die Daten über Sterblichkeit und Behinderungen/Erkrankungen kombiniert. Der neue Strukturindikator „gesunde Lebensjahre“ misst die Zahl der Jahre, die einer Person in einem bestimmten Alter voraussichtlich verbleiben, ohne dass sie durch schwere oder mittelschwere Funktionseinschränkungen aufgrund von Gesundheitsproblemen und oder Behinderung beeinträchtigt ist. Frauen

durften 2003 in EU-15 bei der Geburt mit 66,0 Lebensjahren ohne solche Einschränkungen (+3,3 % mehr als 1999) rechnen, Männer mit 64,5 Jahren (+2,1 %). Der Wert für die gesunden Lebensjahre bewegte sich 2003 innerhalb einer Spanne von weniger als 60 Jahren in Ungarn, den Niederlanden (nur Frauen), Portugal (nur Männer) und Finnland bis über 70 Jahren in Italien und – wenn auch nur für Frauen – Spanien (zwischen 68 und 70 Jahren für Männer und Frauen in Zypern).

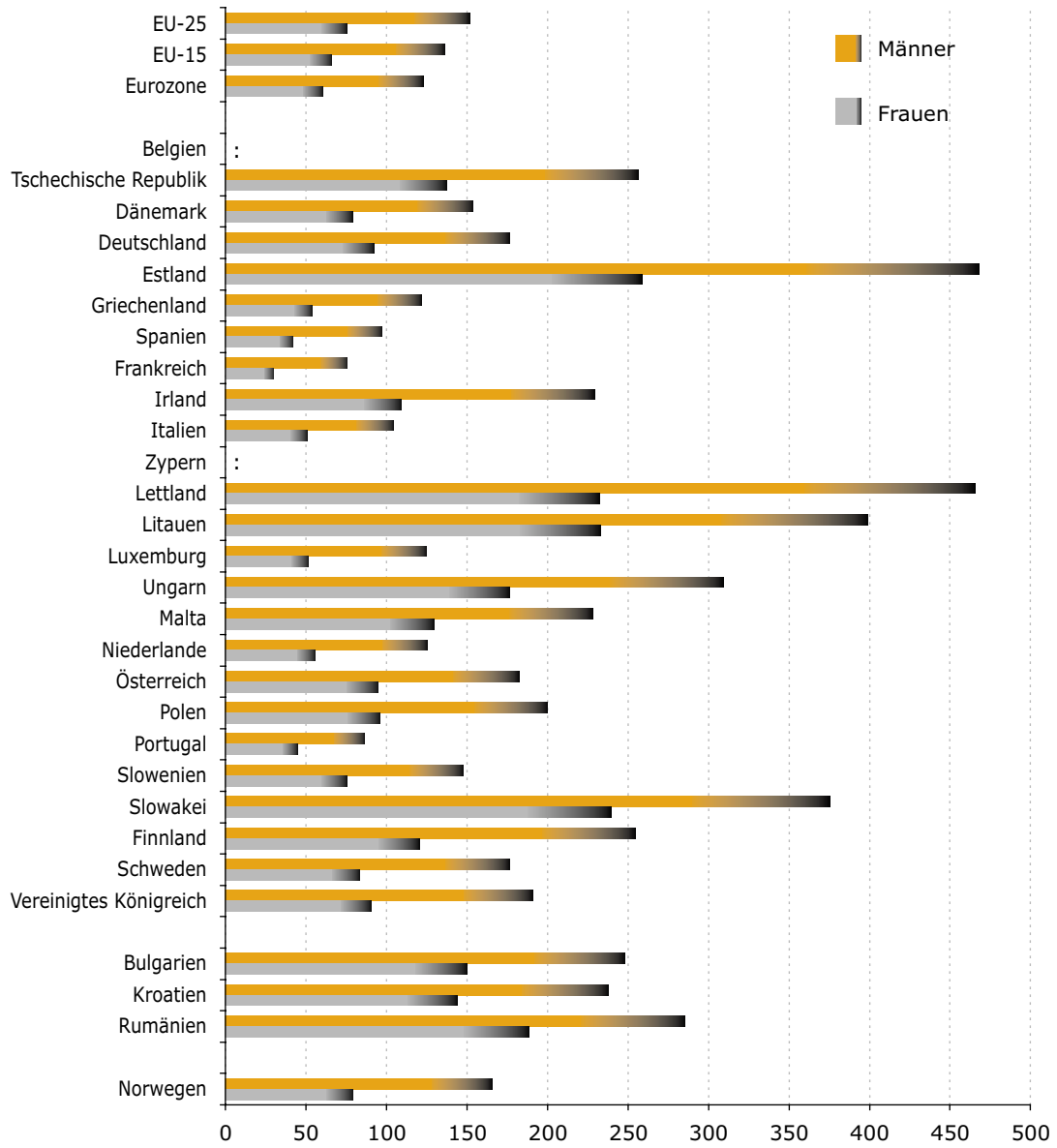
Von 1998 bis 2002 ist die Inzidenzrate schwerer Arbeitsunfälle in EU-25 um 12 % zurückgegangen, die Inzidenzrate tödlicher Arbeitsunfälle sogar um 23 %. Ein Arbeitsunfall ist ein während

Todesfälle durch Transportunfälle im Jahr 2000
Pro 100 000 Personen





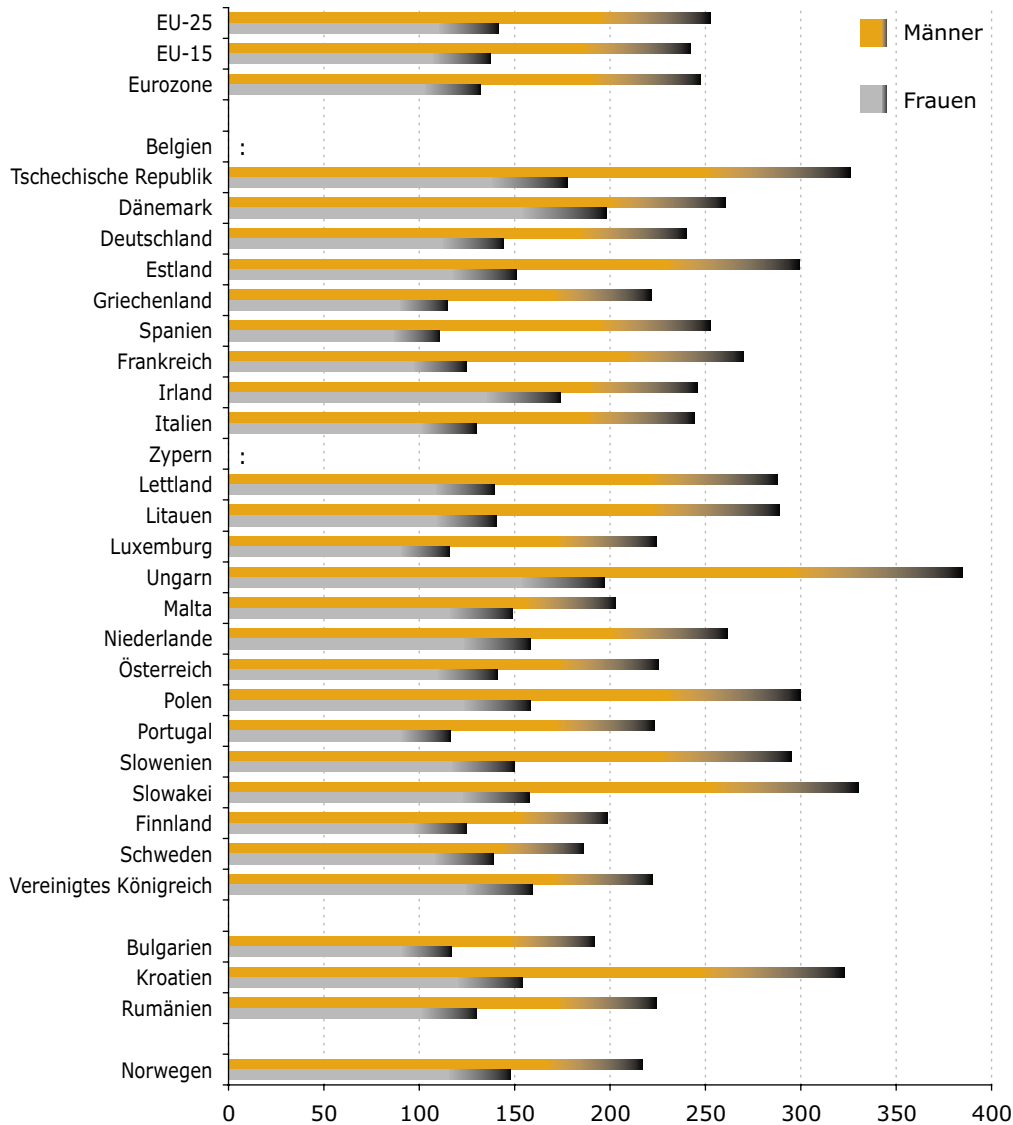
Tod durch ischämische Herzkrankheiten im Jahr 2000
Pro 100 000 Personen



2



Tod durch Krebs im Jahr 2000
Pro 100 000 Personen



2

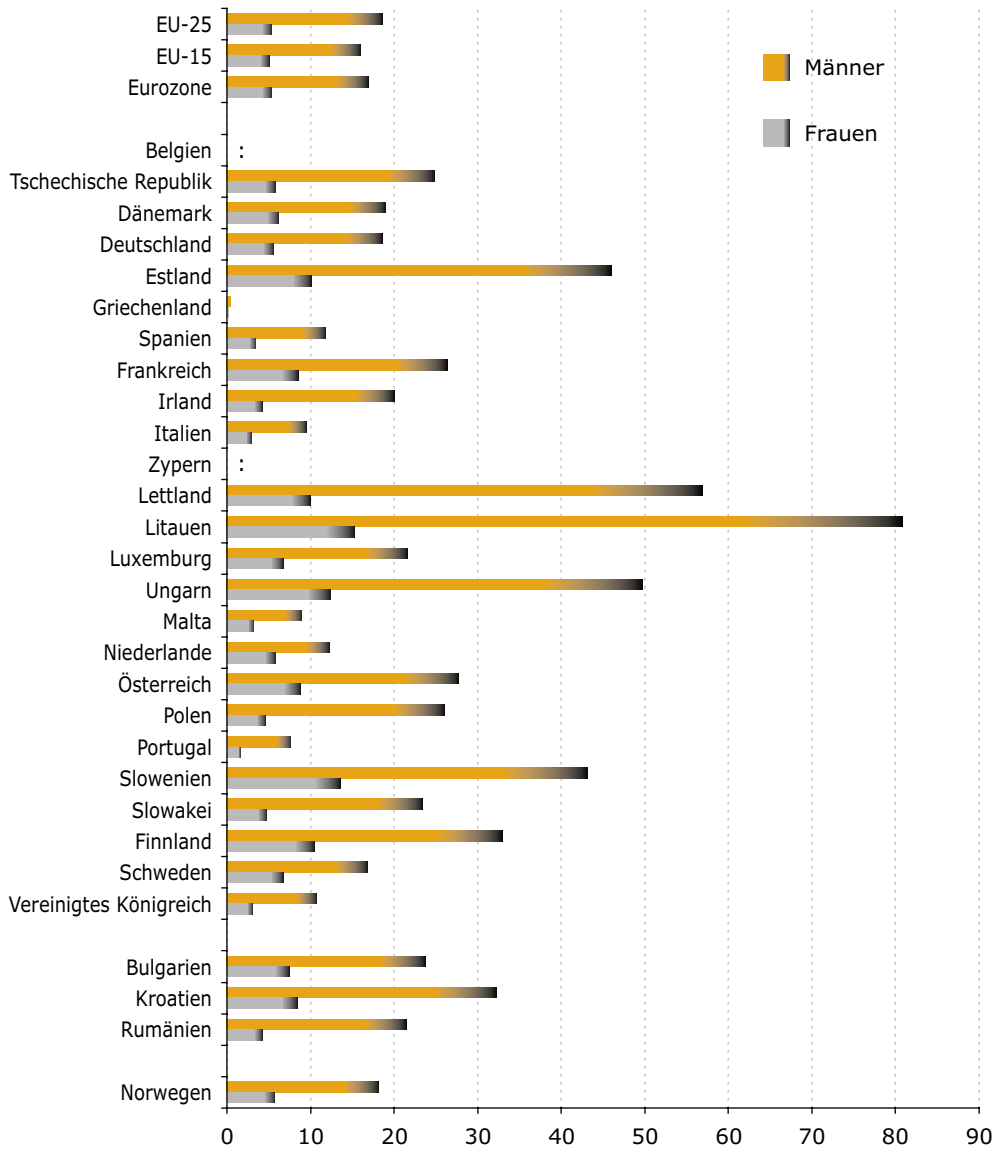
der Arbeit eintretendes Ereignis, das zu einem physischen oder psychischen Schaden führt. Dazu zählen nicht Wegeunfälle zwischen der Wohnung und dem Arbeitsplatz, Unfälle mit rein medizinischer Ursache und Berufskrankheiten.

Ein Vergleich der Daten für 1994 und 2000 zeigt einen Rückgang der standardisierten Sterbeziffer durch Krebs, ischämische Herzkrankheiten, Selbstmord und Straßenverkehrsunfälle. Große Unterschiede gibt es zwischen den standardisierten Sterbeziffern von Männern und Frauen. In

den 25 Ländern, die die heutige EU bilden, war die standardisierte Sterbeziffer für Krebs bei Männern (2000: 253 je 100 000 Einwohner) höher als bei Frauen (141). 2000 war die Sterblichkeit durch ischämische Herzkrankheiten bei Männern (152) etwa doppelt so hoch wie bei Frauen (76). Bei den Todesfällen durch Selbstmord und Verkehrsunfälle sind die standardisierten Sterbeziffern für Männer mehr als dreimal so hoch wie für Frauen (19 für Männer und 5 für Frauen bzw. 17 für Männer und 5 für Frauen).



Todesfälle durch Selbstmord im Jahr 2000
Pro 100 000 Personen



Griechenland 0,4 (Männer), 0,1 (Frauen).

„Inzidenz“ ist die Anzahl der Fälle, die in einer Bevölkerung in einem festgelegten Zeitraum neu auftreten. Sie kann als die Zahl neuer Fälle einer Krankheit (oder Störung) pro 100 000 Einwohner in einem bestimmten Jahr ausgedrückt werden. Gegenüber 1992 ist die Inzidenz von Tuberkulose in den meisten europäischen Ländern zurückgegangen, in einigen erheblich. Nur in sechs Ländern

ist die Inzidenz von Tuberkulose angestiegen. Die höchsten Raten der heutigen 25 EU-Länder wiesen die baltischen Länder auf: Lettland 88 je 100 000 Einwohner, Litauen 82 und Estland 59. Diese Werte sind mehr als doppelt so hoch wie 1992. Von den EU-15-Ländern verzeichnete lediglich Portugal 2002 einen hohen Wert (44). Die niedrigsten Werte melden Zypern und Schweden.

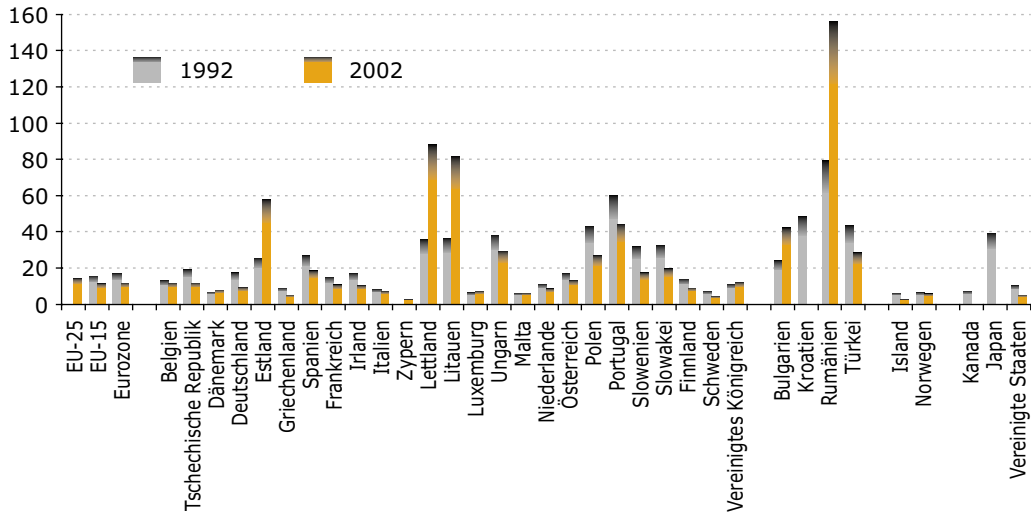


Tuberkulose und Salmonellose sind übertragbare Krankheiten. Übertragbare Krankheiten oder Infektionskrankheiten verursachen innerhalb der Europäischen Union eine signifikante Morbidität oder Mortalität bzw. können diese verursachen. Daher kann der Informationsaustausch die Wirkung einer Frühwarnung angesichts einer

Bedrohung der öffentlichen Gesundheit haben. Sowohl Tuberkulose als auch Salmonellose sind Gegenstand der Entscheidung 2002/253/EG der Kommission vom 19. März 2002 zur Festlegung von Falldefinitionen für die Meldung an das Gemeinschaftsnetz. Daten über Tuberkulose werden über das EuroTB-Netz erfasst.

Fälle von Tuberkulose

Pro 100 000 Personen

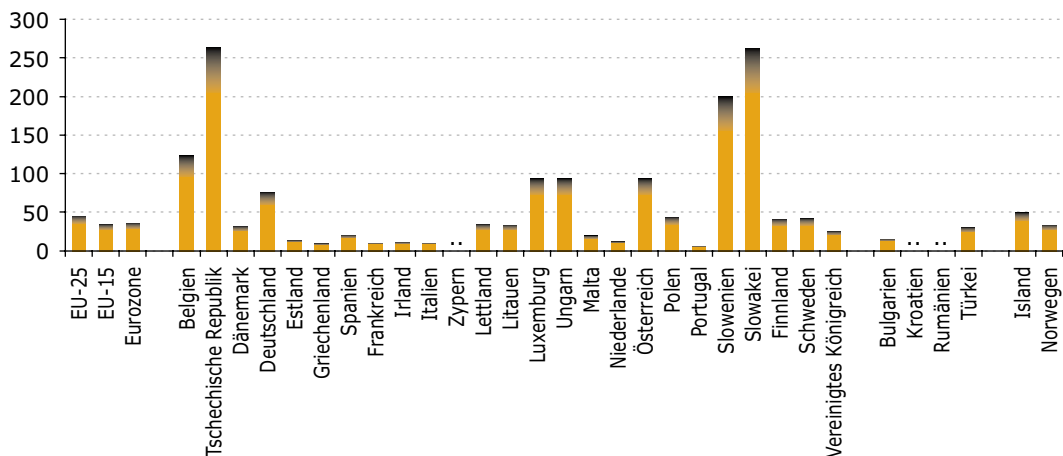


Quelle: EuroTB, das hauptsächlich durch die Europäische Kommission (GD Gesundheit und Verbraucherschutz) finanziert und gemeinsam vom Französischen Institut zur Überwachung der Volksgesundheit (Institut de Veille Sanitaire, InVS) und der Königlichen Niederländischen Tuberkulosevereinigung (KNCV) verwaltet wird.

Krankheiten (wie Tuberkulose), die innerhalb der EU eine signifikante Morbidität oder Mortalität verursachen oder verursachen können und bei denen der Informationsaustausch als Frühwarnung vor einer Bedrohung der öffentlichen Gesundheit dienen kann, werden in den Mitgliedstaaten im Rahmen der Meldepflicht erfasst. Die Daten über Tuberkulose werden vom Netzwerk EuroTB registriert, das von der EU unterstützt wird.

Fälle von Salmonellose im Jahr 2003

Pro 100 000 Personen



Quelle: EU-Netz für die Überwachung übertragbarer Krankheiten.

Krankheiten wie Salmonellose, die innerhalb der EU eine signifikante Morbidität oder Mortalität verursachen oder verursachen können und bei denen der Informationsaustausch als Frühwarnung vor einer Bedrohung der öffentlichen Gesundheit dienen kann, werden in den Mitgliedstaaten im Rahmen der Meldepflicht erfasst.



Bildung

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Bildungsstand der Bevölkerung
- Neuzugänge, Schüler- und Studierendenzahlen und Absolvenczzahlen nach Alter und Geschlecht
- Bildungsstufe und Art der Ausbildung
- Studienfächer
- Ausländische Studierende
- Fremdsprachenunterricht
- Beschäftigte im Bildungswesen
- Klassengrößen
- Ausgaben für Bildung
- Regionale Schüler- und Studierendenzahlen

2

Bildung als entscheidender Faktor

Allgemeine Bildung, berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen spielen eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen und sozialen Gesamtstrategie für die Europäische Union. Die Zielsetzungen von Lissabon können nur durch effiziente Ressourcennutzung, qualitative Verbesserungen der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und die Umsetzung einer kohärenten Strategie für das lebenslange Lernen auf nationaler Ebene erreicht werden.

Der Europäische Rat hat für die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung strategische Zielsetzungen festgelegt, die bis 2010 erreicht werden sollen. Um die Fortschritte auf diesem Weg zu messen, bedarf es einer großen Vielzahl an qualitativ hochwertigen und vergleichbaren statistischen Daten zu Bildungsstand, Teilnahme an Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen, Absolventen, Lehrpersonen, Fremdsprachenunterricht, Mobilität und Investitionen.

Die Daten des Europäischen Statistisches Systems zur allgemeinen und beruflichen Bildung dienen als Grundlage zur Erstellung von Indikatoren, mit denen die Leistungen des Bildungssektors in der Union und der Fortschritt auf dem Weg zu einer



wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft im Rahmen des umfassenderen Konzepts „Lebenslanges Lernen“ gemessen werden können.

Die jüngere Generation ist höher qualifiziert

Ein Vergleich der gegenwärtigen Absolventen des Bildungssystems mit früheren Generationen ermöglicht es, die Entwicklung über einen langen Zeitraum von ca. 30 Jahren hinweg zu verfolgen.

Im Verlauf der letzten 30 Jahre haben sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim höch-

ten erreichten Bildungsgrad in der gesamten Union verringert. In der jüngeren Generation haben die Frauen die Männer hier sogar leicht überholt.

Eine höhere Qualifikation verringert das Risiko der Arbeitslosigkeit ...

Allgemein lässt sich feststellen, dass höhere Bildungsabschlüsse die Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit in allen Mitgliedstaaten verringern, wenn auch in unterschiedlichem Maße.

Politischer Hintergrund

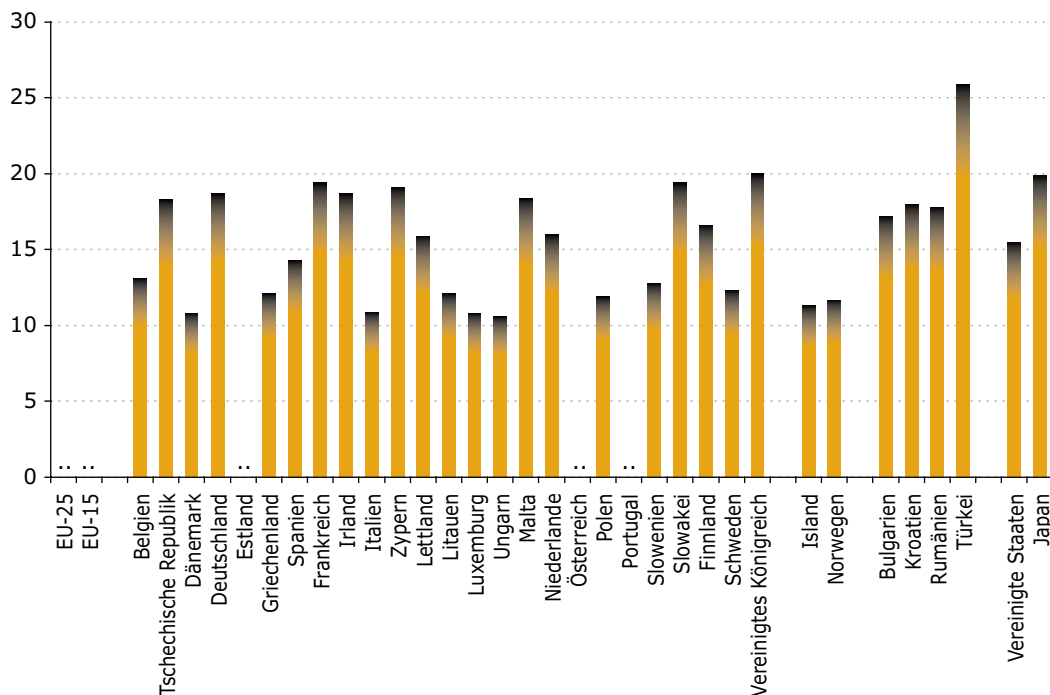
„Die Gemeinschaft trägt zur Entwicklung einer qualitativ hoch stehenden Bildung dadurch bei,

dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und die Tätigkeit der Mitgliedstaaten ... erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt.“ „Die Gemeinschaft führt eine Politik der beruflichen Bildung durch, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten ... unterstützt und ergänzt.“ (EG-Vertrag, Titel XI, Kapitel 3, Artikel 149 Absatz 1 und Artikel 150 Absatz 1).

In ihrer Mitteilung über die Zukunft der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) hebt die Kommission die Bekämpfung von Schulversagen und Schulabbruch und die Anhebung des Bildungsniveaus als vorrangiges Ziel der neuen Strategie hervor. Die Schaffung der Voraussetzungen für den künftigen Zugang zum lebenslangen Lernen stellt für viele derzeitige und künftige Mitgliedstaaten nach wie vor eine bedeutende Herausforderung dar.

Im Alter von 17 bis 19 Jahren wird in den EU-Ländern in der Regel die Sekundarstufe II abge-

Verhältnis Schüler/Lehrer im Primarbereich im Jahr 2003



Belgien: Daten ohne die deutsche Gemeinschaft und ohne unabhängige private Institutionen. Dänemark, Island: ISCED 2 ist in ISCED 1 enthalten. Luxemburg, Norwegen: nur öffentlicher Bereich. Niederlande: ISCED 1 enthält ISCED 0.

Die Schüler-Lehrer-Quote errechnet sich aus der Zahl der Schüler und Schülerinnen in Vollzeitäquivalenten, die durch die Zahl der Lehrkräfte in Vollzeitäquivalenten in der ISCED-Stufe 1 geteilt wird. Es werden ausschließlich unterrichtende Lehrer (einschließlich Sonderpädagogen) berücksichtigt. Die Schüler-Lehrer-Quote ist nicht mit der durchschnittlichen Klassenstärke identisch, denn Letztere berücksichtigt keine besonderen Umstände wie die geringe Größe der Gruppen von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, seltene/spezialisierte Fächer oder Unterschiede zwischen den erteilten Unterrichtsstunden und den vorgesehenen Unterrichtsstunden für die Schüler, wenn eine Lehrkraft beispielsweise Schichtunterricht erteilt.



Schüler und Studenten

Ohne Elementarbereich; in 1 000

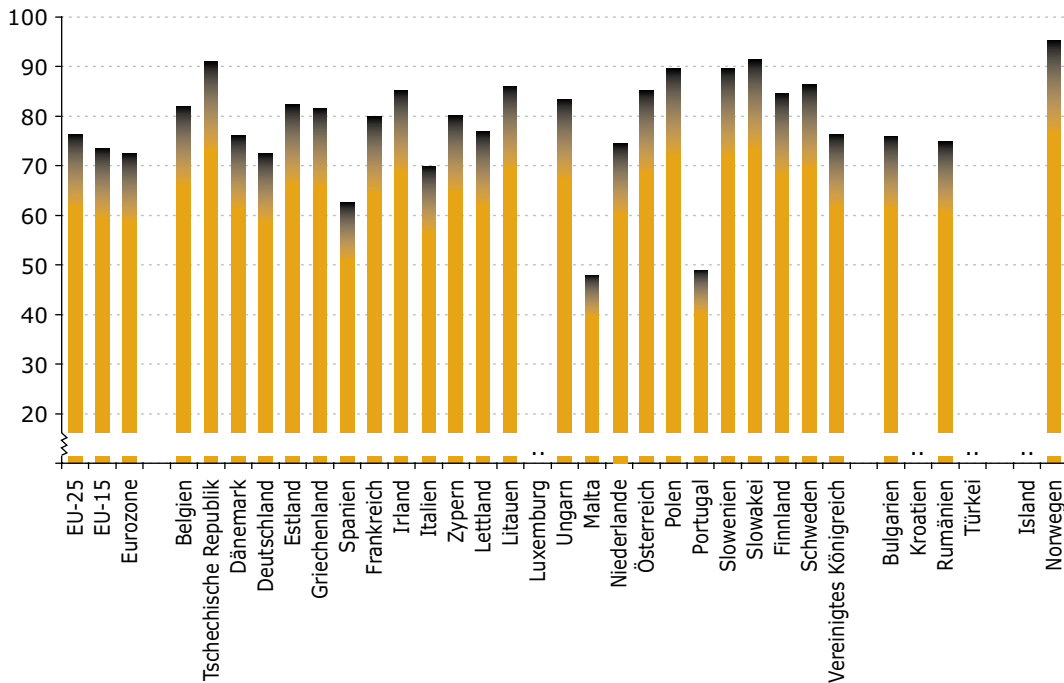
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	90 391,1	90 505	90 746,6	92 052,7	91 677,4
EU-15	70 917,2	72 303,1 (e)	73 000,7	73 359,6	73 379,9	73 295,7	:	74 387,9	74 323,2	74 400,4	75 674	75 357
Eurozone	56 318,5	56 812,2 (e)	5 7104,8	57 018,6	56 882,6	56 758,3	:	56 490,1	56 276,2	56 226,3	56 106,5	56 259,8
Belgien	2 033,1	2 086,8	2 112,6	2 153	2 160	2 168,3	:	2 206,8 (i)	2 234,8 (i)	2 303,5 (i)	2 332,6 (i)	2 373,0 (i)
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	1 913,9	1 875,2	1 906,2	1 931,8	1 935,3	1 927,7
Dänemark	932,8	936,6	942	943	942	954,6	972,7	988,3	1 003	1 029,4	1 046	1 069,4
Deutschland	13 337,7 (i)	13 629,0 (i)	13 842,0 (i)	14 035,2 (i)	14 209,7 (i)	14 440,7 (i)	14 567,6 (i)	14 580,9 (i)	14 549,3 (i)	14 515,1 (i)	14 510,7 (i)	14 525,4 (i)
Estland	:	:	:	:	:	:	289,9	295,5	302,9	305,9	304	298,4
Griechenland	1 859,9	1 891,7	1 889	1 850	1 839,6	1 832,8	1 904,3	1 858,8	1 883,5	1 905,7	1 975,3	1 960,7
Spanien	8 773,1	8 813	8 778,4	8 636,7	8 508,9	8 239,1	8 086,8	7 898,3	7 768,6	7 597,3	7 461,2	7 381,6
Frankreich	11 911,4	11 998	12 144,7	12 148	12 137,2	12 130,8	12 092,3	12 022	11 933,8	11 849,1	11 791,2	11 884,1
Irland	886,2	892,3	897,5	893	885,3	886,5	1000	994,1	990,1	986,8	992,2	1 000,8
Italien	9 552,7	9 467	9 572	9 433,1	9 299,7	9 305,5	9 202,3	9 151,1	9 049,2	9 143,6	9 198,7	9 266,2
Zypern	:	:	:	:	:	136,0 (i)	:	138,1 (i)	138,0 (i)	139,6 (i)	141,5 (i)	145,9 (i)
Lettland	:	:	:	:	:	:	470,6	484,6	498,6	509,7	510,1	505,8
Litauen	:	:	:	:	:	:	713	739,1	766,8	787,3	796,6	806,8
Luxemburg	48,7 (i)	:	52,3 (i)	54,0 (i)	57,0 (i)	60,2 (i)	62,2 (i)	67,6 (i)	68,7 (i)	70,3 (i)	72,0 (i)	72,9 (i)
Ungarn	:	:	:	:	:	:	1 855,1	1 879,4	1 905,6	1 924,2	1 945,5	1 968,2
Malta	:	:	:	:	:	:	:	78,1	77,6	77,9	77,1	78,6
Niederlande	3 533,6	3 539	3 241,1	3 201	3 179,3	3 115,7	3 136	3 122,6	3 171,1	3 217,3	3 208,1	3 238,9
Österreich	1 351,6	1 372	1 387,1	1 401,5	1 412,4	1 416	1 426,1	1 442,9	1 458,8	1 463,6	1 422,1	1 429
Polen	:	:	:	:	:	:	8 866,8	9 002,6	9 073,8	9 152,5	9 153,1	9 077,3
Portugal	2 023,7	2 098,9	2 144,5	2 166	2 134,3	2 085,4	2 076,3	2 019,5	2 015,9	2 002,4	1 963,6	1 934,9
Slowenien	:	:	:	:	:	:	385,5 (i)	391,5 (i)	389,4 (i)	403,3 (i)	407,1 (i)	407,7 (i)
Slowakei	:	:	:	:	:	:	1 122,9	1 119	1 122,8	1 114	1 108,5	1 104
Finnland	1 006,8	1 024,5	1 043,6	1 047,1	1 059,2	1 077,3	1 100,6	1 125,5	1 152,3	1 171,7	1 178,8	1 192,5
Schweden	1 377	1 623	1 655,7	1 697,9	1 753,3	1 814,3	1 961,9	2 075	2 089,5	2 106,9	2 114,8	2 118,8
Vereinigtes Königreich	12 288,7	12 931,3	13 298,4	13 700,1	13 801,7	13 768,5	13 231,5	14 834,5	14 954,5	15 037,9	16 406,7	16 043
Island	62	:	:	67	67,2	68	71,3	71,6	73,5	74,4	76,8	80
Liechtenstein	:	:	:	:	5	5,2	:	:	4,5	:	:	5,9 (i)
Norwegen	850	:	895	858	865,2	884	957,8	980,8	989,3	993,1	1 005,2	1 036,2
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	1 403,9	1 389,5	1 357,1	1 322	1 274,9	1 273,9
Kroatien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	725,2
Rumänien	:	:	:	:	:	:	4 019,8 (i)	4 006,4 (i)	3 962,1 (i)	3 954,2 (i)	3 938,5 (i)	3 914,7
Türkei	:	:	:	:	:	:	:	13 570,9	13 168,8	14 893,2	15 389,1	15 564,9
Vereinigte Staaten	56 564	57 979	58 573	59 225	59 781	60 622	61 816,1	62 795,2	62 323,3	63 652,7	64 440,4	65 738
Japan	:	:	22 842	22 409	22 346	:	21 367,7	20 907,6	20 582,9	20 254,1	19 956,3	19 646,2

Belgien: Daten ohne unabhängige private Institutionen. Deutschland, Slowenien, Rumänien: ISCED 6 fehlt. Luxemburg, Zypern, Liechtenstein: die meisten Studenten im Tertiärbereich studieren im Ausland und sind in den Daten nicht enthalten.

Diese Tabelle enthält die Gesamtzahl der Personen, die Einrichtungen des regulären Bildungssystems im jeweiligen Land besuchen. Sie bezieht sich auf alle Bildungsbereiche vom Primarbereich bis zum Postgraduiertenstudium. Diese Zahl entspricht der Zielbevölkerung der Bildungspolitik.

Bildungsstand der Jugendlichen – insgesamt, 2004

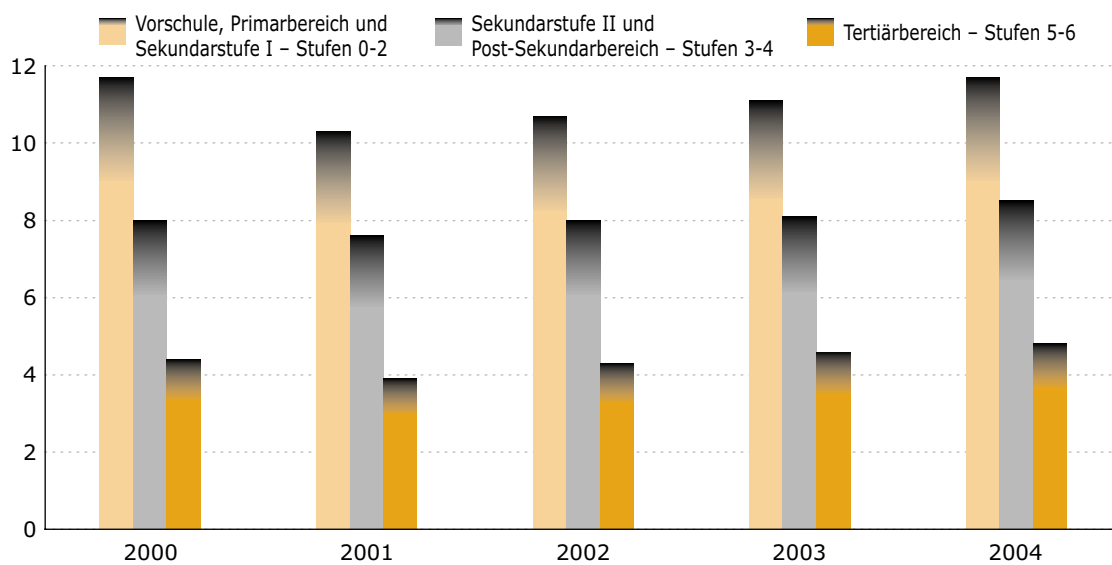
Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss



Der Indikator „Höchster erreichter Bildungsgrad der Jugendlichen“ wird definiert als der Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss, d. h. mit mindestens einem Bildungsabschluss von ISCED 3-4 (Zähler). Der Nenner ist die Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe ohne die Personen, die die Fragen „höchster erreichter Ausbildungsstand“ nicht beantwortet haben. In beiden Fällen stammen die Werte im Zähler und im Nenner aus der Arbeitskräfteerhebung der Gemeinschaft.

Arbeitslosenquoten in der EU-25 nach Bildungsniveau (1)

Bevölkerung im Alter von 25 bis 59 Jahren; in %

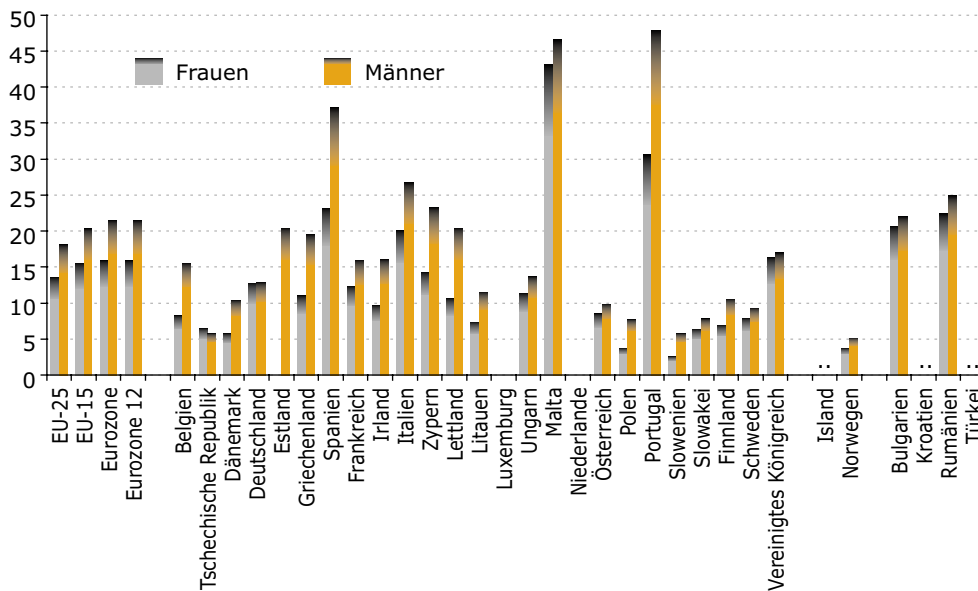


(1) Stufen nach ISCED 1997.

Die Indikatoren beziehen sich auf die Gruppe der 25- bis 59-Jährigen. Sie geben die nach Bildungsstand aufgeschlüsselte Wahrscheinlichkeit dafür an, dass eine arbeitswillige Person arbeitslos ist. Die Indikatoren liefern ein Maß für die Schwierigkeiten, mit denen Personen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert sind, und vermitteln eine Vorstellung davon, wie sich die Bildung auf die Reduzierung des Risikos der Arbeitslosigkeit auswirkt.



Frühe Schulabgänger im Alter von 18 bis 24 Jahren im Jahr 2004
In % der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe



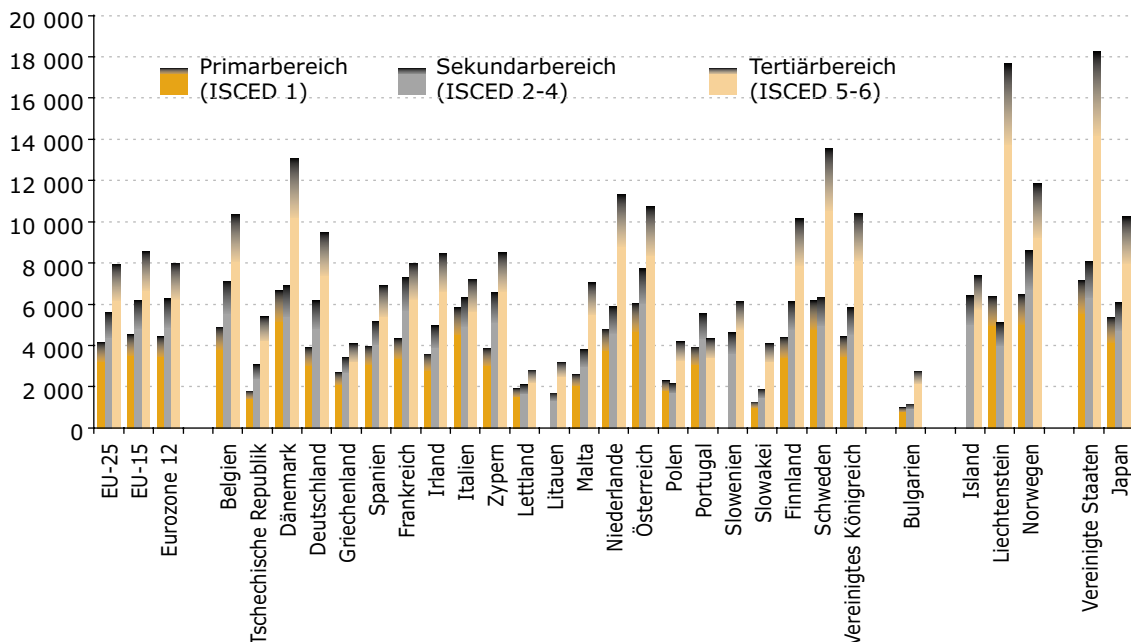
Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Vereinigtes Königreich, Island: vorläufige Werte.

geschlossen. Eurostat erfasst den prozentualen Anteil junger Menschen knapp über diesem Alter, die keine (abgeschlossene) Ausbildung der

Sekundarstufe II haben und gegenwärtig auch nicht an einer Ausbildungsmaßnahme teilnehmen.

Jährliche Ausgaben für öffentliche und private Bildungseinrichtungen pro Schüler/Student im Jahr 2002

Nach Bildungsniveau; in KKS, auf der Grundlage von Vollzeitäquivalenten



Anhand der Ausgaben für öffentliche und private Bildungseinrichtungen pro Schüler/Studierenden lässt sich messen, wie viel der zentralen, regionalen und lokalen Ebenen des Staates, die privaten Haushalte, die Religionsgemeinschaften und die Unternehmen pro Schüler/Studierenden ausgeben. Dies beinhaltet Personalausgaben, den laufenden Sachaufwand und Investitionsausgaben.

Studenten

Tertiärbereich; in 1 000

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	14 891,7	15 206,8	15 737,2	16 328,7	16 887,3
EU-15	10 113,9	10 845,1	11 512,7	11 810,4 (e)	11 933,1	12 265,9	12 163,3 (i)	12 721,2	12 764,4	13 020,5	13 399,7	13 815,8
Eurozone 12	8 371,3	8 929,5	9 444,6	9 581,2 (e)	9 684,6	9 918,8	:	9 919,2	10 003,1	10 204,2	10 372,2	10 685,3
Belgien	285,9	307,1	322,4	353	358,2	360,9	:	351,8 (i)	355,7 (i)	359,3 (i)	367,0 (i)	374,7 (i)
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	196	215	231,2	253,7	260	284,5	287
Dänemark	150,2	164,4	169,6	170	166,5	180,4	183,3	190	189,2	190,8	195,3	201,7
Deutschland	2 033,7 (i)	2 112,6 (i)	2 132,2 (i)	2 155,7 (i)	2 144,2 (i)	2 131,9 (i)	2 097,7 (i)	2 087,0 (i)	2 054,8 (i)	2 083,9 (i)	2 159,7 (i)	2 242,4 (i)
Estland	:	:	:	:	:	39	43,1	48,7	53,6	57,8	60,6	63,6
Griechenland	199,7	299	314	:	329,2	363,2	374,1	387,9	422,3	478,2	529,2	561,5
Spanien	1 301,7	1 370,7	1 469,5	1 527	1 591,9	1 684,4	1 746,2	1 786,8	1 829	1 833,5	1 832,8	1 840,6
Frankreich	1 840,3	1 952	2 083,2	2 073	2 091,7	2 062,5	2 027,4	2 012,2	2 015,3	2 031,7	2 029,2	2 119,1
Irland	101,1	108,4	117,6	122	128,3	134,6	142,8	151,1	160,6	166,6	176,3	181,6
Italien	1 533,2	1 615	1 770,3	1 791,7	1 775,2	1 892,5	1 869,1	1 797,2	1 770	1 812,3	1 854,2	1 913,4
Zypern	:	:	:	:	:	10,0 (i)	:	10,8 (i)	10,4 (i)	11,9 (i)	13,9 (i)	18,3 (i)
Lettland	:	:	:	:	:	62	70,2	82	91,2	102,8	110,5	118,9
Litauen	:	:	:	:	:	84	96,4	107,4	121,9	135,9	148,8	167,6
Luxemburg	1,0 (i)	:	1,8 (i)	:	1,7 (i)	1,8 (i)	1,8 (i)	2,7 (i)	2,4 (i)	2,5 (i)	3,0 (i)	3,1 (i)
Ungarn	:	:	:	:	:	203	254,7	279,4	307,1	330,5	354,4	390,5
Malta	:	:	:	:	:	:	:	5,8	6,3	7,4	7,3	8,9
Niederlande	493,6	507	532,4	503	491,7	469	461,4	469,9	487,6	504	516,8	526,8
Österreich	216,5	221	227,4	234	239	240,6	247,5	252,9	261,2	264,7	223,7	229,8
Polen	:	:	:	:	:	:	1 191,1	1 399,1	1 579,6	1 775	1 906,3	1 983,4
Portugal	190,9	247,5	276,4	301	319,5	350,9	351,8	356,8	373,7	387,7	396,6	400,8
Slowenien	:	:	:	:	:	53,0 (i)	68,1 (i)	79,1 (i)	83,8 (i)	91,5 (i)	99,2 (i)	101,5 (i)
Slowakei	:	:	:	:	:	102	112,8	122,9	135,9	143,9	152,2	158,1
Finnland	173,7	188,2	197,4	205	214	226,5	250	262,9	270,2	279,6	283,8	291,7
Schweden	207,3	222,8	234,5	245,9	261,2	275,2	280,7	335,1	346,9	358	382,9	414,7
Vereinigtes Königreich	1 385,1	1 528,4	1 664	1 813,3	1 820,8	1 891,5	1 938,4	2 081	2 024,1	2 067,3	2 240,7	2 287,8
Island	6	:	:	7	7,5	7,9	8,1	8,5	9,7	10,2	11,6	13,3
Liechtenstein	:	:	:	:	0,1	0,1	:	:	0,5	:	:	0,4
Norwegen	154	:	177	173	180,4	185,3	183	187,5	190,9	189,9	197,1	212,4
Bulgarien	:	:	:	:	:	263	260,5	270,1	261,3	247	228,4	230,5
Kroatien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	121,7
Rumänien	:	:	:	:	:	354,0 (i)	360,6 (i)	407,7 (i)	452,6 (i)	533,2 (i)	582,2 (i)	643,9
Türkei	:	:	:	:	:	:	:	1 464,7	1 015,4	1 607,4	1 677,9	1 918,5
Vereinigte Staaten	14 359	14 486	14 305	14 279	14 262	14 300	13 284	13 769,4	13 202,9	13 595,6	15 928	16 611,7
Japan	:	:	3 841	3 918	3 945	:	3 963,7	3 940,8	3 982,1	3 972,5	3 966,7	3 984,4
Kanada	1 943	2 633	2 662	1 784	1 763	1 717	1 179	1 193	:	:	:	:

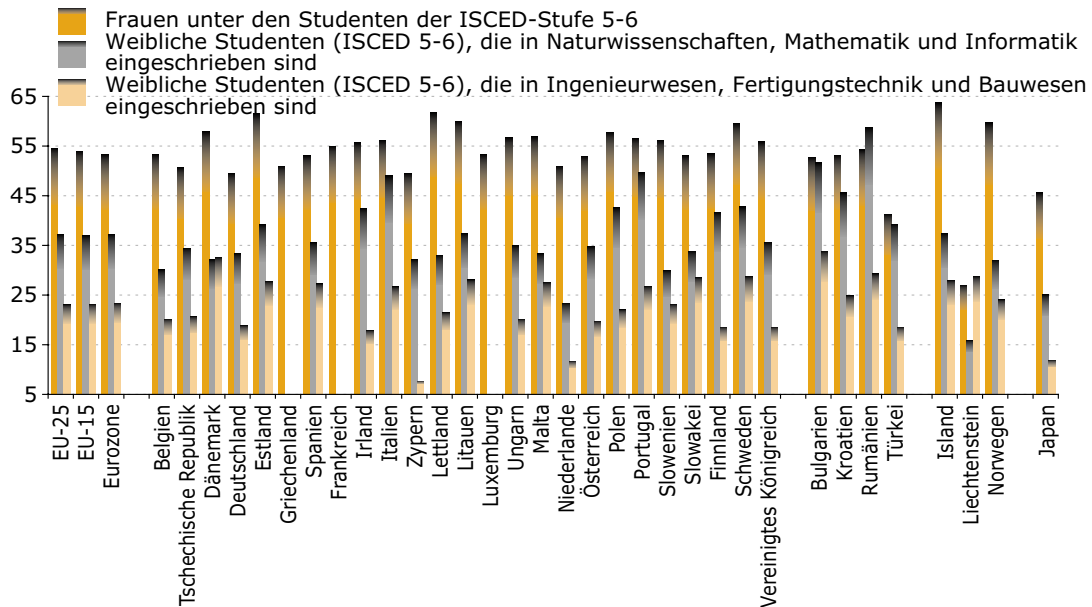
Belgien: Daten ohne unabhängige private Institutionen. Deutschland, Rumänien und Slowenien: Angaben zu ISCED 6 fehlen. Luxemburg, Zypern, Liechtenstein: Die meisten Studenten studieren im Ausland und sind in den Daten nicht enthalten.

Diese Tabelle enthält die Gesamtzahl der Personen, die eine Einrichtung des Tertiärbereichs (Hochschule oder sonstige Einrichtung des Tertiärbereichs) im Rahmen des regulären Bildungssystems des betreffenden Landes besuchen. Sie bezieht sich auf die Zielbevölkerung der Bildungspolitik für den Tertiärbereich und liefert Angaben zur Zahl der Personen, die Zugang zur Tertiärbildung haben und voraussichtlich ihre Ausbildung abschließen, so dass sie zu einer Verbesserung des erreichten Bildungsstands der Bevölkerung im betreffenden Land beitragen, falls sie nach dem Ende der Ausbildung in diesem Land leben und arbeiten.



Anteil der weiblichen Studierenden im Tertiärbereich im Jahr 2003

Naturwissenschaften, Mathematik, Informatik, Ingenieurwissenschaften, Fertigungstechnik und Bauwesen insgesamt; in %



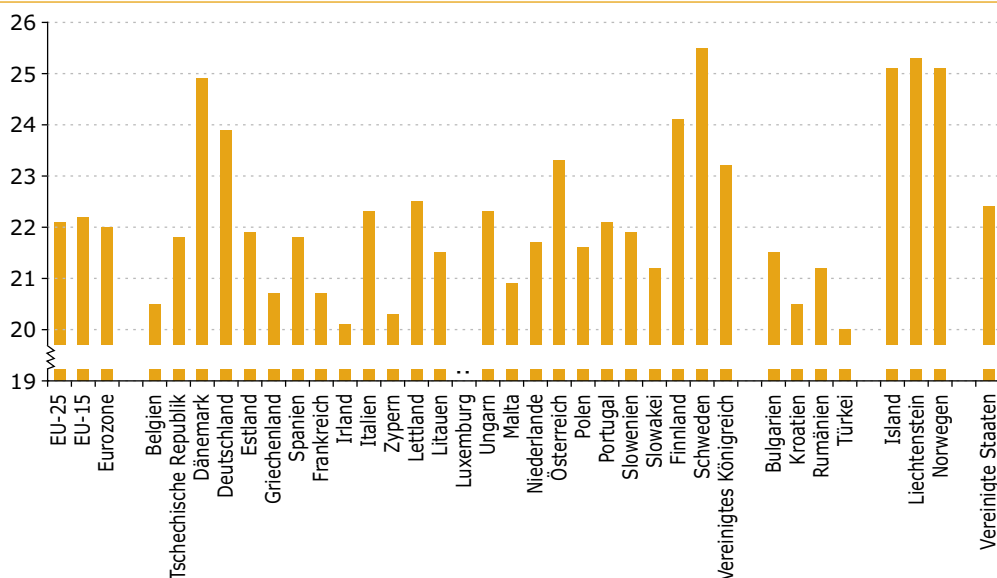
Datenextraktion am 16. August 2005. Belgien: Daten ohne unabhängige private Institutionen. Deutschland, Slowenien: ISCED 6 fehlt. Luxemburg, Zypern: die meisten Studenten im Tertiärbereich studieren im Ausland und sind in den Daten nicht enthalten.

Der Indikator stellt den prozentualen Anteil der Frauen an den Studierenden im Tertiärbereich für alle Bildungsbereiche und an den Studierenden der Fachrichtung „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ sowie der Fachrichtung „Ingenieurwesen, verarbeitende Industrie und Bauindustrie“ dar. Die verwendeten Bildungsstufen und Fachrichtungen beziehen sich auf die 1997er Ausgabe der Internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED 97) und das Eurostat-Handbuch der Ausbildungsfelder (1999).

Fast überall in der Europäischen Union studieren an den Hochschulen mehr Frauen als Männer. Deutschland ist die einzige Ausnahme.

Durchschnittsalter im Tertiärbereich im Jahr 2003

Jahre



Belgien: Daten ohne unabhängige private Institutionen. Deutschland, Slowenien: ISCED 6 fehlt. Luxemburg, Zypern: die meisten Studenten im Tertiärbereich studieren im Ausland und sind in den Daten nicht enthalten.

Das Medianalter einer gegebenen Population ist das Alter, das diese Gruppe in zwei gleich große Hälften teilt. Im vorliegenden Fall bedeutet dies, dass die eine Hälfte der Population, d. h. Personen in der Tertiärausbildung (ISCED 5 und 6), jünger und die andere Hälfte älter als das Medianalter ist.

Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung im Jahr 2002

In % des BIP



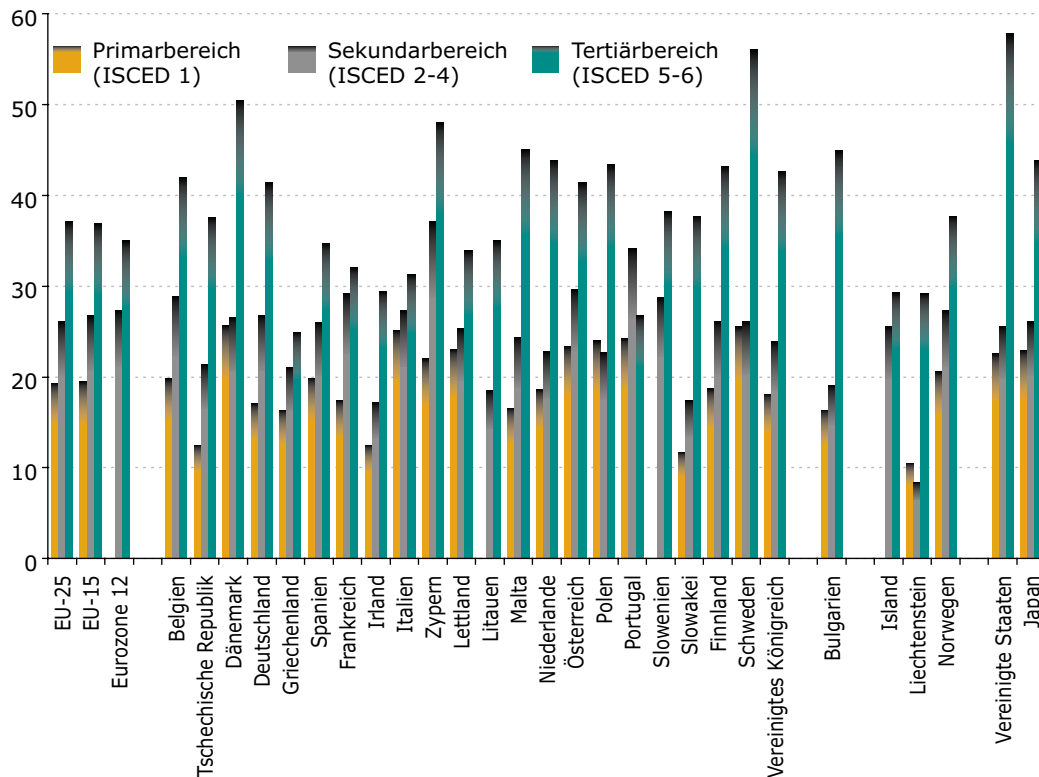
Liechtenstein	2,95	Rumänien	3,53	Türkei	3,56	Bulgarien	3,57	Japan	3,60	Griechenland	3,96	Luxemburg	3,99	Irland	4,32	Kroatien	4,32	Slowakei	4,35	Tschechische Republik	4,41	Spanien	4,44	Malta	4,54	Italien	4,75	Deutschland	4,78	Eurozone	5,07	Niederlande	5,08	EU-15	5,22	EU-25	5,23	Vereinigtes Königreich	5,25	Vereinigte Staaten	5,35	Ungarn	5,51	Polen	5,60	Österreich	5,67	Estland	5,69	Frankreich	5,81	Lettland	5,82	Portugal	5,83	Litauen	5,89	Slowenien	6,02	Belgien	6,26	Finnland	6,39	Zypern	6,83	Island	7,12	Norwegen	7,63	Schweden	7,66	Dänemark	8,51
---------------	------	----------	------	--------	------	-----------	------	-------	------	--------------	------	-----------	------	--------	------	----------	------	----------	------	-----------------------	------	---------	------	-------	------	---------	------	-------------	------	-----------------	------	-------------	------	--------------	------	--------------	------	------------------------	------	--------------------	------	--------	------	-------	------	------------	------	---------	------	------------	------	----------	------	----------	------	---------	------	-----------	------	---------	------	----------	------	--------	------	--------	------	----------	------	----------	------	----------	------

2

Üblicherweise finanziert die öffentliche Hand das Bildungswesen – entweder durch direkte Übernahme der laufenden und investiven Ausgaben der Bildungseinrichtungen (direkte Ausgaben für Bildungseinrichtungen) oder durch Unterstützung von Studierenden und deren Familien mittels Stipendien und staatlichen Darlehen sowie durch den Transfer von staatlichen Beihilfen für die Erbringung von Bildungsleistungen an private Unternehmen oder Organisationen ohne Erwerbscharakter (Transfers an private Haushalte und Unternehmen). Beide Arten von Transaktionen zusammengenommen sind als öffentliche Bildungsausgaben ausgewiesen.

Jährliche Ausgaben für öffentliche und private Bildungseinrichtungen pro Schüler/ Studierenden im Vergleich zum BIP pro Kopf der Bevölkerung im Jahr 2002

Nach Bildungsniveau; basierend auf Vollzeitäquivalenten; in % des BIP



Quelle: Datenerfassung durch Unesco/OECD/Eurostat.

Bei den jährlichen Ausgaben für öffentliche und private Bildungseinrichtungen pro Schüler/Studierenden im Vergleich zum BIP pro Kopf der Bevölkerung werden die in öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen für die Bildung aufgewendeten Mittel (z.B. Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Investitionsausgaben) zur wirtschaftliche Situation eines Landes ins Verhältnis gesetzt. Als Grundlage dienen Vollzeitäquivalente. Durch die Verwendung des BIP pro Kopf der Bevölkerung lassen sich unterschiedlich große Volkswirtschaften, unabhängig von den Preisniveaus (in KKS) der Länder, in Bezug auf die jeweilige Wirtschaftskraft (pro Kopf) miteinander vergleichen.



Betriebliche Weiterbildung

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Berufliche Bildungspolitik und Organisation der beruflichen Weiterbildung
- Weiterbildungskurse und „sonstige“ Formen der Weiterbildung
- Weiterbildende und nicht weiterbildende Unternehmen
- Teilnahme an Weiterbildungskursen
- Arbeitszeitaufwand für die berufliche Weiterbildung
- Kosten und Finanzierung von Weiterbildungskursen
- Sachgebiete und Anbieter von Weiterbildungskursen
- Evaluation der beruflichen Weiterbildung
- Einführung neuer Technologien und Weiterbildungsmaßnahmen

2

Entwicklung des Humankapitals

Indikatoren über Investitionen in Humankapital erlangen eine wachsende Bedeutung, denn sie geben Aufschluss über die persönlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Bemühungen, die Qualifikationen der Belegschaft auf dem neuesten Stand zu halten. Die Weiterentwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten im Rahmen einer kontinuierlichen beruflichen Weiterbildung ist ein wesentlicher Bestandteil des lebenslangen Lernens und reflektiert gleichzeitig die Bedeutung, die die Unternehmen der Qualifikation ihrer Mitarbeiter beimessen.

und soziale Sicherheit sowie wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit als wesentlicher Faktor, und zwar über die gesamte Lebensdauer hinweg. Diese Einsicht ist Ausdruck der langfristigen Strategie des Gipfels von Lissabon zur Verbesserung der Beschäftigungslage und des sozialen Zusammenhalts in einer wissensbasierten Gesellschaft und Volkswirtschaft.

In der Entschließung des Rates vom 24. Juni 2003 zum Sozial- und Humankapital wird die Bedeutung des Lernens und der Bildung am Arbeitsplatz für den Aufbau von Sozial- und Humankapital in

Politischer Hintergrund

„Die Tätigkeit der Gemeinschaft hat folgende Ziele: ... Förderung der Zusammenarbeit in Fragen der beruflichen Bildung zwischen Unterrichtsanstalten und Unternehmen“ (EG Vertrag, Titel XI, Kapitel 3, Artikel 150 Absatz 2).

In Absatz 1.1 ihrer Mitteilung vom November 2001 mit dem Titel „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen“ stellt die Kommission fest: „Der Europäische Rat von Lissabon bekräftigte die Rolle des lebenslangen Lernens als Kernelement des europäischen Gesellschaftsmodells.“ Lernen beschränkt sich nicht mehr nur auf den Bereich der allgemeinen Bildung, sondern gilt auch in den Bereichen Beschäftigung



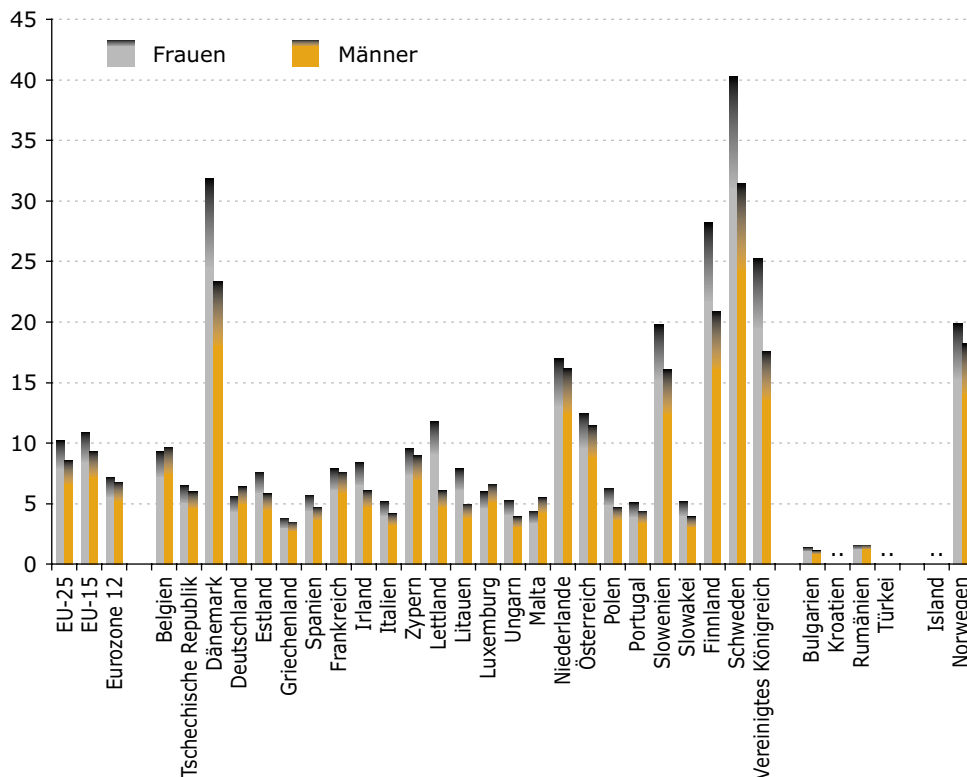
der Wissensgesellschaft betont. Insbesondere wird hervorgehoben, „[...] wie wichtig es ist, dass alle Arbeitnehmer innerhalb ihrer jeweiligen Unternehmen und Organisationen umfassend [...] einbezogen und in geeigneter Weise [...] geschult werden, was zur Förderung des Wandels beitragen kann, und sich somit bewusst sind, dass dies Vorteile in Form verbesserter Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität am Arbeitsplatz bringt.“ Ferner wird auf das Problem hingewiesen, „[...] dass gut ausgebildete und geschulte Menschen einen besseren Zugang zu Bildungsmöglichkeiten haben und diesen tatsächlich auch besser nutzen als weniger gut ausgebildete und geschulte Menschen, die davon am meisten profitieren würden, wie z. B. Frauen und ältere Arbeitnehmer: ...“.

Die neue Europäische Beschäftigungsstrategie vom 22. Juli 2003 wurde überarbeitet, um den Erfordernissen einer erweiterten Europäischen Union besser gerecht zu werden, auf die Heraus-

forderungen an einen modernen Arbeitsmarkt besser zu reagieren und die Strategie von Lissabon besser umzusetzen. In zwei spezifischen Leitlinien trägt die Europäische Beschäftigungsstrategie der Notwendigkeit Rechnung, das Qualifikationsniveau durch lebenslanges Lernen zu steigern. So werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Arbeitskräftemangel und Qualifikationsengpässe entgegenzuwirken. Ferner werden sie aufgefordert, umfassende Strategien des lebenslangen Lernens umzusetzen, um allen Arbeitskräften die heute im Erwerbsleben erforderlichen Qualifikationen zu vermitteln und das Ungleichgewicht zwischen Qualifikationsangebot und Qualifikationsnachfrage auf dem Arbeitsmarkt abzubauen. In den Leitlinien werden Maßnahmen vorgeschlagen, die auf eine Erhöhung der Investitionen in Humanressourcen abzielen, insbesondere durch eine beträchtliche Steigerung der Investitionen von Unternehmen in die Erwachsenenbildung.

Lebenslanges Lernen im Jahr 2004

Prozentualer Anteil der weiblichen/männlichen Erwachsenen (25 bis 64 Jahre), die an der Aus- und Weiterbildung teilnehmen



UE-25, UE-15, Eurozone, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Niederlande, Vereinigtes Königreich: vorläufige Werte.



Lebenslanges Lernen

Prozentualer Anteil der Erwachsenen (25 bis 64 Jahre), die an einer Aus- und Weiterbildung teilnehmen



	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	7,9 (e)	7,9 (e)	8	9,3 (b)	9,4 (p)
EU-15	:	:	:	5,7 (e)	5,7 (e)	:	8,2 (e)	8,5 (e)	8,4 (e)	8,5	10,0 (b)	10,1 (p)
Eurozone	:	:	:	:	:	:	5,7 (e)	5,7 (e)	5,5 (e)	5,5	7,0 (b)	7,0 (p)
Eurozone 12	:	:	:	:	:	:	5,5 (e)	5,6 (e)	5,5 (e)	5,5	7,0 (b)	7,0 (p)
Belgien	2,7	2,7	2,8	2,9	3	4,4	6,9 (b)	6,8	7,3	6,5	8,5	9,5 (b)
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	5,9	5,4 (b)	6,3
Dänemark	15,6	15,1	16,8	18	18,9	19,8	19,8	20,8	17,8	18,4	25,7 (b)	27,6
Deutschland	:	:	:	5,7	5,4	5,3	5,5	5,2	5,2	5,8	6,0 (i)	6,0 (p)
Estland	:	:	:	:	4,3	6,3	6,5	6	5,2	5,2	6,2	6,7
Griechenland	1,1	1	0,9	0,9	0,9	1	1,2	1,1	1,4	1,2	3,7 (b)	3,7 (p)
Spanien	3,5	3,9	4,3	4,4	4,5	4,3	5,1	5,1	4,9	5	5,8	5,2
Frankreich	3	2,9	2,9	2,7	2,9	2,7	2,6	2,8	2,7	2,7	7,4 (b)	7,8
Irland	3,5	3,9	4,3	4,8	5,2	:	:	:	:	7,7	9,7 (b)	7,2 (p)
Italien	3,3 (b)	3,4	3,8	4,1	4,6	4,8	5,5	5,5	5,1	4,6	4,7	4,7 (p)
Zypern	:	:	:	:	:	:	2,6	3,1	3,4	3,7	7,9 (b)	9,3
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	8,2	8,1	9,1
Litauen	:	:	:	:	:	:	3,9	2,8	3,6	3,3 (b)	4,5	6,5 (b)
Luxemburg	2,6	3,3	2,9	2,9	2,8	5,1 (b)	5,3	4,8	5,3	7,7	6,3 (b)	6,3 (p)
Ungarn	:	:	:	:	2,9	3,3	2,9	3,1	3	3,2	6,0 (b)	4,6
Malta	:	:	:	:	:	:	:	4,5	4,6	4,4	4,2	5,0 (b)
Niederlande	14,3	13,6	13,1	12,5	12,6	12,9	13,6	15,6	16,3	16,4	16,5	16,5 (p)
Österreich	:	:	7,7	7,9	7,8	:	9,1	8,3	8,2	7,5	12,5 (b)	12
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	4,8	4,3	5	5,5 (b)
Portugal	3,2	3,5	3,3	3,4	3,5	3,1 (b)	3,4	3,4	3,4	2,9	3,7	4,8 (b)
Slowenien	:	:	:	:	:	:	:	:	7,6	9,1	15,1 (b)	17,9
Slowakei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	9	4,8 (b)	4,6
Finnland	:	:	:	16,3	15,8	16,1	17,6	19,6 (b)	19,3	18,9	25,3 (b)	24,6
Schweden	:	:	:	26,5	25	:	25,8	21,6	17,5 (b)	18,4	34,2 (b)	35,8
Vereinigtes Königreich	10,8	11,5	:	:	:	:	19,2	21,1	21,7	22,3	21,3	21,3 (p)
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	:	1,4	1,3	1,4	1,3
Kroatien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	2,1	:
Rumänien	:	:	:	:	0,9	1	0,8	0,9	1,1	1,1	1,3	1,6 (b)
Türkei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Island	:	:	14,1	15,7	16,5	19,3	20,2	23,5	23,5	24	24,0 (p)	:
Norwegen	:	:	:	16,5	16,4	:	:	13,3	14,2	13,3	19,6 (b)	19,1

Lebenslanges Lernen bezieht sich auf Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, die angegeben haben, sie hätten vier Wochen vor der Erhebung an einer Ausbildung bzw. einem Unterricht teilgenommen (Zähler). Der Nenner besteht aus der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse und schließt diejenigen aus, die auf die Frage „Teilnahme an Ausbildung bzw. Unterricht“ nicht geantwortet haben. Zähler und Nenner stammen beide aus der EU-Arbeitskräfteerhebung. Die Informationen beziehen sich lediglich auf Ausbildung und Unterricht insgesamt, unabhängig von der Relevanz der gegenwärtigen bzw. künftigen Beschäftigung der Befragten.

Alter ist kein Hindernis für einen erfolgreichen Bildungs- oder Ausbildungserwerb. Die nordischen Länder verzeichneten die höchsten Anteile von 25- bis 64-Jährigen, die an einer Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen haben.



Arbeit und Arbeitsmarkt

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Erwerbstätigkeit nach Hauptmerkmalen (Wirtschaftszweig, Beruf, Stellung im Beruf, Alter und Geschlecht)
- Geleistete Arbeitsstunden
- Vollzeit- und Teilzeitarbeit
- Befristete Arbeitsverhältnisse
- Zu sozial unverträglichen Stunden geleistete Arbeit
- Arbeitslosigkeit nach Hauptmerkmalen (Dauer, Merkmale der letzten Tätigkeit, Alter, Geschlecht, Bildungsgrad)
- Erwerbs- und Arbeitslosenquoten
- Arbeitsmarkt und Haushaltszusammensetzung

2

Arbeitsmarktstatistiken, der Mittelpunkt der EU-Politik

Die Beschäftigung ist für die Europäische Union immer von hoher politischer Bedeutung. Arbeitsmarktstatistiken stehen nun im Mittelpunkt der EU-Politik.

In den Vertrag von Amsterdam (1997) wurde ein spezielles Kapitel zur Beschäftigung aufgenommen. Im November 1997 wurden auf der Sondertagung des Europäischen Rates in Luxemburg europäische Leitlinien für die Beschäftigungspolitik angenommen, die darauf abzielten, die Arbeitslosigkeit zu verringern, die Beschäftigungsquoten dauerhaft zu heben und die geschlechtsspezifischen Unterschiede abzubauen.

Auf dem Lissabonner Gipfel (Frühjahr 2000) wurden Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze auf die europäische Tagesordnung gesetzt. Für das Jahr 2010 wurden die folgenden Quoten als Zielvorgaben festgelegt:

- 70 % Gesamterwerbsquote;
- 60 % Frauenerwerbsquote.

Auf dem Gipfel von Stockholm (Frühjahr 2001) wurde zusätzlich eine Erwerbsquote für Menschen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren festgelegt, die bis 2010 bei 50 % liegen soll. Außerdem wurde als Zwischenziel vereinbart, bis 2005 die Gesamterwerbsquote auf 67 % und die Erwerbsquote der Frauen auf 57 % anzuheben.

Die Arbeitskräfteerhebung: ein unverzichtbares Instrument zur Beobachtung des Arbeitsmarkts

In diesem Zusammenhang spielt die Erhebung über Arbeitskräfte in der EU eine ständig wach-

sende Rolle. Sie ist inzwischen ein von allen Seiten anerkanntes, unverzichtbares Instrument, um die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten und die geeigneten politischen Maßnahmen zu ergreifen. Die Arbeitskräfteerhebung stellt in diesen Bereichen die einzige Informationsquelle dar, die Daten liefert, die sich tatsächlich miteinander vergleichen lassen. Die Definitionen und Verfahren sind für alle Mitgliedstaaten harmonisiert. Die Arbeitskräfteerhebung ist die wichtigste Datenquelle für diesen Abschnitt. Die Wachstumsraten für Beschäftigung basieren auf den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG-95-Übermittlungsprogramm).



Vergleichbare Daten über den europäischen Arbeitsmarkt

Ein Ziel der Arbeitskräfteerhebung ist die Erfassung der erwerbsfähigen Bevölkerung der Europäischen Union (Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren), die sich aus Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen zusammensetzt. Die Arbeitskräfteerhebung liefert umfassende Informationen über diese drei Personengruppen. Zur Beschreibung der Beschäftigungssituation der

Erwerbstätigen werden Daten über eine Reihe von Merkmalen erhoben, z. B. über Bildung, Wirtschaftszweig und Beruf sowie über Teilzeitarbeit, befristete/unbefristete Arbeitsverhältnisse und Stellensuche. Im Jahr 2005 vollzieht sich für alle Mitgliedstaaten die Umstellung von der einmal jährlich im Frühling durchgeführten auf eine vierteljährlich durchgeführte, fortlaufende AKE. Die Daten im Eurostat-Jahrbuch beziehen sich daher entweder auf Jahresdurchschnittswerte (mit Schätzungen für die fehlenden Vierteljahre) oder auf die Situation im Frühjahr (ein Bezugsquartal).

Beschäftigungswachstum

Jährliche prozentuale Veränderung der beschäftigten Bevölkerung



	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	:	:	1,0 (e)	1,7 (e)	1,2 (e)	1,4 (e)	1,1	0,3	0,2
EU-15	:	-1,6	-0,1	0,8	0,3	0,9	1,8	1,7	2	1,3	0,5	0,3
Eurozone	-0,9	-1,7	-0,4	0,6	0,2	0,9	1,8	1,8	2,2	1,4	0,5	0,1
Belgien	-0,1	-0,6	-0,4	0,7	0,3	0,9	1,8	1,4	1,9	1,5	-0,3	0
Tschechische Republik	:	:	:	0,7	0,2	-0,7	-1,4	-2,1	-0,7	-0,1	0,8	-0,6
Dänemark	-0,8	-1,5	1,4	1,7	0,4	0,8	1,6	2,1	0,3	0,3	-0,4	-0,9
Deutschland	-1,5	-1,3	-0,2	0,2	-0,3	-0,2	1,1	1,2	1,8	0,4	-0,6	-1
Estland	-6	-7,9	-3,4	-6,1	-2,3	0	-1,9	-4,4	-1,5	0,8	1,3	1,5
Griechenland	1,4 (e)	0,8 (e)	1,9 (e)	0,9	-0,5	-2,2	7,5	0,1	0,3	-0,3	0,1	1,4
Spanien	-1,4	-2,8	-0,5	1,9	1,3	2,9	3,9	3,5	3,5	2,4	1,5	1,8
Frankreich	-0,6	-1,3	0,1	0,9	0,4	0,4	1,5	2	2,7	1,7	0,7	-0,1
Irland	0,3 (e)	1,4 (e)	3,2 (e)	4,4	3,6	5,6	8,6	6,3	4,6	3	1,8	2
Italien	-0,5	-2,5	-1,5	-0,1	0,6	0,4	1	1,1	1,9	2	1,8	1,2
Zypern	:	:	:	:	:	-0,3	1	1,3	2,8	1,9 (f)	1,4 (f)	0,9 (f)
Lettland	-7,4	-6,9	-10	-10	-1,9	4,4	-0,3	-1,8	-2,9	2,2	2,3	1
Litauen	-2,3	-4,1	-5,8	-1,9	0,9	0,6	-0,8	-0,5	-3,7	-4,1	-7,4	2,4
Luxemburg	2,8	1,8	2,7	2,7	2,6	3,2	4,5	5	5,7	5,7	3	1,8
Ungarn	:	:	:	:	-0,5	0,1	1,8	3,2	1	1	0,1	1,3
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	2,1	-0,7	-1,0 (f)
Niederlande	1,6	0	0,7	1,5	2,3	3,2	2,6	2,6	2,2	2,1	0,4	-0,4
Österreich	0,2	-0,6	-0,1	0	-0,6	0,5	1	1,4	0,8	0,6	-0,2	-0,1
Polen	:	:	:	:	1,9	2,8	2,3	-2,7	-2,3	-0,6	-2,2	-1,2
Portugal	:	:	:	:	:	:	:	1,8 (f)	2,3 (f)	1,5 (f)	0,3 (f)	-0,4 (f)
Slowenien	:	:	:	:	-1,6	-0,7	0,1	1	3,2	0,4	-0,4	-0,3
Slowakei	:	:	:	0,2	2,3	-1,2	-0,4	-2,7	-1,8	0,6	-1,1	2,3
Finnland	-7,1	-6	-1,4	1,8	1,4	3,3	2	2,5	2,3	1,5	0,9	-0,1
Schweden	-4,4	-5,2	-0,9	1,5	-0,8	-1,3	1,6	2,1	2,4	1,9	0,1	-0,2
Vereinigtes Königreich	:	-0,8	0,8	1,2	0,9	1,8	1	1,4	1,2	0,8	0,8	0,9
Bulgarien	:	:	:	:	:	-3,9	-0,1	-2,1	-3,5	-0,4	0,8 (f)	3,5 (f)
Kroatien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Rumänien	-3	-3,8	-0,5	-5,2	-1,2	-3,8	-2,3	-4,5	2,5	-0,8	-2,7	-0,1 (f)
Türkei	:	:	:	3,7	2,1	-2,5	2,8	2,1 (f)	-0,4 (f)	-1,0 (f)	-0,8 (f)	-1,0 (f)
Island	-1,4	-0,8	0,5	0,9	2,3	1,8 (f)	3,1 (f)	2,7 (f)	2,2 (f)	1,6 (f)	-1,1 (f)	1,5 (f)
Norwegen	-0,3	0,3	1,5	2,2	2	2,9	2,5	0,8	0,4	0,2	0,4	-0,6
Japan	1,1	0,4	0,1	0,1	0,4	1	-0,7	-0,8	-0,1	-0,6	-1,4	-0,2 (f)
Vereinigte Staaten	0,1	1,8	2,3	1,9	1,7	2,2	2,4	2,2	2,2	-0,1	-0,8	0

Das Beschäftigungswachstum ist die jährliche prozentuale Veränderung der beschäftigten Bevölkerung. Die Zahlen der beschäftigten Bevölkerung stammen aus dem Europäischen System der Gesamtrechnungen 1995 und umfassen alle Personen, die einer produktiven Beschäftigung nachgegangen sind. Beschäftigung wird nach dem Inlandskonzept definiert, d. h. für gebietsansässige Produktionseinheiten.

Die umfangreichen Informationen aus der Arbeitskräfteerhebung sind Gegenstand zahlreicher Ausgaben der Reihe *Statistik kurz gefasst*. Die vollständige Liste der insgesamt über 100 Varia-

blen zur Arbeitskräfteerhebung findet sich in der Publikation *Labour force survey – Methods and Definitions*, Ausgabe 2001.

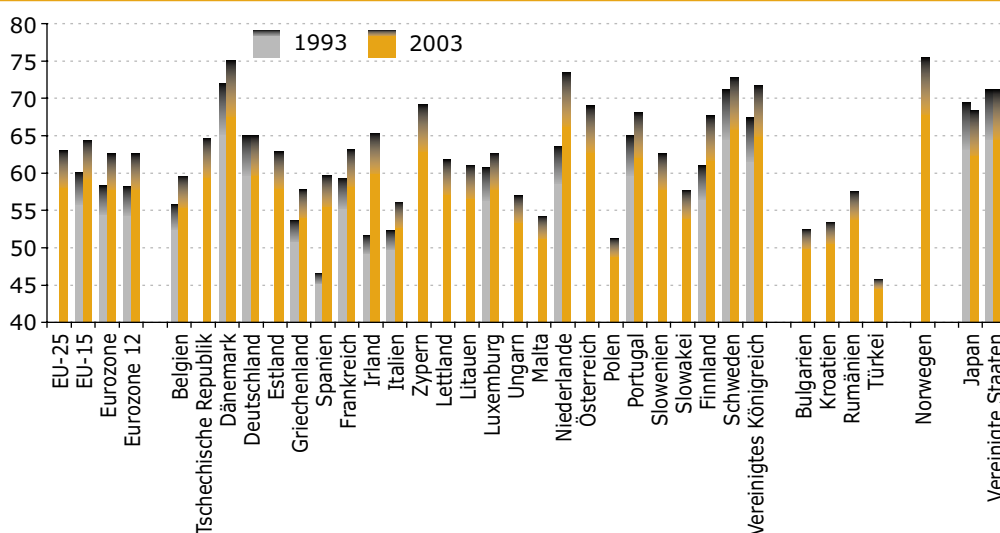


2003 waren 63,0 % der Bevölkerung in der Europäischen Union im Alter von 15 bis 64 Jahre erwerbstätig. In acht Ländern der EU betrug die Erwerbsquote mehr als 67 % ⁽¹⁾: Dänemark, Zypern, Niederlande, Österreich, Portugal, Finn-

land, Schweden und das Vereinigte Königreich. In Italien, Malta und Polen betrug diese Quote weniger als 57 %. Die Beschäftigungsquote der Frauen (55,1 %) war niedriger als die der Männer (70,9 %).

Beschäftigungsquote insgesamt

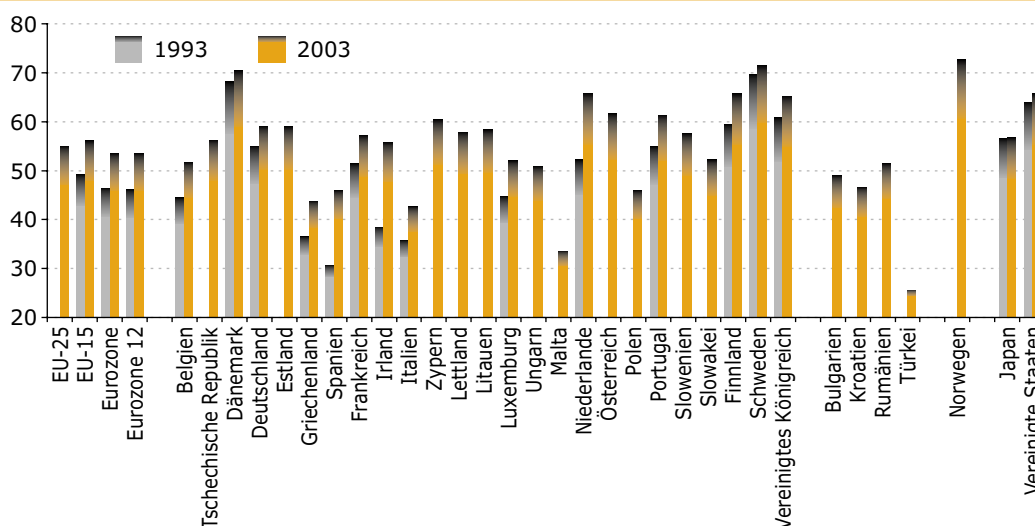
In %



Die Erwerbsquote ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren durch die Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Der Indikator bezieht sich auf die EG-Arbeitskräfteerhebung. Sie deckt die in privaten Haushalten lebende Bevölkerung ab, schließt jedoch kollektive Haushalte wie Pensionen, Studentenwohnheime und Krankenhäuser aus. Die Erwerbsbevölkerung besteht aus Personen, die während der Referenzwoche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens eine Stunde ausgeübt haben oder die nicht gearbeitet haben, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend waren.

Beschäftigungsquote für Frauen

In %

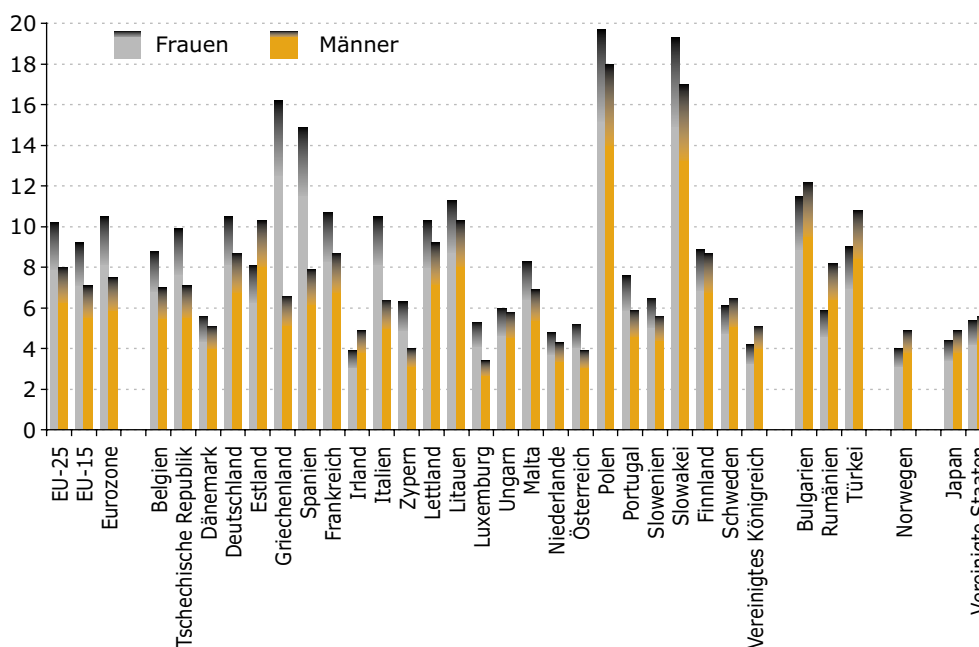


Die weibliche Erwerbsquote ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen Frauen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren durch die weibliche Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Der Indikator bezieht sich auf die EG-Arbeitskräfteerhebung. Sie deckt die in privaten Haushalten lebende Bevölkerung ab, schließt jedoch kollektive Haushalte wie Pensionen, Studentenwohnheime und Krankenhäuser aus. Die Erwerbsbevölkerung besteht aus Personen, die während der Referenzwoche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens eine Stunde ausgeübt haben oder die nicht gearbeitet haben, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend waren.

⁽¹⁾ Vom Europäischen Rat in Stockholm für 2005 festgelegtes Zwischenziel für die Erwerbsquote von Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren.

Arbeitslosenquote der Männer und Frauen im Jahr 2004

Prozentualer Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung



Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbsbevölkerung ist die Summe der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen. Zu den Arbeitslosen zählen alle Personen von 15 bis 74 Jahren, a) die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren; b) die gegenwärtig für eine Beschäftigung verfügbar waren, d. h. Personen, die innerhalb der zwei auf die Berichtswoche folgenden Wochen für eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit verfügbar waren; c) die aktiv auf Arbeitssuche waren, d. h. Personen, die innerhalb der letzten vier Wochen (einschließlich der Berichtswoche) spezifische Schritte unternommen haben, um eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit zu finden oder die einen Arbeitsplatz gefunden haben, die Beschäftigung aber erst später, d. h. innerhalb eines Zeitraums von höchstens drei Monaten aufnehmen.

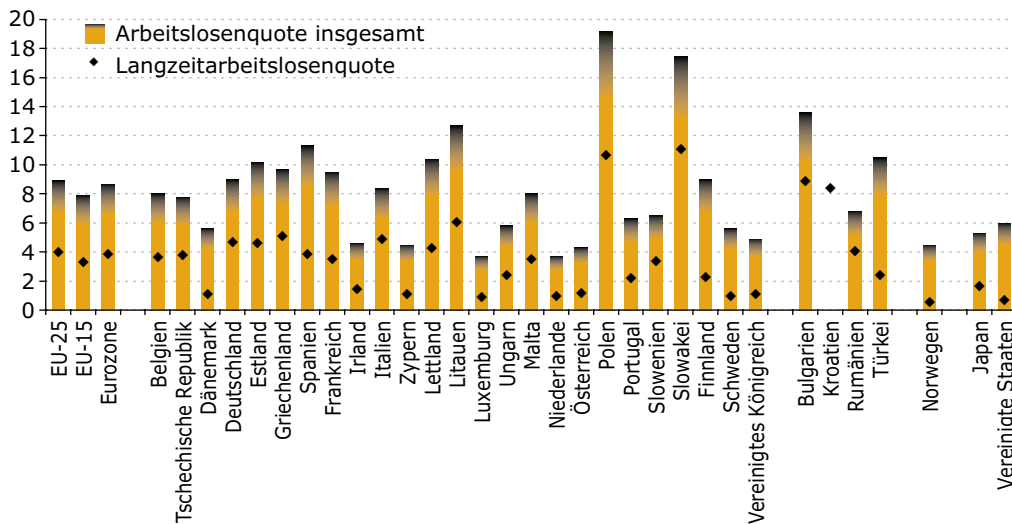
2003 hatten 17,0 % der Erwerbstätigen in EU-25 eine Teilzeitbeschäftigung. In Ländern mit einer Erwerbsquote von 67 % und darüber lag der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in der Regel höher (18,6 bis 45 % aller Erwerbstätigen), nicht jedoch in Zypern (8,9 %), Portugal und Finnland (beide rund 12 %). Weniger häufig war Teilzeitarbeit in Griechenland, Ungarn und der Slowakei (weniger als 4,5 % bei einer Gesamterwerbsquote zwischen 57 und 58 %).





Gesamt- und Langzeitarbeitslosigkeit im Jahr 2003

Prozentualer Anteil der (Langzeit-)Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung insgesamt



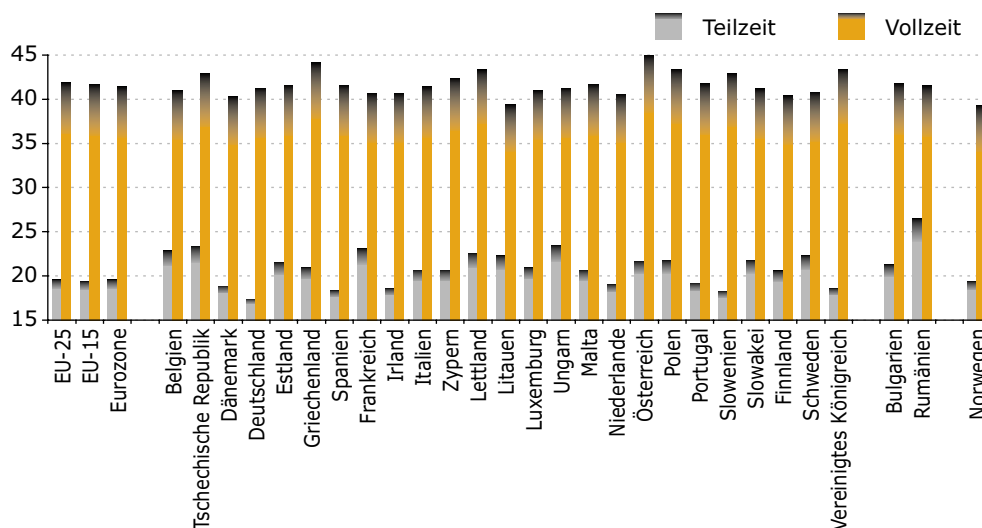
Langzeitarbeitslose Personen (zwölf Monate und mehr) sind mindestens 15 Jahre alt und leben nicht in kollektiven Haushalten; sie sind in den nächsten zwei Wochen weiter arbeitslos, sind imstande, eine neue Arbeit in den nächsten zwei Wochen anzutreten und suchen Arbeit (haben in den vorigen vier Wochen intensiv Arbeit gesucht oder suchen nicht mehr, weil sie bereits eine Arbeitsstelle, die sie später antreten werden, gefunden haben). Die gesamte Erwerbsbevölkerung ergibt sich aus der Gesamtzahl der beschäftigten und unbeschäftigten Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeitsdauer ist definiert als der Zeitraum, in welchem Arbeit gesucht wird, oder als abgelaufene Periode seit der letzten Tätigkeit (wenn diese Periode kürzer ist als der Zeitraum, in welchem Arbeit gesucht wird).

Die Arbeitslosigkeit ist in der Europäischen Union nach wie vor ein Problem: Im Jahr 2004 lag die Arbeitslosenquote in den 25 Ländern, die heute die Europäische Union bilden, bei 9 %, 4 % der

Erwerbsbevölkerung waren „Langzeitarbeitslose“, d. h. länger als ein Jahr ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote bei den Frauen (2004: 10,2 %) ist höher als bei den Männern (2004: 8 %).

Arbeitsstunden pro Woche im Jahr 2004

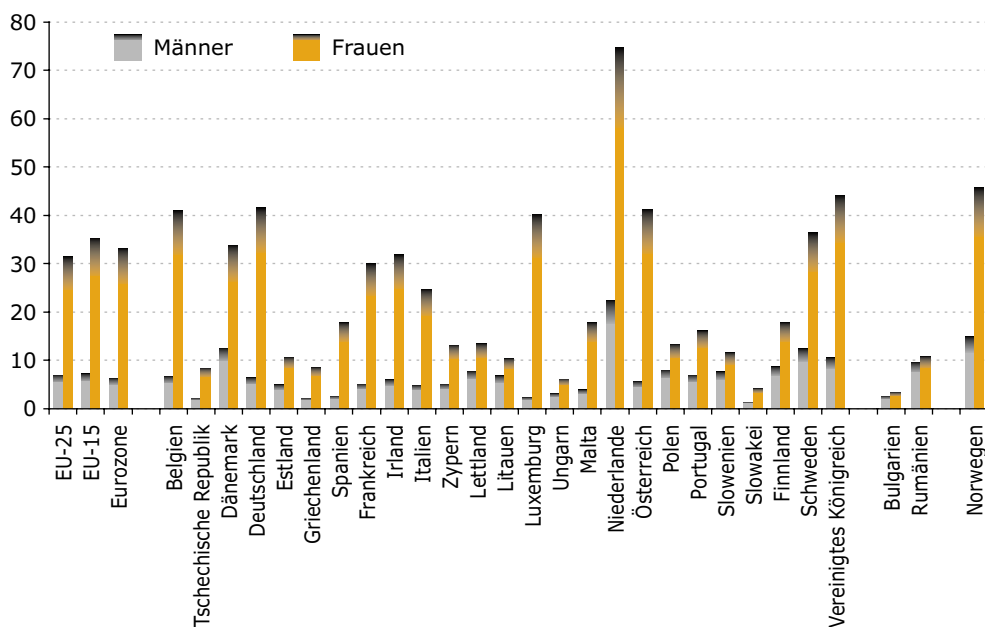
Frühjahr



Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden ist die Zahl der normalerweise geleisteten Arbeitsstunden. Dazu zählen alle Arbeitsstunden einschließlich der normalerweise geleisteten (bezahlten oder unbezahlten) Überstunden. Nicht eingeschlossen sind die Fahrtzeiten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz sowie die Haupt-Essenspausen (normalerweise zur Mittagszeit). Die Unterscheidung zwischen Vollzeit- und Teilzeittätigkeit wird anhand der spontanen Antworten der Befragten getroffen.

Teilzeitbeschäftigte Personen, 2004

Anteil an der Gesamtbeschäftigung in %; Frühjahr



Erwerbstätige sind Personen, die während der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Bezahlung oder zur Erzielung eines Gewinns gearbeitet oder eine vorhandene Erwerbstätigkeit vorübergehend nicht ausgeübt haben. Dazu zählen auch mithelfende Familienangehörige. Die Unterscheidung zwischen Vollzeit- und Teilzeittätigkeit wird anhand der spontanen Antworten der Befragten getroffen. Eine genauere Unterscheidung zwischen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung ist nicht möglich, weil die Arbeitszeiten je nach Mitgliedstaat und Wirtschaftszweig unterschiedlich sind.



Daten zur Arbeitsmarktpolitik

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Arbeitsmarktpolitik – Gesamtausgaben
- Arbeitsmarktpolitik – Ausgaben nach Kategorie
- Arbeitsmarktpolitik – Ausgaben nach Empfänger der Transfers
- Arbeitsmarktausgaben nach Kategorie und Land
- Gesamtzahl der Teilnehmer (Bestände) an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Kategorie
- Gesamtzahl der Teilnehmer (Zugänge) an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Kategorie
- Angaben zu Teilnehmern an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Kategorie und Land

2

In der Datenbank Arbeitsmarktpolitik erfasste Maßnahmen

Die Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik (AMP) werden wie folgt untergliedert:

Ausbildung

Hierunter fallen Programme mit dem Ziel, die Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen und anderen Zielgruppen durch Ausbildungsmaß-

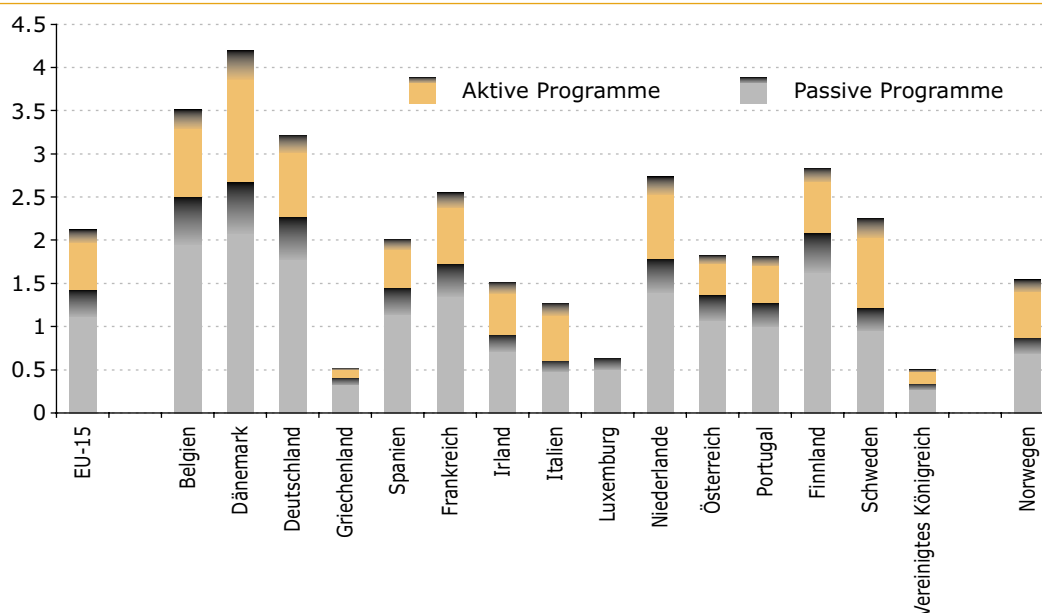
nahmen zu verbessern, die von öffentlichen Stellen finanziert werden. Für diese Maßnahmen sollte nachgewiesen werden, dass Unterricht in der Klasse stattgefunden hat oder, falls sie am Arbeitsplatz durchgeführt werden, eine Aufsicht eigens zum Zwecke der Unterweisung vorhanden ist.

Arbeitsplatztausch und Arbeitsplatzteilung

Programme, welche die Eingliederung eines Arbeitslosen oder des Mitglieds einer anderen

Öffentliche Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in der EU-15 im Jahr 2003

In % des BIP

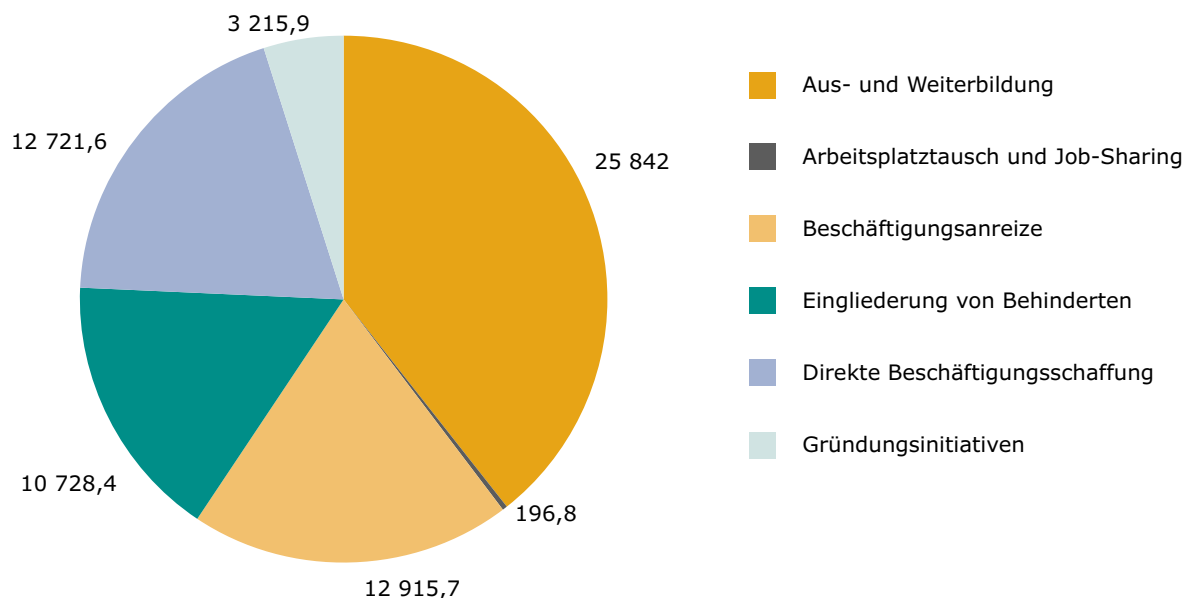


Datenextraktion am 16. August 2005.

Staatliche Ausgaben für Arbeitsmarktmaßnahmen richten sich gezielt an Arbeitslose, von der Arbeitslosigkeit bedrohte Personen und Nichterwerbspersonen, die in den Arbeitsmarkt eintreten möchten. Die Gesamtausgaben umfassen zwei Gruppen von Maßnahmen: Kategorien 2-7 – Ausgaben für aktive Arbeitsmarktprogramme mit Bezug zu Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatztausch und Job-Sharing, Beschäftigungsanreize, Eingliederung von Behinderten, direkte Beschäftigungsbeschaffung und Gründungsinitiativen und Kategorien 8-9 – Ausgaben für passive Arbeitsmarktprogramme wie Einkommensunterstützung für Arbeitslose (vorwiegend Arbeitslosenleistungen) und Vorruhestand.

Öffentliche Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in der EU-15 im Jahr 2003

In Mio. EUR



Datenextraktion am 16. August 2005.

Die arbeitsmarktpolitischen Gesamtausgaben für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen umfassen die staatlichen Ausgaben für Programme für Arbeitslose, von der Arbeitslosigkeit bedrohte Personen und Nichterwerbspersonen. Eingeschlossen sind sechs Maßnahmenkategorien: Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatztausch und Job-Sharing, Beschäftigungsanreize, Eingliederung von Behinderten, direkte Beschäftigungsschaffung und Gründungsinitiativen.

Zielgruppe in eine Arbeitsstelle dadurch erleichtern, dass von einem vorhandenen Arbeitnehmer geleistete Arbeitsstunden ersetzt werden.

Beschäftigungsanreize

Programme, die die Einstellung Arbeitsloser oder Mitglieder anderer Zielgruppen erleichtern oder die Weiterbeschäftigung von Personen zu sichern helfen, denen der Verlust des Arbeitsplatzes droht. Den Großteil der Arbeitskosten trägt üblicherweise der Arbeitgeber.

Integration Behinderter

Programme, die die Integration von Behinderten in den Arbeitsmarkt fördern sollen.

Arbeitsplatzbeschaffung

Programme, mit denen zusätzliche Arbeitsplätze – gewöhnlich im Interesse des Gemeinwohls – geschaffen werden, um Langzeitarbeitslosen oder anderen Schwervermittelbaren eine Beschäftigung zu verschaffen. Der Großteil der Arbeits-

kosten wird in der Regel aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Gründungsanreize

Programme zur Förderung des Unternehmertums, die Arbeitslose und Angehörige von Zielgruppen darin bestärken, ein eigenes Unternehmen zu gründen oder sich selbständig zu machen.

Lohnersatzleistungen

Programme, durch die Einzelpersonen durch Barleistungen einen Ausgleich für den Verlust von Lohn oder Gehalt erhalten sollen.

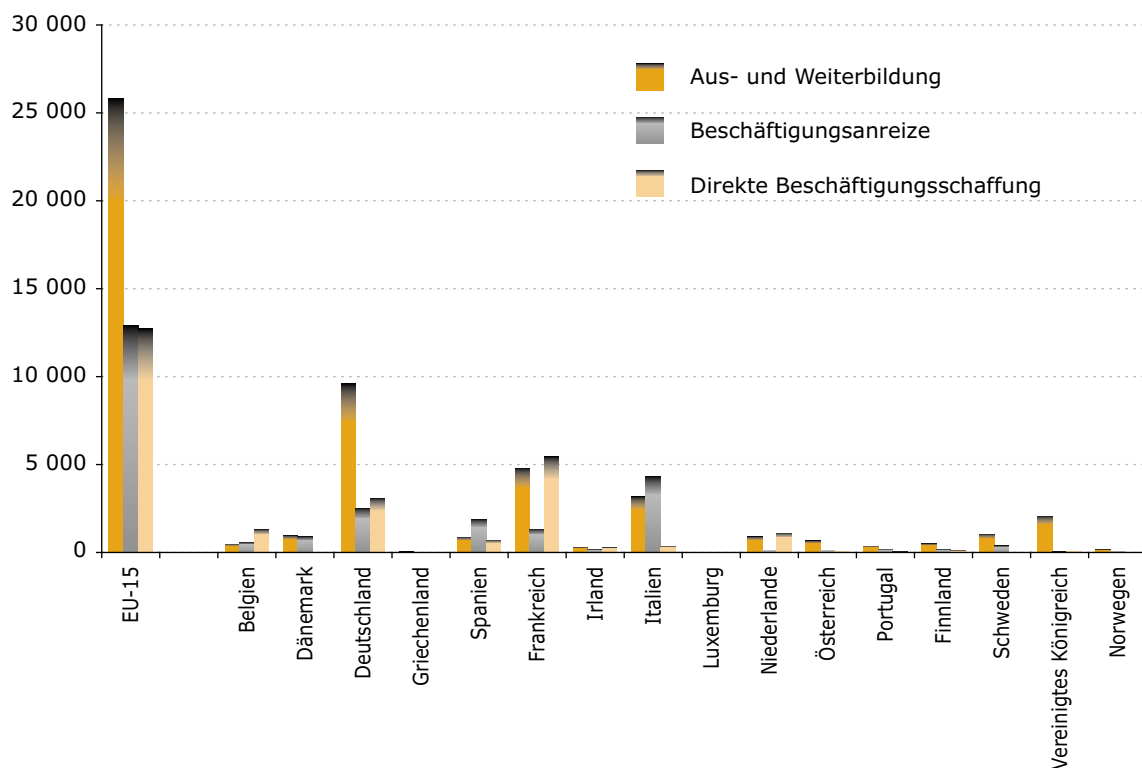
Vorruhestand

Programme, die es älteren Arbeitnehmern erleichtern sollen, vollständig oder teilweise in den Ruhestand zu treten, wenn davon auszugehen ist, dass sie nur geringe Aussichten auf einen Arbeitsplatz haben oder ihr Eintritt in den Ruhestand die Vermittlung eines Arbeitslosen oder eines Angehörigen einer anderen Zielgruppe erleichtert.



Öffentliche Ausgaben für wichtige aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen 2003

In Mio. EUR



Datenextraktion am 16. August 2005.

Die arbeitsmarktpolitischen Gesamtausgaben für die wichtigsten aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen umfassen die staatlichen Ausgaben für Programme für Arbeitslose, von der Arbeitslosigkeit bedrohte Personen und Nichterwerbspersonen. Eingeschlossen sind sechs Maßnahmenkategorien: Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatztausch und Job-Sharing, Beschäftigungsanreize, Eingliederung von Behinderten, direkte Beschäftigungsschaffung und Gründungsinitiativen.

Arbeitsmarktpolitik

Arbeitsmarktpolitik hat definitionsgemäß (siehe Glossar) einen begrenzten Wirkungskreis und umfasst nur diejenigen Maßnahmen der Politik, die sich an Arbeitslose und andere Gruppen von Personen richten, denen es besonders schwer fällt, in den Arbeitsmarkt einzutreten oder dort ihre Stellung zu behaupten. Die wichtigste Zielgruppe sind die bei den öffentlichen Arbeitsverwaltungen registrierten Arbeitslosen. Öffentliche Ausgaben für AMP sollten jedoch nicht einzig und allein als Ausdruck des politischen Willens zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit interpretiert werden. Vielmehr ist die unterschiedliche Höhe der Ausgaben auch durch Faktoren wie die

demografische Situation und das Pro-Kopf-BIP der einzelnen Länder bedingt. Ausgaben für gezielte Programme für Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatztausch/Jobsharing, Beschäftigungsanreize, Eingliederung von Behinderten, direkte Beschäftigungsschaffung und Gründungsinitiativen gelten gewöhnlich als aktive Ausgaben, Ausgaben für die Einkommensunterstützung für Arbeitslose und den Vorruhestand als passive Ausgaben. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass die Wahrung des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung in den vergangenen Jahren verstärkt an individuelle Aktivitäten der Arbeitsuche gebunden wurde und auch aktive Maßnahmen der öffentlichen Arbeitsverwaltungen beinhalten kann.



Konsumausgaben der privaten Haushalte

Eurostat-Daten

Eurostat liefert ein breites Spektrum an Daten zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte, die nach Verwendungszweck untergliedert sind:

- Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke
- Alkoholische Getränke, Tabakwaren und Drogen
- Bekleidung und Schuhe
- Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe
- Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses
- Gesundheitspflege
- Verkehr
- Nachrichtenübermittlung
- Freizeit und Kultur
- Bildung
- Restaurants und Hotels
- Sonstiges (Körperpflege, Sozialschutz, Versicherungen usw.)

2

Mehr Transparenz bei der Untersuchung des privaten Verbrauchs

Allen, die mehr über den privaten Verbrauch in der Europäischen Union erfahren wollen, helfen die Daten bei der Beantwortung folgender wichtigen Fragen: Wie viel geben die Haushalte für diese Artikel aus? Unterscheiden sich die Verbrauchsstrukturen je nach Mitgliedstaat?

Das Jahrbuch von Eurostat gibt Antwort auch auf diese Fragen. Hier finden sich Daten über die Konsumausgaben der privaten Haushalte für die so genannten „Verwendungszwecke“ des Verbrauchs. Die Daten im Jahrbuch sind nach der „Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums“ (COICOP) untergliedert.



Zuverlässige Quelle, harmonisierte Definitionen

Die Daten über die Konsumausgaben der privaten Haushalte stammen aus den Statistiken der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von Eurostat.

Konsumausgaben der privaten Haushalte sind die Ausgaben von Gebietsansässigen und -fremden für Waren und Dienstleistungen, die zur unmittelbaren Befriedigung individueller Bedürfnisse

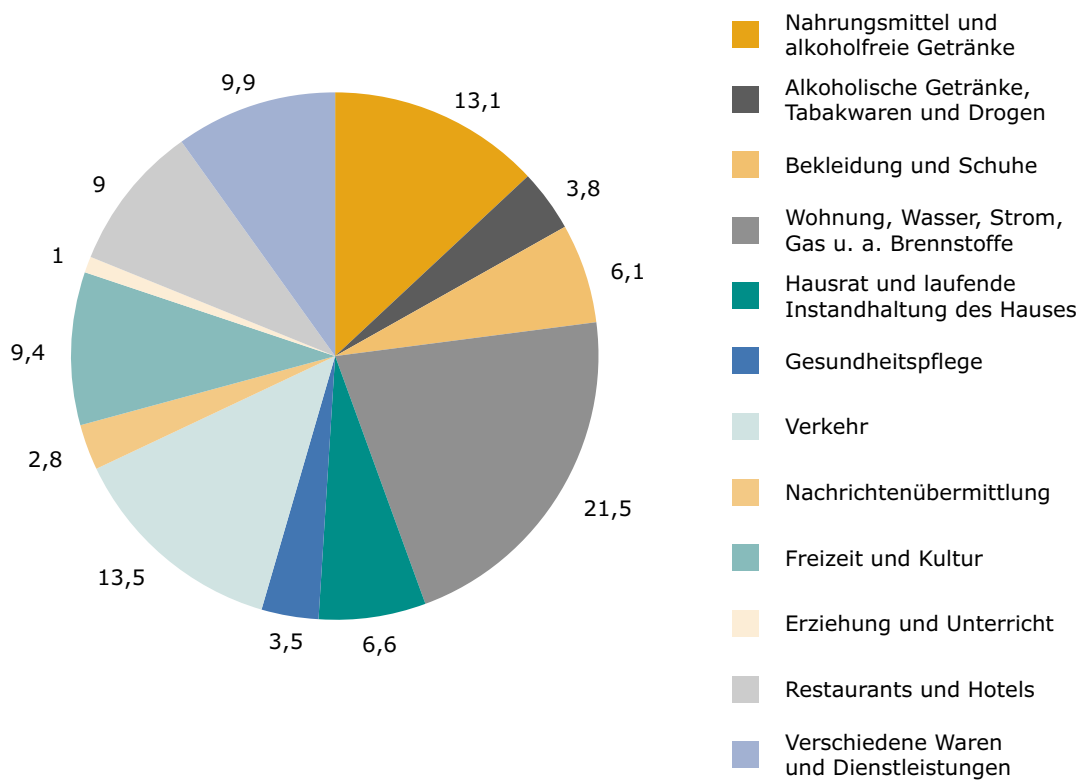
verwendet werden. Darunter fallen der Kauf von Waren und Dienstleistungen, der Eigenverbrauch (z. B. von Gartenerzeugnissen) und die unterstellten Mieten für Wohnungen, die von den Eigentümern selbst genutzt werden.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte erstrecken sich ausschließlich auf die Ausgaben der Haushalte selbst; der vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck finanzierte Teil des Verbrauchs bleibt unberücksichtigt.

2

Konsumausgaben der privaten Haushalte in der EU-25 im Jahr 2003

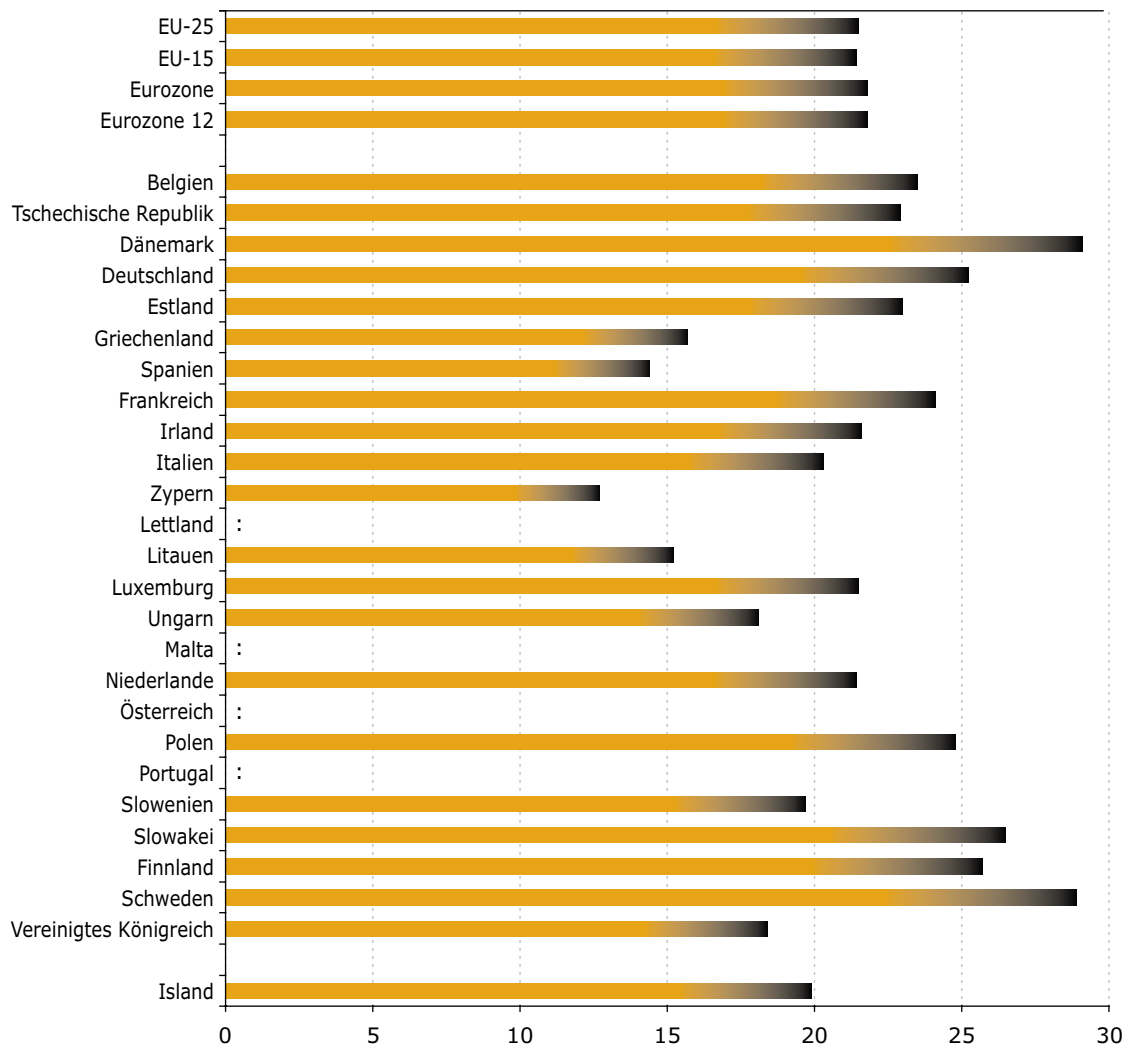
In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt



Geschätzte Werte.



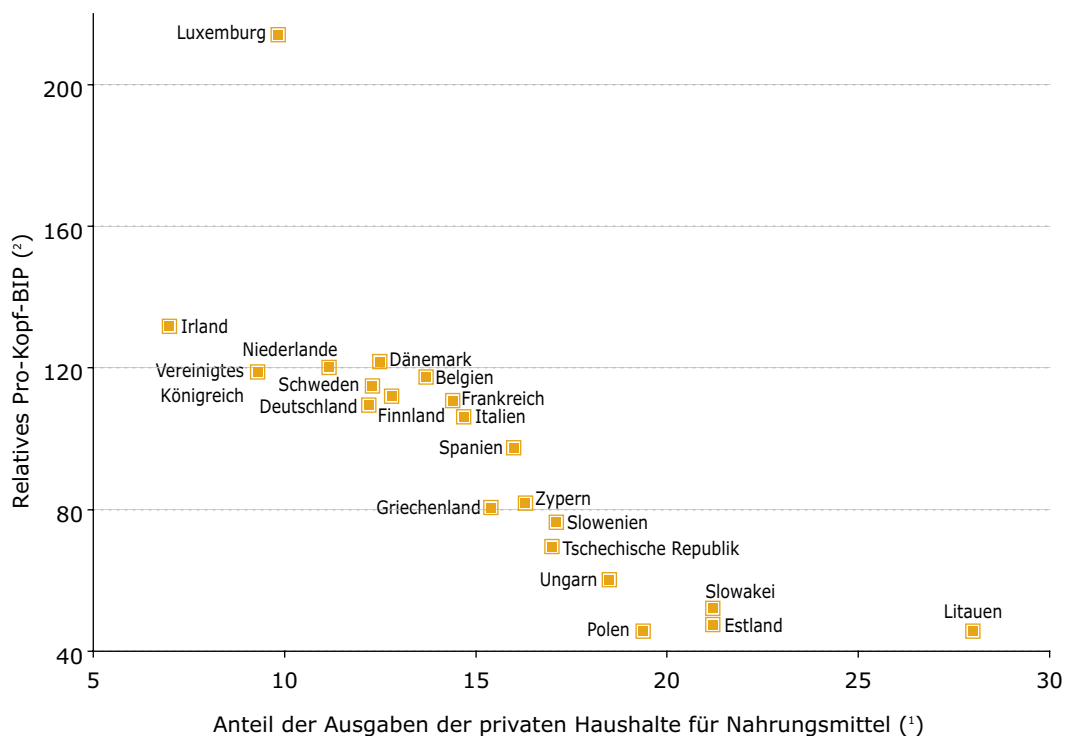
**Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2003:
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe**
In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt



Zu jeweiligen Preisen.

Im Jahr 2003 wendeten die privaten Haushalte in EU-25 ungefähr ein Fünftel ihrer Gesamtausgaben für Wohnen, Wasser und die Energieversorgung der Wohnung auf (21,5 %). Dies ist mit Abstand der größte Posten aller Konsumausgaben. In den einzelnen Ländern lag er zwischen 29,1 % in Dänemark und 12,7 % in Zypern.

Ausgaben der privaten Haushalte für Nahrungsmittel ⁽¹⁾ im Verhältnis zum Pro-Kopf-BIP ⁽²⁾ im Jahr 2003



(¹) Anteil der Konsumausgaben der privaten Haushalte für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke an den Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt, in %, zu laufenden Preisen.

(²) Bruttoinlandsprodukt in KKS pro Einwohner; EU-25 = 100.

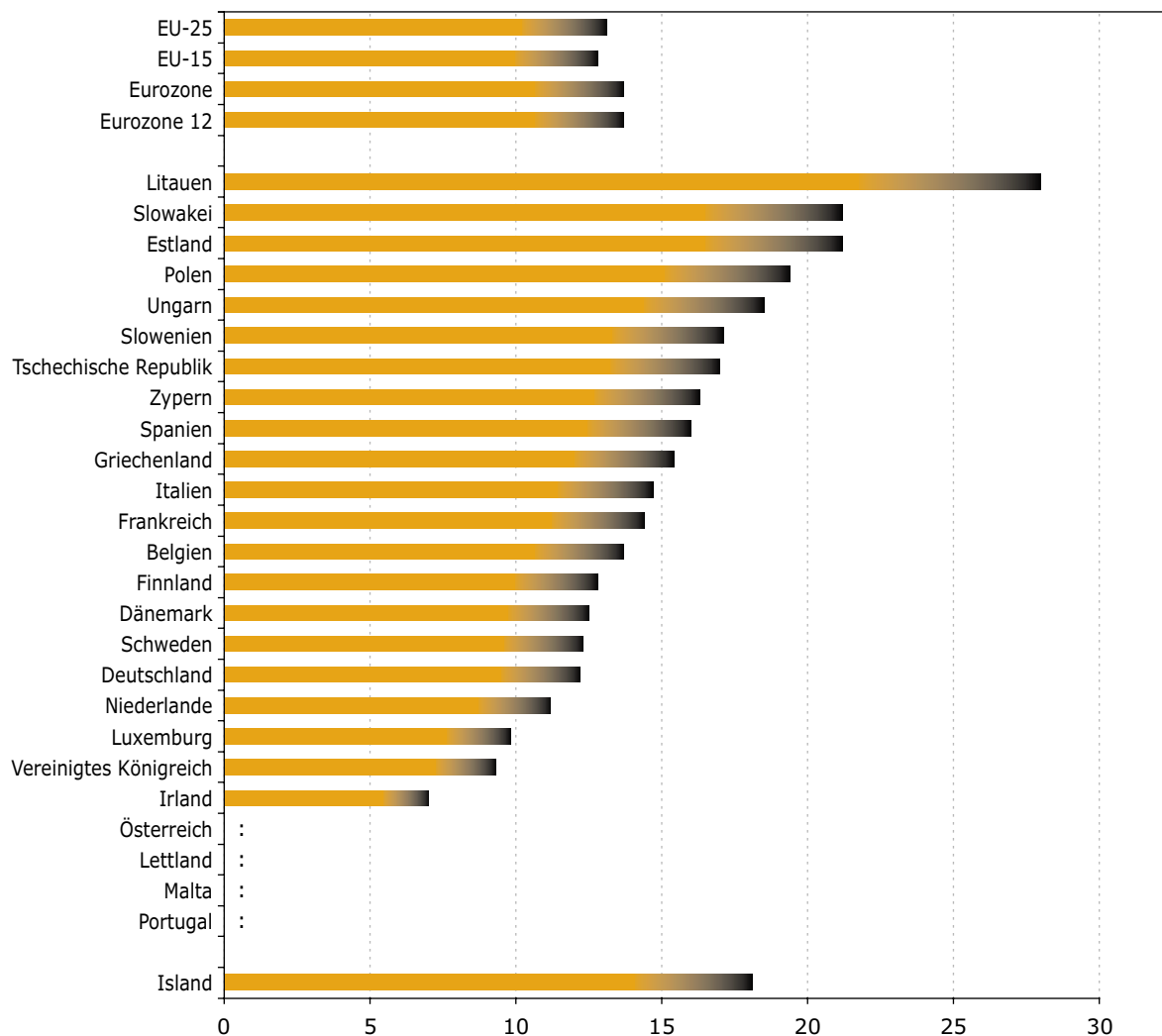
Etwa 13 % wurden für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke aufgewendet. Dieser Anteil ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich und variiert mit dem BIP pro Kopf: Je geringer das Pro-Kopf-BIP eines Landes, desto höher der Anteil an Lebensmittelausgaben.





Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2003: Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke

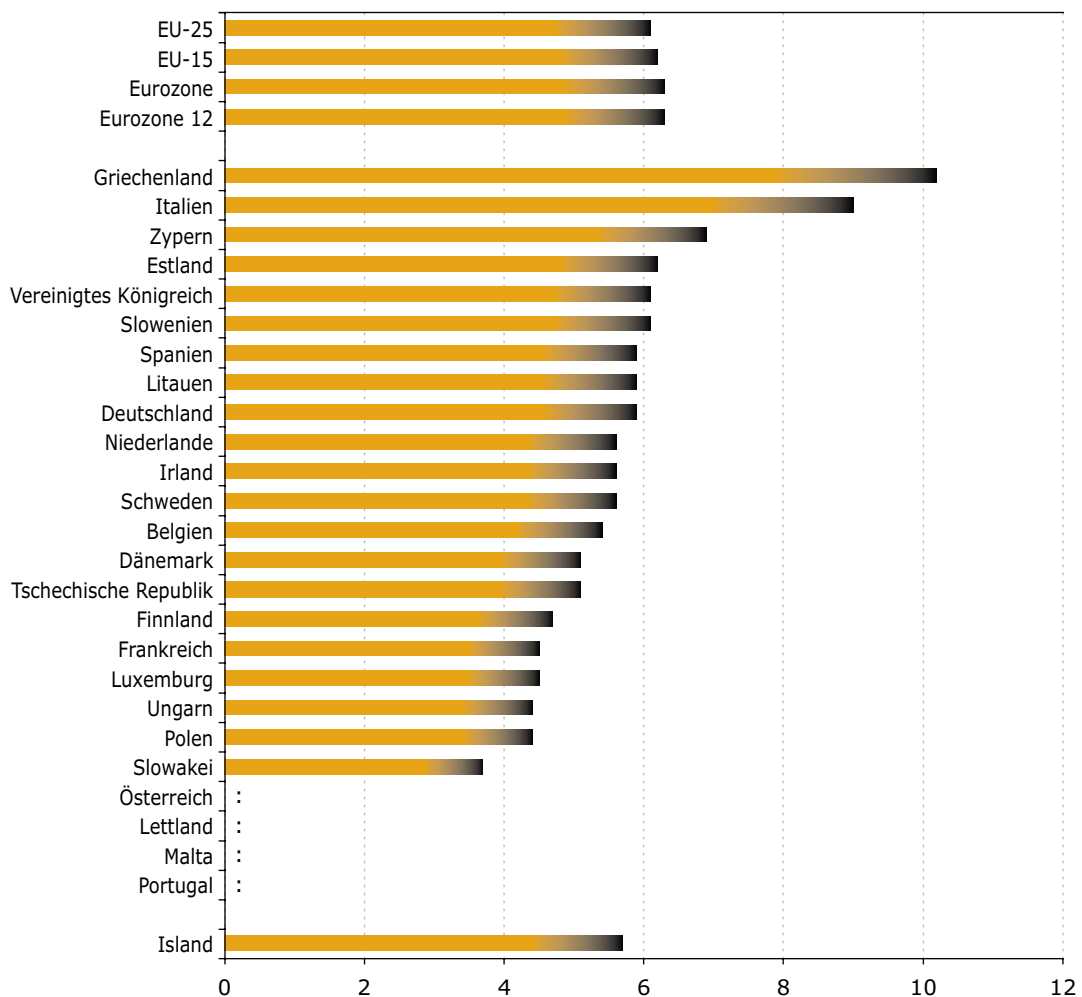
In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt



Zu jeweiligen Preisen.

Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2003: Bekleidung und Schuhe

In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt



Zu jeweiligen Preisen.

Ungefähr 6 % der gesamten Konsumausgaben der privaten Haushalte wurden für Bekleidung und Schuhe verwendet. Griechenland ist das Land, das anteilmäßig am meisten in dieser Kategorie ausgibt (10,2 %), das Gegenteil ist in der Slowakei der Fall (3,7 %).



Einkommen und Lebensbedingungen

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Situation der privaten Haushalte
- Ungleichheit der Einkommensverteilung
- Armutsgefährdungsquoten
- Erwerbslosenhaushalte



Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung: Die Statistik beantwortet viele Fragen

Wie hoch ist das mittlere Einkommen? Sind einige Bestandteile wichtiger als andere? Besteht eine Kluft zwischen Armen und Reichen, und wenn ja, wie groß ist sie? Sind bestimmte Bevölkerungsgruppen eher von Armut bedroht als andere? Sind sie weniger gut in die Gesellschaft integriert? Ist ihr erreichter Bildungsgrad niedriger? Oder ihre Gesundheit schlechter? Oder sind ihre Familien größer? Oder ist ihr Einkommen weniger sicher? Haben sie Zugang zur einem umfassenden Angebot an Waren und Dienstleistungen? Verän-

dert sich ihre Situation im Laufe der Zeit? Bestehen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern?

Seit einigen Jahren besteht ein erhöhter Bedarf an Informationen dieser Art, nachdem das sozialpolitische Kapitel in den Vertrag von Amsterdam (1997) aufgenommen wurde, das sich zur treibenden Kraft für die Erstellung der EU-Sozialstatistiken entwickelt hat. Dieser Einfluss wurde durch mehrere Tagungen des europäischen Rates verstärkt, so dass die soziale Dimension weiterhin hoch oben auf der politischen Tagesordnung steht. Eine wirksame Überwachung ist ein wichtiges Element bei der Durchführung der Strategien, die im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode vereinbart wurden.

Die statistischen Indikatoren

Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung sind multidimensionale Probleme. Um sie auf europäischer Ebene wirkungsvoll überwachen zu können, wurde im Rahmen der Strukturindikatoren, die für den jährlichen Frühjahrsbericht der Kommission an den Rat erstellt werden, eine Reihe so genannter „Indikatoren für sozialen Zusammenhalt“ entwickelt. Sie stellen eine Auswahl aus der „Laekener“ Liste von Indikatoren für den sozialen Zusammenhalt dar, die gemäß der offenen Koordinierungsmethode erarbeitet wurden.

Woher stammen die Daten?

Zur Berechnung der Indikatoren für die EU-Mitgliedstaaten hat Eurostat in den letzten Jahren vornehmlich Mikrodaten aus dem Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) verwendet. Nachdem diese Datenquelle acht Jahre lang genutzt worden war, wurde sie 2003 durch ein neues Instrument ersetzt, die EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Einer der Hauptgründe für diesen Wechsel war die Notwendigkeit, Inhalt und Aktualität der Datenerstellung an den laufenden politischen Bedarf anzupassen.

Das ECHP war eine „Längsschnitterhebung“ auf der Basis jährlicher Befragungen der teilnehmenden Haushalte (etwa 80 000 in der EU; die Stichproben sollten für die jeweiligen Länder repräsentativ sein). So ließen sich dieselben Teilnehmer über mehrere Jahre verfolgen und Angaben über die soziale Dynamik (beispielsweise den Übergang von der Ausbildung ins Erwerbsleben oder vom Erwerbsleben ins Rentenalter) erfassen, was bei einer typischen Querschnitterhebung (jährlich neue Stichproben) nicht möglich ist.

EU-SILC soll die EU-Referenzquelle für vergleichende Statistiken über Einkommensverteilung und soziale Ausgrenzung werden; dabei werden vorrangig hohe Qualität, insbesondere Vergleichbarkeit und Aktualität, und Flexibilität angestrebt. Die Statistik umfasst primär eine Querschnittsdimension, daneben auch eine Längsschnittdimension. Es wird stärker auf vorhandene einzelstaatliche Datenquellen zurückgegriffen, um so anstelle der Eingabedaten die Ergebnisse zu harmonisieren und die Aktualität zu verbessern.

Während des Übergangszeitraums erstellt Eurostat die Daten aus den besten verfügbaren nationalen Quellen (in der Regel aus den Erhebungen

über die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte) und harmonisiert sie *anschließend*, um eine möglichst große Konsistenz zu erreichen. Gleichwohl sind die Daten wegen der Unterschiede bei den zugrunde gelegten Quellen nicht als vollständig vergleichbar anzusehen.

Kurze Beschreibung der Methodik

Das Haushaltseinkommen wird berechnet als Summe des gesamten monetären Einkommens, das alle Haushaltsmitglieder aus allen Quellen erhalten (einschließlich Einkünften aus Arbeit, Investorserträgen und Sozialleistungen), abzüglich Steuern und Sozialbeiträgen. Um die Unterschiede in der Haushaltsgröße und -zusammensetzung zu berücksichtigen, wird der Gesamtbetrag unter Verwendung einer Standardskala (der so genannten „modifizierten OECD-Skala“) durch die Zahl der „Erwachsenen-äquivalente“ dividiert; das Ergebnis wird dann den einzelnen Mitgliedern des Haushalts zugeordnet. Die Schätzwerte für die EU-Ebene werden als populationsgewichtete Durchschnitte der verfügbaren einzelstaatlichen Werte berechnet.

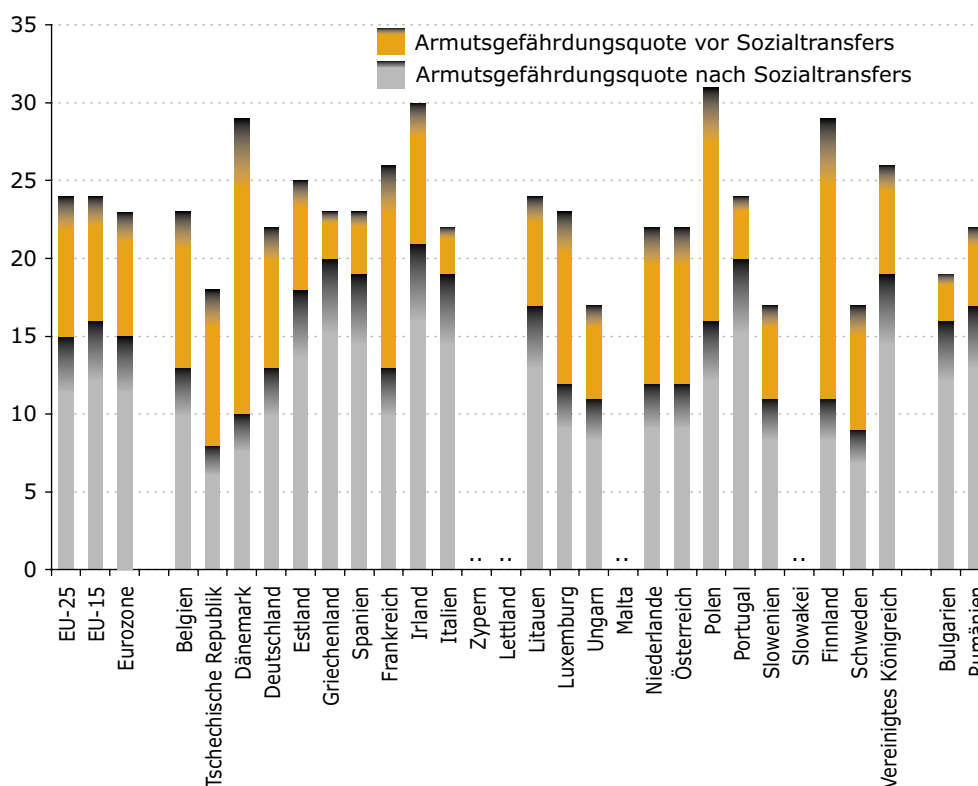
2





Armutsgefährdungsquote im Jahr 2001

Vor und nach sozialen Transfers



Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen, vor Sozialtransfers, unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist. Alters- und Hinterbliebenenversorgung werden als Einkommen vor Sozialtransfers und nicht als Sozialtransfers verwendet.

Um den Anteil der armutsgefährdeten Personen zu messen, wird eine Schwelle von 60 % des nationalen Medianeinkommens zugrunde gelegt. Unterhalb dieser Schwelle gilt eine Person als armutsgefährdet. Die jeweiligen Anteile werden vor und nach Sozialtransfers berechnet. 2001 (das letzte Jahr, für das dieses Aggregat derzeit verfügbar ist) waren in den 25 heutigen Ländern der Europäischen Union 15 % der Bevölkerung von Armut bedroht.

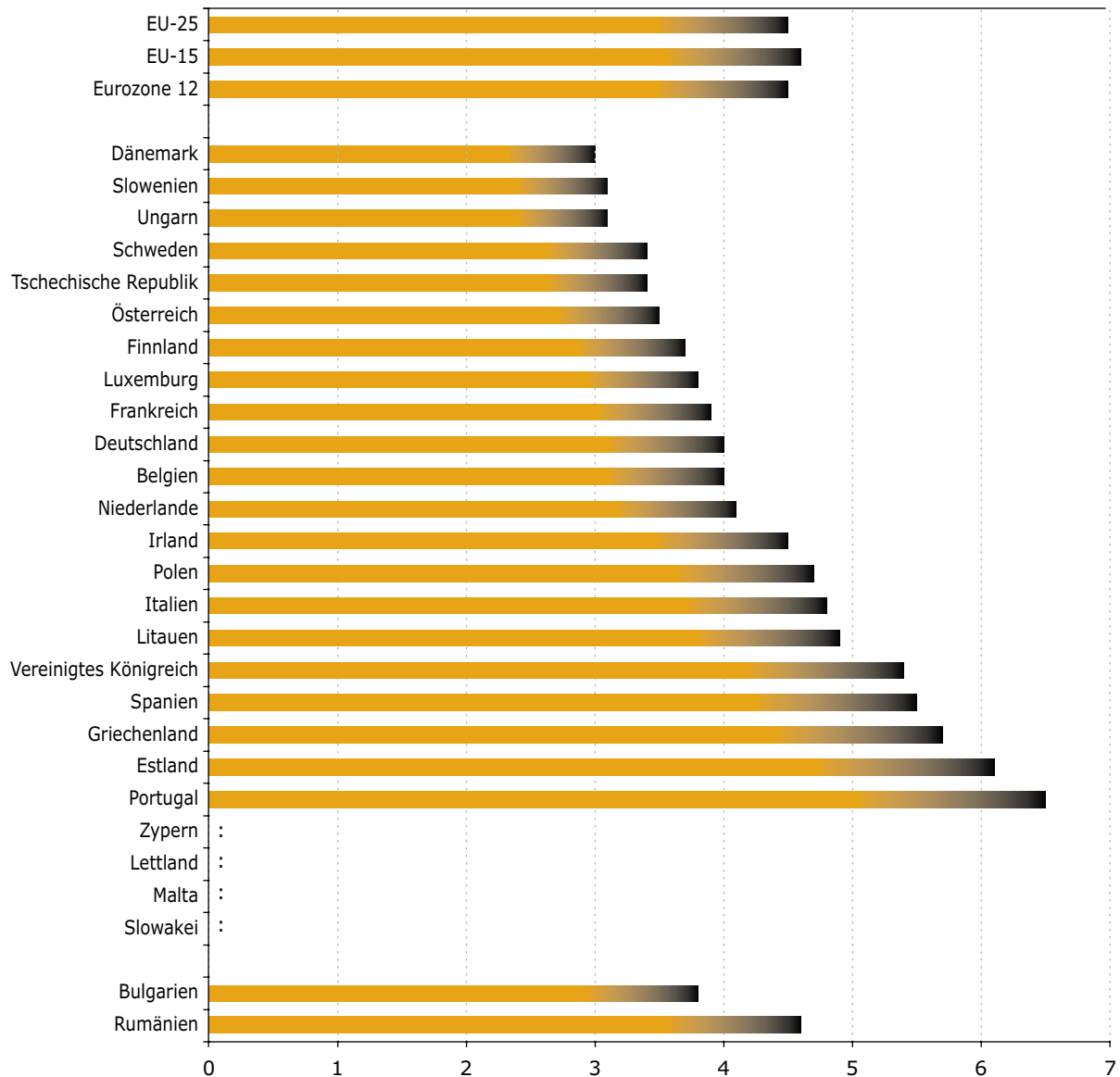
Hinter dieser Zahl verbergen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern: Am höchsten war das Armutsrisiko nach Sozialtransfers mit 21 % in Irland (Daten von 2001) und in der Slowakei (Daten von 2003), gefolgt von Griechenland und Portugal (Daten von 2003) sowie Italien (Daten von 2001), dem Vereinigten Königreich

und den Ländern des Baltikums. Am niedrigsten war es in den mitteleuropäischen Ländern, insbesondere in der Tschechischen Republik (8 %) und in den skandinavischen Ländern.

Ohne Sozialtransfers hätte diese Quote für EU-25 fast einem Viertel der Bevölkerung (24 %) entsprochen. Die größten Auswirkungen haben die Sozialtransfers (mit einer Verminderung um mehr als 40 %) in den skandinavischen und mitteleuropäischen Ländern, vor allem in Dänemark (65 %). Weniger ausgeprägt sind sie (mit einer Verminderung um weniger als 20 %) in den südlichen Ländern. Zu beachten ist, dass sich diese Analyse nur auf die Auswirkungen von Sozialtransfers ohne die Renten bezieht. Die Renten sind in allen Ländern von großer Bedeutung.

Ungleichheit der Einkommensverteilung im Jahr 2001

Verteilungsquintil



Verhältnis des Gesamteinkommens von den 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberstes Quintil) zum Gesamteinkommen von den 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen (unterstes Quintil). Unter Einkommen wird das verfügbare Äquivalenzeinkommen verstanden.

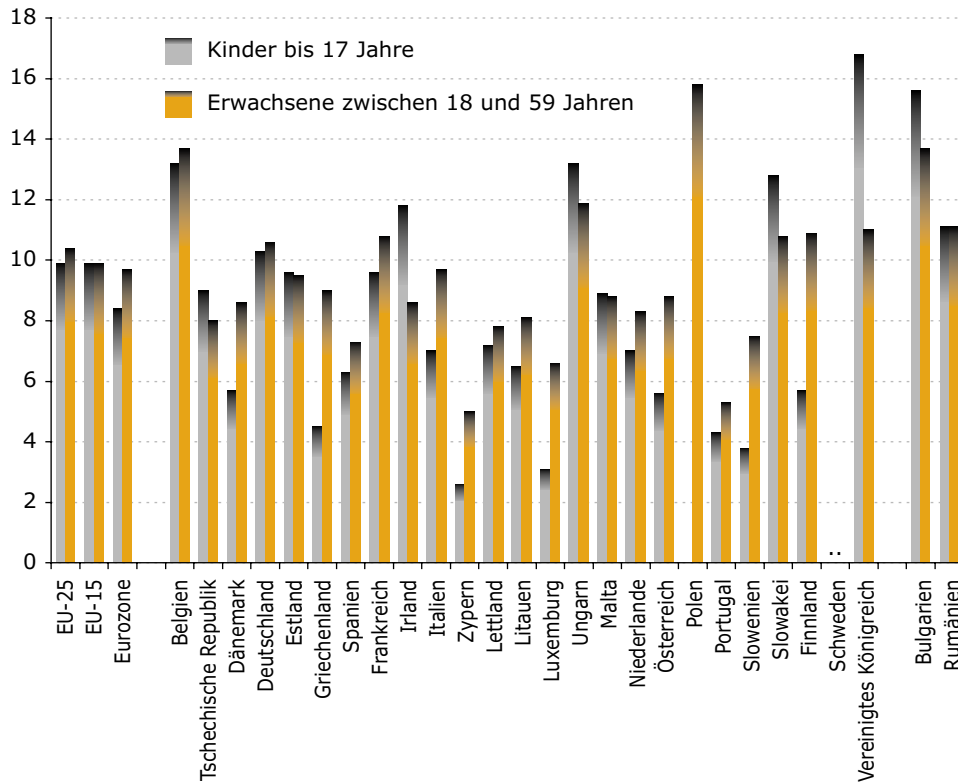
Die Ungleichheit des Einkommens ist ein heikles Thema und eine nur schwer messbare Größe. Eurostat berechnet die folgende Verhältniszahl für den Vergleich zwischen „reich“ und „arm“: das Gesamteinkommen der 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen im Verhältnis zum Gesamteinkommen der 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen. In EU-25 haben 2001 (das letzte Jahr, für das dieses Aggregat

derzeit verfügbar ist) die 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen mehr als vier Mal so viel Einkommen bezogen wie die 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen. Von Land zu Land variiert der Indikator stark. Die Ungleichheit ist größer in den südlichen Ländern, den baltischen Staaten, im Vereinigten Königreich und in Irland. Sie ist kleiner in den skandinavischen und den mitteleuropäischen Ländern.



In erwerbslosen Haushalten lebende Personen im Jahr 2004

Anteil der in erwerbslosen Haushalten lebenden Personen an allen Personen der jeweiligen Altersgruppe; in %



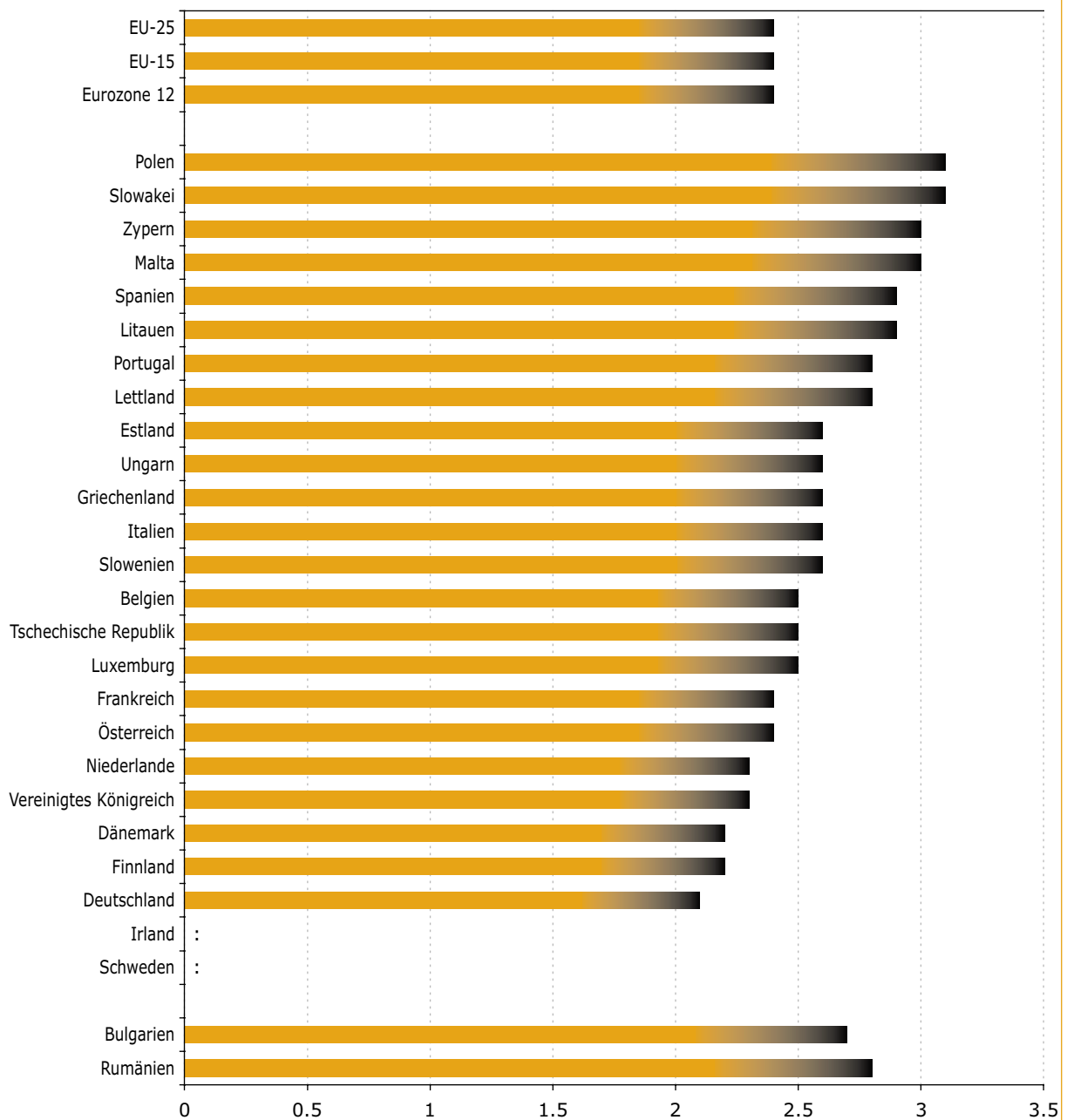
Bei den Aggregaten handelt es sich um Schätzwerte.

Die „in erwerbslosen Haushalten lebende Bevölkerung“ errechnet sich als Anteil der Personen im entsprechenden Alter in Haushalten, in denen kein Mitglied einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Studenten im Alter von 18-24 Jahren in Haushalten, die ausschließlich aus Studenten derselben Altersklasse bestehen, werden weder im Zähler noch im Nenner mitgezählt. Sowohl die Zähler als auch die Nenner stammen aus der EU-Arbeitskräfteerhebung.

Rund 10 % der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 59 Jahren lebten 2004 in EU-25 in Erwerbslosenhaushalten. Bei Kindern (bis 17 Jahre) war dieser Anteil ebenso hoch.



Durchschnittliche Zahl der Personen je Privathaushalt im Jahr 2003



Zahl der Personen, die in privaten Haushalten leben, geteilt durch die Zahl der privaten Haushalte. Ausgeschlossen sind kollektive Haushalte wie Pensionen oder Krankenhäuser und die darin lebenden Personen.



Wohnen

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Art der Wohnung bei verschiedenen Haushaltsgruppen
- Wohnbesitzverhältnisse der Haushalte nach sozioökonomischem Status
- Fehlende Grundausstattung nach wirtschaftlichem Status der Haushalte
- Wohnungsprobleme verschiedener Haushaltsgruppen
- Beengte Wohnverhältnisse (mehr als eine Person je Raum)
- Gebrauchsgüter und ihre Erschwinglichkeit für die Haushalte
- Unzufriedenheit der Haushalte mit ihrer Wohnung
- Finanzielle Belastung der Haushalte durch die Wohnkosten

2

Zugang zu Wohnraum als ein Gesichtspunkt der sozialen Ausgrenzung

Zwar besteht schon seit langem ein allgemeines Interesse an Wohnungsstatistiken, aber mit der Entwicklung der offenen Koordinierungsmethode auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung haben einige Indikatoren deutlich an Profil gewonnen.

Wohnverhältnisse

Sind die Art der Wohnung oder die Wohnbesitzverhältnisse ein Indikator für das Wohlergehen eines Haushalts?

Bei der Art der Wohnung der europäischen Haushalte lassen sich zwei Tendenzen erkennen. In den südlichen Ländern scheinen Haushalte mit geringem Einkommen (Haushaltseinkommen unter 60 % des tatsächlichen laufenden Medianeinkommens) überwiegend in Häusern zu wohnen, während die Haushalte mit höherem Einkommen (Haushaltseinkommen über 140 % des tatsächlichen laufenden Medianeinkommens) vorrangig in Wohnungen leben. In den nördlichen Ländern ist die Tendenz gegenläufig.

Die Gründe für diese Unterschiede lassen sich nur schwer fassen. Die Verteilung der Haushalte auf Häuser oder Wohnungen steht im Zusammenhang mit dem Grad der Verstädterung im jeweiligen Land und der Qualität des Wohnraums.

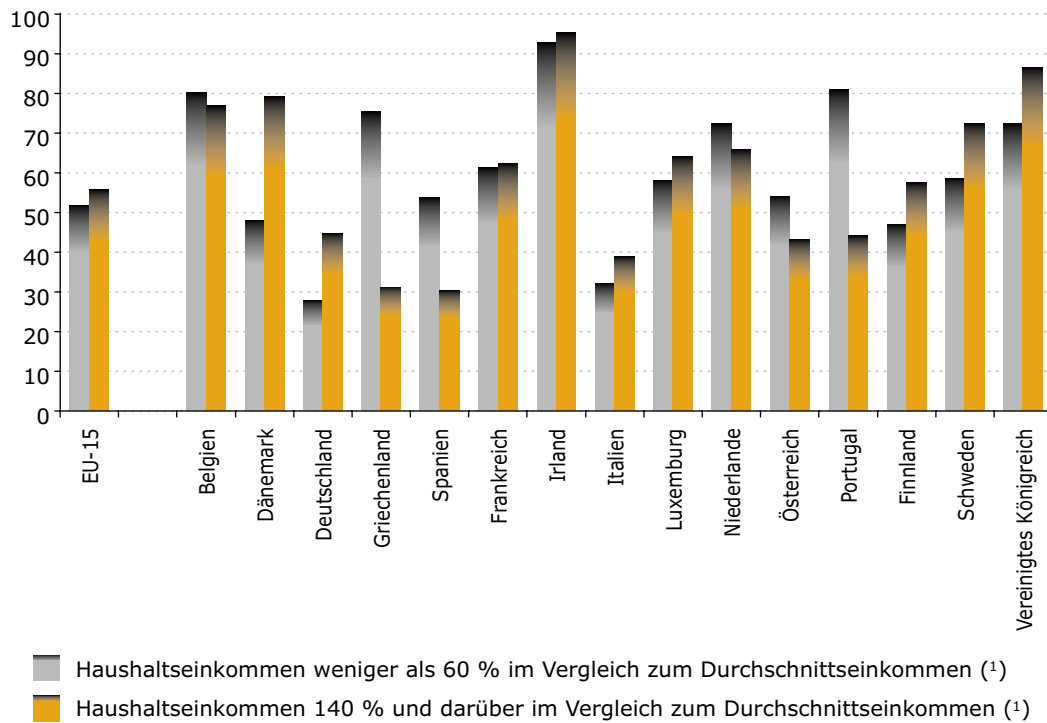
Die eigenen vier Wände

Der Anteil der Wohnungseigner ist in den südlichen Ländern höher als in den nördlichen Ländern, wo die Einkommenshöhe einen weitaus größeren Einfluss darauf hat, ob der Haushalt in seinem eigenen Haus bzw. seiner eigenen Wohnung lebt. In Anbetracht der Tatsache, dass es in den südlichen Ländern mehr Wohneigentum gibt, darf man davon ausgehen, dass viele Eigentümer dort weniger Wohnraum haben.





Anteil der Haushalte, die in einem Einfamilienhaus leben, EU-15 im Jahr 2001
In %



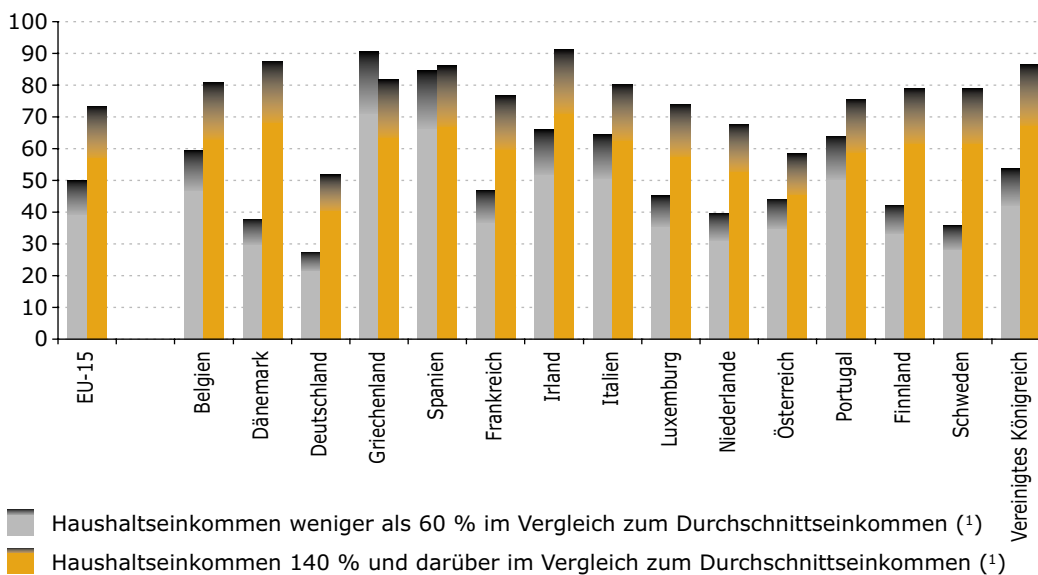
(1) Effektives laufendes Durchschnittseinkommen (Median).

Der Indikator gibt den Anteil der Haushalte an, die ein frei stehendes Haus oder ein Reihenhaus bewohnen, nicht jedoch eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus oder eine sonstige Unterkunft. Es gibt vier Einkommensgruppen: weniger als 60 % des Medianeinkommens aller Haushalte; 60 % bis 100 %; 100 % bis 140 %; mehr als 140 %.



Anteil der Haushalte mit Wohneigentum, EU-15 im Jahr 2001

In %

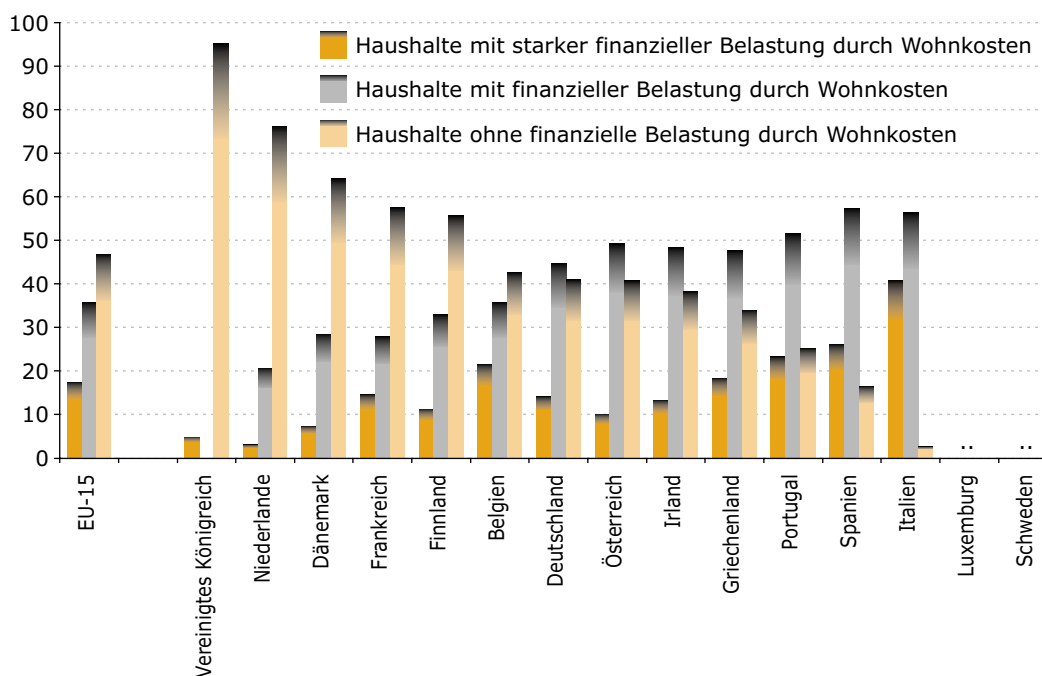


(¹) Effektives laufendes Durchschnittseinkommen (Median).

Der Indikator gibt den Anteil der Haushalte an, die Eigentümer ihres Hauses oder ihrer Wohnung sind. Es gibt vier Einkommensgruppen: weniger als 60 % des Medianeinkommens aller Haushalte; 60 % bis 100 %; 100 % bis 140 %; mehr als 140 %.

Anteil der Haushalte, in denen die Wohnkosten eine/keine finanzielle Belastung darstellen, EU-15 im Jahr 2001

In %

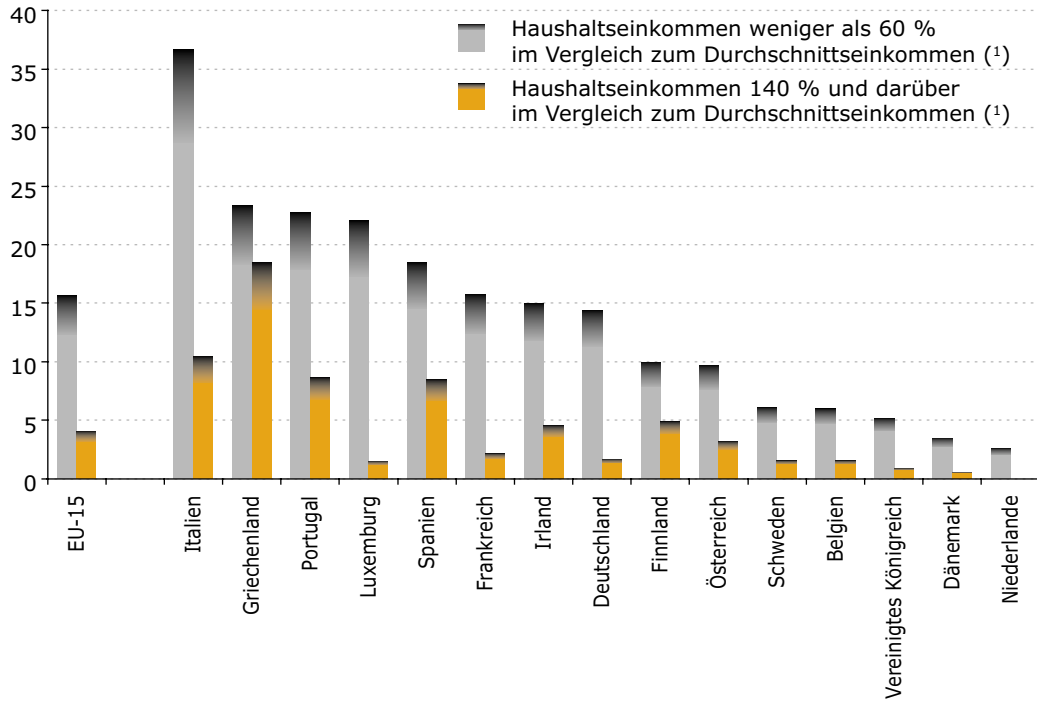


Es liegen keine Daten für Luxemburg und Schweden vor.

Der Indikator gibt den Anteil der Haushalte an, für die die Wohnkosten eine finanzielle Belastung, eine sehr schwere finanzielle Belastung oder keine finanzielle Belastung darstellen.

Prozentualer Anteil der privaten Haushalte, die in überbelegten Wohnungen wohnen, EU-15 im Jahr 2001

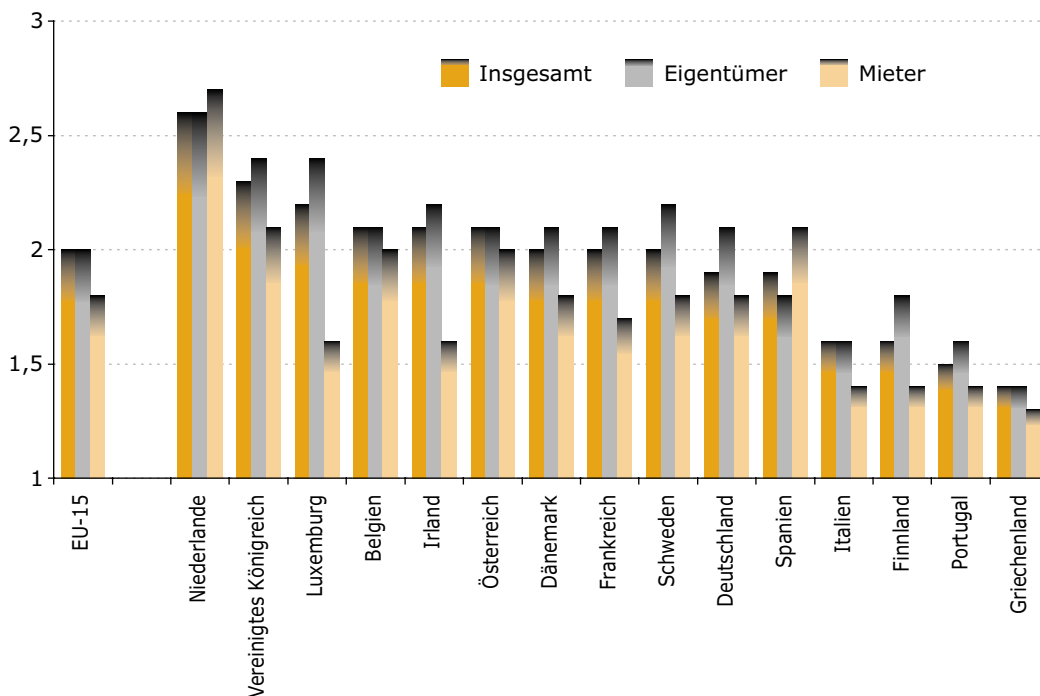
In %



(1) Effektives laufendes Durchschnittseinkommen (Median).

Indikator gibt den Anteil der Personen an, die in überbelegten Unterkünften (mehr als eine Person pro Zimmer) leben. Es gibt vier Einkommensgruppen: weniger als 60 % des Medianeinkommens aller Haushalte; 60 % bis 100 %; 100 % bis 140 %; mehr als 140 %.

Zimmer pro Person, EU-15 im Jahr 2001
Nach Besitzverhältnis



Der Indikator gibt die Zahl der Räume an, die für jede Person im Haushalt zur Verfügung stehen, aufgeschlüsselt nach den Besitzverhältnissen der Haushalte.



Sozialschutz

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Sozialschutzausgaben
- Sozialschutzeinnahmen nach Art
- Sozialleistungen nach „Funktionen“

Sozialschutz: Verringerung der Lasten

Sozialschutz umfasst alle Eingriffe öffentlicher oder privater Stellen zur Verringerung der Lasten, die privaten Haushalten oder Einzelpersonen durch bestimmte Risiken oder Bedürfnisse im Zusammenhang mit Alter, Krankheit, Mutterschaft und Familie, Invalidität oder Behinderung, Arbeitslosigkeit usw. entstehen.

Die acht „Funktionen“ des Sozialschutzes

Die Ausgaben des Sozialschutzes umfassen Sozialleistungen, Verwaltungskosten und sonstige Ausgaben (z. B. an Banken zu zahlende Zinsen). Der wichtigste Ausgabenbereich des Sozialschutzes ist die Gewährung von Leistungen. Ausgaben für Bildung bleiben unberücksichtigt.

Sozialleistungen sind direkte Geld- oder Sachtransfers von Sozialschutzsystemen an private Haushalte und Einzelpersonen zur Verringerung der Lasten, die durch bestimmte Risiken oder Bedürfnisse entstehen. Ausgenommen sind steuerliche Vergünstigungen.

Die Leistungen werden nach den acht „Funktionen“ des Sozialschutzes untergliedert:

1. **Die Leistungen der Funktion „Krankheit/Gesundheitsversorgung“** betreffen in erster Linie Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall, medizinische Versorgung und Versorgung mit Arzneimitteln.
2. **Die Leistungen der Funktion „Invalidität/Gebrechen“** umfassen hauptsächlich Invalidenrenten und die Versorgung von Behinderten mit Waren und Dienstleistungen (ohne medizinische Versorgung).
3. **Die Leistungen der Funktion „Alter“** umfassen vorwiegend Altersruhegeld und die



Versorgung älterer Menschen mit Waren und Dienstleistungen (außer medizinische Versorgung).

4. **Die Leistungen der Funktion „Hinterbliebene“** beinhalten die finanzielle Unterstützung und Hilfe im Zusammenhang mit einem Todesfall in der Familie, wie z. B. Hinterbliebenenrenten.
5. **Die Leistungen der Funktion „Familie/Kinder“** betreffen (außer medizinische Versorgung) Kosten, die im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt, Erziehung und Betreuung von anderen Familienmitgliedern anfallen.
6. **Unter die Leistungen der Funktion „Arbeitslosigkeit“** fallen auch durch öffentliche Stellen finanzierte Berufsausbildungsmaßnahmen.
7. **Die Leistungen der Funktion „Wohnen“** umfassen Maßnahmen staatlicher Behörden, die private Haushalte bei der Aufbringung der Wohnkosten unterstützen.
8. **Die Leistungen der Funktion „soziale Ausgrenzung“** umfassen Einkommensbeihilfen, Wiedereingliederung von Alkohol- und Drogenabhängigen und sonstige Leistungen (außer medizinische Versorgung).

Die Finanzierung des Sozialschutzes

Die für den Sozialschutz zuständigen Stellen werden auf unterschiedliche Weise finanziert. Die Einnahmen umfassen Sozialbeiträge von Arbeitgebern und Versicherten, Beiträge des Staates und sonstige Einnahmen. Die sonstigen Einnahmen stammen aus einer Vielzahl von Quellen, z. B. Zinsen, Dividenden, Mieten und Forderungen gegenüber Dritten.

Sozialbeiträge werden von den Arbeitgebern und den Versicherten gezahlt.

Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind alle Aufwendungen der Arbeitgeber zur Sicherstellung der Ansprüche ihrer Beschäftigten auf Sozialleistungen. Dazu gehören alle Zahlungen der Arbeitgeber an Sozialschutzsysteme (tatsächliche Beiträge) sowie direkt von Arbeitgebern an Arbeitnehmer gezahlte Sozialleistungen (unterstellte Beiträge). Die Sozialbeiträge der Versicherten umfassen die von Arbeitnehmern, Selbständigen, Rentnern und sonstigen Personen gezahlten Beiträge.

Sozialleistungen werden vor Abzug der von den Empfängern auf sie zu entrichtenden Steuern oder

sonstigen Pflichtabgaben erfasst. „Steuerliche Leistungen“ (Steuervergünstigungen für Haushalte im Rahmen des Sozialschutzes) sind in der Regel ausgenommen.

ESSOSS: das statistische Instrument zum Vergleich der Sozialpolitik

Die Daten zu den Sozialschutzausgaben und -einnahmen sind nach dem Europäischen System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)

harmonisiert. ESSOSS, das auf dem Konzept der Sozialschutzfunktionen und einer gemeinsamen Methodik aufbaut, ist ein einzigartiges Instrument zum Vergleich der Sozialpolitik der verschiedenen europäischen Länder. Beispielsweise kann verglichen werden, in welcher Weise die sozialen Bedürfnisse oder Risiken

gedeckt werden bzw. welche Maßnahmen die Länder ergreifen, um sie zu decken. Darüber hinaus ermöglicht ESSOSS eine Analyse der Organisation des Sozialschutzes, da ihm die „statistischen Einheiten“ zugrunde liegen, die die privaten Haushalte oder die Einzelpersonen mit den verschiedenen Sozialleistungen versorgen.





Gesamtausgaben für den Sozialschutz

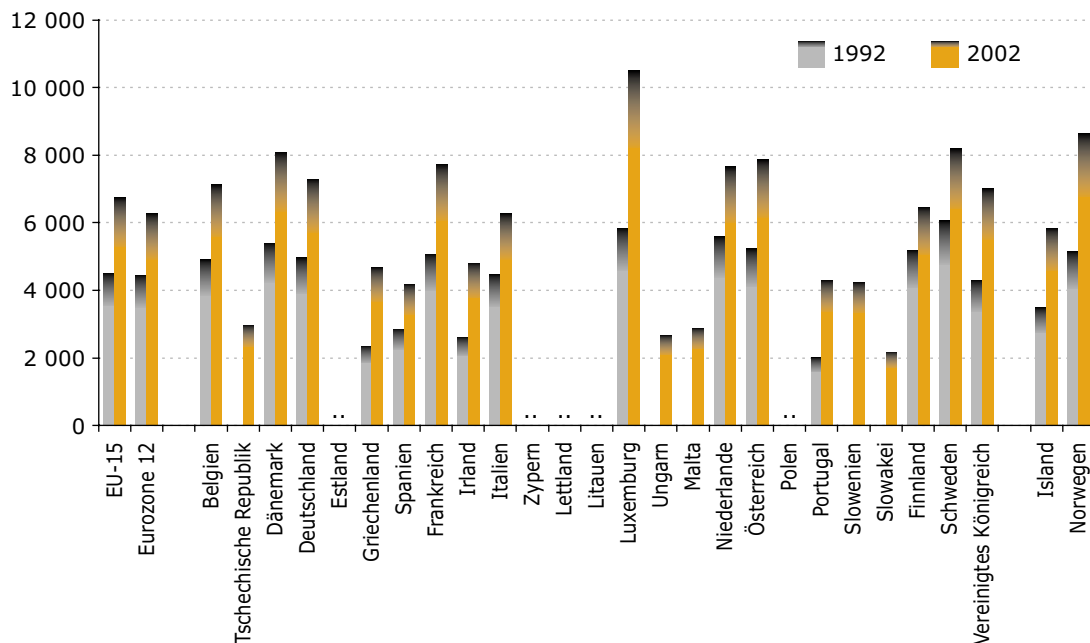
Zu laufenden Preisen; in % des BIP

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	27,0 (p)	27,3 (e)	:
EU-15	26,3	27,6	28,7	28,4	28,2	28,4	28	27,5	27,4	27,3 (p)	27,6 (e)	28,0 (e)
Eurozone 12	26,1	27,2	28,2	28	27,9	28,2	27,8	27,4	27,4	27,2 (p)	27,4 (e)	27,9 (e)
Belgien	27	27,7	29,3	28,7	28,1	28,6	27,9	27,6	27,3	26,9 (p)	27,5 (e)	27,8 (e)
Tschechische Republik	:	:	:	:	17	17,3	18,3	18,3	19,1	19,3	19,2 (p)	19,9 (p)
Dänemark	29,7	30,3	31,9	32,8	32,2	31,4	30,4	30,2	30	29,2	29,4	30
Deutschland	26,1	27,6	28,4	28,3	28,9	30	29,5	29,3	29,6	29,6	29,8 (p)	30,5 (p)
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	15,1 (p)	14,3 (p)	:
Griechenland	21,5	21,2	22	22,1	22,3	22,9	23,3	24,2	25,5	26,3	27,1	26,6
Spanien	21,2	22,4	24	22,8	22,1	21,9	21,2	20,6	20,3	20,2 (p)	20,1 (p)	20,2 (p)
Frankreich	28,4	29,3	30,7	30,5	30,7	31	30,8	30,5	30,2	29,8	30	30,6 (p)
Irland	19,6	20,3	20,2	19,7	18,9	17,8	16,6	15,4	14,7	14,3	15,3	16,0 (p)
Italien	25,2	26,2	26,4	26	24,8	24,8	25,5	25	25,2	25,2	25,6 (p)	26,1 (p)
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	15,3 (p)	14,3 (p)	:
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	16,2 (p)	15,2 (p)	:
Luxemburg	22	22,5	23,3	22,9	23,7	24,1	22,8	21,7	21,7	20,3	21,3	22,7 (p)
Ungarn	:	:	:	:	:	:	:	:	20,7	19,8	19,8	20,9
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	17,2	16,6	17,3	17,7
Niederlande	31,2	31,9	32,3	31,7	30,9	30,1	29,4	28,4	28	27,4	27,5	28,5 (p)
Österreich	26,7	27,2	28,2	28,9	28,9	28,8	28,8	28,5	28,9	28,4	28,6	29,1
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	20,7 (p)	22,1 (p)	:
Portugal	17,2	18,4	21	21,3	22,1	21,2	21,4	22,1	22,6	23	24	25,4 (p)
Slowenien	:	:	:	:	:	24,4	24,8	25	25	25,2	25,5	25,4 (p)
Slowakei	:	:	:	:	18,7	19,8	20	20,2	20,2	19,5	19,1	19,2 (p)
Finnland	29,8	33,6	34,5	33,8	31,7	31,6	29,2	27,2	26,8	25,5	25,7	26,4 (p)
Schweden	34,3	37,1	38,2	36,8	34,6	33,8	32,9	32,2	31,8	30,8	31,4	32,5 (p)
Vereinigtes Königreich	25,8	27,9	29	28,6	28,2	28,1	27,5	26,9	26,5	27,1	27,6	27,6 (p)
Island	17,6	18,2	18,8	18,4	19	18,8	18,9	18,9	19,5	19,8	20,2	22,3 (p)
Norwegen	27	28,2	28,2	27,6	26,7	26	25,3	27,1	27,1	24,6	25,6	26,3 (p)

Die Sozialschutzausgaben umfassen die Sozialleistungen, die aus Geld- oder Sachübertragungen an private Haushalte oder Einzelpersonen bestehen. Sie decken die Lasten, die den Begünstigten durch eine festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen, sowie die Verwaltungskosten, die den Sozialschutzsystemen durch die Verwaltung und Betriebsführung entstehen, und die sonstigen Ausgaben, die aus verschiedenen Aufwendungen der Sozialschutzsysteme bestehen (z. B. Zahlung von Vermögensteuern).

2001 wurden in EU-25 27,3 % des BIP für den Sozialschutz ausgegeben. Am höchsten war der Anteil in Schweden mit 31,4 %, am niedrigsten in Lettland und Estland mit 14,3 %. 2002 nahmen die Sozialschutzausgaben in Prozent des BIP in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu: Das Verhältnis erhöhte sich in 17 der 20 Länder, für die Daten vorliegen.

Gesamtausgaben für den Sozialschutz pro Kopf der Bevölkerung In KKS



2002, EU-15: geschätzte Werte.
2002: vorläufiger Wert.

Die Sozialschutzausgaben umfassen die Sozialleistungen, die aus Geld- oder Sachübertragungen an private Haushalte oder Einzelpersonen bestehen. Sie decken die Lasten, die den Begünstigten durch eine festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen, sowie die Verwaltungskosten, die den Sozialschutzsystemen durch die Verwaltung und Betriebsführung entstehen, und die sonstigen Ausgaben, die aus verschiedenen Aufwendungen der Sozialschutzsysteme bestehen (z. B. Zahlung von Vermögensteuern).

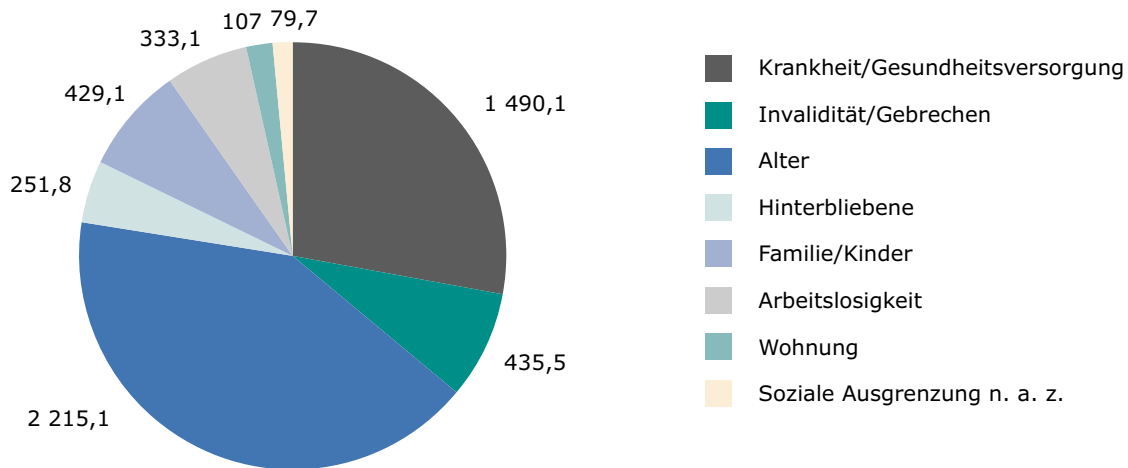
Die Sozialschutzausgaben wurden auch je Einwohner berechnet. Als Einheit wurde dabei der Kaufkraftstandard (KKS) verwendet, der einen Ländervergleich ohne Verzerrungen ermöglicht. 2000 beliefen sich die Sozialschutzausgaben pro Kopf in EU-25 auf rund 5 300 KKS. Am höchsten waren sie mit 9 154 KKS in Luxemburg, am niedrigsten mit 1 300 KKS oder weniger in

Litauen, Estland und Lettland. Die Abweichungen zwischen Ländern rühren zum Teil von dem Wohlstandsgefälle zwischen ihnen her, spiegeln aber auch Unterschiede der einzelnen Sozialschutzsysteme, der Bevölkerungsentwicklung, der Arbeitslosenquoten und bei anderen, sozialen, institutionellen und wirtschaftlichen Faktoren wider.



Sozialleistungen pro Kopf der Bevölkerung nach Funktionen: EU-25 im Jahr 2001

In KKS



Geschätzte Werte.

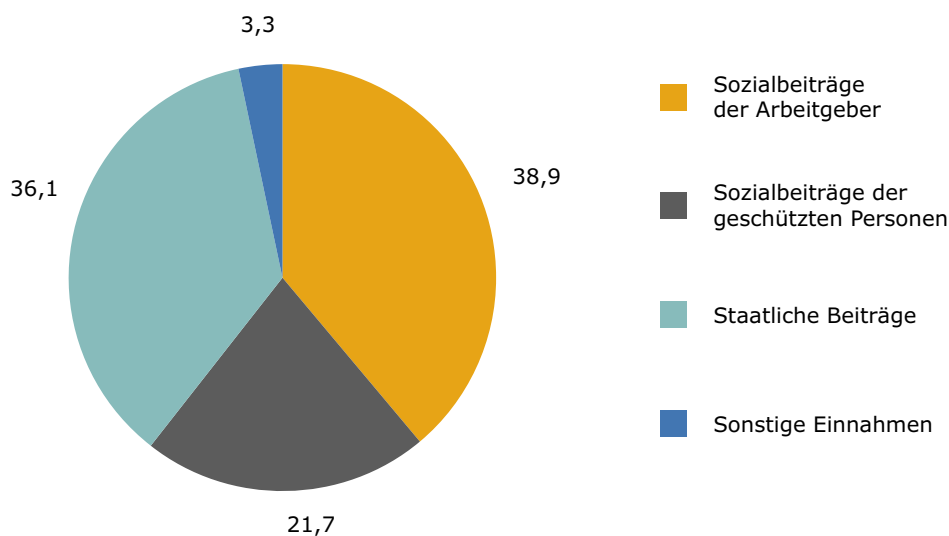
Die Sozialleistungen sind Geld- oder Sachübertragungen, die von den Sozialschutzsystemen an private Haushalte oder Einzelpersonen erbracht werden, um die Lasten zu decken, die ihnen durch eine festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen.

Die Sozialleistungen pro Kopf werden nach den vorstehend genannten Funktionen dargestellt. Der höchste Ausgabenposten ist der für ältere Menschen (2 215 KKS in EU-25 im Jahr 2001), gefolgt von den Leistungen für Krankheit und

Gesundheitsversorgung (1 490 KKS in EU-25 2001). Rund 39 % der Sozialschutzeinnahmen wurden von den Arbeitgebern finanziert, 36 % vom Staat und 21,7 % von den Versicherten selbst.

Sozialbezüge nach Arten: EU-25 im Jahr 2001

In % der Gesamtbezüge



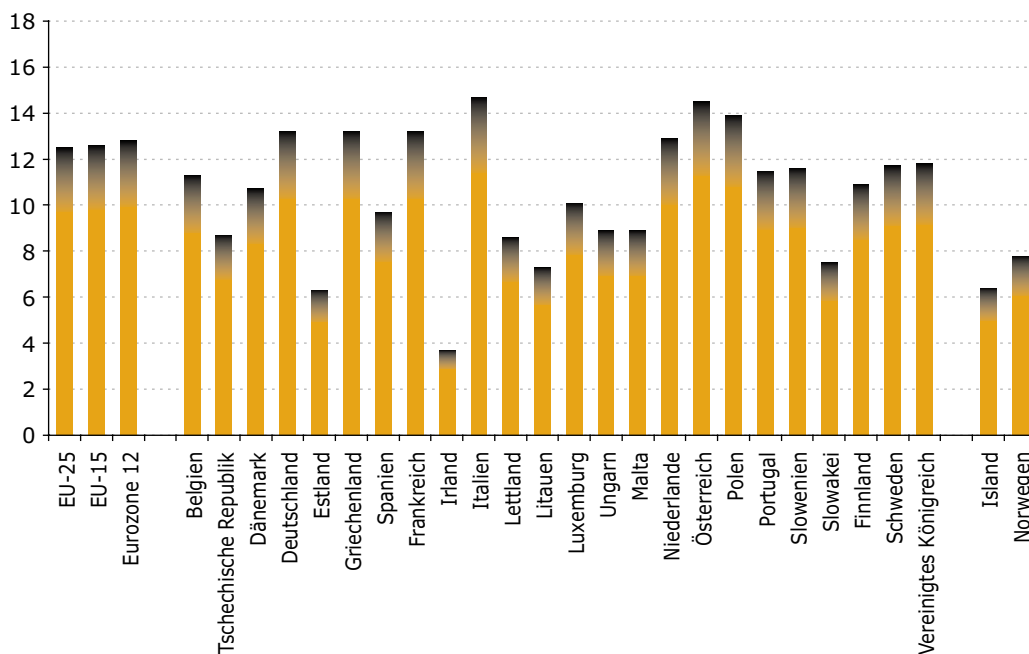
Geschätzte Werte.

Die Einnahmen der Sozialschutzsysteme umfassen Sozialbeiträge, staatliche Zuweisungen und sonstige Einnahmen. Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind die von den Arbeitgebern erbrachten Aufwendungen zur Begründung der Anspruchsberechtigung auf Sozialleistungen für Arbeitnehmer, ehemalige Arbeitnehmer und ihre Unterhaltsberechtigten. Die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer untergliedern sich in tatsächliche und unterstellte Beiträge. Sie können von gebietsansässigen oder gebietsfremden Arbeitgebern gezahlt werden.

Die Rentenausgaben betragen 2001 in EU-25 12,5 % des BIP. Am höchsten waren die Ausgaben in Italien (14,7 % des BIP), am niedrigsten in Irland (3,7 % des BIP). Darüber hinaus stellen die Renten in den meisten europäischen Ländern den bedeutendsten Posten unter den Sozialschutzausgaben dar.

Rentenausgaben im Jahr 2001

In % des BIP; zu jeweiligen Preisen



Enthält vorläufige Werte; EU-25, EU-15, Eurozone: geschätzte Werte.

Das Aggregat „Renten“ umfasst lediglich einen Teil der Geldleistungen der Funktionen Invaliddität/Gebrechen, Alter, Hinterbliebene und Arbeitslosigkeit. Es ist definiert als die Summe folgender Sozialleistungen: Invaliditätsrenten, Vorruhestandsgeld aufgrund einer geminderten Erwerbsfähigkeit, Altersruhegeld, Frührente, Teilrente, Hinterbliebenenrente, Arbeitslosigkeit.



Wirtschaft

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen 141-160

Preise und Löhne 161-172

Zahlungsbilanz 173-184

Internationaler Warenverkehr 185-194





Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen



Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Mittel zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bieten einen umfassenden und konsistenten Rahmen zur Beurteilung von Niveau und Struktur der wirtschaftlichen Aktivität. Dieser Kontenrahmen stellt eine Reihe zentraler makroökonomischer Statistiken bereit, darunter das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das Bruttonationaleinkommen (BNE), Produktion und Wertschöpfung, Verbrauch, Investitionen und die Außenbilanz für Waren und Dienstleistungen.

Die Gesamtrechnungen beleuchten sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite einer Volkswirtschaft. Sie werden auf Ebene der Regionen, der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union insgesamt erstellt. Die VGR zeigen, welche Sektoren der Wirtschaft von besonderer Bedeutung für das BIP und das Wirtschaftswachstum sind, welcher Teil des in ökonomischen Prozessen erwirtschafteten Einkommens in Unternehmen verbleibt und welcher Betrag Haushalten und dem Staat zur Verfügung steht, in welchen Anteilen das verfügbare Einkommen

auf Konsumgüter und Investitionen verwendet wird und wie hoch das Sparvolumen ist.

Diese Eigenschaften machen die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen insbesondere für ökonomische Analyse, Entscheidungsunterstützung und Politikfindung bedeutsam.

ESVG 95 – ein gemeinsamer Standard für die VGR in Europa

In Europa werden die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gemäß vollständig harmonisierten Normen erstellt, die im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) dargelegt sind. Das ESVG 95 ist Gegenstand der Verordnung (EG) 2223/96 des Rates, welche 1996 in Kraft trat und damit rechtlich verbindlichen Charakter für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat. Diese einheitliche Methodik gewährleistet volle Vergleichbarkeit der VGR zwischen verschiedenen Wirtschaftsräumen. Das ESVG 95 ist die europäische Version der entsprechenden weltweiten Empfehlungen, des System of National Accounts (SNA 93). Das SNA 93 wurde gemeinsam erstellt und veröffentlicht von den Vereinten Nationen, dem Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Kommission, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Weltbank.

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS)

Zu jeweiligen Preisen

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
EU-25	15 200	16 000	16 900	17 700	18 500	19 800	20 500	21 200	21 400 (f)	22 300 (f)	23 100 (f)	24 100 (f)
EU-15	16 900	17 700	18 600	19 400	20 400	21 700	22 500	23 200	23 300 (f)	24 300 (f)	25 100 (f)	26 100 (f)
Eurozone	17 000	17 800	18 600	19 500	20 400	21 700	22 200	22 700	22 800 (f)	23 700 (f)	24 500 (f)	25 400 (f)
Belgien	18 300	19 000	19 800	20 500	21 500	23 100	24 000	24 700	25 200	26 400 (f)	27 300 (f)	28 400 (f)
Tschechische Republik	10 700 (e)	11 500 (e)	11 700 (e)	11 800 (e)	12 200	12 800	13 500	14 300	15 000	15 900 (f)	16 800 (f)	17 800 (f)
Dänemark	19 000	20 100	21 300	22 000	23 600	25 100	25 800	25 700 (f)	26 100 (f)	27 200 (f)	28 300 (f)	29 400 (f)
Deutschland	18 200	18 900	19 500	20 200	21 000	22 100	22 500	23 000	23 100	24 000 (f)	24 600 (f)	25 400 (f)
Estland	5 400 (e)	5 900 (e)	6 800 (e)	7 400 (e)	7 600	8 600	9 200	9 900	10 400	11 200 (f)	12 200 (f)	13 200 (f)
Griechenland	11 000	11 500	12 200	12 700	13 300	14 300	15 100	16 400	17 300	18 400 (f)	19 200 (f)	20 100 (f)
Spanien	13 300	14 100	14 800	15 700	17 000	18 100	18 900	20 000	20 900 (f)	21 800 (f)	22 600 (f)	23 500 (f)
Frankreich	17 500	18 300	19 300	20 200	21 200	22 500	23 500	23 900	23 700	24 800 (f)	25 600 (f)	26 600 (f)
Irland	15 100	16 500	19 000	20 700	22 600	25 000	26 500	28 100	28 300	30 000 (f)	31 600 (f)	33 300 (f)
Italien	17 600	18 400	19 000	20 100	20 800	22 000	22 800 (e)	23 100 (e)	22 800 (f)	23 400 (f)	24 000 (f)	24 900 (f)
Zypern	13 100 (e)	13 600 (e)	14 100 (e)	14 900 (e)	15 700	17 000	18 300	17 700	17 600	18 200 (f)	19 000 (f)	19 900 (f)
Lettland	4 500 (e)	4 900 (e)	5 500 (e)	6 000 (e)	6 300	7 000	7 700	8 200	8 800	9 800 (f)	10 700 (f)	11 600 (f)
Litauen	5 200 (e)	5 700 (e)	6 300 (e)	6 900 (e)	7 000	7 600	8 300	9 000	9 800	10 700 (f)	11 600 (f)	12 600 (f)
Luxemburg	27 200	28 400	31 100	34 000	38 600	43 200	43 600	45 000	45 900	48 400 (f)	50 700 (f)	53 200 (f)
Ungarn	7 600 (e)	7 900 (e)	8 500 (e)	9 100 (e)	9 700	10 600	11 500	12 400	12 900	13 800 (f)	14 600 (f)	15 500 (f)
Malta	:	:	:	:	14 400	15 400	15 100	15 500	15 600	16 100 (f)	16 500 (f)	17 100 (f)
Niederlande	18 300	19 300	20 400	21 400	22 300	24 000	25 400	25 800	25 800	26 700 (f)	27 400 (f)	28 400 (f)
Österreich	19 700	20 700	21 400	22 100	23 500	25 300	25 400	25 900	26 100	27 100 (f)	28 000 (f)	29 000 (f)
Polen	6 200 (e)	6 800 (e)	7 400 (e)	7 900 (e)	8 500	9 100	9 400	9 700	9 800	10 600 (f)	11 300 (f)	12 000 (f)
Portugal	11 100	11 700	12 500	13 300	14 300	15 300	15 800	16 200	16 000	16 400 (f)	16 800 (f)	17 300 (f)
Slowenien	10 400 (e)	11 200 (e)	12 000 (e)	12 700 (e)	13 700	14 500	15 300	15 900	16 400	17 500 (f)	18 500 (f)	19 600 (f)
Slowakei	6 800 (e)	7 400 (e)	8 000 (e)	8 400 (e)	8 700	9 500	10 000	10 900	11 200	12 000 (f)	12 900 (f)	13 800 (f)
Finnland	16 100	16 900	18 700	20 000	20 700	22 600	23 300	24 100	24 300	25 700 (f)	26 900 (f)	28 100 (f)
Schweden	18 000	18 800	19 600	20 300	21 900	23 700	23 800	24 300 (f)	24 600 (f)	25 900 (f)	27 100 (f)	28 200 (f)
Vereinigtes Königreich	16 800	17 900	19 200	20 100	21 000	22 500	23 600	24 900 (f)	25 500 (f)	26 800 (f)	28 000 (f)	29 200 (f)
Bulgarien	4 700 (e)	4 500 (e)	4 400 (e)	4 700 (e)	4 900	5 300	5 800	6 100	6 400 (f)	6 900 (f)	7 500 (f)	8 000 (f)
Kroatien	5 700 (e)	6 400 (e)	7 000 (e)	7 500 (e)	7 400 (e)	8 200 (e)	8 600 (e)	9 300 (e)	9 700 (e)	10 300 (f)	10 900 (f)	11 600 (f)
Rumänien	:	:	:	4 700	4 800	5 000	5 500	6 100	6 300	7 000 (f)	7 600 (f)	8 100 (f)
Türkei	4 600 (e)	5 000 (e)	5 500 (e)	5 700 (e)	5 500	6 000	5 400	5 600 (f)	5 900 (f)	6 400 (f)	6 800 (f)	7 200 (f)
Island	18 500	19 900	21 200	22 600	23 700	24 800	25 500	25 000 (f)	24 900 (f)	26 500 (f)	28 100 (f)	29 800 (f)
Norwegen	20 200	22 400	23 900	23 600	26 200	31 900	32 400	31 600 (f)	31 500 (f)	33 000 (f)	34 800 (f)	36 100 (f)
Kanada	19 000	20 200	21 100	21 200	21 600	22 900	23 400 (f)	23 800 (f)	24 400 (f)	26 600 (f)	27 300 (f)	28 300 (f)
Japan	23 400	24 700	26 200	27 500	29 000	30 700	31 200	32 200	32 900	35 500	37 100 (f)	38 500 (f)
Vereinigte Staaten	19 100	19 900	21 100	22 100	23 700	25 500 (f)	26 200 (f)	27 500 (f)	27 800 (f)	29 500 (f)	30 500 (f)	31 700 (f)

(f): Prognose, (e) : Geschätzte Werte.

Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) ist ein Indikator für die wirtschaftliche Lage eines Landes. Es entspricht dem Gesamtwert der produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich des Werts der Waren und Dienstleistungen, die bei ihrer Produktion als Vorleistungen verwendet werden. Wird das BIP in KKS (Kaufkraftstandards) ausgedrückt, so werden die Unterschiede der Preisniveaus zwischen den Ländern ausgeschaltet, und Berechnungen auf Pro-Kopf-Basis ermöglichen den Vergleich von Volkswirtschaften von erheblich unterschiedlicher absoluter Größe.

Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) ist ein Indikator für die gesamtwirtschaftliche Lage eines Landes. Es ist gleich dem Wert aller Waren und Dienstleistungen, die entweder konsumiert, investiert, auf Lager gelegt oder exportiert wurden, abzüglich des Wertes importierter Waren und Dienst-

leistungen. Um Volkswirtschaften unterschiedlicher Größe und mit unterschiedlichen Preisniveaus vergleichen zu können, hat Eurostat den Indikator „BIP je Einwohner in KKS“ berechnet.



Gesamtwirtschaftliche Leistung

Eurostat-Daten

Eurostat liefert ein breites Angebot von Informationen zur gesamtwirtschaftlichen Leistung, untergliedert nach den einzelnen Wirtschaftszweigen:

- Landwirtschaft, Jagd und Forstwirtschaft
- Fischerei und Fischzucht
- Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- Herstellung von Waren
- Energie- (Elektrizität, Gas usw.) und Wasserversorgung
- Bau
- Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- Unternehmensbezogene und Finanzdienstleistungen
- Sonstige Dienstleistungen

Das BIP: Ergebnis der gesamten Produktionstätigkeit

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Marktpreisen ist ein Maß für das Ergebnis der Produktionstätigkeit der gebietsansässigen produzierenden Einheiten. Es lässt sich auf drei Wegen ermitteln:

- Das BIP ist gleich der Summe der Bruttowertschöpfung der institutionellen Sektoren oder Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen (Output-Konzept).
- Das BIP ist gleich der gesamten letzten Verwendung von Waren und Dienstleistungen durch gebietsansässige institutionelle Einheiten (Konsum und Bruttoinvestitionen) zuzüglich der Exporte und abzüglich der

Importe von Waren und Dienstleistungen (Ausgabenkonzept).

- Das BIP ist gleich den auf der Verwendungsseite des Einkommensentstehungskontos der gesamten Volkswirtschaft ausgewiesenen Positionen (Arbeitnehmerentgelt, Netto-Produktions- und Importabgaben, Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigen-einkommen der gesamten Volkswirtschaft) (Einkommenskonzept).

In diesen Tabellen entspricht es dem Gesamtwert der von einer Volkswirtschaft produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich Vorleistungen zuzüglich Gütersteuern und abzüglich Gütersubventionen. Bewertung zu konstanten Preisen heißt, dass Strom- und Bestandsgrößen einer Periode zu Preisen einer Referenzperiode bewertet werden.



BIP pro Kopf

Das BIP, insbesondere das BIP pro Kopf, ist einer der wichtigsten Indikatoren für die Wirtschaftsanalyse sowie für räumliche und/oder zeitliche Vergleiche.

Um diese internationalen Vergleiche zu vereinfachen, werden die in nationaler Währung des jeweiligen Mitgliedstaats angegebene BIP-Beträge mit Hilfe des amtlichen Wechselkurses in eine gemeinsame Währung umgerechnet (bis 1998 Ecu, ab Anfang 1999 Euro). Der Wechselkurs spiegelt jedoch nicht zwangsläufig die tatsächliche Kaufkraft der einzelnen Landeswährung wider.

Um die aus den Unterschieden im Preisniveau resultierenden Unterschiede zu beseitigen, werden Kaufkraftparitäten (KKP) errechnet und

als Umrechnungsfaktor verwendet (Wechselkurs Landeswährung: KKS, Kaufkraftstandards). Diese Paritäten erhält man aus dem gewichteten Durchschnitt der Preisrelationen eines homogenen Waren- und Dienstleistungskorbs, der für alle Mitgliedstaaten vergleichbar und repräsentativ ist.

Die solchermaßen ermittelten „vergleichbaren Volumenwerte“ des BIP werden folglich in KKS angegeben.

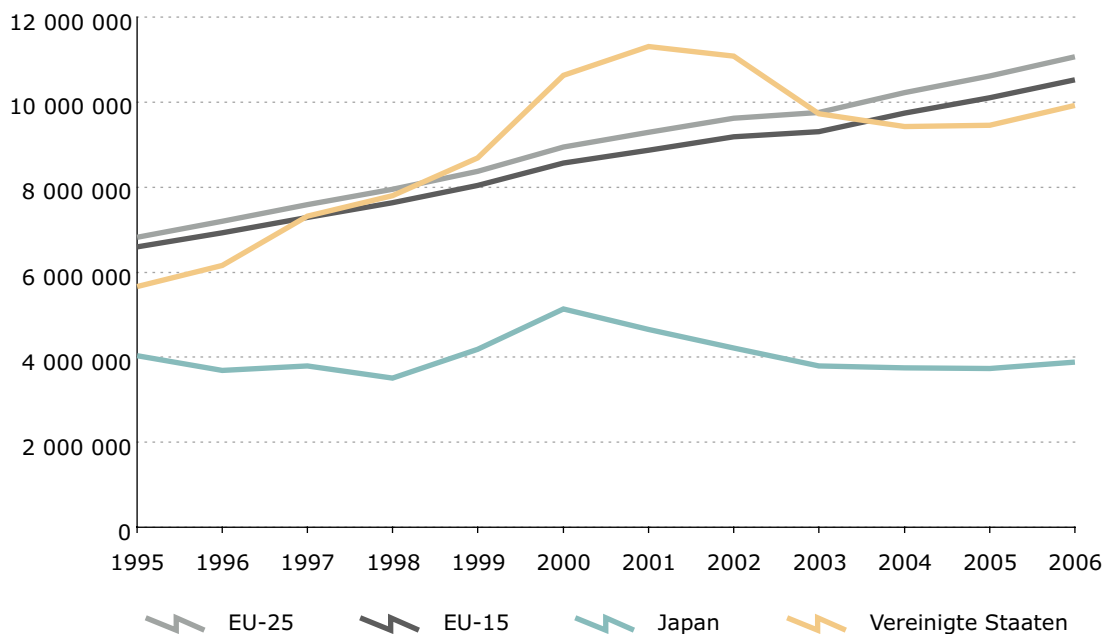
abzüglich dem Wert aller für ihre Erzeugung verbrauchten Waren und Dienstleistungen. Abschreibungen auf Anlagegüter werden hierbei nicht berücksichtigt. Die Bruttowertschöpfung wird von dem Wirtschaftszweig ermittelt, der sie erzeugt hat.

Bei der Berechnung der Wertschöpfung werden die Produktion zu Basispreisen und die Vorleistungen zu Anschaffungspreisen bewertet; folglich muss zur Wertschöpfung die Differenz zwischen Produktsteuern minus Produktsubventionen addiert werden. Das mit dieser Gleichung ermittelte BIP wird sodann zu Marktpreisen bewertet.

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung ist definiert als der Wert aller neu erzeugten Waren und Dienstleistungen

Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Marktpreisen
In Mio. ECU/EUR

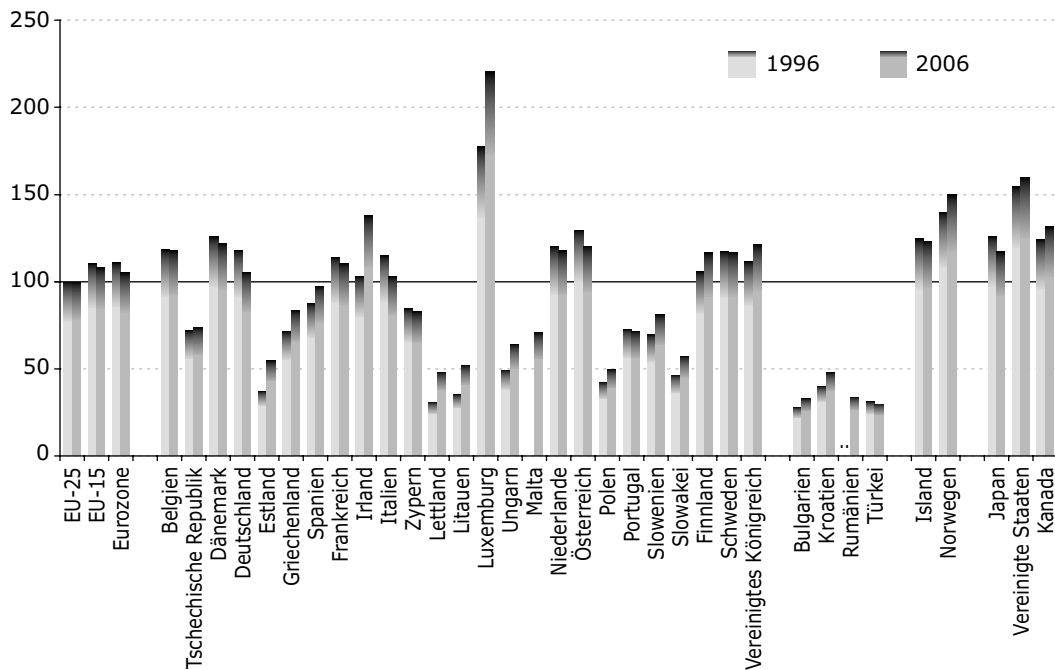


2005 und 2006: Prognose.

Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) ist ein Indikator für die wirtschaftliche Lage eines Landes. Es entspricht dem Gesamtwert der produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich des Werts der Waren und Dienstleistungen, die bei ihrer Produktion als Vorleistungen verwendet werden. Wird das BIP in KKS (Kaufkraftstandards) ausgedrückt, so werden die Unterschiede der Preisniveaus zwischen den Ländern ausgeschaltet, und Berechnungen auf Pro-Kopf-Basis ermöglichen den Vergleich von Volkswirtschaften von erheblich unterschiedlicher absoluter Größe.



BIP pro Kopf in KKS 1996 und 2006
EU-25 = 100

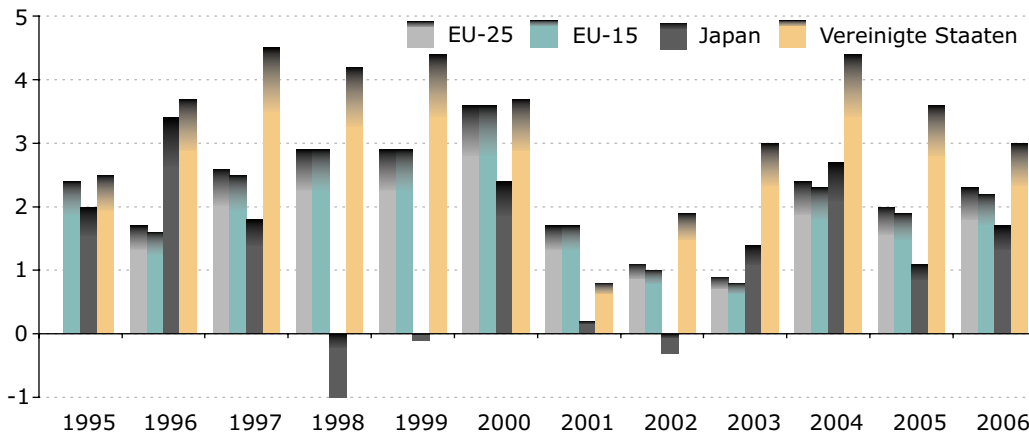


1996: Geschätzte Werte; 2006: Prognose.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit in einer Volkswirtschaft. Es ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Der Volumenindex des BIP in Kaufkraftstandards (KKS) pro Kopf wird relativ zum Durchschnitt der Europäischen Union (EU-25), der zu 100 gesetzt ist, ausgedrückt. Ist der Indexwert eines Landes größer als 100, so hat dieses Land ein BIP pro Kopf über dem EU-Durchschnitt (und umgekehrt). Die zugrunde liegenden Zahlen sind in KKS ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveauunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt. Man beachte, dass dieser Index EU-25 = 100 auf der Basis von KKS primär für Vergleiche zwischen Ländern und nicht für Periodenvergleiche gedacht ist.

Reale Wachstumsrate des BIP

Wachstumsrate des BIP in konstanten Preisen (1995) – Veränderung in Prozent des Vorjahres

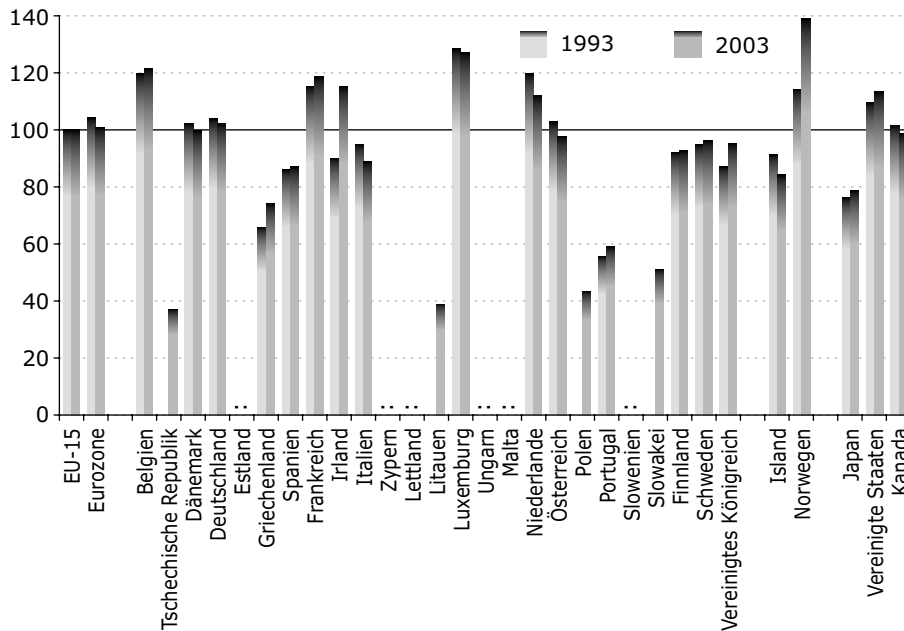


2005 und 2006: Prognose.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit in einer Volkswirtschaft. Es ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Die Jahreswachstumsrate des BIP zu konstanten Preisen soll einen Eindruck von der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl über die Zeit als auch im Vergleich von Volkswirtschaften unterschiedlicher Größe geben. Die Wachstumsrate wird auf Grundlage von Angaben in konstanten Preisen berechnet, da diese die reine Volumenentwicklung widerspiegeln, also nicht durch Preisänderungen (Inflation) aufgebläht werden.

Arbeitsproduktivität in den Jahren 1993 und 2003

BIP in Kaufkraftstandards (KKS) pro Arbeitsstunde
im Verhältnis zu EU-15 (= 100)

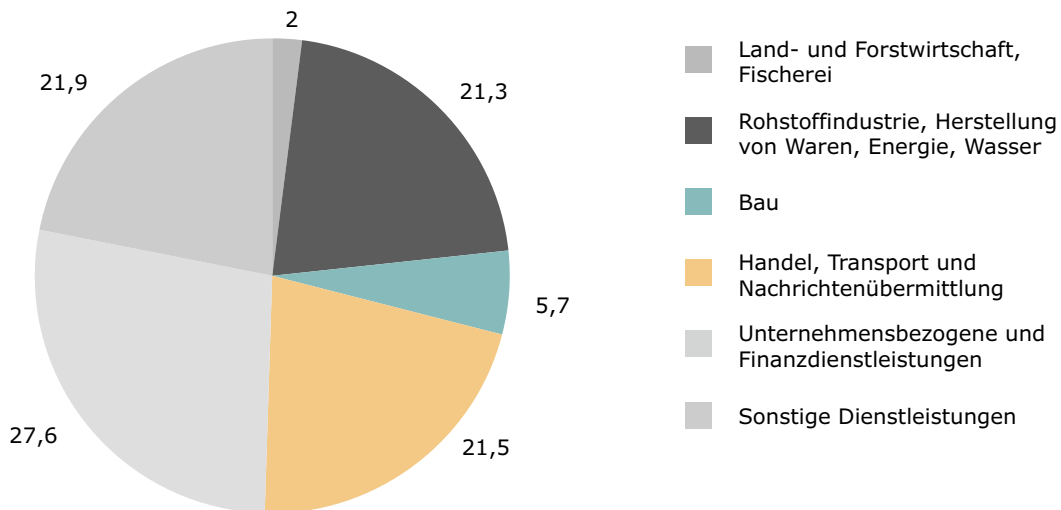


1993: Schätzwerte, 2003: Prognose.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit in einer Volkswirtschaft. Es ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Das BIP in Kaufkraftstandards (KKS) je geleistete Arbeitsstunde wird relativ zum Durchschnitt der Europäischen Union (EU-15) ausgedrückt. Ist der Indexwert eines Landes größer als 100, so hat dieses Land ein BIP je geleistete Arbeitsstunde über dem EU-Durchschnitt (und umgekehrt). Die zugrunde liegenden Zahlen sind in KKS ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveauunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt. Produktivität pro geleistete Arbeitsstunde auszudrücken bereinigt dieses Maß um Unterschiede in Häufigkeit von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung.

Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftszweigen im Jahr 2004, in EU-25

Anteil an der Bruttowertschöpfung insgesamt in %; zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen



Die Bruttowertschöpfung ist ebenso wie das Bruttoinlandsprodukt ein Indikator für die wirtschaftliche Lage eines Landes. Die Bruttowertschöpfung unterscheidet sich vom Bruttoinlandsprodukt lediglich in Bezug auf die Berechnung, die zu Herstellerpreisen erfolgt, d. h., sie enthält nicht den Wert der Gütersteuern (abzüglich Gütersubventionen). Zu den Gütersteuern zählen insbesondere Steuern von der Art der Mehrwertsteuer.



Verbrauchsausgaben

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Private Konsumausgaben, d. h. die Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck
- Konsumausgaben des Staates
- Bruttoanlageinvestitionen einschließlich einer Untergliederung der Investitionsprodukte
- Vorratsveränderungen
- Außenbeitrag, d. h. die Differenz zwischen Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen

Zentraler Stellenwert für Struktur- und Konjunkturanalysen der Wirtschaft

Die Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu den Verbrauchsausgaben dienen der Europäischen Zentralbank und den Dienststellen der Kommission, insbesondere der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, als

wichtiges Instrument für strukturelle Wirtschaftsanalysen und politische Entscheidungen. Die entsprechenden vierteljährlichen Zeitreihen sind für Konjunkturanalysen und sich daraus ergebende politische Entscheidungen unverzichtbar. Auch im privaten Sektor sind die Reihen von großem Wert für unternehmerische Entscheidungen, insbesondere im Bereich der Finanzmärkte.



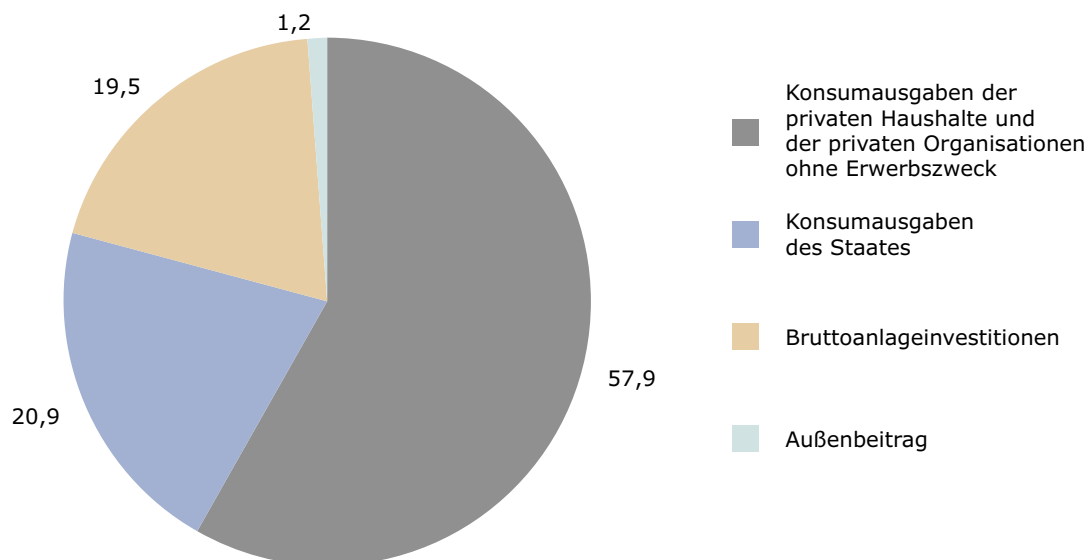
Dem Verwendungsansatz folgend zeigen die Tabellen in diesem Abschnitt, unterteilt nach groben Kategorien, wofür das BIP verwendet worden ist. Die zentralen inländischen Verwendungskategorien sind Konsum auf der einen und Investition auf der anderen Seite; darüber hinaus kann inländische Produktion auch exportiert werden. Gegenstück zu den Exporten sind die Importe, die konsumiert oder investiert werden können, ohne Ergebnis inländischer Produktionsprozesse zu sein. Exporte minus Importe, also der Außenbeitrag, ist der Nettobeitrag des Außenhandels zum BIP.

— **Konsumausgaben der privaten Haushalte** umfassen die Ausgaben der privaten Haushalte und die der Organisationen ohne Erwerbszweck (NPISHs) für Waren und Dienstleistungen, die zur unmittelbaren Befriedigung individueller Bedürfnisse verwendet werden. Die NPISHs umfassen Organisationen ohne Erwerbszweck mit eigener Rechtspersönlichkeit, die als private sonstige Nichtmarktproduzenten privaten Haushalten dienen. Ihre Hauptmittel stammen, von etwaigen Verkaufserlösen abgesehen, aus freiwilligen Geld- oder Sachbeiträgen, die private Haushalte in ihrer Eigenschaft als Konsumenten leisten, aus Zahlungen des Staates sowie aus Vermögenseinkommen. Beispiele für Organisationen ohne Erwerbszweck im Dienst privater Haushalte sind Kirchen, Gewerkschaften und politische Parteien.

- **Konsumausgaben des Staates** umfassen zwei Ausgabenkategorien. Sie enthalten zum einen den Wert der Güter und Dienstleistungen, die vom Staat selbst produziert werden, jedoch ohne selbst erstellte Anlagen und Verkäufe, und zum anderen vom Staat auf dem Markt gekaufte Güter, die ohne irgendwelche Umwandlungen als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten zur Verfügung gestellt werden.
- Bruttoanlageinvestitionen **umfassen den Erwerb abzüglich der Veräußerungen von Anlagegütern durch gebietsansässige Produzenten zuzüglich bestimmter Werterhöhungen an nichtproduzierten Vermögensgütern durch produktive Tätigkeiten.** Zum Anlagevermögen zählen produzierte Sachanlagen und produzierte immaterielle Anlagegüter, die wiederholt oder kontinuierlich länger als ein Jahr in der Produktion eingesetzt werden.
- **Vorratsveränderungen** erfassen den Wert der Vorratzugänge abzüglich des Wertes der Abgänge (einschließlich regelmäßiger Verluste) vom Vorratsbestand.
- **Außenbeitrag:** Importe werden auf der Aufkommenseite (mit negativem Vorzeichen), Exporte auf der Verwendungsseite des Kontos (mit positivem Vorzeichen) gebucht. Die Differenz zwischen Aufkommen und Verwendung ist der Kontensaldo, der als Außenbeitrag bezeichnet wird.

Verwendungen des BIP in der EU-25 im Jahr 2004

In % des BIP insgesamt

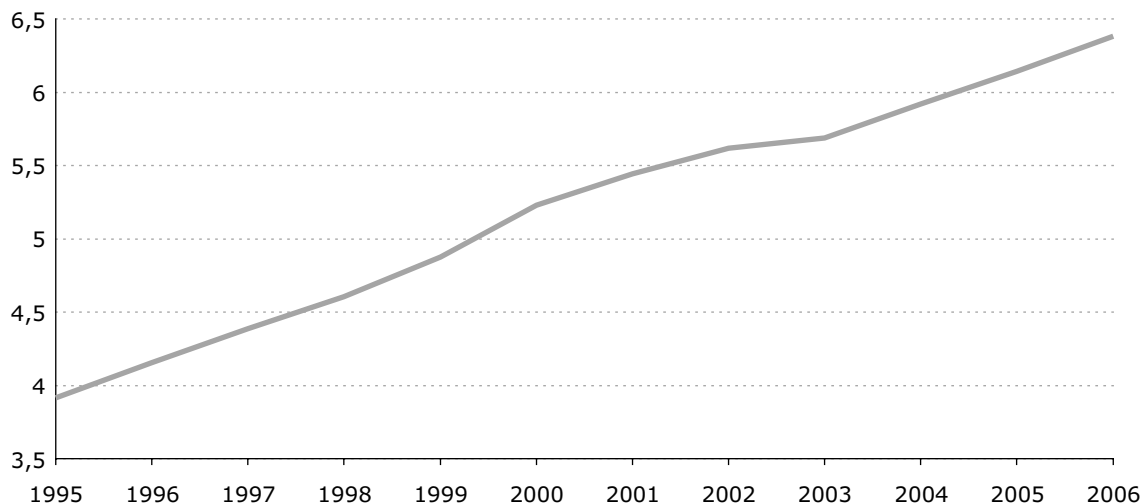


Im Jahr 2004 gab es in der EU-25 eine positive Veränderung der Vorratsveränderungen von rund 0,5 % des BIP. Geschätzte Werte.



Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck

In Billionen EUR



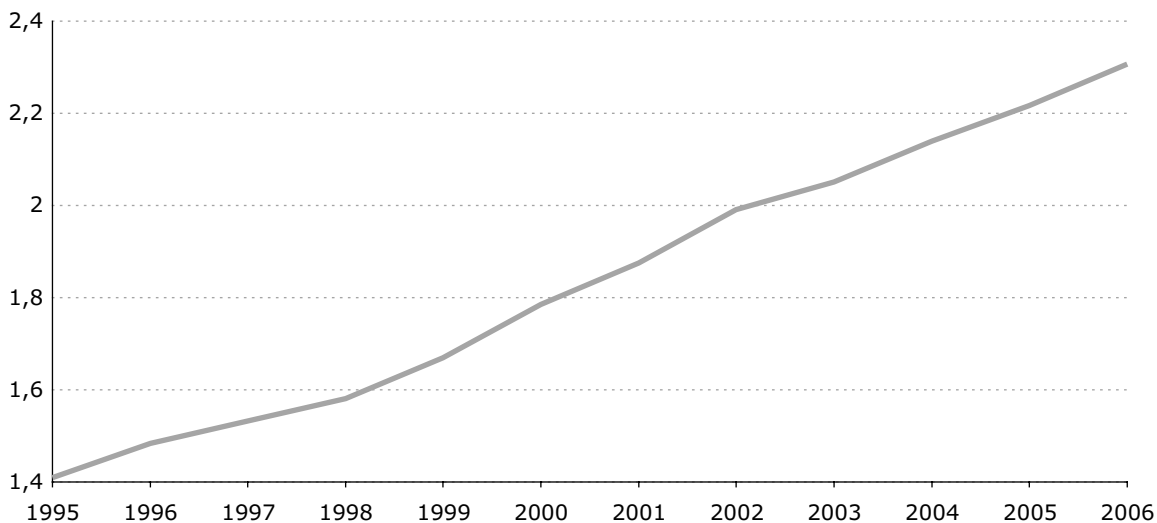
2005 und 2006: Prognose.

2004 wurden 57,9 % des BIP der heutigen EU-25 von den privaten Haushalten und den Organisationen ohne Erwerbszweck für Konsumzwecke ausgegeben. Dieser Anteil blieb über einige Zeit stabil und erreichte 2001 mit 58,6 % des BIP seinen Höchststand. In den einzelnen Mitgliedstaaten variierten 2003 die Anteile zwischen 66,8 % für Griechenland und 41,9 % für Luxemburg.

Die Konsumausgaben des Staates betrugen im Jahr 2004 20,9 % des BIP von EU-25, damit stieg sein Anteil am Gesamt-BIP zum ersten Mal seit 1998 nicht. Für Schweden betrug der Anteil 28,3 % des BIP, für Irland 15,8 %.

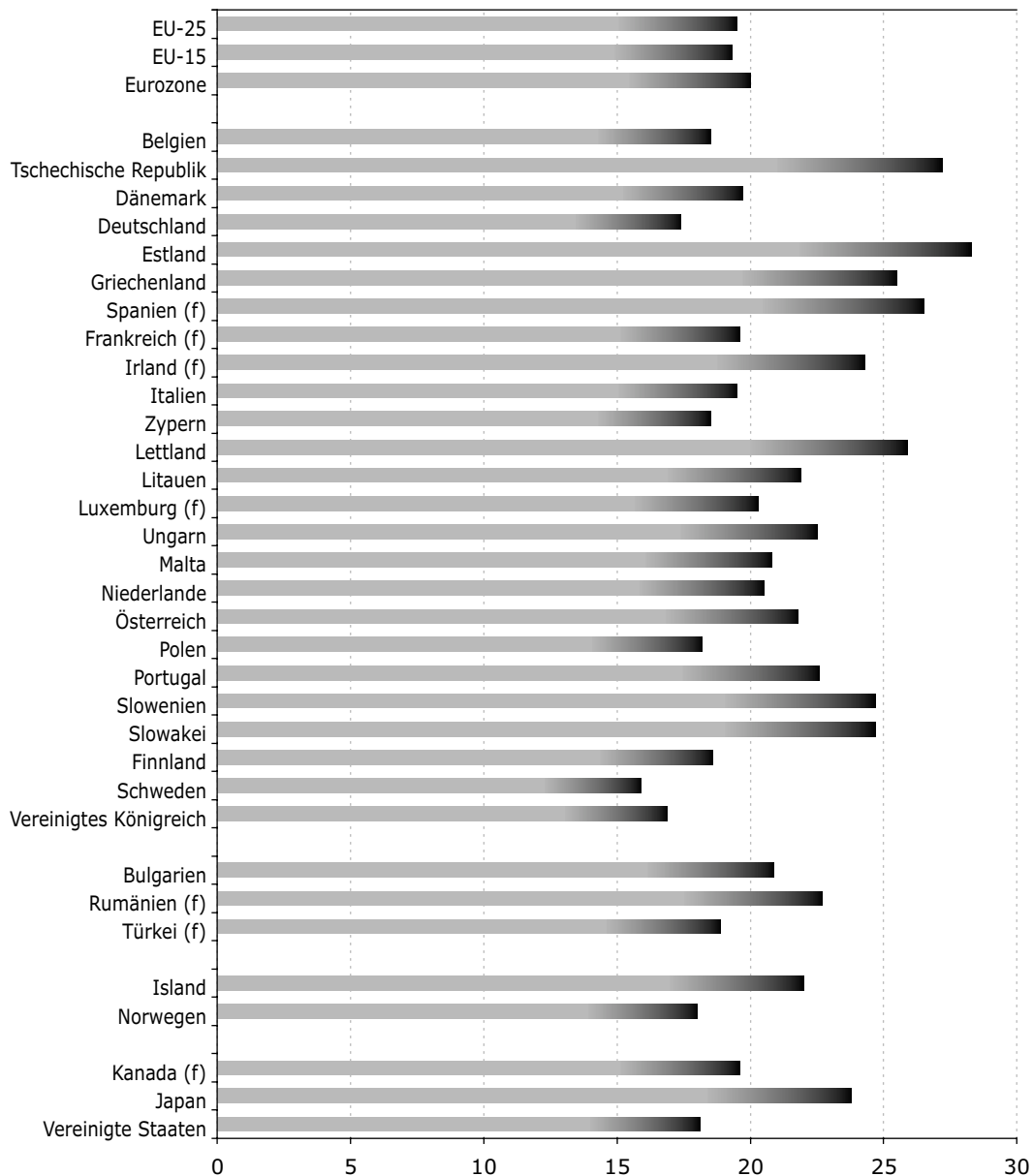
Konsumausgaben des Staates, EU-25

In Billionen EUR



2005 und 2006: Prognose.

Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2004
Anteil am BIP in %



(f): Prognose.

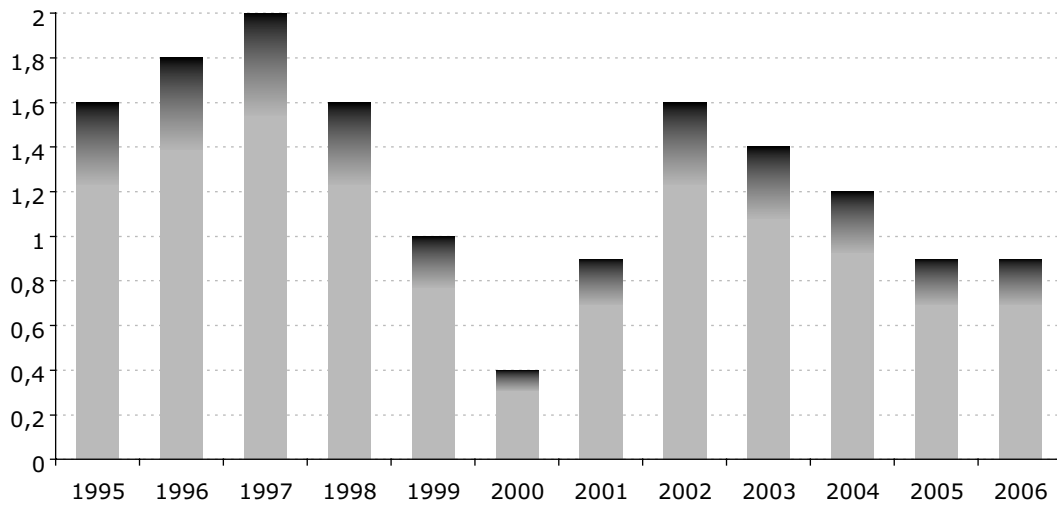
Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen den Erwerb abzüglich der Veräußerungen von Sachanlagen und immateriellen Anlagegütern durch gebietsansässige Produzenten. Dazu zählen insbesondere Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Wohnbauten und sonstige Bauten.

Die Bruttoanlageninvestitionen lagen 2004 bei 19,5 % des BIP von EU-25 und damit höher als 2003 (19,2 %), jedoch deutlich unter dem Spitzenwert von 2000 (20,7 %).

Investitionen, als Anteil am BIP, verzeichneten den höchsten Wert in Estland und den niedrigsten im Vereinigten Königreich.

**Außenbeitrag der Waren und Dienstleistungen, EU-25**

Anteil am BIP in %



2005 und 2006: Prognose.

Der Saldo der Waren- und Dienstleistungsverkehrsbilanz von EU-25 ist traditionell positiv. Er erreichte 2004 +1,2 % des BIP. Luxemburg erzielte 2003 den höchsten Überschuss (+18,7 %), kurz dahinter folgte Irland (+15,4 %), während das höchste Defizit für Lettland verzeichnet wurde (-12,8 %).



Einkommen der Produktionsfaktoren

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Arbeitnehmerentgelt einschließlich Untergliederung nach Wirtschaftszweig
- Löhne und Gehälter einschließlich Untergliederung nach Wirtschaftszweig
- Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen
- Produktions- und Importabgaben
- Bruttonationaleinkommen
- Abschreibungen
- Verfügbares Einkommen
- Nettoersparnis der Volkswirtschaft
- Netto-Finanzierungsdefizit der Volkswirtschaft

Entscheidende Bedeutung für Wirtschaftsanalysen

Eurostat-Daten zum Einkommen der Produktionsfaktoren sind für Wirtschaftsanalysen innerhalb und außerhalb der Europäischen Kommission von großer Bedeutung. Typische Beispiele für die Verwendung dieser Daten sind Studien zur Wettbewerbsfähigkeit, zur Ungleichheit der Einkommensverteilung und zu langfristigen wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen. Zu den Nutzern außerhalb der Kommission gehören insbesondere wissenschaftliche Einrichtungen und Finanzinstitute.



Faktoreinkommen: Wie das BIP „erwirtschaftet“ wird

Voraussetzung für die Entstehung des BIP sind „Input-Faktoren“ wie Arbeit und Kapital, die bezahlt werden müssen. Das Einkommenskonzept zeigt das BIP, wie es auf die einzelnen Teilnehmer am Produktionsprozess aufgeteilt ist. Das BIP wird also dargestellt als die Summe aus:

- **Arbeitnehmerentgelt:** Dazu gehören sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von einem Arbeitgeber an einen Arbeitnehmer erbracht werden, und zwar als Entgelt für die von diesem im Bezugszeitraum geleistete Arbeit. Das Arbeitnehmerentgelt untergliedert sich in: (i) Bruttolöhne und -gehälter (in Form von Geld- und Sachleistungen); (ii) Sozialbei-

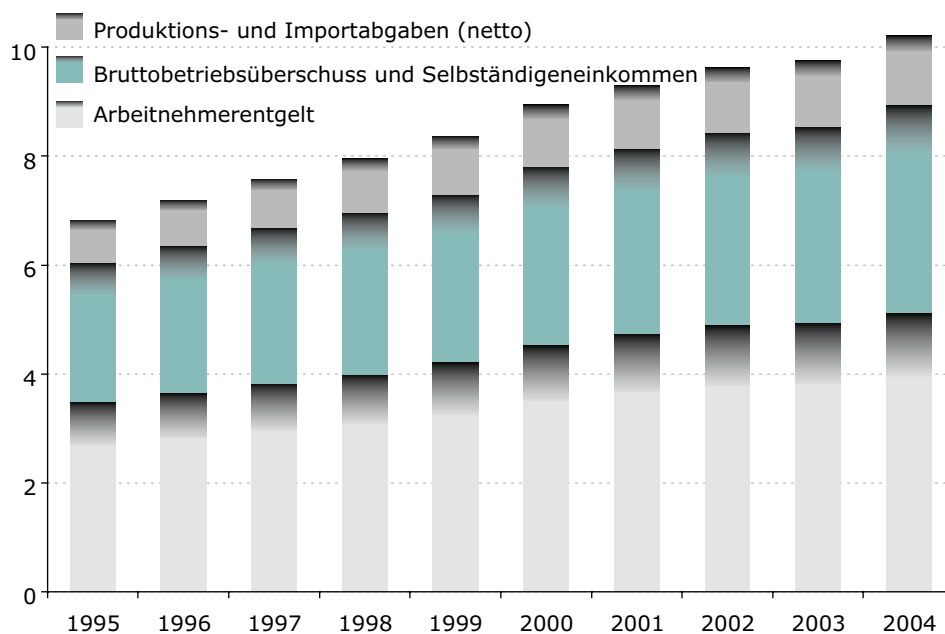
träge der Arbeitgeber (tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge);

- **Bruttobetriebsüberschuss:** Dabei handelt es sich um den Überschuss (oder das Defizit) aus den Produktionstätigkeiten vor Zinsen, Pachten, Entschädigungen, die die Produktionseinheit leistet oder empfängt.
- **Selbständigeneinkommen:** Dabei handelt es sich um die Vergütung für die vom Eigentümer von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (oder von Mitgliedern seiner Familie) geleistete Arbeit. Man spricht von Selbständigeneinkommen, da es sich nicht vom unternehmerischen Gewinn der Eigentümers unterscheiden lässt;

— **Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen:** Dabei handelt es sich um Zwangsabgaben an den Staat oder die Institutionen der Europäischen Union ohne Gegenleistung auf die Produktion und die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen, die Beschäftigung von Arbeitskräften oder das Eigentum an oder den Einsatz von Grundstücken, Gebäuden oder anderen im Produktionsprozess eingesetzten Aktiva.

Einkommen der Produktionsfaktoren, EU-25

In Billionen ECU/EUR; zu laufenden Preisen



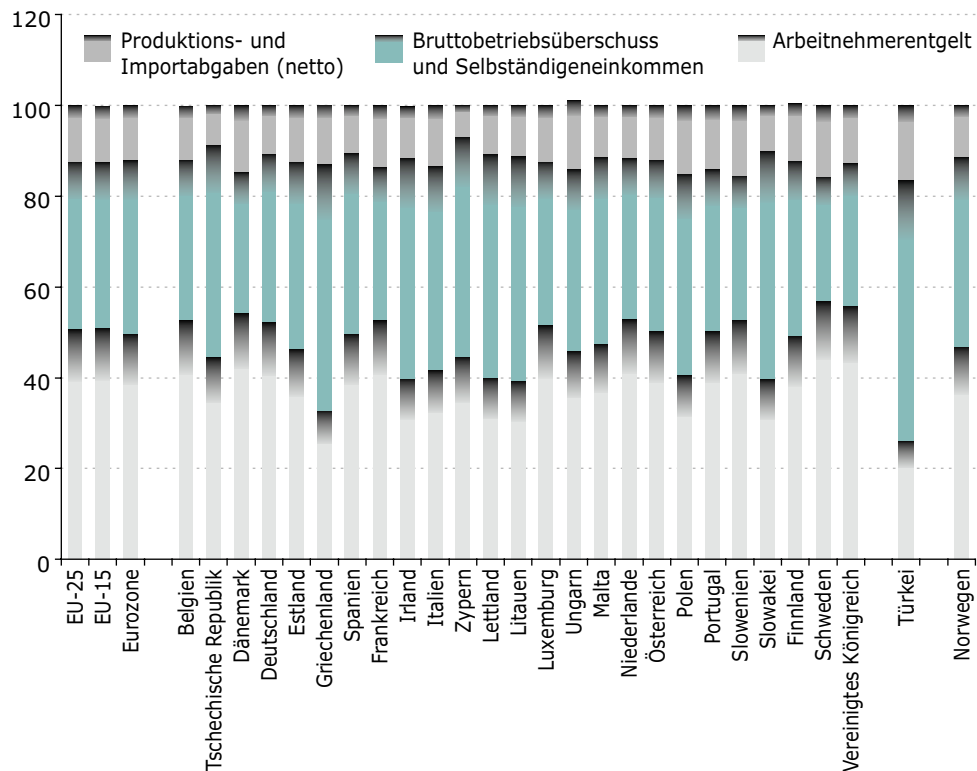
Je größer die Produktionsleistung („Output“) einer Volkswirtschaft ist, desto mehr Einkommen kann an die Faktoren verteilt werden, die den „Input“ für diese Produktion geliefert haben. Zwischen 1995 und 2004 ist das BIP von EU-25 (gemessen in jeweiligen Preisen) um beinahe die Hälfte gewachsen (49,6 %). Das Gesamteinkommen sowohl der Arbeitnehmer als auch der

Kapitaleigner ist ungefähr in gleichem Umfang gestiegen. Der Zuwachs beim Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen fiel indessen etwas höher aus (49,9 %) als beim „Arbeitnehmerentgelt“ (46,6 %). Im selben Zeitraum nahmen die Abgaben auf die Produktion und die Einfuhren um 62,4 % zu.



Einkommen der Produktionsfaktoren im Jahr 2003

Anteil am BIP in %



Es liegen keine Daten für das Arbeitnehmerentgelt für Island und keine Daten für Produktions- und Importgaben für Bulgarien vor.

Auf der Ebene der Mitgliedstaaten sind für 2003 bei den Anteilen der drei BIP-Bestandteile einige Unterschiede festzustellen. Beim Arbeitnehmerentgelt variiert der Anteil zwischen 32,9 % in Griechenland und 57,0 % in Schweden und beträgt für EU-25 50,8 %. Der höchste Anteil für den Bruttobetriebsüberschuss und das Selbstän-

digeneinkommen wird für Griechenland ermittelt (54,3 %), der niedrigste für Schweden (27,3 %); für EU-25 beträgt er 36,9 %. Schließlich bewegt sich der Anteil der Produktions- und Importgaben abzüglich Subventionen zwischen 15,7 % in Schweden und 6,8 % in Zypern; der Wert für EU-25 ist 12,3 %.



Öffentliche Finanzen

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Überschuss/ Defizit und Schuldenstand des Staates
- Gesamteinnahmen des Staates
- Produktions- und Importabgaben
- Einkommens- und Vermögensteuern
- Sozialbeiträge
- Gesamtausgaben des Staates
- Subventionen
- Monetäre Sozialleistungen (ohne soziale Sachtransfers)
- Konsumausgaben
- Bruttoanlageinvestitionen



Im „Verfahren bei einem übermäßigen Defizit“ ist vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten ihre Statistiken über das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand der Europäischen Kommission jeweils am 1. März und am 1. September eines jeden Jahres übermitteln. Eurostat erfasst die Daten und sorgt dafür, dass die Mitgliedstaaten die einschlägigen Vorschriften befolgen.

... mehr als nur eine Frage von Überschuss oder Defizit

Messung der öffentlichen Finanzen in der Europäischen Union und in der Eurozone ...

Die EU-Mitgliedstaaten sind sich darüber einig, dass die öffentlichen Finanzen auf einer soliden und dauerhaft tragfähigen Grundlage stehen müssen. Sie sind dazu angehalten, „übermäßige öffentliche Defizite“ zu vermeiden, d. h., das geplante oder tatsächliche öffentliche Defizit darf nicht mehr als 3 % und der öffentliche Schuldenstand nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen (es sei denn, es handelt sich um eine außergewöhnliche oder vorübergehende Überschreitung, oder die Quoten sind erheblich und kontinuierlich zurückgegangen). Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (Amsterdam, 1997) wurden die Vorschriften für die Haushaltsdisziplin verdeutlicht und verschärft.

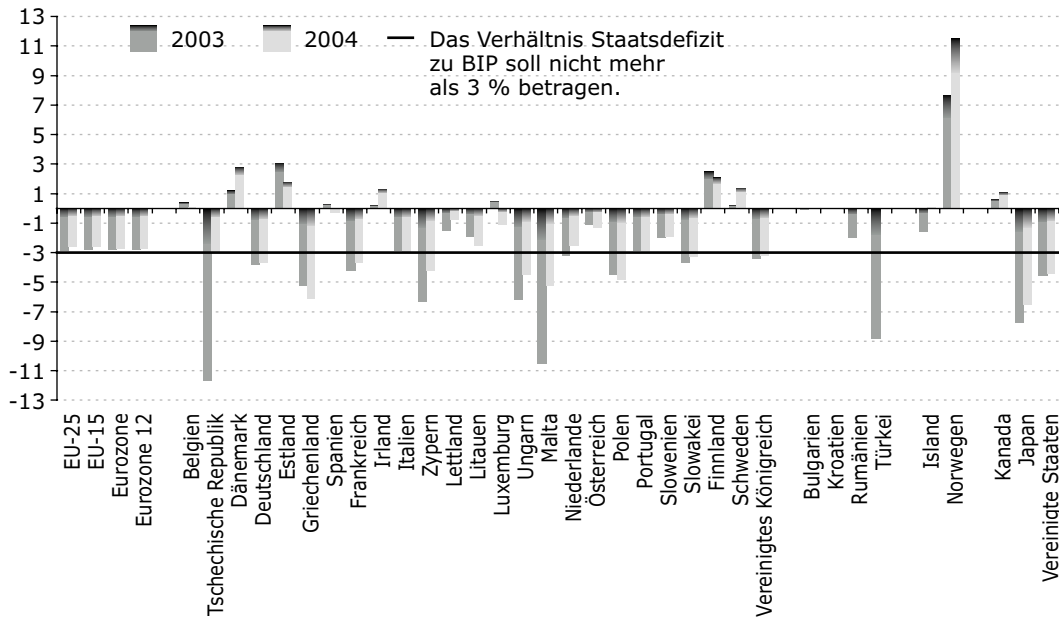
Statistiken über die öffentlichen Finanzen bieten eine Fülle weiterer Informationen über den Sektor Staat. Beispiele finden sich im Kasten „Daten von Eurostat“ am Anfang dieses Abschnitts.

Gemäß dem Übermittlungszeitplan des ESVG 95 liefern die Mitgliedstaaten Eurostat zweimal jährlich (Ende März und Ende August) die Daten zu den Hauptaggregaten für den Sektor Staat. Eine ausführliche Begriffserläuterung findet sich im Glossar.

Das in Relation zum BIP gemessene öffentliche Defizit von EU-25 hat sich zwischen 2003 und 2004 von 2,9 % auf 2,6 % verringert. In der Eurozone verminderte sich das Defizit 2004 geringfügig auf 2,7 % des BIP gegenüber 2,8 % im Vorjahr. Das Defizit Frankreichs und Deutschlands lag 2004 jeweils über 3 % (beide bei 3,7 % des BIP), und Griechenland verzeichnete das höchste Defizit in der EU (6,1 % vom BIP).

Öffentlicher Finanzierungssaldo

Nettofinanzierungssaldo des Staates in Prozent des BIP

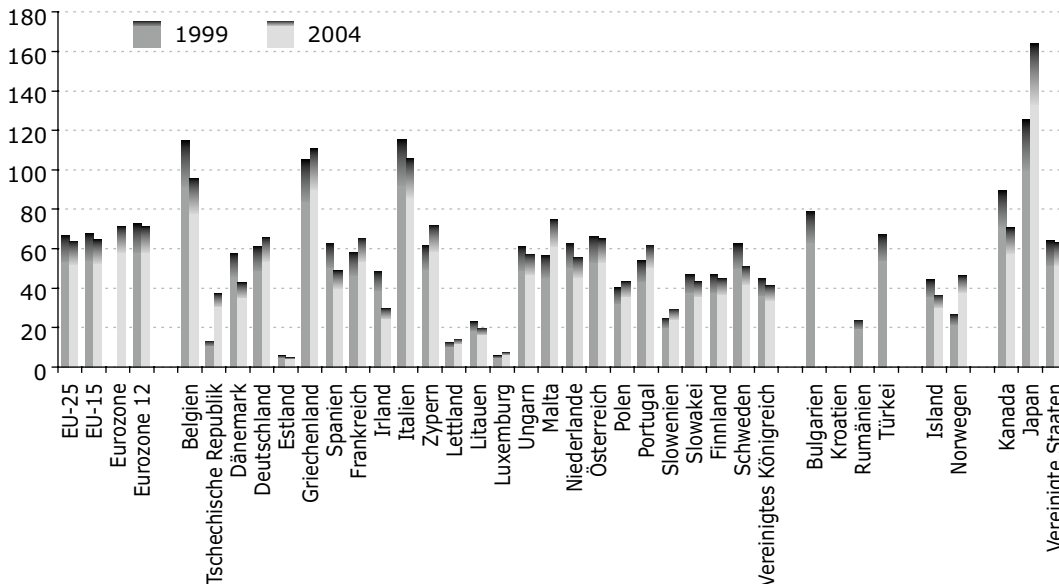


Bulgarien: -0,1 (2003); Island: 0,1 (2004).

Der Finanzierungssaldo (+/-) des Staates ist die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates. Der Sektor Staat gliedert sich in die Teilsektoren Bund (Zentralstaat), Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen. Das als gemeinsamer Nenner verwendete BIP ist das Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Marktpreisen.

Öffentlicher Schuldenstand

Konsolidierter Bruttoschuldenstand des Staates in Prozent des BIP



Quelle: Eurostat, OECD.

Es liegen keine Daten für Bulgarien, Rumänien und Türkei im Jahr 2004 vor.
Schweden, Dänemark, Österreich, EU-25, EU-15 und Eurozone (1999): revidierte Werte.

Der Sektor Staat gliedert sich in die Teilsektoren Bund (Zentralstaat), Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen. Das als gemeinsamer Nenner verwendete BIP ist das Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Marktpreisen. Als Schuldenstand gilt der Nominalwert (Nennwert), Fremdwährungsschulden werden zu Jahresend-Devisenmarktkursen in die Landeswährung umgerechnet (mit gesonderten Bestimmungen für Verträge). Die nationalen Daten für den Sektor Staat sind zwischen den Untersektoren konsolidiert. Die Grunddaten liegen in Landeswährung vor; für EU-Aggregate wurden die Landeswährungen anhand der von der Europäischen Zentralbank gelieferten Wechselkurse zum Jahresende in Euro umgerechnet.

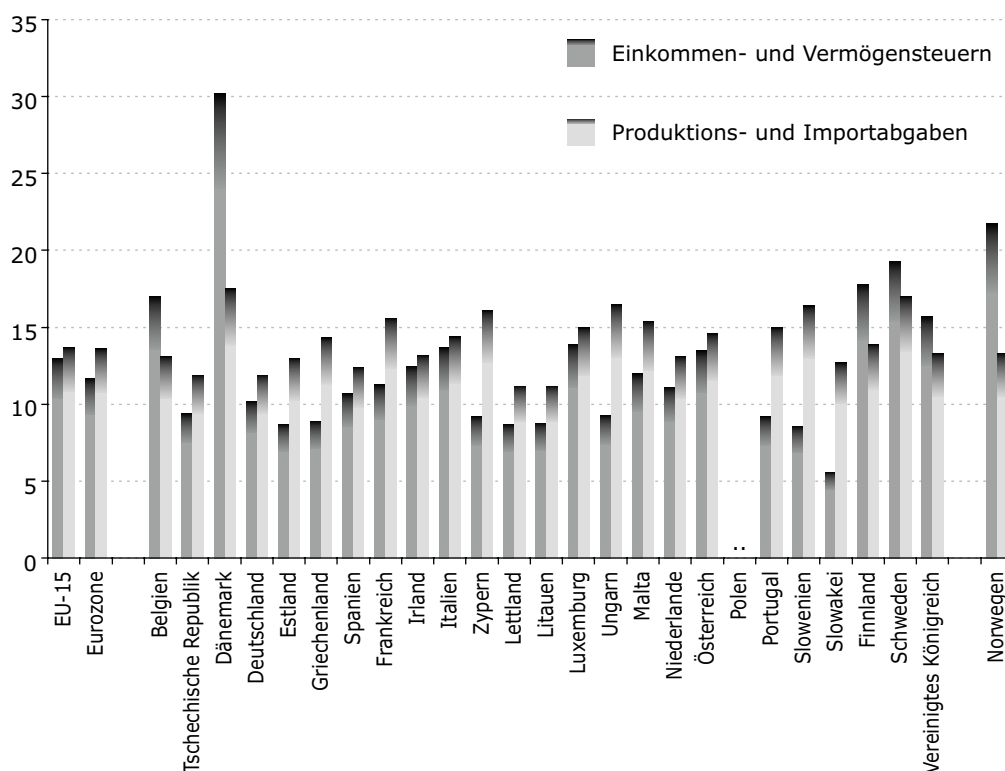


Der Bruttoschuldenstand des Sektors Staat erreichte 2004 63,8 % des BIP gegenüber 63,3 % im Jahr 2003. In der Eurozone bewegte sich der Anstieg in derselben Größenordnung – zwischen 70,8 % und 71,3 % des BIP. Die drei

baltischen Staaten sowie Luxemburg verzeichneten abermals den niedrigsten Schuldenstand (unter 20 % des jeweiligen BIP), während der Schuldenstand Italiens und Griechenlands nach wie vor mehr als 100 % vom BIP beträgt.

Einkommen- und Vermögensteuern sowie Produktions- und Importabgaben

An den Staat 2003 zu entrichtende Steuern; in % des BIP



Die Einkommen- und Vermögensteuern (Code D.5 ESVG 95) umfassen alle laufenden Zwangsabgaben in Form von Geld- oder Sachleistungen, die regelmäßig vom Staat und von der übrigen Welt ohne Gegenleistung auf Einkommen und Vermögen von institutionellen Einheiten erhoben werden. Eingeschlossen sind einige regelmäßig zu entrichtende Steuern, die weder auf das Einkommen noch auf das Vermögen erhoben werden. Nach dem ESVG 95 untergliedern sich die Einkommen- und Vermögensteuern in Einkommensteuern und sonstige direkte Steuern und Abgaben.

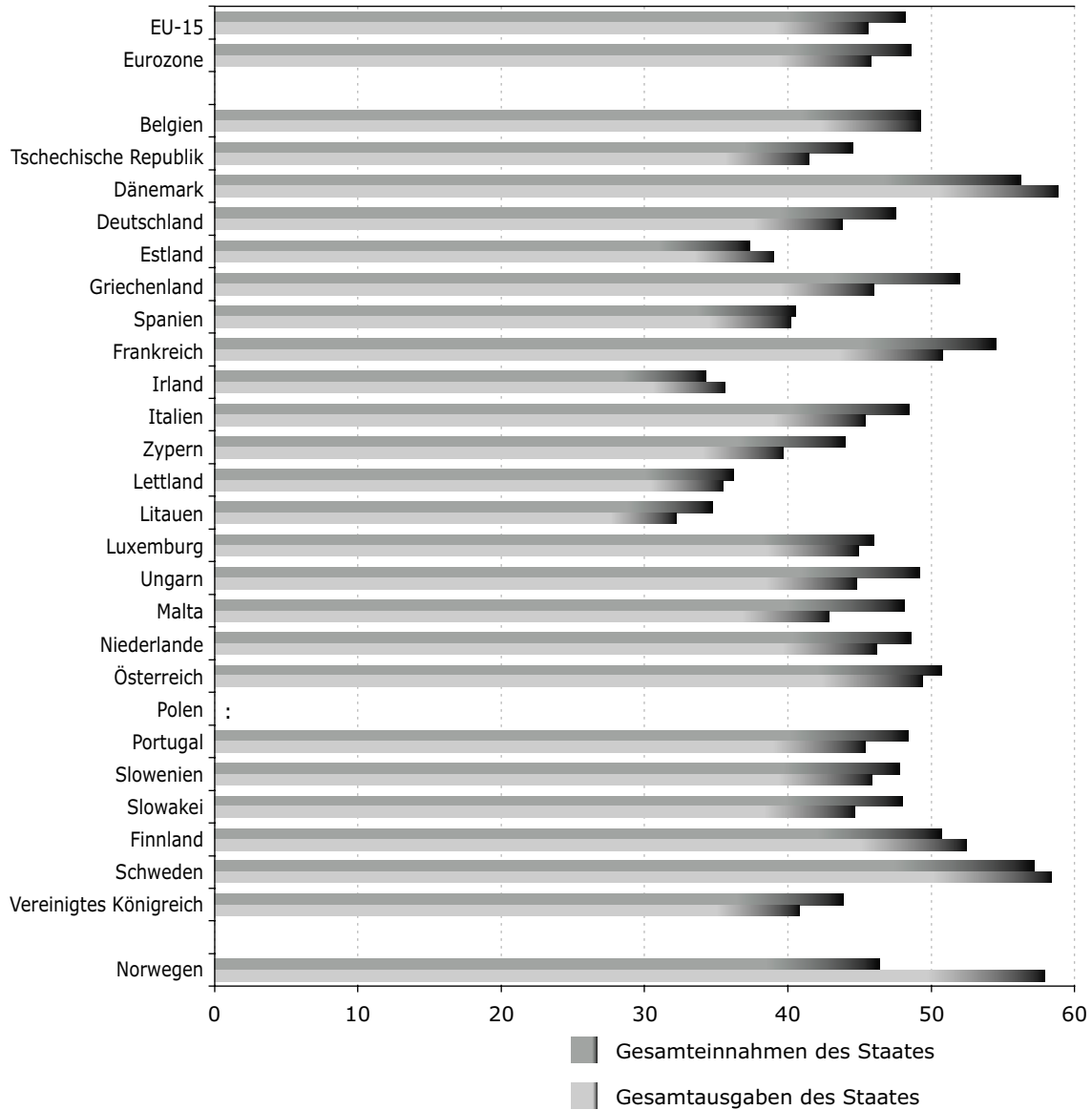
Produktions- und Importabgaben (Code D.2 ESVG 95) sind Zwangsabgaben in Form von Geld- oder Sachleistungen, die der Staat oder die EU-Institutionen ohne Gegenleistung auf die Produktion und die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen, die Beschäftigung von Arbeitskräften oder das Eigentum an oder den Einsatz von Grundstücken, Gebäuden oder anderen im Produktionsprozess eingesetzten Aktiva erheben. Nach dem ESVG 95 untergliedern sich die Produktions- und Importabgaben in Gütersteuern und sonstige Produktionsabgaben.

Die Bedeutung des Sektors Staat in der Volkswirtschaft lässt sich anhand des Prozentsatzes der Staatseinnahmen und -ausgaben am BIP messen. In der Eurozone betragen die Staatsein-

nahmen insgesamt im Jahr 2004 45,8 % des BIP, die Ausgaben 48,6 % des BIP. Für EU-25 lauten die entsprechenden Zahlen (für 2003) 45,6 bzw. 48,5 %.

Gesamteinnahmen und -ausgaben des Staates im Jahr 2003

In % des BIP



Die Gesamtausgaben des Staates sind in § 8.99 ESVG 95 unter Bezug auf eine Liste von Kategorien definiert: Vorleistungen, Bruttoinvestitionen, Arbeitnehmerentgelt, sonstige Produktionsabgaben, Subventionen, Vermögenseinkommen, Einkommen- und Vermögensteuern, monetäre Sozialleistungen, soziale Sachtransfers, die Ausgaben für Güter entsprechen, die von Marktproduzenten direkt an private Haushalte geliefert werden, sonstige laufende Transfers, Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Vermögenstransfers und Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern.

Die Gesamteinnahmen des Staates sind in § 8.99 ESVG 95 unter Bezug auf eine Liste von Kategorien definiert: Marktproduktion, Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung, Zahlungen für sonstige Nichtmarktproduktion, Produktions- und Importabgaben, sonstige zu empfangende Subventionen, Vermögenseinkommen, Einkommens- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge, sonstige laufende Transfers und Vermögenstransfers.

Die Mitgliedstaaten mit dem höchsten Staatsanteil am BIP sowohl bei den Einnahmen als auch den Ausgaben waren 2004 Dänemark und Schweden, diejenigen mit dem geringsten Anteil Irland, Lettland und Litauen. Die Hauptsteu-

erarten waren Einkommen- und Vermögensteuern, Abgaben auf die Produktion und die Einfuhren sowie Sozialbeiträge. Die Bedeutung der einzelnen Einkommensarten ist je nach Mitgliedstaat sehr unterschiedlich.



Verbraucherpreise

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (HVPI)
- Preisstabilität
- Preiskonvergenz
- Europäischer Verbraucherpreisindex (EVPI) – EU
- Verbraucherpreisindex der Europäischen Währungsunion (VPI-EWU) – Eurozone
- Konvergenzkriterien des Vertrags von Maastricht

HVPI: eine vergleichbare Messgröße für die Inflation in der Europäischen Union

Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (HVPI) bieten eine optimale Grundlage für statistische Vergleiche der Verbraucherpreisinflation in der Europäischen Union. Durch die verwendete Methodik ist gewährleistet, dass die Daten aus den einzelnen Mitgliedstaaten miteinander vergleichbar sind. Die HVPI werden von Eurostat monatlich, etwa 16 bis 18 Tage nach Ende des Berichtsmonats veröffentlicht. Die HVPI-Reihen beginnen Mitte der 90er Jahre und werden mit einem gemeinsamen Basisjahr (1996 = 100) dargestellt. Auch für die neuen Mitgliedstaaten liegen HVPI vor.

Erläuterungen zur Methodik sind auf der Internet-Seite von Eurostat abrufbar (<http://europa.eu.int/comm/eurostat> oder <http://forum.europa.eu.int/Public/irc/dsis/hiocp/library>).

Erfassungsbereich der HVPI

Die HVPI erfassen praktisch alle Arten von Haushaltsausgaben für Waren und Dienstleistungen (Konsumausgaben der privaten Haushalte). Ihr Erfassungsbereich folgt dem internationalen Klassifizierungssystem COICOP (Systematik des



individuellen Verbrauchs nach Verwendungszwecken), das speziell an die Erfordernisse der HVPI angepasst wurde.

Aggregierte Indizes

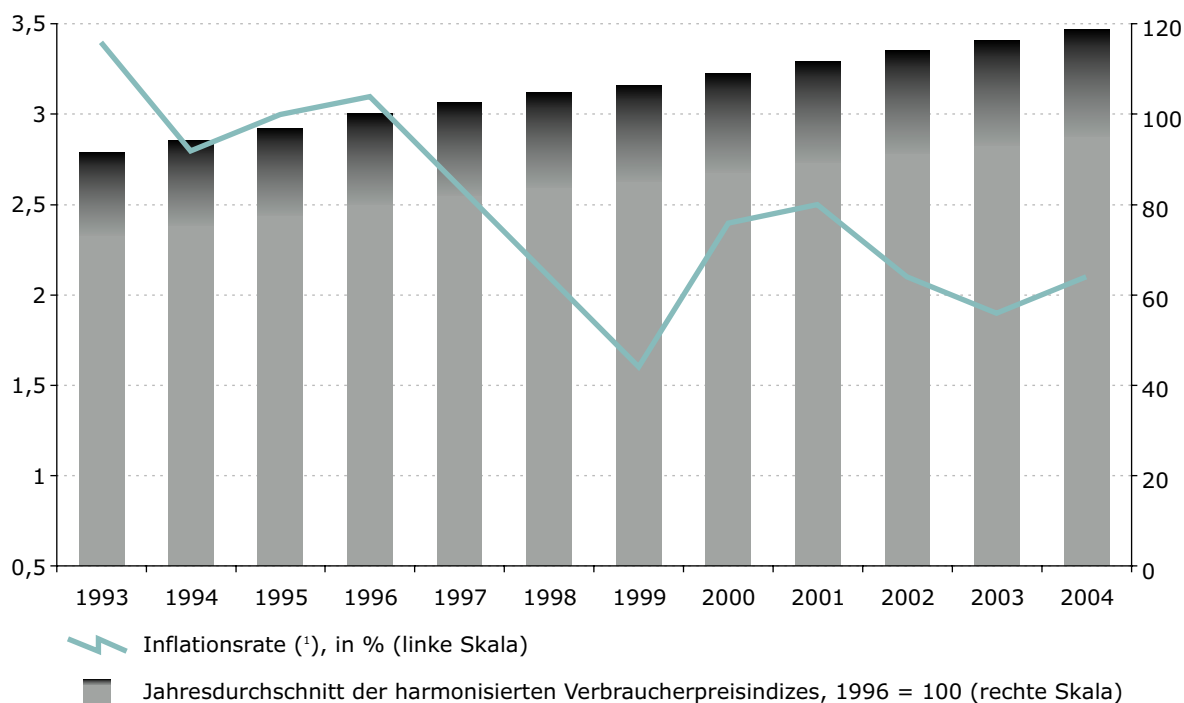
Auf der Basis der HVPI werden drei aggregierte Indizes erstellt: der Verbraucherpreisindex der Europäischen Währungsunion (VPI-EWU) für die Eurozone, der Europäische Verbraucherpreisindex (EVPI) für EU-15 und der Verbraucherpreisindex des Europäischen Wirtschaftsraums (VPI-EWR), in den zusätzlich Daten aus Island und Norwegen einfließen.

Die HVPI-Methodik bietet die Möglichkeit, die Ländergewichte jedes Jahr zu ändern: Für den VPI-EWU dient als Ländergewicht der Anteil der Konsumausgaben der privaten Haushalte des betreffenden Mitgliedstaats am Europäischen Währungsunions-Gesamtwert; für den EVPI und den VPI-EWR dient als Ländergewicht der Anteil der Konsumausgaben der privaten Haushalte des betreffenden Mitgliedstaats (Angabe in Euro) am Gesamtwert für die EU bzw. für den EWR. Bei den beiden letztgenannten Indizes werden die Ausgaben in Landeswährung anhand der Kaufkraftparitäten entsprechend umgerechnet. Der HVPI wird als jährlicher Kettenindex berechnet. Seit 1999 wird der VPI-EWU innerhalb des EVPI als eine Einheit behandelt.

Preisstabilität in der Eurozone

Seit der Einführung des Euro im Januar 1999 ist der VPI-EWU die Messgröße für die Beobachtung der Inflation in der EWU und für die Bewertung der Inflationskonvergenz. Da das vorrangige Ziel des Europäischen Systems der Zentralbanken die Preisstabilität ist, verwendet die Europäische Zentralbank (EZB) den VPI-EWU als einen wichtigen Indikator für geldpolitische Maßnahmen in der Eurozone. Nach der Definition der EZB ist Preisstabilität dann gegeben, wenn die jährliche Steigerungsrate im HVPI für die Eurozone mittelfristig nahe oder unter 2 % liegt.

Verbraucherpreisindizes in EU-25



(¹) Jahresdurchschnitt der Änderungsrate der harmonisierten Verbraucherpreisindizes.

Die harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI) sind für internationale Vergleiche der Verbraucherpreisinflation konzipiert. Sie werden beispielsweise von der Europäischen Zentralbank zur Überwachung der Inflation in der Wirtschafts- und Währungsunion und zur Bewertung des Konvergenzkriteriums für die Inflation nach Artikel 121 des EG-Vertrags verwendet.

Die Mitgliedstaaten der EU haben sich erfolgreich bemüht, ihre Inflation unter Kontrolle zu bringen. Die anhand der jährlichen durchschnittlichen Veränderungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex für die Mitgliedstaaten

der EU gemessene Inflation war in den 90er Jahren rückläufig und lag 1999 bei 1,7 %. Im Jahr 2000 zog die Inflation dann wieder an und stabilisierte sich 2003/2005 auf einem Niveau von rund 2 %.



Kaufkraftparitäten

Kaufkraftparitäten (KKP) werden zur Schätzung von Unterschieden im Preisniveau zwischen den Ländern herangezogen. Sie ermöglichen die Berechnung aussagefähiger Volumen- oder Preisniveauindikatoren, die für Ländervergleiche benötigt werden. KKP sind aggregierte Preisrelationen, die anhand eingehender Vergleiche der Preise von zahlreichen Produkten berechnet werden.

KKP dienen als:

- **Währungsumrechnungsfaktoren** zur Berechnung von Volumenmaßen, mit denen das Niveau der wirtschaftlichen Leistung, des Wohlstands, des Verbrauchs, der Investitionen, der Gesamtproduktivität sowie ausgewählter Staatsausgaben verglichen werden kann, oder als
- **Preismaße**, mit denen Preisniveau, Preiskonvergenz und Wettbewerbsfähigkeit verglichen werden können.

Eurostat erstellt mit Hilfe der KKP drei Datenreihen:

- **Niveaus und Indizes der realen Konsumausgaben:** Dies sind Volumenmaße, die den relativen Umfang der verglichenen Produktgruppen oder Aggregate angeben. Auf BIP-Ebene werden sie zum Vergleich der wirtschaftlichen Größe der Länder verwendet.
- **Niveaus und Indizes der realen Konsumausgaben pro Kopf:** Dies sind standardisierte Volumenmaße, die das relative Niveau der verglichenen Produktgruppen oder Aggregate angeben, nachdem die Unterschiede zwischen den Bevölkerungszahlen der einzelnen Länder herausgerechnet wurden.

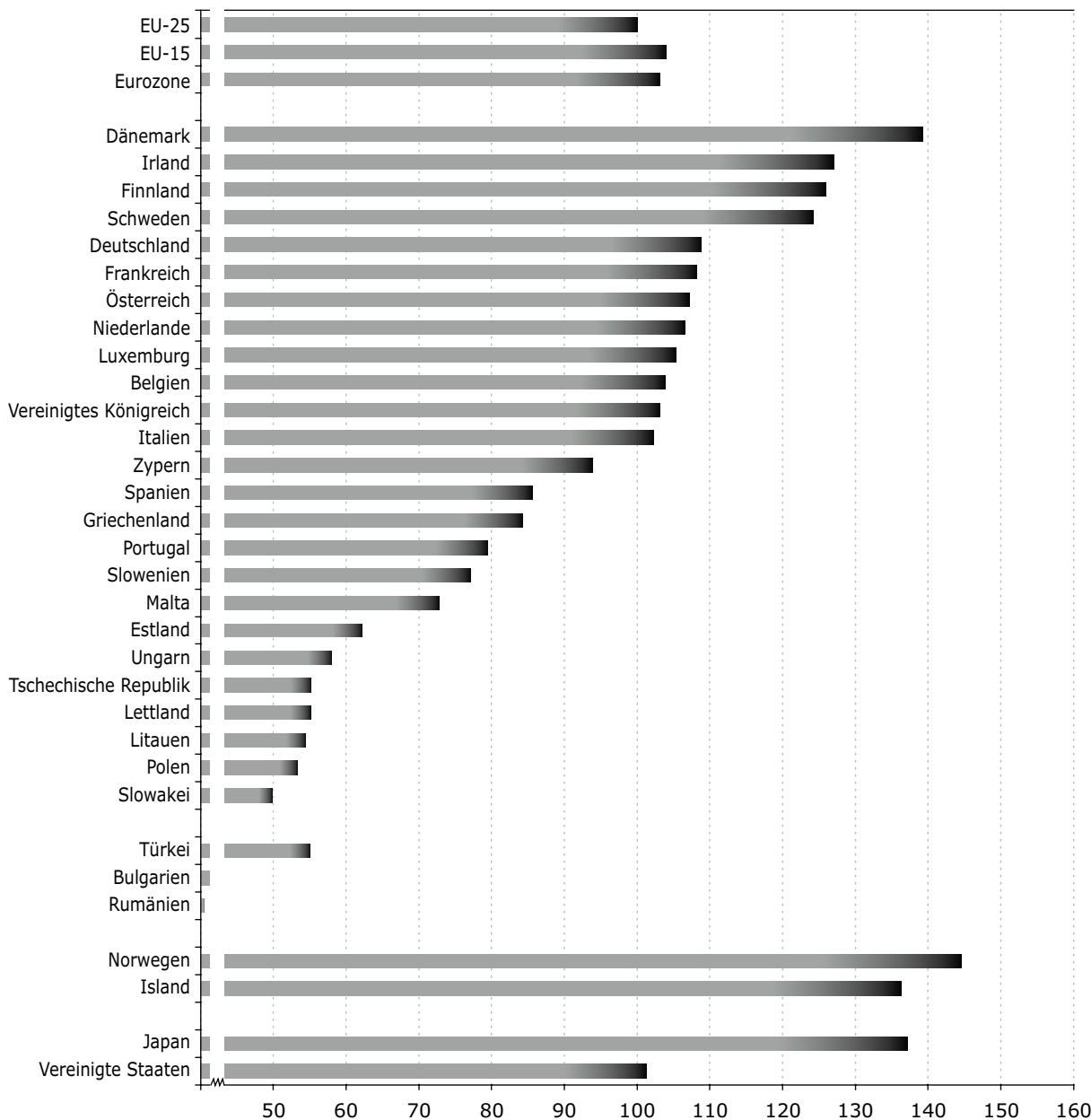


Auf BIP-Ebene werden sie oft zum Vergleich des wirtschaftlichen Wohlstands der Bevölkerung verwendet.

- **Komparative Preisniveaus:** Dies sind die Relationen KKP/Wechselkurse. Da die KKP in einer gemeinsamen Währungseinheit ausgedrückt werden, liefern sie ein Maß für die Unterschiede im Preisniveau zwischen den Ländern, indem sie für eine jeweilige Produktgruppe angeben, wie viele Einheiten einer gemeinsamen Währung benötigt werden, um in jedem Land die gleiche Menge der Produktgruppe zu kaufen. Auf BIP-Ebene liefern sie ein Maß für die Unterschiede im allgemeinen Preisniveau der Länder. Darüber hinaus kann anhand der komparativen Preisniveaus, mit bestimmten Einschränkungen, die Entwicklung der Preisniveaus im Zeitverlauf beobachtet werden. Der Variationskoeffizient des komparativen Preisniveaus wird als Indikator für die Preisstreuung zwischen den EU-Mitgliedstaaten verwendet.

Vergleichende Preisniveaus im Jahr 2003

Vergleichende Preisniveaus des Endverbrauchs der privaten Haushalte einschließlich indirekter Steuern (EU-25 = 100)



Vorläufige Werte. Bulgarien: 42,1; Rumänien: 40,5.

Vergleichende Preisniveaus sind das Verhältnis zwischen Kaufkraftparitäten und Devisenmarktkurs für jedes Land. Kaufkraftparitäten sind Umrechnungskurse, die die in nationalen Währungen ausgedrückten Wirtschaftsindikatoren in eine gemeinsamen Währung umrechnen (Kaufkraftstandard – KKS), damit die Kaufkraft zwischen nationalen Währungen aufschlussreich verglichen werden kann. Das Verhältnis wird gegenüber dem EU-Durchschnitt (EU-25 = 100) angegeben. Wenn der Index des vergleichenden Preisniveaus für ein Land höher (geringer) als 100 ist, ist dieses Land im EU-Vergleich relativ teuer (billig).

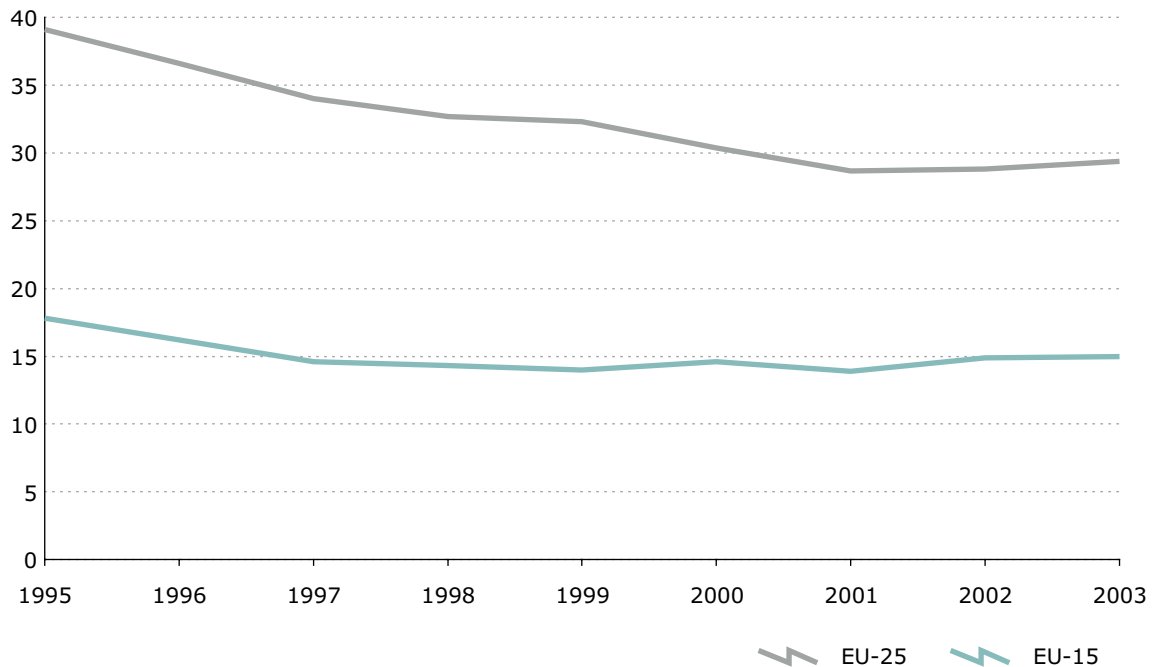
Die Preisniveaus für die Konsumausgaben der privaten Haushalte weisen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union beträchtliche Unterschiede auf. Setzt man den Durchschnitt von EU-25 auf 100, so reichen die kompara-

tiven Preisniveaus in den 25 Ländern, die die heutige Europäische Union bilden, von 139,3 in Dänemark bis 49,8 in der Slowakei. Der Vergleichswert beträgt für Japan 137,1, für die USA 101,3.



Annäherung des Preisniveaus in den EU-Mitgliedstaaten

Variationskoeffizient der vergleichenden Preisniveaus des Endverbrauchs der privaten Haushalte einschließlich indirekter Steuern



2003: vorläufige Werte; EU-25 1995 bis 1998: geschätzte Werte.

Vergleichende Preisniveaus sind das Verhältnis zwischen Kaufkraftparitäten und Devisenmarktkurs für jedes Land. Kaufkraftparitäten sind Umrechnungskurse, die die in nationalen Währungen ausgedrückten Wirtschaftsindikatoren in eine gemeinsamen Währung umrechnen (Kaufkraftstandard-KKS), damit die Kaufkraft zwischen nationalen Währungen verglichen werden kann. Wenn der Variationskoeffizient der Preisniveaus im EU-Vergleich sinkt (steigt), dann konvergieren (divergieren) die nationalen Preisniveaus in den jeweiligen Mitgliedstaaten.

Bei diesen Unterschieden ist indessen auch zu berücksichtigen, dass in EU-15 zu Anfang der 1990er Jahre eine Konvergenz der Preisniveaus stattgefunden hat. Seit 1997 gibt es eine gewisse Stagnation in diesem Prozess, zumindest für EU-15. Diese ist heute zwischen den 15 „alten“

Mitgliedstaaten wesentlich weiter vorangeschritten (15 im Jahr 2003) als innerhalb von EU-25 insgesamt, also in den „alten“ und „neuen“ Mitgliedstaaten zusammengenommen (29,4 im Jahr 2003). (Hinweis: Je niedriger der Wert, desto größer die Konvergenz der Preisniveaus.)



Löhne und Arbeitskosten

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Arbeitskosten
- Mindestlöhne
- Bruttoverdienste
- Jahresnettoverdienst in der Herstellung von Waren
- Steuerquote im verarbeitenden Gewerbe



3

Verdienste und Arbeitskosten

Informationen über die Arbeitskosten sind von großer Bedeutung für Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, politische Parteien und andere Nutzer, die sich für die Höhe und die Struktur der Arbeitskosten interessieren.

Der Begriff „Arbeitskosten“ umfasst die Ausgaben, die den Arbeitgebern bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern zwangsläufig entstehen. Sie enthalten Löhne und Gehälter, Sozialbeiträge des Arbeitgebers, Kosten der beruflichen Bildung, sonstige Ausgaben sowie Steuern minus Subventionen im Zusammenhang mit den Arbeitskosten.

Der größte Teil der Arbeitskosten entfällt auf die Bruttoverdienste. Sie beinhalten das vom Arbeitgeber zu zahlende monetäre Entgelt vor Abzug der von den Lohnempfängern abzuführenden und vom Arbeitgeber einzubehaltenden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

Der Nettoverdienst wird vom Bruttoverdienst abgeleitet und ist der Teil des Entgelts, der den Arbeitnehmern tatsächlich zur Verfügung steht. Im Gegensatz zum Bruttoverdienst umfasst er keine Steuern und Sozialbeiträge, schließt aber Familienbeihilfen ein.

Niedriglohnempfänger: Steuerlast und Arbeitslosigkeitsfalle

Im Zusammenhang mit niedriger Bezahlung wurde ein Satz von Indikatoren entwickelt, der die relative Steuerbelastung eines Erwerbstätigen mit niedrigem Verdienst beschreibt: „Steuerlast auf Arbeitskosten“ und „Fallenindikatoren“ zur Messung des Prozentsatzes an den Bruttoverdiensten, die „weggesteuert“ werden, wenn ein Wechsel von der Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung stattfindet („Arbeitslosigkeitsfalle“) oder wenn der Arbeitseinsatz erhöht wird („Niedriglohnfalle“).

Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst in der Industrie und im Dienstleistungssektor

Vollzeitbeschäftigte insgesamt. Unternehmen mit mindestens zehn Arbeitnehmern. In ECU/EUR

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	:	:	:	28 614,57	29 540,08	:
EU-15	:	:	:	28 742,31	29 962,19	30 958,58	31 911,53	32 913,61	:
Eurozone	:	:	27 610,63	28 305,42	28 984,96	28 739,34	29 628,08	30 531,52	:
Belgien	28 945	29 131	28 901	29 616	30 701	31 644	33 109	34 330	:
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Dänemark	:	36 375,95	36 235,05	37 208,67	39 514,65	40 962,22	41 661,17	43 577,17	44 692,02
Deutschland	34 584	35 254	35 093	36 033	36 862	37 253	38 204	39 440	40 375
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Griechenland	11 291,10	11 916,90	12 604,80	13 209,50	13 925,70	14 721	15 431,30	16 278,44	16 738,53
Spanien	:	16 043	16 192	16 528	17 038	17 432	17 873,58	18 462,30	19 219,96
Frankreich	23 952	24 292	24 798	25 519	25 947	26 521	27 319	28 068 (e)	:
Irland	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Italien	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Zypern	:	12 980,15	14 020,95	14 708,58	15 161,10	16 334,92	16 947,62	17 740,28	:
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Litauen	1 385,31	1 597,17	2 285,63	2 799,06	3 016,85	:	:	:	:
Luxemburg	:	:	32 600	33 337	34 462	35 875	37 745	38 442	39 587
Ungarn	3 062,32	3 157,77	3 543,11	3 685,93	3 770,39	4 172,46	4 898,07	5 870,66	:
Malta	8 746,70	9 287,23	10 114,40	10 713,06	11 581,29	12 552,64	13 319,87	13 459,92	:
Niederlande	27 966	28 140	28 061	29 189	30 426	31 901	33 900	35 200	:
Österreich	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Polen	:	3 076,02	:	4 155,51	5 309,70	:	7 509,45	7 172,43	6 434,2
Portugal	:	:	:	:	:	12 619,57	13 338	13 450 (e)	:
Slowenien	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Slowakei	:	:	3 178,91	3 291,77	3 124,98	3 583,14	3 836,83	4 582,29	:
Finnland	23 584	23 883	24 005	24 944	25 739	27 398,32	28 554,78	29 844	:
Schweden	:	:	:	:	:	31 620,84	30 467,06	31 163,94	32 177,40
Vereinigtes Königreich	:	:	:	29 370,20	32 269,43	37 676,50	39 233,03	40 553,02	:
Bulgarien	:	:	895,74	1 216,10	1 330,17	1 436,12	1 518,30	1 587,82	:
Island	:	:	:	:	32 311,08	37 638,46	34 100,72	36 764,15	:
Norwegen	:	:	:	:	:	38 603,75	43 736,34	:	:

Der Bruttoverdienst besteht aus den Barentlohnungen (Löhne und Gehälter), die dem Arbeitnehmer direkt gezahlt werden, vor Abzug der Lohnsteuer und der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung. Die Daten beziehen sich auf Vollzeitbeschäftigte in der Industrie und im Dienstleistungssektor.



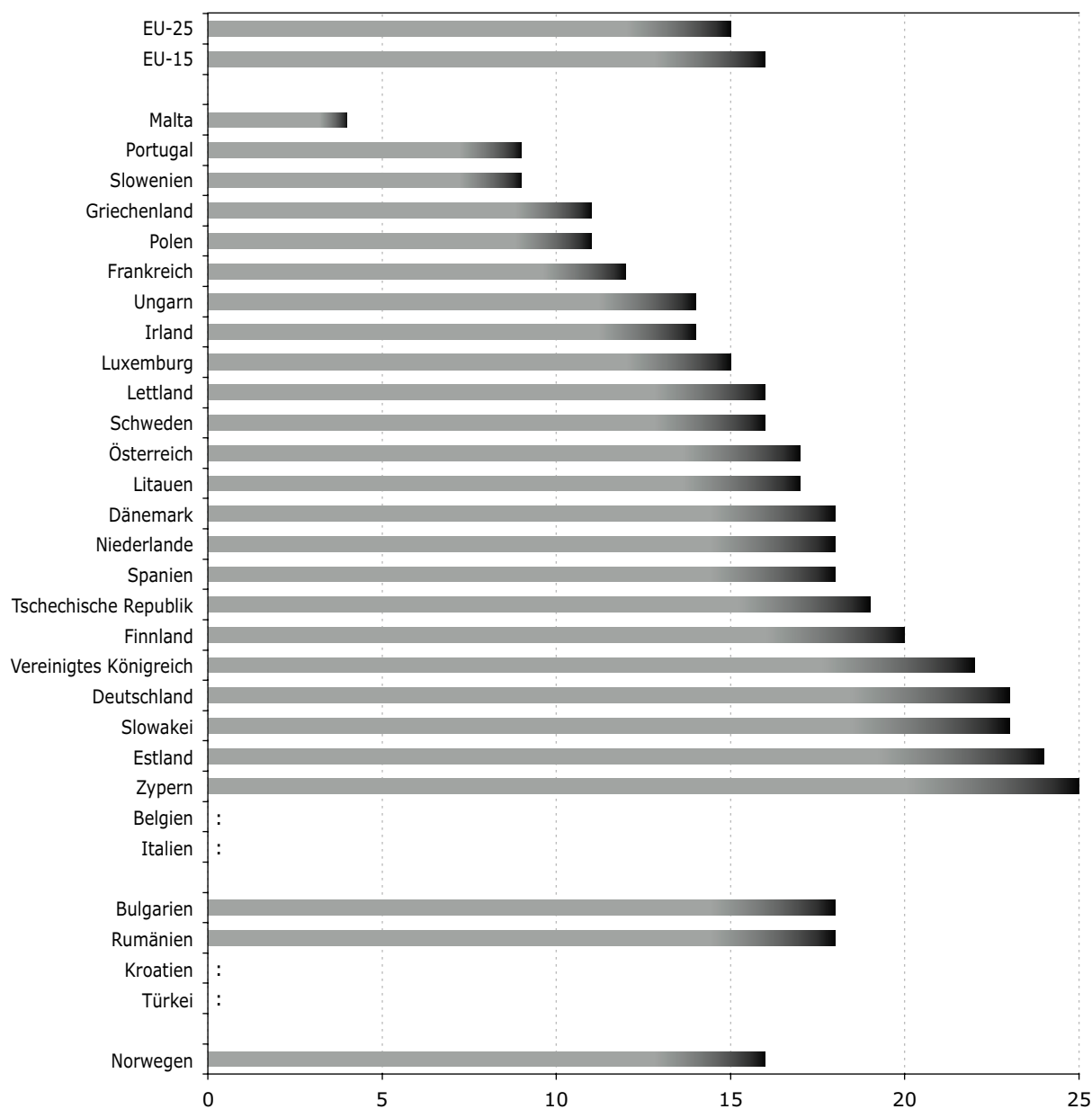
Durchschnittliche Arbeitskosten pro Stunde in der Industrie und im Dienstleistungssektor
 Von Vollzeitbeschäftigten in Unternehmen mit mindestens zehn Arbeitnehmern. In EUR

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	16,03	16,71	17,24	18,05	19,48	19,75	20,67	22,62
EU-15	19,14	19,95	20,51	21,34	22,73	22,59	23,51	24,34
Eurozone	20,44	20,37	20,65	21,18	22,13	21,83	22,81	23,91
Belgien	:	:	:	:	26,61	:	29,17	:
Tschechische Republik	2,8	2,97	3,23	3,41	3,86	4,64	5,39	:
Dänemark	:	23,4	24,63	25,92	26,53	28,54	29,06	30,3
Deutschland	24,26	24	24,3	24,82	25,68	26,41	27,25	27,93
Estland	1,85	2,13	2,42	2,6	2,85	3,22	3,67	4,01
Griechenland	9,26	9,77	9,77	10,6	10,98	11,62	12,46	13,37
Spanien	14,43	14,19	14,13	14,22	14,22	13,07 (b)	13,63	14,21 (p)
Frankreich	22,3	22,8	23,3	24	25	26	26,9	27,7
Italien	:	:	:	:	:	19,27	19,99	:
Zypern	7,25	7,83	8,19	8,41	9,1	9,43	9,91	10,68
Lettland	:	1,59	1,71	1,85	2,22	2,29	2,39	2,37
Litauen	1,32	1,68	1,95	2,16	2,63 (b)	2,76	2,9	3,1
Luxemburg	21,38	21,26	21,56	22,52	24,48	25,39	26,21	27,02
Ungarn	2,86	3,15	3,02	3,14	3,63	4,04	4,91	5,1
Malta	:	:	:	:	:	:	7,59	7,77 (b)
Niederlande	20,39	19,71 (b)	20,79	21,78	22,99	24,42	25,64	26,75
Österreich	:	:	:	:	22,87	:	:	:
Polen	2,95	3,38	3,73	4,05	4,48	5,3	5,27	:
Portugal	7,18	7,4	7,6	7,99	8,35	8,54	8,98	9,21
Slowenien	7,35	7,9	8,51	8,94	8,98	9,58	9,7	10,54
Slowakei	2,16	2,61	2,91	2,76	3,07	3,26	3,59	4,02
Finnland	20,25	20,3	20,4	21,37	22,1	23,3	24,32	25,31
Schweden	23,12	23,79	23,99	25,43	28,56	27,41	28,73	30,43
Vereinigtes Königreich	14,22	17,69	19,16	20,84	23,71	24,51	25,24	:
Bulgarien	:	:	:	:	1,23	1,29	1,32	1,39
Rumänien	:	:	:	:	1,41	1,55	1,67	:
Island	:	:	:	:	:	:	21,95	23,76

Die Arbeitskosten je Stunde sind die jährlichen Arbeitskosten dividiert durch die Zahl der während des Jahres geleisteten Arbeitsstunden.

Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied im Jahr 2003

Ohne Anpassungen; in %



Quellen: Luxemburg: Verwaltungsdaten. Malta: Arbeitskräfteerhebung (Labour Force Survey). Griechenland, Irland, Österreich: Gemeinschaftsstatistiken über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Alle anderen Quellen sind nationale Erhebungen.

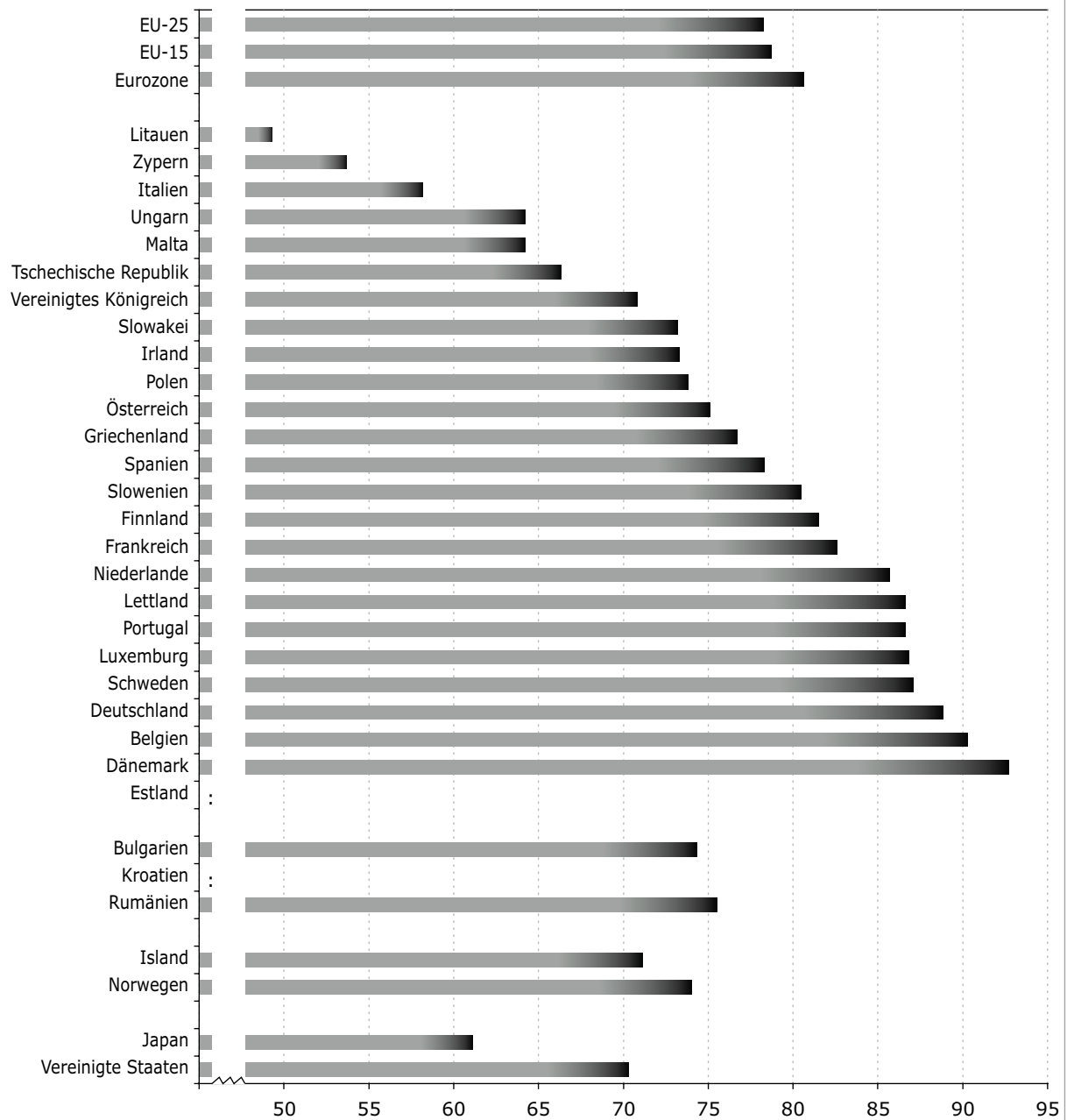
EU-25, EU-15: geschätzter Wert; Slowenien, Finnland: 2002; im Jahr 2001 betrug der geschlechtsspezifische Lohnunterschied in Belgien 12 % und in Italien 6 %.

Der Indikator „Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied ohne Anpassungen“ wird als der Unterschied zwischen den durchschnittlichen Brutto-Stundenverdiensten der männlichen Beschäftigten und der weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste der männlichen Beschäftigten dargestellt. Die Population umfasst alle Beschäftigten im Alter von 16-64 Jahren, die mindestens 15 Stunden pro Woche arbeiten.



Steuersatz für Niedriglohnempfänger: Arbeitslosigkeitsfalle im Jahr 2003

In %



3

Die Arbeitslosigkeitsfalle misst, welcher Prozentsatz des Bruttoeinkommens bei Wiederaufnahme einer Beschäftigung durch den Wegfall von Sozialleistungen einerseits und höhere Steuer- und Sozialversicherungsabgaben andererseits "verloren gehen". Dieser Strukturindikator umfasst Ledige ohne Kinder, mit 67 % des durchschnittlichen Verdienstes eines Vollzeitarbeitnehmers im Verarbeitenden Gewerbe.

Wachstum der Lohnstückkosten in EU-25

Zuwachsrate (in %) des Verhältnisses: Entgelt pro Arbeitnehmer (in jeweiligen Preisen), dividiert durch das BIP (in jeweiligen Preisen) in Bezug auf die Beschäftigung insgesamt



Dieser abgeleitete Indikator bezieht „Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer“ auf „Produktivität“ [Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Beschäftigten], um zu zeigen, in welcher Beziehung das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt zur Arbeitsproduktivität steht. Es gibt die Relation an zwischen dem durchschnittlichen Verdienst eines „Arbeiters“ und der Wertschöpfung, die aus seiner Arbeit resultiert. Die Wachstumsrate dieses Verhältnisses soll einen Eindruck von der Entwicklung der Beteiligung des Produktionsfaktors Arbeit an der Wertschöpfung vermitteln. Man beachte, dass die im Zähler verwendeten Variablen (Arbeitnehmerentgelt, Arbeitnehmer) sich nur auf abhängig Beschäftigte beziehen, während die Größen im Nenner (BIP, Beschäftigung) auch selbständige Arbeit berücksichtigen.





Leistungsbilanz

Eurostat-Daten

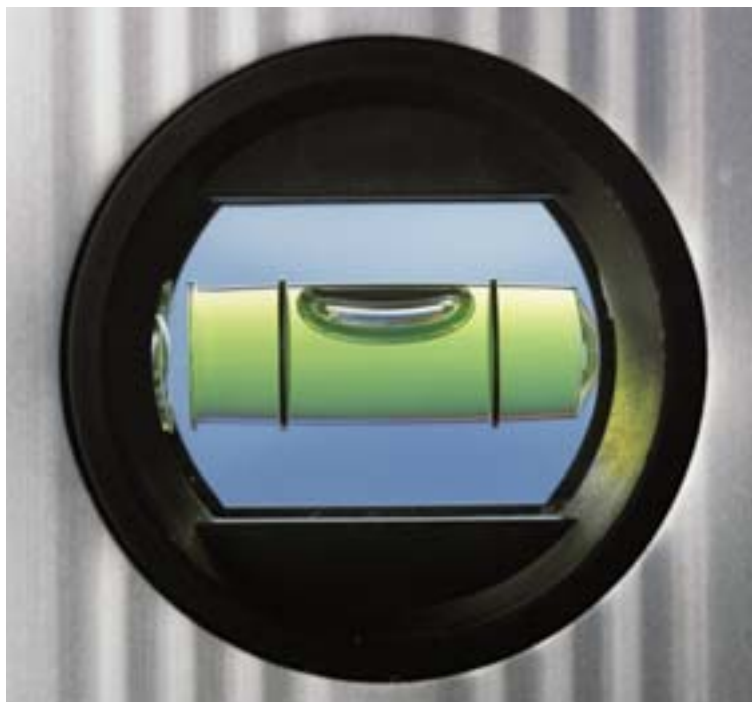
Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Internationaler Warenverkehr
- Internationaler Dienstleistungsverkehr
- Internationale Einkommenstransaktionen
- Laufende Übertragungen
- Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz

Die Stellung eines Landes in der Weltwirtschaft bewerten

Die Leistungsbilanz umfasst sämtliche Transaktionen (außer den Transaktionen, die in der Kapitalbilanz verbucht werden) zwischen gebietsansässigen und gebietsfremden Einheiten. Innerhalb der Leistungsbilanz werden vier Hauptarten von Transaktionen jeweils getrennt ausgewiesen:

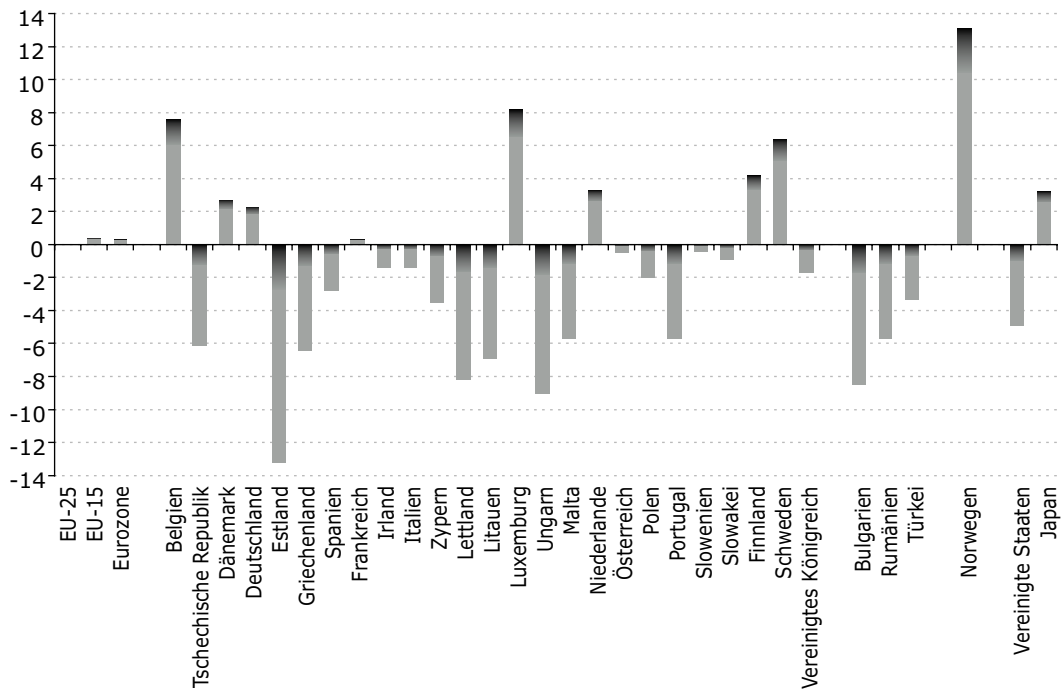
- Die **Warenhandelsbilanz** umfasst den allgemeinen Warenhandel, Waren für die Weiterverarbeitung, Reparatur von Waren, von Frachtschiffen in Häfen bezogene Waren und Gold zu nicht-monetären Zwecken. Die Warenein- und -ausfuhr wird auf der Grundlage fob/fob erfasst, d. h. zu Marktpreisen einschließlich Versicherungsprämien und Transportleistungen bis zur Zollgrenze des Exportlandes.
- Die **Dienstleistungsbilanz** umfasst: die Transportleistungen von gebietsansässigen EU-Einheiten für gebietsfremde EU-Einheiten oder umgekehrt – einschließlich Personen- und Güterverkehr, Vermietung von Frachtschiffen mit Mannschaft sowie Nebentätigkeiten und Hilfsdienste –, den Reiseverkehr, d. h. hauptsächlich Waren und Dienstleistungen, die aus der EU stammende Reisende bei gebietsfremden EU-Einheiten erwerben oder umgekehrt, sowie die übrigen Dienstleistungen, unter die Dienstleistungen wie Kommunikationsdienste sowie Versicherungs- und Finanzdienstleistungen usw. fallen.



- Die **Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen** umfasst zwei Arten von Transaktionen: die an gebietsfremde Arbeitnehmer gezahlten oder von gebietsfremden Arbeitgebern empfangenen Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie Vermögenseinkommen, die aufgrund von finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland entstanden sind.
- Die **Bilanz der laufenden Übertragungen** umfasst die laufenden Übertragungen des Staates, d. h. die Kapitaltransfers im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit der Staaten, die Zahlung laufender Einkommen- und Vermögensteuern usw., sowie übrige laufende Übertragungen, z. B. Überweisungen von Gastarbeitern, Versicherungsprämien – abzüglich Dienstleistungsgebühren – und Forderungen an Sachversicherer.

Leistungsbilanz im Jahr 2003

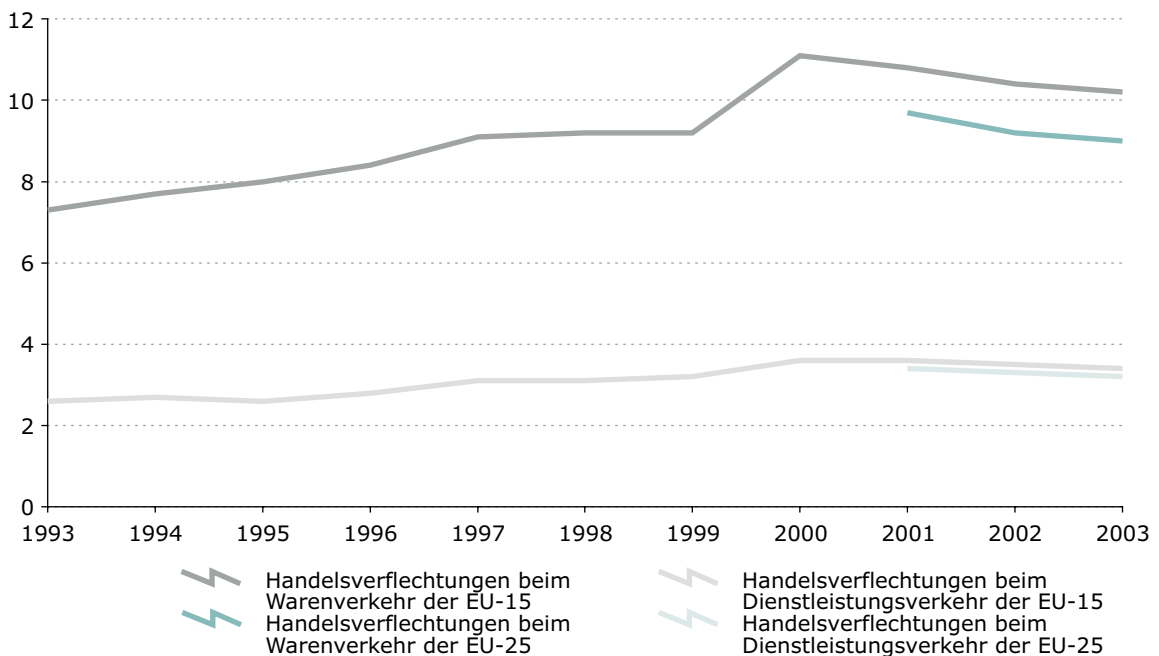
In % des BIP



Die Zahlungsbilanz setzt sich aus Leistungs-, Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz zusammen. Die Leistungsbilanz gliedert sich ihrerseits nach Waren, Dienstleistungen, Einkommen und laufenden Übertragungen; sie misst den Wert der Ausfuhren (Credit) und Einfuhren (Debet). Aus der Differenz der beiden Werte ergibt sich der Saldo der laufenden Transaktionen eines jeden Mitgliedstaats mit allen anderen Ländern sowie der EU-Transaktionen mit den nicht zur EU gehörenden Ländern.

Handelsverflechtung der EU beim Waren- und Dienstleistungsverkehr

Durchschnittswert der Einfuhren und Ausfuhren, geteilt durch das BIP und multipliziert mit 100

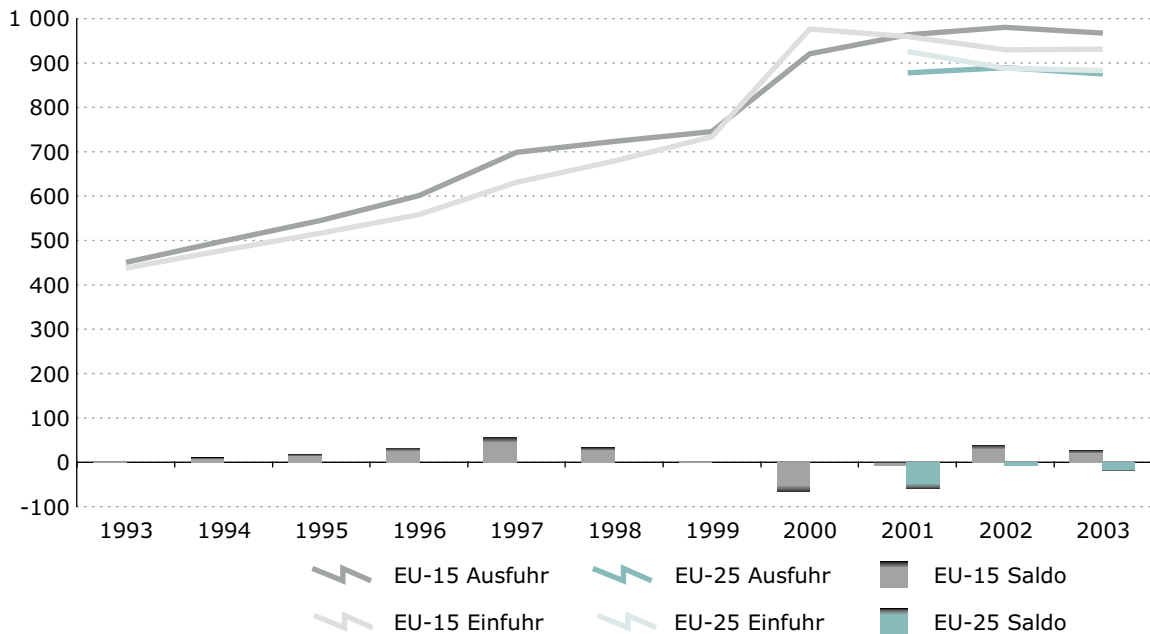


Ein steigender Index lässt darauf schließen, dass zwischen der EU und der internationalen Wirtschaft immer engere Verflechtungen bestehen.



Leistungsbilanztransaktionen von Waren in der EU

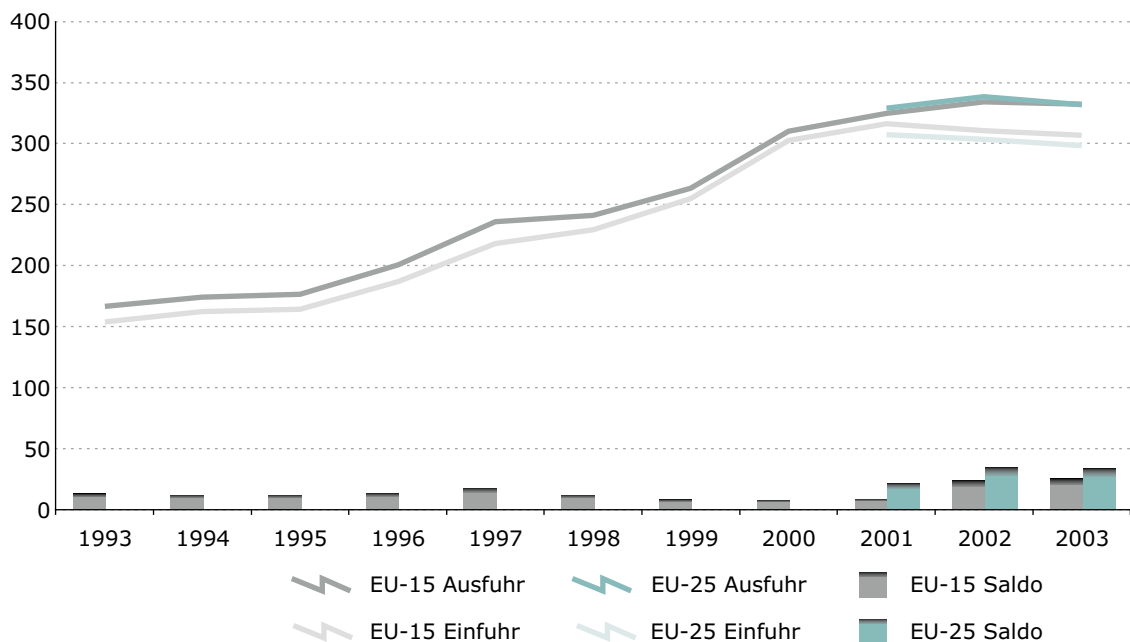
In Mrd. ECU/EUR



In der Zahlungsbilanz werden die internationalen Transaktionen eines Landes mit dem Ausland erfasst. Sie besteht aus zwei umfangreichen Teilen, der Leistungsbilanz und der Kapitalbilanz. Die Leistungsbilanz wiederum ist in die vier Komponenten Güter, Dienstleistungen, Einkommen sowie laufende Transfers gegliedert. Für jede dieser Positionen verzeichnet die Leistungsbilanz den Umfang der Ausfuhr (Credit) und der Einfuhr (Debet). Aus der Differenz der beiden Werte ergibt sich der Saldo.

Leistungsbilanztransaktionen von Dienstleistungen in der EU

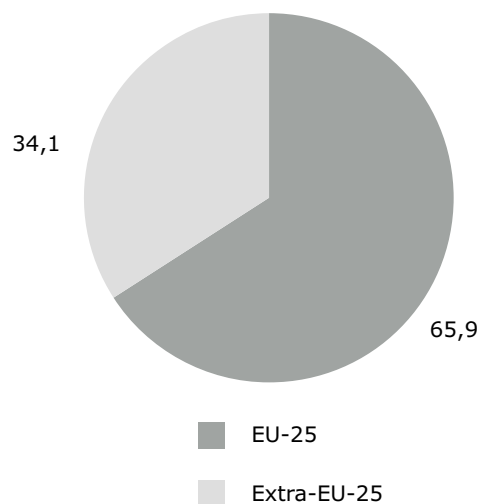
In Mrd. ECU/EUR



Die Zahlungsbilanz stellt die internationalen Transaktionen eines Landes mit der übrigen Welt dar. Sie setzt sich aus Leistungs-, Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz zusammen. Die Leistungsbilanz gliedert sich ihrerseits nach Waren, Dienstleistungen, Einkommen und laufenden Übertragungen; sie misst den Wert der Ausfuhr (Credit) und Einfuhr (Debet). Aus der Differenz der beiden Werte ergibt sich der Saldo.

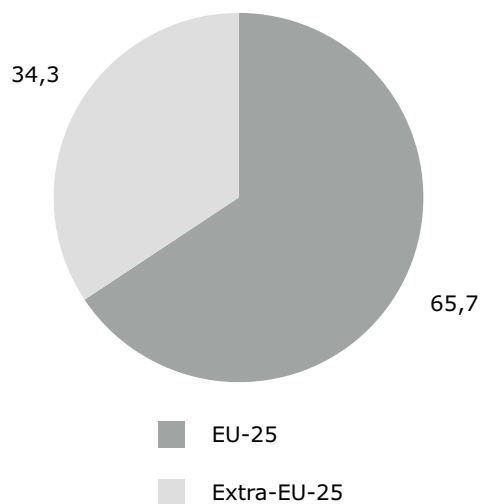
Ausfuhren in der EU-25 Leistungsbilanz 2003

Anteil an allen EU-Ausfuhren in %



Einfuhren in der EU-25 Leistungsbilanz 2003

Anteil an allen EU-Einfuhren in %



Die Zahlungsbilanz stellt die internationalen Transaktionen eines Landes mit der übrigen Welt dar. Sie setzt sich aus Leistungs-, Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz zusammen. Die Leistungsbilanz gliedert sich ihrerseits nach Waren, Dienstleistungen, Einkommen und laufenden Übertragungen; sie misst den Wert der Ausfuhren (Credit) und Einfuhren (Debet).

Die Zahlungsbilanz stellt die internationalen Transaktionen eines Landes mit der übrigen Welt dar. Sie setzt sich aus Leistungs-, Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz zusammen. Die Leistungsbilanz gliedert sich ihrerseits nach Waren, Dienstleistungen, Einkommen und laufenden Übertragungen; sie misst den Wert der Ausfuhren (Credit) und Einfuhren (Debet).



Internationaler Dienstleistungsverkehr

Eurostat-Daten

Eurostat liefert eine Vielzahl von Daten über:

- grenzüberschreitende Transportleistungen
- grenzüberschreitende Reiseverkehrsleistungen
- grenzüberschreitende sonstige Dienstleistungen

Art der Dienstleistungen

In der Zahlungsbilanzstatistik wird die Dienstleistungsbilanz in drei Hauptkomponenten untergliedert: Transportleistungen, Reiseverkehrsleistungen und sonstige Dienstleistungen. Die Kategorien Transportleistungen und sonstige Dienstleistungen werden untergliedert in detaillierte Unterpositionen wie Personenbeförderung im Luftverkehr oder Bauleistungen.

- **Transportleistungen** umfassen alle von Gebietsansässigen eines Landes für Gebietsansässige eines anderen Landes erbrachten Beförderungsleistungen. Dazu gehören die Beförderung von Personen und Waren (Fracht), die Vermietung von Beförderungsmitteln mit Besatzung (Charterverkehr) sowie damit verbundene Hilfs- und Nebenleistungen. Im Klassifikationssystem von Eurostat werden die Transportleistungen weiter untergliedert nach Verkehrszweigen (See-, Luft- und sonstiger Verkehr) und nach Art der Dienstleistungen (Beförderung von Personen oder Fracht, Nebenleistungen).
- **Reiseverkehrsleistungen** erstrecken sich auf alle Waren und Dienstleistungen, die Reisende zur eigenen Verwendung von Gebietsansässigen der bereisten Länder erworben haben. Als Reisende gelten Einzelpersonen, die sich für weniger als ein Jahr in einem Land aufhalten, in dem sie Gebietsfremde sind. Die grenzüberschreitende Beför-

derung von Reisenden wird nicht unter Reiseverkehrsleistungen, sondern unter Transportleistungen verbucht.

- **Sonstige Dienstleistungen** umfassen alle grenzüberschreitenden Dienstleistungstransaktionen außer Transport- und Reiseverkehrsleistungen. Sie erstrecken sich auf sehr verschiedenartige Leistungen wie Kommunikationsleistungen, Bauleistungen, Versicherungsleistungen, Finanzleistungen, EDV- und Informationsleistungen, Patente und Lizenzen, sonstige Dienstleistungen für Unternehmen, Dienstleistungen für persönliche Zwecke, Kultur und Freizeit sowie Regierungsleistungen.

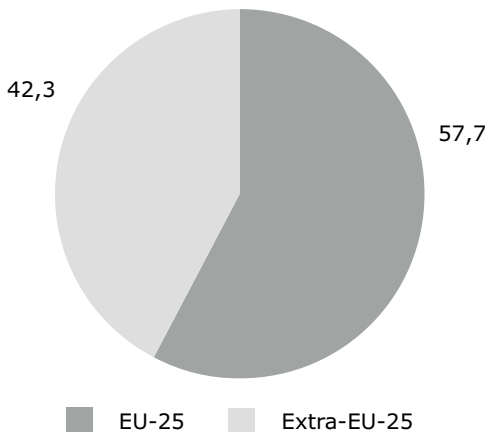
Das Immaterielle greifbar machen

Aufgrund seines immateriellen Charakters ist der grenzüberschreitende Dienstleistungsverkehr sehr viel schwerer zu erfassen als der Warenverkehr. Es können hier drei Arten von Problemen auftreten: Schwierigkeiten bei der Definition der Dienstleistungen, Schwierigkeiten bei der Feststellung des Wertes von nicht separat ausgewiesenen Dienstleistungen und praktische Schwierigkeiten bei der Ermittlung von Bruttostromgrößen (wegen der starken Verbreitung internationaler Verrechnungsverfahren im Dienstleistungsverkehr). Derartige Probleme könnten eine Unterbewertung von Dienstleistungsströmen zur Folge haben.



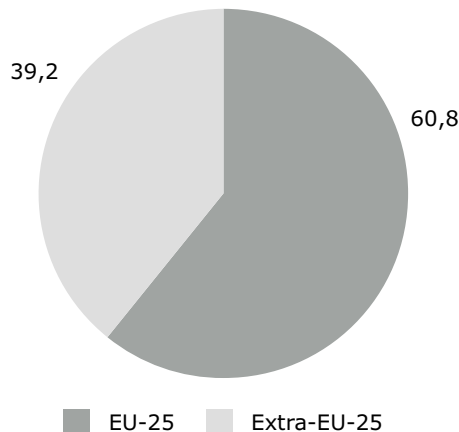
Kreditseite der Dienstleistungsbilanz der EU-25 im Jahr 2003

Anteil der gesamten Kredittransaktionen der EU in %



Debetseite der Dienstleistungsbilanz der EU-25 im Jahr 2003

Anteil der gesamten Debettransaktionen der EU in %

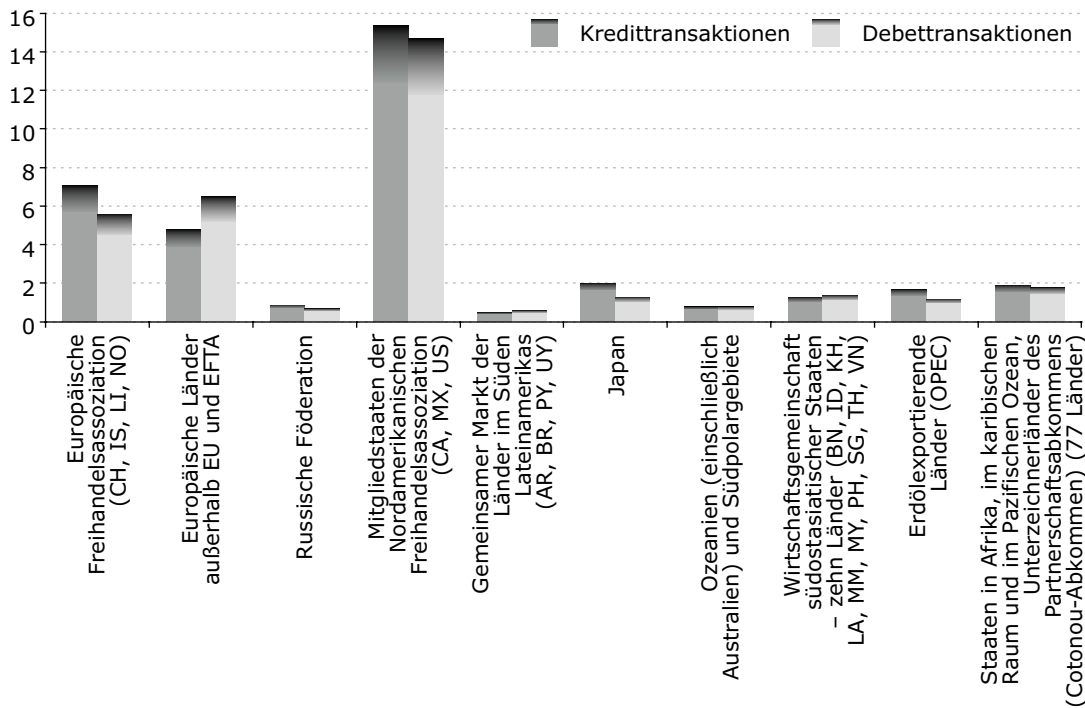


Die Dienstleistungsbilanz umfasst: die Transportleistungen, den Reiseverkehr sowie die übrigen Dienstleistungen (Kommunikationsdienste, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen usw.)

Die Dienstleistungsbilanz umfasst: die Transportleistungen, den Reiseverkehr sowie die übrigen Dienstleistungen (Kommunikationsdienste, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen usw.)

Dienstleistungsbilanz der EU-25 im Jahr 2003 nach ausgewählten Partnerzonen

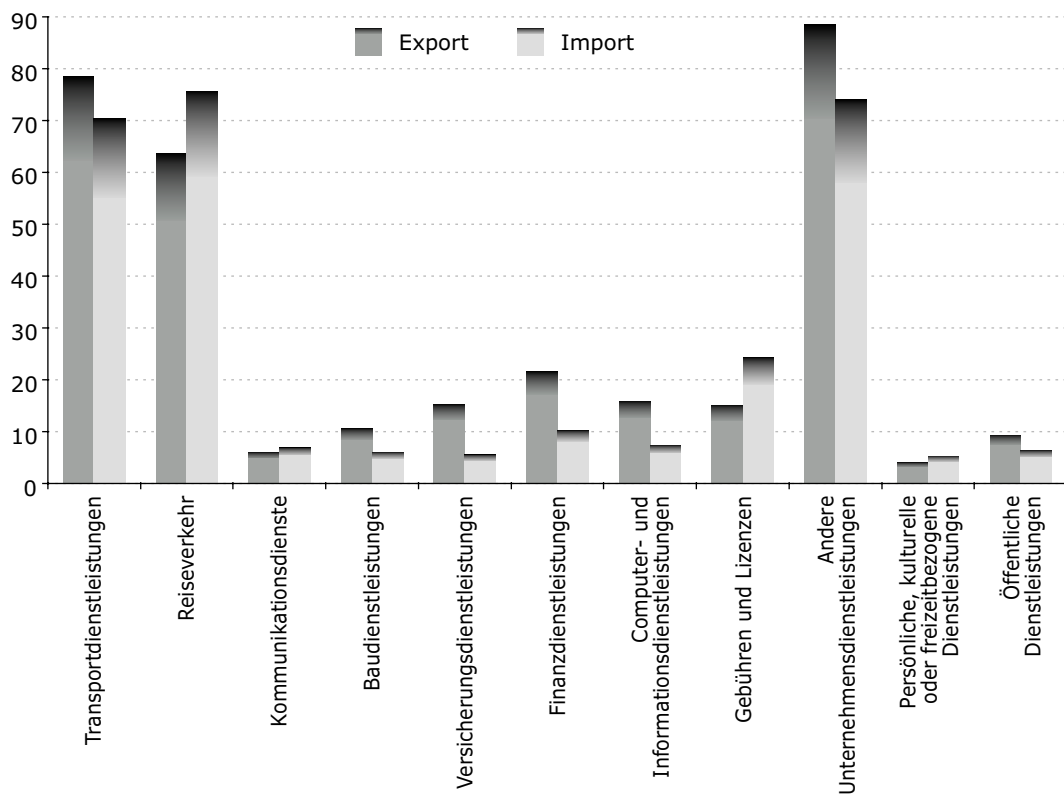
Anteil der gesamten Kredit-/Debettransaktionen der EU-25 in %



Die Dienstleistungsbilanz umfasst: die Transportleistungen, den Reiseverkehr sowie die übrigen Dienstleistungen (Kommunikationsdienste, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen usw.)



Dienstleistungsverkehr der EU-25 im Jahr 2003, nach den Hauptkategorien
Gesamter Ex- und Import in Mrd. EUR





Ausländische Direktinvestitionen

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Zu- und Abflüsse von Direktinvestitionen
- Direktinvestitionsbestände (Zugang und Abgang)
- Investorenländer (Herkunftsländer)
- Empfängerländer (Bestimmungsländer)

Die Verbuchung von Kapitaltransaktionen in der Kapitalbilanz

In der Kapitalbilanz werden finanzielle Transaktionen erfasst. Dazu zählen Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen, übriger Kapitalverkehr und Transaktionen in Währungsreserven.

Die jährlichen Statistiken der Europäischen Union über Direktinvestitionen (DI) geben einen detaillierten Überblick über Direktinvestitionsströme und -bestände und zeigen an, in welchen Ländern und Sektoren die einzelnen Mitgliedstaaten investieren.

Ein Unternehmen, das seine Produkte im Ausland verkaufen möchte, kann dies auf verschiedene Weise tun: über Exporte, Lizenzen oder Handelsvertreter, um nur einige Beispiele zu nennen. Bisher geschieht dies am häufigsten auf dem Weg der direkten Ausfuhr, wobei Direktinvestitionen (Produktion und Verkauf direkt in dem gewählten Land) inzwischen eine immer stärkere Verbreitung finden.

Es gibt zwei Arten der Direktinvestition:

- Schaffung von Produktionsvermögen durch Ausländer („Investitionen auf der grünen Wiese“),

- Erwerb bestehenden Vermögens durch Ausländer (Kauf, Fusionen, Übernahmen usw.).

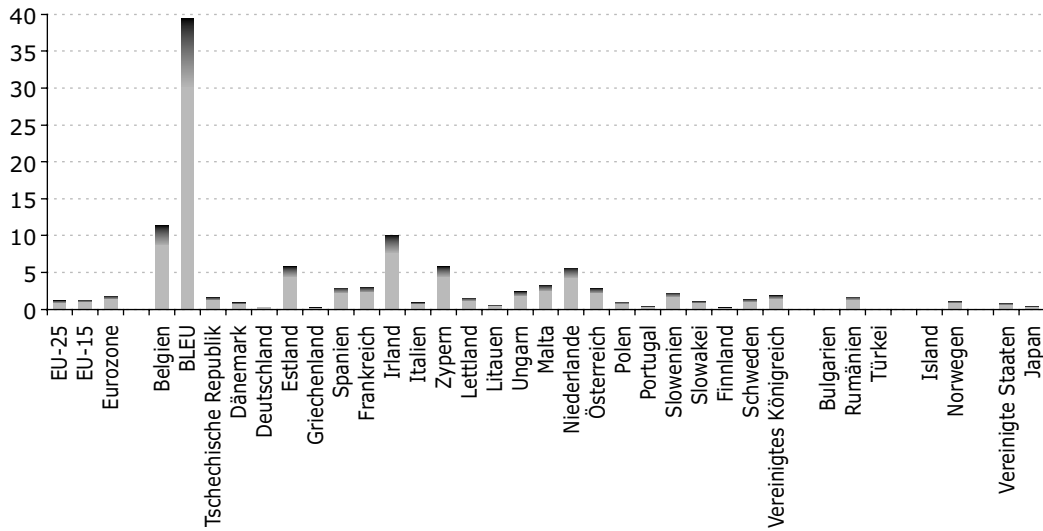
DI unterscheiden sich von Wertpapieranlagen, da sie mit der Absicht getätigt werden, die Geschäftspolitik eines Unternehmens entscheidend beeinflussen zu können und eine langfristige Beteiligung zu erlangen. Direktinvestitionen umfassen nicht nur den ursprünglichen Erwerb von Beteiligungskapital, sondern auch spätere Kapitaltransaktionen zwischen dem ausländischen Investor einerseits und den inländischen und verbundenen Unternehmen andererseits.

Eurostat erfasst DI-Statistiken für vierteljährliche und jährliche Ströme sowie für Bestände zum Ende des Jahres. Die DI-Bestände (Forderungen und Verbindlichkeiten) sind Bestandteil des Auslandsvermögensstatus einer Volkswirtschaft zum Ende des Jahres.

Für das Eurostat-Jahrbuch wurde die folgende Darstellungsform gewählt, um die verschiedenen Datensätze (Ströme und Bestände) zu unterscheiden: Eine Investition wird immer mit einem Pluszeichen, eine Desinvestition mit einem Minuszeichen versehen.

Intensität der Direktinvestitionen im Jahr 2003

Durchschnittswert der Zu- und Abflüsse von Direktinvestitionen, geteilt durch das BIP und multipliziert mit 100



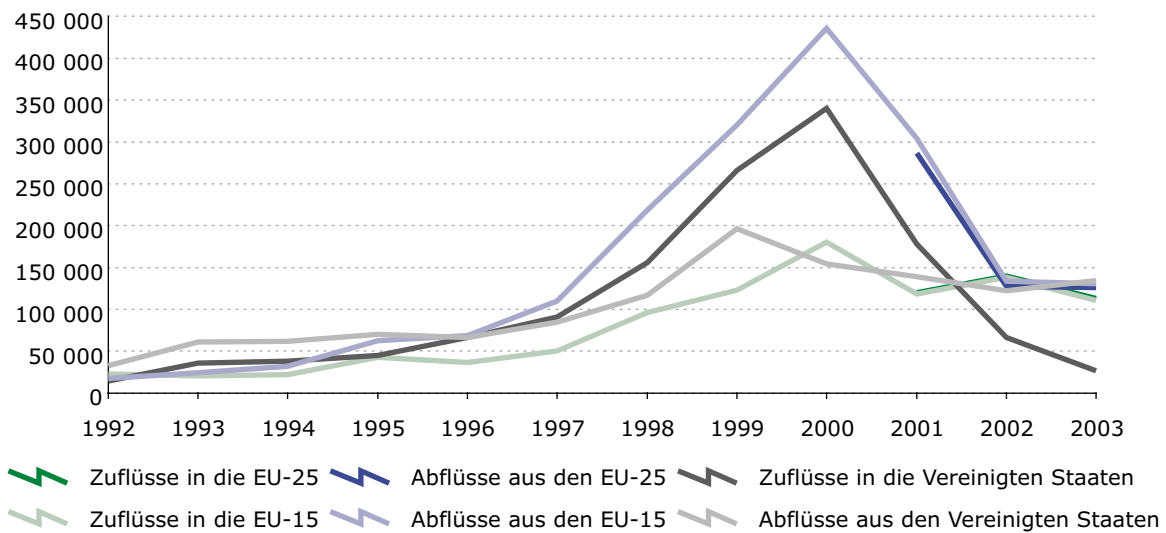
Die Partner einzelner Länder sind die „übrige Welt“, die der EU-15 die „Extra-EU-15“ und die der EU-25 die „Extra-EU-25“.

Der Index für Belgien und Luxemburg (BLEU) betrug im Jahr 2003 insgesamt 39,5, was hauptsächlich auf den besonders hohen Wert für Luxemburg zurückzuführen ist. Der Index für Luxemburg betrug 357,6.

Durchschnitt der ausländischen Direktinvestitionsströme im Inland und der inländischen Direktinvestitionsströme im Ausland als Prozentsatz des BIP. Der Index misst die Intensität der Investitionen innerhalb der internationalen Wirtschaft. Direktinvestitionen beziehen sich auf internationale Investitionen, die durch die gebietsansässige Körperschaft (Direktinvestor) getätigt werden, um einen dauerhaften Anteil in einer wirtschaftsmäßig anderen Körperschaft als der des Anlegers zu erwerben. Zu Direktinvestitionen gehören Anfangstransaktionen zwischen den beiden Körperschaften und allen nachfolgenden Vermögenstransaktionen zwischen ihnen und den Filialunternehmen, ob mit oder ohne Rechtspersönlichkeit. Um Größenunterschiede der Volkswirtschaften in den berichtenden Ländern auszugleichen, werden die Daten in Prozent des BIP ausgedrückt.

Direktinvestitionsströme

In Mio. EUR/ECU

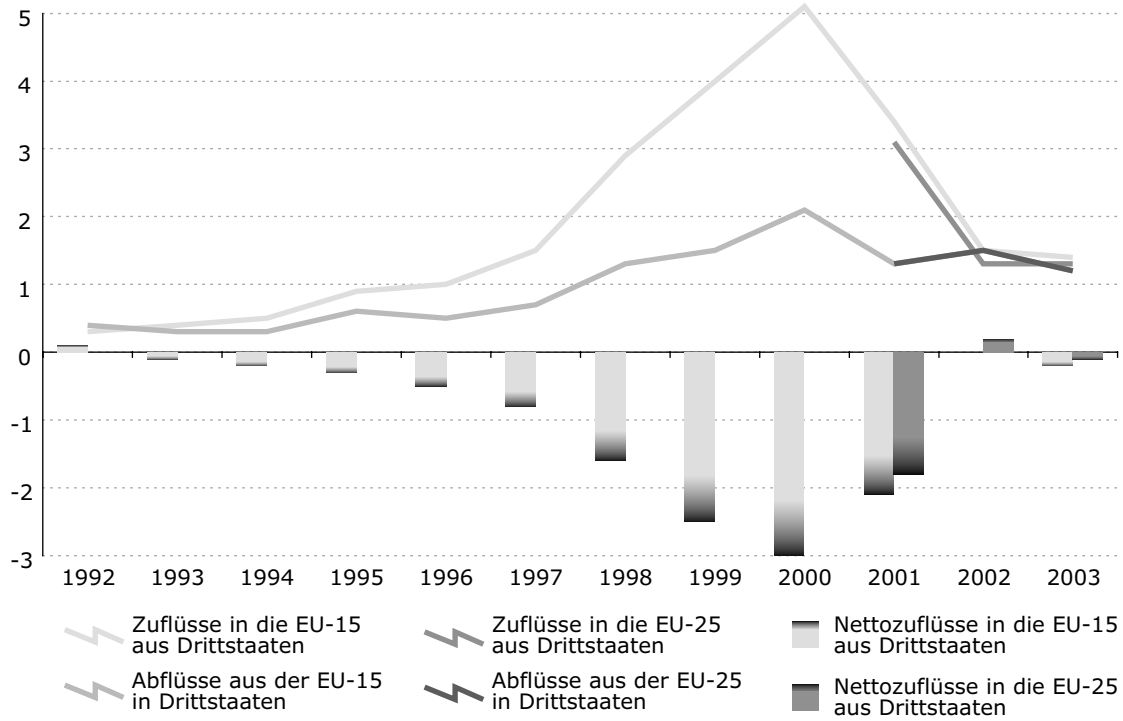


Die Partner der EU-15 sind die „Extra-EU-15“, der EU-25 sind die „Extra-EU-25“ und die der USA sind die „übrige Welt“.

Eine Direktinvestition ist eine Investition, die von einer gebietsansässigen Einheit (dem Direktinvestor) getätigt wird, um eine langfristige Beteiligung an einer gebietsansässigen Einheit einer anderen Volkswirtschaft (dem Unternehmen, das Gegenstand einer Direktinvestition ist) zu erwerben.

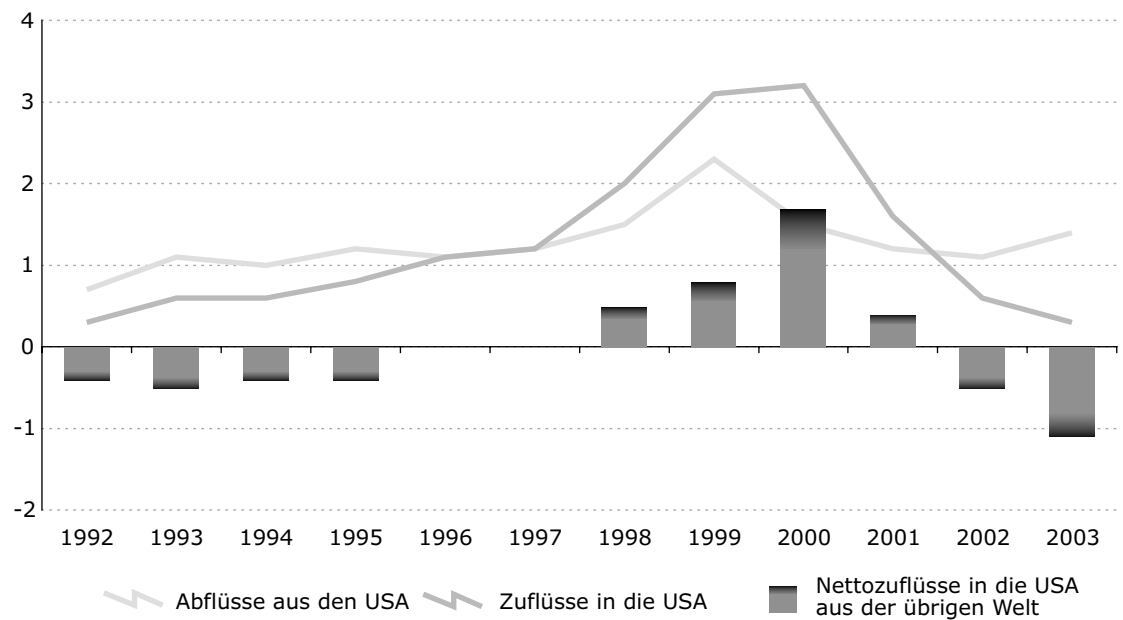


Direktinvestitionsströme der EU
In % des BIP



Eine Direktinvestition ist eine Investition, die von einer gebietsansässigen Einheit (dem Direktinvestor) getätigt wird, um eine langfristige Beteiligung an einer gebietsansässigen Einheit einer anderen Volkswirtschaft (dem Unternehmen, das Gegenstand einer Direktinvestition ist) zu erwerben.

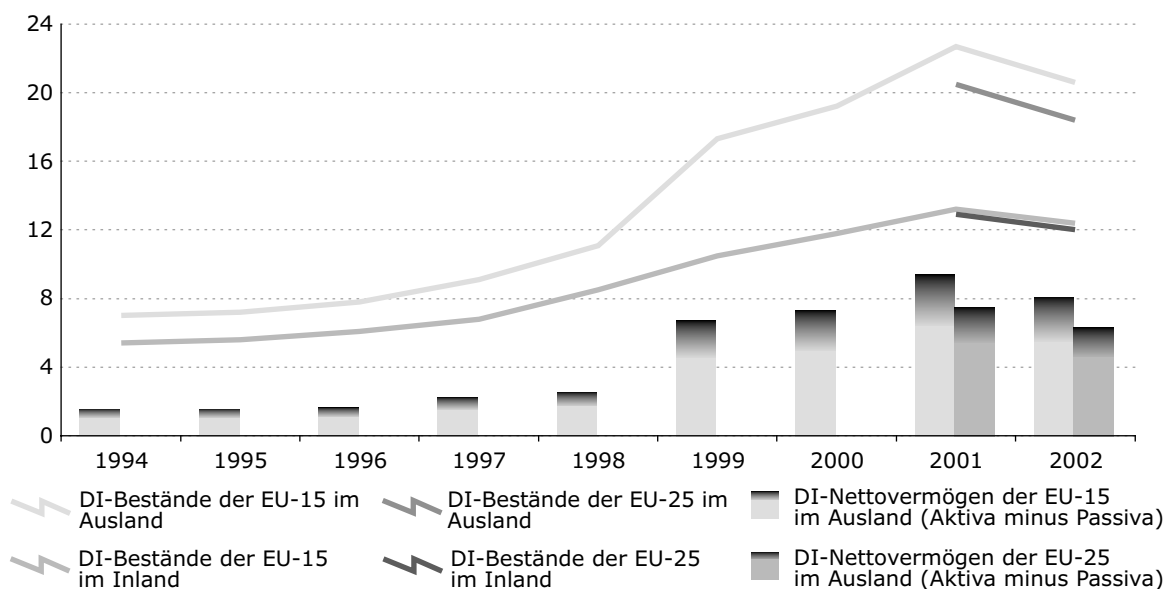
Direktinvestitionsströme der USA
In % des BIP



Eine Direktinvestition ist eine Investition, die von einer gebietsansässigen Einheit (dem Direktinvestor) getätigt wird, um eine langfristige Beteiligung an einer gebietsansässigen Einheit einer anderen Volkswirtschaft (dem Unternehmen, das Gegenstand einer Direktinvestition ist) zu erwerben.

Direktinvestitionsbestände der EU

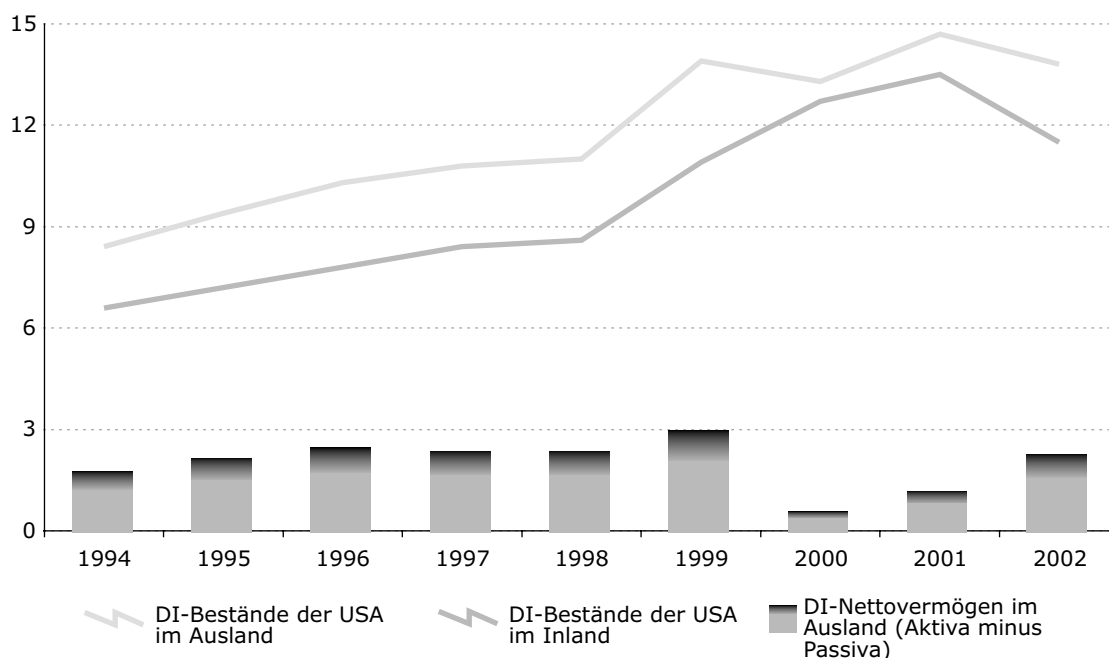
In % des BIP



Eine Direktinvestition (DI) ist eine Investition, die von einer gebietsansässigen Einheit (dem Direktinvestor) getätigt wird, um eine langfristige Beteiligung an einer gebietsansässigen Einheit einer anderen Volkswirtschaft (dem Unternehmen, das Gegenstand einer Direktinvestition ist) zu erwerben. DI-Bestände sind die Differenz aus den DI-Aktiva (für die DI-Bestände im Ausland) und den DI-Passiva (für die DI-Bestände im Inland) nach Ablauf des Berichtszeitraums.

Direktinvestitionsbestände der USA

In % des BIP



Eine Direktinvestition ist eine Investition, die von einer gebietsansässigen Einheit (dem Direktinvestor) getätigt wird, um eine langfristige Beteiligung an einer gebietsansässigen Einheit einer anderen Volkswirtschaft (dem Unternehmen, das Gegenstand einer Direktinvestition ist) zu erwerben. DI-Bestände sind die Differenz aus den DI-Aktiva (für die DI-Bestände im Ausland) und den DI-Passiva (für die DI-Bestände im Inland) nach Ablauf des Berichtszeitraums.



Internationaler Warenverkehr

Eurostat-Daten

Ausführlichere Informationen über die Handelsströme der EU-Mitgliedstaaten stehen auf der Eurostat-Website zur Verfügung.

- Meldeländer: EU, Eurozone und die 25 Mitgliedstaaten
- Handelspartner: alle Länder der Welt
- Waren: Warenverkehr, aufgeschlüsselt nach der Kombinierten Nomenklatur sowie den höheren Ebenen des Internationalen Verzeichnisses für den Außenhandel (SITC).
- Ströme: Einfuhren, Ausfuhren und Handelsbilanzsalden
- Zeiträume: Jahre und Monate seit 1995

Wesentliche Informationen in einer immer offeneren Weltwirtschaft

Der internationale Warenverkehr bildet einen immer größeren Teil der Weltwirtschaft. Er muss daher zuverlässig messbar sein, und die Handelsdaten müssen weiten Kreisen zugänglich und leicht verständlich sein.

Die internationale Handelsstatistik ist eine wichtige Primärquelle für die meisten Entscheidungsträger aus dem öffentlichen und privaten Sektor. Sie hilft europäischen Unternehmen beispielsweise bei der Erforschung des Marktes und der Entwicklung von Handelsstrategien. Die gemeinschaftlichen Behörden können anhand dieser Daten multi- und bilaterale Verhandlungen im Rahmen der gemeinsamen Handelspolitik vorbereiten und die Fortschritte des Binnenmarkts bzw. die Integration der europäischen Volkswirtschaften bewerten. Außerdem ist die Handelsstatistik eine wesentliche Quelle für die Zahlungsbilanzstatistik, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Untersuchungen der Konjunkturzyklen.

Harmonisierte Statistik des internationalen Warenverkehrs

Die rechtliche Grundlage für die Erstellung der Handelszahlen findet sich in einer Reihe von



Verordnungen des Rates und der Kommission. Die eigentliche Arbeit wird gemeinsam von Eurostat und den entsprechenden Stellen in den Mitgliedstaaten geleistet, die für die Erfassung und Verarbeitung der Grunddaten zuständig sind.

Eurostat ist verantwortlich für die Harmonisierung der gemeinschaftlichen Rechtstexte im Bereich der Statistik der Warenverkehrs und für

die korrekte Anwendung dieser Rechtsvorschriften. Die an Eurostat gelieferten Statistiken basieren also auf Rechtstexten, die in den Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar sind, sowie auf Definitionen und Verfahren, die weitgehend harmonisiert wurden.

Erfassung aller grenzüberschreitenden Handelsbewegungen

Allgemein gesagt soll die internationale Handelsstatistik alle Waren erfassen, die zum Warenbestand eines Landes durch Einfuhr in das Staatsgebiet hinzugefügt bzw. durch Ausfuhr weggenommen werden. Das heißt, die internationale Handelsstatistik befasst sich mit beweglichen Gütern.

Die wichtigsten Elemente der internationalen Handelsstatistik betreffen Geschäfte mit Eigentumsübertragung (tatsächlich oder beabsichtigt) und mit Gegenleistung. Dennoch finden sich in

frei an Bord) erfasst, Einfuhren dagegen zum cif-Wert (cif = cost, insurance, freight – Kosten, Versicherung, Fracht). Daher umfassen die Einfuhrwerte, im Gegensatz zur Zahlungsbilanzstatistik, Kosten, wie etwa Beförderung und Versicherung, die sich auf den Teil der Strecke beziehen, der außerhalb des statistischen Gebiets des Einfuhrlandes liegt. Die Ausfuhrwerte entsprechen dem Warenwert zum Zeitpunkt und an dem Ort, an dem die Waren das statistische Gebiet des Ausfuhrlandes verlassen.

Handel von Ländergruppen

Die Aggregate für EU-15, EU-25, die Eurozone und den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) werden als Gesamthandel abzüglich des Intra-EU-Handels (EU-15, EU-25 und Eurozone) bzw. des Intra-EWR-Handels berechnet.

Handel nach Produkten

Agrarnahrungsmittel sind Nahrungsmittel aus der Landwirtschaft, wie sie gemäß den Bestimmungen der Abschnitte 0 und 1 des Internationalen Verzeichnisses für den Außenhandel (SITC), Rev. 3, bestimmt werden.

Der Handel mit Rohstoffen umfasst die Abschnitte 2 und 4 des SITC.

Der Handel mit Brennstoffen umfasst die in Abschnitt 3 des SITC aufgeführten Produkte.

Der Handel mit chemischen Erzeugnissen umfasst die in Abschnitt 5 des SITC aufgeführten Produkte.

Der Handel mit Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und des Fahrzeugbaus umfasst die in Abschnitt 7 des SITC aufgeführten Waren, der Handel mit anderen Erzeugnissen der Abschnitte 6 und 8.



der Außenhandelsstatistik auch Güterbewegungen ohne Eigentumsübertragung, etwa Warensendungen zur bzw. nach Lohnveredelung oder Reparatur.

Einige Anmerkungen zur Methodik

Wertbestimmung der Ein- und Ausfuhren

In der Außenhandelsstatistik werden die Ausfuhren zum fob-Wert (fob = free on board –

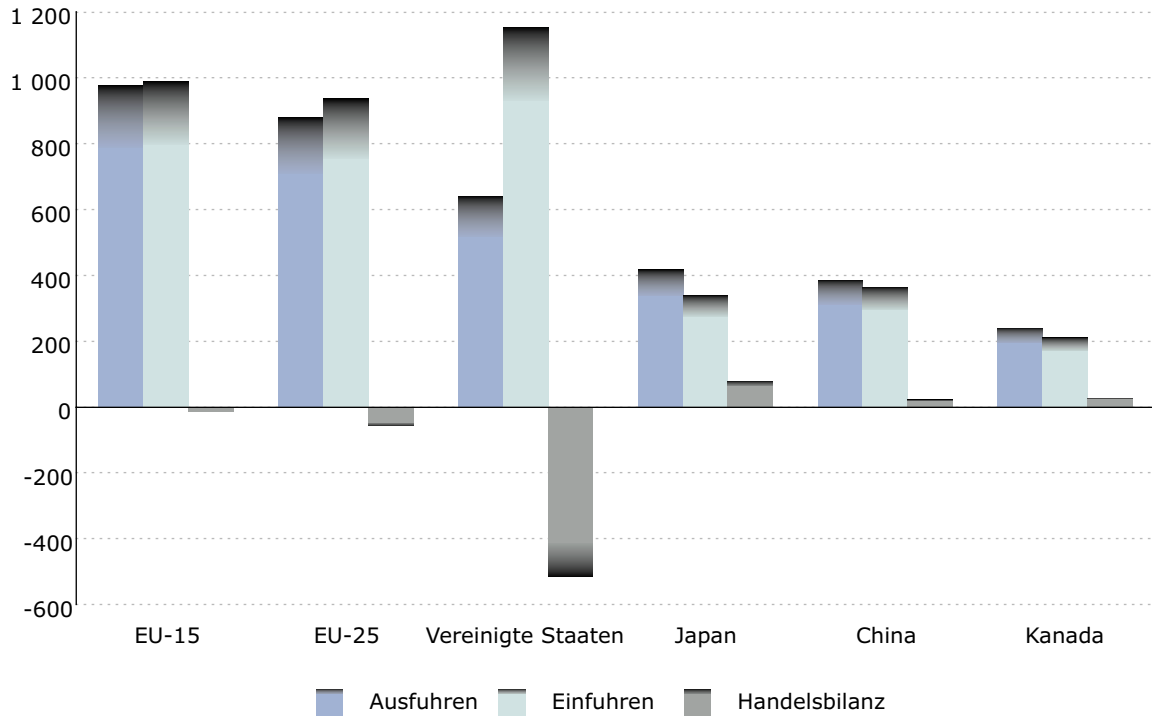
Weitere Begriffe und Definitionen

Hintergrundinformationen zu diesem Thema finden Sie auf der Eurostat-Website:

- Mit den Außenhandelsdaten verknüpft und kostenlos zugänglich sind „SDDS base page“ und „Methodik im Überblick“.
- *Statistics on the trading of goods – User guide* (nur in Englisch verfügbar)
- *Geonomenklatur*

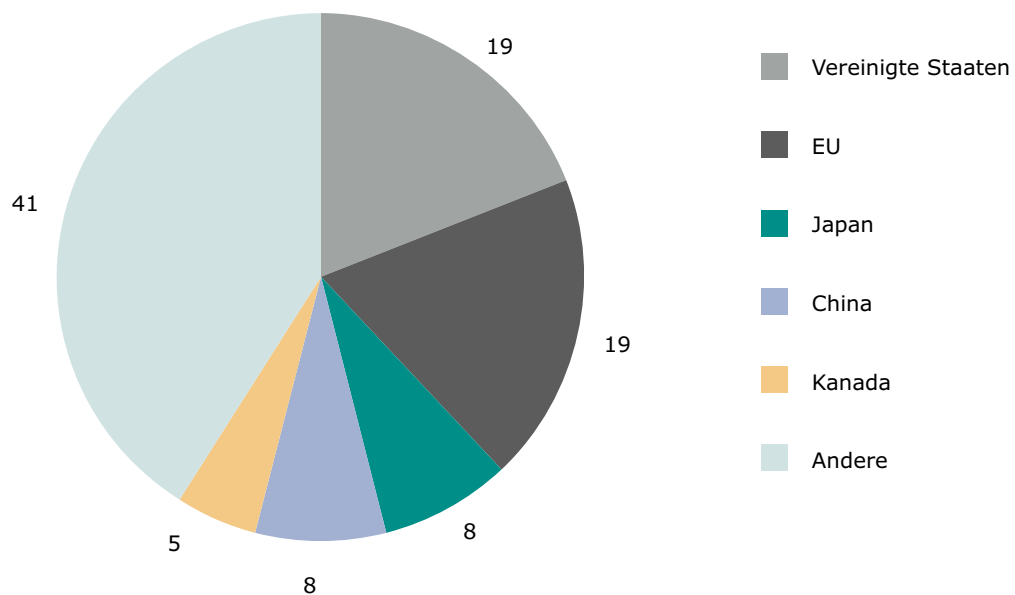


Internationaler Warenhandel im Jahr 2003: die EU und sonstige Hauptakteure
In Mrd. EUR



3

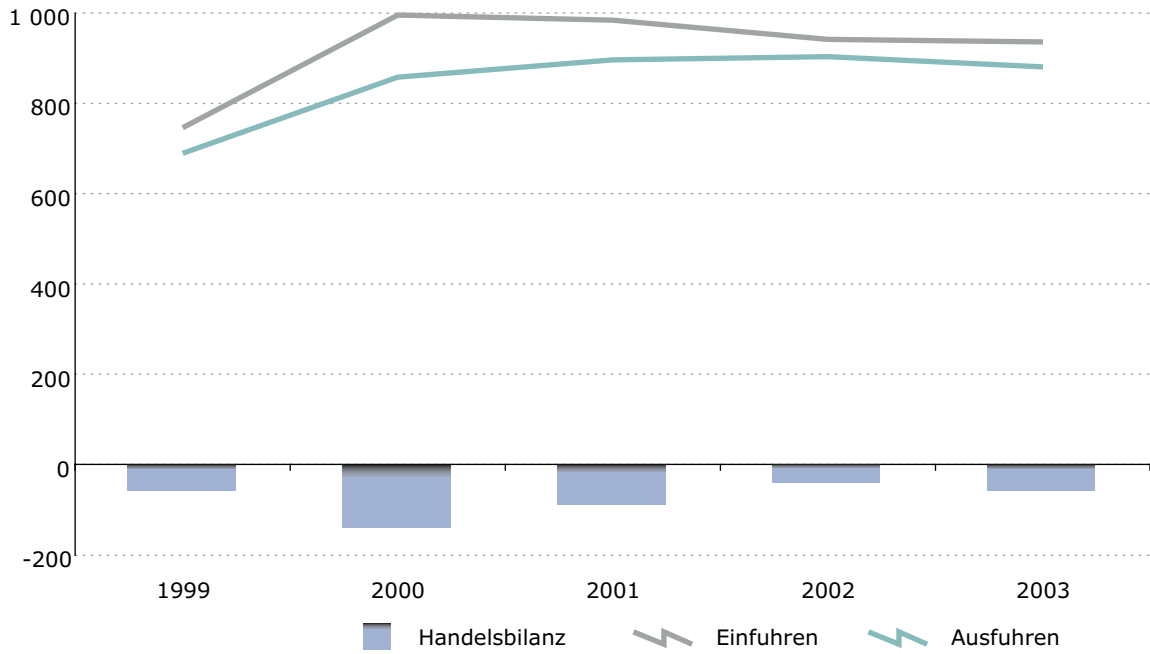
Anteil der EU-25 am Welthandel (¹) im Jahr 2003
In %



(¹) Einfuhren + Ausfuhren.

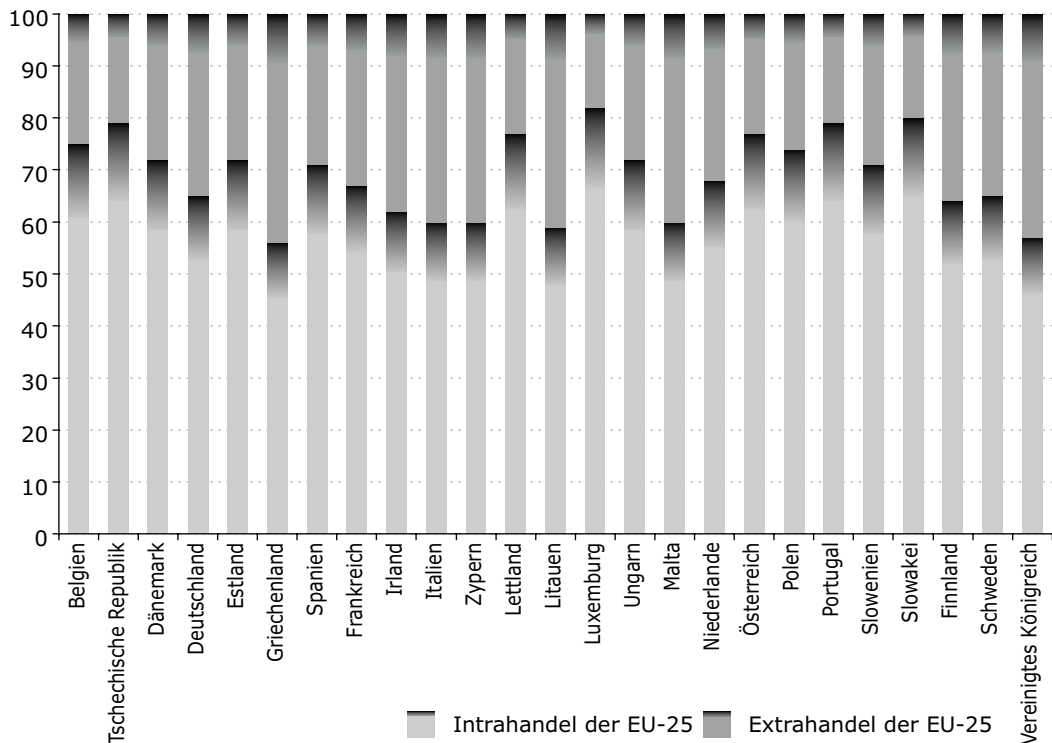
Entwicklung des Handels der EU-25 von 1999 bis 2003

In Mrd. ECU/EUR



Anteil des Intra- und Extrahandels der EU-25 am Gesamthandel (¹) im Jahr 2003

In %

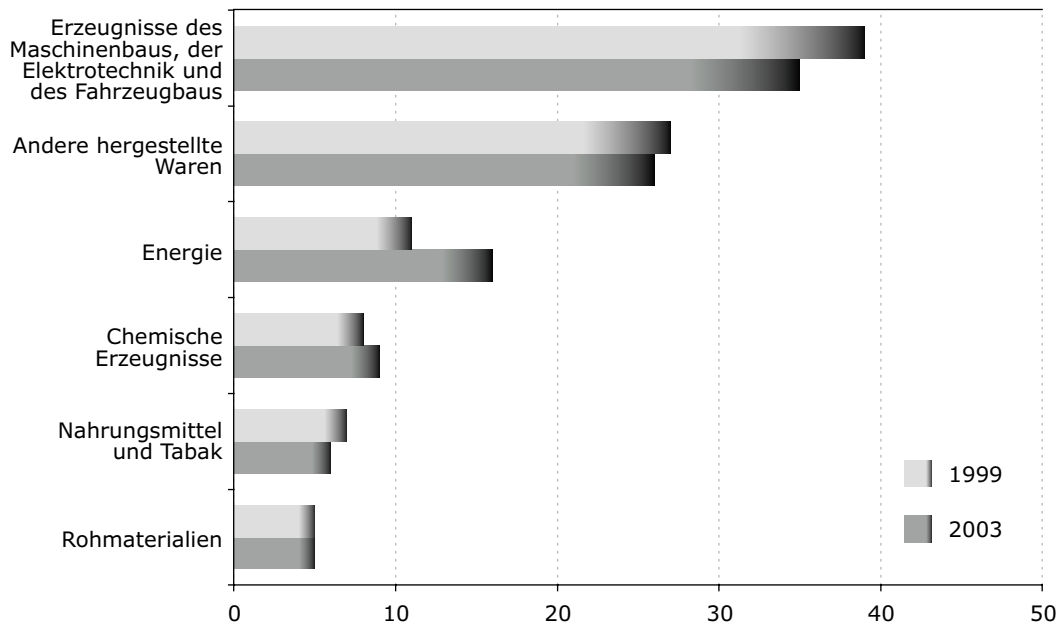


(¹) Einfuhren + Ausfuhren.



Anteil der wichtigsten Erzeugnisse an den Gesamteinfuhren der EU-25

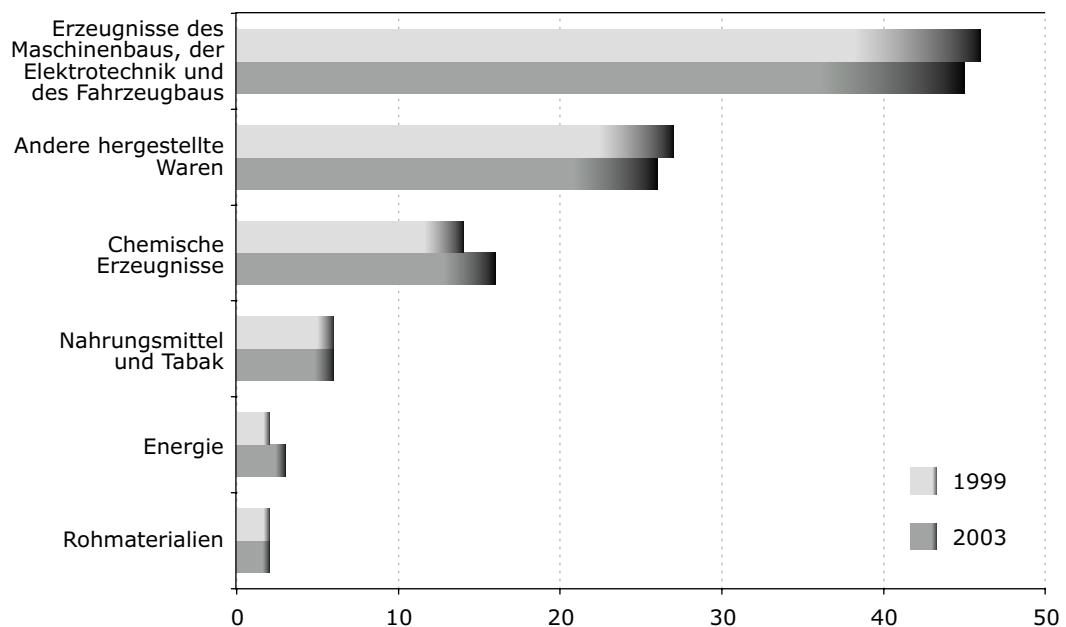
In %



3

Anteil der wichtigsten Erzeugnisse an den Gesamtausfuhren der EU-25

In %



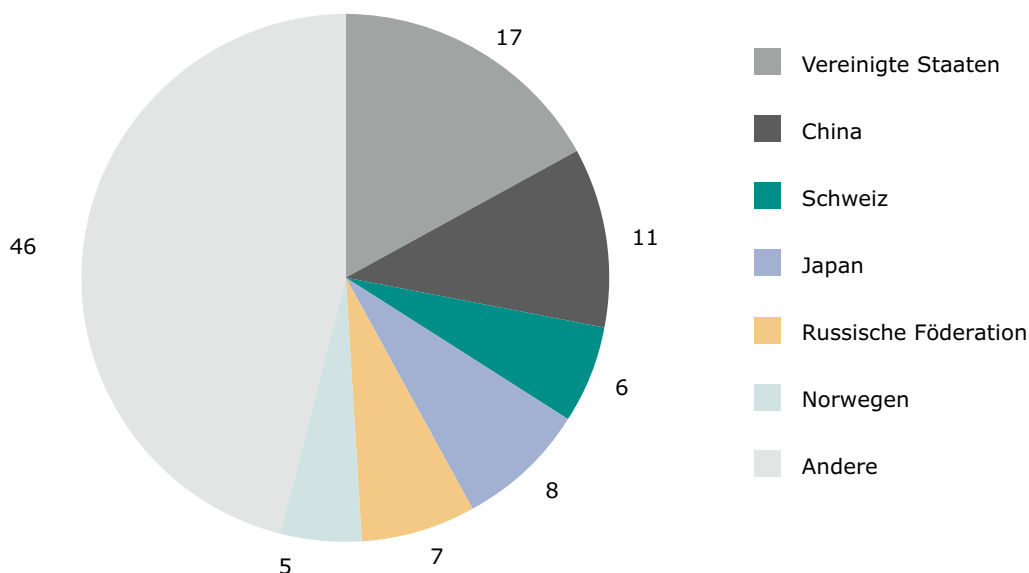
Beitrag der EU-Mitgliedstaaten zum Extra-EU-25 Handel im Jahr 2003

In Mrd. EUR

	Ausfuhren		Einfuhren		Handelsbilanz Mrd. EUR
	Mrd. EUR	Anteil in %	Mrd. EUR	Anteil in %	
Extra-EU-25	880,4	100	936,3	100	-55,9
Belgien	51,5	5,8	55,1	5,9	-3,6
Tschechische Republik	5,8	0,7	12,9	1,4	-7,1
Dänemark	17,7	2,0	13,6	1,5	4,1
Deutschland	237,8	27,0	182,9	19,5	55,0
Estland	0,7	0,1	2,0	0,2	-1,3
Griechenland	5,3	0,6	17,2	1,8	-11,9
Spanien	34,5	3,9	56,8	6,1	-22,3
Frankreich	117,3	13,3	106,4	11,4	10,9
Irland	30,9	3,5	17,7	1,9	13,2
Italien	104,4	11,9	101,5	10,8	2,9
Zypern	0,2	0,0	1,4	0,2	-1,3
Lettland	0,5	0,1	1,1	0,1	-0,6
Litauen	2,3	0,3	3,6	0,4	-1,3
Luxemburg	1,3	0,1	3,3	0,4	-2,0
Ungarn	7,1	0,8	15,5	1,7	-8,4
Malta	1,1	0,1	0,9	0,1	0,1
Niederlande	51,9	5,9	105,8	11,3	-53,9
Österreich	22,2	2,5	16,8	1,8	5,5
Polen	9,0	1,0	18,5	2,0	-9,5
Portugal	5,4	0,6	8,6	0,9	-3,2
Slowenien	3,7	0,4	3,0	0,3	0,8
Slowakei	3,0	0,3	5,1	0,5	-2,1
Finnland	18,7	2,1	11,9	1,3	6,8
Schweden	37,0	4,2	20,5	2,2	16,4
Vereinigtes Königreich	111,1	12,6	154,1	16,5	-43,0

Anteil der wichtigsten Handelspartner an den Gesamteinfuhren der EU-25 im Jahr 2003

In %




Gesamthandel der EU-15, EU-25 und der Mitgliedstaaten im Jahr 2003

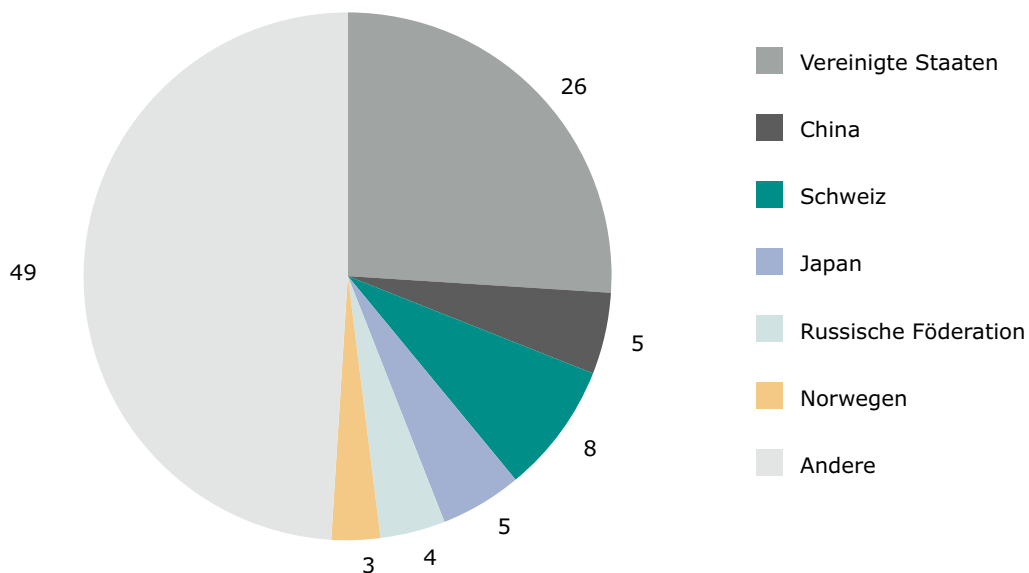
In Mrd. EUR

	Ausfuhren			Einfuhren			Handelsbilanz	
	2003	2002	Veränderung in %	2003	2002	Veränderung in %	2003	2002
EU-15	976,7	997,2	-2,1	988,9	989,2	0,0	-12,2	8,0
EU-25	880,4	903,3	-2,5	936,3	942,0	-0,6	-55,9	-38,7
Belgien	225,7	228,6	-1,3	208,1	210,3	-1,1	17,6	18,3
Tschechische Republik	43,0	40,7	5,8	45,2	43,0	5,2	-2,2	-2,3
Dänemark	59,6	60,8	-2,0	51,1	53,2	-4,0	8,5	7,6
Deutschland	661,6	651,3	1,6	531,9	518,5	2,6	129,6	132,8
Estland	4,0	3,6	9,9	5,7	5,1	12,9	-1,7	-1,4
Griechenland	11,7	10,9	6,6	39,2	33,1	18,6	-27,5	-22,1
Spanien	134,1	132,9	0,9	177,7	174,6	1,8	-43,6	-41,7
Frankreich	341,9	350,8	-2,5	345,2	348,2	-0,8	-3,4	2,6
Irland	82,0	93,3	-12,2	47,2	55,4	-14,8	34,8	37,9
Italien	258,2	269,1	-4,0	257,1	261,2	-1,6	1,1	7,8
Zypern	0,4	0,4	-6,2	3,6	3,9	-7,9	-3,2	-3,5
Lettland	6,1	5,5	10,8	8,4	8,0	6,1	-2,3	-2,4
Litauen	2,6	2,4	5,8	4,6	4,3	8,1	-2,1	-1,9
Luxemburg	11,8	10,8	8,8	14,4	13,8	4,3	-2,6	-3,0
Ungarn	37,7	36,5	3,2	42,1	39,9	5,5	-4,5	-3,4
Malta	2,0	2,1	-5,2	2,9	2,8	2,1	-0,8	-0,7
Niederlande	260,0	258,1	0,7	232,3	231,9	0,2	27,6	26,2
Österreich	84,7	83,2	1,8	86,7	82,8	4,6	-1,9	0,4
Polen	47,5	43,5	9,3	60,4	58,5	3,2	-12,8	-15,0
Portugal	27,7	28,1	-1,3	39,9	42,4	-6,0	-12,1	-14,3
Slowenien	11,3	11,0	2,9	12,2	11,6	5,7	-1,0	-0,6
Slowakei	19,3	15,2	26,7	19,9	17,5	13,7	-0,6	-2,3
Finnland	46,8	47,7	-1,9	37,1	36,2	2,6	9,7	11,6
Schweden	89,5	86,2	3,8	73,1	70,8	3,2	16,4	15,4
Vereinigtes Königreich	269,3	296,3	-9,1	345,5	366,2	-5,7	-76,2	-69,9

3

Anteil der wichtigsten Handelspartner an den Gesamtausfuhren der EU-25 im Jahr 2003

In %



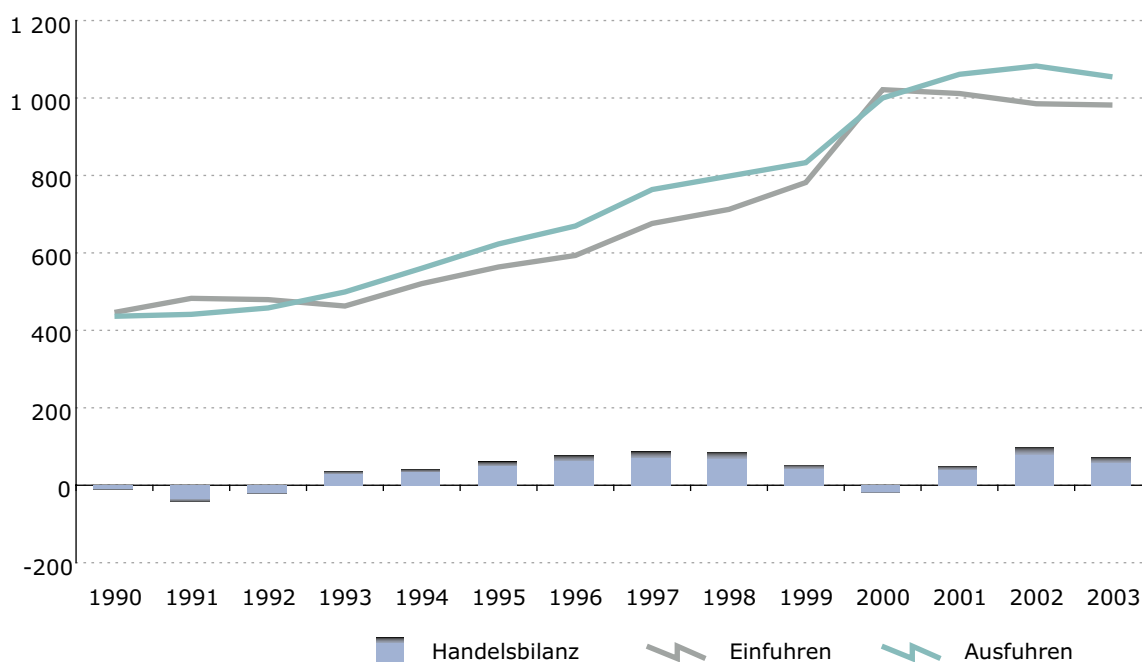
Beitrag der Mitgliedstaaten zum Intrahandel der EU-25 im Jahr 2003

In Mrd. EUR

	Ausfuhren		Einfuhren		Handelsbilanz
	Mrd. EUR	Anteil in %	Mrd. EUR	Anteil in %	Mrd. EUR
Intra-EU-25	1 857,9	100	1 755,3		102,6
Belgien	174,2	9	152,9	9	21,3
Tschechische Republik	37,3	2	32,3	2	4,9
Dänemark	41,8	2	37,4	2	4,4
Deutschland	423,7	23	349,0	20	74,7
Estland	3,3	0	3,7	0	-0,4
Griechenland	6,4	0	22,0	1	-15,6
Spanien	99,6	5	120,9	7	-21,3
Frankreich	224,6	12	238,8	14	-14,2
Irland	51,1	3	29,5	2	21,5
Italien	153,8	8	155,6	9	-1,8
Zypern	0,2	0	2,1	0	-1,9
Lettland	2,0	0	3,5	0	-1,5
Litauen	3,8	0	4,8	0	-1,0
Luxemburg	10,5	1	11,1	1	-0,6
Ungarn	30,5	2	26,6	2	3,9
Malta	1,0	0	1,9	0	-1,0
Niederlande	208,0	11	126,6	7	81,5
Österreich	62,5	3	69,9	4	-7,4
Polen	38,5	2	41,8	2	-3,3
Portugal	22,3	1	31,2	2	-8,9
Slowenien	7,5	0	9,2	1	-1,7
Slowakei	16,3	1	14,8	1	1,5
Finnland	28,1	2	25,2	1	2,8
Schweden	52,5	3	52,6	3	-0,0
Vereinigtes Königreich	158,1	9	191,4	11	-33,2

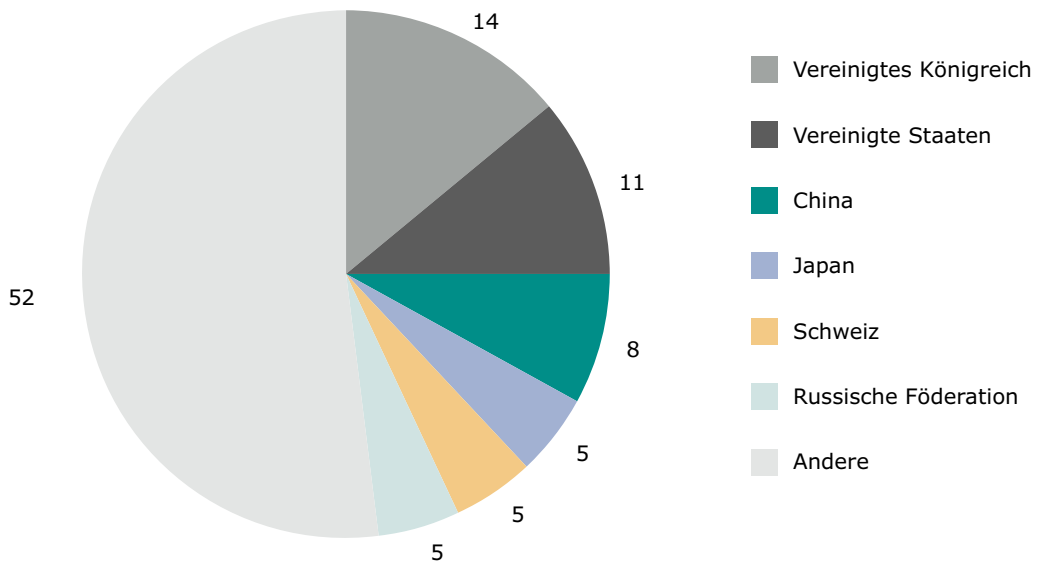
Handel der Eurozone von 1990 bis 2003

In Mrd. ECU/EUR



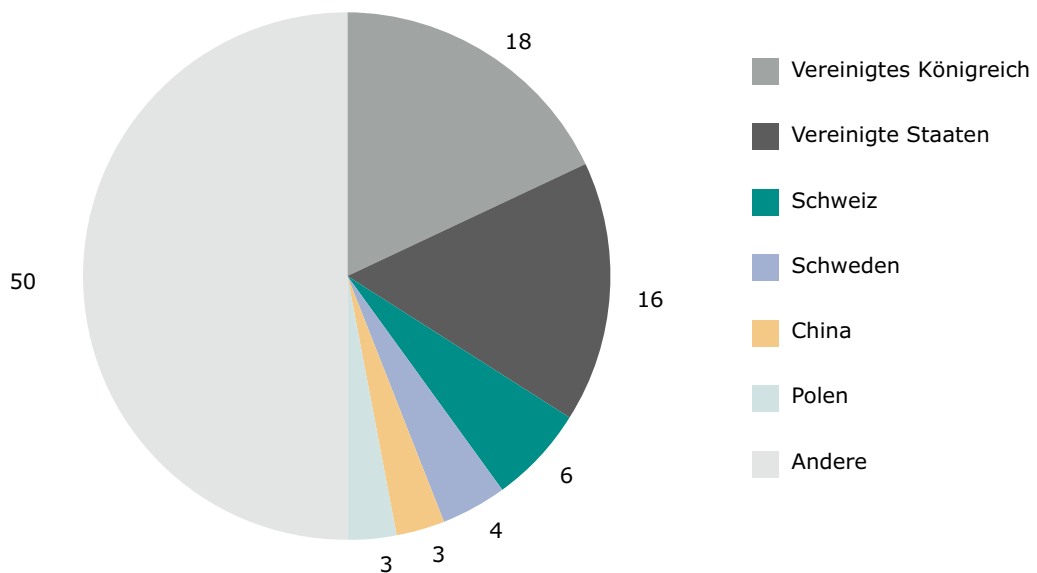


Anteil der wichtigsten Handelspartner an den Einfuhren in die Eurozone im Jahr 2003
In %

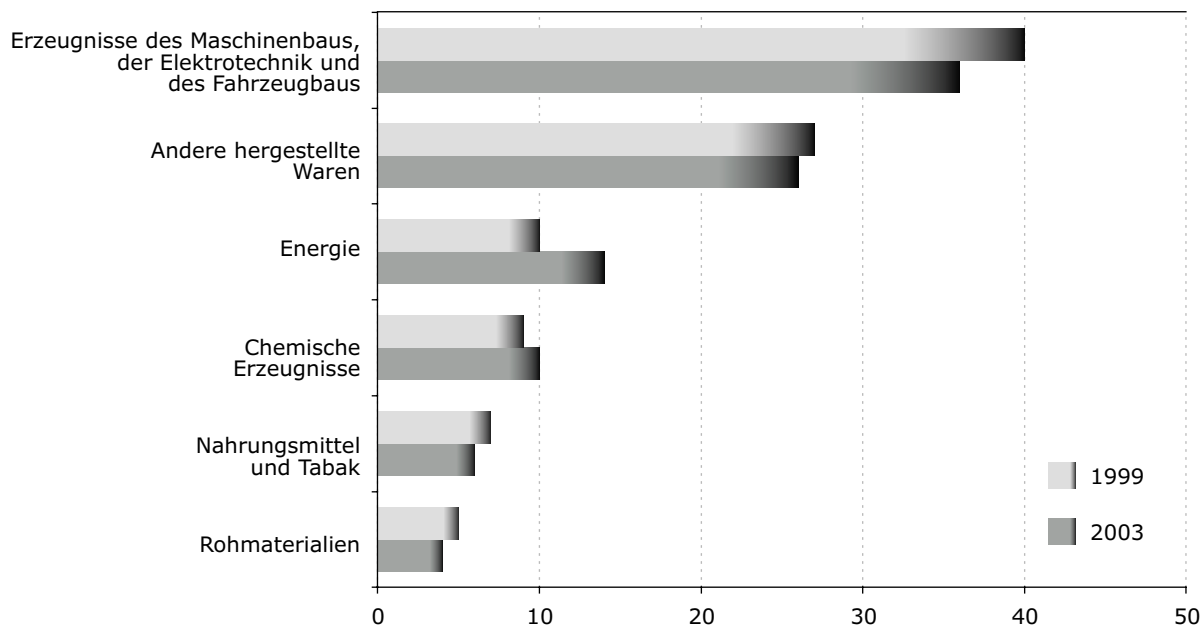


3

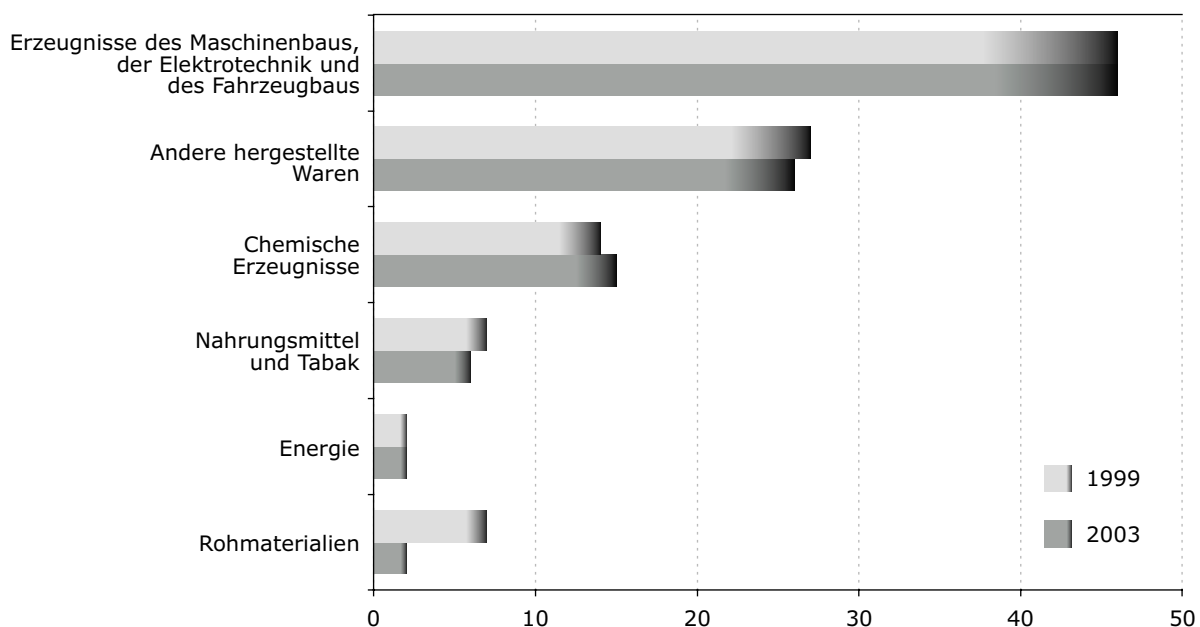
Anteil der wichtigsten Handelspartner an den Ausfuhren aus der Eurozone im Jahr 2003
In %



Anteil der wichtigsten Erzeugnisgruppen an den gesamten Einfuhren in die Eurozone
In %



Anteil der wichtigsten Erzeugnisgruppen an den gesamten Ausfuhren aus der Eurozone
In %





Umwelt

197-206





Wasser

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Wasserressourcen
- Wasserentnahme
- Wasserversorgung
- Abwasserbehandlung



Wasser: lebenswichtig und immer knapper

Für viele Regionen stellen die Qualität und die Verfügbarkeit von Wasserressourcen ein großes Problem dar. Die Wasserreserven sind begrenzt und die Wasserqualität wird von menschlichen Tätigkeiten, wie der industriellen Produktion, der Ablagerung von Haushaltsmüll, Ackerbau und Viehzucht usw. beeinträchtigt.

Wasser ist jedoch für das menschliche Leben und menschliche Tätigkeiten unentbehrlich. Qualität und Menge der verfügbaren Wasserreserven werden durch die wirtschaftliche Entwicklung und das Bevölkerungswachstum in zunehmendem

Maße beeinträchtigt. An vielen Plätzen auf der Erde werden die Süßwasserreserven schneller verbraucht als die Natur sie ersetzen kann.

Die Verschmutzung von Flüssen, Seen und Grundwasserbeständen verursacht auf der ganzen Welt Besorgnis.

Richtlinie zum Wasserschutz

Da die Qualität des verfügbaren Wassers sich verschlechtert und die Menge begrenzt ist, müssen die Nutzung der verschiedenen Wasserquellen und die Nachfrage neu überdacht werden. Dies ist der Hintergrund für die Rahmenrichtlinie 2000/60/EG im Bereich Wasserpolitik. Darin wird festgehalten, dass eine nachhaltige Bewirtschaftung der Süßwasserressourcen auf einem integrierten Management von Wasser im Rahmen eines Einzugsgebiets basieren muss. Außerdem wird

durch die Richtlinie ein „kombiniertes Konzept“ gefördert, d. h. Begrenzung der Verschmutzung durch die Vorgabe von Emissionsgrenzwerten und Qualitätsstandards, Festlegung angemessener Preise und Einbeziehung der Bürger in Fragen des Wassermanagements.

Strenge Überwachung des Wassers

Wasserstatistiken werden in allen europäischen Ländern anhand des Abschnitts „Binnengewässer“ des gemeinsamen Fragebogens von

Eurostat und OECD erfasst, der laufend an die Wasserpolitik der EU angepasst wird.

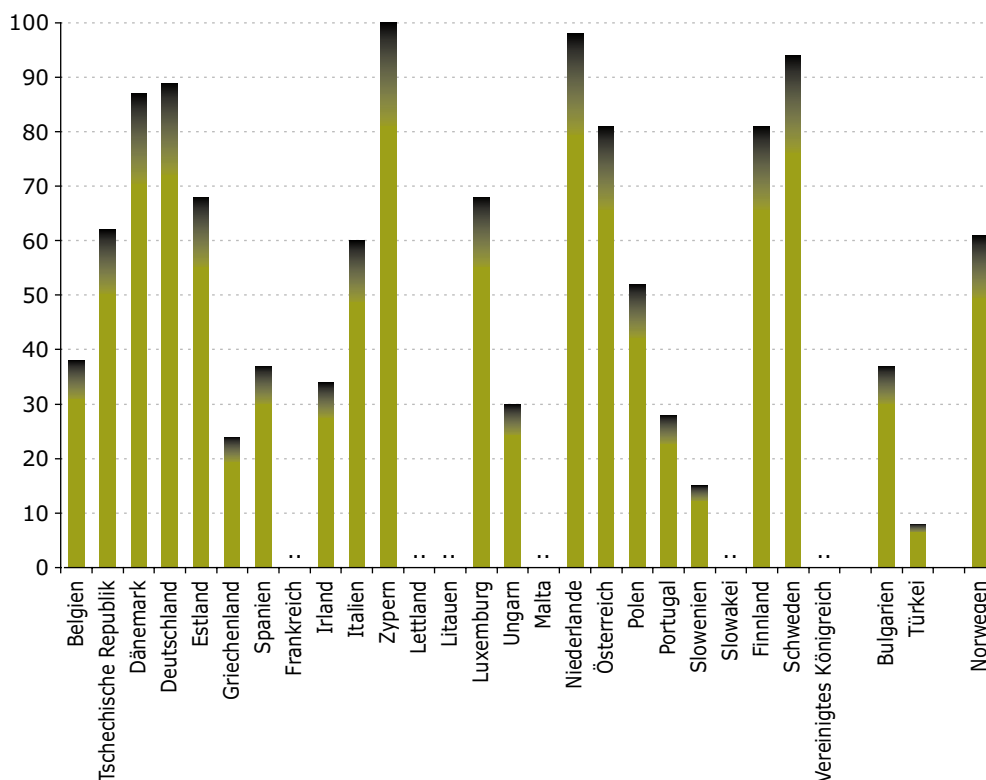
Der Fragebogen umfasst folgende Daten:

- **Süßwasserressourcen in Grund- und Oberflächenwasser:** Diese können durch Niederschläge und Zuflüsse von außen erneuert werden.
- **Wasserentnahme nach Quellen:** Durch Wasserentnahme werden die Ressourcen erheblich belastet, wenngleich ein Großteil des Wassers, das (für private Haushalte, die Industrie einschließlich Energieerzeugung oder die Landwirtschaft) entnommen wurde, wieder in die Umwelt und die Gewässer eingeleitet wird, allerdings oft als Abwasser in schlechterer Qualität.
- **Wassernutzung nach Art der Versorgung und nach gewerblichen Tätigkeiten.**

- **Durchsatz der Kläranlagen und Anteil der an Kläranlagen angeschlossenen Bevölkerung:** Diese Angaben vermitteln einen Überblick über den Stand der qualitativen und quantitativen Entwicklung der Infrastrukturen, die zum Schutz der Umwelt vor Verschmutzung durch Abwasser zur Verfügung stehen.
- **Klärschlammaufkommen und -entsorgung:** Bei der Abwasserbehandlung fällt unvermeidlich Klärschlamm an. Seine Auswirkungen auf die Umwelt hängen davon ab, welche Verfahren für seine Aufbereitung und Entsorgung angewandt werden.
- **Aufkommen und Ableitung von Abwasser:** Die im Abwasser vorhandenen Schadstoffe stammen aus unterschiedlichen Quellen. Auch die Effizienz der Schadstoffbehandlung ist je nach dem angewandten Verfahren unterschiedlich.

Bevölkerung mit Anschluss an eine Abwasserreinigung (mindestens sekundäre Reinigung)

Letztes verfügbares Jahr; in %





Abfall

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Abfallerzeugung
- Abfallwiederverwertung
- Abfallentsorgung
- Siedlungsabfall (Kommunalabfall)
- Gefährliche Abfälle
- Abfalldeponien
- Abfallverbrennung

Die Hauptanliegen der Abfallpolitik: Abfallvermeidung und Stoffkreislauf

In der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung und dem sechsten Umweltaktionsprogramm wird die Beziehung zwischen der effizienten Nutzung von Ressourcen und der Erzeugung und Entsorgung von Abfall betont. Ziel ist es dabei, in der nächsten Zukunft die Inanspruchnahme von Ressourcen und die Erzeugung von Abfall vom Wirtschaftswachstum abzukoppeln. Auch sollte der nachhaltige Verbrauch die Umwelt nicht überbeanspruchen.

Mit der Strategie zur Abfallvermeidung und -wiederverwertung sollen Initiativen zur Abfallvermeidung verbessert, die Nutzung der Ressourcen effizienter und der Verbrauch nachhaltiger werden, um so den Gesamtabfallanfall deutlich zu vermindern.

Die Abfallvermeidung lässt sich erreichen durch sauberere Technologien, ein besseres Umweltdesign und durch umwelteffizientere Produktionsverfahren und Verbrauchsgewohnheiten. Mit einer stärker stoffbezogenen Abfallvermeidung und einer besseren Wiederverwertung ließen sich die Umweltfolgen des Ressourcenverbrauchs mindern und die Auswirkungen der Förderung von Rohstoffen und ihrer Umwandlung im Produktionsprozess vermeiden. Diese Aktionen erfordern nicht nur Zielvorgaben, sondern auch den Einsatz anderer Maßnahmen, etwa wirtschaftlicher, rechtlicher und freiwilliger Instrumentarien.

Diese Strategie fördert eine nachhaltige Abfallwirtschaft, die die Umweltfolgen minimiert, die wirt-

schaftlichen und sozialen Auswirkungen berücksichtigt (Kosten und Nutzen, kosteneffiziente Optionen) und so zur optimalen und effizienten Wirtschaftsweise führt. Erste Wahl der Abfallwirtschaft ist die Abfallvermeidung, während die Entsorgung auf Müllkippen nach Möglichkeit zu vermeiden ist.

Wo stehen wir heute?

Die Festlegung von Zielvorgaben für die Abfallvermeidung und -wiederverwertung bedarf zuverlässiger statistischer Grundlagen und Prognosen. Die verfügbaren Zahlen zeigen, dass das Abfallaufkommen generell in allen Ländern zunimmt. Die durchschnittliche, je Einwohner und Jahr erzeugte Abfallmenge (sowohl Siedlungs- als auch Industrieabfall) beträgt 3 500 kg. Die größten Abfallmengen entstehen im Bergbau, in der Herstellung von Waren sowie im Bau- und im Abbruchgewerbe. Der Anteil der Siedlungsabfälle beträgt etwa 15 %. Auf gefährlichen Abfall, der vor allem bei der Herstellung von Waren anfällt, entfallen 2 % der Gesamtab-



fallmenge. Die Ströme der Siedlungsabfälle sowie der Bau- und Abbruchabfälle nehmen tendenziell zu.

Die gebräuchlichste Art der Abfallentsorgung ist in Europa die Lagerung in Deponien – 57 % des Abfalls werden so entsorgt. Auch die Wiederverwertung bestimmter Stoffe und die Verbrennung (mit und ohne Energiegewinnung) werden genutzt, wenn auch je nach Land in unterschiedlichem Ausmaß.

Eurostat hat neue Strukturindikatoren für Abfall veröffentlicht – „kommunale Abfälle erzeugt“, „kommunale Abfälle deponiert“ und „kommunale Abfälle verbrannt“, die eine vollständige Datenreihe von 1995 bis 2003 bilden und sich auf Daten aus den Mitgliedstaaten stützen.

Abfallstatistik

Bis 2005 erfolgte die Erstellung der Abfallstatistiken anhand von Daten, die in allen europäischen Ländern mit dem Abschnitt „Abfall“ des gemeinsamen Eurostat/OECD-Fragebogens

erhoben wurden. Es ist unstrittig, dass Ländervergleiche ziemlich schwierig sind, weil die einzelnen Länder unterschiedliche Erhebungsmethodiken verwenden oder die Abfallkategorien unterschiedlich auffassen.

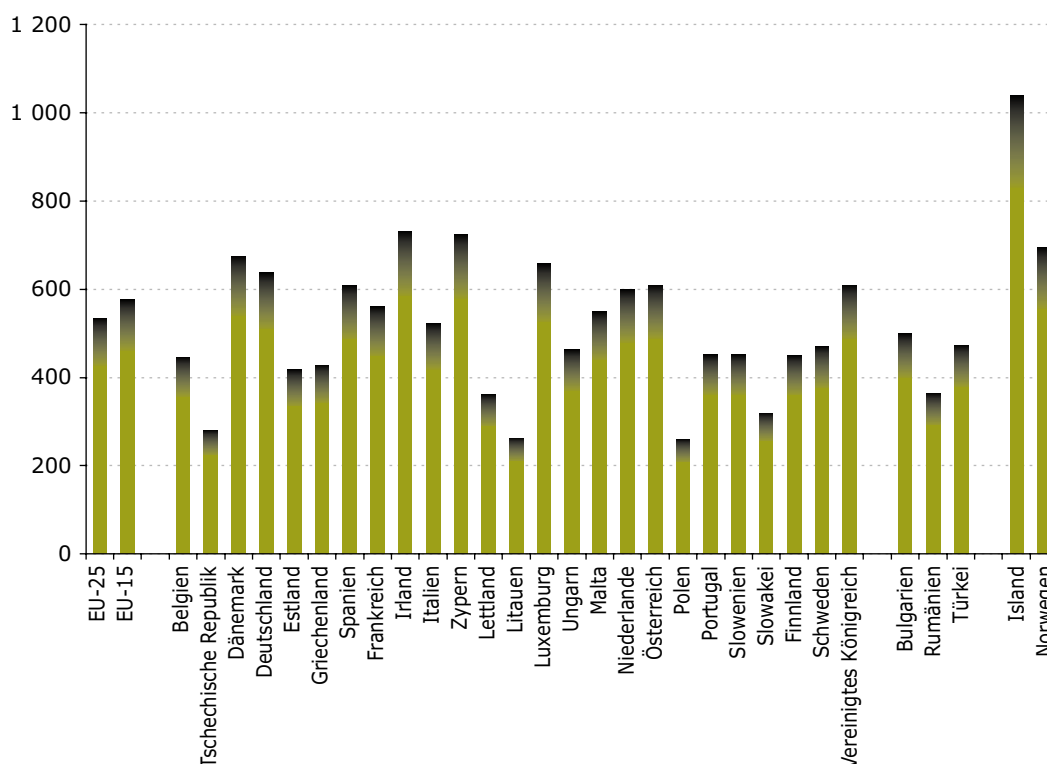
Derzeit ist Eurostat dabei, die Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2002 zur Abfallstatistik durchzuführen. Sie soll auf europäischer Ebene einen Rahmen für die harmonisierte Datenerhebung und Berichterstattung über die Entstehung, Wiederverwertung und Entsorgung von Abfall schaffen. Die Mitgliedstaaten werden Eurostat voraussichtlich 2006 die ersten Datensätze über das Berichtsjahr 2004 übermitteln. Die ersten Trendmeldungen werden 2008 möglich sein. Mit der Durchführung der Abfallverordnung werden die meisten Schwierigkeiten und Unsicherheiten bei der Interpretation der Abfalldaten geringer oder ganz beseitigt sein.

Das folgende Schaubild gibt für 2003 das Aufkommen an Siedlungsabfällen (kommunale Abfälle) gesondert nach Mitgliedstaaten und für EU-25 in kg je Einwohner und Jahr wieder.

4

Kommunale Abfälle erzeugt im Jahr 2003

In kg je Einwohner und Jahr



Dieser Indikator zeigt die kommunal erzeugte Abfallmenge. Er umfasst die durch oder für kommunale Behörden gesammelte und durch das Entsorgungssystem verarbeitete Abfallmenge. Die Abfallmenge stammt zum größten Teil aus Haushalten, wobei „ähnliche“ Abfälle aus Handel, Büros und öffentlichen Institutionen eingeschlossen sind. Für Bereiche, die nicht von einem kommunalen Abfallentsorgungssystem abgedeckt werden, wurde eine Schätzung der erzeugten Abfallmenge vorgenommen. Die eingesammelte Menge wird in kg pro Kopf der Bevölkerung pro Jahr angegeben.



Luftverschmutzung und Klimawandel

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Treibhausgasemissionen
- Luftverschmutzung durch Ozon
- Luftverschmutzung durch Partikelemissionen

Klimaveränderung

Die durchschnittliche Oberflächentemperatur der Erde ist im 20. Jahrhundert um rund 0,6 °C gestiegen, und die Wissenschaft ist sich darüber einig, dass ein Großteil der Erwärmung während der letzten 50 Jahre auf verstärkte Konzentrationen von Treibhausgasen in der Atmosphäre zurückzuführen ist, die das Ergebnis menschlicher Tätigkeiten wie der Verbrennung fossiler Brennstoffe und der Abholzung der Wälder sind. Die daraus resultierende erhöhte Energie im Klimasystem wird voraussichtlich in bestimmten Regionen zu verstärkten Stürmen und Regenfällen, in anderen möglicherweise zu Dürren führen.

Im Protokoll von Kyoto (1997) hat sich die EU verpflichtet, von 2008 bis 2012 die Treibhausgasemissionen um 8 % gegenüber dem Ausgangsniveau von 1990 zu reduzieren. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, wurden für die einzelnen EU-Mitgliedstaaten individuelle Zielvorgaben für den Zeitraum 2008-2012 festgelegt. Nach dieser so genannten „Lastenteilungsvereinbarung“ können einige EU-Länder ihre Emissionen erhöhen, vorausgesetzt, dieser Anstieg wird durch Emissionsverringerungen in der übrigen EU ausgeglichen. Das EU-Programm zur Klimaveränderung wurde ins Leben gerufen, um gemeinsame und koordinierte Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene zu entwickeln, damit gewährleistet wird, dass die EU die ihr gesetzten Ziele erreicht.

Eine eingehendere Analyse enthält die Veröffentlichung „*Analysis of greenhouse gas emission trends and projections in Europe*“ der Europäischen Umweltagentur (EUA), 2003.

Luftverschmutzung

Die Luft, die wir einatmen, enthält Gase und Schwebstoffe (Partikel), die durch Heizölverbrennung, industrielle Prozesse und andere Tätigkeiten in die Atmosphäre eingebracht werden. Einige dieser Stoffe sind schädlich für die menschliche Gesundheit und können zu verschiedenen Umweltproblemen wie Übersäuerung von Böden und Wasser, Beschädigung von



Gebäuden, Eutrophierung und Bildung von Ozon in der Troposphäre führen.

Troposphärisches Ozon

Troposphärisches Ozon entsteht, wenn bestimmte Schadstoffe in der Luft, wie Stickstoffoxide und flüchtige organische Verbindungen (VOC), unter dem Einfluss von Sonnenlicht reagieren. Es wirkt sich nachteilig auf die menschliche Gesundheit aus, indem es die Atemwege schädigt. Zwar gibt es auch Stickstoffoxide aus natürlichen Quellen, sie sind jedoch unbedeutend im Vergleich zu den durch menschliche Tätigkeiten wie dem Verbrennen von fossilen Brennstoffen und Biomasse verursachten Emissionen. Troposphärisches Ozon entsteht vor allem in Gegenden mit hoher Verkehrsdichte.

Städtische Gebiete

Da viele dieser Emissionen mit menschlichen Tätigkeiten und hoher Verkehrsdichte

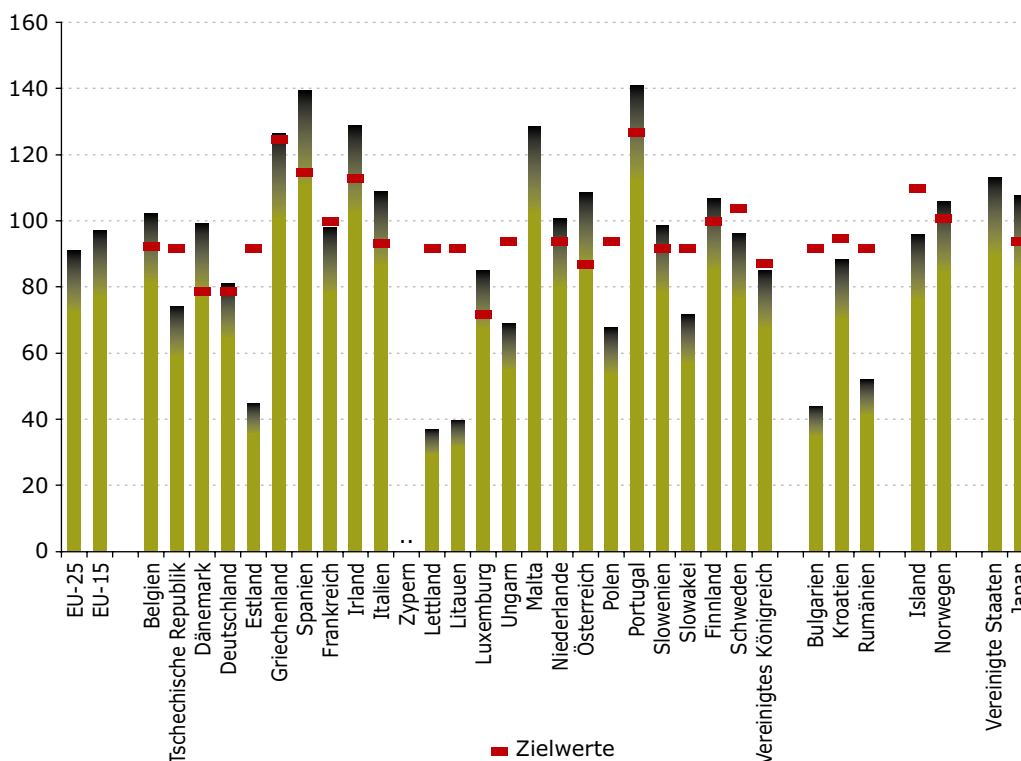
zusammenhängen, sind die in städtischen Gebieten lebenden Menschen am stärksten gefährdet. Troposphärisches Ozon wurde bereits erwähnt, eine Gefahr für die menschliche Gesundheit geht aber auch von hohen Konzentrationen von Partikeln aus, insbesondere Partikeln mit einer Größe unter 10 µm, die tief in die Lungen eintreten. Die Folge sind höhere Sterberaten bei denjenigen, die unter Herz- und Lungenkrankheiten leiden. Bei Partikeln mit einer Größe von weniger als 2,5 µm handelt es sich überwiegend um Ruß, insbesondere um Holzrauch und Abgase aus Dieselfahrzeugen. Sie können sich lange Zeit in der Luft halten und über weite Entfernungen transportiert werden. Größere Partikel entstehen überwiegend bei mechanischen Vorgängen im Bergbau, in Steinbrüchen und anderen Industrieprozessen sowie durch Reifen- und Bremsabrieb im Straßenverkehr.

Daten über Luftemissionen und Luftqualität

Die Europäische Umweltagentur (EUA) und ihr Europäisches Themenzentrum für Luft und Klimaveränderung erstellen Daten über Treibhausgasemissionen, Emissionen von Luftschadstoffen und Luftqualität für die EU und die Kandidatenländer. Diese Länder übermitteln der EUA dieselben Daten, die sie offiziell im Rahmen von internationalen Konventionen (beispielsweise der UN-Klimarahmenkonvention UNFCCC und des Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung CLRTAP) sowie verschiedenen EU-Richtlinien und -Verordnungen vorlegen. Anhand dieser Daten erstellt die EUA Berichte und Bewertungen, die regelmäßig auf ihrer Website veröffentlicht werden (<http://www.eea.eu.int>).

Gesamtemissionen von Treibhausgasen im Jahr 2002

Veränderungen in Prozent seit dem Basisjahr und Zielwerte entsprechend Kyoto-Protokoll / EU Ratsentscheidung für 2008-2012 (in CO₂-Äquivalenten).
Index Basisjahr = 100



Quelle: Europäische Umweltagentur, Europäisches Themenzentrum für Luft- und Klimaänderung.

Unter dem Kyoto-Protokoll hat die EU einer Reduzierung um 8 % seiner Treibhausgasemissionen bis 2008-2012 im Vergleich zum Kyoto-Basisjahr zugestimmt. Die Reduzierungen für jedes der EU-15-Länder sind unter der so genannten EU-Lastenteilungsvereinbarung zusammengefasst (Ratsentscheidung 2002/358/EG), die es einigen Ländern gestattet, Emissionen zu erhöhen, vorausgesetzt, diese werden durch Reduzierungen in anderen Mitgliedstaaten ausgeglichen. Die neuen Mitgliedstaaten haben andere Reduzierungsziele und andere Basisjahre gewählt, so wie es im Protokoll zugelassen ist. Diese und die Lastenteilungsziele für 2008-2012 werden in dem Schaubild als Jahr 2010 angezeigt (keine Reduzierungsziele für Zypern und Malta). Die Emissionen der sechs Treibhausgase, die durch das Protokoll abgedeckt werden, werden ihren globalen Erwärmungspotenzialen (GWPs) entsprechend gewichtet und zusammengefasst, um Gesamtemissionen in CO₂-Äquivalenten zu bekommen. Die Gesamtemissionen werden als Indizes mit dem Basisjahr = 100 dargestellt. Das Basisjahr für CO₂, CH₄ und N₂O (nicht-F Gase) ist 1990, und 1995 für die langlebigen F-Gase (HFC, PFC und SF₆). Die Daten berücksichtigen keine Treibhausgasquellen oder -senken aus Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LUCF).



Ausgaben für Umweltschutz

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Umweltausgaben
- Umweltinvestitionen
- Umweltsteueraufkommen

Ermutigung zum Umweltschutz, einschlägige Verordnungen und das Verursacherprinzip

In der Allgemeinheit wächst das Bewusstsein dafür, dass die Umwelt vor Verschmutzungen geschützt werden muss. Umweltschutz ist inzwischen fester Bestandteil aller politischen Bereiche, die auf die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung abzielen.

Um Firmen und private Haushalte zu Umweltschutzmaßnahmen zu ermutigen, kann der Staat Vorschriften erlassen oder spezielle *Umweltabgaben* erheben. Eine weitere Waffe im Kampf gegen Umweltschäden ist das so genannte Verursacherprinzip, wonach die Verhütung oder Beseitigung von Umweltschäden von dem zu bezahlen ist, der sie verursacht. Die Daten über die Aufwendungen für den Umweltschutz sind ein Indikator dafür, wie eine Gesellschaft auf das Umweltproblem reagiert.

Umweltschutz hilft der Wirtschaft

Umweltschutzmaßnahmen kosten zwar Geld, doch es lassen sich

auch Einkünfte damit erzielen. Immer häufiger werden solche Maßnahmen freiwillig getroffen, beispielsweise um den Erwartungen von Kunden oder Interessengruppen gerecht zu werden, um Marktanteile zu erhöhen oder das Firmenimage zu verbessern. Gleichzeitig schaffen Umweltschutz-

maßnahmen neue Märkte für umweltorientierte Waren und Dienstleistungen, die die Ausfuhren und die Beschäftigung fördern.

In allen Wirtschaftszweigen werden Ausgaben für den Umweltschutz getätigt. Der öffentliche Sektor und die Industrie sind die Wirtschaftszweige, für die in den meisten Mitgliedstaaten Daten verfügbar sind.

Statistische Daten über Aufwendungen für Umweltschutz

Der Rechtsrahmen für statistische Daten über die Umweltschutzausgaben der Industrie ist die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik. Durch diese Verordnung wurde der Weg für regelmäßige Datenerhebungen über Variablen und Wirtschaftstätigkeiten von



höchstem politischem Interesse in den kommenden Jahren bereitet.

Die Gesamtausgaben sind die Summe der Investitionen und der laufenden Ausgaben. Um zu aussagekräftigen Schlussfolgerungen zu gelangen, muss Folgendes beachtet werden:

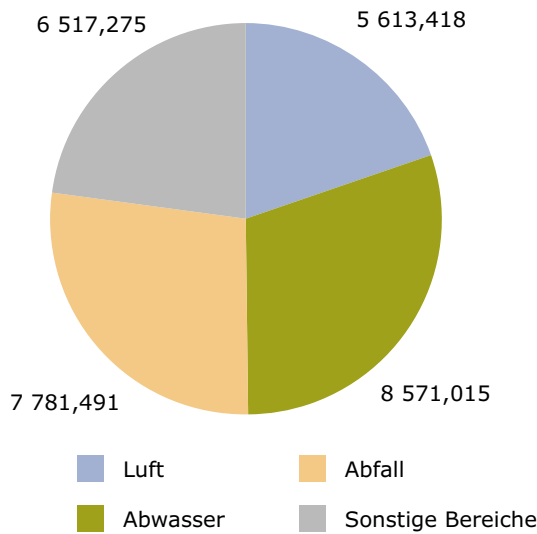
- Grund für ein hohes Ausgabenniveau in einem Land können z. B. neuere, noch striktere politische Maßnahmen sein oder aber die Tatsache, dass längere Zeit gar keine Ausgaben getätigt wurden;

- der Anteil der Ausgaben des öffentlichen Sektors im Verhältnis zur Industrie kann in den einzelnen Ländern davon abhängen, in welchem Umfang grundlegende Umweltschutzaktivitäten, wie beispielsweise Abfallbeseitigung, Abfall- und Abwasserbehandlung, privatisiert sind.

Daten zu den Aufwendungen für Umweltschutz werden anhand des gemeinsamen Fragebogens von Eurostat und OECD erhoben.

Umweltschutzausgaben der Industrie in der EU-25 im Jahr 2002

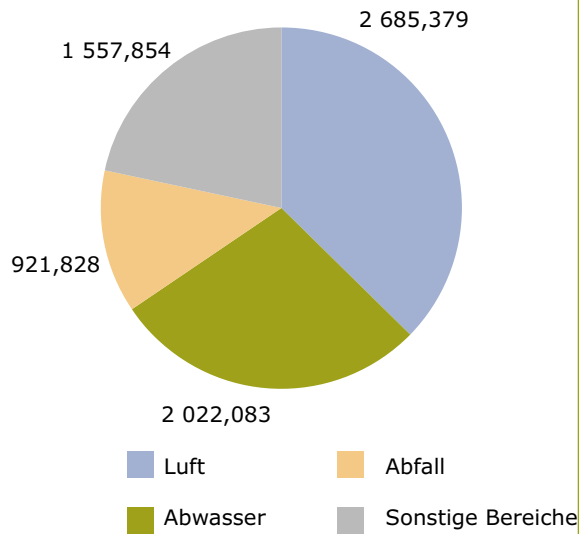
In Mio. EUR



Schätzwerte.

Umweltschutzinvestitionen des öffentlichen Sektors in der EU-25 im Jahr 2002

In Mio. EUR



Schätzwerte.



Landwirtschaft und Umwelt

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Verkauf und Einsatz von Pestiziden
- Einsatz von Handelsdünger
- Ökologischer Landbau

Landwirtschaft und Umwelt: eine Beziehung mit vielen Facetten

Zwischen der Vielfalt der natürlichen Umwelt und landwirtschaftlichen Produktionsverfahren bestehen komplexe Beziehungen. Im Laufe der Jahrhunderte hat die Landwirtschaft zur Schaffung und Erhaltung einer Vielzahl wertvoller naturnaher Lebensräume beigetragen. Viele dieser Lebensräume werden durch extensive Landwirtschaft erhalten, so dass das Überleben zahlreicher wildlebender Tierarten gesichert ist, doch können landwirtschaftliche Produktionsverfahren sich auch negativ auf die natürlichen Ressourcen auswirken. Unangemessene landwirtschaftliche Produktionsverfahren und Formen der Bodennutzung können zu Verschmutzung von Boden, Wasser und Luft, zur Fragmentierung von Lebensräumen sowie zum Verlust von Pflanzen und Tieren führen. Die EU-Politik, insbesondere die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), ist daher in zunehmendem Maße darauf ausgerichtet, die Gefahr von Umweltschädigungen abzuwenden, wobei sie gleichzeitig die Landwirte dazu ermutigt, weiterhin eine positive Rolle bei der Erhaltung der Landschaft und der Umwelt zu spielen.

Ökologischer Landbau

Der ökologische Landbau ist ein Beispiel für nachhaltige Landwirtschaft. Seine Bedeutung hat aufgrund des wachsenden Bewusstseins der Verbraucher für ökologisch angebaute Produkte und der staatlichen Förderung der Umstellung auf ökologische Wirtschaftsweisen



weltweit zugenommen. Seit die erste EU-Verordnung über den ökologischen Landbau (Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates) eingeführt wurde, haben sich viele landwirtschaftliche Betriebe in der gesamten Europäischen Union auf ökologische Produktionsverfahren umgestellt. In dieser Verordnung wird festgelegt, welche Daten die Mitgliedstaaten über den ökologischen Landbau an die Europäische Kommission melden müssen.

Einsatz von Düngemitteln

Der intensive Einsatz von Düngemitteln kann sich negativ auf die Umwelt auswirken. Um ein gesundes Gleichgewicht zwischen den Nährstoffen, die dem Boden zugefügt werden, und denjenigen, die dem Boden beispielsweise in Form von Ernteerträgen entnommen werden, aufrechtzuerhalten, ist es nötig, den optimalen

Einsatz von Ressourcen zu gewährleisten und die Umweltverschmutzung, beispielsweise die Schädigung von Grund- und Oberflächenwasser insbesondere aufgrund von überschüssigem Stickstoff und Phosphaten, zu begrenzen.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen erfasst Daten über Handelsdünger. Daten auf Länderebene werden erhoben anhand von speziellen jährlichen Fragebogen, von Dateien und Zugriff auf Websites der jeweiligen Länder, von nationalen und internationalen Veröffentlichungen, von Besuchen in den Ländern durch Statistiker der FAO sowie von Berichten der FAO-Vertreter in den Mitgliedstaaten.

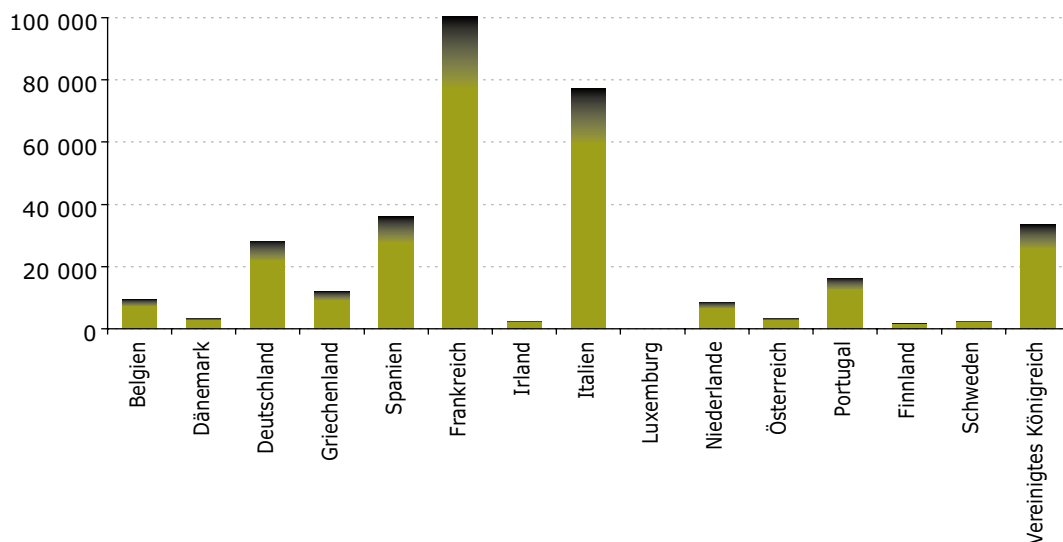
Einsatz von Pestiziden

Der intensive Einsatz von Pestiziden, d. h. von Pflanzenschutzmitteln, kann sich negativ auf die biologische Vielfalt auswirken und erhöht das Risiko, dass diese Mittel ins Trinkwasser und in die Nahrungskette gelangen.

Eurostat erhebt Daten über die Verkäufe von Pflanzenschutzmitteln in den Mitgliedstaaten, und der Europäische Pflanzenschutzverband (European Crop Protection Association) erstellt für Eurostat Daten über die geschätzten Einsatzmengen von Pflanzenschutzmitteln.

Gesamtabsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln

In Tonnen Wirkstoffe; im Jahr 2001

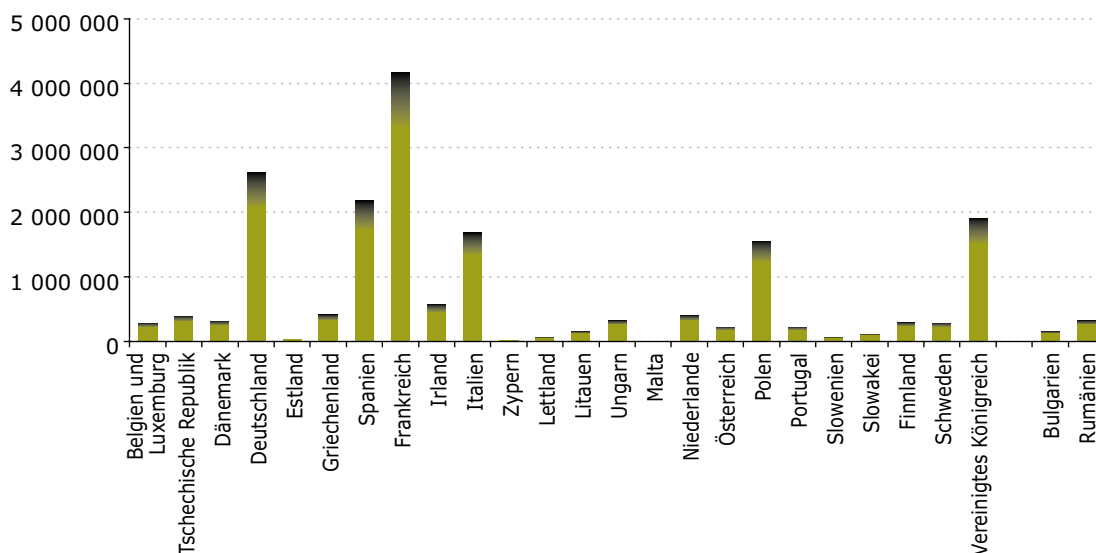


Datenextraktion am 16. August 2005. EU-15: 327 279,9 Tonnen.

Gesamtmenge der in den Mitgliedstaaten verkauften Pestizide. Der Gesamtbetrag ist die Summe der Fungizide, Herbizide, Insektizide und sonstigen Pestizide.

Handelsübliche Dünger in der Landwirtschaft im Jahr 2001

(Tonnen Pflanzennährstoff)



EU-15: 15 610 276 Tonnen.

Quelle: FAO.

Menge des in der Landwirtschaft eingesetzten Handelsdüngers. Gesamtmenge an Stickstoff (N), Phosphat (P₂O₅) und Kali (K₂O).



Wissenschaft und Technologie

Forschung und Entwicklung 209-216

Die Informationsgesellschaft 217-229





Forschung und Entwicklung

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Innovation
- Humanressourcen in Wissenschaft und Technologie
- Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt
- Patenzulassungen durch das Patentamt der USA (USPTO)
- FuE-Ausgaben
- Staatliche FuE-Mittelzuweisungen (GBAORD)
- Wissenschaftliches und technisches Personal in FuE
- Beschäftigung in Hochtechnologiebranchen

Forschung und Entwicklung: ein Wachstumsmotor

Forschung und Entwicklung (FuE) sind eine Triebkraft für das wirtschaftliche Wachstum, für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für die Entwicklung neuer innovativer Produkte und die allgemeine Erhöhung der Produktqualität sowie auch für Verbesserungen im Gesundheitswesen und für den Umweltschutz. Auf dem Gipfel von Lissabon im März 2000 hat der Europäische Rat für die kommende Dekade das klare strategische Ziel vorgegeben, die Union zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Volkswirtschaft der Welt zu machen.

Eurostat unterstützt dieses ehrgeizige Ziel durch Bereitstellung zuverlässiger und sachdienlicher statistischer Informationen über FuE und Innovationen sowie zum Thema Wissenschaft und Technologie. Dies geht einher mit der Berechnung verschiedener Indikatoren und der Erstellung von Daten für tiefer gehende analytische Untersuchungen. Die meisten Indikatoren werden jährlich berechnet und sind auf nationaler und regionaler Ebene (NUTS-Ebene 2) verfügbar. Je nach Indikator findet man nicht nur Daten für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sondern auch für die Länder des Europäischen Wirtschaftsraums, die Kandidatenländer, Japan und die Vereinigten Staaten.

FuE-Input

Daten zu den Ausgaben und zum Personal im FuE-Bereich sowie zu der staatlichen Mittelzuweisung für Forschung und Entwicklung (engl. Government Budget Allocations or Outlays for Research and Development GBAORD) werden jährlich von den einzelstaatlichen statistischen Ämtern erhoben.

Die Aufwendungen sind ein wichtiger Indikator für das Engagement in Forschung und Entwicklung. Die Messung erfolgt nach dem Prinzip der internen Aufwendungen („intra muros“), d. h. sie umfasst die Gesamtheit der Ausgaben, die sich auf die innerhalb einer statistischen Einheit oder eines Wirtschaftszweigs ausgeführt FuE-Arbeit beziehen, unabhängig von der Herkunft der Mittel. Von den verschiedenen verfügbaren Indikatoren ist die FuE-Intensität (d. h. die FuE-Ausgaben als Prozentsatz des BIP) der Indikator, der für internationale Vergleichszwecke empfohlen wird und der für einen Vergleich der FuE-Anstrengungen der einzelnen Länder von großer Bedeutung ist.



Die FuE-Intensität für EU-25 nahm in den sechs Jahren bis 2003 zu. Damit hinkt die Europäische Union im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und Japan hinterher, doch liegt dies vor allem an den Unterschieden im Unternehmenssektor. Innerhalb der Europäischen Union ist die FuE-Intensität in Finnland und Schweden am höchsten, die bessere Leistungen erzielen als die Länder mit den volumemäßig höchsten FuE-Aufwendungen (Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich). Diese sind die einzigen EU-25-Mitgliedstaaten, deren FuE-Intensität die Vorgabe der Lissabon-Strategie von 3 % übertrifft.

Für internationale Vergleiche zum Einsatz der Humanressourcen im FuE-Bereich eignen sich Daten über das wissenschaftliche und technische Personal. Zu statistischen Zwecken werden die Indikatoren zum FuE-Personal nach Kopfzahl, nach Vollzeitäquivalenten oder nach Mannjahren erstellt und nach Geschlecht aufgeschlüsselt. Auf EU-15-Ebene ist der Anteil der FuE-Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung in absoluten Zahlen während des letzten Jahrzehnts geringfügig angestiegen, wobei die skandinavischen Länder führend sind. Für EU-25 betrug 2002 der durchschnittliche Prozentsatz des FuE-Personals an den Beschäftigten 1,31. Für EU-15 lag dieser Wert mit 1,42 % etwas höher.

Die staatlichen Mittelzuweisungen (GBAORD) umfassen den gesamten Betrag, den staatliche Stellen für die FuE-Tätigkeit bereitstellen. Ein Ländervergleich der GBAORD vermittelt einen Eindruck von der relativen Bedeutung, die der aus öffentlichen Mitteln finanzierten FuE beigemessen wird. GBAORD-Statistiken ergänzen die im Nachhinein erhobenen Daten über die „staatlich finanzierten“ Bruttoinlandsaufwendungen für Forschung und Entwicklung (engl. Government-Financed Gross Expenditure on Research and Development GERD) und machen bei einer Aufschlüsselung nach sozioökonomischen Zielen deutlich, welche Bereiche die Regierungen für derzeitige und künftige politische Maßnahmen als wichtig erachten. Betrachtet man den Anteil am BIP, so nähert sich der Anteil Japans dem der EU und der USA seit den 90er Jahren an, wobei die beiden letztgenannten eine ähnliche Entwicklung genommen haben.

FuE-Output

Patente spiegeln den Erfindungsgeist in einem Land wider und zeigen die Fähigkeit eines Landes auf, Wissen zu nutzen und wirtschaftlich auszuwerten. In diesem Zusammenhang werden Indikatoren, die auf Patentstatistiken beruhen, häufig als Maß für FuE-Output herangezogen und dienen dazu, die schöpferische Leistung von Ländern, Regionen oder Industriezweigen zu bewerten. Die im Eurostat-Jahrbuch veröffentlichten Daten zu Patenten stammen vom Europä-

ischen Patentamt (EPA) und die Daten für die Vereinigten Staaten vom Patent- und Markenamt der Vereinigten Staaten (USPTO).

Die Daten des Europäischen Patentamts beziehen sich auf Patentanmeldungen, die gemäß dem Europäischen Patentübereinkommen bzw. dem Patentrechtsabkommen beim EPA eingereicht wurden. Auch wenn nicht alle Patente erteilt werden, stellt jede Anmeldung für sich eine technische Leistung des Erfinders dar und eignet sich daher als Messgröße für das Innovationspotenzial. Insgesamt haben die Patentanmeldungen beim EPA seit Beginn der 90er Jahre erheblich zugenommen. Die stetige Aufwärtsentwicklung hat aber seit Beginn des neuen Jahrzehnts an Schwung verloren, und 2002 war das erste Jahr mit einem Rückgang – allerdings sind diese Zahlen noch vorläufig. In absoluten Zahlen liegt Deutschland unter den europäischen Ländern an der Spitze der beim EPA eingereichten Patentanmeldungen. Gemessen an der Zahl der Patentanmeldungen je 1 Million Einwohner liegt Schweden an erster Stelle, gefolgt von Finnland. Diese beiden Länder nehmen zusammen mit den Niederlanden ebenfalls die Spitzenstellung bei den Patenten im Bereich der Hochtechnologie ein und weisen eine hohe Spezialisierung im Bereich der Kommunikationstechnik auf.

FuE-Personal

Die Bedeutung der Hochtechnologiesektoren ist in den letzten Jahren beträchtlich angestiegen; dies hat sich auch deutlich auf die Struktur und die Organisation der Beschäftigung in Europa ausgewirkt. Um eine Analyse der wissens- und technologieintensiven Wirtschaftszweige zu ermöglichen, erfasst Eurostat Daten über die Beschäftigung in den Mittel- und Hochtechnologiebereichen des verarbeitenden Gewerbes, in wissensintensiven Dienstleistungssektoren, in Hightech-Dienstleistungsbranchen, in sonstigen Teilbereichen und in Referenzsektoren (siehe Glossareintrag „Hochtechnologiebereiche“).

Angaben zur Beschäftigung in den Hochtechnologiebranchen und abgeleitete Indikatoren werden auf der Grundlage von Daten der Arbeitskräfteerhebung der EU erstellt; Daten sind auf nationaler und regionaler Ebene verfügbar. Innerhalb Europas verzeichnen einige Regionen des Vereinigten Königreichs und Finnland eine hohe Beschäftigungsrate in den Mittel- und Hochtechnologiebranchen. Bei der Beschäftigung im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungssektoren gehört Griechenland zu den dynamischsten Ländern.

2002 verzeichneten Schweden, Finnland und Deutschland die meisten Patentanmeldungen beim EPA je eine Million Einwohner (mehr als 300 Patente je eine Million Einwohner) und damit fast

**Forscher**

Vollzeitäquivalent; alle institutionellen Sektoren

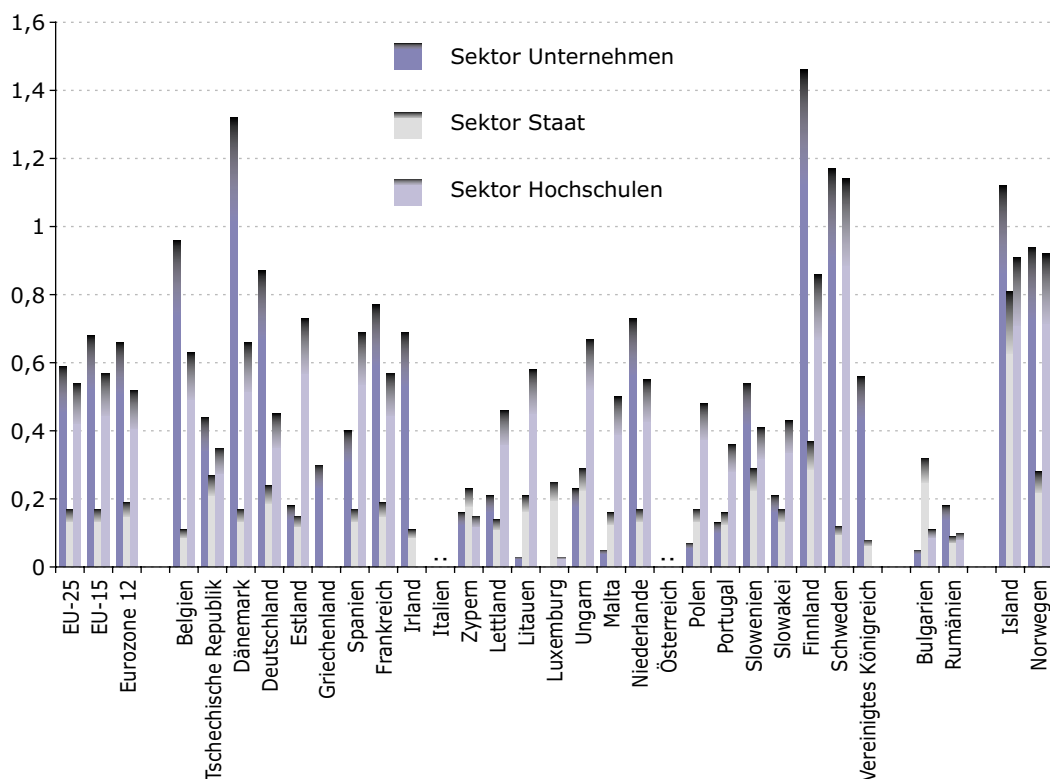


	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	865 691 (s)	873 719 (s)	902 944 (s)	918 123 (s)	938 879 (s)	946 798 (s)	982 437 (s)	1 026 310 (s)	1 067 777 (s)	1 111 896 (s)	1 159 506 (s)	1 179 266 (ps)
EU-15	761 193 (s)	773 145 (s)	800 430 (s)	815 885 (s)	834 934 (s)	839 825 (s)	873 499 (s)	915 883 (s)	955 793 (s)	997 104 (s)	1 046 123 (s)	1 062 402 (ps)
Eurozone	584 826 (s)	588 918 (s)	605 842 (s)	611 657 (s)	629 728 (s)	630 868 (s)	648 971 (s)	681 680 (s)	715 640 (s)	761 061 (s)	783 920 (s)	794 810 (ps)
Belgien	:	20 839 (e)	22 773 (e)	23 491 (e)	24 477 (e)	25 579 (e)	28 141	30 211	30 540	32 237	32 856 (p)	34 562 (p)
Tschechische Republik	20 084 (i)	13 627 (i)	13 325 (i)	11 935 (b)	12 963 (i)	12 580 (i)	12 566 (i)	13 535 (i)	13 852	14 987	14 974	15 809
Dänemark	:	13 611	:	15 955	16 699 (bi)	17 511 (i)	:	18 945	:	19 453	25 912	25 130 (p)
Deutschland	:	229 839	:	231 128 (e)	:	235 791	237 712	254 691	257 874 (e)	264 386	265 812	267 000
Estland	:	:	:	:	:	:	2 978	3 002	2 666	2 631	3 059	2 976 (e)
Griechenland	:	8 015	:	9 706	:	10 964 (r)	:	14 828 (i)	:	:	:	14 928.67
Spanien	41 687	43 368	47 868	47 344	51 632	53 883	60 269	61 568	76 670 (e)	80 081	83 318	92 523
Frankreich	142 198	145 824	148 638	149 824	152 533	152 740	155 006	160 424	170 628 (r)	177 374	186 420	:
Irland	5 561 (s)	6 425 (s)	:	:	:	:	:	8 217 (e)	8 516	:	9 686	10 449 (p)
Italien	74 422	74 434	75 722	75 536	76 441	:	64 230	64 886	66 110	:	71 242	:
Zypern	147 (i)	:	:	:	:	:	236	278	303	333	435	460 (p)
Lettland	:	3 999	3 010	3 072	2 839	2 610	2 557	2 626	3 814 (r)	3 497	3 451	3 203
Litauen	:	:	:	:	7 532	7 800	8 436	8 539	7 777	8 075	6 326	6 606
Luxemburg	:	:	:	:	:	:	:	:	1646 (r)	:	:	:
Ungarn	12 311	11 818	11 752	10 499	10 408 (i)	11 154 (i)	11 731 (i)	12 579 (i)	14 406 (i)	14 666 (i)	14 965	15 180
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	:	32 200 (b)	34 200	34 038	34 012	38 055 (i)	39 081 (i)	40 640	41 896	45 328	:	:
Österreich	:	12 821	:	:	:	:	18 715	:	:	:	:	:
Polen	41 440 (i)	:	47 433	50 426	52 474	55 602	56 179	56 433	55 174	56 918	56 725	58 595
Portugal	:	:	:	11 586	:	13 580	:	15 752	:	17 724	18 745 (ep)	19 766 (p)
Slowenien	:	3 745 (i)	4 767 (i)	4 897 (i)	4 489	4 022	4 285	4 427	4 336	4 497	4 642	4 789 (e)
Slowakei	:	:	10 249	9 711	10 010	9 993	10 145	9 204	9 955	9 585	9 181	9 626
Finnland	:	18 589	:	20 857	:	26 412	30 431	32 677	:	:	38 632 (i)	:
Schweden	:	30 495	:	33 665	:	36 878	:	39 921 (i)	:	:	:	:
Vereinigtes Königreich	135 064	139 183	145 792	152 331 (s)	145 863	146 541 (s)	158 586 (s)	:	:	:	:	:
Bulgarien	:	27 292	12 608	13 990	14 751	11 980	11 972	10 580	9 479	9 217	9 223	9 589
Kroatien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	8 572	:
Rumänien	:	3 8612 (i)	33 751 (i)	32 780 (i)	30 303 (i)	28 431 (i)	27 494 (i)	23 473	20 476	19 726	20 286	20 965
Türkei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	22 702	23 995	:
Island	709 (s)	815 (s)	846 (s)	1 076 (s)	890 (s)	1 456	1 533	1 577	:	1 869	:	:
Norwegen	:	14 763	:	15 928	:	17 490	:	18 295	:	19 722	:	20 239 (p)
Japan	511 407 (i)	526 501 (i)	541 015 (i)	551 990 (i)	617 365 (b)	625 442	652 845	658 910	647 572	675 898	646 547	:
Vereinigte Staaten	:	1 013 772 (b)	:	1 035 995	:	1 159 908	:	1 261 227	:	:	:	:

Forscher sind Wissenschaftler oder Ingenieure, die neue Erkenntnisse, Produkte, Verfahren, Methoden und Systeme konzipieren oder schaffen und die betreffenden Projekte leiten. Ein Vollzeitäquivalent (VZÄ) entspricht der Arbeit einer Person in einem Jahr. So ist eine Person, die 40 % ihrer Zeit in der FuE arbeitet, mit 0,4 VZÄ zu veranschlagen.



Anteil des FuE-Personals im Jahr 2002
In % der Arbeitskräfte

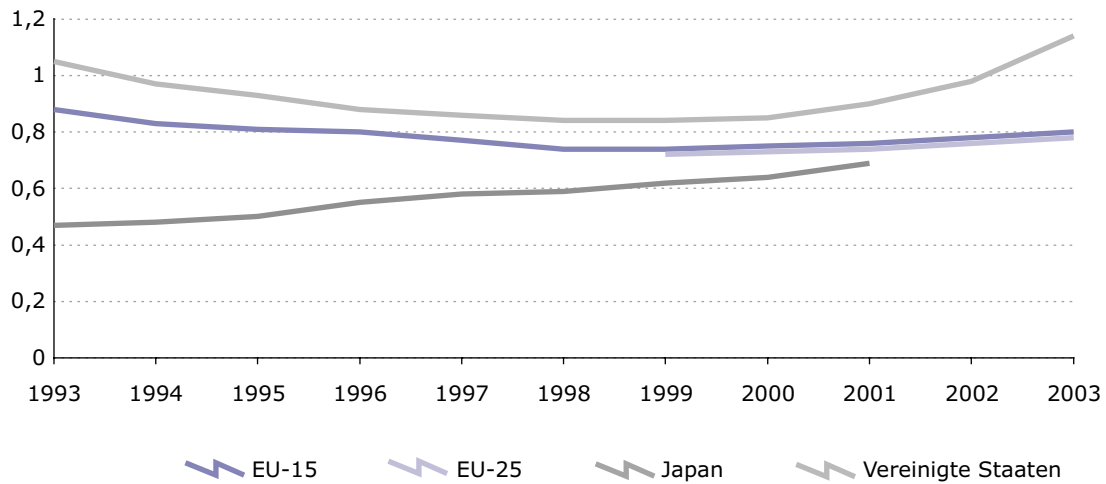


Datenextraktion am 16. August 2005. EU-25, EU-15: vorläufige Werte im Jahr 2003.

Zu den FuE-Beschäftigten zählen alle direkt mit Forschungs- und Entwicklungsarbeiten (FuE) befassten Personen und das direkte Dienstleistungen erbringende Personal wie Manager und Verwaltungs- und Büroangestellte. Die Pro-Kopf-Daten geben die Zahl der Personen an, die überwiegend oder zum Teil in der FuE beschäftigt sind. Anhand der Pro-Kopf-Daten wird der Anteil der FuE-Beschäftigten an den Erwerbspersonen dargestellt (alle erwerbstätigen oder erwerbslosen Personen ab 15 Jahren ohne Nichterwerbspersonen).



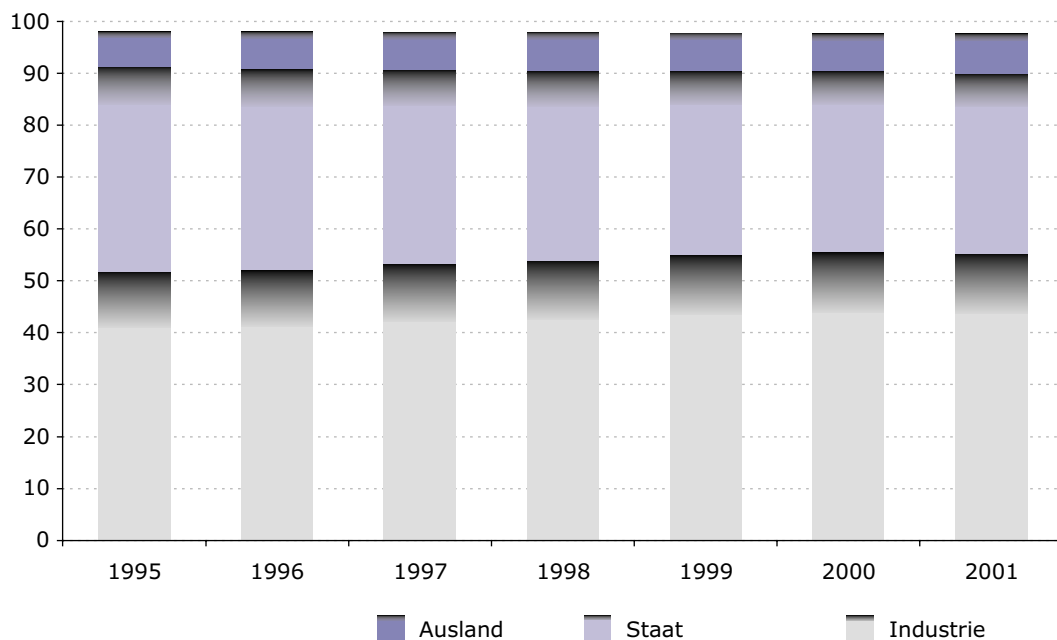
Staatliche Mittelzuweisungen oder Aufwendungen für FuE
In % des BIP



EU-15, EU-25: geschätzte Werte.

Die Daten über die staatlichen FuE-Mittelzuweisungen oder Aufwendungen (GBAORD) beziehen sich auf die Haushaltsansätze und nicht auf die tatsächlichen Aufwendungen, d. h., die GBAORD messen die staatliche FuE-Förderung anhand der den Haushalten entnommenen Daten. Mithilfe der GBAORD wird die staatliche Unterstützung der FuE-Tätigkeiten gemessen. Die GBAORD werden als prozentualer Anteil am BIP ausgedrückt.

Bruttoinlandsausgaben für FuE (GERD) in der EU-25, nach Finanzierungsquellen
In %



Quelle: OECD, Eurostat.

Geschätzte Werte.

Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (EPA)
Je 1 Million Einwohner



2002: vorläufige Werte.

Die Daten beziehen sich auf Patentanträge, die entweder direkt oder nach dem Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens beim EPA eingereicht wurden (Euro-PCT). Patentanträge werden in dem Jahr gezählt, in welchem sie beim EPA registriert wurden, und sind mittels der Internationalen Patentklassifikation klassifiziert. Die geographische Zuordnung erfolgt anhand des Wohnsitzes des Erfinders, wobei im Falle von mehreren Erfindern oder mehrerer IPK-Klassen eine anteilige Zählung vorgenommen wurde, um Mehrfachzählungen zu vermeiden.

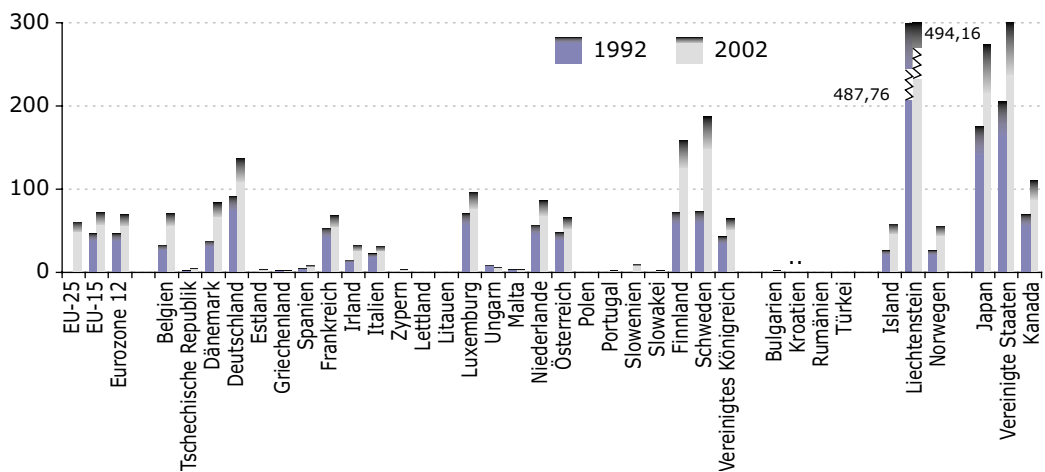
zweimal so viele wie Japan und die Vereinigten Staaten. Von den zehn neuen Mitgliedstaaten verzeichneten Slowenien, Malta, Ungarn und Tschechien mit 11 bis 33 Patentanmeldungen je eine Million Einwohner die höchsten Quoten. Tschechien und Bulgarien erreichten auch den höchsten Zuwachs bei den Patentanmeldungen,

die sich von 1992 bis 2002 verfünffach haben.

2002 wurden vom US-Patentamt (United States Patent and Trademark Office - USPTO) die meisten Patente (je eine Million Einwohner) in den Vereinigten Staaten, Liechtenstein, Japan, Schweden, Finnland und Deutschland erteilt.

5

Patentzulassungen durch das United States Patent and Trademark Office (USPTO)
Je 1 Million Einwohner

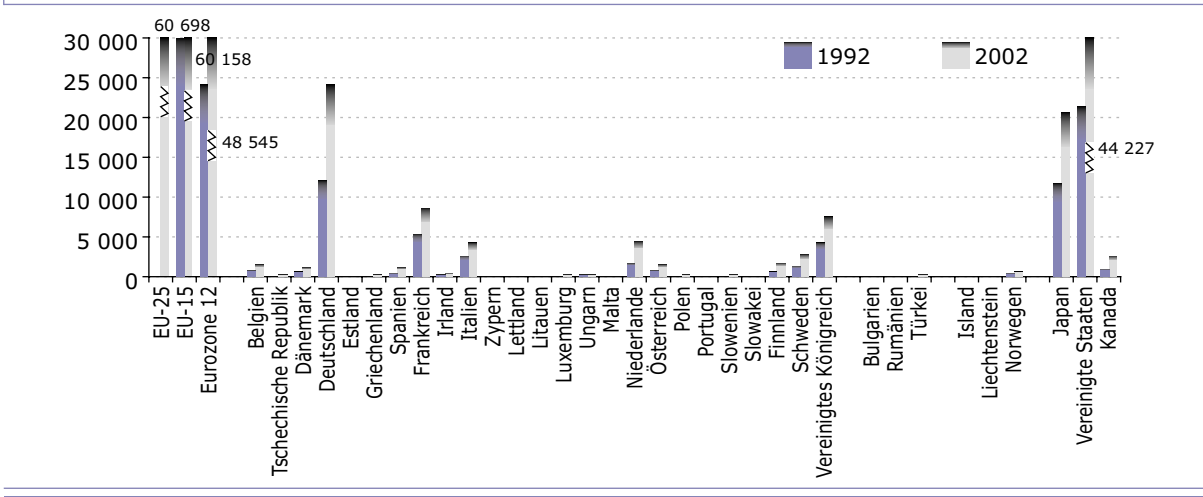


Teilweise geschätzte Werte.

Die USPTO-Daten beziehen sich ausschließlich auf gewährte Patente; dies im Gegensatz zu den EPA-Daten, bei welchen es sich um Patentanmeldungen handelt. Die Aufschlüsselung der Daten erfolgt anhand ihres Veröffentlichungsjahres, wohingegen die EPA-Daten sich auf den Registrierungszeitpunkt beziehen. Der Grund hierfür liegt in der Tatsache, dass (zumindest in der Vergangenheit) US-Patente erst nach ihrer Gewährung veröffentlicht wurden. Die geographische Zuordnung erfolgt anhand des Wohnsitzes des Erfinders, wobei im Falle von mehreren Erfindern oder mehreren IPK-Klassen eine anteilige Zählung vorgenommen wurde, um Mehrfachzählungen zu vermeiden. Angesichts der fehlenden Harmonisierung der Methodik bedürfen Vergleiche zwischen EPA- und USPTO-Patentdaten einer sorgfältigen Interpretation.



Europäische Patentanmeldungen insgesamt



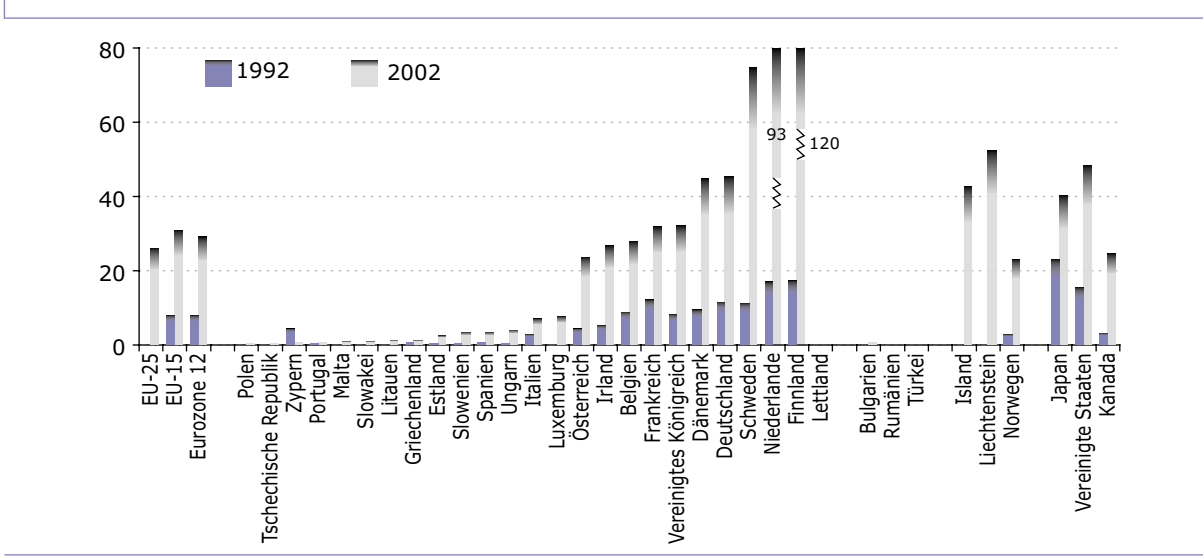
2002: vorläufige Werte.

Die Gesamtzahl der europäischen Patentanmeldungen bezieht sich auf die Anträge auf den Schutz einer Erfindung, die entweder direkt beim Europäischen Patentamt (EPA) eingereicht werden oder bei denen das EPA gemäß dem Patentszusammenarbeitsvertrag als Adressat benannt wird (Euro-PCT); dabei spielt es keine Rolle, ob dem Antrag stattgegeben wird. Die Daten geben die Gesamtzahl der Anmeldungen je Land an.

Aus EU-25 erreichten das EPA 2002 fast 60 700 Patentanmeldungen. Obwohl ihre Zahl seit 2001 leicht gefallen ist, verharret sie im historischen

Vergleich auf einem hohen Stand und ist mehr als zweimal so hoch wie 1992.

Europäische Patente im Hochtechnologiebereich Je 1 Million Einwohner



2002: vorläufige Werte.

Die Daten beziehen sich auf den Anteil der Patentanmeldungen im Bereich der Spitzentechnologie je 1 Million Einwohner eines Landes, die direkt beim Europäischen Patentamt (EPA) eingereicht werden oder bei denen das EPA gemäß dem Patentszusammenarbeitsvertrag als Adressat benannt wird (Euro-PCT). Für die Definition der Patentanmeldungen im Bereich der Spitzentechnologie werden spezifische Unterklassen der Internationalen Patentklassifikation (IPK) benutzt, die im Trilateralen Statistischen Bericht von EPA, JPO und USPTO definiert sind.

Die Zahl der Patentanmeldungen (bezogen auf die Bevölkerungszahl) in Hochtechnologiebranchen spiegelt das Ergebnis der Bemühungen um die Förderung von Forschung und Entwicklung in diesen Branchen wider. Die zehn Spitzenreiter bei

den Hochtechnologiepatenten waren 2002 Finnland, die Niederlande, Schweden, Liechtenstein, die Vereinigten Staaten, Deutschland, Dänemark, Island und Japan.

Bruttoinlandsausgaben für FuE (GERD)

In % des BIP



	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	1,84 (s)	1,82 (s)	1,82 (s)	1,82 (s)	1,86 (s)	1,88 (s)	1,92 (s)	1,93 (s)	1,95 (ps)
EU-15	1,92 (s)	1,89 (s)	1,88 (s)	1,87 (s)	1,86 (s)	1,86 (s)	1,9 (s)	1,93 (s)	1,98 (s)	1,99 (s)	2 (ps)
Eurozone	1,89 (s)	1,84 (s)	1,85 (s)	1,83 (s)	1,83 (s)	1,84 (s)	1,88 (s)	1,89 (s)	1,9 (s)	1,93 (s)	1,9 (ps)
Belgien	1,7 (e)	1,69 (e)	1,72 (er)	1,8 (er)	1,87 (er)	1,9	1,96	2,04	2,17	2,24 (p)	2,33 (p)
Tschechische Republik	:	:	0,95 (b)	0,98	1,09	1,16	1,16	1,23	1,22	1,22	1,35
Dänemark	1,74	:	1,84	1,85 (e)	1,94	2,06	2,1	2,27	2,4	2,52 (r)	2,6 (p)
Deutschland	2,33 (r)	2,24 (e)	2,25 (r)	2,25 (e)	2,29 (r)	2,31	2,44	2,49	2,51	2,53	2,5 (e)
Estland	:	:	:	:	:	0,58	0,7	0,62	0,73	0,75	0,77 (bp)
Griechenland	0,47	:	0,49	:	0,51	:	0,67	:	0,64	:	0,62
Spanien	0,88	0,81	0,81	0,83 (e)	0,82	0,89	0,88	0,94	0,95	1,03	1,11
Frankreich	2,4	2,34	2,31	2,3	2,22	2,17	2,18	2,18 (b)	2,23	2,26	2,19
Irland	1,17 (e)	1,31 (e)	1,34 (e)	1,32 (e)	1,28 (e)	1,25	1,19	1,15	1,15	1,09	1,12 (p)
Italien	1,13	1,05	1	1,01	1,05 (br)	1,07	1,04	1,07	1,11	1,16	:
Zypern	:	:	:	:	:	0,23	0,25	0,25	0,27	0,32	0,33 (p)
Lettland	0,44	0,38	0,48	0,42	0,39	0,41	0,37	0,45	0,41	0,42	0,39
Litauen	:	0,52	0,45	0,51 (b)	0,55	0,55	0,51	0,59	0,68	0,67	0,68 (p)
Luxemburg	:	:	:	:	:	:	:	1,71	:	:	:
Ungarn	0,98 (i)	0,89 (i)	0,73 (i)	0,65 (i)	0,72 (i)	0,68	0,69	0,8	0,95	1,02 (i)	0,97 (i)
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	1,93 (b)	1,97	1,99	2,03	2,04	1,94	2,02 (r)	1,9 (r)	1,89 (r)	:	:
Österreich	1,47	1,54 (e)	1,56 (e)	1,6 (e)	1,71 (e)	1,78	1,91	1,95	2,07	2,19	2,19
Polen	:	:	0,65	0,67	0,67	0,68	0,7	0,66	0,64	0,59	0,59
Portugal	:	:	0,57 (r)	:	0,62	:	0,75	:	0,85	0,8 (ep)	0,79 (p)
Slowenien	1,6 (bi)	1,76 (i)	1,59 (i)	1,35	1,33	1,39	1,42	1,44	1,56	1,53	1,53 (e)
Slowakei	:	0,9	0,93	0,92	1,09	0,79	0,66	0,65	0,64	0,58	0,57
Finnland	2,18	2,29	2,28	2,54	2,71	2,88	3,23	3,4	3,41	3,46	3,51 (p)
Schweden	2,99	:	3,35	:	3,55	3,62 (e)	3,65	:	4,27	:	:
Vereinigtes Königreich	2,11	2,06	1,97	1,9	1,82	1,81	1,85	1,85 (r)	1,89 (r)	1,87	:
Bulgarien	1,18	0,88	0,62	0,52 (b)	0,51	0,57	0,57	0,52	0,47	0,49	0,5
Kroatien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1,12 (p)	:
Rumänien	:	:	:	:	:	0,49	0,4	0,37	0,39	0,38	0,4
Türkei	0,44	0,36	0,38	0,45	0,49	0,5	0,63	0,64	0,72	0,66	:
Island	1,33	1,38	1,54	:	1,88	2,07	2,38	2,75 (e)	3,06	3,09 (f)	:
Norwegen	1,72	:	1,7	:	1,64	:	1,65	:	1,6	1,67	1,89 (p)
Japan	2,63 (i)	2,58 (i)	2,69 (i)	2,78	2,84	2,95	2,96	2,99	3,07	3,12	:
Vereinigte Staaten	2,5 (i)	2,4 (i)	2,49 (i)	2,53 (i)	2,56 (i)	2,59 (bi)	2,63 (i)	2,7 (i)	2,71 (i)	2,64 (ip)	2,76 (ip)

Diese vier Indikatoren sind GERD als Prozentanteil des BIP, Prozentanteil von industriefinanziertem GERD, Prozentanteil von regierungsfinanziertem GERD und Prozentanteil von auslandsfinanziertem GERD. Unter Forschung und Entwicklung (FuE) wird eine kreative Tätigkeit auf einer systematischen Basis verstanden, mit dem Ziel, neue Kenntnisse - einschließlich Menschen-, Landes- und Gesellschaftskunde - zu gewinnen, sowie den Kenntnisbestand für neue Anwendungen zu nutzen (Frascati Manual, 2002 edition, § 63). FuE ist eine Tätigkeit, in der wichtige Transfers zwischen Einheiten, Organisationen und Sektoren stattfinden; dabei ist es wichtig, FuE-Fonds zu verfolgen.

Bruttoinlandsausgaben für FuE (GERD) im Jahr 2002

In % des BIP



3,46	2,53	2,52	2,26	2,24	2,19	1,93	1,87	1,53	1,22	1,16	1,09	1,03	1,02	0,80	0,75	0,67	0,59	0,58	0,42	0,32
Finnland	Deutschland	Dänemark	Frankreich	Belgien	Österreich	EU-25	Vereinigtes Königreich	Slowenien	Tschechische Republik	Italien	Irland	Spanien	Ungarn	Portugal	Estland	Litauen	Polen	Slowakei	Lettland	Zypern

Belgien, Portugal: vorläufiger Wert; Dänemark: revidierter Wert; EU-25: Eurostat Schätzung; Ungarn: enthält auch die Beträge, die außerhalb von FuE-Einrichtungen verwendet wurden.

Diese vier Indikatoren sind GERD als Prozentanteil des BIP, Prozentanteil von industriefinanziertem GERD, Prozentanteil von regierungsfinanziertem GERD und Prozentanteil von auslandsfinanziertem GERD. Unter Forschung und Entwicklung (FuE) wird eine kreative Tätigkeit auf einer systematischen Basis verstanden, mit dem Ziel, neue Kenntnisse - einschließlich Menschen-, Landes- und Gesellschaftskunde - zu gewinnen, sowie den Kenntnisbestand für neue Anwendungen zu nutzen (Frascati Manual, Auflage 2002, § 63). FuE ist eine Tätigkeit, in der wichtige Transfers zwischen Einheiten, Organisationen und Sektoren stattfinden; dabei ist es wichtig, FuE-Fonds zu verfolgen.



Die Informationsgesellschaft

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Zugang der Haushalte zur Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
- Zugang der Unternehmen zu IKT
- IKT-Ausgaben
- Elektronischer Geschäftsverkehr (eCommerce)
- Strukturen der verschiedenen Marktsegmente im Telekommunikationsbereich
- Preise einiger typischer Telekommunikationsdienste

Die Informationsgesellschaft: eine Chance für Europa ...

Die Informationstechnologie entwickelt sich in rasantem Tempo und bringt täglich Neuerungen hervor. Dennoch ist die Informationsgesellschaft, deren Wohlstand und Wachstum auf einer effizienten Informationsverarbeitung beruhen, nicht nur ein technisches Phänomen, denn sie verändert die Art, in der wir kommunizieren und Geschäfte tätigen, und sie bewirkt einen Wandel unserer Lebensweise. Die Informationsgesellschaft bietet Europa und seinen Bürgern eine Fülle von Chancen und Möglichkeiten. Der Aktionsplan eEurope wurde vom europäischen Rat in Sevilla im Juni 2002 auf den Weg gebracht und vom Ministerrat in der eEurope-Entscheidung vom Januar 2003 gebilligt. Sein Ziel ist die Entwicklung moderner öffentlicher Dienstleistungen und eines dynamischen Umfelds für den elektronischen Geschäftsverkehr durch die flächendeckende Bereitstellung von Breitbandzugang zu wettbewerbsgerechten Preisen sowie einer sicheren informationstechnischen Infrastruktur.

... und eine Herausforderung für die Statistiker

Die Beobachtung der durch das Internet und andere neue Informations- und Kommunikationsmittel ausgelösten schnellen Veränderungen ist eine Herausforderung, der sich die Statistiker sehr wohl bewusst sind. Sie machen sich darüber Gedanken, wie sie ihr statistisches Instrumentarium erneuern und optimal einsetzen können, damit sie den neuen Datenanforderungen bezüglich aller Aspekte der Informationsgesellschaft



gerecht werden. Um den entstandenen Bedarf beurteilen und koordinieren zu können, arbeiten die Statistiker eng mit den verschiedenen Gruppen von Datennutzern zusammen.

Die Informationsgesellschaft im Eurostat-Jahrbuch

Im Eurostat-Jahrbuch wurde der Abschnitt über die Informationsgesellschaft ausgeweitet, um verschiedene eEurope-Indikatoren darzubieten. Sie gehen auf den Aktionsplan eEurope 2005 zurück und sind aus den jährlichen IKT-Erhebungen den drei Unternehmen und Haushalten bzw. Einzelpersonen abgeleitet, welche die nationalen statistischen Ämter mit einem Musterfragebogen von Eurostat durchführen. Neben schon bisher berücksichtigten „traditionellen“ Grundvariablen wie Internetbenutzer und Mobiltelefone behandelt dieser Abschnitt jetzt Themen wie Breitbandversorgung, Nutzung elektronischer Behördendienste (E-Government) und elektronischer Geschäftsverkehr.

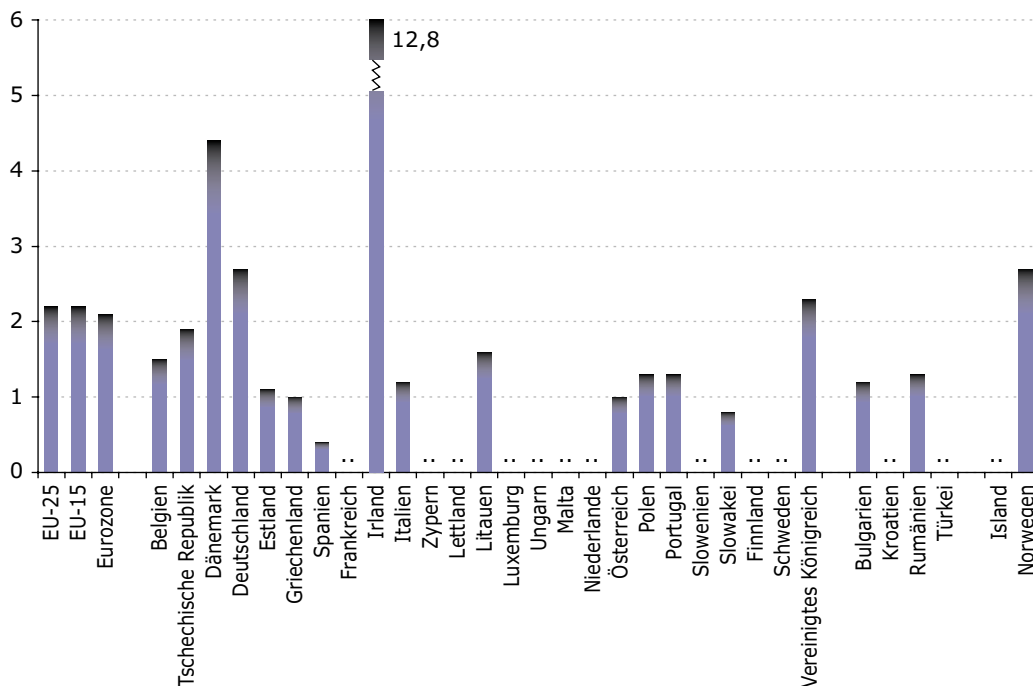


- **Festnetzanschlüsse** stellen die herkömmliche Art des Zugangs zu elektronischen Fernmeldenetzen dar. Sie werden gewöhnlich zum Fernsprechen genutzt, ermöglichen aber auch den Internetzugang per Modem und Einwahl. Die rasche Zunahme leistungsfähigerer Zugangswege zum Internet (Breitband) und mobile Nachrichtenübermittlung ging zu Lasten der herkömmlichen Festnetze und ließ deren Entwicklung stagnieren, obwohl die traditionelle Festnetztechnik verbessert wurde (z. B. durch ISDN).
- Die **Internet-Zugangsdichte** wird getrennt für private Haushalte und Unternehmen erhoben.

- **Mobiltelefone** wurden zu Beginn der 80er Jahre in Europa eingeführt. Aufgrund ihres Gewichts und des Energieverbrauchs beschränkte sich ihr Einsatzbereich anfangs vorwiegend auf das Auto. Je leichter, billiger und technisch ausgereifter die Mobiltelefone wurden, desto stärker wuchs der Markt, insbesondere in der zweiten Hälfte der 90er Jahre.
- Die Messung des **Breitbandversorgungsgrades** erfolgt hier mittels des Prozentsatzes von Haushalten und Unternehmen, die die Möglichkeit des Anschlusses an eine xDSL-fähige Vermittlung, ein für das Internet aufgerüstetes Kabelnetz oder an andere Breitbandnetze haben.
- Auch die **elektronischen Behördendienste** (E-Government) werden in beiden Erhebungen gemessen, und zwar für drei Nutzungsarten – Informationsbeschaffung, Herunterladen und Einreichung ausgefüllter Formulare öffentlicher Stellen.
- Der **elektronische Geschäftsverkehr** wird in diesem Jahrbuch veranschaulicht durch die Zahl von Personen, die über das Internet einkaufen, und von Unternehmen, die sich für ihren Vertrieb des Internets oder anderer Netze bedienen.

Anteil des elektronischen Geschäftsverkehrs am Gesamtumsatz der Unternehmen im Jahr 2004 - E-Commerce

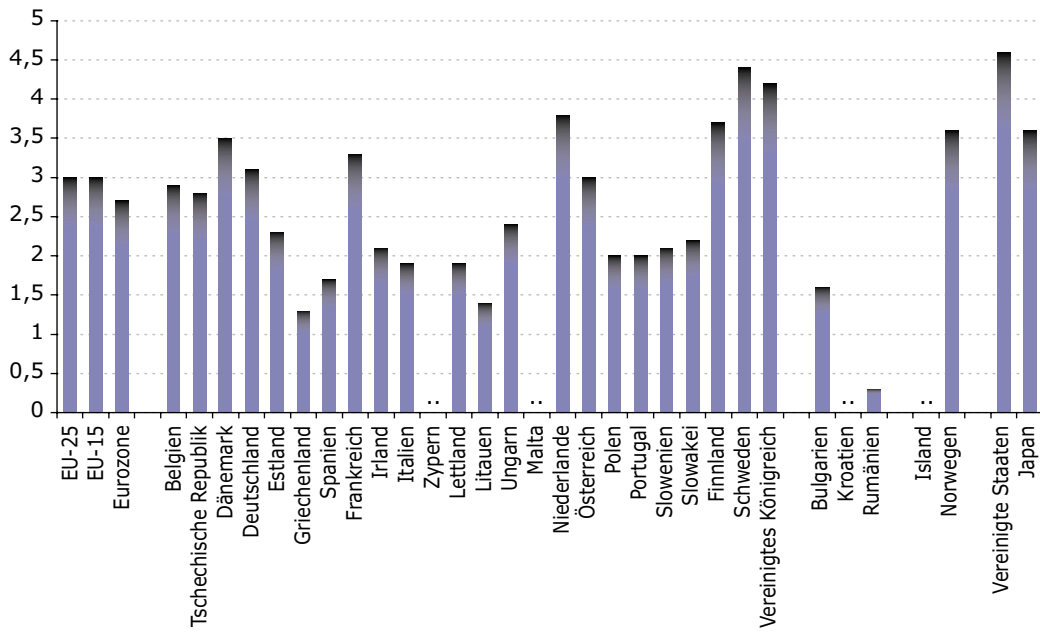
In %



Die Information stammt aus der Erhebung der Nationalen Statistischen Ämter zur Nutzung von Informations- und Telekommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen. Der Indikator wird berechnet als Prozentanteil des über das Internet realisierten Umsatzes am Gesamtumsatz von Unternehmen. Umsätze durch andere Geschäftsbeziehungen wie beispielsweise Umsätze durch EDI (Electronic Data Interchange) sind nicht inbegriffen. Abgedeckt sind nur Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten. Das angegebene Jahr betrifft das Erhebungsjahr. Die Daten des E-Commerce beziehen sich jedoch auf das Jahr vor der Erhebung.

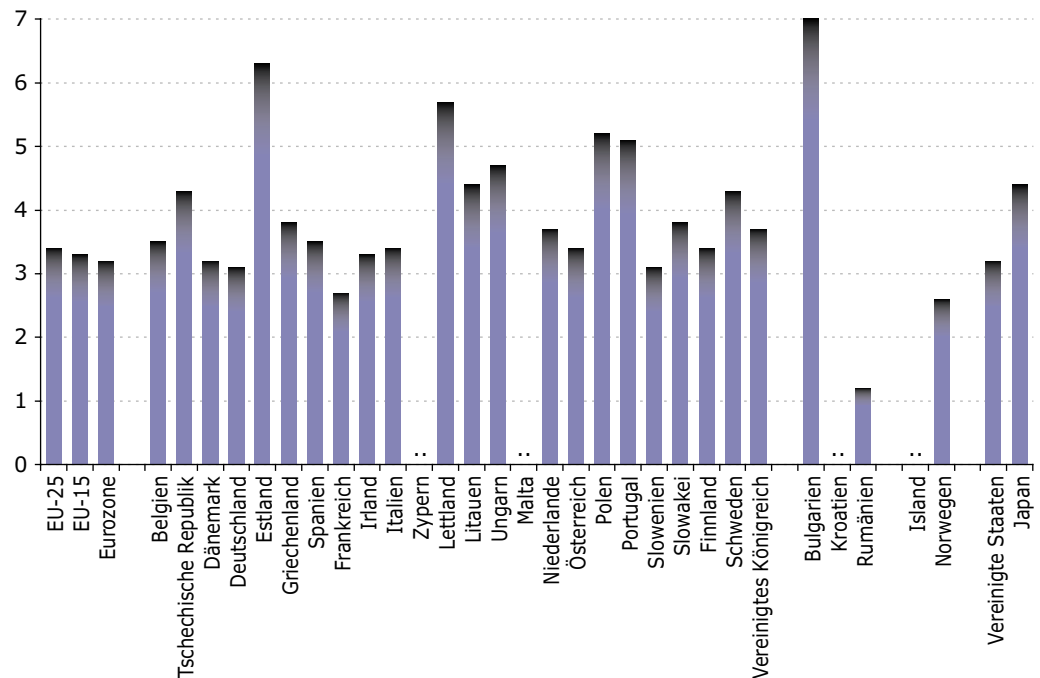


IKT-Ausgaben – Informationstechnologie im Jahr 2004
In % des BIP



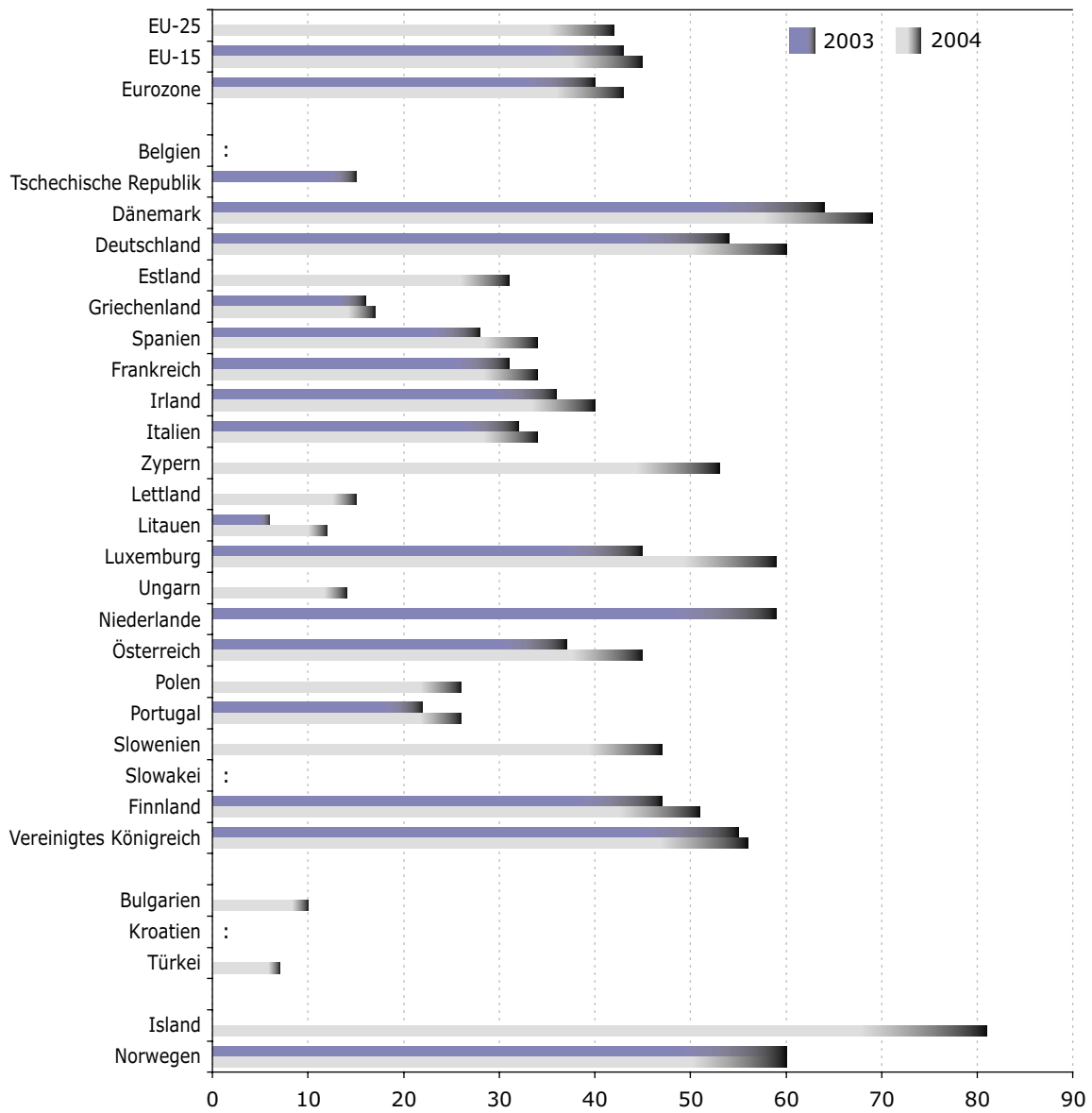
Jährliche Daten über Ausgaben für IT-Ausstattung, Software und weitere Dienstleistungen als Prozentanteil des BIP (BIP = Bruttoinlandprodukt).

IKT-Ausgaben – Telekommunikationstechnologie im Jahr 2004
In % des BIP



Jährliche Daten über Ausgaben für Ausstattung in Telekommunikation, Software und weitere Dienstleistungen als Prozentanteil des Bruttoinlandprodukts.

Internet-Zugangsdichte – Haushalte
In % der Privathaushalte mit Internet-Zugang



Prozentsatz der Privathaushalte mit Internet-Zugang. Einschließlich sämtlicher Formen der Internetnutzung. Bevölkerung im Alter zwischen 16 und 74 Jahren.

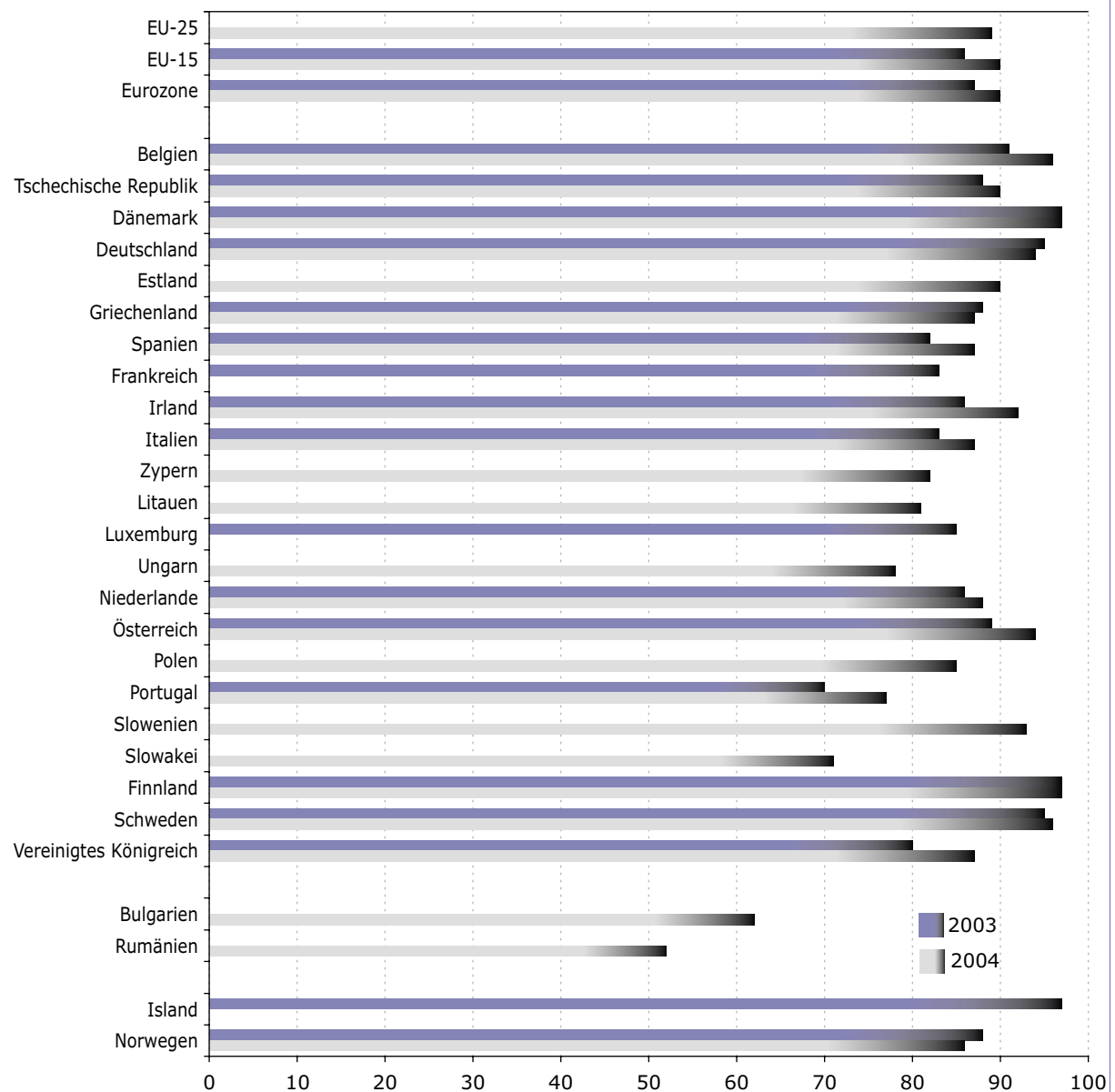


Sowohl in privaten Haushalten als auch in Unternehmen hat sich der Internetzugang ausgebreitet. 2004 verfügten in EU-25 42 % der Haushalte und mehr als 89 % der Unternehmen über Internetzugang. In einigen Ländern waren

es sogar über 95 % der Unternehmen (mit mehr als neun Beschäftigten). In allen anderen EU-25-Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, lag der Wert über 70 %.

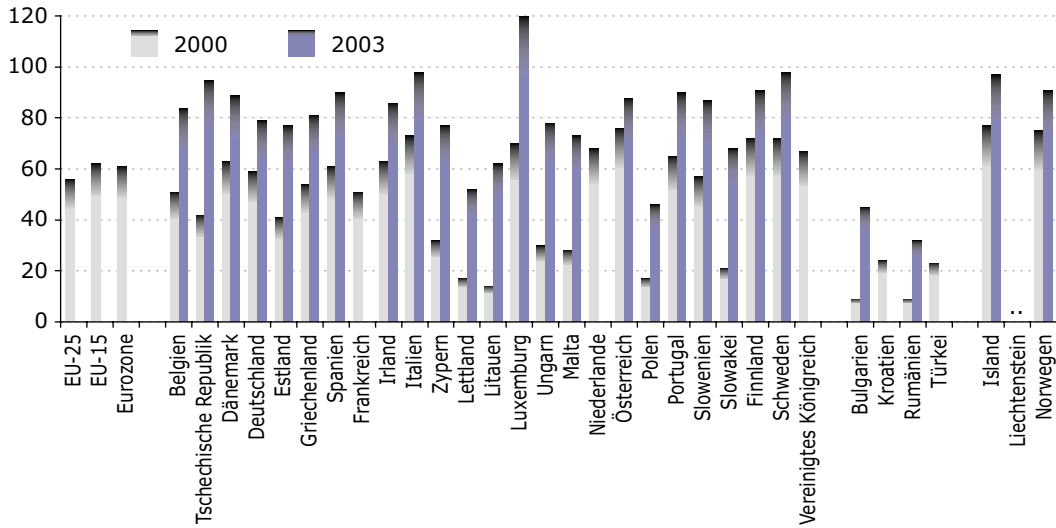
Grad des Internetzugangs: Unternehmen

In %



Dieser Indikator besteht aus Unternehmen mit mindestens 10 Vollzeitbeschäftigten. Die Erhebung erfasst Unternehmen, deren wirtschaftliche Haupttätigkeit in einem der nachfolgenden NACE-Bereiche liegt: D, F, G, H (nur Gruppen 55.1 - 55.2), I, K, O (nur Gruppen 92.1 - 92.2).

Mobilfunkteilnehmer
Je 100 Einwohner

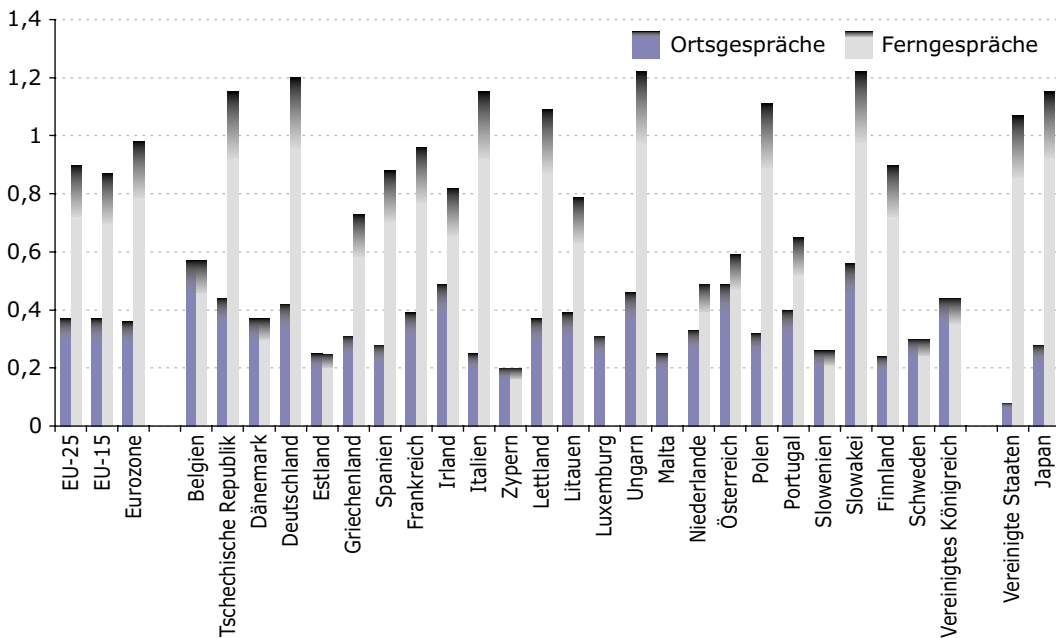


Der Indikator gibt die Zahl der Verträge mit öffentlichen Telekommunikationssystemen, die die Zellulartechnik benutzen, in Bezug auf die Bevölkerung an. Die Gesamtzahl der Mobiltelefonverträge in einem Land wird durch die Zahl der Einwohner des Landes geteilt und mit 100 multipliziert. Aktive Prepaid-Karten werden als Verträge behandelt. Eine Person kann mehrere Verträge haben.

Im Zeitraum von 1991 bis 2003 ist die Zahl der Mobilfunkteilnehmer kontinuierlich gestiegen: bis 1993 lag ihre Zahl je 100 Einwohner in vielen europäischen Ländern unter 10, 2003 erreichte sie oft fast 100 und lag in Luxemburg sogar noch höher. Möglich wurde dies dadurch, dass eine Person mehr als einen Teilnehmervertrag

abschließt: einen privaten und einen über den Arbeitgeber. Versorgungsgrade über 90 % wurden in Schweden, Italien, Tschechische Republik und Finnland ermittelt. Einige der neuen Mitgliedstaaten belegten in diesem Vergleich einen der vorderen Plätze.

Preise für Telekommunikation: Orts- und Ferngespräche im Jahr 2004
In EUR



Der Indikator zeigt den Preis in Euro (einschließlich MwSt.) eines 10-minütigen Anrufs um 11 Uhr morgens an einem Wochentag für ein Ortsgespräch (3 km) und ein Ferngespräch (200 km). Die Preise beziehen sich auf den Monat August. Es werden normale Gebühren angegeben.



Preise für Telekommunikation – Auslandsgespräche in die USA

In EUR



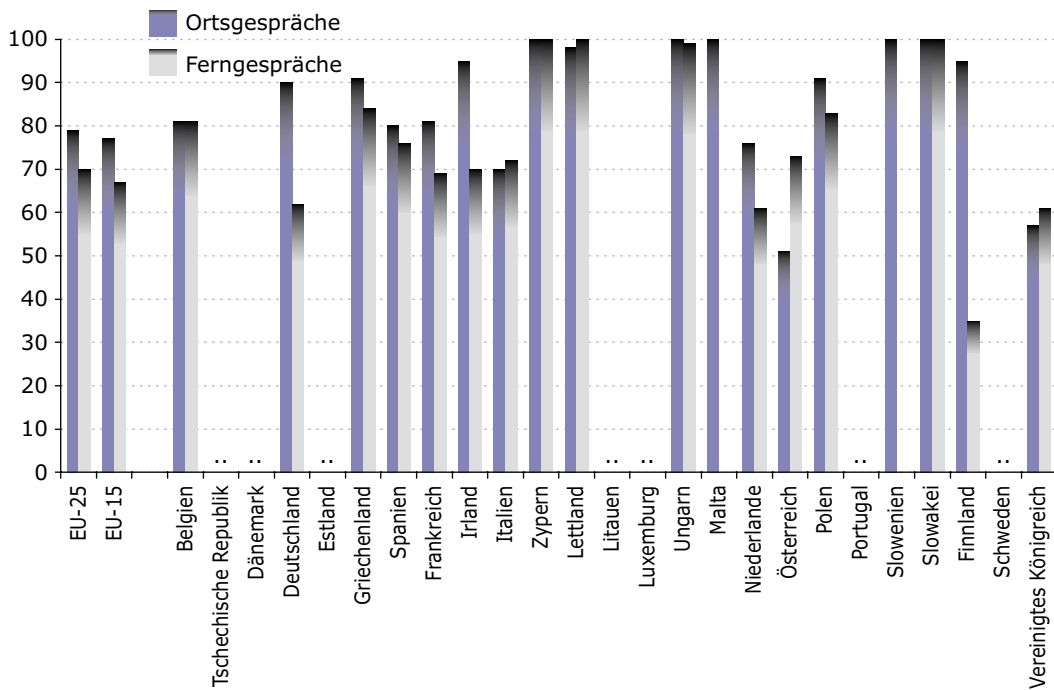
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-25	:	:	:	:	:	3	2,88	2,07
EU-15	6,63	4,51	3,5	3,1	2,65	2,22	2,13	1,85
Eurozone	7,2	4,68	3,44	3,06	2,53	2	1,9	1,83
Belgien	7,5	6	5,95	5,95	1,84	1,83	1,94	1,98
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	2,87	2,87	2,87
Dänemark	6,72	5,26	4,72	4,72	2,72	2,72	2,39	2,39
Deutschland	7,41	4,32	2,45	2,45	1,23	1,23	1,23	1,23
Estland	:	:	:	10,26	:	2,38	2,38	2,41
Griechenland	7	5,82	5,82	3,26	2,91	2,95	2,95	2,91
Spanien	6,17	6,08	4,53	4,25	4,25	2,2	1,53	1,53
Frankreich	6,78	3,44	3,05	2,97	2,97	2,34	2,34	2,24
Irland	4,61	3,68	2,92	2,92	1,91	1,9	1,9	1,9
Italien	7,26	4,99	3,63	2,79	2,79	2,24	2,12	2,12
Zypern	:	:	:	3,79	3,79	2,39	1	0,79
Lettland	:	:	:	6,23	6,23	6,26	6,26	6,25
Litauen	:	:	:	11,96	11,96	8,08	8,08	4,07
Luxemburg	7,37	5,67	2,74	2,06	1,44	1,44	1,44	1,37
Ungarn	:	:	:	4,81	4,81	4,83	3,32	2,72
Malta	:	:	:	:	:	12,7	12,61	1,81
Niederlande	8,48	2,77	0,9	0,78	0,78	0,76	0,85	0,85
Österreich	9,21	5,76	6,08	4,32	4,32	3,77	3,77	1,9
Polen	:	:	:	9,6	9,6	9,6	9,6	3,33
Portugal	8,25	6,13	4,23	3,68	2,89	2,52	2,52	2,52
Slowenien	:	:	:	:	2,98	1,75	1,75	1,75
Slowakei	:	:	:	8,39	8,39	2,86	2,86	2,85
Finnland	8,31	7,43	5,65	5,68	4,8	4,84	4,84	4,77
Schweden	5,4	4,99	4,99	1,14	1,14	1,14	1,14	1,09
Vereinigtes Königreich	3,92	3,46	3,46	3,46	3,46	3,46	3,46	2,05
Norwegen	5,68	3,48	2,1	1,21	1,18	0,92	0,86	:
Japan	13,49	16,09	6,13	4,91	4,91	4,91	4,91	4,91

Der Indikator zeigt den Preis in Euro eines 10-minütigen Anrufs um 11 Uhr morgens an einem Wochentag (einschließlich MwSt.) für ein Auslandsgespräch (in die USA). Die Preise beziehen sich auf den Monat August eines jeden Jahres. Es werden normale Gebühren des etablierten Anbieters angegeben.



Marktanteil des etablierten Anbieters im Festnetz im Jahr 2003

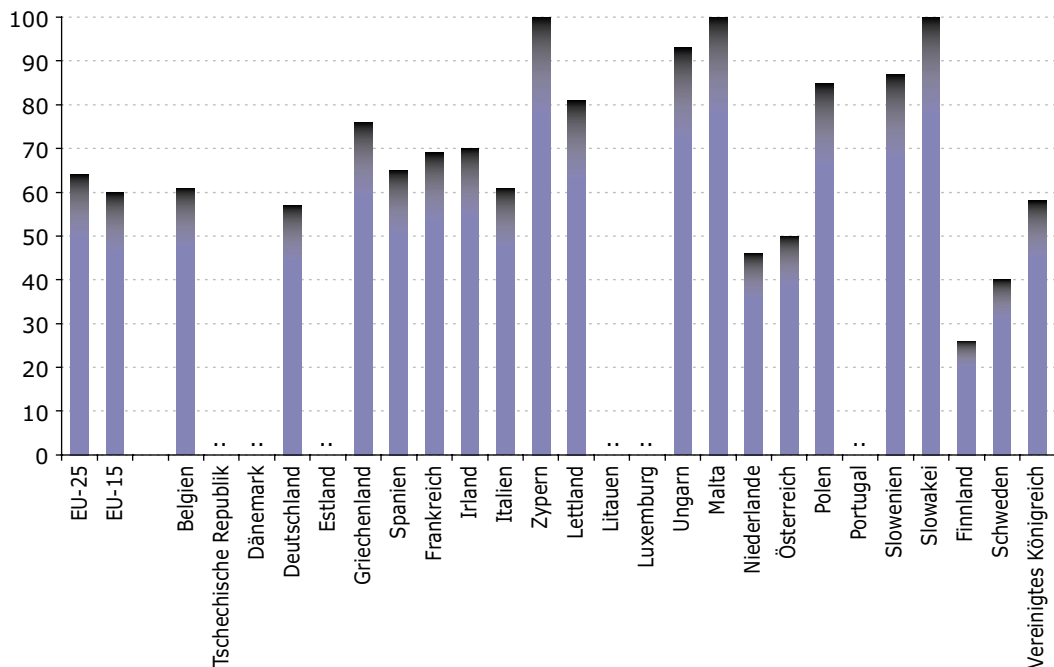
Als Prozentsatz des Gesamtmarktes



Der etablierte Betreiber ist das Unternehmen, welches vor der Liberalisierung auf dem Markt tätig war. Der Marktanteil wird als Anteil der Einzelhandelseinnahmen dieses Betreibers am Gesamtmarkt errechnet. Ein Ortsgespräch ist ein Gespräch innerhalb lokaler Netzwerke. Ein Ferngespräch ist ein Gespräch von einem lokalen Netzwerk zu einem anderen.

Marktanteil des etablierten Anbieters im Festnetz: Auslandsgespräche im Jahr 2003

Als Prozentsatz des Gesamtmarktes

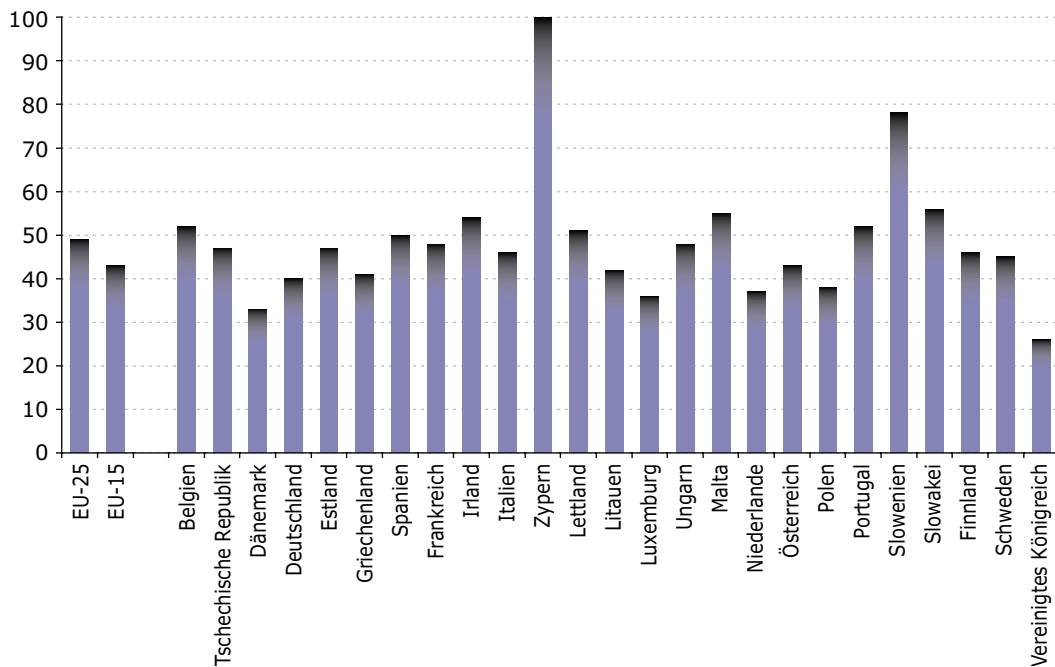


Der etablierte Betreiber ist das Unternehmen, welches vor der Liberalisierung auf dem Markt tätig war. Der Marktanteil wird als Anteil der Einzelhandelseinnahmen dieses Betreibers am Gesamtmarkt errechnet.



Marktanteil des führenden Anbieters im Mobilnetz, im Jahr 2004

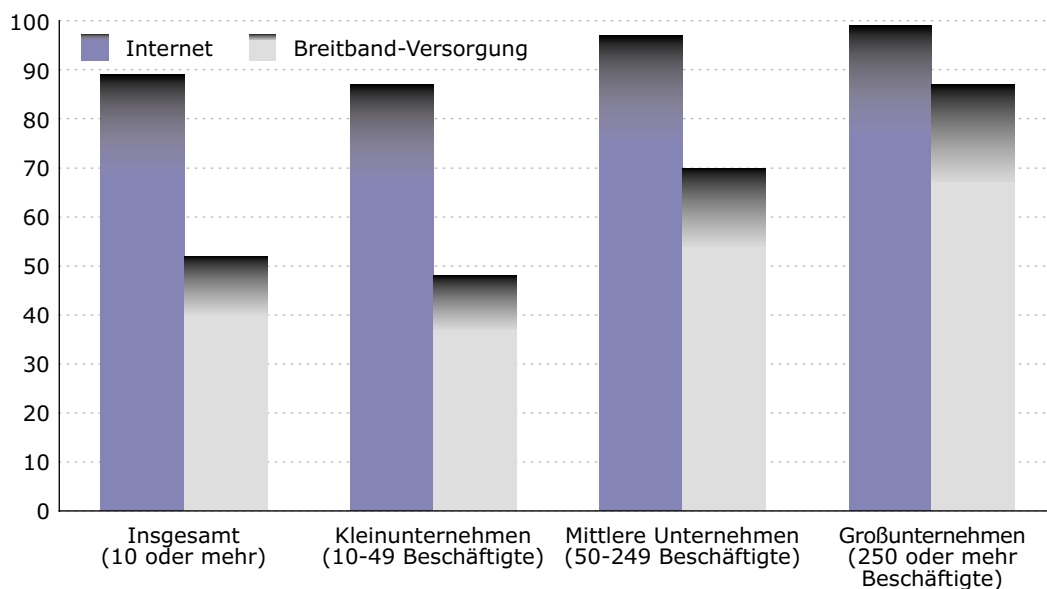
Als Prozentsatz des Gesamtmarktes



Der Marktanteil des führenden Betreibers wird auf der Basis der geschätzten Anzahl von Mobilfunk-Abonnenten errechnet. Der Anteil des führenden Betreibers bei allen Mobilfunk-Abonnements wird angegeben.

Internet-Zugang und Breitband-Versorgung von Unternehmen, nach Unternehmensgröße, im Jahr 2004 in der EU-25

Anteil an Unternehmen der entsprechenden Größenklasse; in %

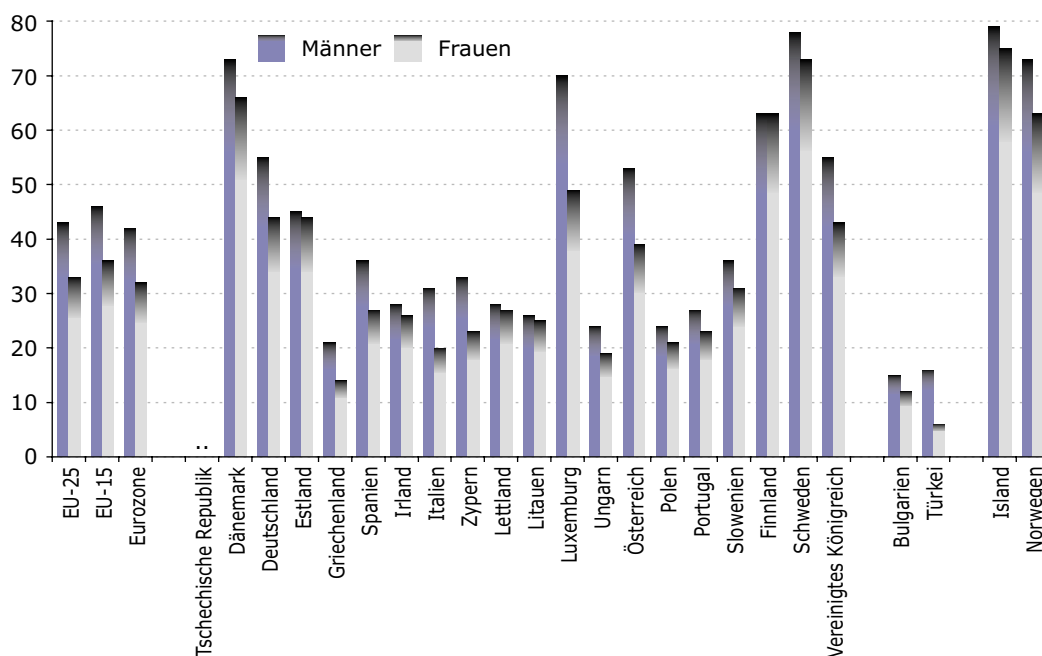


Quelle: Erhebung über die Informations- und Kommunikationstechnologie in Unternehmen, Eurostat.

Dieser Indikator besteht aus Unternehmen mit mindestens zehn Vollzeitbeschäftigten. Die Erhebung erfasst Unternehmen, deren wirtschaftliche Haupttätigkeit in einem der nachfolgenden NACE-Bereiche liegt: D, F, G, H, I, K, O (nur Gruppen 92.1 - 92.2).

Einzelpersonen, die das Internet regelmäßig nutzen, im Jahr 2004

In %

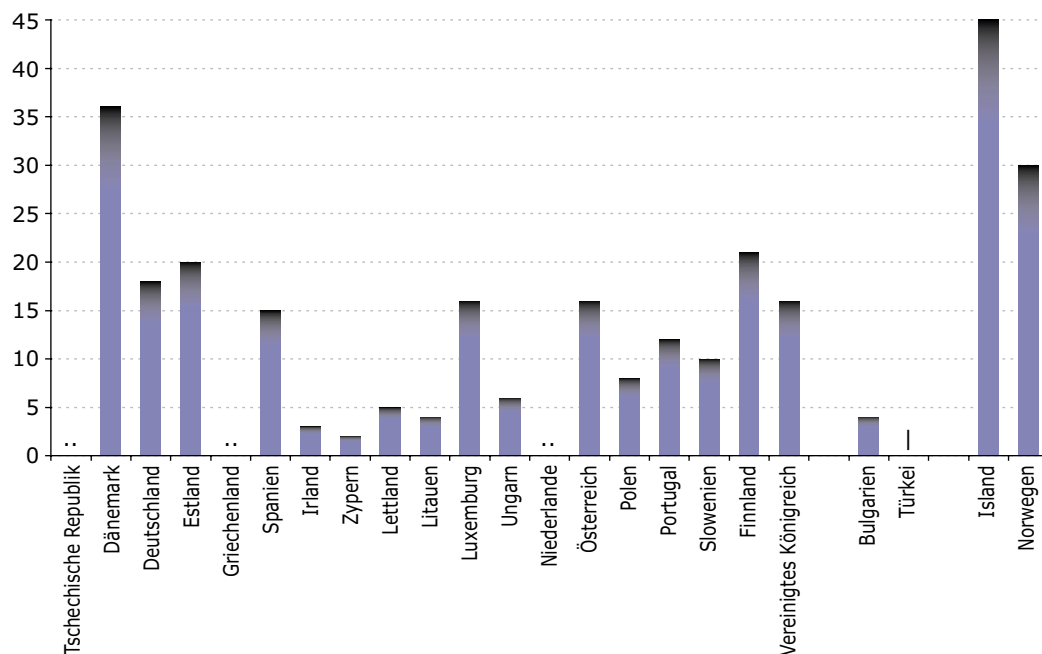


Quelle: Erhebung über die Informations- und Kommunikationstechnologie in Haushalten, Eurostat.

Dieser Indikator umfasst alle Privatpersonen im Alter von 16 bis 74 Jahren, die in den drei Monaten vor der Erhebung durchschnittlich mindestens einmal pro Woche auf das Internet zugegriffen haben. Einbezogen sind alle Nutzungsorte und Zugangsverfahren.

Anteil der Haushalte mit Breitbandzugang, im Jahr 2004

Anteil an allen Haushalten in %



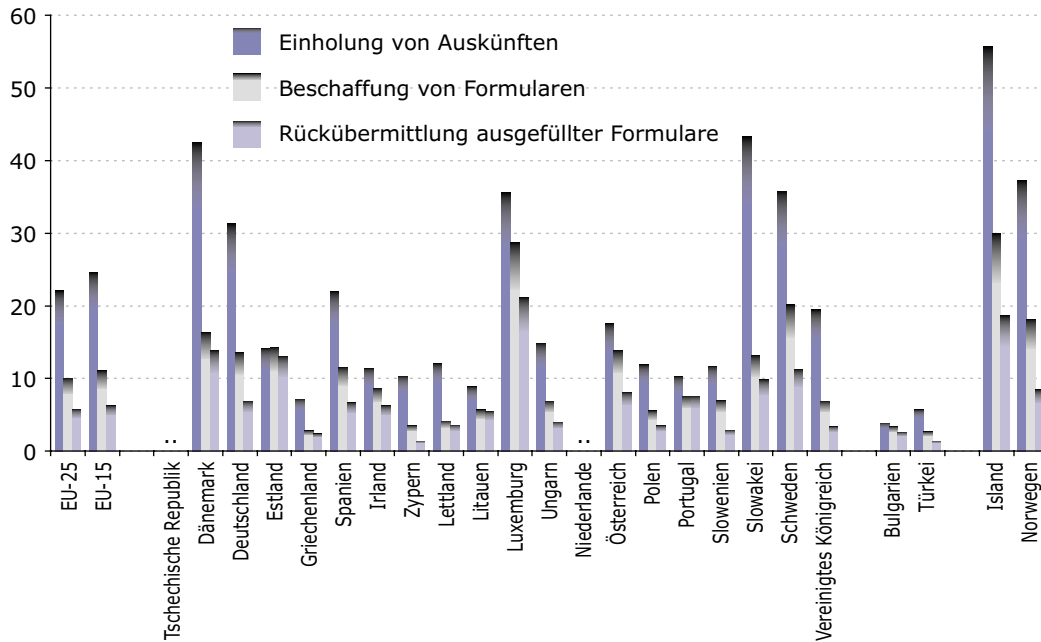
Quelle: Erhebung über die Informations- und Kommunikationstechnologie in Haushalten, Eurostat.

Die Verfügbarkeit von Breitbandzugängen wird gemessen als prozentualer Anteil sämtlicher Haushalte mit Anschlussmöglichkeit an eine auf x-DSL umgestellte Vermittlungsstelle, ein für den Internet-Datenverkehr aufgerüstetes Kabelnetz oder andere Breitband-Systeme. Der Indikator umfasst alle Haushalte mit mindestens einer Person im Alter von 16 bis 74 Jahren.



Anteil der Einzelpersonen, die das Internet zur Kommunikation mit öffentlichen Stellen nutzen, 2004

Anteil an allen Personen der entsprechenden Gruppe; in %

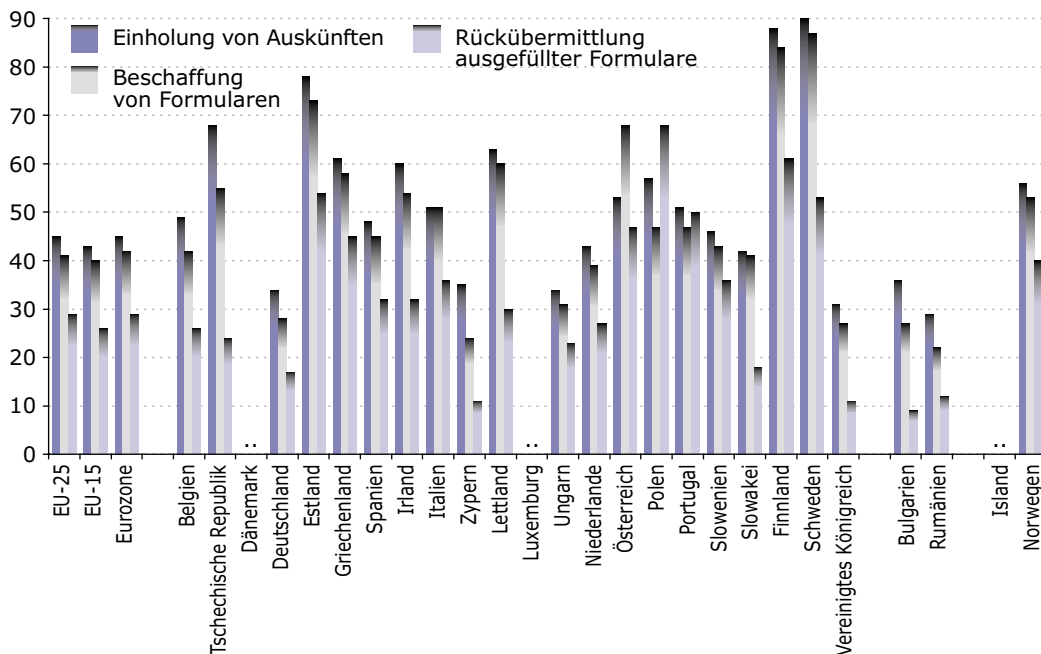


Quelle: Erhebung zur Informations- und Kommunikationstechnologie in Haushalten, Eurostat.

Dieser Indikator ist nach Verwendungszweck aufgeschlüsselt (Einholung von Auskünften, Herunterladen von Formularen, Zurücksenden ausgefüllter Formulare) und umfasst alle Privatpersonen im Alter von 16 bis 74 Jahren.

Anteil der Unternehmen, die das Internet zur Kommunikation mit öffentlichen Stellen nutzen, 2004

Anteil an Unternehmen der entsprechenden Größenklasse; in %

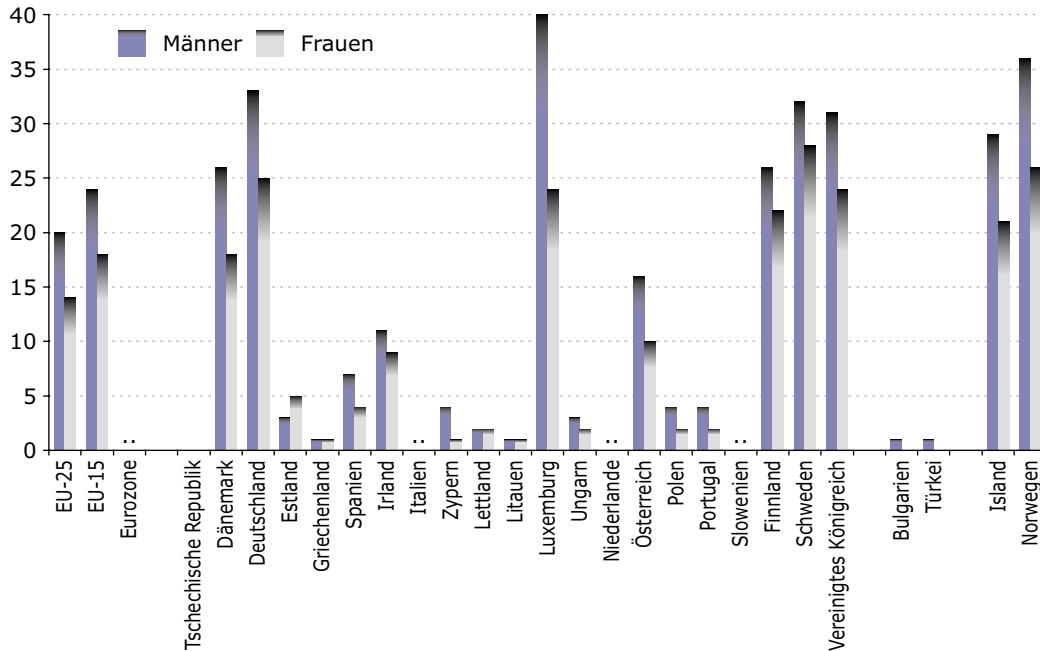


Quelle: Erhebung zur Informations- und Kommunikationstechnologie in Unternehmen, Eurostat.

Dieser Indikator ist nach Verwendungszweck aufgeschlüsselt (Einholung von Auskünften, Herunterladen von Formularen, Zurücksenden ausgefüllter Formulare) und besteht aus Unternehmen mit mindestens zehn Vollzeitbeschäftigten, deren wirtschaftliche Haupttätigkeit in einem der nachfolgenden NACE-Bereiche liegt: D, F, G, H (nur Gruppen 55.1 – 55.2), I, K, O (nur Gruppen 92.1 – 92.2).

Prozentualer Anteil der Einzelpersonen, die in den letzten drei Monaten für private Zwecke Waren oder Dienstleistungen über das Internet bestellt/erworben haben

Anteil an allen Personen der entsprechenden Gruppe; in %

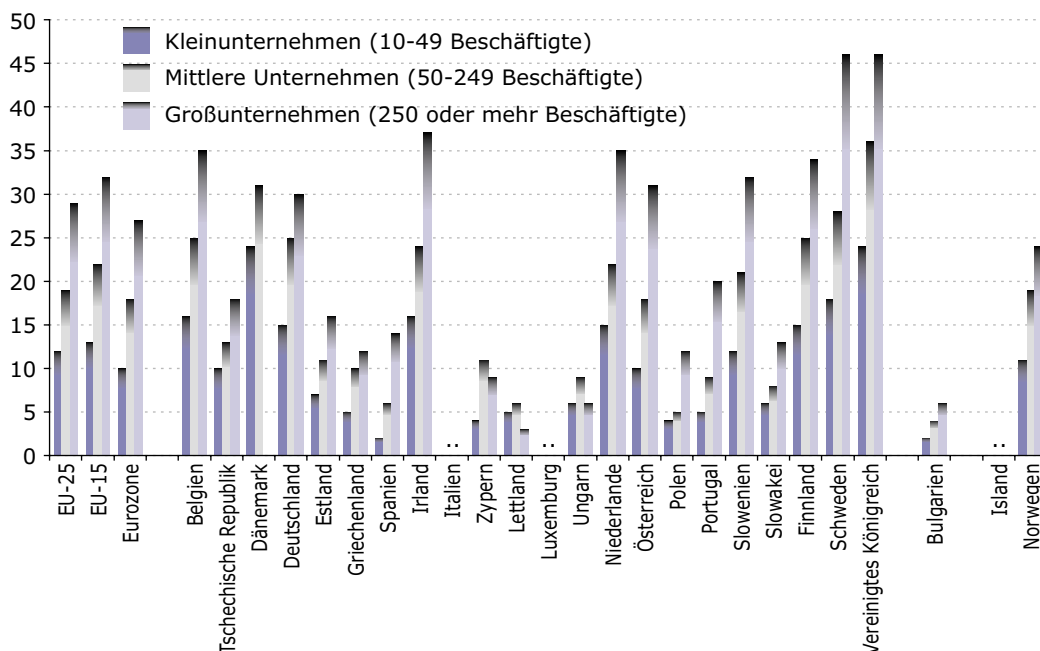


Quelle: Erhebung zur Informations- und Kommunikationstechnologie in Unternehmen, Eurostat.

Dieser Indikator umfasst alle Privatpersonen im Alter von 16 bis 74 Jahren. Finanzinvestitionen sind ausgeschlossen.

Anteil der Unternehmen, bei denen Online-Bestellungen im Jahr 2004 eingegangen sind

Anteil an Unternehmen der entsprechenden Größenklasse; in %



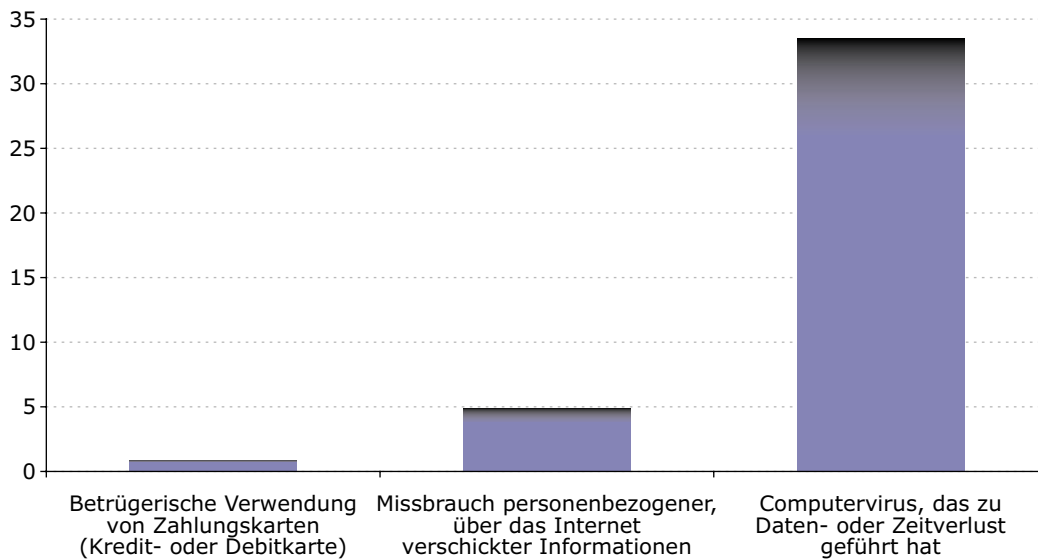
Quelle: Erhebung zur Informations- und Kommunikationstechnologie in Unternehmen, Eurostat.

Dieser Indikator betrifft Online-Verkäufe über das Internet, den elektronischen Datenaustausch (EDI) oder andere Netzwerke im vergangenen Jahr. Nur Unternehmen mit mehr als 1 % Online-Verkäufen werden berücksichtigt. Erfasst sind Unternehmen mit mindestens zehn Vollzeitbeschäftigten, deren wirtschaftliche Haupttätigkeit in einem der nachfolgenden NACE-Bereiche liegt: D, F, G, H (nur Gruppen 55.1 – 55.2), I, K, O (nur Gruppen 92.1 – 92.2).



Einzelpersonen mit Internetzugang, bei denen Sicherheitsprobleme aufgetreten sind, EU-25, 2004

Anteil an allen Einzelpersonen, die im vergangenen Jahr das Internet benutzt haben, in %

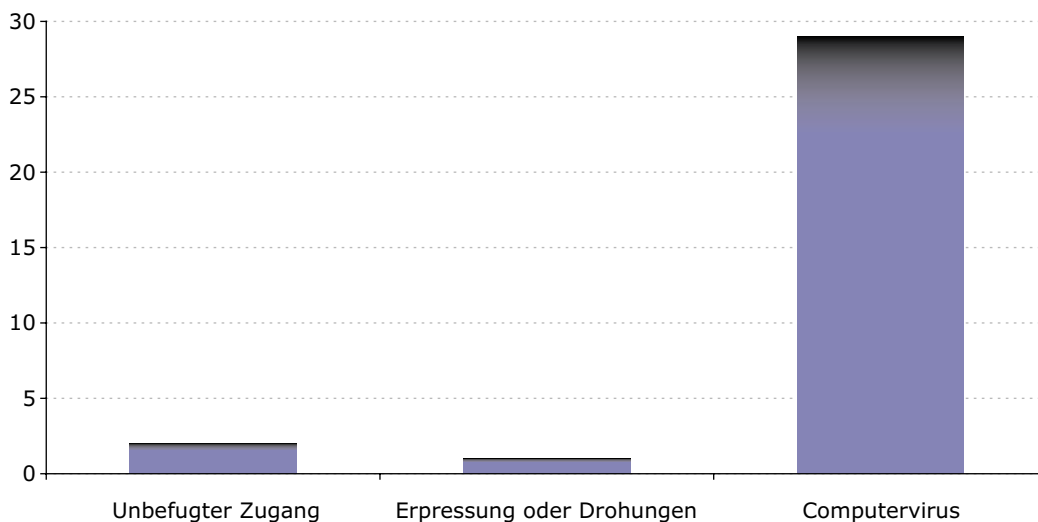


Quelle: Erhebung zur Informations- und Kommunikationstechnologie in Unternehmen, Eurostat.

Dieser Indikator ist nach Problemen aufgeschlüsselt [betrügerische Verwendung von Zahlungskarten (Kredit- oder Debitkarte), Missbrauch personenbezogener, über das Internet verschickter Informationen, Computervirus, das zu Daten- oder Zeitverlust geführt hat] und umfasst alle Einzelpersonen im Alter von 16 bis 74 Jahren, die im vergangenen Jahr das Internet benutzt haben.

Anteil von Unternehmen mit Internetzugang, bei denen Sicherheitsprobleme aufgetreten sind, EU-25, 2004

Anteil an Unternehmen der entsprechenden Größenklasse; in %



Dieser Indikator ist nach Problemen aufgeschlüsselt (Computervirus, unbefugter Zugang, Erpressung oder Drohungen, mindestens eines von diesen Sicherheitsproblemen) und erfasst Unternehmen mit mindestens zehn Vollzeitbeschäftigten, deren wirtschaftliche Haupttätigkeit in einem der nachfolgenden NACE-Bereiche liegt: D, F, G, H (nur Gruppen 55.1 – 55.2), I, K, O (nur Gruppen 92.1 – 92.2).

Sektoren und Unternehmen

Unternehmensstrukturen auf einen Blick	233-236
Industrie und Baugewerbe	237-238
Handel	239-240
Finanzmärkte	241-243
Verkehr	245-252
Tourismus	253-256
Energie	257-264



Unternehmensstrukturen auf einen Blick

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Umsatz
- Bruttowertschöpfung
- Zahl der Beschäftigten
- Arbeitskosten
- Investitionen
- Sektoren der Volkswirtschaft
- Kleine und mittlere Unternehmen

Der Hintergrund für unternehmerische Tätigkeit

Eurostat gibt einen umfassenden Überblick über die Struktur der europäischen Unternehmen und bietet somit eine ausführliche Beschreibung der Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit. Die Daten zur strukturellen Unternehmensstatistik veranschaulichen Entwicklungen in einzelnen Wirtschaftszweigen sowie Strukturveränderungen in der Volkswirtschaft insgesamt. Ohne diese Hintergrundinformationen wäre es schwierig, konjunkturstatistische Daten zu interpretieren. Diese Daten werden von Unternehmen genutzt, die ihre Chancen in einem neuen Markt



oder ihre eigenen Leistungen objektiv beurteilen wollen, sowie von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Marktforschungsinstituten und in Politik und Verwaltung.

Produktion und Arbeit

Die strukturelle Unternehmensstatistik beschreibt die Wirtschaft, indem sie die Einheiten beobachtet, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben. Dabei geht es u. a. um die Beantwortung der folgenden Fragen: Wie groß ist die Wertschöpfung in einem bestimmten Wirtschaftszweig? Wie hoch ist der erforderliche Arbeitseinsatz für diese Wertschöpfung? Wie entwickelt sich der Wirtschaftszweig? Leistet der Wirtschaftszweig einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum? Wird in diesen Wirtschaftszweig investiert?

Die im Eurostat-Jahrbuch enthaltenen Strukturdaten beziehen sich im Wesentlichen auf die Bereiche Produktion oder Beschäftigung. Aus der Reihe von Variablen zur Beschreibung der Input- und Output-Seite der wirtschaftlichen Tätigkeit werden ausgewählte Basisindikatoren vorgestellt:

- Der **Umsatz** entspricht der Summe aller Verkäufe (ohne MwSt.) von Waren und Dienstleistungen, die von den Unternehmen eines Sektors im Berichtsjahr in Rechnung gestellt wurden.
- Die **Bruttowertschöpfung** zu Faktorkosten entspricht der Differenz zwischen dem Wert der Produktion und den in die Produktion einfließenden Vorleistungen, korrigiert um Produktionssubventionen und Kosten sowie sonstige gleichgestellte Produktionsabgaben. Sie lässt sich als der von den Unternehmen eines Sektors geschaffene Wert interpretieren, der zur Entlohnung der Produktionsfaktoren herangezogen wird (Bruttobetriebsüberschuss für den Produktionsfaktor Kapital und Personalaufwendungen für den Produktionsfaktor Arbeit).

- Die **Personalaufwendungen** sind definiert als die Gesamtsummen, die von den Unternehmen eines Sektors an die Beschäftigten der Unternehmen für die während des Berichtsjahrs von ihnen geleistete Arbeit gezahlt werden. Sie umfassen Löhne und Gehälter sowie die von den Arbeitgebern gezahlten Sozialbeiträge.
- Die Zahl der **Beschäftigten** ist definiert als die Gesamtzahl der Personen, die für die Unternehmen des Sektors arbeiten, unabhängig davon, ob sie für diese Arbeit bezahlt werden oder nicht. Leiharbeiter bleiben jedoch unberücksichtigt.

Kostenlose Eurostat-Daten

Die Daten gehören zu den von Eurostat kostenlos verbreiteten. Die strukturellen Unternehmensstatistiken (SUS) sind auf der Eurostat-Website unter „Industrie, Handel und Dienstleistungen“ zu finden. In der „horizontalen Ansicht“ sind die Daten aller Sektoren zusammengefasst, aber die Daten sind auch zu großen Bereichen wie „Industrie und Bau“, „Handel“, „Dienstleistungen“ und „Finanzdienstleistungen“ gruppiert. Sie sind dort

in absoluten Zahlen und in Form von einfachen Verhältniszahlen dargestellt, so dass es z. B. möglich ist, Größenvergleiche zwischen Ländern anzustellen oder den Anteil eines Wirtschaftszweigs an der Gesamtwirtschaft zu berechnen.

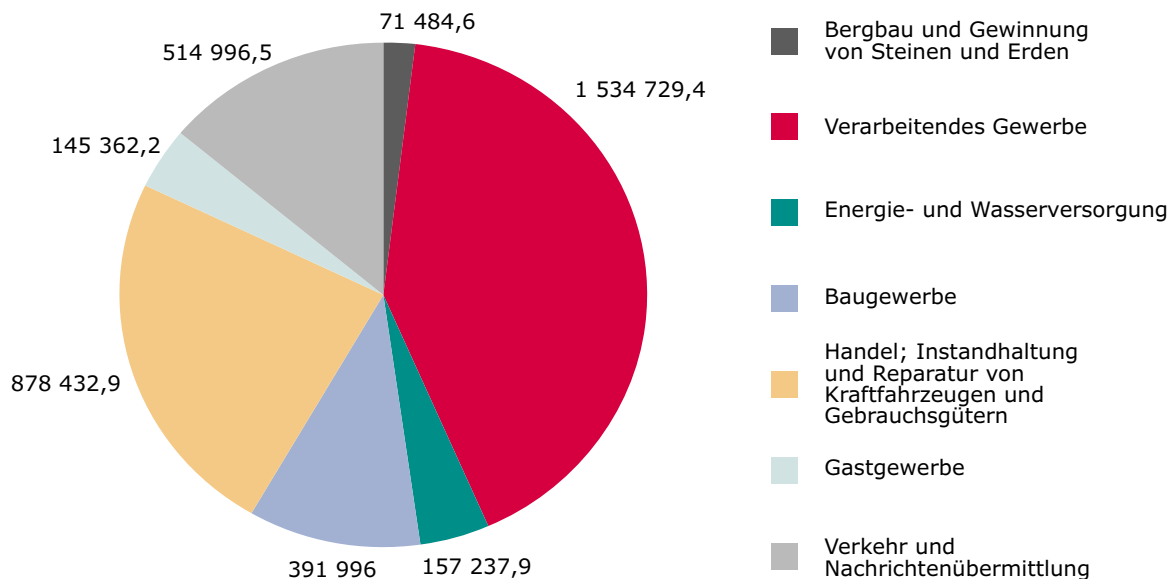
Ein harmonisierter Rechtsrahmen

Mit der Verordnung des Rates über die strukturelle Unternehmensstatistik wurde ein harmonisierter Rechtsrahmen für die jährliche Erhebung von Strukturdaten bei den Unternehmen in der Europäischen Union geschaffen. Diese Verordnung legt die zu verwendenden Systematiken (NACE Rev. 1,1, NUTS) und statistischen Einheiten, den Erfassungsbereich (ohne größen-spezifische Schwellenwerte) und die einzuhalten- den Fristen und Qualitätskriterien fest.

Die Verordnung gilt für alle marktbestimmten Tätigkeiten (ohne Landwirtschaft), die den Sektoren Industrie, Baugewerbe, Handel und Dienstleistungen zugeordnet werden (Abschnitte C bis K der NACE Rev. 1,1). Im Bereich SUS der Datenbank NewCronos sind Daten enthalten, die weitaus tiefer gegliedert sind als die Angaben im Eurostat-Jahrbuch.

Wertschöpfung ⁽¹⁾ in der EU-25 im Jahr 2001

In Mio. EUR



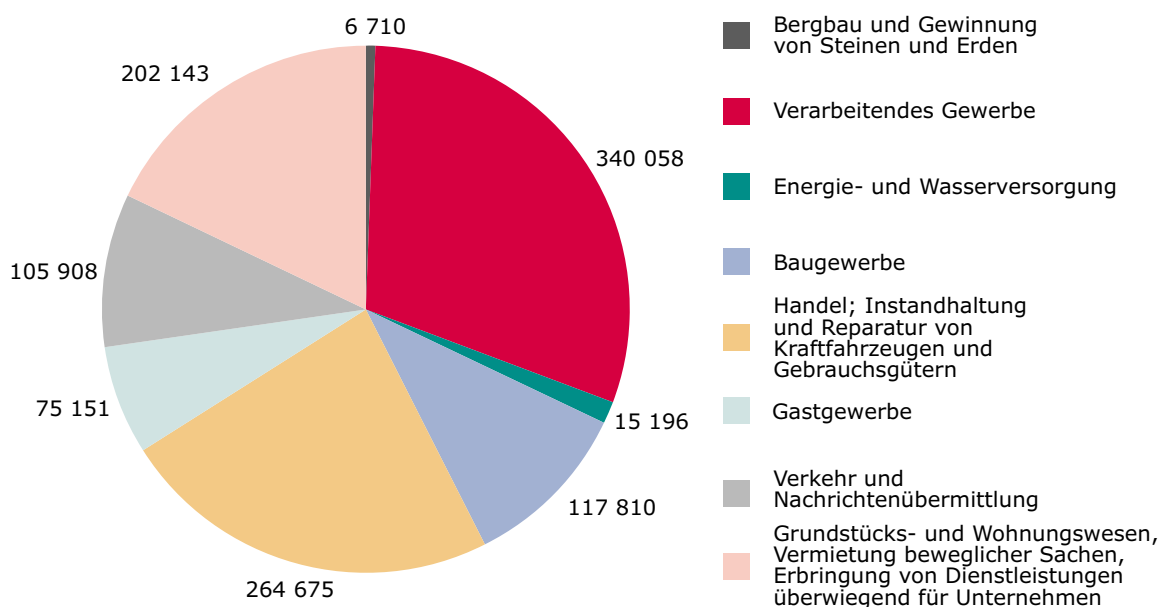
(1) Zu Faktorkosten.

Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen: Daten nicht verfügbar.

Die Wertschöpfung ist die Differenz zwischen dem Wert der Produktion und den in die Produktion einfließenden Vorleistungen, abzüglich der Produktionssubventionen, Kosten, Steuern und Abgaben.

Beschäftigte in der EU-25 im Jahr 2001

In 100 Personen



Die Zahl der Beschäftigten ist definiert als die Gesamtzahl der in den verschiedenen Wirtschaftszweigen tätigen Personen: Lohn- und Gehaltsempfänger, unbezahlte Arbeitskräfte (z. B. mithelfende Familienangehörige, Lieferpersonal) mit Ausnahme von Leiharbeitern.

Einige Ergebnisse

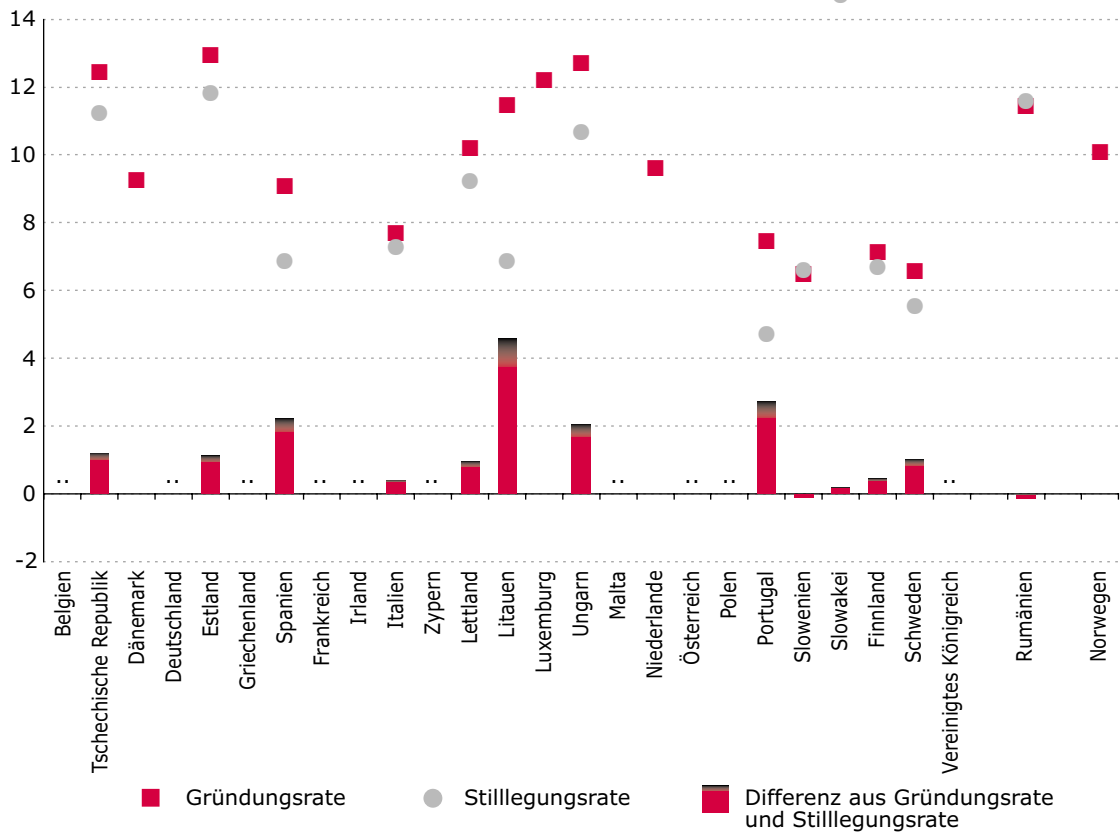
Im Jahr 2002 wurde in den 25 Ländern der heutigen Europäischen Union rund ein Drittel der gesamten Wertschöpfung der Sektoren Industrie, Baugewerbe, Handel und Dienstleistungen mit der Herstellung von Waren erwirtschaftet (34 %), wo rund 32 % aller Arbeitnehmer beschäftigt

waren; 18 % der Beschäftigten waren im Sektor „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ tätig, der 21 % der Wertschöpfung erwirtschaftete. Der Sektor Handel und Reparatur ist ebenfalls arbeitsintensiv, mit 21 % der Beschäftigten und einem Wertschöpfungsanteil von 19 %.



Unternehmensdemografie im Jahr 2001

Gründungs- und Stilllegungsrate für Unternehmen; in %



Es liegen keine Daten für Belgien, Deutschland, Griechenland, Frankreich, Irland, Österreich, Malta, Polen, das Vereinigte Königreich und Zypern vor.

Eine tatsächliche Unternehmensgründung führt zu einer Bildung von einer Kombination von Produktionsfaktoren, mit der Einschränkung, dass kein anderes Unternehmen daran beteiligt ist. Tatsächliche Unternehmensgründungen schließen keine neuen Unternehmen ein, die auf Fusionen, Zerschlagungen, Abspaltungen oder Umstrukturierung einer Gruppe von Unternehmen beruhen. Sie schließt keine Zugänge zu einer Untermenge von Unternehmen aufgrund einer Änderung des Tätigkeitsbereiches ein. Eine tatsächliche Unternehmensgründung tritt dann auf, wenn ein Unternehmen von Grund auf aufgebaut wird und seine Tätigkeit aufnimmt. Eine Unternehmensgründung kann dann als tatsächliche Gründung angesehen werden, wenn neue Produktionsfaktoren, insbesondere neue Beschäftigung, erzeugt werden. Wenn eine ruhende Einheit innerhalb von zwei Jahren reaktiviert wird, wird dieser Vorgang nicht als tatsächliche Unternehmensgründung angesehen.

Eine tatsächliche Unternehmensschließung führt zu einer Auflösung von Produktionsfaktoren, mit der Einschränkung, dass keine anderen Unternehmen daran beteiligt sind. Tatsächliche Unternehmensschließungen umfassen keine Schließungen, die auf Fusionen, Übernahmen, Zerschlagungen oder der Umstrukturierung einer Gruppe von Unternehmen beruhen. Sie beinhalten keine Abgänge aus einer Untermenge von Unternehmen aufgrund einer Änderung des Tätigkeitsbereiches. Ein Unternehmen wird nur unter den tatsächlichen Unternehmensschließungen erfasst, wenn es nicht innerhalb von zwei Jahren reaktiviert wird. Ebenso wird eine Reaktivierung innerhalb von zwei Jahren nicht als tatsächliche Unternehmensgründung gezählt.

Eurostat erstellt Daten über die Unternehmensdemografie, d. h. über die Entstehung und Schließung von Unternehmen. Die neu gegründeten und aufgelösten Unternehmen werden zu allen Unternehmen, die im jeweiligen Jahr aktiv waren, ins Verhältnis gesetzt. Für das Jahr 2001 konnte eine solche Messung nur für einige Länder vorgenommen werden, da die Teilnahme an dieser Erhebung noch immer freiwillig ist. Die Ergebnisse zeigen jedoch, dass sich hinter der

absoluten Zahl der Unternehmen eindrucksvolle Entwicklungen verbergen, die die Innovation und den Wettbewerb in den europäischen Volkswirtschaften widerspiegeln. In Schweden zum Beispiel war die Zunahme der Gesamtzahl der Unternehmen um rund 1,0 % darauf zurückzuführen, dass der negative Effekt von 5,6 % Unternehmensschließungen durch 6,6 % Unternehmensneugründungen mehr als wettgemacht wurde.

Industrie und Baugewerbe

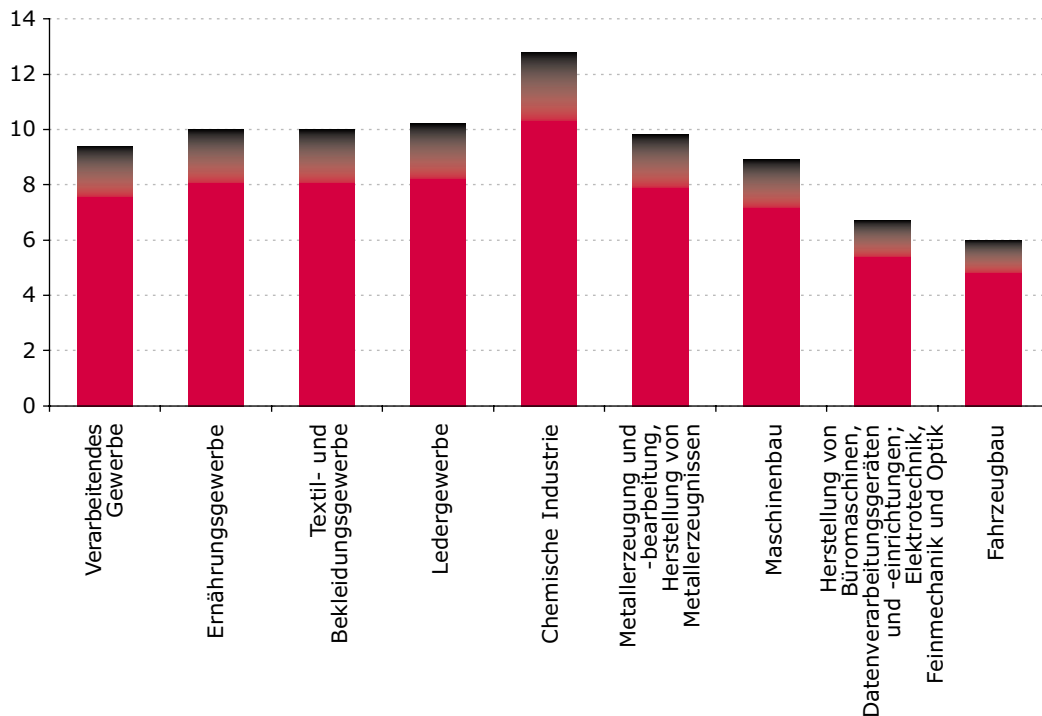
Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Index der Industrieproduktion
- Index der Beschäftigung in der Industrie
- Index der Erzeugerpreise
- Arbeitskosten
- Bruttobetriebsüberschuss
- Arbeitskosten
- Bruttowertschöpfung
- Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Anteil des Bruttobetriebsüberschusses am Umsatz in der EU-25, 2001

In %



Aus der Wertschöpfung werden die Produktionsfaktoren entlohnt, d. h. der Produktionsfaktor Kapital durch den Bruttobetriebsüberschuss und der Produktionsfaktor Arbeit durch die Personalaufwendungen.

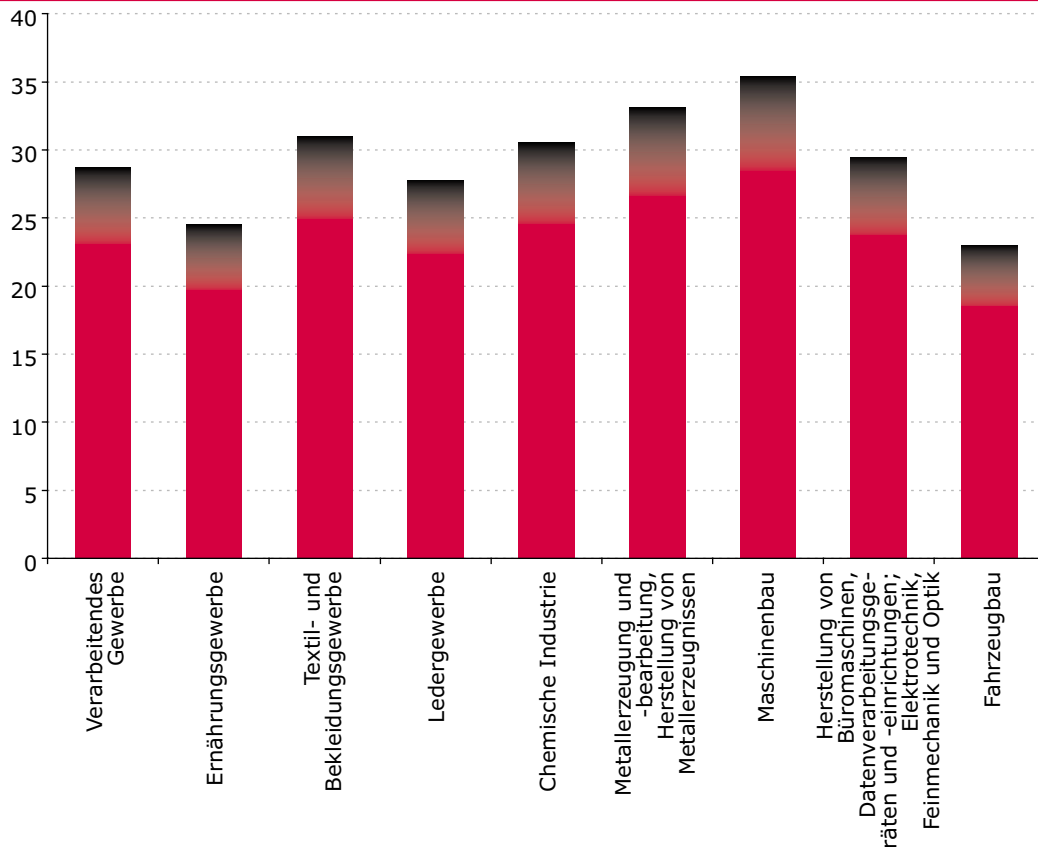
Statistiken über Industrie und Baugewerbe: einige Indikatoren

Anteil der Bruttowertschöpfung am Umsatz: Der Umsatz wird zur Entlohnung der Produktionsfaktoren herangezogen (Bruttobetriebsüberschuss für den Produktionsfaktor

Kapital und Personalaufwendungen für den Produktionsfaktor Arbeit). Der Anteil des Bruttobetriebsüberschusses am Umsatz ist von Sektor zu Sektor unterschiedlich: Je kapitalintensiver der Sektor, desto höher der Anteil des Bruttobetriebsüberschusses am Umsatz.

Anteil der Wertschöpfung an der Produktion in der EU-25, 2001

In %

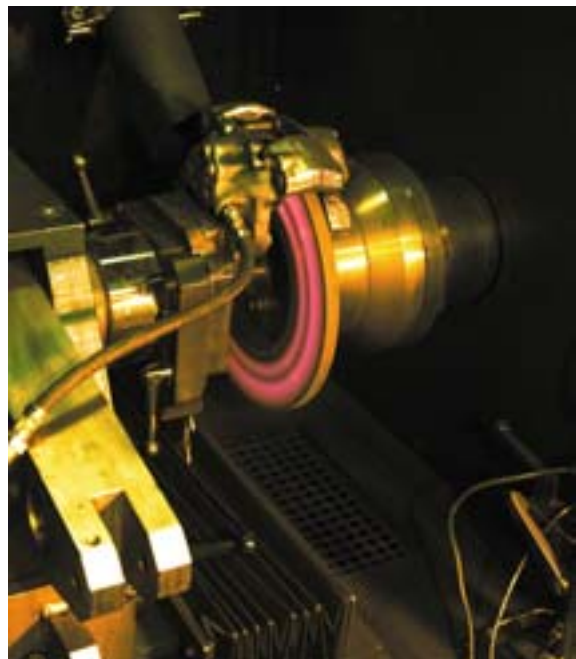


Der Anteil der Wertschöpfung an der Produktion ist ein Indikator für den Grad der Integration der Unternehmen eines Sektors. Ein geringer Wertschöpfungsanteil in einem Sektor ist Ausdruck eines Produktionsprozesses, auf den nur ein geringer Teil aller Veränderungen entfällt, die an den Produkten vorgenommen werden; dies deutet auf eine starke Interaktion zwischen den Unternehmen hin. Die Kennzahl ist im Zeitablauf relativ konstant; zwischen den verschiedenen Tätigkeiten bestehen dagegen größere Unterschiede.

6

Anteil der Wertschöpfung an der Produktion:

Diese Größe setzt die Wertschöpfung in Beziehung zum Produktionswert. Sie ist ein Indikator für den Grad der Integration der Unternehmen eines Sektors: Eine niedrige Verhältniszahl für einen bestimmten Sektor deutet auf einen Herstellungsprozess hin, der nur einen geringen Anteil an der Gesamtverarbeitung der Erzeugnisse hat; dies weist auf eine starke Interaktion verschiedener Unternehmen hin.



Handel

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Einzelhandel
- Großhandel
- Fahrzeughandel
- Umsatz
- Beschäftigung

Strukturelle Daten, aber auch Konjunkturdaten

Seit 1995 werden für den Handel strukturelle Unternehmensstatistiken gemäß dem harmonisierten Rahmen der SUS-Verordnung erhoben. Die Erhebung von Konjunkturindikatoren auf EU-Ebene begann mit dem Berichtsjahr 1998.

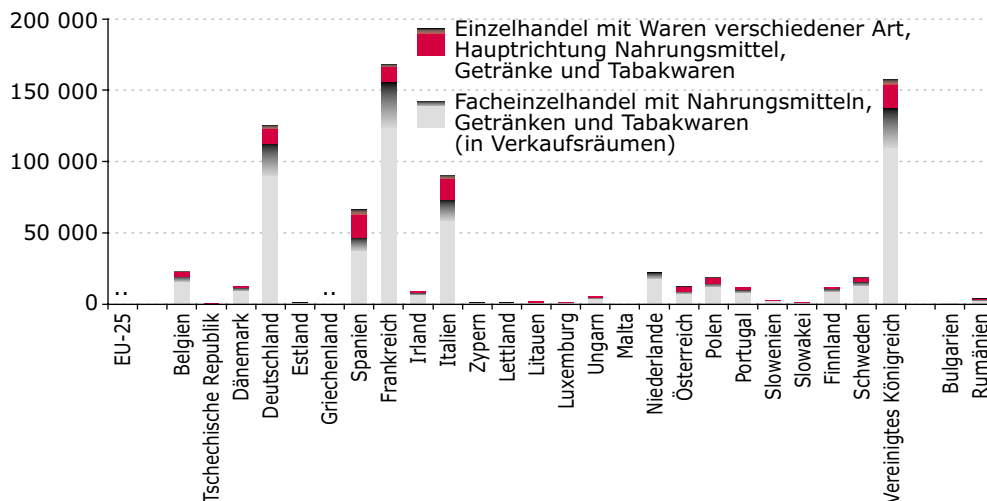
2002 betrug der gesamte Einzelhandelsumsatz (ohne Kfz) in EU-25 etwa 1,8 Billionen. Der Einzelhandel der Nahrungsmittel findet entweder in Fachgeschäften statt, oder er erfolgt in Verkaufsstellen, die Nahrungsmittel verschiedener Art anbieten. Bezogen auf EU-15 als Ganzes werden rund 86 % der Waren in Geschäften verkauft, die nicht dem Fachhandel

zuzurechnen sind, wie z. B. in Supermärkten. Der Umsatzanteil dieser Verkaufsstellen ist am niedrigsten in Spanien (70 %) und am höchsten in Frankreich (93 %).

Die strukturelle Unternehmensstatistik liefert unter anderem grundlegende Informationen über die relative Größe von Wirtschaftszweigen, die anhand des Umsatzes und der Beschäftigung gemessen wird. Auf den Einzelhandel entfallen dabei mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze im Handel, aber weniger als ein Drittel des Umsatzes. Daran zeigt sich, dass der Pro-Kopf-Umsatz im Einzelhandel niedriger ist als im Handel insgesamt. Genau umgekehrt verhält es sich in der durch einen hohen Konzentrationsgrad gekennzeichneten Branche des Großhandels.

Umsatz im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln im Jahr 2001, in spezialisierten und nichtspezialisierten Geschäften

In Mio. EUR

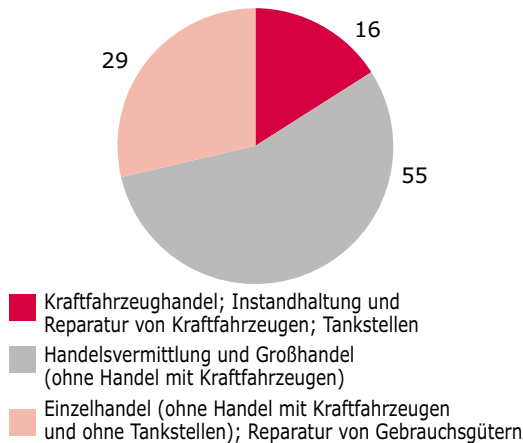


Estland, Zypern, Lettland, Malta und Bulgarien: Daten kleiner als 1 Mrd. EUR.

Nahrungsmittelprodukte werden vom Einzelhandel in nicht spezialisierten Geschäften (Supermärkten) oder Fachgeschäften (z. B. Obst- und Gemüsehandel) verkauft. Ein höherer Anteil der Verkäufe in Fachgeschäften ist ein Zeichen für traditionellere Handelsmethoden.

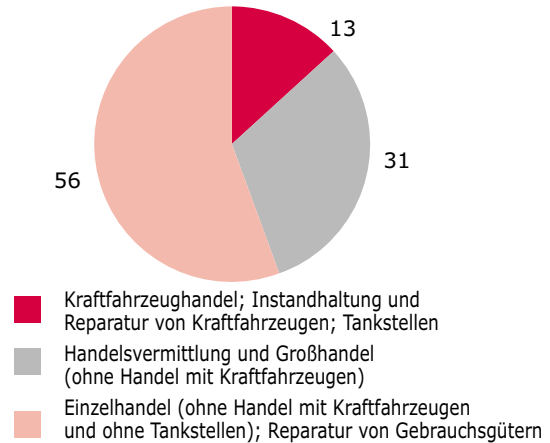
Anteile am Umsatz des Handels insgesamt, EU-25 im Jahr 2002

In %



Anteile an der Beschäftigung im Handel insgesamt, EU-25 im Jahr 2002

In %



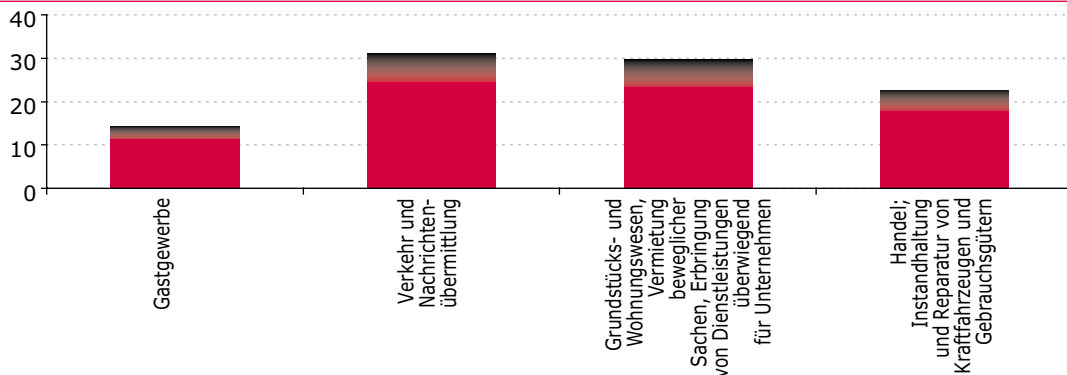
Der Sektor Handel besteht aus Großhandel, Kraftfahrzeughandel und Einzelhandel, der den größten Teil ausmacht. Der Kraftfahrzeughandel umfasst neben dem Verkauf von Kraftfahrzeugen auch die Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen. Der Großhandel steht im Zentrum des Warenhandels zwischen den Unternehmen und verbindet Hersteller und Verbraucher im weitesten Sinne. Zum Einzelhandel zählt der Verkauf in Fachgeschäften und nicht spezialisierten Geschäften (Supermärkten).

Der Sektor Handel besteht aus Großhandel, Kraftfahrzeughandel und Einzelhandel, der den größten Teil ausmacht. Der Kraftfahrzeughandel umfasst neben dem Verkauf von Kraftfahrzeugen auch die Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen. Der Großhandel steht im Zentrum des Warenhandels zwischen den Unternehmen und verbindet Hersteller und Verbraucher im weitesten Sinne. Zum Einzelhandel zählt der Verkauf in Fachgeschäften und in nicht spezialisierten Geschäften (Supermärkten).



Personalkosten je Beschäftigten im Dienstleistungsbereich in der EU-25 im Jahr 2001

In 1 000 EUR



Die Personalaufwendungen je Beschäftigten sind die durchschnittlichen Kosten eines Beschäftigten im jeweiligen Sektor. Hohe Personalaufwendungen je Beschäftigten sind einerseits ein Zeichen für hohe Arbeitskosten, können andererseits jedoch auf hochqualifiziertes Personal hinweisen und sind damit ein Synonym für eine hohe Produktivität.

Finanzmärkte

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

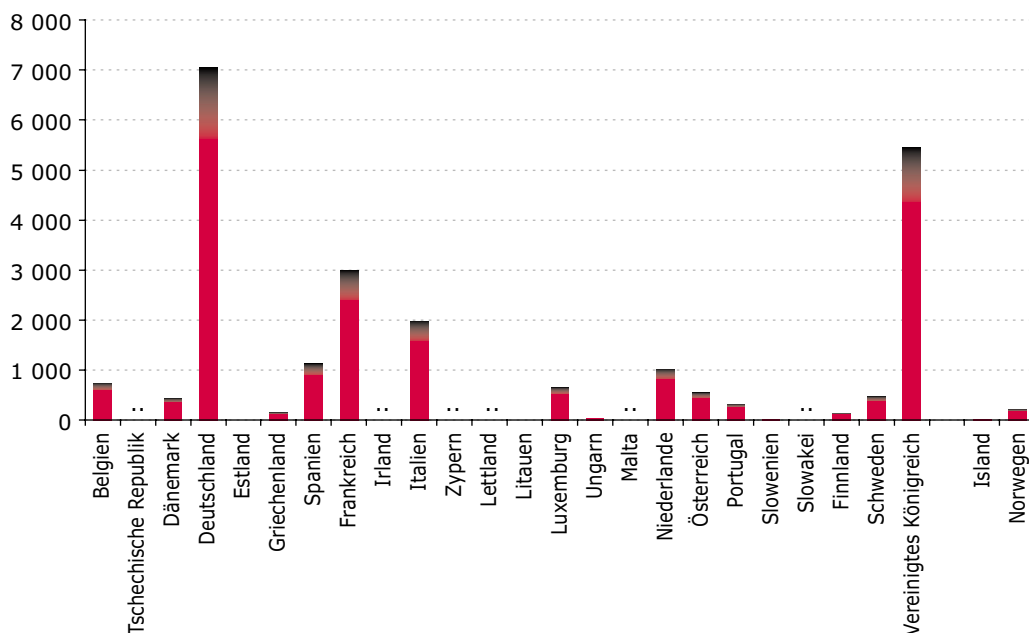
- Versicherung (Lebens- und Schadenversicherung, Rückversicherung), Kreditinstitute und Pensionsfonds
- Zahl der Unternehmen
- Zahl der Beschäftigten
- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnungen
- Investitionen
- Pensionsfonds



Im Rahmen der strukturellen Unternehmensstatistik erhebt Eurostat auch Daten über Kreditinstitute, Versicherungsdienstleistungen und Pensionsfonds. Ausführliche Daten liegen zu Gewinn- und Verlustrechnungen, Bilanzposten, geografischen Untergliederungen und einigen Produkten vor. Die Schaubilder mit den Bilanzsummen für Kreditinstitute und Versicherungsdienstleistungen sowie das Schaubild mit den Gesamtinvestitionen in Pensionsfonds geben Aufschluss über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Einrichtungen.

Bilanz der Kreditinstitute im Jahr 2000

In Mrd. EUR

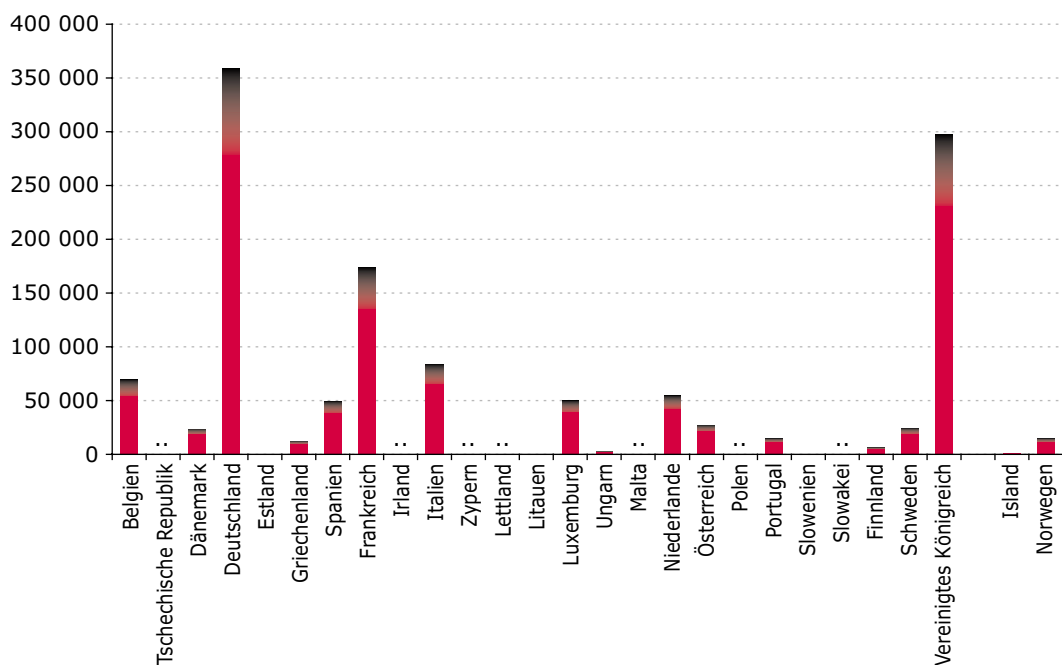


Estland: 3,695 Mrd. EUR; Litauen: 3,819 Mrd. EUR; Ungarn: 36,502 Mrd. EUR; Slowenien: 15,795 Mrd. EUR; Island: 13,568 Mrd. EUR.

Diese Variable besteht aus der Summe aller Posten auf der Aktivseite oder der Summe aller Posten auf der Passivseite. Der Indikator vermittelt einen Überblick über die wirtschaftliche Bedeutung der Kreditinstitute.

Zinserträge und ähnliche Erträge der Kreditinstitute im Jahr 2000

In Mio. EUR

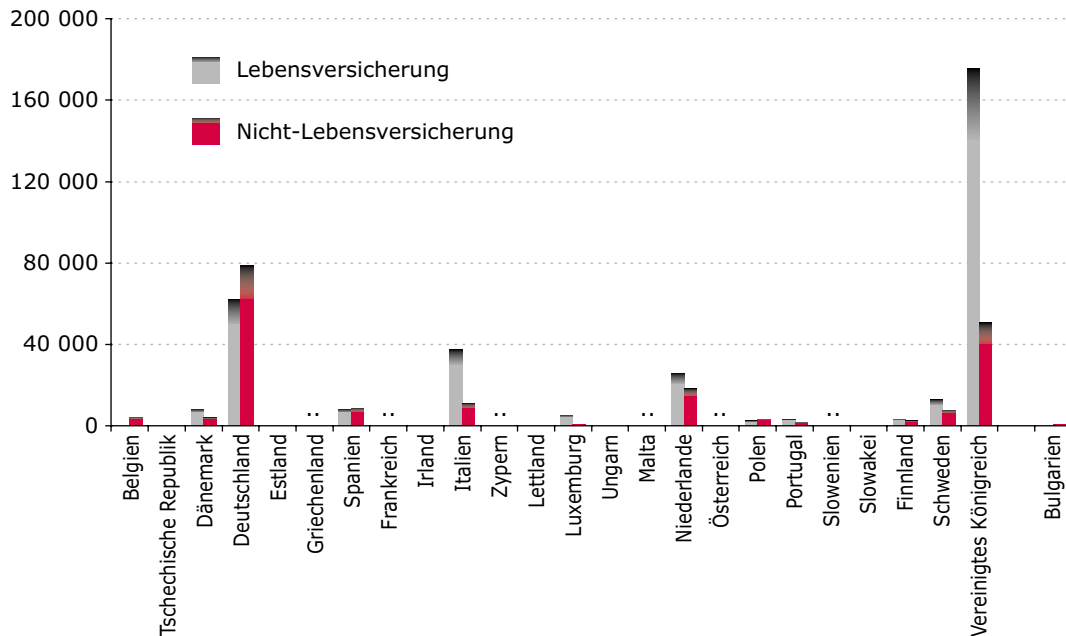


Estland: 239 Mio. EUR; Litauen: 240 Mio. EUR; Ungarn: 3 313 Mio. EUR; Slowenien: 734 Mio. EUR; Island: 1 129 Mio. EUR.

Gesamteinkommen der Kreditinstitute, das sich aus Aktiva wie Forderungen, Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnlichen Wertpapieren zusammensetzt. Dazu zählen auch Gebühren und Provisionen mit Zinscharakter, die nach dem Zeitablauf oder nach der Höhe der Forderung bzw. der Verbindlichkeit berechnet werden.

Gebuchte Bruttobeiträge der Lebens- und Nicht-Lebensversicherungsunternehmen im Jahr 2001

In Mio. EUR

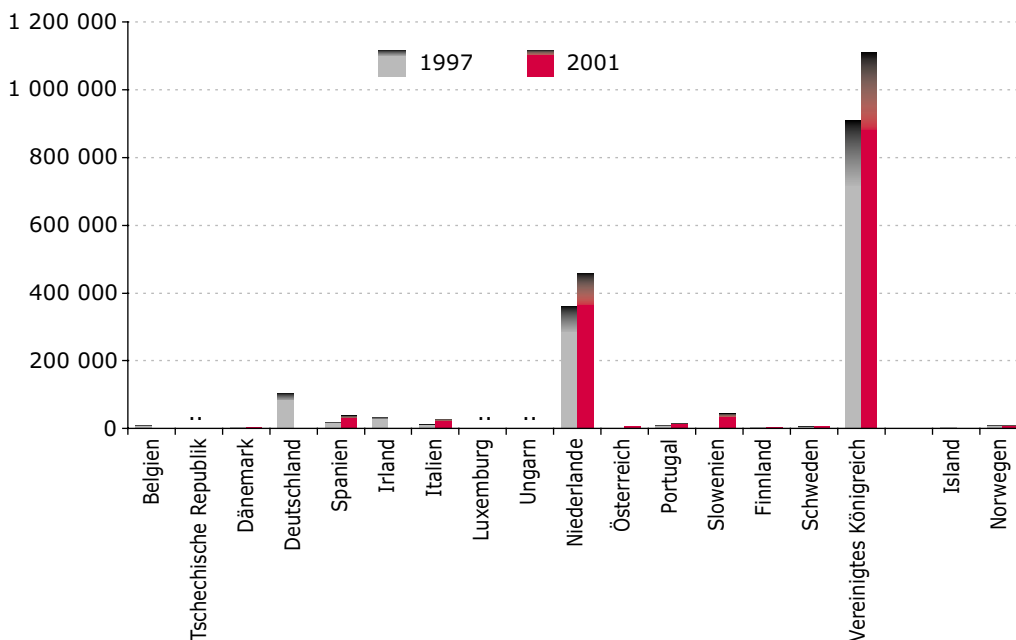


Daten für Tschechische Republik, Lettland, Estland, Litauen, Ungarn und Slowakei sind kleiner als 1 Mrd. EUR.

Die gebuchten Bruttobeiträge umfassen alle während des Geschäftsjahres für die Versicherungsverträge fällig gewordenen Beiträge, unabhängig davon, ob sich diese Beiträge ganz oder teilweise auf ein späteres Geschäftsjahr beziehen. Dazu gehören u. a. Rückversicherungsbeiträge von anderen Versicherungsunternehmen. Diese Beträge verstehen sich ohne Steuern und steuerähnliche Abgaben, die mit den einzelnen Beiträgen bzw. auf die Gesamtbeiträge erhoben werden.

Gesamtinvestitionen von Pensionsfonds

In Mio. ECU/EUR



Diese Variable ist die Summe der folgenden Aktiva: Grundstücke und Bauten + Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen + Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere + Einheiten des Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren + Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere + Anteile an gemeinschaftlichen Kapitalanlagen + Anleihen garantiert aus Hypotheken und andere Anleihen, die anderweitig nicht erfasst sind + andere Kapitalanlagen.

Verkehr

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Verkehrsinfrastruktur
- Fahrzeugbestand
- Unternehmen und Beschäftigung im Verkehrswesen
- Personenbeförderung
- Gütertransport
- Energieverbrauch und Schadstoffemissionen
- Verkehrsinfrastruktur

Eine kurze Reise von der Vergangenheit in die Zukunft

„Der Sieg ist eine schöne, farbenprächtige Blüte. Der Transport ist der Stil dieser Blüte, ohne den sie sich niemals hätte entfalten können.“ (Sir Winston Churchill).

Man könnte diesen Satz auch auf die Erfolge bei der Anhebung des Lebensstandards in Europa beziehen, an denen das Verkehrswesen maßgeblich beteiligt war.

Im Laufe der letzten 100 Jahre kam es neben einem gewaltigen Anstieg des Verkehrsaufkommens auch zu Verschiebungen der Anteile, die auf die einzelnen Beförderungsarten entfallen. Zwar spielen die See- und die Binnenschifffahrt sowie die Eisenbahnen noch immer eine bedeutende Rolle, doch ist heute der Straßenverkehr eindeutig die vorherrschende Beförderungsart. Rund 80 % der gesamten Beförderungsmenge im Gütertransport (etwa 45 % der tkm) und etwa der gleiche Anteil der Personenkilometer entfallen heute auf den Straßenverkehr. Auch der Luftverkehr steigt rapide an. Bis heute ist die Zahl der Pkw auf mehr als 170 Millionen angewachsen. Der Nachteil dieser Entwicklung sind die tödlichen Verkehrsunfälle; zwar nimmt deren Zahl stetig ab, doch kommen in EU-25 jedes Jahr immer noch etwa 50 000 Personen durch Verkehrsunfälle ums Leben.

Verkehrsstatistik: Festhalten, wo sich etwas bewegt

Sie enthalten Angaben über die Mengen an beförderten Gütern und Fahrgästen und den Einsatz an Fahrzeugen und Infrastruktur, und sie geben zugleich Auskunft über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Verkehrssektors. Das Verkehrswesen ist nicht nur für das persönliche Leben und für die Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit unerlässlich, sondern es stellt selbst einen wichtigen Dienstleistungssektor dar, in dem ca. 4 % der gesamten Erwerbsbevölkerung der Europäischen Union beschäftigt sind.

Die Datenerhebung für diese und für andere Veröffentlichungen von Eurostat zum Verkehr beruht auf mehreren Rechtsakten, laut denen die Mitgliedstaaten zur Übermittlung von statistischen Daten verpflichtet sind. Außerdem werden auf freiwilliger Basis zusätzliche Daten geliefert. Daneben werden in einigen Fällen Drittquellen herangezogen.

Die Europäische Kommission hat sich das Ziel gesetzt, die europäische Verkehrspolitik in den nächsten zehn Jahren auf die Nachfrage und den Bedarf der Bürger auszurichten. Mit der Verabschiedung des Weißbuchs „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ stellt sie die Bedürfnisse der Nutzer in den Mittelpunkt ihrer Strategie und schlägt dafür 60 Maßnahmen vor. Zunächst sollen bis 2010 durch Revitalisierung des Schienenverkehrs, Förderung von See- und Binnenschifffahrt und Ausbau des intermodalen Verkehrs ausgewogenere Verkehrsträgeranteile geschaffen werden. Die Europäische Kommission möchte sicherstellen, dass der Ausbau des europäischen Verkehrssystems für alle Bürger Effizienz, Qualität und Sicherheit gleichermaßen gewährleistet. Dieses Weißbuch mit seinen Vorschlägen ist der erste konkrete Beitrag zur Strategie für eine nachhaltige Entwicklung.

Eine Verkehrspolitik für die Bürger Europas

Die Kommission regt mit ihrem neuen Weißbuch zur Verkehrspolitik einen Aktionsplan an, der die Qualität und Leistungsfähigkeit des Verkehrs in Europa wesentlich verbessern soll. Sie schlägt darüber hinaus eine Strategie vor, die ständige

Die Kommission regt mit ihrem neuen Weißbuch zur Verkehrspolitik einen Aktionsplan an, der die Qualität und Leistungsfähigkeit des Verkehrs in Europa wesentlich verbessern soll. Sie schlägt darüber hinaus eine Strategie vor, die ständige

Autobahnstrecken insgesamt

In km

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	:	:	:	47 376	48 570	49 443	49 548	53 331	54 861	55 957	55 028
EU-15	:	:	:	45 264	46 335	47 436	49 071	50 653	51 551	53 096	53 267
Belgien	1 667	1 686	1 665	1 666	1 674	1 679	1 682	1 691	1 702	1 727	1 729
Tschechische Republik	:	:	:	414	423	485	499	499	499	517	517,7
Dänemark	696	737	786	796	832	855	873	892	953	971	1 010
Deutschland	11 013	11 080	11 143	11 190	11 246	11 309	11 427	11 515	11 712	11 786	12 037
Estland	:	:	:	64	66	68	74	87	93	93	98
Griechenland	280	330	380	420	470	348,5	356,5	444	636	742	:
Spanien	6 486	6 577	6 485	6 962	7 295	7 750	8 269	8 893	9 049	9 571	9 910
Frankreich	7 408	7 614	9 000	8 275	8 596	8 864	9 303	9 626	9 766	10 068	10 223
Irland	32	50	56	72	80	94	103	103	103	125	:
Italien	6 289	6 401	6 401	6 435	6 465	6 469	6 478	6 478	6 478	6 478	6 478
Zypern	:	:	:	168	194	199	204	216	240	257	268
Lettland	:	:	:	-	-	-	-	-	-	-	-
Litauen	:	:	:	394	404	410	417	417	417	417	417
Luxemburg	95	100	121	115	115	115	115	115	115	115	115
Ungarn	:	:	:	335	365	381	448	448	448	448	533
Malta	:	:	:	-	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	2 134	2 167	2 200	2 208	2 208	2 336	2 225	2 291	2 289	2 499	2 516
Österreich	1 554	1 567	1 589	1 596	1 607	1 613	1 613	1 634	1 633	1 645	1 645
Polen	:	:	:	246	258	264	268	317	358	398	405
Portugal	520	579	587	687	710	797	1 252	1 441	1 482	1 659	1 835
Slowenien	:	:	:	293	310	330	369	399	427	435	457
Slowakei	:	:	:	198	215	219	292	295	296	296	301,6
Finnland	318	337	388	394	431	444	473	512	549	602	653
Schweden	1 005	1 061	1 142	1 141	1 262	1 350	1 428	1 439	1 484	1 499	1 507
Vereinigtes Königreich	3 246	3 252	3 286	3 307	3 344	3 412	3 473	3 579	3 600	3 609	3 609
Bulgarien	:	:	:	314	314	314	319	324	324	328	328
Rumänien	:	:	:	113	113	113	113	113	113	113	113
Türkei	:	:	:	1 246	1 405	1 528	1 726	1 749	1 773	1 851	1 851
Island	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Liechtenstein	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Norwegen	:	:	94	107	103	109	128	128	144	143	173
Kanada	16 571	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Japan	5 054	5 410	5 568	:	:	:	:	:	:	:	:
Vereinigte Staaten	86 818	87 447	:	:	:	:	:	:	:	:	:

Quellen: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

EU-25 (1995-2001): ohne Malta und Lettland. EU-25 (2002): ohne Malta, Lettland, Griechenland und Irland. UE-15 (2002): ohne Griechenland und Irland.

6

Verkehrszunahme und das Wirtschaftswachstum zu entkoppeln, um den Druck auf die Umwelt und die Verkehrsüberlastung abzubauen, ohne die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu beeinträchtigen.

Obwohl die Autobahnen nur einen kleinen Teil des gesamten Straßennetzes ausmachen, hat sich ihre Länge in den letzten 30 Jahren mehr als verdreifacht. Im Jahr 2002 wies Deutschland das ausgedehnteste Autobahnnetz in EU-25 auf, gefolgt von Frankreich und Spanien.





Eisenbahnstrecken insgesamt

In km

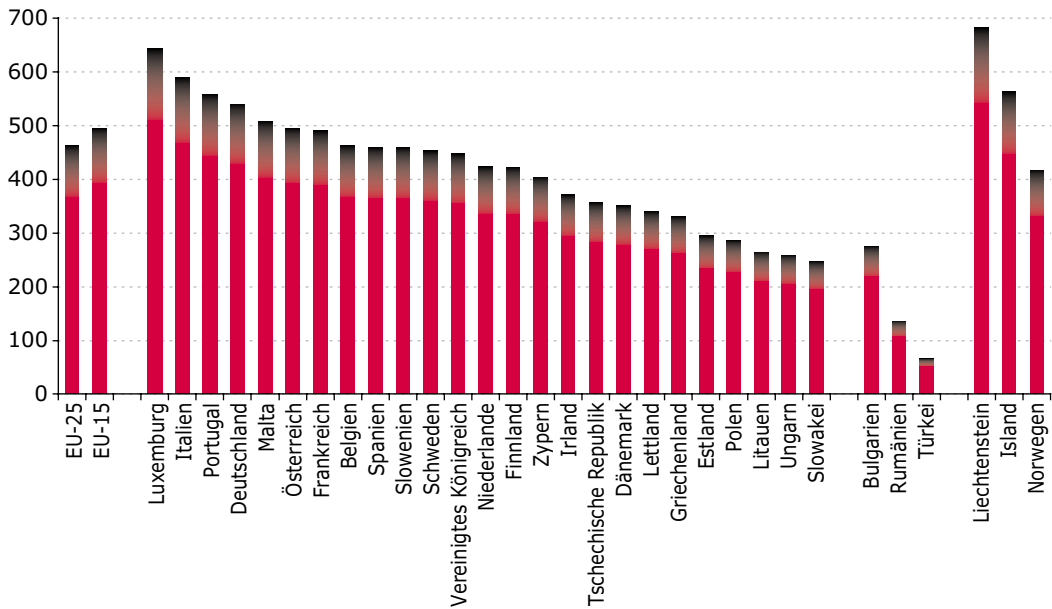
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	:	:	:	213 093	211 555	208 878	208 096	207 735	205 963	204 230	203 946
EU-15	157 912	15 5876	156 764	161 743	160 782	158 225	157 570	157 579	156 224	156 050	155 699
Belgien	3 432	3 410	3 396	3 368	3 380	3 422	3 470	3 472	3 471	3 454	3 518
Tschechische Republik	:	:	:	9 430	9 430	9 430	9 430	9 444	9 444	9 523	9 600
Dänemark	2 344	2 349	2 349	2 349	2 349	2 248	2 264	2 756	2 768	2 768	2 779
Deutschland	40 815	40 397	41 401	41 718	40 826	38 385	38 126	37 525	36 588	35 986	35 804
Estland	:	:	:	1 021	1 020	1 018	968	968	968	967	967
Griechenland	2 484	2 474	2 474	2 474	2 474	2 503	2 299	2 299	2 385	2 377	2 383
Spanien	13 041	12 601	12 646	16 336	16 278	16 322	16 275	16 403	16 384	16 384	16 529
Frankreich	33 555	32 579	32 275	31 940	31 852	31 821	31 770	31 735	31 397	31 385	31 320
Irland	1 944	1 944	1 944	1 945	1 954	1 908	1 909	1 919	1 919	1 919	1 919
Italien	16 112	15 942	16 002	16 005	16 014	16 030	16 080	16 092	15 974	16 035	15 985
Zypern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lettland	:	:	:	2 413	2 413	2 413	2 413	2 431	2 331	2 305	2 270
Litauen	:	:	:	2 002	1 997	1 997	1 997	1 905	1 905	1 696	1 775
Luxemburg	275	275	275	275	274	274	274	274	274	274	274
Ungarn	:	:	:	7 632	7 619	7 593	7 642	7 651	7 668	7 679	7 676
Malta	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	2 753	2 757	2 757	2 813	2 813	2 805	2 808	2 808	2 802	2 809	2 806
Österreich	5 605	5 600	5 636	5 672	5 672	5 672	5 643	5 618	5 563	5 980	5 642
Polen	:	:	:	23 986	23 420	23 328	23 210	22 891	22 560	21 119	21 073
Portugal	3 054	3 063	3 070	3 065	3 071	3 038	2 794	2 814	2 814	2 814	2 801
Slowenien	:	:	:	1 201	1 201	1 201	1 201	1 201	1 201	1 229	1 229
Slowakei	:	:	:	3 665	3 673	3 673	3 665	3 665	3 662	3 662	3 657
Finnland	5 874	5 885	5 880	5 859	5 860	5 865	5 867	5 836	5 854	5 850	5 850
Schweden	9 781	9 746	9 661	10 925	10 964	10 941	10 997	11 044	11 037	11 021	11 095
Vereinigtes Königreich	16 843	16 854	16 998	16 999	17 001	16 991	16 994	16 984	16 994	16 994	16 994
Bulgarien	:	:	:	4 293	4 293	4 291	4 290	4 290	4 320	4 320	4 318
Rumänien	:	:	:	11 376	11 385	11 380	11 010	10 981	11 015	11 015	11 002
Türkei	:	:	:	8 549	8 607	8 607	8 607	8 682	8 671	8 671	8 671
Island	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Liechtenstein	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19
Norwegen	4 027	4 023	4 023	4 023	4 021	4 021	4 021	4 021	4 179	4 178	4 077
Kanada	85 191	84 648	83 351	:	:	:	:	:	:	:	:
Japan	30 201	30 190	30 178	:	:	:	:	:	:	:	:
Vereinigte Staaten	:	177 712	175 953	:	:	:	:	:	:	:	:

Quellen: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

Im letzten Jahrzehnt hat die Gesamtlänge der Verkehrsinfrastrukturen in der Europäischen Union für alle Binnenverkehrswege zuge-

nommen, mit Ausnahme des Schienenverkehrs und der Binnenschiffahrtsstraßen, der einen leichten Rückgang aufwies.

Pkw im Jahr 2002
Je 1 000 Einwohner

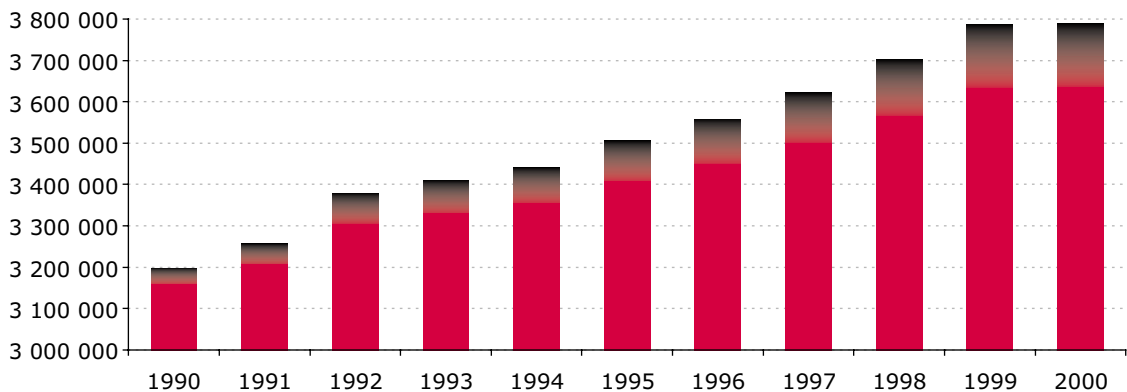


Quellen: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

Die Kraftfahrzeugdichte in der EU hat sich in den letzten 25 Jahren bis 2002 auf 463 Fahrzeuge je 1 000 Einwohner verdoppelt. Dieser Wert liegt deutlich unter der Fahrzeugdichte in den USA.

Die Zahl der Pkw je 1 000 Einwohner wird zuweilen als Indikator für den Lebensstandard interpretiert.

Pkw-Verkehr in der EU-15
In Mio. Personenkilometern

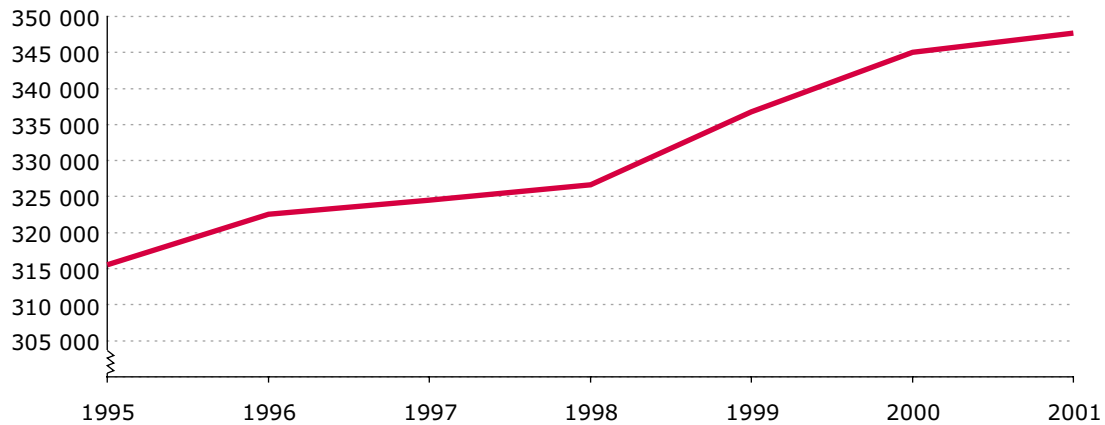


Quellen: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

Der steigende Mobilitätsbedarf wird hauptsächlich durch Personenkraftwagen gedeckt, auf die rund drei Viertel aller Fahrten entfallen.

Fahrgastaufkommen im Eisenbahnverkehr in der EU-25

In Mio. Personenkilometern



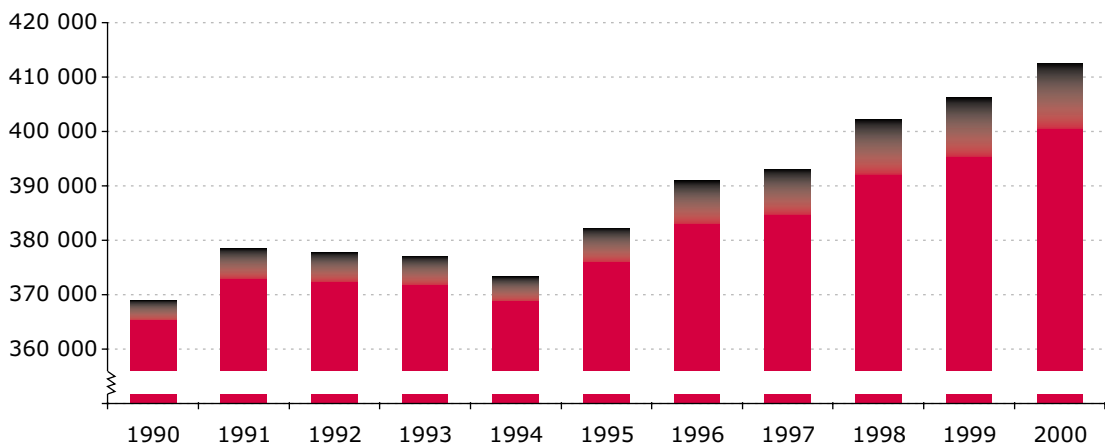
Quellen: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

Im Vergleich zu den anderen Verkehrszweigen verzeichnete die Beförderungsleistung des Eisenbahnverkehrs nur ein geringes Wachstum. Seit Anfang der 90er Jahre wurde in den meisten Ländern nur ein langsamer Anstieg und in einigen sogar ein Rückgang beobachtet. Dennoch liegt

der EU-Durchschnitt der pro Person und Tag zurückgelegten Kilometer bei mehr als zwei. Die Tatsache, dass diese Zunahme trotz der Verkleinerung des Schienennetzes und des Fahrzeugbestands stattfand, deutet auf eine erhöhte Effizienz hin.

Fahrgastaufkommen im Busverkehr in der EU-15

In Mio. Personenkilometern



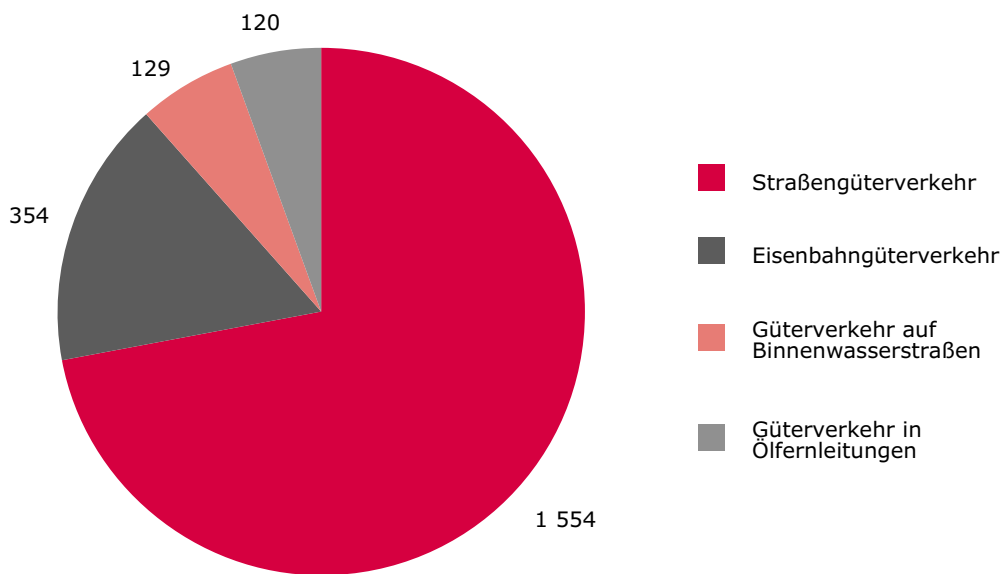
Quellen: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

Im Zeitraum von 1970 bis 2003 hat der Busverkehr in EU-15 durchschnittlich um rund 50 % zugenommen. Damit wurde eine Beförderungsleistung von mehr als 400 Mrd. Personenkilometern erreicht. In absoluten Zahlen ist Italien mit mehr als 90 Mrd. Personenkilometern der Spit-

zenreiter in der EU. Am meisten von allen EU-15-Ländern fahren aber die Menschen in Dänemark, Luxemburg und Griechenland mit dem Bus, mit Werten zwischen 5,5 bis 6 km pro Person und Tag.

Güterverkehr in der EU-25 im Jahr 2002

In Mrd. tkm



Datenextraktion am 16. August 2005.

Quellen: Eurostat/GD Energie und Verkehr.



Seegüterverkehr

In Mio. Tonnen

	1997	1998	1999	2000	2001
EU-25	3 071	3 147	3 135	3 167	3 219
EU-15	2 911	2 984	2 969	2 986	3 028
Belgien	162	171	166	179	174
Tschechische Republik	-	-	-	-	-
Dänemark	124	105	97	97	94
Deutschland	213	217	222	243	246
Estland	23	27	34	40	41
Griechenland	101	111	113	128	113
Spanien	271	280	296	235	315
Frankreich	305	319	315	337	318
Irland	36	40	43	45	46
Italien	459	476	463	447	445
Zypern	7	6	6	7	7
Lettland	51	52	49	52	57
Litauen	16	15	16	23	22
Luxemburg	-	-	-	-	-
Ungarn	-	-	-	-	-
Malta	3	4	4	4	7
Niederlande	402	405	396	406	406
Österreich	-	-	-	-	-
Polen	51	51	50	48	48
Portugal	55	58	59	56	56
Slowenien	7	8	8	9	9
Slowakei	-	-	-	-	-
Finnland	75	77	77	81	96
Schweden	150	156	156	159	153
Vereinigtes Königreich	558	568	565	573	566
Bulgarien	:	:	:	:	20
Rumänien	32	28	23	25	28
Türkei	138	143	135	141	128
Island	5 (e)	:	:	:	:
Liechtenstein	-	-	-	-	-
Norwegen	270 (e)	:	:	:	:

Quellen: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

Die Beförderungsleistung des Seegüterverkehrs lässt sich, da keine Angaben über Tonnenkilometer vorliegen, nicht ohne weiteres mit der der übrigen Verkehrszweige vergleichen. Aus den Daten wird jedoch immerhin das Gesamtvolumen der in allen großen Seehäfen der EU

umgeschlagenen Güter ersichtlich. Der Gesamtgüterumschlag wird für 2003 auf mehr als 3,0 Milliarden Tonnen geschätzt. Ein Großteil des im Laufe der Jahre verzeichneten Zuwachses geht auf die gestiegenen Einfuhren von Erdöl und Erdölzerzeugnissen zurück.

Luftfrachtbeförderung

In 1 000 t

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Belgien	518	585	:	:	584	:
Tschechische Republik	:	:	:	:	36	34
Dänemark	:	:	:	:	12	10
Deutschland	2 019	1 948	2 054 (b)	2 554	2 441	2 525
Estland	:	:	:	:	5	4
Griechenland	106	101	105 (b)	156	:	:
Spanien	309	309	340 (b)	479	577	564
Frankreich	1 025	1 030	1 034 (b)	1 282	1 535	1 643
Irland	70	59	66 (b)	86	79	49
Italien	454	446	413 (b)	551	:	506
Zypern	:	:	:	:	32	31
Lettland	:	:	:	:	5	7
Litauen	:	:	:	:	15	14
Luxemburg	340	383	448 (b)	501	510	550
Ungarn	:	:	:	:	45	46
Malta	:	:	:	:	12 (e)	12
Niederlande	1 163	1 174	1 182 (b)	1 268	1 217	1 279
Österreich	109	111	122 (b)	130	115	127
Polen	:	:	:	:	43	:
Portugal	105 (e)	:	:	178	152	149
Slowenien	:	:	:	:	7	7
Slowakei	:	:	:	:	5	7
Finnland	92	94	88 (b)	111	96	96
Schweden	227 (e)	:	:	:	:	:
Vereinigtes Königreich	1 847	1 990	2 091 (b)	2 336	2 153	2 203
Bulgarien	:	:	:	:	11	14
Rumänien	:	:	:	:	16	16
Türkei	:	:	:	:	208	257
Island	4 (e)	:	:	:	:	:
Liechtenstein	-	-	-	-	-	-
Norwegen	44	47	46	133	127	:

Quellen: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

Im Vergleich zum Seeverkehr werden im Luftfracht- und Luftpostverkehr nur geringe Mengen befördert. Obwohl jedoch die Beförderungsmengen im Vergleich zu den anderen Verkehrs-

zweigen gering sind, ist der durchschnittliche Wert einer Tonne Luftfracht zumeist wesentlich höher als in anderen Verkehrszweigen. Der Luftverkehr in der EU hat erheblich zugenommen.

Kommerzielle Raketenstarts weltweit

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Vereinigte Staaten	5	5	12	11	17	22	15	7	3	5	5
Europäische Weltraumagentur	6	8	8	9	11	9	8	12	8	10	4
Russische Föderation	0	0	0	2	7	5	13	13	3	8	5
China	0	2	3	2	3	4	1	0	0	0	0
Ukraine	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Starts auf See	-	-	-	-	-	-	2	3	2	1	3

Quelle: US Department of Transportation.

Die von Eurostat erstellten Daten über die weltweiten kommerziellen Raketenstarts vermitteln einen Überblick über die internationalen kommerziellen Satellitenstarts in der Kategorie der mittleren bis großen Trägerraketen. Das bedeutet, dass einige Starts nicht berücksichtigt

werden. Nach Angaben der US-Luft- und Raumfahrtbehörde NASA fanden 2003 insgesamt 60 erfolgreiche Starts statt, während hier nur 17 kommerzielle Starts aufgeführt sind. Dennoch vermitteln die Daten eine Vorstellung von der Rolle Europas in der Raumfahrtindustrie.

Tourismus

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Beherbergungseinrichtungen
- Zahl der Schlafgelegenheiten in den Beherbergungseinrichtungen
- Zahl der Touristen
- Zahl der Reisen
- Übernachtungen in den Beherbergungseinrichtungen
- Von Touristen benutzte Verkehrsmittel
- Tourismusausgaben

Europa: Top-Tourismus-Region in einer wettbewerbsgeprägten Welt

Europa ist nach wie vor die wichtigste Tourismusregion der Welt; in den letzten Jahren hat dieser Wirtschaftszweig eine dynamische Entwicklung verzeichnet. Nach der Erweiterung entfällt auf Europa ein noch größerer Teil des Welttourismus. Dieser Anteil dürfte sich in der Zukunft erhöhen, da die meisten der 10 neuen Mitgliedstaaten ihre Tourismusinfrastruktur ausbauen und modernisieren. In dem Maße, wie sich der weltweite Wettbewerb um Touristen verschärft, wächst das Bewusstsein für die Bedeutung des Tourismus. Der Tourismus hat Folgen für Wirtschaft und Beschäftigung, aber auch für Gesellschaft und Umwelt. Damit wächst auch der Bedarf an harmonisierten und hinreichend detaillierten Statistiken, die regelmäßig zur Verfügung stehen.

Was ist Tourismus und wie kann man ihn messen?

Der Tourismus lässt sich definieren als die Aktivitäten von Personen, die zu Orten außerhalb ihres gewöhnlichen Lebensumfelds reisen und

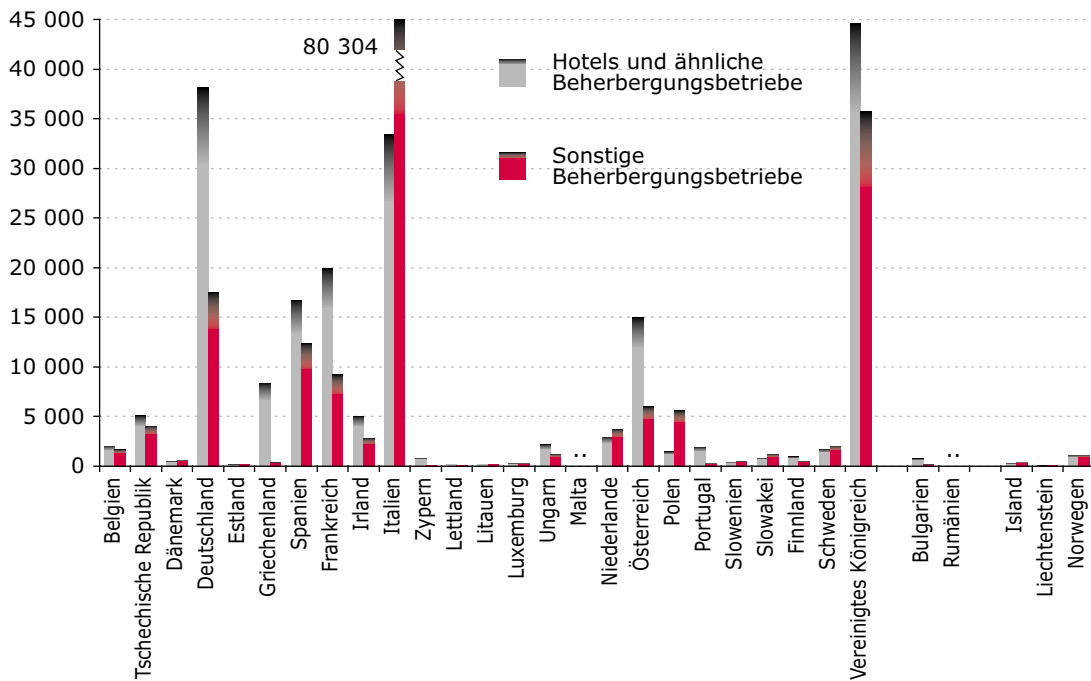
sich dort maximal für die Dauer eines Jahres zu Urlaubs-, geschäftlichen oder sonstigen Zwecken aufhalten. Auf der Angebotsseite finden sich Unternehmen aus verschiedenen Wirtschaftssektoren; ihr Tätigkeitsspektrum umfasst die Bereitstellung von Übernachtungsmöglichkeiten, Speisen und Getränken, Transportmitteln und -dienstleistungen sowie von Unterhaltung.

Die Beherbergungsbetriebe sind in zwei NACE-Gruppen erfasst: Zur Gruppe 55.1 gehören Hotels, Gasthöfe und Pensionen ohne die Vermietung von langfristigen Übernachtungsmöglichkeiten und den Verkauf von Teilzeitnutzungsrechten an Immobilien; Gruppe 55.2 umfasst Campingplätze und andere kurzfristige Übernachtungsmöglichkeiten einschließlich Ferienwohnungen oder -häuser mit Selbstversorgung.

Reiseleistungen umfassen die Organisation der Beförderung, Beherbergung und Verpflegung von Touristen. Zur NACE-Gruppe 63.3 gehören Unternehmen, die die folgenden Leistungen anbieten: Reiseinformation; Beratung und Planung; Zusammenstellung individueller Reisen, Organisation von Unterkunft und Beförderung, Verkauf von Fahrscheinen und Tickets, Verkauf von Pauschalreisen sowie Leistungen von Reiseveranstaltern und Fremdenführern.



Beherbergungsbetriebe im Jahr 2002

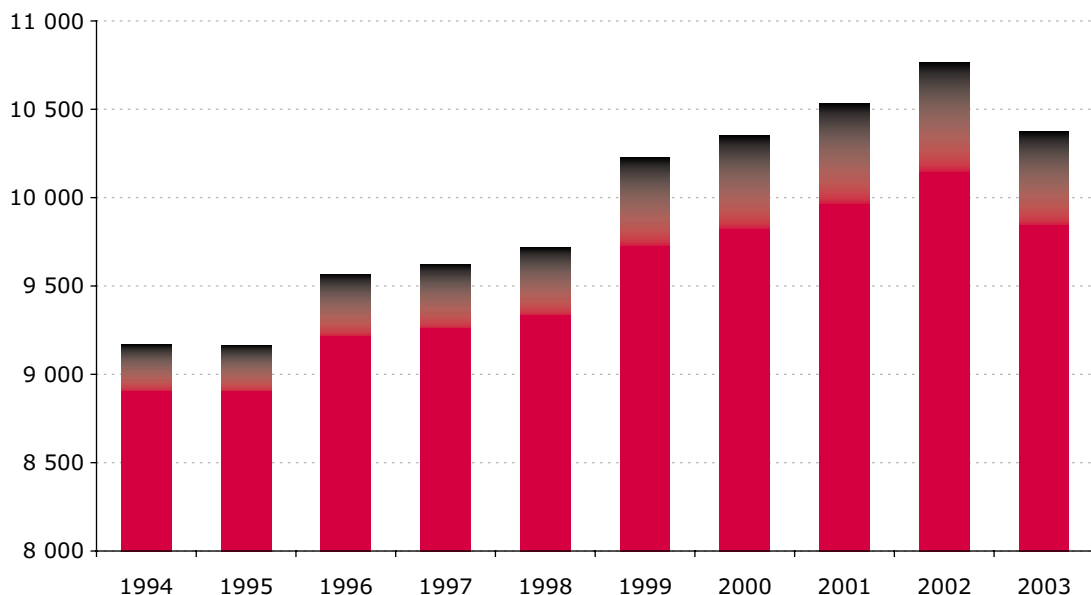


Die Zahl der Schlafgelegenheiten in einem Beherbergungsbetrieb ist definiert als die Zahl der Personen, die in regulären Betten in dem Betrieb übernachten können, wobei vom Gast verlangte Zusatzbetten nicht berücksichtigt werden. Zu den Hotels und ähnlichen Betrieben zählen Hotels, Apartmenthotels, Motels, Gasthöfe, Strandhotels, Pensionen mit und ohne Verköstigung, Ferienwohnanlagen und ähnliche Betriebe.

Zu den sonstigen Beherbergungsbetrieben zählen Ferienhäuser, Ferienwohnungen, Campingplätze, Jugendherbergen, Gruppenbeherbergungsbetriebe, Schülerwohnheime und ähnliche Einrichtungen.

Bettenzahl in Hotels und ähnlichen Betrieben in der EU-25

In 1 000



Touristen

In 1 000

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Belgien	:	:	5 216	:	4 364	3 430	:	3 517	3 476	3 855
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	4 282
Dänemark	:	:	3 180	2 944	2 706	2 903	3 307	2 711	2 671	2 802
Deutschland	:	:	:	56 700	62 800	50 700	53 490	55 236	46 665 (p)	46 083 (p)
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	295	258
Griechenland	3 334	3 449	6 878	5 813	5 160	3 879	4 416	4 120	3 952	:
Spanien	:	:	:	:	:	21 658	27 988	17 718	17 700	17 899
Frankreich	:	:	:	29 088	29 011	28 992	28 556	28 573	:	29 552
Irland	:	:	:	:	2 291	:	:	3 218	27 569	3 695
Italien	:	:	:	22 719	21 965	21 508	22 834	23 730	24 199	24 533
Luxemburg	:	:	:	340	387	396	412	425	430	421
Niederlande	:	:	:	:	8 801	8 835	8 768	8 841	8 892	9 135
Österreich	:	:	3 116	:	3 132	3 214	3 605	3 479	3 104	3 603
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	11 000 (p)
Portugal	:	:	:	:	:	2 657	2 626	2 863	2 875	2 473
Slowenien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	962
Slowakei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	4 411
Finnland	2 114	2 066	1 970	2 241	2 114	2 156	2 216	2 297	2 308	2 404
Schweden	:	:	:	5 624	:	:	:	:	:	:
Vereinigtes Königreich	:	:	27 540	28 070	35 410	29 010	21 609	21 703	21 137	18 829
Norwegen	:	:	:	:	:	2 551	2 525	2 568	2 527	2 639

Zahl der Besucher, die am besuchten Ort oder im besuchten Land mindestens einmal in einem Beherbergungsbetrieb oder einer Privatunterkunft übernachteten.

Übernachtungen in Hotels und ähnlichen Beherbergungsbetrieben: Übernachtungen von Inländern

In 1 000

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-25	:	607 974	612 464	631 805	640 081	690 998	768 432	765 284	752 566	:	:
EU-15	:	587 164	587 074	601 624	608 823	660 744	733 539	736 336	719 768	:	:
Eurozone	:	468 230	467 128	474 129	494 718	533 658	559 698	580 590	568 322	:	:
Belgien	2 861	3 054	3 140	3 338	3 498	3 652	4 045	4 057	4 091	4 061 (p)	:
Tschechische Republik	5 386	6 952	9 908	10 737	9 919	10 608	12 358	8 515 (p)	10 476 (p)	9 779 (p)	9 051
Dänemark	6 038	3 908	4 200	4 171	4 339	4 417	4 599	4 589	4 743	4 631	4 906
Deutschland	141 307	145 147	144 747	144 497	147 274	154 419	163 429	164 197	157 391	156 240	:
Estland	282	325	292	333	413	439	459	489	450	558	:
Griechenland	11 701	11 908	12 178	13 609	13 029	13 477	13 656	13 132	12 753	:	:
Spanien	56 876	58 281	58 043	61 298	66 552	81 504	83 382	85 261	86 718	91 295	:
Frankreich	89 501	90 349	90 721	92 666	96 696	108 774	114 059	115 576	114 454	115 536 (p)	:
Irland	:	6 698	5 647	5 583	6 667	6 938	6 786	7 792	7 395 (s)	13 716	:
Italien	124 943	123 467	122 918	122 223	126 178	128 238	136 392	138 559	133 295	135 217	:
Zypern	356	346	480	524	570	585	597	727	868	957	1 069
Lettland	:	600	544	580	551	583	669	638	674	669	:
Litauen	363	331	293	322	364	319	303	293	331	342	:
Luxemburg	97	89	91	83	81	67	67	72	78	80	85
Ungarn	3 853	3 972	4 135	4 334	4 714	5 196	5 479	5 321	5 574	5 824	:
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	7 912	8 798	9 074	10 739	12 622	13 829	14 027	13 608	13 593	13 384	13 768
Österreich	16 090	16 302	15 892	16 088	16 491	17 241	18 031	18 468	18 356	18 667	18 848
Polen	:	4 038	4 633	9 359	10 169	7 674	9 353	8 297	8 382	8 813 (p)	:
Portugal	7 361	7 580	8 101	8 499	9 164	9 397	9 693	9 985	10 646	10 661	:
Slowenien	2 019	2 066	2 004	1 787	1 728	1 852	1 860	1 715	1 714	1 725	1 707
Slowakei	2 038	2 180	3 103	2 205	2 830	2 997	2 843	2 953	3 953	3 796	:
Finnland	7 943	8 464	8 755	9 115	9 494	9 600	9 786	9 882	9 552	9 671	:
Schweden	13 898	14 771	14 668	14 815	15 643	16 192	16 586	16 737	16 143	16 235	:
Vereinigtes Königreich	81 381	88 346	88 900	94 900	81 093	93 000	139 000	134 420	130 560	118 480	:
Bulgarien	3 767	3 735	3 238	2 538	2 921	2 662	3 036	2 856	2 992	3 058	:
Kroatien	3 105	3 125	3 341	3 379	3 147	3 243	2 949	2 630	2 691	2 839	:
Rumänien	17 524	18 128	16 254	14 313	14 832	13 942	13 862	14 071	:	:	:
Island	229	246	260	290	309	321	291	274	290	:	:
Liechtenstein	1	1	2	3	3	3	3	3	2	:	3
Norwegen	9 643	9 862	10 261	10 680	11 252	11 319	11 398	11 599	11 482	11 262	11 764

Als Übernachtung eines Inländers oder Nichtinländers gilt jede Nacht, die ein Gast in einem Hotel oder ähnlichen Betrieb verbringt bzw. für die er dort gemeldet ist; die tatsächliche Anwesenheit ist dabei nicht von Belang.

Übernachtungen in Hotels und ähnlichen Beherbergungsbetrieben: Übernachtungen von Nichtinländern

In 1 000

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-25	:	523 555	530 080	548 932	570 928	622 959	640 433	641 361	628 491	:	:
EU-15	494 067	477 215	481 892	500 542	516 665	567 992	582 767	579 937	566 374	:	:
Eurozone	365 962	376 451	380 873	393 418	413 575	462 139	478 367	520 679	508 647	:	:
Belgien	7 879	7 900	8 695	9 267	9 483	9 749	10 184	10 011	10 410	10 281 (p)	:
Tschechische Republik	6 597	8 386	10 858	11 726	11 547	11 921	12 811	13 647 (p)	13 327 (p)	13 688 (p)	15 881
Dänemark	5 932	4 146	4 473	4 505	4 462	4 350	4 611	4 551	4 483	4 507	4 767
Deutschland	26 368	27 184	27 435	28 608	29 735	30 913	34 641	32 876	32 580	33 301	:
Estland	573	608	693	835	926	1 045	1 253	1 423	1 887	2 086	:
Griechenland	40 331	37 474	35 102	40 220	38 354	41 408	46 213	43 454	40 350	39 760	:
Spanien	97 792	101 000	100 000	105 435	111 803	149 036	143 762	143 421	135 836	136 865	:
Frankreich	57 143	54 339	54 994	60 624	66 330	71 768	77 014	75 652	77 602	69 323 (p)	:
Irland	10 018	11 348	12 978	13 220	13 712	14 327	17 374	17 475	17 321	:	:
Italien	76 173	84 566	87 905	85 377	87 192	90 236	97 221	100 322	97 837	93 935	:
Zypern	14 265	14 181	12 689	13 148	14 430	16 110	16 790	18 066	15 235	13 424	13 554
Lettland	637	662	675	744	725	718	691	837	853	963	:
Litauen	474	418	492	536	639	600	579	672	719	766	:
Luxemburg	1 017	1 051	947	1 026	1 089	1 163	1 196	1 174	1 167	1 144	1 194
Ungarn	6 887	6 894	7 449	7 619	7 714	7 539	8 062	8 405	8 260	8 046	:
Malta	8 600	7 632	7 328	7 694	8 079	8 235	7 016	7 475	8 387	8 122	:
Niederlande	8 733	9 581	9 923	12 444	14 262	15 224	15 695	14 955	14 922	13 798	14 618
Österreich	59 126	56 198	55 126	53 396	53 503	53 123	53 617	54 086	55 167	55 200	55 160
Polen	:	3 161	3 391	1 443	5 325	3 973	4 945	4 918	4 999	5 450 (p)	:
Portugal	18 785	20 357	19 962	20 851	23 241	23 331	24 102	23 578	23 563	23 215	:
Slowenien	2 089	2 059	2 167	2 500	2 478	2 267	2 758	2 879	3 049	3 166	3 258
Slowakei	1 836	2 340	2 446	2 144	2 401	2 557	2 761	3 101	3 572	3 560	:
Finnland	2 928	2 926	2 907	3 171	3 226	3 271	3 562	3 675	3 721	3 758	:
Schweden	3 320	3 694	3 930	4 051	4 409	4 516	4 679	4 927	4 868	4 833	:
Vereinigtes Königreich	78 522	55 451	57 514	58 347	55 865	55 580	53 131	49 781	48 377	49 003	:
Bulgarien	6 331	5 299	5 784	5 301	5 043	4 326	5 104	6 122	6 989	8 987	:
Kroatien	:	4 575	8 482	11 931	12 164	9 792	15 125	16 500	16 905	16 830	:
Rumänien	2 699	2 326	2 210	2 384	2 125	1 960	2 085	2 301	:	:	:
Island	516	598	636	702	791	862	895	907	970	:	:
Liechtenstein	128	127	118	117	120	122	131	120	106	:	101
Norwegen	5 041	4 985	5 050	5 039	5 168	5 208	4 967	4 817	4 706	4 375	4 596

Als Übernachtung eines Inländers oder Nichtinländers gilt jede Nacht, die ein Gast in einem Hotel oder ähnlichen Betrieb verbringt bzw. für die er dort gemeldet ist; die tatsächliche Anwesenheit ist dabei nicht von Belang.

Energie

Eurostat-Daten

Eurostat stellt bereit:

- Jährliche Daten über Rohöl, Erdölerzeugnisse, Erdgas, Strom, feste Brennstoffe und erneuerbare Energiequellen, die das gesamte Spektrum der Positionen der Energiebilanz abdecken, von der Versorgung über die Verarbeitung bis hin zum Endenergieverbrauch nach Sektoren und Brennstoffarten
- Monatliche Daten über Rohöl, Erdölerzeugnisse, Erdgas, Strom und feste Brennstoffe, die hauptsächlich die Versorgungsseite abdecken
- Halbjährliche Daten über Strom- und Erdgaspreise sowohl für industrielle Endverbraucher als auch für private Haushalte; außerdem Preise an der Zapfsäule für unverbleites Superbenzin 95 ROZ und Dieselkraftstoff
- Daten über ausgewählte Energieindikatoren, die zu größeren Datenkollektionen wie den „Strukturindikatoren“ oder den „Euroindikatoren“ gehören

Die Antriebskraft für das tägliche Leben

Ohne Energie gäbe es keine Industrie, keinen Verkehr und keine Heizung. Kaum ein Bereich des täglichen Lebens ist nicht auf die eine oder andere Weise mit der Nutzung von Energie verbunden. Versorgungsengpässe und schwankende Energiepreise wirken sich auf die gesamte Volkswirtschaft aus, und die Frage, wie wir Energie nutzen, hat weit reichende Konsequenzen für die Umwelt. Aus diesen Gründen ist die Energiepolitik eines der wichtigsten Politikfelder der Europäischen Union.

Die Europäische Union muss sich in diesem Bereich vor allem den folgenden Herausforderungen stellen:

- Die EU ist in erheblichem Maße auf Lieferungen aus Drittländern angewiesen, da sie nur etwa die Hälfte der von ihr verbrauchten Energie selbst erzeugt (Versorgungssicherheit).
- Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung ist die Gewährleistung wettbewerbsfähiger Energiepreise mehr und mehr erforderlich. Erreichen lässt sich dies vor allem durch die Liberalisierung der Märkte für Strom und Gas und die Entwicklung transeuropäischer Energienetze (Liberalisierung der Versorgungswirtschaft).
- Der Energiesektor muss stärker mit umweltpolitischen Zielsetzungen in Einklang gebracht werden. Diese Aufgabe ergibt

sich insbesondere aus den Verpflichtungen, die die Europäische Union im Rahmen des Kyoto-Protokolls eingegangen ist (Klimaveränderung).

Energie-Monitoring

Um den zunehmenden Anforderungen des Energie-Monitoring gerecht zu werden und die Elemente, die einen Einfluss auf energiepolitische Entscheidungen haben, zu quantifizieren, hat Eurostat ein kohärentes und harmonisiertes System von Energiestatistiken entwickelt.

Die im Eurostat-Jahrbuch enthaltene repräsentative Auswahl von Tabellen und Grafiken gibt einen Einblick in das breite Spektrum der Energiestatistiken.



Erfassungsbereich der Daten des Eurostat-Jahrbuchs

Im Allgemeinen decken die jährlichen Datenreihen die gesamte Bandbreite der 25 EU-Mitgliedstaaten, der EWR-Länder Island und

Norwegen sowie der Beitrittsländer Bulgarien und Rumänien und der Kandidatenländer Kroatien und Türkei ab.

Den gleichen geografischen Erfassungsbereich haben die monatlichen Mengendaten.

Gesamterzeugung von Primärenergie

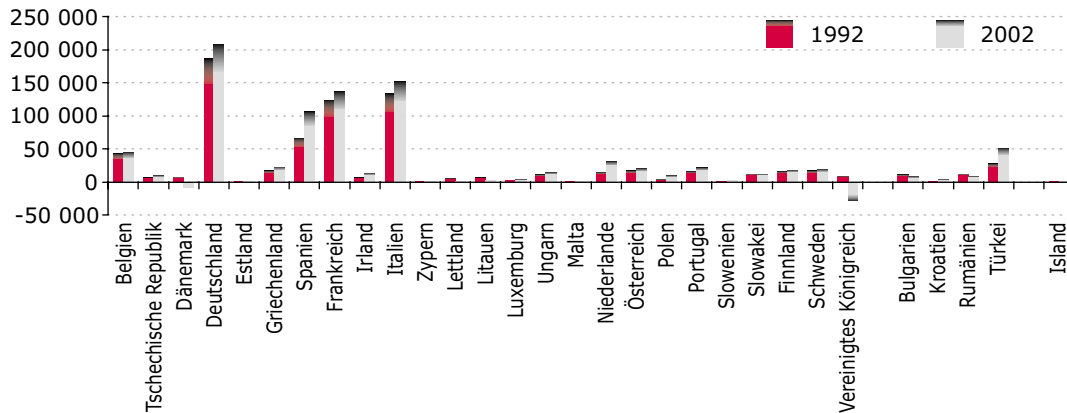
In 1 000 tRÖE

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	861 371	868 472	877 997	895 256	926 785	916 232	895 988	903 344	891 819	892 951	892 201 (p)
EU-15	703 557	710 115	723 145	738 060	765 186	757 644	751 496	765 565	756 118	753 877	751 569 (p)
Eurozone	441 755	439 832	429 589	432 368	444 479	433 892	419 185	422 332	420 142	435 228	436 981 (p)
Belgien	11 531	10 949	10 706	10 939	11 275	12 552	12 033	13 274	13 065	12 637	12 900
Tschechische Republik	35 538	35 017	32 475	31 582	32 200	32 331	30 437	27 642	29 497	30 146	30 346
Dänemark	12 912	13 817	15 023	15 543	17 642	20 173	20 308	23 690	27 587	26 978	28 452
Deutschland	159 578	148 135	141 200	140 520	138 533	138 377	131 597	134 535	132 095	131 363	131 613 (p)
Estland	4 515	3 346	3 476	3 350	3 720	3 632	3 243	2 976	3 168	3 420	3 620
Griechenland	8 972	8 797	9 146	9 702	10 136	9 924	10 038	9 463	9 946	9 942	10 541
Spanien	32 293	32 156	31 903	31 207	31 962	30 651	31 289	30 305	31 245	32 860	31 771
Frankreich	118 323	125 533	122 390	126 024	130 273	127 298	124 162	126 347	130 579	131 305	132 662
Irland	3 082	3 470	3 628	4 256	3 614	2 843	2 479	2 611	2 111	1 730	1 499
Italien	27 208	28 314	29 617	29 220	30 097	30 249	30 100	28 939	26 780	25 580	26 206
Zypern	5	5	12	42	43	42	43	44	45	44	45
Lettland	298	314	373	318	238	332	383	1 497	1 259	1 718	1 831
Litauen	3 891	3 282	2 142	3 249	3 800	3 362	4 406	3 459	3 161	4 118	4 847
Luxemburg	48	47	51	47	40	47	50	46	57	50	56
Ungarn	12 834	12 633	12 380	12 844	12 632	12 281	11 467	11 378	11 127	10 763	11 047
Malta	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	67 054	68 209	66 111	65 909	73 717	65 520	62 684	59 209	56 912	60 634	60 131
Österreich	8 330	8 569	8 176	8 494	8 371	8 504	8 631	9 257	9 382	10 167	10 293
Polen	93 328	96 359	96 086	97 990	101 318	99 081	86 775	82 829	78 441	79 362	79 053
Portugal	2 302	2 629	2 819	2 602	3 157	3 045	3 036	2 656	3 109	3 895	3 643
Slowenien	3 038	2 870	2 968	3 020	2 963	2 962	3 036	2 861	3 037	3 146	3 364
Slowakei	4 365	4 531	4 940	4 800	4 685	4 566	4 701	5 093	5 966	6 357	6 478
Finnland	12 005	11 821	12 989	13 150	13 440	14 805	13 125	15 153	14 809	15 065	15 666
Schweden	29 252	29 129	30 907	31 512	31 637	32 170	33 178	33 257	30 144	33 685	31 849
Vereinigtes Königreich	210 666	218 540	238 480	248 934	261 292	261 484	268 787	276 823	268 299	257 986	254 287
Bulgarien	8 794	9 170	9 324	10 191	10 613	9 798	10 178	8 968	9 834	10 290	10 530
Kroatien	3 461	4 315	3 478	7 444	3 667	3 476	3 411	3 570	3 562	3 730	3 689
Rumänien	33 967	33 603	31 934	32 142	35 281	31 625	29 115	28 010	28 628	27 574	26 738
Türkei	26 552	26 338	26 347	26 524	27 163	27 999	29 106	27 522	26 710	25 813	24 244
Island	1 369	1 404	1 369	1 390	1 616	1 682	1 814	2 191	2 306	2 451	2 462
Norwegen	146 355	154 070	170 114	181 635	207 610	212 181	206 141	209 145	224 491	228 410	233 103

Als Primärerzeugung wird jede Gewinnung von Energieprodukten aus natürlichen Quellen bezeichnet, als deren Ergebnis diese Produkte in verwendbarer Form vorliegen, so z. B. die Ausbeutung natürlicher Quellen wie Kohleminen, Rohölfelder, Wasserkraftanlagen und die Erzeugung von Biobrennstoffen. Die Umwandlung der Energie von einer Form in eine andere, z. B. die Strom- bzw. Wärmeerzeugung in Wärmekraftwerken oder die Koksproduktion in Koksöfen, ist keine Primärerzeugung.

Nettoeinfuhren von Primärenergie

In 1 000 tRÖE

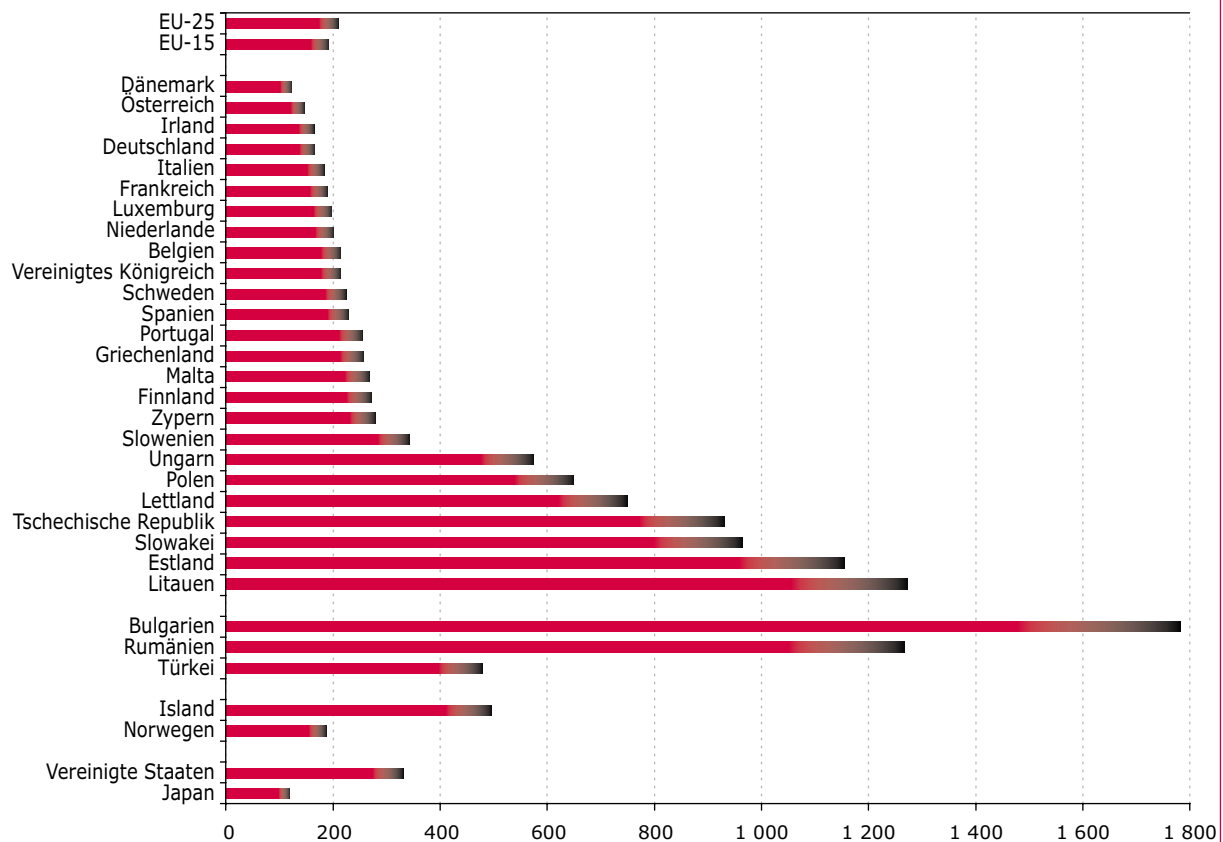


Norwegen hatte Nettoausfuhren von Primärenergie: 122 Mio. tRÖE (1992); 206 Mio. tRÖE (2002).

Die Nettoeinfuhren werden als Einfuhren minus Ausfuhren berechnet. Die Einfuhren umfassen die in das Hoheitsgebiet eines Landes eingeführte Gesamtenergiemenge, nicht aber den Transit vor allem über Gas- und Erdölföhrleitungen; die elektrische Energie stellt eine Ausnahme dar. Ihr Transit wird immer unter Außenhandel aufgenommen. Die Ausfuhren umfassen entsprechend die aus dem Hoheitsgebiet eines Landes ausgeführte Gesamtenergiemenge.

Energieintensität der Wirtschaft im Jahr 2002

In kg RÖE pro 1 000 EUR

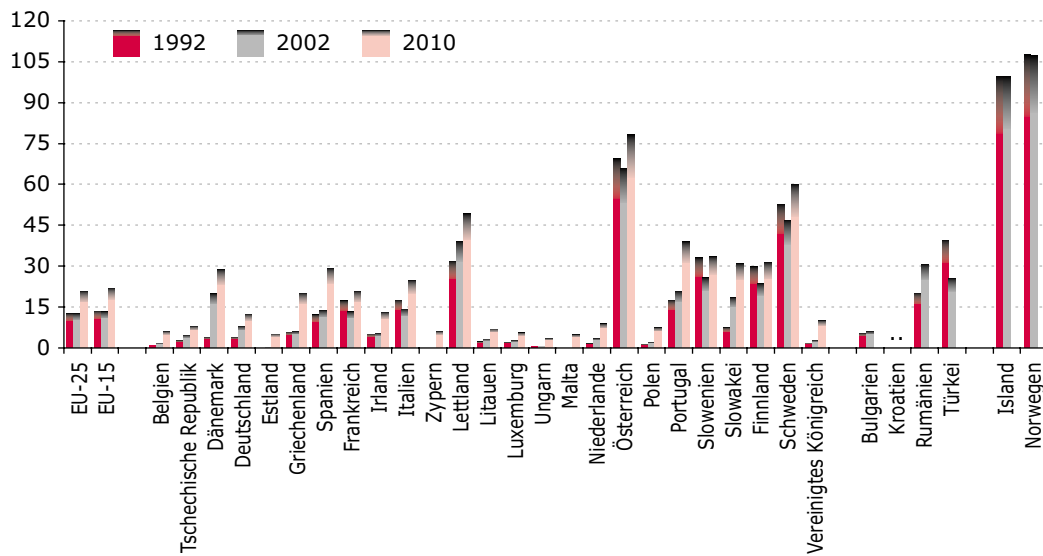


EU-25, EU-15, Deutschland, Spanien, Italien, Niederlande: vorläufige Werte.

Dieser Indikator ist das Verhältnis zwischen dem Bruttoinlandsverbrauch an Energie und dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), berechnet für ein Kalenderjahr. Er misst den Energieverbrauch einer Volkswirtschaft und ihre Gesamtenergieeffizienz. Der Bruttoinlandsverbrauch an Energie wird durch Addition der Verbrauchswerte für die fünf Energiearten (Kohle, Elektrizität, Öl, Erdgas und erneuerbare Energien) ermittelt. Um Auswirkungen der Inflation zu vermeiden, werden BIP-Zahlen zu konstanten Preisen verwendet; Basisjahr 1995 (ESA 1995). Zur Ermittlung des Energienutzungsgrads wird der Bruttoinlandsverbrauch durch das BIP dividiert. Da der Bruttoinlandsverbrauch in kg RÖE (Kilogramm Rohöleinheiten) und das BIP in 1 000 EUR gemessen wird, ergibt sich der Nutzungsgrad in kg RÖE pro 1 000 EUR.

Anteil der Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen

Einschließlich Richtwerte für 2010; in %

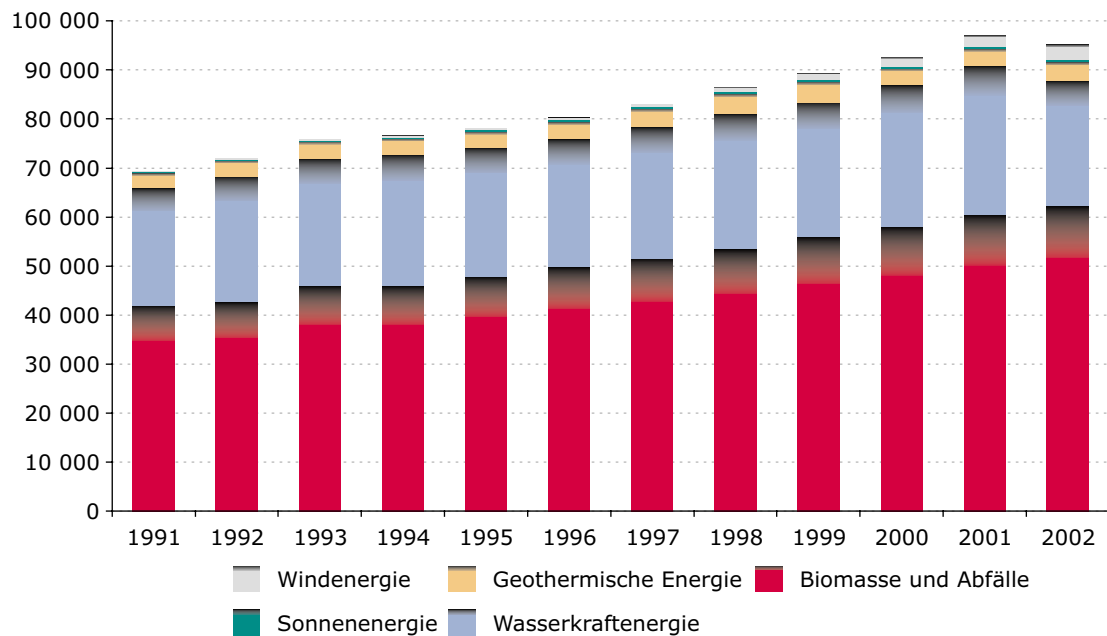


EU-25, EU-15, Deutschland: vorläufige Werte.

Dieser Indikator ist das Verhältnis zwischen der aus erneuerbaren Energiequellen erzeugten Strommenge und dem nationalen Bruttostromverbrauch für das Kalenderjahr. Er drückt den Beitrag des aus erneuerbaren Energiequellen gewonnenen Stroms zum nationalen Stromverbrauch aus. Aus erneuerbaren Energiequellen gewonnener Strom umfasst die Stromerzeugung in Wasserkraftwerken (mit Ausnahme von Pumpspeicherwerken), Windkraft- und Solaranlagen, in geothermischen Kraftwerken und Biomasse- sowie Abfallverbrennungsanlagen. Nationaler Bruttostromverbrauch entspricht der nationalen Bruttogesamterzeugung aus allen Quellen (einschließlich Eigenproduktion), zuzüglich Einfuhren, abzüglich Ausfuhren.

Primärerzeugung von erneuerbarer Energie: Biomasse, Wasserkraft, Erdwärme, Wind- und Sonnenenergie, EU-25

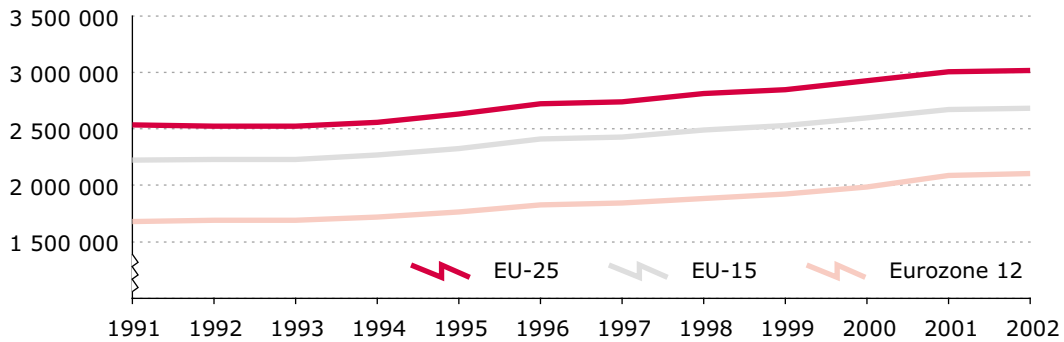
In 1 000 tRÖE



Die Primärerzeugung von Biomasse entspricht dem Wärmeinhalt des produzierten Biotreibstoffs bzw. Biogases; bei der Verbrennung verwertbarer Abfälle entspricht die Primärenergieerzeugung der bei der Verbrennung entstehenden Wärme. Die Bruttostromerzeugung in Wasserkraftanlagen, Windkraftanlagen, Gezeitenkraftwerken und Fotovoltaikanlagen wird als Primärerzeugung von Energie betrachtet. Die Primärerzeugung von geothermischer Energie ist der Unterschied im Energieinhalt zwischen dem in der Förderbohrung gewonnenen und dem in der Injektionsbohrung in den Untergrund zurückgepumpten Fluidum. Bei der Erzeugung von Sonnenenergie in Flachkollektoren entspricht die Primärerzeugung der für das Wärmeübertragungsmedium verfügbaren Wärme, d. h. der einfallenden Sonnenenergie abzüglich optischer Verluste und Kollektorverluste.

Bruttostromerzeugung insgesamt

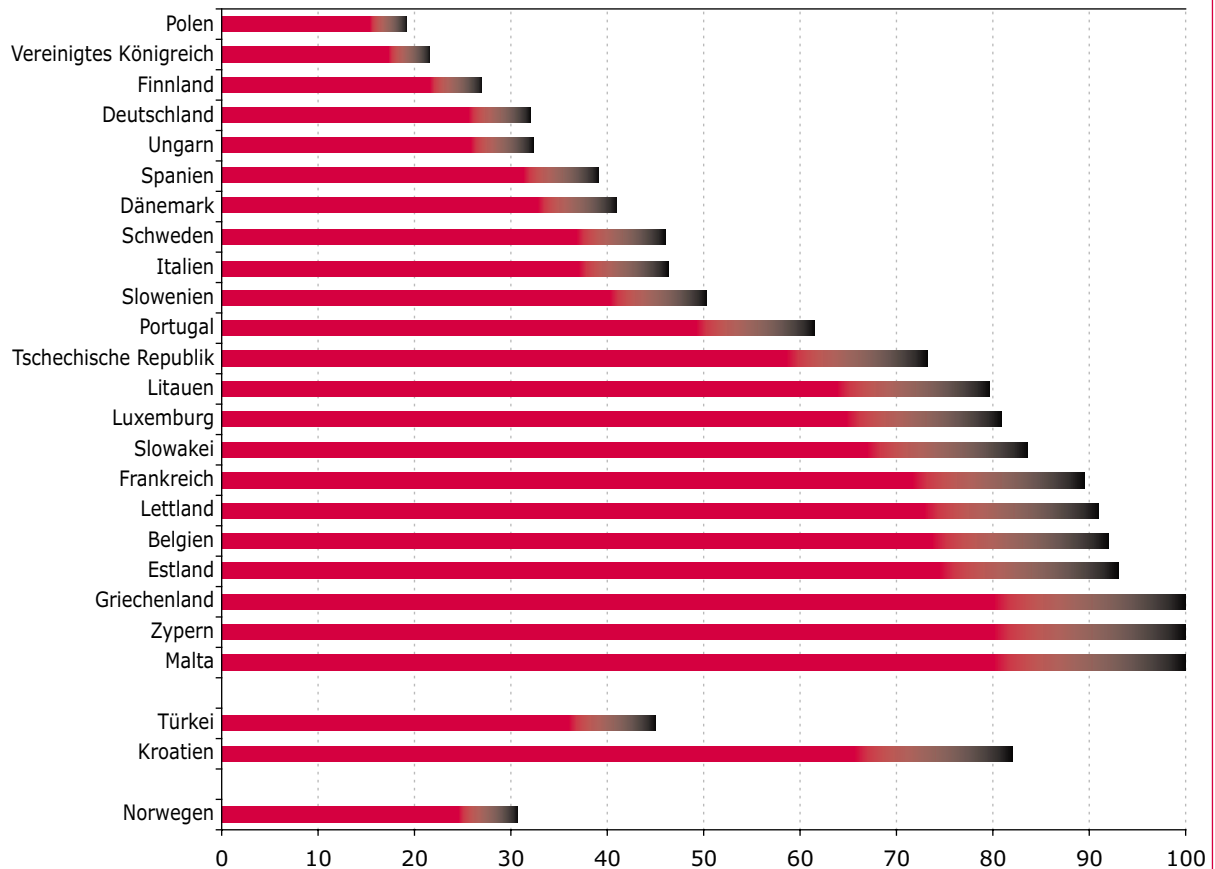
In GWh



Bruttostromerzeugung insgesamt umfasst die Bruttostromerzeugung in sämtlichen Kraftwerkstypen. Auf der Ebene des einzelnen Kraftwerks ist die Bruttostromerzeugung definiert als die am Ausgang der Haupttransformatoren gemessene Elektrizitätsmenge, d. h. der Stromverbrauch der Hilfsaggregate und Transformatoren.

Marktanteil des größten Erzeugers im Strommarkt im Jahr 2002

In %

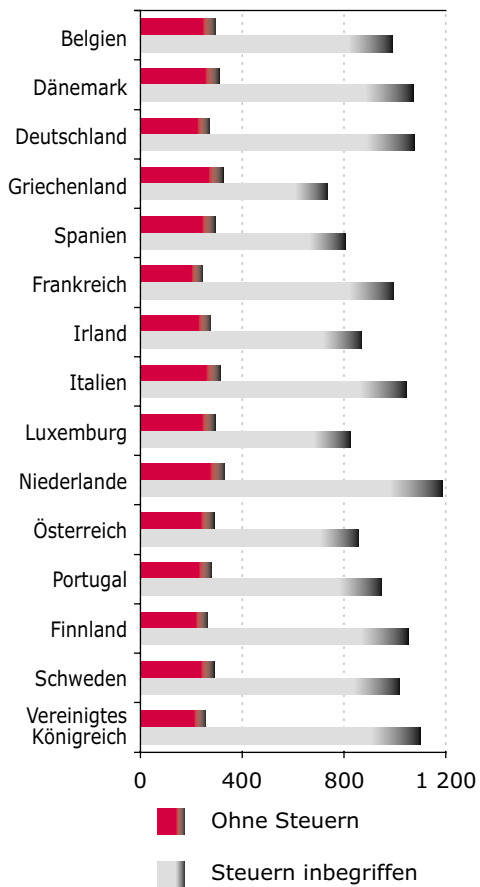


Datenextraktion am 16. August 2005. Österreich, Niederlande und Irland: keine Werte.

Der Indikator gibt den Marktanteil des größten Stromerzeugers eines jeden Landes wieder. Zur Berechnung dieses Indikators wird die gesamte Nettostromerzeugung eines jeden Bezugsjahres herangezogen. Die von den Stromerzeugern selbst verbrauchte Elektrizität wird dabei nicht berücksichtigt. Sodann werden anhand der Nettoerzeugung eines jeden Stromerzeugers im gleichen Jahr die entsprechenden Marktanteile berechnet. Nur der größte Marktanteil wird unter diesem Indikator ausgewiesen.

Preise für unverbleites Superbenzin 95 ROZ, Januar 2004

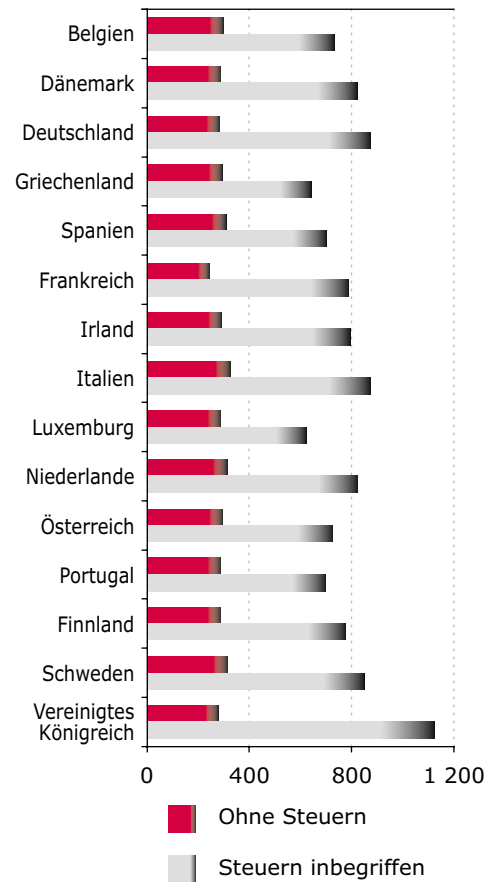
In EUR je 1 000 Liter



Dieser Indikator stellt die Tankstellendurchschnittspreise für bleifreies Superbenzin (Euro-super 95) dar, die den Verbrauchern berechnet werden. Die Preise werden der Generaldirektion Energie und Verkehr der Kommission von den Mitgliedstaaten als die am häufigsten angewandten am 15. Tag des Monats gemeldet.

Preise für Dieselöl, Januar 2004

In EUR je 1 000 Liter



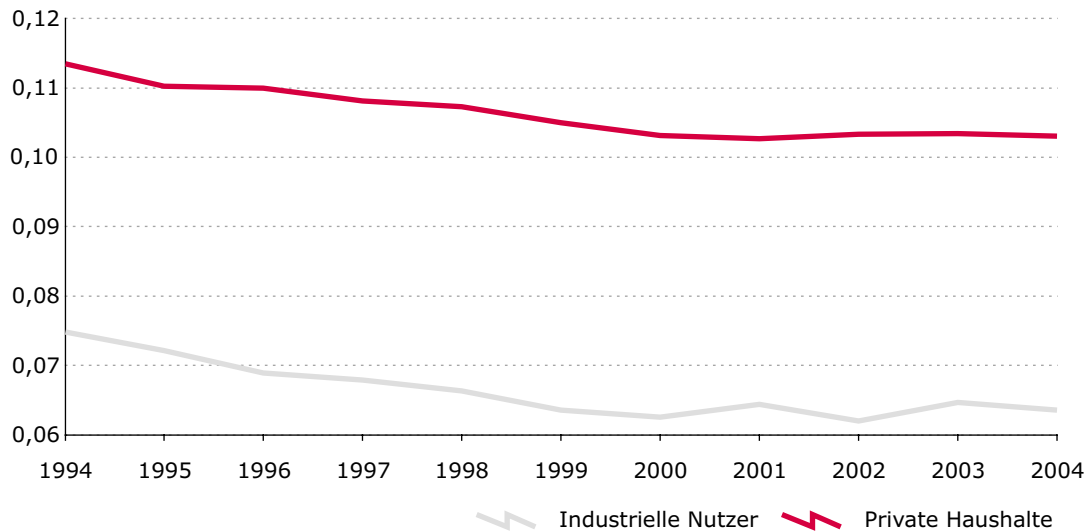
Dieser Indikator stellt die Tankstellendurchschnittspreise für Dieselmotorkraftstoff dar, die den Verbrauchern berechnet werden. Die Preise werden der Generaldirektion Energie und Verkehr der Kommission von den Mitgliedstaaten als die am häufigsten angewandten am 15. Tag des Monats gemeldet.

6



Strompreise in der EU-15

In EUR/kWh

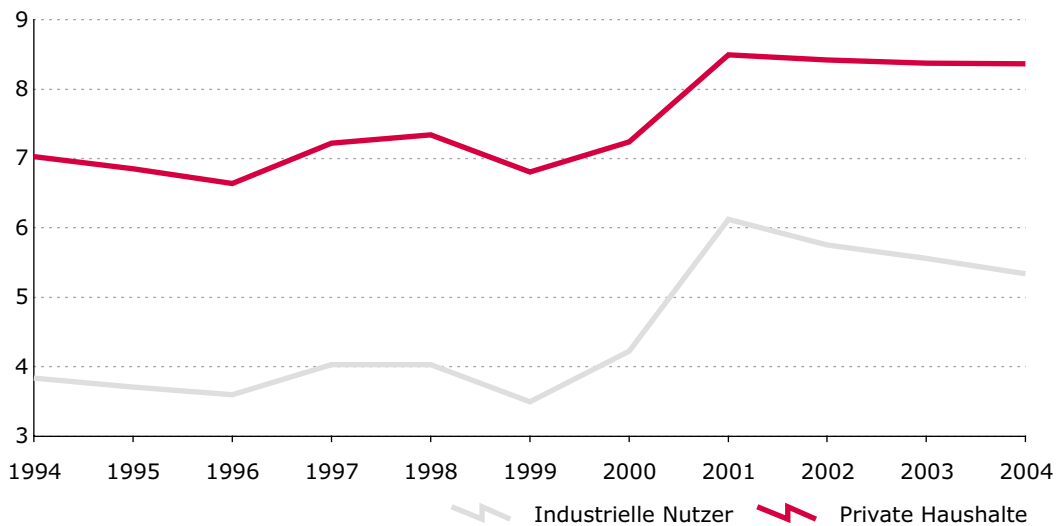


Dieser Indikator stellt die Strompreise dar, die den industriellen Endverbrauchern berechnet werden und die wie folgt definiert werden: Jahresverbrauch von 2 000 MWh, Höchstabnahme 500 kW, jährliche Benutzungszeit 4 000 Stunden. Die Preise werden in Euro (ohne Steuern) pro kWh angegeben und jährlich zum 1. Januar erhoben.

Dieser Indikator stellt die Strompreise dar, die den Endverbrauchern berechnet werden, die wie folgt definiert werden: Jahresverbrauch von 3 500 kWh, davon nachts 1 300 kWh (Standardwohnung 90m²). Die Preise werden in Euro (ohne Steuern) pro kWh angegeben und jährlich zum 1. Januar erhoben.

Gaspreise in der EU-15

In Euro je Gigajoule



Dieser Indikator stellt die Gaspreise dar, die den industriellen Endverbrauchern berechnet werden, die wie folgt definiert werden: Jahresverbrauch von 41 860 GJ, jährliche Benutzungszeit 200 Tage (1 600 Stunden). Die Preise werden in Euro (ohne Steuern) pro GJ angegeben und jährlich zum 1. Januar erhoben.

Dieser Indikator stellt die Gaspreise dar, die den Endverbrauchern berechnet werden, die wie folgt definiert werden: Jahresverbrauch von 83,7 GJ (Ausstattung: Kochen, Warmwasserbereitung und Zentralheizung). Die Preise werden in Euro (ohne Steuern) pro GJ angegeben und jährlich zum 1. Januar erhoben.

Energieendverbrauch

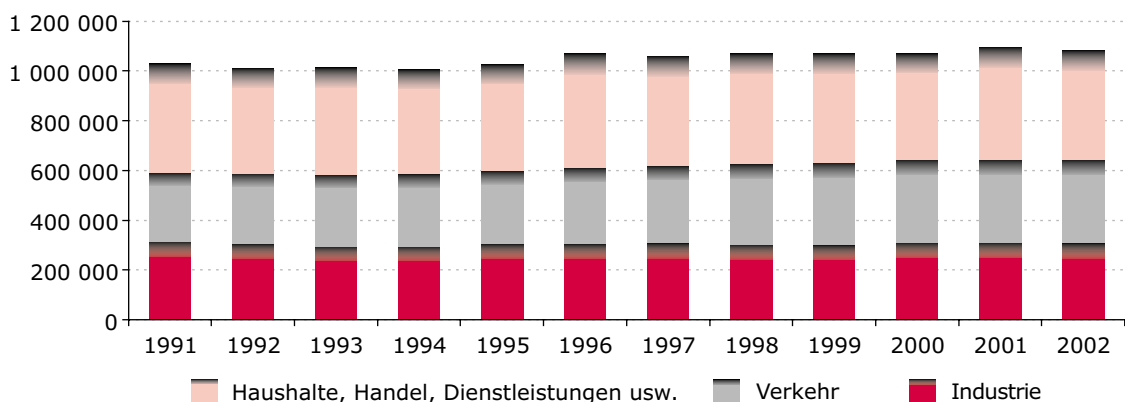
In 1 000 tRÖE

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	1 011 908	1 015 152	1 005 549	1 026 956	1 069 531	1 059 855	1 069 245 (p)	1 071 036 (p)	1 070 960 (p)	1 096 899 (p)	1 084 653 (p)
EU-15	873 364	880 458	875 174	895 892	933 537	926 126	942 025 (p)	947 204 (p)	950 129 (p)	972 631 (p)	961 754 (p)
Eurozone	673 869	676 154	670 213	689 230	716 713	712 259	726 176 (p)	729 121 (p)	731 660 (p)	771 719 (p)	765 084 (p)
Belgien	33 769	33 097	34 032	34 489	36 383	36 530	37 092	36 931	36 931	37 219	35 825
Tschechische Republik	30 626	27 508	26 374	25 611	25 826	25 696	24 444	23 139	24 060	24 156	23 838
Dänemark	13 991	14 444	14 399	14 736	15 322	14 955	14 997	14 933	14 608	14 947	14 708
Deutschland	218 413	219 341	215 457	222 342	230 895	226 131	224 450 (p)	219 934 (p)	213 270 (p)	215 174 (p)	210 485 (p)
Estland	3 374	2 854	2 842	2 486	2 895	2 967	2 609	2 355	2 362	2 517	2 586
Griechenland	14 956	15 206	15 349	15 811	16 870	17 257	18 159	18 157	18 508	19 112	19 497
Spanien	59 952	59 365	62 279	63 536	65 259	67 986	71 750	74 378	79 411 (p)	83 221 (p)	85 379 (p)
Frankreich	143 222	142 890	138 170	141 242	148 620	145 652	150 825	150 719	151 624	158 652	154 101
Irland	7 152	7 418	7 795	7 910	8 229	8 655	9 308	9 835	10 520	10 932	11 227
Italien	110 222	110 464	108 769	113 563	114 339	115 335	118 451	123 073	123 005	125 625	125 163
Zypern	1 282	1 295	1 337	1 409	1 458	1 461	1 531	1 575	1 634	1 689	1 700
Lettland	5 288	4 328	3 764	3 795	4 058	3 945	3 525	3 471	3 268	3 643	3 628
Litauen	6 306	4 868	4 690	4 524	4 397	4 402	4 343	3 956	3 639	3 778	3 903
Luxemburg	3 552	3 614	3 547	3 146	3 233	3 224	3 183	3 341	3 544	3 689	3 732
Ungarn	15 835	15 709	15 550	15 621	16 200	15 509	15 598	15 851	15 799	16 400	16 915
Malta	399	423	418	435	505	548	529	551	522	445	445 (p)
Niederlande	44 853	46 474	45 761	47 431	51 413	49 103	49 307	48 470	49 745	50 775	50 641
Österreich	19 455	19 705	19 319	20 302	22 001	21 607	22 216	21 821	22 117	24 513	25 204
Polen	59 140	64 374	61 908	63 360	66 192	65 224	60 378	58 843	55 572	56 198	54 396
Portugal	12 040	12 172	12 759	13 042	13 863	14 550	15 421	15 982	16 937	18 069	18 342
Slowenien	3 288	3 577	3 756	3 940	4 359	4 470	4 272	4 352	4 477	4 558	4 620
Slowakei	13 004	9 756	9 735	9 883	10 105	9 507	9 991	9 739	9 499	10 883	10 868
Finnland	21 238	21 613	22 325	22 227	22 478	23 484	24 172	24 637	24 555	24 739	25 489
Schweden	30 704	32 385	32 952	33 679	34 603	34 119	34 251	34 076	34 532	33 132	33 668
Vereinigtes Königreich	139 844	142 269	142 261	142 436	150 028	147 536	148 443	150 917	150 821	152 833	148 294
Bulgarien	10 897	10 715	10 804	11 402	11 520	9 286	9 904	8 798	8 578	8 611	8 695
Kroatien	2 938	3 251	3 090	3 192	3 443	3 665	3 703	5 279	5 343	5 453	5 566
Rumänien	23 789	21 845	23 972	25 356	28 516	28 025	25 577	21 855	22 076	22 851	22 872
Türkei	32 688	35 218	33 160	37 791	41 868	43 409	42 891	49 162	54 142	49 399	52 958
Island	1 607	1 662	1 662	1 660	1 726	1 753	1 819	1 953	2 057	2 071	2 152
Norwegen	15 717	16 170	16 698	16 854	17 669	17 466	18 187	18 659	18 087	18 561	18 198

Der energetische Endverbrauch umfasst die für energetische Verwendungszwecke an die Endverbraucher (in Industrie, Verkehr, privaten Haushalten und anderen Sektoren) gelieferten Energiemengen. Ausgeschlossen sind die zur Umwandlung und/oder für den Eigenverbrauch der Energieerzeuger gelieferten Mengen sowie die Netzverluste.

Energieendverbrauch in der EU-25

In 1 000 tRÖE




Teilweise vorläufige Werte.

Der energetische Endverbrauch der Industrie umfasst alle Industrie-sektoren wie die Stahlindustrie, die chemische Industrie, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die Textil-, Lederwaren- und Bekleidungsindustrie, die Papier- und Druckindustrie usw.; ausgenommen sind Umwandlung und/oder Eigenverbrauch der Energieerzeuger.

Der energetische Endverbrauch im Verkehrssektor umfasst den Verbrauch sämtlicher Verkehrsarten, d. h. des Bahn-, Straßen- und Luftverkehrs und der Binnenschifffahrt, nicht aber der Seeschifffahrt.

Der energetische Endverbrauch der privaten Haushalte, des Handels usw. umfasst die von Privathaushalten, Kleingewerbe, Handwerk und Handel, Behörden und Dienstleistungsbetrieben mit Ausnahme von Verkehrsbetrieben sowie die in der Landwirtschaft und im Fischereisektor verbrauchten Energieerzeugnisse.



Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei

Landwirtschaft 267-278

Forstwirtschaft 279-280

Fischerei 281-284





Landwirtschaft

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Landwirtschaftliche Gesamtrechnung
- Landwirtschaftlicher Arbeitseinsatz
- Agrarpreise und Preisindizes
- Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe
- Bodennutzung
- Pflanzliche Erzeugung
- Tierische Erzeugung
- Viehbestand
- Versorgungsbilanz
- Obst- und Rebanlagen

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

Die GAP musste im Laufe ihrer Geschichte erheblich weiterentwickelt werden, um neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Zunächst bestanden ihre Zielsetzungen in der Sicherung einer angemessenen Lebenshaltung für die landwirtschaftliche Bevölkerung und der Gewährleistung einer Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen, sodann galt es, die Überschüsse in bestimmten Sektoren in den Griff zu bekommen. Die GAP-Reformen von 1992 und 1999 stützten sich auf eine Kombination von Senkungen der institutionellen Preise und Ausgleichsbeihilfen. Durch die Reform der GAP im Jahr 2003 wurden die Agrarbeihilfen stärker von den Entscheidungen der Landwirte über ihre Produktion entkoppelt.

Erhebung der Daten

Die Erhebung über die Betriebsstruktur, die etwa alle zwei Jahre in der gesamten Europäischen Union stattfindet, dient der Messung der Größe landwirtschaftlicher Betriebe. Die jüngste Erhebung, für die alle Angaben vorliegen, fand 2003 statt.

Die in dieser Erhebung gewonnenen Informationen bieten auch die Möglichkeit einer Klassifikation der landwirtschaftlichen Betriebe nach Produktionszweigen. Der Standarddeckungsbeitrag (SDB) ermöglicht die Messung unterschiedlicher landwirtschaftlicher Tätigkeiten („Betriebe“) anhand

von gemeinsamen Kriterien. Der SDB-Schätzungen (auf Grundlage regionaler Koeffizienten) entsprechen grundsätzlich der Differenz zwischen dem Produktionswert und den jeweiligen anteiligen Produktionskosten. Jeder Zweig der pflanzlichen und tierischen Erzeugung wird dabei einzeln gemessen. Spezialisierte landwirtschaftliche Betriebe sind Betriebe, die mehr als zwei Drittel ihres gesamten Standarddeckungsbeitrags aus den Hauptkategorien des Ackerbaus, aus Gartenbau, Dauerkulturen, Weidevieh oder Veredelung (Schweine und Geflügel) erwirtschaften. Bei nicht spezialisierten oder gemischten Betrieben beträgt der Anteil dieser Hauptkategorien am SDB weniger als zwei Drittel.

Im Rahmen der Betriebsstrukturerhebung umfassen die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte den Arbeitseinsatz des Landwirts und seiner Familie sowie von nicht zur Familie gehörenden Arbeitskräften. Er wird in Jahresarbeitseinheiten (JAE) gemessen.



Erzeugung

Der mengenmäßig bedeutendste landwirtschaftliche Produktionszweig in der Gemeinschaft ist der Getreideanbau. Die Europäische Union kann ihren Eigenbedarf an Getreide decken und exportiert einen beträchtlichen Teil der Ernte. Seit 1993 sorgt die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik für eine Angleichung von Angebot und Nachfrage, da Direktzahlungen für Getreideanbaubetriebe an die Bedingungen geknüpft sind, Flächen stillzulegen. Durch die neue Reform der GAP (2003) wurden die Direktzahlungen stärker von der tatsächlichen Erzeugung entkoppelt, damit sich die Landwirte mehr nach dem Markt richten.

Mit mehr als der Hälfte der Weltproduktion ist die Europäische Union der weltweit größte Weinproduzent. Der in der Europäischen Union hergestellte Wein wird zum überwiegenden Teil in Europa verbraucht, wenngleich der Handel mit anderen Teilen der Welt (insbesondere mit Amerika und Asien) zunimmt.

Preise

In den Erzeugerpreisindizes werden die Verkäufe von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen (Output) der Landwirtschaft an die übrigen Bereiche der Volkswirtschaft erfasst. Der Anteil dieser Erzeugnisse an den landwirtschaftlichen Verkäufen insgesamt ist in den einzelnen

Mitgliedstaaten unterschiedlich hoch. In den Einkaufspreisindizes werden die Einkäufe landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Input) erfasst. Als Berechnungsgrundlage für die Indizes dienen die Ab-Hof-Preise ohne Mehrwertsteuer. Die Agrarpreisindizes können anhand der Verbraucherpreisindizes deflationiert werden.

Landwirtschaftliche Gesamtrechnung

Gemäß der Methodik der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR 97) umfasst die landwirtschaftliche Erzeugung die gesamte (landwirtschaftliche) Erzeugung, die von landwirtschaftlichen Einheiten verkauft, in landwirtschaftlichen Betrieben gelagert oder von landwirtschaftlichen Erzeugern zur Weiterverarbeitung eingesetzt wird. Sie umfasst außerdem den betrieblichen Eigenverbrauch an pflanzlichen Erzeugnissen als Viehfutter, die Produktion selbst erstellter Anlagegüter und den eigenen Endverbrauch der landwirtschaftlichen Einheiten.

Die Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen errechnet sich durch Subtraktion der Vorleistungen von der Produktion des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs (die neben der Produktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen auch die im Rahmen nicht trennbarer nichtlandwirtschaftlicher Nebentätigkeiten produzierten Waren und Dienstleistungen umfasst).

Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe In 1 000

	1990	1993	1995	1997	2000	2003
EU-15	:	:	7 370,04	6 989,13	6 770,69	:
Belgien	85,04	76,33	70,98	67,18	61,71	54,94
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	45,77
Dänemark	81,27	73,78	68,77	63,15	57,83	48,61
Deutschland	653,55	606,07	566,91	534,41	471,96	412,3
Estland	:	:	:	:	:	36,86
Griechenland	850,14	819,15	802,41	821,39	817,06	:
Spanien	1 593,64	1 383,91	1 277,6	1 208,26	1 287,42	1 140,73
Frankreich	923,59	801,34	734,8	679,84	663,81	614
Irland	170,58	159,37	153,42	147,83	141,53	135,25
Italien	2 664,55	2 488,39	2 482,1	2 315,23	2 153,72	1 963,82
Lettland	:	:	:	:	140,84	126,61
Litauen	:	:	:	:	:	272,11
Luxemburg	3,95	3,4	3,18	2,98	2,81	2,45
Ungarn	:	:	:	:	:	773,38
Malta	:	:	:	:	:	10,99
Niederlande	124,8	119,72	113,2	107,92	101,55	85,5
Österreich	:	:	221,75	210,11	199,47	:
Portugal	598,74	489,03	450,64	416,69	415,97	:
Slowenien	:	:	:	:	86,47	77,15
Slowakei	:	:	:	:	:	71,74
Finnland	:	:	100,95	91,44	81,19	74,95
Schweden	:	:	88,83	89,58	81,41	67,89
Vereinigtes Königreich	243,06	243,47	234,5	233,15	233,25	280,63
Norwegen	:	:	:	:	70,74	:

Landwirtschaftlicher Betrieb: Technisch-wirtschaftliche Einheit mit einer einheitlichen Betriebsführung, die landwirtschaftliche Produkte erzeugt. Zusätzlich kann der Betrieb auch andere (nichtlandwirtschaftliche) Erzeugnisse und Dienstleistungen hervorbringen. Kleine landwirtschaftliche Betriebe (mit einem Anteil von weniger als 1 % an der nationalen landwirtschaftlichen Tätigkeit) müssen nicht erfasst werden.



Regelmäßig in der Landwirtschaft beschäftigte Arbeitskräfte In 1 000 Personen

	1990	1993	1995	1997	2000	2003
EU-15	:	:	15 243,62	14 757,34	13 547,48	:
Belgien	141,02	131,76	122,04	116,7	107,15	100,11
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	199,34
Dänemark	139,13	142,31	141,08	130,15	103,05	93,72
Deutschland	1 775,86	1 477,96	1 325,15	1 230,69	1 136,54	1 014,09
Estland	:	:	:	:	:	92,94
Griechenland	1 543,49	1 773,51	1 566,72	1 595,55	1 431,25	:
Spanien	2 838,72	2 570,81	2 543,11	2 496,52	2 439,04	2 323,21
Frankreich	1 858,99	1 610,23	1 507,42	1 404,25	1 319,58	1 242,83
Irland	312,73	320,01	293,34	281,86	257,95	248,89
Italien	5 287,35	4 761,76	4 773,22	4 601,09	3 963,63	3 737,66
Lettland	:	:	:	:	276,18	253,3
Litauen	:	:	:	:	:	540,82
Luxemburg	9,32	7,9	7,27	6,78	6,5	5,65
Ungarn	:	:	:	:	:	1 473,22
Malta	:	:	:	:	:	18,32
Niederlande	289,17	289,68	276,16	282,48	275,73	261,48
Österreich	:	:	547,25	512,64	526,81	:
Portugal	1 560,99	1 263,49	1 172,77	1 070,34	1 063,77	:
Slowenien	:	:	:	:	259,42	211,25
Slowakei	:	:	:	:	:	247,02
Finnland	:	:	232,07	223,69	183,87	176,27
Schweden	:	:	164,22	168,56	156,85	144,25
Vereinigtes Königreich	659,11	651,07	571,74	636,01	575,76	644,32
Norwegen	:	:	:	:	191,34	:

Zu den Arbeitskräften zählen alle Personen ab dem gesetzlichen Mindestalter, die in den letzten zwölf Monaten landwirtschaftliche Arbeiten im oder für den landwirtschaftlichen Betrieb verrichtet haben. Als regelmäßig beschäftigte Arbeitskräfte gelten alle Familienmitglieder des Betriebsinhabers (einschließlich des Betriebsinhabers), die im landwirtschaftlichen Betrieb arbeiten, und regelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte.

Regelmäßig in der Landwirtschaft beschäftigte weibliche Arbeitskräfte In 1 000 Personen

	1990	1993	1995	1997	2000	2003
EU-15	:	:	5 601,08	5 436,47	:	:
Belgien	47,62	48,21	43,95	40,93	37,17	34,44
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	68,22
Dänemark	40,8	40,04	38,11	36,78	:	25,21
Deutschland	647,28	534,27	466,29	428,82	415,97	384,01
Estland	:	:	:	:	:	45,09
Griechenland	647,54	809,85	677,66	698,05	593,2	:
Spanien	899,68	785,9	768,65	756,8	783,7	744,37
Frankreich	658,09	559,71	519,51	475,55	433,99	404,44
Irland	93,32	99,47	86,72	80,87	70,27	64,73
Italien	2 100,6	1 808,13	1 837,5	1 801,64	1 540,11	1 460,78
Lettland	:	:	:	:	:	128,98
Litauen	:	:	:	:	:	280,23
Luxemburg	3,51	2,92	2,66	2,45	2,34	1,98
Ungarn	:	:	:	:	:	652,76
Malta	:	:	:	:	:	4,06
Niederlande	86	88,79	86,93	93,8	92,43	92,79
Österreich	:	:	230,48	213,59	229,18	:
Portugal	727,94	588,43	548,09	502,43	499,22	:
Slowenien	:	:	:	:	:	98
Slowakei	:	:	:	:	:	101,07
Finnland	:	:	87,36	81,75	66,12	65,32
Schweden	:	:	53,85	54,99	51,21	48,53
Vereinigtes Königreich	198,76	193,48	153,3	168	171,09	197,27
Norwegen	:	:	:	:	67,98	:

Zu den Arbeitskräften zählen alle Personen ab dem gesetzlichen Mindestalter, die in den letzten zwölf Monaten landwirtschaftliche Arbeiten im oder für den landwirtschaftlichen Betrieb verrichtet haben. Als regelmäßig beschäftigte Arbeitskräfte gelten alle Familienmitglieder des Betriebsinhabers (einschließlich des Betriebsinhabers), die im landwirtschaftlichen Betrieb arbeiten, und regelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte.

Betriebsinhaber, die eine natürliche Person sind
 In 1 000 Personen

	1990	1993	1995	1997	2000	2003
EU-15	:	:	7 269,23	6 868,72	6 502,18	:
Belgien	84,54	75,04	69,52	65,24	59,28	51,58
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	42,98
Dänemark	80,99	73,34	68,36	62,69	57,32	47,93
Deutschland	646,27	600,3	561,38	518,43	440,06	407,21
Estland	:	:	:	:	:	36,08
Griechenland	849,9	819,03	802,23	821,22	816,53	:
Spanien	1 568,32	1 354,48	1 241,42	1 167,9	1 235,97	1 089,56
Frankreich	910,25	786,31	718,44	662,28	538	526,62
Irland	169,89	158,76	152,95	147,57	141,34	135,08
Italien	2 646,53	2 475,28	2 470,57	2 302,26	2 137,72	1 950,29
Lettland	:	:	:	:	139,63	126,52
Litauen	:	:	:	:	:	271,5
Luxemburg	3,91	3,36	3,14	2,92	2,75	2,42
Ungarn	:	:	:	:	:	765,66
Malta	:	:	:	:	:	10,93
Niederlande	122,24	116,45	109,79	104,18	95,11	82
Österreich	:	:	217,06	205,53	194,91	:
Portugal	593,59	483,9	445,18	410,84	409,31	:
Slowenien	:	:	:	:	86,34	77,04
Slowakei	:	:	:	:	:	70,08
Finnland	:	:	100,81	90,94	75,74	73,89
Schweden	:	:	83,43	83,79	75,92	62,96
Vereinigtes Königreich	226,77	228,15	224,94	222,87	222,22	270,53
Norwegen	:	:	:	:	69,96	:

Der Betriebsinhaber ist die Rechtsperson oder natürliche Person, die von der landwirtschaftlichen Tätigkeit profitiert. Es werden nur Einzelbetriebsinhaber berücksichtigt; Inhaber von Gruppenbetrieben sind ausgeschlossen.

Der Indikator A für das landwirtschaftliche Einkommen ist definiert als Index des realen Faktoreinkommens in der Landwirtschaft je Jahresarbeitseinheit. Er entspricht der realen Nettowertschöpfung zu Faktorkosten der Landwirtschaft bezogen auf die Gesamtzahl der Jahresarbeitseinheiten. Die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten berechnet man durch Subtraktion der Abschreibungen von der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen und Addition

des Wertes der (sonstigen) Subventionen abzüglich der Produktionsabgaben.

Der landwirtschaftliche Arbeitseinsatz entspricht im Sinne der landwirtschaftlichen Gesamtrechnung dem Arbeitseinsatz für die Erzeugung des Landwirtschaftszweiges, einschließlich landwirtschaftlicher Dienstleistungen und des Produktionsergebnisses bestimmter nicht landwirtschaftlicher Wirtschaftszweige.





Betriebsinhaber unter 35 Jahren

In 1 000 Personen

	1990	1993	1995	1997	2000	2003
EU-15	:	:	570,74	521,81	529,17	:
Belgien	9,83	9,13	10,88	9,14	6,64	4,42
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	4,04
Dänemark	8,78	6,93	6,56	6,5	5,44	4,02
Deutschland	101,43	103,42	98,16	85,89	72,53	49,33
Estland	:	:	:	:	:	3,44
Griechenland	73,77	58,87	49,03	44,36	71,25	:
Spanien	113,27	88,44	76,59	69,29	110,82	67,72
Frankreich	120,8	104,11	92,31	79,03	53,27	54,37
Irland	22,45	23,53	20,89	17,71	18,38	15,01
Italien	137,59	132,96	110,21	119,45	110,6	76,13
Lettland	:	:	:	:	14,63	10,86
Litauen	:	:	:	:	:	19,17
Luxemburg	0,45	0,38	0,36	0,3	0,29	0,2
Ungarn	:	:	:	:	:	44,53
Malta	:	:	:	:	:	0,65
Niederlande	11,29	11,8	10,31	7,35	6,46	5,78
Österreich	:	:	39,71	34,76	30,87	:
Portugal	39,66	22,81	18,52	15,05	17,02	:
Slowenien	:	:	:	:	4,49	2,98
Slowakei	:	:	:	:	:	3,82
Finnland	:	:	16,12	13,09	8,67	7,32
Schweden	:	:	7,45	6,42	5,27	3,83
Vereinigtes Königreich	16,81	15,45	13,65	13,45	11,66	9,32
Norwegen	:	:	:	:	9,62	:

Der Betriebsinhaber ist die Rechtsperson oder natürliche Person, die von der landwirtschaftlichen Tätigkeit profitiert. Es werden nur Einzelbetriebsinhaber berücksichtigt; Inhaber von Gruppenbetrieben sind ausgeschlossen.

Betriebsinhaber über 64 Jahre

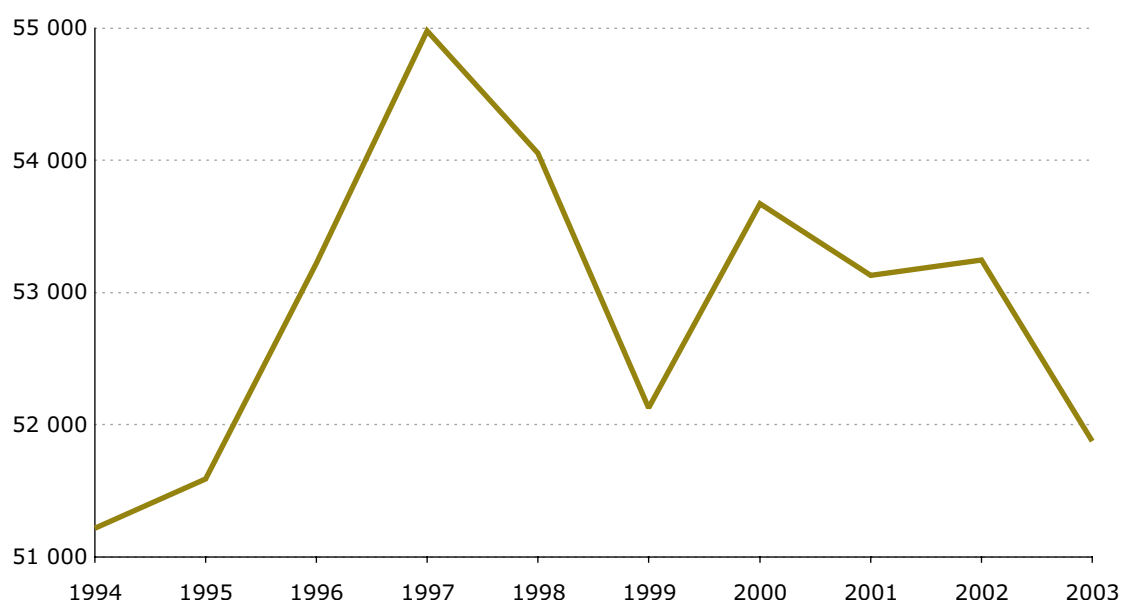
In 1 000 Personen

	1990	1993	1995	1997	2000	2003
EU-15	:	:	2021,95	1950,42	1871,29	:
Belgien	17,24	15,72	11,82	12,07	11,74	10,54
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	7,86
Dänemark	16,31	15,93	15,65	13,17	11,31	7,83
Deutschland	47,02	42,24	41,84	40,55	25,68	24,22
Estland	:	:	:	:	:	10,2
Griechenland	215,74	240,79	248,5	281,06	253,46	:
Spanien	383,9	364,07	371,35	368,35	347,42	366,25
Frankreich	125,74	116,14	110,16	105,63	97,35	84,92
Irland	38,65	32,31	32,5	32,31	28,04	27,41
Italien	850,95	850,58	912,29	827,65	825,95	788,4
Lettland	:	:	:	:	36,32	34,46
Litauen	:	:	:	:	:	102,28
Luxemburg	0,66	0,64	0,61	0,57	0,52	0,42
Ungarn	:	:	:	:	:	229,47
Malta	:	:	:	:	:	2,52
Niederlande	18,69	19,11	19	20,2	18,22	13,53
Österreich	:	:	20,94	20,93	20,26	:
Portugal	170,86	161,48	156,99	154,97	154,6	:
Slowenien	:	:	:	:	27,71	26,2
Slowakei	:	:	:	:	:	18,93
Finnland	:	:	7,07	5,41	4,59	4,82
Schweden	:	:	18,04	17,69	15,92	11,6
Vereinigtes Königreich	50,05	51,34	55,19	49,87	56,23	77,46
Norwegen	:	:	:	:	6,23	:

Getreideerzeugung In 1 000 Tonnen

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-25	224 666,3	222 101,9	228 426,2	257 689,4	261 017,4	265 605,2	251 564,8	259 661,3	256 736,8	265 019,5	231 786,8	289 479,9
EU-15	177 792,9	173 975,9	177 412,7	206 286,1	205 518,8	210 432	200 832,8	213 819,5	199 732,7	211 637,1	186 765,4	225 444,1
Eurozone	140 778,4	136 608,1	137 390,7	161 858,8	161 714,8	168 423,1	160 719,5	170 689,5	161 868,2	170 331,2	146 929	184 252
Belgien	2 139,4	2 091,4	2 212,1	2 534,9	2 393,8	2 535,9	2 406,6	2 512,9	2 358,5	2 639,3	2 613,2	2 951
Tschechische Republik	6 300,3	6 777,2	6 601,7	6 644,2	7 004,7	6 668,9	6 928,3	6 454,2	7 337,6	6 770,8	5 762,4	8 869,1
Dänemark	8 197,9	7 825	9 150	9 217,2	9 530	9 355,5	8 775	9 412,7	9 423,1	8 803,7	9 050,9	8 963,2
Deutschland	35 547,4	36 328,7	39 863,9	42 135,6	45 485,7	44 574,9	44 452	45 271,2	49 709,3	43 391,3	39 426	50 812,9
Estland	810,7	510,4	513,5	629,2	650,5	576	401,5	696,1	558,4	524,7	505,7	599,7
Griechenland	4 274,7	5 318	4 213	4 669	4 755	4 419	4 288	4 062	4 091,3	4 074,9	4 110	4 330,2
Spanien	17 155,6	14 833,1	11 241,4	21 644,3	18 562,5	21 778,5	17 321	23 739,8	17 179,2	20 863,8	20 308,3	23 838,5
Frankreich	55 261,7	53 039,4	53 142,6	62 120,4	62 886,9	67 807,7	64 135,9	65 582,5	60 143,1	69 555,7	54 807,1	70 393,2
Irland	1 626,2	1 609,3	1 795,9	2 142	1 943,4	1 865	2 011,3	2 173,9	2 164,1	1 963,6	2 146,9	2 458,8
Italien	18 465,2	17 826,1	18 337,5	19 486,2	18 455,1	19 305	19 641,5	19 392,5	18 660,3	19 877,3	16 461,8	21 683,2
Zypern	204,8	162,2	145,2	141,2	47,8	64,9	127	48	127,4	141,8	151	80
Lettland	1 230,7	896,1	689	960,8	1 035,2	958,9	783,4	923,6	928	1 028,5	932,4	1 059,5
Litauen	2 672,5	2 098,2	1 906,5	2 615,1	2 945,3	2 716,8	2 048,6	2 657,7	2 345,3	2 539,1	2 631,8	2 859,4
Luxemburg	151,9	133,6	147,6	175,5	162	167,2	153,8	152,8	144,3	168,8	164,1	179
Ungarn	8 507	11 694	11 256	11 308	14 132	12 997,4	11 384,9	10 026,5	15 039,2	11 695,9	8 758,4	16 557
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	1 512,3	1 406,1	1 548,7	1 711,1	1 622,7	1 569,3	1 416,5	1 818,8	1 862,6	1 823,9	1 917,1	1 932,8
Österreich	4 206,5	4 435,9	4 452,1	4 708,7	5 008,7	4 771,6	4 806,5	4 490,2	4 833,8	4 757,3	4 263,8	5 315,3
Polen	23 577	21 763,4	25 905,3	25 298	25 399,5	27 158,7	25 750,3	22 340,6	26 960,3	26 877,3	23 390,8	29 635,1
Portugal	1 379,8	1 513,4	1 321	1 500	1 395,3	1 279,5	1 506	1 465,5	1 151,9	1 350,8	1 037,9	1 068,6
Slowenien	418,6	524,1	506,4	484,9	542,5	557,1	478,6	493,8	496	610,7	398,8	582,7
Slowakei	3 151,8	3 700,5	3 489,9	3 322	3 741,1	3 474,5	2 829,4	2 201,3	3 212	3 193,6	2 490,3	3 793,2
Finnland	3 332,4	3 391,2	3 328	3 700,2	3 798,7	2 768,6	2 868,4	4 089,3	3 661	3 939,4	3 782,8	3 618,7
Schweden	5 041,6	4 269,8	4 791	5 954,1	5 986	5 618,4	4 931,3	5 670,3	5 390,7	5 461,9	5 352,1	5 511,7
Vereinigtes Königreich	19 500,3	19 955	21 868	24 587	23 533	22 616	22 119	23 985	18 959,4	22 965,4	21 323,3	22 387
Bulgarien	5 685	6 426	6 594,9	3 426	6 197,8	5 841,8	5 916,9	5 225,7	6 037,1	6 736,1	3 790,4	:
Kroatien	2 733	2 595	2 759	2 761	3 177	3 209	2 881	2 770,2	3 397,5	3 724,4	2 355,8	:
Rumänien	15 453,9	18 167,2	19 857,5	14 174,3	22 099,3	15 446,5	17 033,5	10 473,9	18 869,4	14 355,9	12 964,2	24 709,3
Türkei	:	:	:	29 020	29 445	32 842	28 520	31 889,9	29 203,4	30 462,7	22 334,7	:
Island	:	:	0,5	2	2,9	:	:	:	:	:	:	:
Norwegen	1 383,5	1 015	:	1 345,2	1 288,3	1 357,8	1 218,2	1 299,9	1 202,9	:	:	:

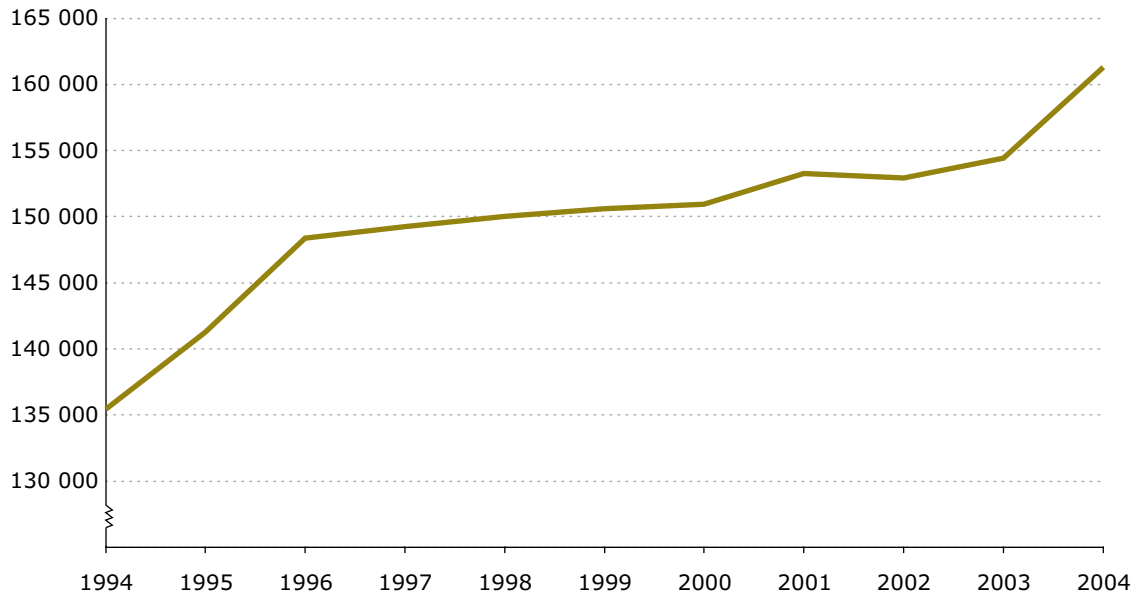
Getreideanbaufläche in der EU-25 In 1 000 ha





Pflanzliche Erzeugung in der EU-15

In Mio. ECU/EUR

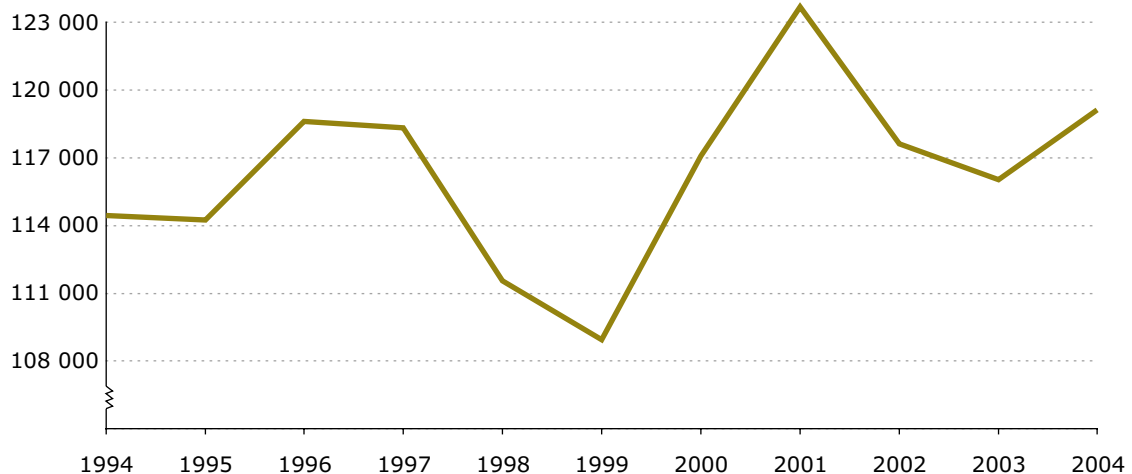


2002: vorläufiger Wert; 2003, 2004: geschätzter Wert.

Die pflanzliche Produktion wird zu Erzeugerpreisen berechnet. Der Erzeugerpreis ist der Betrag, den der Erzeuger erhält, abzüglich aller Gütersteuern und zuzüglich aller empfangenen Subventionen für die Erzeugnisse. Der Begriff der Produktion umfasst Verkäufe, Bestandsveränderungen sowie pflanzliche Erzeugnisse, die für die Viehfütterung, für die Verarbeitung oder für die Eigenverwendung der Erzeuger bestimmt sind.

Tierische Erzeugung in der EU-15

In Mio. ECU/EUR

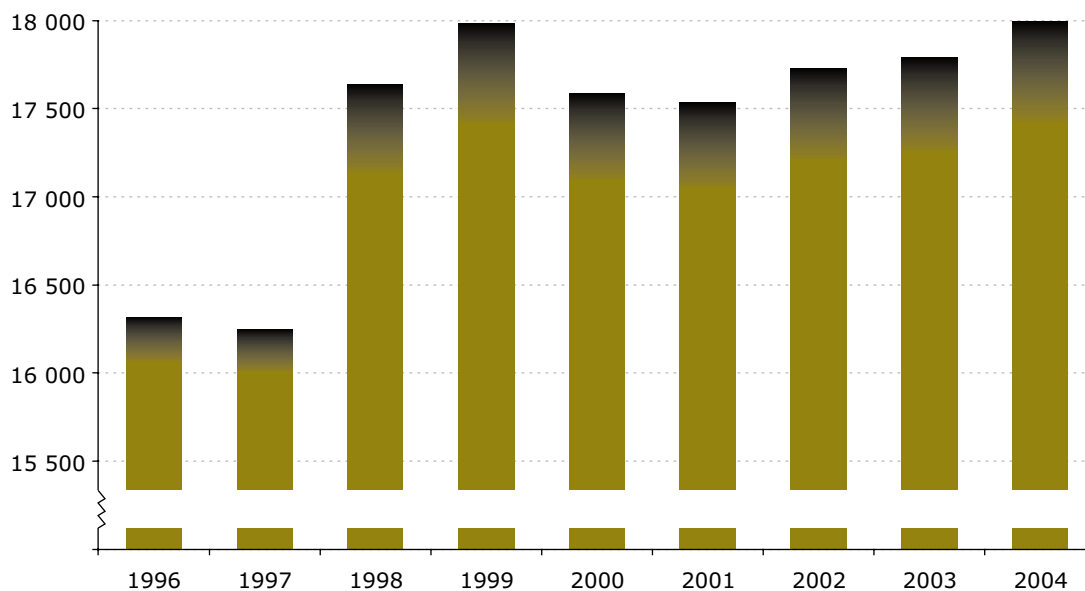


2002: vorläufiger Wert; 2003, 2004: geschätzter Wert.

Die tierische Produktion wird zu Erzeugerpreisen berechnet. Der Erzeugerpreis ist der Betrag, den der Erzeuger erhält, abzüglich aller Gütersteuern und zuzüglich aller empfangenen Subventionen für die Erzeugnisse. Der Begriff der Produktion umfasst Verkäufe, Bestandsveränderungen sowie Erzeugnisse, die für die Verarbeitung oder für die Eigenverwendung der Erzeuger bestimmt sind.

Fleischerzeugung in der EU-15: Schweine

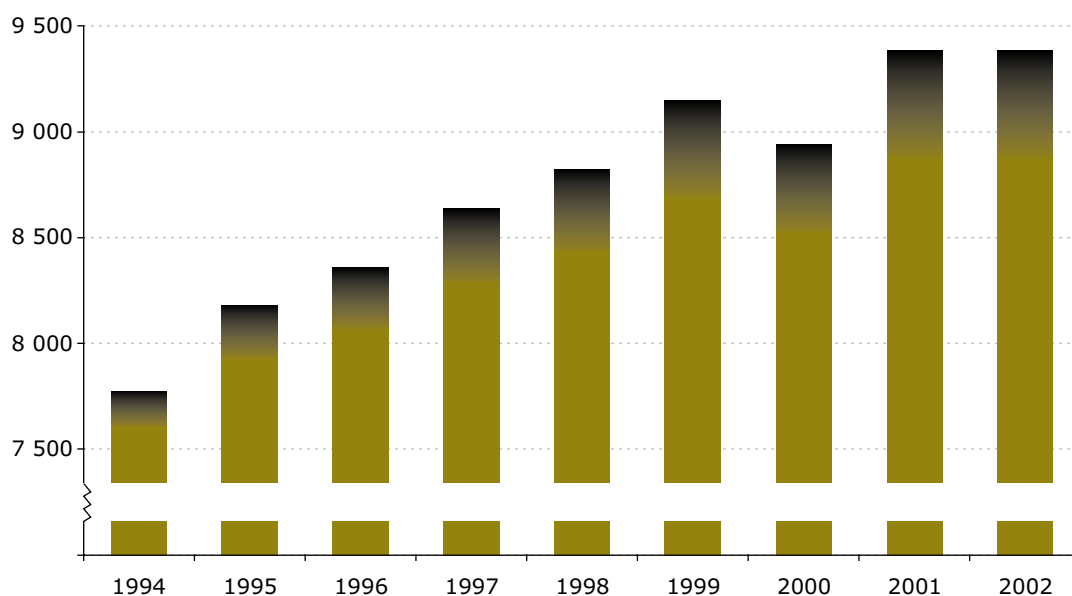
In 1 000 t



Der Indikator stellt das Gesamtschlachtgewicht von Schweinen dar, die in Schlachthäusern oder landwirtschaftlichen Betrieben geschlachtet wurden und deren Fleisch als genusstauglich eingestuft wurde.

Fleischerzeugung in der EU-15: Geflügel

In 1 000 t

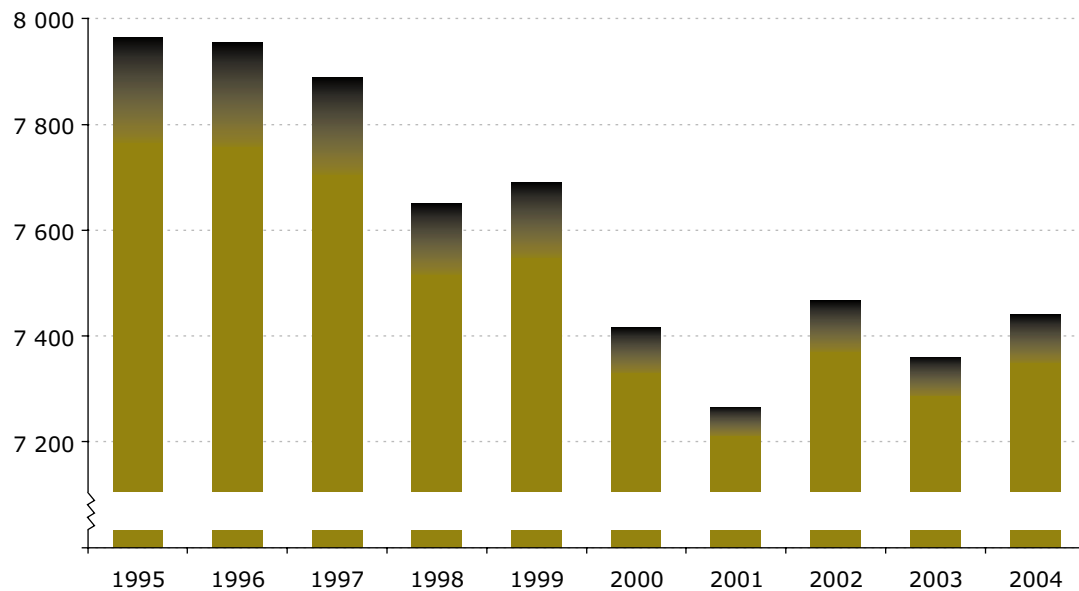


Gesamtschlachtgewicht von geschlachtetem Geflügel, dessen Fleisch als genusstauglich eingestuft wurde. Die folgenden Geflügelarten sind erfasst: Hühner, Hähnchen, Enten, Truthühner, Perlhühner, Gänse. Der Indikator bezieht sich vorwiegend auf die Erzeugung von Hühnervögeln einschließlich Masthähnchen.



Fleischerzeugung in der EU-15: Rinder

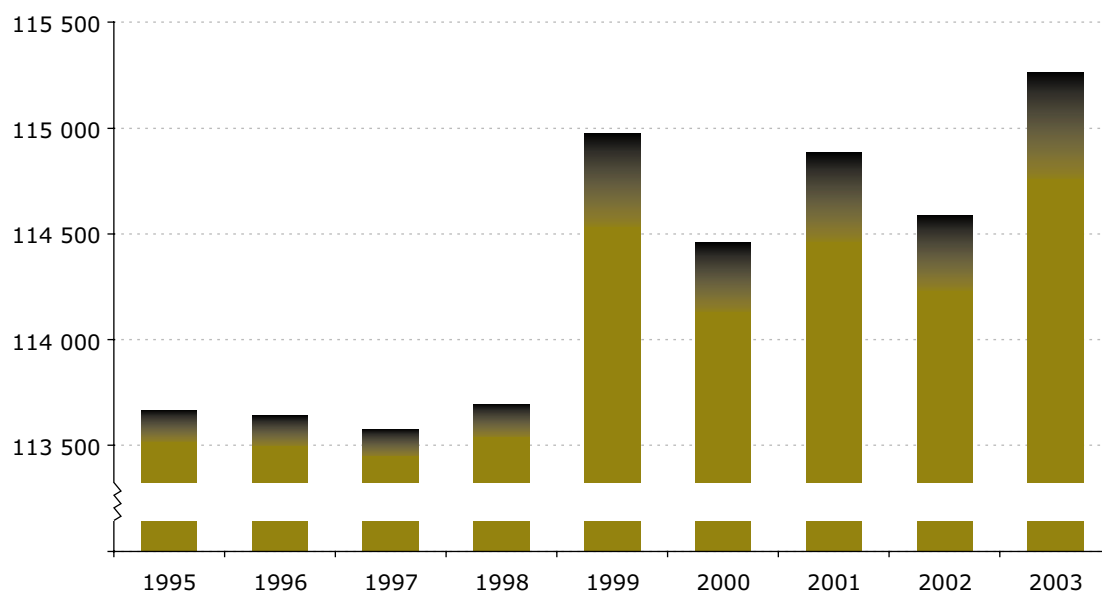
In 1 000 t



Der Indikator bezieht sich auf das Schlachtgewicht von Rindern (Kälber, Ochsen, Bullen, Färsen und Kühe), die in Schlachthäusern oder landwirtschaftlichen Betrieben geschlachtet wurden und deren Fleisch als genusstauglich eingestuft wurde.

Kuhmilchaufnahme in der EU-15

In 1 000 t



Die Daten beziehen sich auf Kuhmilch, die in den landwirtschaftlichen Betrieben von zugelassenen Molkereien aufgenommen wird. Dabei ist zwischen der Milchaufnahme durch die Molkereien und der Milcherzeugung in den landwirtschaftlichen Betrieben zu unterscheiden. Die Milchaufnahme ist lediglich ein Teil der gesamten Milchverwendung im landwirtschaftlichen Betrieb. Zu den anderen Verwendungsarten zählen in der Regel der Eigenverbrauch, der Direktverkauf und die Viehfütterung.

Indizes der Erzeugerpreise für die landwirtschaftliche Erzeugung

2000 = 100; deflationiert

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-25	:	:	:	:	100	102,3	96,7	97,7	95,2
EU-15	112,8 (s)	109,7 (s)	104,4 (s)	98,7 (s)	100	102,4	97,2	98,5	95,4
Belgien	110,5 (s)	110,3 (s)	102,6 (s)	93,0 (s)	100	102	91	92,6	92,7
Tschechische Republik	:	:	:	:	100	106,1	94,4	91	94,7
Dänemark	115,6 (s)	113,4 (s)	98,4 (s)	92,2 (s)	100	105,1	92,5	86,7	88,1
Deutschland	108,6 (s)	108,1 (s)	102,2 (s)	95,4 (s)	100	105,3	97,2	97,1	94
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Griechenland	110,4	106,8	101	99	100	102,3	105,4	111	104,8
Spanien	115,1 (s)	109,4 (s)	104,6 (s)	99,0 (s)	100	100,2	94,2	87,8	86,1
Frankreich	106,0 (s)	104,9 (s)	104,1 (s)	100,2 (s)	100	101,6	96,5	97,5	93,7
Irland	117,4	108,9	105,7	98,9	100	100,3	91,8	87,9	87,9
Italien	114,2 (s)	112,7 (s)	106,8 (s)	100,2 (s)	100	102,6 (s)	101,4 (s)	103,8 (s)	99,3 (s)
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Lettland	222,8	149,9	98,4	90,7	100	100,2	95,6	90,3	106,3
Litauen	:	:	:	:	100	113,2	112,3	101,2	101,1
Luxemburg	107,9	108,8	107,1	102,9	100	99,4	95,2	93,8	93,9
Ungarn	:	:	:	:	100	97,2	90,7	92	81,4
Malta	:	:	:	:	100	106,8	104,9	99	89,7
Niederlande	105,8 (s)	110,4 (s)	102,8 (s)	95,0 (s)	100	100,9	94,9	94	88,1
Österreich	109,6 (s)	110,9 (s)	102,3 (s)	95,5 (s)	100	104,3	97,7	96,8	94,3
Polen	127,4	121,9	107,2	94,7	100	99	88,2	88,7	99,6
Portugal	107,5 (s)	106,1 (s)	105,1 (s)	98,1 (s)	100	102,0 (s)	94,1 (s)	94,1 (s)	85,1 (s)
Slowenien	:	:	:	:	100	100,4	94,2	92,1	87,8
Slowakei	:	:	:	:	100	:	:	:	80,3
Finnland	115,7	108,4	105,6	99,5	100	102,5	99,1	93,3	95,5
Schweden	111,3 (s)	107,3 (s)	104,6 (s)	102,6 (s)	100	102,4	97,5	93,9	91,7
Vereinigtes Königreich	142,7	121,5	109,3	104,3	100	107	100,7	105,7	107,7
Bulgarien	:	:	:	:	100	102,5	86,5	91,4	:
Rumänien	:	:	:	:	100	104,3	106,7	100,6	82,6

Die Indizes in der Tabelle liefern Angaben über die Entwicklung der Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse insgesamt. Die Teilindizes wurden mit dem Wert der Verkäufe des Jahres 2000 gewichtet. Die nominalen Indizes wurden mithilfe der harmonisierten Verbraucherpreisindizes deflationiert.

Index der Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel

2000 = 100; deflationiert

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-25	:	:	:	:	100	101,1	99	98,4	100
EU-15	104,9 (s)	104,0 (s)	99,9 (s)	97,5 (s)	100	101,1	99	98,4	100
Belgien	101,9 (s)	102,5 (s)	98,1 (s)	96,4 (s)	100	100,1 (s)	99,1 (s)	97,8 (s)	96,3
Tschechische Republik	:	:	:	:	100	100,1	97,4	96	99,7
Dänemark	105,5 (s)	106,6 (s)	103,6 (s)	99,8 (s)	100	103,5	102,2	99	101,2
Deutschland	100,4 (s)	100,3 (s)	96,9 (s)	95,7 (s)	100	102,1	100,3	99,5	101,4
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Griechenland	103,4	100,3	97,8	97,6	100	98,4	97,4	97,9	102,1
Spanien	103,3 (s)	104,1 (s)	101,7 (s)	98,2 (s)	100	100	97,4	95,7	96,5
Frankreich	101,7 (s)	101,9 (s)	99,1 (s)	97,7 (s)	100	101,3	99,9	99	100,4
Irland	106,5	104	100,4	99,4	100	100,4	97,5	96	97,1
Italien	113,1 (s)	113,7 (s)	105,0 (s)	98,8 (s)	100	101,6 (s)	100,2 (s)	99,5 (s)	102,0 (s)
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Lettland	100,8	104	103	101,4	100	99,2	97,9	99,1	100,9
Litauen	:	:	:	:	100	95,2	98,7	95,3	91,2
Luxemburg	101,9	101,4	100,5	99,9	100	101,1	100,3	99,1	96,2
Ungarn	:	:	:	:	100	102,4	98,3	99,5	102,3
Malta	:	:	:	:	100	98,3	96,7	94,7	93,3
Niederlande	104,6 (s)	103,2 (s)	99,0 (s)	96,6 (s)	100	100,7	97,9	97,5	97,7
Österreich	102,1 (s)	102,4 (s)	99,4 (s)	98,7 (s)	100	99,6	97,6	98,2	99,6
Polen	95,3	95	94,3	96,9	100	101,2	101,6	103,9	107,9
Portugal	109,6 (s)	106,2 (s)	101,0 (s)	99,0 (s)	100	102,8 (s)	95,5 (s)	96,3 (s)	98,3 (s)
Slowenien	:	:	:	:	100	103,1	98,9	98,1	103
Slowakei	:	:	:	:	100	:	:	:	89,2
Finnland	102,3	103,1	100,3	97,8	100	99,6	98,2	98,2	100,8
Schweden	101,4 (s)	100,7 (s)	98,1 (s)	97,5 (s)	100	102,4	102,3	102	104,8
Vereinigtes Königreich	114,8	108,4	101,6	99,2	100	102,3	100,6	101,8	107,5

Die Indizes in der Tabelle liefern Angaben über die Entwicklung der Einkaufspreise für landwirtschaftliche Produktionsmittel insgesamt. Die Teilindizes wurden mit dem Wert der Einkäufe des Jahres 2000 gewichtet. Die nominalen Indizes wurden mithilfe der harmonisierten Verbraucherpreisindizes deflationiert.

Indikator A für das Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit
 1995 = 100

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU-15	93,81	100	103,59	103,96	100,69	100,45	104,15	110,95(e)	103,03(p)	105,70(e)	106,79(e)
Belgien	111,09	100	109,65	113,81	107,52	99,48	107,92	116,83(e)	98,26(e)	99,08(e)	90,48(e)
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Dänemark	85,66	100	98,98	95,01	73,52	73,89	89,41	100,32	74,55	69,46(e)	82,34(e)
Deutschland	91,92	100	115,41	118,46	105,85	105,25	129,23	161,54	118,24	115,25(e)	134,41(e)
Estland	:	100	106,56	104,30	114,23	62,66	93,98	115,13	114,63	161,85(e)	252,32(e)
Griechenland	95,60	100	94,99	95,40	94,90	95,15	96,26	99,28	96,85(e)	95,93(e)	98,57(e)
Spanien	100,37	100	112,08	113,07	108,47	101,63	107,44	116,06	110,51(p)	123,93(e)	126,98(e)
Frankreich	94,18	100	100,49	104,04	108,56	106,37	105,82	107,02	104,70	103,82(e)	99,96(e)
Irland	93,36	100	98,89	96,00	92,82	87,83	102,40	100,85	96,04(e)	96,30(e)	95,06(e)
Italien	91,06	100	105,68	108,31	108,23	116,73	112,62	113,12	108,34	109,30(e)	110,77(e)
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Luxemburg	88,67	100	103,64	95,26	104,62	98,65	93,98	93,01	95,63	91,38(e)	98,56(e)
Ungarn	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	97,38	100	95,86	103,53	92,97	86,38	87,33	88,98	78,25	81,78(e)	72,44(e)
Österreich	91,21	100	94,36	85,99	84,64	85,38	92,36	107,90	102,65	100,18(e)	100,93(e)
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Portugal	91,12	100	109,81	104,04	104,25	126,18	108,99	132,66	123,94	124,68(e)	125,52(e)
Slowenien	:	100	89,18	102,88	100,01	93,85	101,12	87,04	118,04	89,71(e)	101,44(e)
Slowakei	:	100	105,13	108,11	95,82	102,20	99,32	113,84	107,51(e)	92,80(e)	119,57(e)
Finnland	79,29	100	85,35	85,01	69,79	89,83	116,46	116,91	123,67	97,31(e)	93,61(e)
Schweden	83,83	100	97,97	103,81	106,25	93,52	101,55	109,70	110,50	108,82(e)	111,28(e)
Vereinigtes Königreich	91,14	100	93,64	72,21	62,79	61,46	59,01	63,36	68,37(e)	81,06(e)	81,53(e)

Der Indikator A ist die deflationierte (reale) Nettowertschöpfung zu Faktorkosten der Landwirtschaft je Jahresarbeitseinheit. Der implizite Preisindex des BIP dient als Deflator.

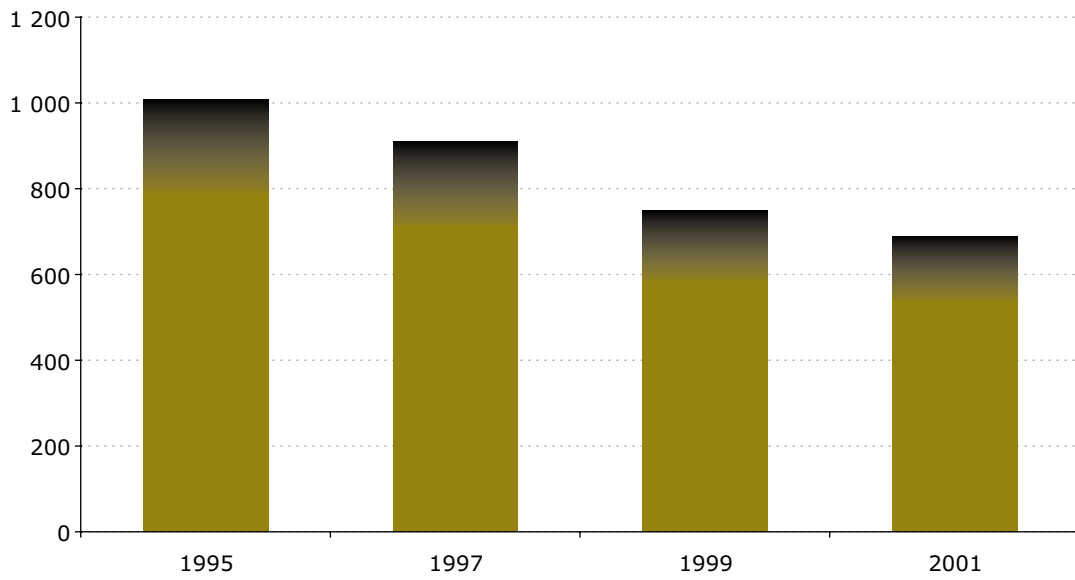
Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft zu Herstellungspreisen
 In Mio. ECU/EUR

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-25	:	:	:	:	154 592,99	151 232,14	:	:	:	157 567,81(e)	163 929,18(e)
EU-15	135 629,12	139 374,30	146 112,63	146 424,45	144 212,90	142 298,47	146 519,40	153 688,77	146 883,79(p)	148 520,76(e)	152 919,32(e)
Belgien	2 946,08	2 784,40	2 852,09	2 915,34	2 785,32	2 605,86	2 795,55	2 863,56	2 565,10	2 670,31(e)	2 498,14(e)
Tschechische Republik	:	:	:	:	936,75	775,36	867,89	1 064,13	952,73	866,32(e)	1 267,71(e)
Dänemark	3 404,85	3 906,76	3 921,77	3 761,91	3 048,24	3 003,63	3 466,52	3 916,28	3 110,60	3 018,15	3 285,06(e)
Deutschland	14 335,24	15 764,99	16 628,26	16 416,09	15 650,99	15 571,47	17 496,82	20 101,71	16 382,78	15 703,96(e)	17 078,46(e)
Estland	:	94,28	112,85	120,92	152,80	109,21	155,94	176,87	167,13	174,70(e)	204,12(e)
Griechenland	7 945,24	8 408,38	8 181,73	8 456,90	8 169,35	8 387,80	8 209,59	8 427,42	8 297,10	8 227,52(e)	8 627,46(e)
Spanien	19 130,88	19 216,72	22 315,15	22 810,86	23 083,50	21 665,07	23 072,43	25 021,91	24 448,16(p)	26 970,71(e)	28 132,48(e)
Frankreich	29 572,11	30 910,24	30 889,69	31 059,30	32 122,20	31 664,20	31 661,20	31 737,30	31 431,30	30 603,46(e)	31 200,50(e)
Irland	3 013,46	3 058,30	3 070,86	3 036,33	2 879,70	2 612,41	2 841,53	2 673,93	2 493,13	2 601,08(e)	2 641,81(e)
Italien	24 471,22	24 020,89	27 478,40	28 533,66	28 431,51	28 877,02	28 219,62	29 315,29	28 774,47	29 092,25	30 140,50
Zypern	:	:	:	:	315,41	326,86	:	:	:	353,71(e)	356,68(e)
Lettland	:	:	:	:	185,22	164,21	212,06	244,29	233,99	211,04(e)	242,13(e)
Litauen	:	322,36	494,09	545,17	536,03	458,50	406,39	361,81	354,85	420,51(e)	549,68(e)
Luxemburg	120,88	135,13	123,34	110,01	124,81	133,37	126,87	127,64	127,44	124,59(e)	135,98(e)
Ungarn	:	:	:	:	2 052,65	1 916,81	1 895,93	2 095,44	2 119,38	1 953,29(e)	1 797,88(e)
Malta	:	:	:	:	70,56	70,14	68,96	72,67	71,47	68,99(e)	72,81(e)
Niederlande	9 192,05	9 666,76	9 384,76	8 835,21	9 072,26	8 701,92	9 303,01	9 517,18	9 008,45	9 164,74(e)	8 585,31(e)
Österreich	3 404,78	3 223,82	2 953,49	2 748,96	2 626,95	2 615,67	2 697,31	2 898,74	2 751,02	2 668,39(e)	2 668,18(e)
Polen	:	:	:	:	5 180,28	4 258,02	4 756,47	6 034,82	4 917,22	4 208,88(e)	5 463,59(e)
Portugal	2 513,78	2 700,19	2 858,03	2 592,55	2 467,24	2 864,79	2 692,09	3 201,28	3 198,68	3 296,27(e)	3 315,41(e)
Slowenien	:	438,68	411,80	464,62	467,11	439,71	431,19	399,35	505,68	387,39(e)	409,28(e)
Slowakei	:	533,67	568,62	590,12	483,22	414,81	344,56	439,99	526,60(e)	402,19(e)	645,96(e)
Finnland	1 969,05	1 642,93	1 580,45	1 535,81	1 104,36	1 278,80	1 515,80	1 538,80	1 575,44	1 457,80(e)	1 360,10(e)
Schweden	1 657,04	1 659,41	1 728,86	1 747,64	1 641,36	1 429,32	1 611,09	1 534,43	1 573,92	1 578,98(e)	1 619,85(e)
Vereinigtes Königreich	11 952,39	12 275,30	12 145,69	11 863,82	11 005,05	10 887,08	10 809,91	10 813,25	11 146,15(e)	11 342,49(e)	11 630,03(e)
Bulgarien	:	1 427,71	993,83	2 028,38	1 801,80	1 678,53	1 634,11	1 803,31	1 605,05	1 532,23	:
Rumänien	:	:	:	:	5 152,42	4 219,66	4 216,98	5 708,90	5 197,96	5 653,43	:
Norwegen	:	1 004,80	1 044,61	983,69	972,60	948,57	893,93(e)	941,91(e)	954,54	906,18	905,75

Die Bruttowertschöpfung zu Erzeugerpreisen ist der Produktionswert (zu Erzeugerpreisen) abzüglich Vorleistungen. Der Erzeugerpreis ist der Betrag, den der Erzeuger erhält, abzüglich aller Gütersteuern und zuzüglich aller empfangenen Subventionen für die Erzeugnisse. Die Definition der Forstwirtschaft basiert auf Abteilung 01 der Systematik NACE Rev. 1.

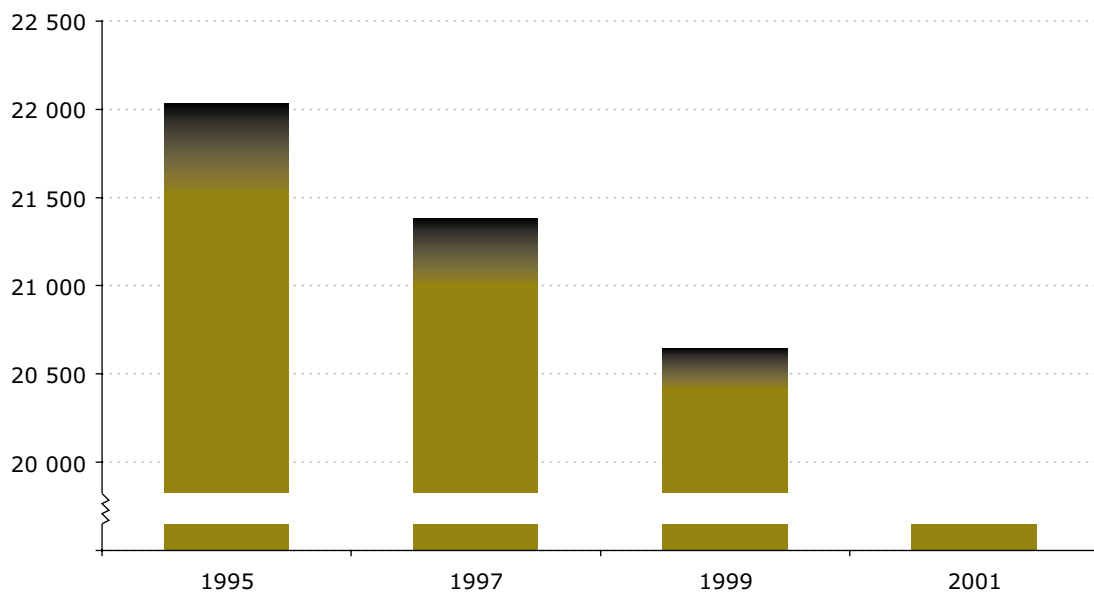
Betriebe mit Milchkühen in der EU-15

In 1 000



Anzahl der Milchkühe in der EU-15

In 1 000



7



Forstwirtschaft

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Holzentnahme nach Rundholzkategorien und -arten
- Holzentnahme nach Besitz
- Rundholz: Versorgungsbilanz, Produktion und Handel
- Die wichtigsten Produkte der Holzindustrie: Versorgungsbilanz, Produktion und Handel

Die Wälder Europas

Die Waldbestände der Erde werden auf ca. 3 870 Mio. ha geschätzt und bedecken damit 30 % der gesamten Landfläche. Seit der Erweiterung im Mai 2004 bedecken die Wälder der Europäischen Union mit 160 Mio. ha etwa 42 % der gesamten Landfläche. Entgegen den Entwicklungstendenzen in anderen Gebieten der Erde steigt die Waldfläche in der EU langsam, aber stetig um ca. 0,3 % pro Jahr an und ist durch eine große Vielfalt an klimatischen, geografischen, ökologischen und sozioökonomischen Gegebenheiten gekennzeichnet. Die Wälder in der Europäischen Union wachsen in vielen verschiedenen Vegetationszonen und Ökosystemen, von den Küstenebenen bis zur alpinen Region. Auch die sozioökonomischen Bedingungen der Waldbewirtschaftung sind sehr unterschiedlich und reichen vom kleinen Familienbetrieb bis hin zu vertikal integrierten Unternehmen.

Die wichtigsten Zielsetzungen der EU im Hinblick auf die Forstwirtschaft sind:

- Förderung der nachhaltigen Entwicklung des Forstsektors als Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raums und insbesondere zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten;
- Schutz unserer natürlichen Umwelt und unseres forstlichen Erbes durch die Stärkung der Rolle, die die Wälder und der Forstsektor bei Bodenschutz, Erosionseindämmung, Wasserregulierung, Verbesserung der Luftqualität, Kohlenstoffbindung, Abmilderung der Folgen des Klimawandels und Anpassung an die Klimaveränderungen und nicht zuletzt der Erhaltung der ökologischen Vielfalt spielen;
- Verbesserung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung hinsichtlich ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte im Rahmen des Gemeinsamen Marktes und in Übereinstimmung mit den internationalen Verpflichtungen der Union;
- Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der holzbe- und -verarbeitenden Industrie in der EU;
- Verbesserung der Instrumente zum Monitoring von Wäldern gemäß den Anforderungen bestehender Umweltvereinbarungen;

- verstärkte Nutzung von nachhaltig produziertem Holz und anderen forstwirtschaftlichen Erzeugnissen als umweltfreundliche und klimaneutrale Ausgangsstoffe und Energiequellen durch Förderung der Zertifizierung nachhaltiger Forstbewirtschaftung und der Kennzeichnung entsprechender Produkte;
- Förderung einer nachhaltigen und ausgewogenen Waldbewirtschaftung mit dem Ziel der Verminderung der Armut und somit als wirksamer Beitrag zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union.

Datenquellen

Eurostat pflegt schon seit Jahren eine intensive Kooperation mit den internationalen Organisationen der Gemeinsamen Sekretariats-Arbeitsgruppe für Forstwirtschaft, um Doppelarbeiten in den entsprechenden Ländern zu vermeiden.

Zur Erstellung gemeinsamer Forststatistiken haben sich Eurostat, die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und die Internationale Tropenholzorganisation (ITTO) zur Gemeinsamen Sekretariats-Arbeitsgruppe zusammengeschlossen. Auch die Generaldirektionen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Unternehmen und Industrie sowie Umwelt der Europäischen Kommission, die Europäische Umweltagentur (EUA) und die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) sind Mitglieder der Arbeitsgruppe.



Das wichtigste Instrument zur Zusammenarbeit ist der von Eurostat/UNECE/FAO/ITTO erarbeitete Gemeinsame Fragebogen zu Herstellung und Handel mit Rundholz und anderen Produkten der Forstindustrie, der von allen Organisationen verwendet wird. Jede Institution erhebt die

entsprechenden Daten in den Ländern, für die sie zuständig ist. Die Sekretariate tauschen die erhobenen Daten aus und verwenden sie für ihre Veröffentlichungen. In diesem Rahmen führt Eurostat die Erhebung in den Mitgliedstaaten der EU und der EFTA durch.

Rundholzerzeugung insgesamt

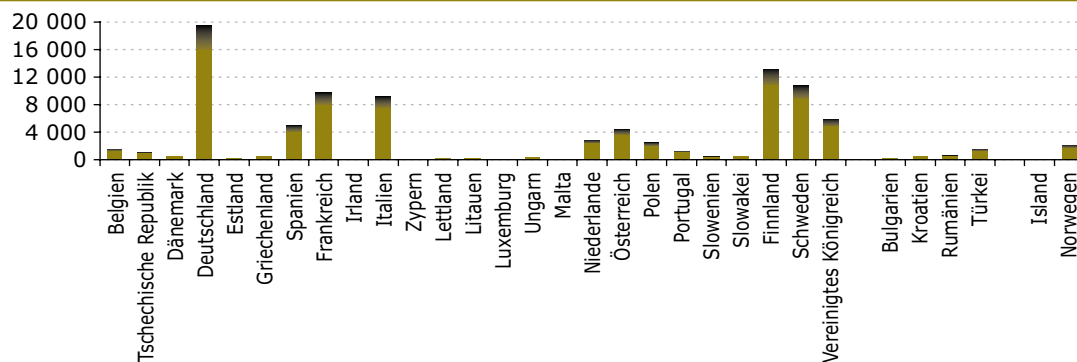
In 1 000 m³

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	282 232	311 135	319 148	302 240	320 330	324 402	331 757	369 535	341 137	348 812	368 033
EU-15	232 674	255 333	258 005	240 683	253 185	254 480	254 520	286 017	259 132	263 136	279 924
Belgien	:	:	:	:	:	:	4 400	4 510	4 215	4 500	4 765
Tschechische Republik	10 406	11 950	12 365	12 600	13 491	13 991	14 203	14 441	14 374	14 541	15 140
Dänemark	2 281	2 282	2 282	2 282	2 207	1 558	1 538	2 952	1 613	1 446	1 627
Deutschland	33 152	39 813	39 343	37 014	38 207	39 052	37 634	53 710	39 483	42 380	51 182
Estland	2 439	3 550	3 709	3 901	5 505	6 061	6 704	8 910	10 200	10 500	10 200
Griechenland	2 096	2 091	1 961	2 012	1 885	1 692	2 215	2 245	1 916	1 591	1 673
Spanien	13 757	15 307	16 075	15 631	15 631	14 874	14 810	14 321	15 131	15 839	16 105
Frankreich	39 363	42 242	36 061	33 143	34 932	35 527	36 008	45 828	39 831	35 449	36 850
Irland	1 821	2 018	2 204	2 291	2 180	2 266	2 593	2 673	2 455	2 646	2 683
Italien	8 818	9 465	9 736	9 121	9 146	9 550	11 138	9 329	8 099	7 511	8 219
Zypern	53	47	48	45	41	35	36	21	18	15	12
Lettland	4 931	5 700	6 890	8 080	8 922	10 030	14 008	14 304	12 841	13 466	12 916
Litauen	2 329	3 992	5 960	5 540	5 149	4 879	4 924	5 500	5 700	6 115	6 275
Luxemburg	:	:	:	:	:	:	260	260	142	140	136
Ungarn	4 496	4 527	4 331	3 652	4 251	4 167	5 231	5 902	5 811	5 836	5 785
Malta	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Niederlande	1 075	1 043	1 104	952	1 109	1 023	1 044	1 039	865	839	1 044
Österreich	12 856	14 960	14 405	15 609	15 325	14 033	14 083	13 276	13 467	14 846	17 055
Polen	18 590	18 776	20 651	20 287	21 635	23 107	24 268	26 025	25 016	27 137	28 835
Portugal	10 207	9 819	9 350	8 978	8 978	8 548	8 978	10 831	8 946	8 742	9 672
Slowenien	1 065	1 944	1 866	1 991	2 208	2 133	2 068	2 253	2 257	2 283	2 591
Slowakei	5 249	5 316	5 323	5 461	5 943	5 519	5 795	6 163	5 788	5 782	6 355
Finnland	42 244	48 745	50 219	46 272	51 798	53 660	53 637	54 262	52 210	53 011	53 778
Schweden	54 000	55 900	63 600	56 300	60 200	60 600	58 700	63 300	63 200	66 600	67 300
Vereinigtes Königreich	6 764	7 308	7 555	7 093	7 482	7 260	7 482	7 481	7 559	7 596	7 835
Bulgarien	3 547	2 685	2 838	3 205	3 041	3 231	4 352	4 784	3 992	4 833	4 833
Kroatien	2 452	2 817	2 603	2 539	3 050	3 398	3 486	3 669	3 468	3 641	3 847
Rumänien	8 840	11 925	12 178	12 250	13 529	11 649	12 704	13 148	12 424	15 154	13 961
Türkei	18 877	16 845	19 279	19 411	18 050	17 668	16 608	15 939	15 337	16 122	15 810
Liechtenstein	15	25	18	13	13	13	:	:	:	:	:
Norwegen	9 710	8 744	9 045	8 423	8 556	8 172	8 424	8 156	8 996	8 652	8 302
Kanada	176 193	183 224	188 346	183 368	188 730	176 942	193 890	200 284	187 591	194 532	194 727
Vereinigte Staaten	470 726	473 107	469 830	465 240	468 786	469 750	469 313	466 549	449 114	448 000	448 059
Russie	174 630	115 670	116 510	101 750	113 798	95 000	143 600	158 100	164 700	165 000	168 500

Die Rundholzerzeugung umfasst alle Arten der Holzentnahme in Wäldern, auf sonstigen Flächen mit Bäumen und Sträuchern oder in Einschlagorten während eines bestimmten Zeitraums. Angabe in Festmetern ohne Rinde.

Herstellung von Papier und Pappe insgesamt im Jahr 2003

In 1 000 t



Die Kategorie „Papier und Pappe“ umfasst Druck- und Schreibpapier, Haushalts- und Hygieneartikel aus Zellstoff und Papier, Verpackungsmittel und sonstige Waren aus Papier, Karton und Pappe. Ausgeschlossen sind verarbeitete Erzeugnisse wie Schachteln, Kartons, Bücher, Zeitschriften usw.



Fischerei

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Fänge nach Fischereigeieten
- Aquakulturproduktion
- Außenhandel mit Fischereierzeugnissen für alle Länder
- Versorgungsbilanz für Fischereierzeugnisse
- Fischereiflotte
- Anlandungen von Fischereierzeugnissen in Häfen der EU
- Beschäftigung im Fischereisektor

Gemeinsames Erbe

Fische sind eine natürliche, biologische, bewegliche, nachwachsende Ressource. Ihre Reproduktion verläuft ohne notwendige Eingriffe und ohne Kosten. Allerdings wandern Fische mitunter über enorme Entfernungen. Sie gehören niemandem, bevor sie nicht gefangen sind. Gleichzeitig geht mit jedem Fisch, der aus dem Meer entnommen wird, den übrigen Fängern ein Fisch verloren. Verhalten und Erfolg eines Fischers berühren folglich unmittelbar alle übrigen Fischer.

Diese Abhängigkeit von und die Anfälligkeit gegenüber Tätigkeiten von Dritten sind unvermeidbar. Fischbestände gelten weiterhin als Gemeinbesitz, Teil unseres gemeinsamen Erbes, das gemeinsam verwaltet werden muss. Wenn auch künftige Generationen in den Genuss dieses Erbes kommen sollen, muss daher festgelegt werden, in welchem Umfang, mit welchen Methoden und mit welchem Fanggerät gefischt werden darf.

Gemeinsame Fischereipolitik – die Kunst, Fisch der richtigen Größe in den richtigen Mengen auf die richtige Art und Weise zu fangen

Mit der Gemeinsamen Fischereipolitik verfügt die Europäische Union über ein Management-Instrument für die Fischerei, das den Interessen von Erzeugern und Verbrauchern sowie dem Schutz der Ressourcen dient.

Die Maßnahmen der Gemeinschaft betreffen vier Bereiche:

- **Bestandserhaltung** – Schutz der Fischressourcen durch Festlegung der Fischmengen, die dem Meer entnommen werden dürfen; Maßnahmen, die das Überleben einer ausreichenden Menge von Fischen im fortpflanzungsfähigen Alter garantieren;

- **Strukturmaßnahmen** – Unterstützung von Fischwirtschaft und Aquakultur bei der Anpassung ihrer Organisationsstrukturen und Ausrüstungen an die Situationen, die sich aus den knappen Ressourcen und der Marktlage ergeben;
- **Märkte** – Aufrechterhaltung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und Anpassung von Angebot und Nachfrage zum Nutzen der Hersteller und Verbraucher;
- **internationale Beziehungen** – Abschluss von Fischereiabkommen und Verhandlungen auf internationaler Ebene im Rahmen regionaler und internationaler Fischereiorganisationen über gemeinsame Bestandserhaltungsmaßnahmen im Bereich der Hochseefischerei.



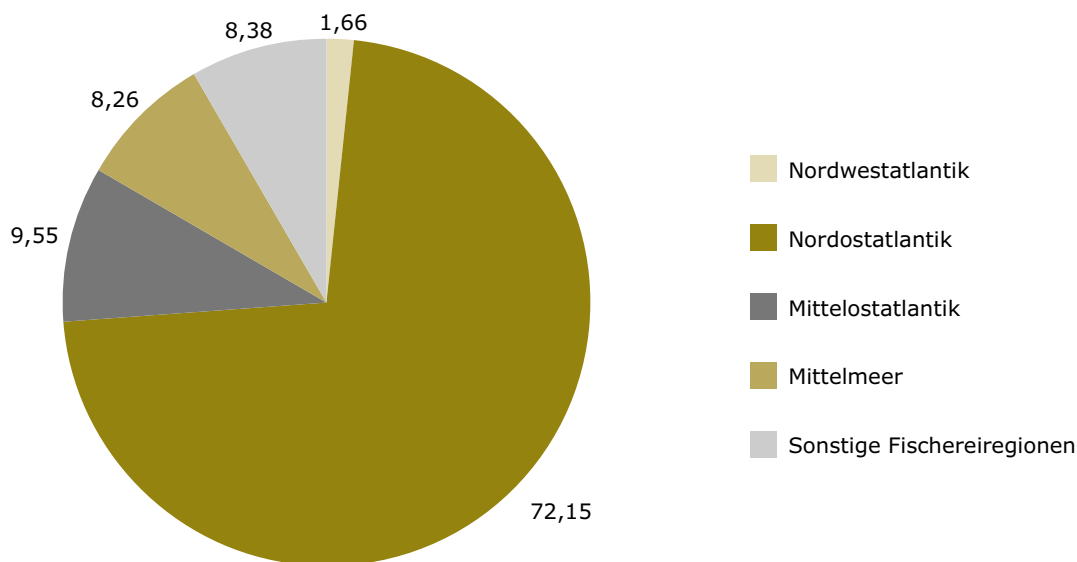
Datenerhebung und Konzepte

Für die EWR-Länder leitet Eurostat die Daten direkt aus den amtlichen nationalen Quellen ab, für andere Länder erfolgt dies durch andere internationale Organisationen.

Die Erhebung der Daten erfolgt anhand von international vereinbarten Konzepten und Definitionen, die von der Arbeitsgruppe für die Koordination der Fischereistatistik erstellt wurden. In dieser Arbeitsgruppe wirken neben Eurostat noch zwölf weitere internationale, für Fischereistatistiken zuständige Organisationen mit.

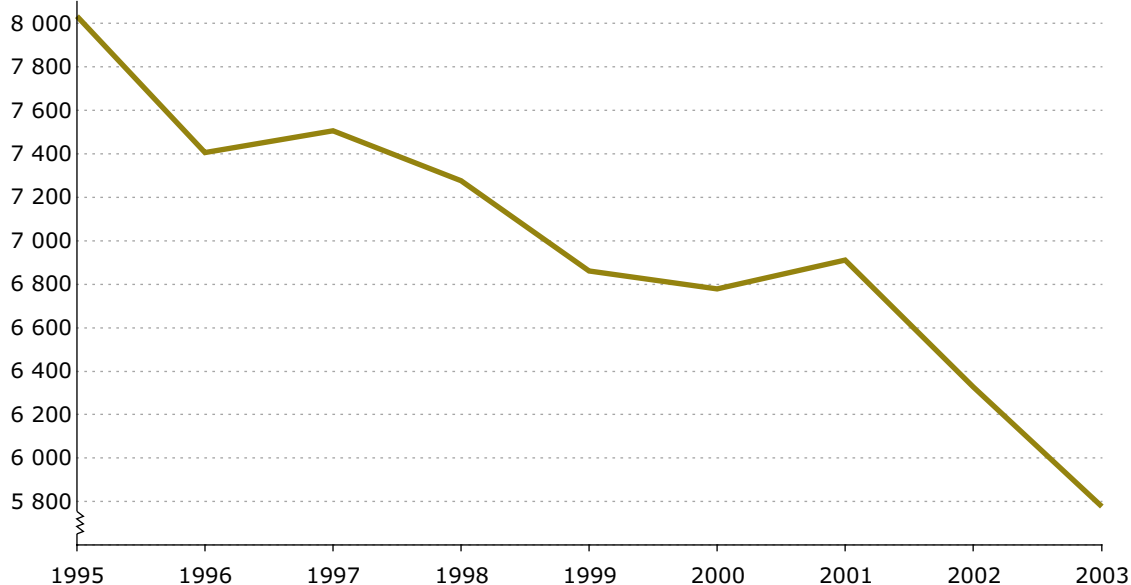
Jährliche Fangmengen im Jahr 2003

In %; EU-25



Jährliche Fangmengen in allen Regionen

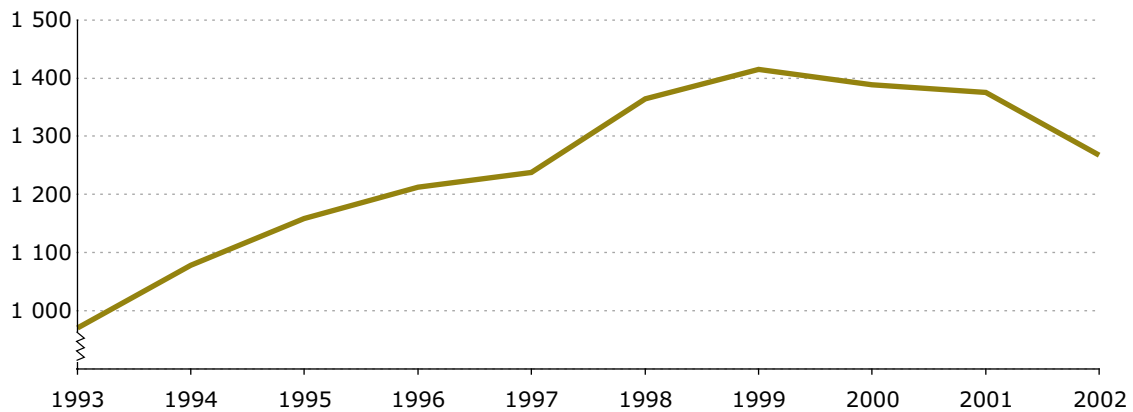
In 1 000 t Lebendgewicht; EU-25





Aquakulturerzeugung in der EU-25 insgesamt

In 1 000 t Lebendgewicht



Aquakulturerzeugung insgesamt

In 1 000 t Lebendgewicht

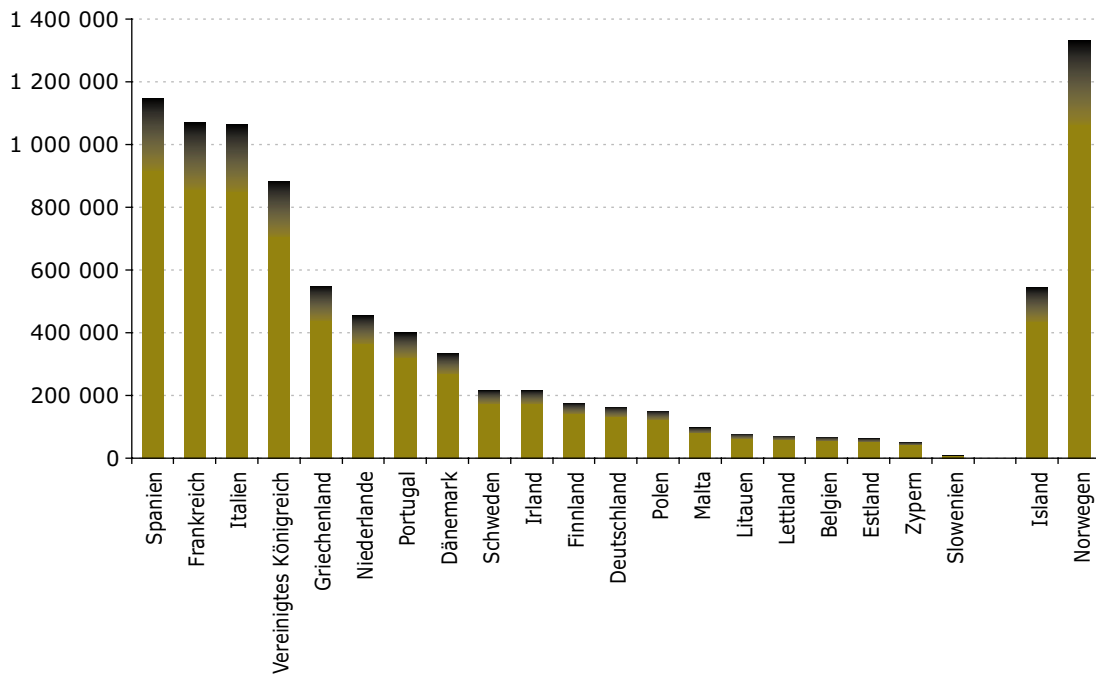
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	970	1 078	1 159	1 212	1 238	1 364	1 415	1 388	1 375	1 267	:
EU-15	923	915	1 019	1 100	1 151	1 175	1 300	1 343	1 312	1 298	1 196	:
Belgien	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	:
Tschechische Republik	:	20	19	19	18	18	17	19	19	20	19	20
Dänemark	43	40	43	45	42	40	42	43	44	42	32	35
Deutschland	97	70	49	64	83	65	73	80	66	53	50	74
Estland	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Griechenland	20	33	33	33	40	49	60	84	95	98	88	100
Spanien	169	126	178	224	232	239	315	321	312	313	264	313
Frankreich	250	277	281	281	286	287	268	265	267	252	250	246
Irland	27	30	29	27	35	37	42	44	51	61	63	:
Italien	170	166	176	215	189	196	209	210	217	218	184	139
Zypern	0	0	0	0	1	1	1	1	2	2	2	2
Lettland	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Litauen	4	3	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Ungarn	14	9	10	9	8	9	10	12	13	13	12	12
Malta	1	1	1	1	2	2	2	2	2	1	1	1
Niederlande	54	71	109	84	100	98	120	109	75	57	54	67
Österreich	3	3	3	3	3	3	3	3	3	2	2	2
Polen	30	19	25	25	28	29	30	34	36	35	33	35
Portugal	6	6	7	5	5	7	8	6	8	8	8	8
Slowenien	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Slowakei	:	2	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1
Finnland	18	18	17	17	18	16	16	15	15	16	15	13
Schweden	7	6	7	8	8	7	6	6	5	7	6	6
Vereinigtes Königreich	57	69	86	94	110	130	137	155	152	171	179	:
Bulgarien	8	8	6	5	5	5	4	8	4	3	2	4
Rumänien	25	21	20	20	14	11	10	9	10	11	9	:
Türkei	9	12	16	22	33	45	57	63	79	67	61	:
Island	3	3	3	3	4	4	4	4	4	4	4	:
Norwegen	131	164	218	278	322	368	411	476	491	511	554	582
Kanada	45	52	55	65	72	82	91	113	128	153	172	:
Japan	1 397	1 359	1 420	1 390	1 349	1 340	1 290	1 315	1 292	1 314	1 387	:
Vereinigte Staaten	414	417	391	413	393	438	445	479	456	479	497	:

Quelle: Eurostat, FAO.

Gesamtproduktion an Fischen, Weich- und Krebstieren sowie sonstigen im Wasser lebenden Organismen durch Aquakultur (Fischzucht). Die Daten sind in Lebendgewichtäquivalenten der Produktion ausgedrückt; darunter versteht man das Gewicht des dem Wasser entnommenen Produkts. Bei Muscheln ist also das Gehäuse im Gewicht enthalten.

Fischereiflotte im Jahr 2004

Gesamtleistung in kW



Quelle: Eurostat/DG Fischerei.

EU-15: 6 735 690 kW.

In Kilowatt ausgedrückte Gesamtmaschinenleistung der Fischereifloten der EU-Mitgliedstaaten sowie der Fischereifloten von Island und Norwegen. Die EU-Daten werden von der Generaldirektion Fischerei auf der Grundlage der Verwaltungsdatei für Fischereifahrzeuge geliefert. Die Daten für Island und Norwegen werden von den nationalen Behörden direkt an Eurostat übermittelt. Im Allgemeinen beziehen sich die Daten auf die Flottengröße zum 31. Dezember des Referenzjahrs.



Anhänge

| Glossar 287-300

|| Geonomenklatur 2005 301-304

||| Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den
Europäischen Gemeinschaften (NACE Rev. 1.1) 305

|||| Internationales Warenverzeichnis
für den Außenhandel (SITC Rev. 3) 306-307

||||| Abkürzungen und Akronyme 308-310



8

Glossar

Abschreibungen

Sie messen die Wertminderungen, denen die reproduzierbaren Güter des Anlagevermögens während des Rechnungszeitraums (üblicherweise ein Jahr) durch normalen Verschleiß, vorhersehbares wirtschaftliches Verhalten und Schadensfälle gewöhnlichen Ausmaßes unterliegen (Bewertung zu Wiederbeschaffungspreisen). Ausgeschlossen sind unvorhergesehenes Verhalten, Katastrophen und der Abbau natürlicher Ressourcen.

Aquakultur

Unter Aquakultur versteht man die Zucht im Wasser lebender Pflanzen und Tiere, insbesondere von Fischen, Weichtieren, Krebstieren und Wasserpflanzen. Zucht wird betrieben, sobald in irgendeiner Form, beispielsweise durch regelmäßigen Besatz, Fütterung oder Schutz vor natürlichen Feinden, mit dem Ziel der Produktionssteigerung in den Wachstumsprozess eingegriffen wird. Kennzeichen der Zucht ist ferner, dass sich die Pflanzen oder Tiere im Besitz von Einzelpersonen oder Unternehmen befinden oder Gegenstand von Rechtsansprüchen aus vertraglichen Verpflichtungen sind.

Arbeitnehmerentgelt

Alle Geld- und Sachleistungen von Arbeitgebern als Entgelt für die Arbeitsleistung der von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer im Laufe des relevanten Zeitraums. Hierzu gehören Bruttolöhne und -gehälter, tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber und unterstellte Sozialbeiträge (die direkt vom Arbeitgeber an die Arbeitnehmer gezahlt werden, ohne über eine Sozialversicherung, ein Versicherungsunternehmen oder einen autonomen Pensionsfonds zu laufen).

Arbeitskosten insgesamt

Gesamtheit aller von den Arbeitgebern in Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften getragenen Aufwendungen. Zu Darstellungszwecken können die Arbeitskosten insgesamt untergliedert werden in direkte Kosten und indirekte Kosten.

Die direkten Kosten umfassen Bruttolöhne und -gehälter in Form von Geldleistungen (Direktverdienst und Prämien) sowie Naturalleistungen (Erzeugnisse des Unternehmens, Wohnung, Betriebswagen, Essensmarken, Kinderbetreuung usw.). Hauptbestandteil der direkten Kosten sind die Löhne und Gehälter in Form von Geldleistungen.

Unter die indirekten Kosten fallen die tatsächlich vom Arbeitgeber gezahlten Sozialbeiträge (d. h. gesetzliche, tarifliche, vertragliche und freiwillige Sozialbeiträge); die unterstellten Sozialbeiträge des Arbeitgebers (überwiegend garantierte Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall oder bei Kurzarbeit sowie Entschädigungen für Entlassung und nicht eingehaltene Kündigungsfrist); Kosten für Weiterbildung; Einstellungs-

kosten und vom Arbeitgeber gestellte Arbeitskleidung; vom Arbeitgeber gezahlte Steuern (auf der Grundlage der Lohn- und Gehaltskosten oder der Beschäftigtenzahl); abzüglich Zuschüsse zugunsten des Arbeitgebers (die direkte Lohn- oder Gehaltszahlungen teilweise oder ganz ersetzen sollen). Hauptanteil der indirekten Kosten sind die tatsächlich vom Arbeitgeber gezahlten Sozialbeiträge, insbesondere die gesetzlichen Beiträge zur Sozialversicherung.

Arbeitskräfteerhebung (LFS)

Eine Arbeitskräfteerhebung ist eine in privaten Haushalten durchgeführte Befragung von Einzelpersonen zur Gewinnung von Informationen über den Arbeitsmarkt und damit zusammenhängende Fragen. In der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union wird die gesamte in privaten Haushalten lebende Bevölkerung erfasst; keine Berücksichtigung finden Personen, die in Gemeinschaftshaushalten leben, wie z. B. in Pensionen, Studentenwohnheimen und Krankenhäusern. Die verwendeten Definitionen sind in allen EU-Ländern gleich und beruhen auf Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes (IAA).

Arbeitslose

Arbeitslose sind Menschen im Alter von 15 bis 74 Jahren (in Spanien, im Vereinigten Königreich, in Island, Norwegen: 16 bis 74), die während der Bezugswoche keine Arbeit hatten, für die Arbeitsaufnahme zur Verfügung standen und während der letzten vier Wochen entweder aktiv nach einer Arbeit gesucht haben oder bereits eine Arbeit gefunden haben, die sie innerhalb der nächsten drei Monate antreten werden. Die Dauer der Arbeitslosigkeit wird definiert als die Dauer der Arbeitsuche oder der seit Beendigung der letzten Tätigkeit verstrichene Zeitraum (falls dieser kürzer ist als die Dauer der Arbeitsuche).

Arbeitslosenquote

Zahl der Arbeitslosen in Prozent der Erwerbspersonen.

Arbeitsmarktpolitik (AMP)

Die Datenbank Arbeitsmarktpolitik erfasst alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, auf die folgende Beschreibung zutrifft: „öffentliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt mit dem Ziel, dessen effizientes Funktionieren sicherzustellen und Ungleichgewichte zu berichtigen, sofern diese Eingriffe sich von anderen, allgemeinen Beschäftigungsförderungsmaßnahmen dadurch unterscheiden lassen, dass sie gezielt bestimmte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt fördern“.

Die öffentlichen Eingriffe beziehen sich auf einschlägige Maßnahmen des Staates, welche Ausgaben mit sich bringen, entweder in Form von Auszahlungen oder von Einkommensverzicht (Verringerung von Steuern, Sozialbeiträgen oder anderen normalerweise zu zahlenden Abgaben).

Der Sektor Staat untergliedert sich in vier Teilssektoren: Zentralstaat (Bund), Länder, Gemeinden und Sozialversicherung.

Der Erfassungsbereich der Datenbank beschränkt sich ferner auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die ausdrücklich in irgendeiner Weise auf Gruppen von Menschen abgestimmt sind, die auf dem Arbeitsmarkt auf Schwierigkeiten treffen – sie werden hier „Zielgruppen“ genannt (eben deshalb werden die allgemeineren beschäftigungspolitischen Maßnahmen ausgeschlossen). Allgemein betrifft dies Menschen, die arbeitslos sind, Menschen, die eine Beschäftigung haben, denen aber der Verlust des Arbeitsplatzes droht, und Nichterwerbspersonen (d. h. solche, die gemäß den IAA-Definitionen derzeit weder erwerbstätig noch arbeitslos sind), die aber in den Arbeitsmarkt eintreten möchten und diesbezüglich in irgend einer Weise benachteiligt sind.

Asylbewerber

Personen, die einen Antrag auf Anerkennung als Flüchtling oder eine andere Form von internationalem Schutz gestellt haben und auf eine Entscheidung warten.

Auswanderer

Als Auswanderer gelten Personen, die das Land ihres üblichen Aufenthaltsorts verlassen und sich effektiv im Ausland niederlassen. Gemäß den Empfehlungen der Vereinten Nationen bezüglich der Statistiken über die internationale Wanderung (Revision 1) von 1997 ist ein Auswanderer ein Langzeitemigrant, wenn er das Land seines vorherigen üblichen Aufenthaltsortes für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten verlässt. Jedoch sind nur wenige Länder in der Lage, Statistiken auf der Grundlage dieser Definitionen zu liefern. Die Statistiken in dieser Veröffentlichung basieren im Allgemeinen auf einzelstaatlichen Definitionen, die z. T. erheblich von den Empfehlungen der UN abweichen. Statistiken über Auswanderer werden nicht in allen Ländern erhoben. Darüber hinaus gibt es Unterschiede in Bezug auf die verwendeten Datenquellen und den Erfassungsbereich.

Beherbergungsangebot

Zahl der Betten in einer Beherbergungseinrichtung ohne Zusatzbetten, die auf Wunsch des Gastes aufgestellt werden können.

Beherbergungsbetriebe

Dazu gehören alle Arten der Unterbringung:

- Beherbergungsbetriebe
 - Hotels und ähnliche Betriebe
 - sonstige Beherbergungsbetriebe (Ferienwohnungen, Campingplätze, Jachthäfen usw.)
 - spezialisierte Betriebe (Betriebe mit medizinischen Einrichtungen, Ferienlager und Gruppenunterkünfte, öffentliche Verkehrsmittel, Konferenzzentren)

Private Unterkünfte

- gemietete Unterkünfte
- sonstige private Unterkünfte

Hinweis: Die Eurostat-Daten enthalten keine Informationen zu privaten Unterkünften.

Betriebliche Weiterbildung

Weiterbildungsmaßnahmen und -aktivitäten, die ganz oder teilweise von den Unternehmen finanziert werden und an denen Beschäftigte mit einem Arbeitsvertrag teilnehmen. Für die Zwecke der Erhebung der Europäischen Kommission bezieht sich die Bezeichnung „Arbeitnehmer“ auf die Gesamtzahl der Beschäftigten, ohne Auszubildende und Praktikanten.

Betten in der stationären Versorgung

Betten für Patienten, die offiziell in einer stationären Versorgungseinrichtung oder einer Einrichtung, die auch stationäre Versorgung anbietet, aufgenommen wurden und dort mindestens eine Nacht verbringen. Stationäre Versorgung wird von Krankenhäusern, Krankenpflege- und Pflegeheimen sowie von anderen Einrichtungen geleistet, die nach ihrer Hauptpflegetätigkeit zu ambulanten Versorgungseinrichtungen gerechnet werden, aber als Nebentätigkeit auch stationäre Versorgung anbieten.

Bevölkerungsdichte

Zahl der Einwohner je Quadratkilometer.

Bruttoanlageinvestitionen (BAI)

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen den Erwerb abzüglich der Veräußerungen von Anlagegütern durch gebietsansässige Produzenten in einem Zeitraum zuzüglich gewisser Werterhöhungen an nichtproduzierten Vermögensgütern durch produktive Tätigkeiten von Produzenten oder institutionellen Einheiten. Zum Anlagevermögen zählen produzierte Sachanlagen und produzierte immaterielle Anlagegüter, die wiederholt oder kontinuierlich länger als ein Jahr in der Produktion eingesetzt werden.

Bruttobetriebsüberschuss

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen minus dem von gebietsansässigen Arbeitgebern gezahlten Arbeitnehmerentgelt sowie den vom Staat und der übrigen Welt einschließlich EU-Institutionen erhobenen Produktionssteuern und Einfuhrabgaben abzüglich Subventionen.

Der Bruttobetriebsüberschuss entspricht dem Einkommen, das den Produktionseinheiten aus der Eigennutzung ihrer Produktionsanlagen zufließt.

Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards

Das mit Hilfe eines speziellen Umrechnungsfaktors, der Kaufkraftparität (KKP), in die künstliche Währungseinheit Kaufkraftstandard (KKS) umgerechnete Bruttoinlandsprodukt.

Das BIP in KKS steht für das reine Volumen, nachdem die Preisniveauunterschiede zwischen den Ländern durch den speziellen Umrechnungsfaktor KKP ausgeschaltet wurden.

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (BIPmp)

Endergebnis der Produktionstätigkeit der gebietsansässigen produzierenden Einheiten. Es entspricht dem Gesamtwert der von einer Volkswirtschaft produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich Vorleistungen zuzüglich Gütersteuern und abzüglich Gütersubventionen.

Bruttonationaleinkommen (BNE)

Das Bruttonationaleinkommen (BNE) entspricht dem Bruttoinlandsprodukt plus dem aus dem Ausland erhaltenen Primäreinkommen (Arbeitnehmerentgelt, Vermögenseinkommen, Subventionen) abzüglich dem an das Ausland geleisteten Primäreinkommen (Arbeitnehmerentgelt, Vermögenseinkommen, Subventionen).

Das verfügbare Bruttonationaleinkommen setzt sich zusammen aus dem BNE plus den aus der übrigen Welt erhaltenen laufenden Transfers minus den an die übrige Welt geleisteten laufenden Transfers.

Das verfügbare Nettoeinkommen der Volkswirtschaft entspricht dem verfügbaren Bruttoeinkommen der Volkswirtschaft abzüglich Abschreibungen.

Das Konzept des BNE (ESVG 95) ersetzt das Konzept des Bruttosozialprodukts (BSP, ESVG 79). Beide Konzepte sind identisch.

Bruttosozialprodukt (BSP)

Siehe „Bruttonationaleinkommen“.

Bruttoverdienst

Vom Arbeitgeber dem Arbeitnehmer in bar und direkt gezahltes Arbeitsentgelt (Löhne und Gehälter) vor Abzug von Einkommensteuer und Sozialbeiträgen.

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen

Wert der Endproduktion (zu Herstellungspreisen) abzüglich Vorleistungen (zu Anschaffungspreisen). Die Bruttowertschöpfung kann nach Wirtschaftszweigen untergliedert werden. Für die Volkswirtschaft insgesamt liegt sie im Allgemeinen bei mehr als 90 % des BIP.

Dienstleistungen

Die Begriffe „Dienstleistung(en)“ bzw. „Dienstleistungssektor(en)“ beziehen sich in der Regel auf die Wirtschaftszweige, die unter die Abschnitte G bis K sowie M bis O der NACE Rev. 1.1 fallen, und auf die Einheiten, die entsprechende Tätigkeiten ausüben.

Direkte Arbeitskosten

Siehe „Arbeitskosten insgesamt“.

Direkte Kosten für Weiterbildungskurse

Kosten, die unmittelbar mit der Durchführung der Weiterbildungskurse in Zusammenhang stehen:

- Gebühren/Zahlungen an externe Weiterbildungsanbieter und externes Weiterbildungspersonal;

- Reisekosten, Spesen und Tagegelder;
- Arbeitskosten für internes Weiterbildungspersonal, das ausschließlich oder teilweise mit der Konzeption, Organisation und Durchführung der Weiterbildungskurse beschäftigt war; und
- Kosten für Räume (einschließlich Ausbildungszentren) und Ausstattung sowie die Kosten der Materialien.

Direktinvestitionen (DI)

Direktinvestitionen (DI) sind in der Kapitalbilanz ausgewiesene internationale Investitionen, die eine in einem Wirtschaftsgebiet ansässige Einheit tätigt, um eine langfristige Beteiligung an einem in einem anderen Wirtschaftsgebiet ansässigen Unternehmen zu erwerben. Langfristige Beteiligung bedeutet, dass zwischen dem Direktinvestor und dem Unternehmen eine dauerhafte Beziehung besteht und dass der Investor auf die Geschäftspolitik des Unternehmens einen maßgeblichen Einfluss ausübt. Nach der offiziellen Definition ist ein Unternehmen (mit oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit) Gegenstand einer Direktinvestition, wenn ein Direktinvestor mindestens 10 % der Stammaktien oder Stimmrechte (im Fall eines Unternehmens mit eigener Rechtspersönlichkeit) bzw. einen vergleichbaren Anteil (im Fall eines Unternehmens ohne eigene Rechtspersönlichkeit) besitzt.

DI-Ströme und -Bestände: Mit Hilfe von Direktinvestitionsströmen baut der Investor Direktinvestitionsbestände auf, die im Auslandsvermögensstatus der betreffenden Volkswirtschaft ausgewiesen werden. Die DI-Bestände weichen aufgrund von Bewertungseinflüssen (Preis- oder Wechselkursveränderungen) und anderen Berichtigungen, wie etwa Umschuldungen und Annullierung von Darlehen, Schuldenerlass oder Debt-Equity-Swaps, von den kumulierten Strömen ab.

Ecu

Die frühere Europäische Währungseinheit kann als Hauptelement des Europäischen Währungssystems (EWS) angesehen werden, das die Wechselkursschwankungen zwischen den EU-Währungen begrenzen sollte. Sie setzte sich aus einem Korb von EU-Währungen zusammen. Neben dem amtlichen Gebrauch im EWS entwickelte sich ein Privatmarkt für den Ecu, der seine Verwendung für Geldgeschäfte und als Rechengröße für Finanzinstrumente, einschließlich Obligationen, ermöglichte. Der Ecu wurde am 1. Januar 1999 im Verhältnis 1:1 durch den Euro ersetzt, der die neue gemeinsame Währung der Europäischen Union ist.

Einkommen- und Vermögensteuern usw.

Die Einkommen- und Vermögensteuern umfassen alle laufenden Zwangsabgaben in Form von Geld- oder Sachleistungen, die regelmäßig vom Staat und von der übrigen Welt ohne Gegenleistung auf Einkommen und Vermögen von institutionellen Einheiten erhoben werden. Eingeschlossen sind einige regelmäßig zu entrichtende Steuern, die weder auf das Einkommen noch auf das Vermögen erhoben werden.

Einwanderer

Als Einwanderer gelten Personen, die aus dem Ausland einreisen oder zurückkehren, um in dem betreffenden Land für eine gewisse Zeit zu wohnen, nachdem sie zuvor in einem anderen Land ansässig waren. Gemäß den Empfehlungen der Vereinten Nationen bezüglich der Statistiken über die internationale Wanderung (Revision 1) von 1997 ist ein Einwanderer ein Langzeitimmigrant, wenn er in seinem Zielland für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten wohnt, nachdem er zuvor in einem anderen Land mindestens zwölf Monate ansässig war. Jedoch sind nur wenige Länder in der Lage, Statistiken auf der Grundlage dieser Definitionen zu liefern. Die Statistiken in dieser Veröffentlichung basieren im Allgemeinen auf einzelstaatlichen Definitionen, die z. T. erheblich von den Empfehlungen der UN abweichen.

Angaben zur Immigration werden nicht in allen Ländern erfasst, und die Art der Erhebung ist hinsichtlich der verwendeten Quellen und des Umfangs der erhobenen Daten von Land zu Land verschieden. Außerdem gibt es einige Länder (z. B. Frankreich), in denen die eigenen Staatsangehörigen in den Einwanderungsstatistiken unberücksichtigt bleiben.

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind Menschen im Alter von 15 und darüber (Spanien, Vereinigtes Königreich: 16 und darüber; Dänemark, Estland, Lettland, Ungarn, Finnland, Schweden: 15 bis 74; Island, Norwegen: 16 bis 74), die in der Bezugswoche gegen Entgelt für sich selbst oder ihre Familie wenigstens eine Stunde wöchentlich gearbeitet haben, oder nicht an ihrem Arbeitsplatz waren, aber einen Arbeitsplatz oder ein Unternehmen hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren, etwa wegen Krankheit, Ferien, Arbeitskämpfen oder allgemeiner bzw. beruflicher Bildung.

Erwerbstätigenquote

Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung in einem bestimmten Alter.

Essoss

Das Europäische System der Integrierten Sozialstatistiken (Essoss) basiert auf dem Konzept des Sozialschutzes. Dieser wird definiert als die Abdeckung genau definierter Risiken und Bedürfnisse, die sämtliche Aspekte des Sozialschutzes umfassen: Krankheit/Gesundheitsversorgung, Invalidität/Gebrechen, Alter, Familie/Kinder und Arbeitslosigkeit. Die Essoss-Statistiken erfassen die Einnahmen und Ausgaben der verschiedenen Organisationen bzw. Systeme, die im Bereich Sozialschutz tätig sind. Die Sozialleistungen werden nach Typ und Funktion aufgeschlüsselt. Beim erstgenannten Parameter wird z. B. zwischen Geld- und Sachleistung unterschieden. „Funktion“ bezieht sich auf die Bedürfnisse, die mit den Sozialleistungen gedeckt werden: So können Leistungen zur Einkommenssicherung im Fall von Krankheit bezahlt werden, aber auch bei Invalidität, Alter, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit. Die

Einnahmen sind nach Arten aufgegliedert: Sozialbeiträge, Beiträge des Staates und sonstige Einnahmen.

ESVG

Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, die Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die neue Fassung des ESGV 95 (3. Fassung) wird seit 1999 schrittweise eingeführt. Das ESGV 95 ist vollständig kompatibel mit dem von den Vereinten Nationen entwickelten System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen SNA 93.

Euro

Die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion begann am 1. Januar 1999. Dies geschah mit der Einführung des Euro als einheitliche europäische Währung, die den Ecu im Verhältnis 1:1 ersetzt hat. Seit diesem Tag sind die Euro-Umrechnungskurse der nationalen Währungen von elf EU-Mitgliedstaaten (Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland) unwiderruflich festgelegt (s. u.). Seit dem 1. Januar 2001 gehört auch Griechenland der Eurozone an. Bis Ende 2001 existierte der Euro nur als Buchgeld (Schecks, Überweisungen und Zahlungen mit Kreditkarten), und sein Gebrauch war freiwillig (es gab keine Verpflichtung und kein Verbot). Das Euro-Bargeld wurde am 1. Januar 2002 eingeführt. Seitdem ist der Gebrauch des Euro obligatorisch; die nationalen Währungen werden schrittweise aus dem Verkehr gezogen.

Feste Umrechnungskurse (1 EUR =)

13,7603 ATS
40,3399 BEF
1,95583 DEM
166,386 ESP
5,94573 FIM
6,55957 FRF
340,750 GRD
0,787564 IEP
1 936,27 ITL
40,3399 LUF
2,20371 NLG
200,482 PTE

Eurobarometer

Die Meinungsumfragen von *Eurobarometer* werden für die Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission seit Herbst 1973 in jedem Frühjahr und Herbst durchgeführt. Neben öffentlichen Meinungsumfragen führt das entsprechende Referat der GD Bildung und Kultur Befragungen bestimmter Zielgruppen durch sowie qualitative Erhebungen (Gruppendiskussionen, tief greifende Befragungen) in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und gelegentlich in Drittstaaten.

Europäische Union (EU)

Gegründet am 1. November 1993 mit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht. Am 31. Dezember 1994 zählte die Europäische Union zwölf Mitgliedstaaten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich,

Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und das Vereinigte Königreich. Im Januar 1995 sind drei neue Mitgliedstaaten dazugekommen: Österreich, Finnland und Schweden. Seit Mai 2004 hat die Europäische Union zehn neue Mitgliedstaaten: die Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und die Slowakei.

Europäisches Patentamt (EPA)

Das Europäische Patentamt (EPA) ist das Exekutivorgan der Europäischen Patentorganisation, einer zwischenstaatlichen Einrichtung, die auf der Basis des am 5. Oktober 1973 in München unterzeichneten und am 7. Oktober 1977 in Kraft getretenen Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) gegründet wurde. Der Europäischen Patentorganisation gehören die EPÜ-Vertragsstaaten an. Das EPA erteilt europäische Patente für die Vertragsstaaten des EPÜ. Seine Tätigkeit wird vom Verwaltungsrat der Organisation überwacht, der sich aus den Delegierten der Vertragsstaaten zusammensetzt.

Quelle: EPA (<http://www.european-patent-office.org>).

Eurozone: EUR-12 (ehemals EUR-11)

Der Währungsunion gehörten anfangs, d. h. von Januar 1999 an, folgende Länder an: Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Seit dem 1. Januar 2001 gehört auch Griechenland zur Eurozone. Es ergeben sich somit drei Konzepte: EUR-11 (die ursprünglichen 11 Länder), EUR-12 (EUR-11 plus Griechenland) und die Eurozone, das variable Konzept (EUR-11 bis 31. Dezember 2000, EUR-12 ab 1. Januar 2001). Zu beachten ist, dass der Buchstabe „R“ hinter dem „EU“ dazu dient, die Eurozone von der Europäischen Union (für die der Kode „EU“ verwendet wird) zu unterscheiden.

EU-SILC (EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen)

Ein vom Output her harmonisiertes Datenerfassungsinstrument auf der Grundlage einer Rahmenverordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, das die Referenzquelle für Daten über Einkommen, Armut, soziale Ausgrenzung und verwandte soziale Themen werden soll; es umfasst Querschnitts- und Langzeitelemente sowie ein jährlich wechselndes Modul. EU-SILC stützt sich stärker als sein Vorläufer (die Haushaltspanelerhebung der Europäischen Gemeinschaft) auf vorhandene nationale Quellen, um die Übermittlungsfristen zu verkürzen und die Flexibilität zu verbessern.

EWR-Länder

Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) umfasst die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie Island, Liechtenstein und Norwegen. 1989 schlug der damalige Präsident der Kommission, Jacques Delors, eine neue Art der Partnerschaft vor, aus der sich das EWR-Abkommen entwickelt hat. Die EFTA-Staaten, zu diesem Zeitpunkt Österreich, Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen,

Schweden und die Schweiz, begrüßten diesen Vorschlag; die offiziellen Verhandlungen begannen im Juni 1990, und das Abkommen wurde am 2. Mai 1992 in Porto unterzeichnet. Am 1. Januar 1994 trat das Abkommen, das alle EU- und EFTA-Länder mit Ausnahme Liechtensteins und der Schweiz betrifft, in Kraft. Seit dem 1. Januar 1995 gehören Österreich, Finnland und Schweden dem EWR als EU-Mitgliedstaaten an. Liechtenstein ist dem EWR am 1. Mai 1995 beigetreten. Die EU-Erweiterung hatte direkte Auswirkungen auf das EWR-Abkommen, und im Dezember 2003 bewarben sich die zehn Beitrittsländer um Mitgliedschaft im EWR. Die Verhandlungen zur Erweiterung des EWR fanden im Jahr 2003 statt, und seit dem 1. Mai 2004 gehören dem EWR 28 Länder an.

Externe Kurse

Kurse, die von nicht dem Unternehmen angehörig Dritten entwickelt und abgehalten werden, selbst wenn die Kurse in den Räumlichkeiten des Unternehmens stattfinden.

Extra-EU-Ströme

Alle Transaktionen zwischen EU-Ländern und Drittländern.

Fangmengen

Fang von Fischereierzeugnissen (Fische, Weichtiere, Krebstiere und andere Wassertiere, Rückstände und Wasserpflanzen) für alle Verwendungszwecke (kommerziell, industriell, als Freizeitbetätigung und für den eigenen Verbrauch) unter Einsatz aller Arten und Klassen von Fischereieinheiten (Fischer, Fischereifahrzeuge, Ausrüstungen usw.) sowohl in Binnengewässern, Süß- und Brackwassergebieten als auch im Bereich der küstennahen, Küsten- und Hochseefischerei. Keine Berücksichtigung findet die Produktion im Bereich der Aquakultur. Die Fangmengen werden üblicherweise in Lebendgewicht angegeben; die Berechnung erfolgt auf der Grundlage des angelandeten oder Produktgewichts unter Verwendung bestimmter Umrechnungsfaktoren. Mengen, die zwar gefangen, aber aus einer Reihe von Gründen nicht angelandet werden, sind in den Fangstatistiken nicht enthalten.

Flüchtling

Flüchtlinge sind gemäß Artikel 1 der Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen von 1951 Personen mit wohlbegründeter Furcht vor Verfolgung aus Gründen der Rasse, der Religion, der Staatsangehörigkeit, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe oder der politischen Meinung.

Anzumerken ist, dass viele Länder Asylsuchenden dauerhaft oder zeitlich begrenzt Aufenthalt gewähren, selbst wenn diese nicht als Flüchtlinge im Sinne der Konvention von 1951 gelten. So können Asylanträge auch aus humanitären Gründen positiv beschieden werden.

Forschung und Entwicklung (FuE)

Forschung und Entwicklung bezeichnet kreative Tätigkeiten, die systematisch ausgeübt werden, um die Kenntnisse über den Menschen, die Natur, die Kultur und die Gesellschaft zu erweitern und um diese Kenntnisse in neue Anwendungen einzubringen.

FuE-Personal und Forscher

Zum FuE-Personal gehören alle unmittelbar mit FuE Befassten sowie die ihnen unmittelbar Zuarbeitenden wie FuE-Führungskräfte, Verwaltungs- und Bürokräfte.

Forscher sind Wissenschaftler oder Ingenieure, die neue Erkenntnisse, Produkte, Verfahren, Methoden und Systeme konzipieren oder schaffen bzw. die betreffenden Projekte leiten.

Gebietsansässige produzierende Einheiten

Einheiten, deren Haupttätigkeit in der Produktion von Waren und Dienstleistungen besteht und deren Schwerpunkt des wirtschaftlichen Interesses im Wirtschaftsgebiet des entsprechenden Landes liegt.

Gemeinden

Der Teilssektor Gemeinden umfasst jene öffentlichen Körperschaften, deren Zuständigkeit auf einen örtlich begrenzten Teil des Wirtschaftsgebiets beschränkt ist, mit Ausnahme lokaler Stellen der Sozialversicherung.

Gesamtausgaben des Staates

Die Gesamtausgaben des Staates umfassen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1500/2000 der Kommission vom 10. Juli 2000 die folgenden Kategorien des ESVG 95: Vorleistungen, Bruttoinvestitionen; Arbeitnehmerentgelt; sonstige Produktionsabgaben; zu leistende Subventionen; Vermögenseinkommen; Einkommen- und Vermögensteuern; monetäre Sozialleistungen; soziale Sachtransfers in Bezug auf Ausgaben für Güter, die von Marktproduzenten direkt an Haushalte geliefert werden; sonstige laufende Transfers; Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche; zu leistende Vermögenstransfers; Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern.

Gesamteinnahmen des Staates

Die Gesamteinnahmen des Staates umfassen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1500/2000 der Kommission vom 10. Juli 2000 die folgenden Kategorien des ESVG 95: Marktproduktion, Produktion für die Eigenverwendung; Zahlungen für die sonstige Nichtmarktproduktion; Produktions- und Importabgaben; sonstige zu empfangende Subventionen; Vermögenseinkommen; Einkommen- und Vermögensteuern; Sozialbeiträge; sonstige laufende Transfers; Vermögenstransfers.

Gesamtkosten der betrieblichen Weiterbildung

Gesamtkosten von Weiterbildungskursen. Diese entsprechen der Summe aus direkten Kosten, Personalausfallkosten und dem Saldo aus Beiträgen an nationale oder regionale Weiterbildungsfonds und Einnahmen aus nationalen oder anderen Finanzierungsregelungen.

Gesunde Lebensjahre

Mit den „gesunden Lebensjahren“ wird die Zahl der verbleibenden Jahre gemessen, die eine Person eines bestimmten Alters voraussichtlich noch bei guter Gesundheit erleben wird. Gute Gesundheit ist definiert durch die Abwesenheit von Funktionseinschränkungen/Behinderungen.

Der Indikator „gesunde Lebensjahre“ wird für zwei Lebensalter berechnet: bei der Geburt und mit 65 Jahren.

Handel

Großhandelsunternehmen, Handelsvertreter, Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern und Fahrzeugen.

Haushalt

Definitionskriterien gemäß der Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte sind die gemeinsam genutzte Wohnung und die gemeinsame Wirtschaftsführung. Ein Haushalt besteht entweder aus einer allein lebenden Person oder einer Gruppe von Personen, die nicht miteinander verwandt sein müssen, aber unter derselben Anschrift wohnen und den Haushalt gemeinsam führen, d. h. wenigstens eine Mahlzeit pro Tag gemeinsam einnehmen und ein Wohnzimmer o. Ä. gemeinsam benutzen.

Herstellung von Waren

Alle Tätigkeiten des Abschnitts D der NACE Rev. 1.1 (Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft). Handwerkliche Einrichtungen und Anlagen der Großindustrie sind gleichermaßen eingeschlossen. Dabei ist zu beachten, dass großtechnische Anlagen nicht ausschließlich bei den Tätigkeiten des Abschnitts D zum Einsatz kommen. Zur Herstellung von Waren zählen Wirtschaftszweige wie etwa Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden; Herstellung von chemischen Erzeugnissen; Herstellung von Metallerzeugnissen; Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, Tabakverarbeitung; Herstellung von Textilien und Bekleidung; Herstellung von Leder und Lederwaren; Herstellung von Holz; Herstellung von Möbeln; Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus einschließlich Verlags- und Druckerzeugnisse; und die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren. Nicht darunter fallen dagegen der Bergbau sowie der Hoch- und Tiefbau.

Hochtechnologiebereiche

Die Einstufung des Hochtechnologie- und Mittel-/Hochtechnologiebereichs der Herstellung von Waren basiert auf dem Begriff der FuE-Intensität (Verhältnis der FuE-Aufwendungen zum BIP).

Legt man dieses Kriterium zugrunde, so gehören zum Hochtechnologiebereich die Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten sowie die Bereiche Rundfunk-, Fernseh- und Kommunikationstechnik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik sowie Optik. Zum Mittel-/Hochtechnologiebereich zählen die Herstellung von chemischen Erzeugnissen, der Maschinenbau, die Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung, die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie der sonstige Fahrzeugbau.

Einer ähnlichen Logik wie für die Herstellung von Waren folgend, definiert Eurostat die folgenden Bereiche als wissensintensive Sektoren („knowledge-intensive sector“ – KIS): Schifffahrt; Luftfahrt; Nachrichtenübermittlung; Kreditinstitute, Versicherungen (ohne Sozialversicherung); mit den Kreditinstituten verbundene Tätigkeiten; Grundstücks- und Wohnungswesen; Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal; Datenverarbeitung und Datenbanken; Forschung und Entwicklung; Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen; Bildungswesen; Gesundheits- und Sozialwesen; sowie Kultur, Sport und Unterhaltung.

Von diesen Sektoren umfasst der Hochtechnologiebereich die Bereiche Nachrichtenübermittlung, Datenverarbeitung und Datenbanken sowie Forschung und Entwicklung.

Impliziter BIP-Preisindex

Indikator der Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die das BIP darstellen.

Indirekte Arbeitskosten

Siehe „Arbeitskosten insgesamt“.

Interne Kurse

Kurse, die vom Unternehmen selbst entwickelt und verwaltet werden, auch wenn sie nicht in den Räumlichkeiten des Unternehmens stattfinden.

Intra-EU-Ströme

Alle von EU-Ländern gemeldeten Transaktionen mit anderen Mitgliedstaaten.

ISCED

Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (International Standard Classification of Education), Unesco 1976.

ISCED 97

Die Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED) eignet sich für die Erstellung von Bildungsstatistiken auf internationaler Ebene. Erfasst werden die beiden Kreuzklassifikationsvariablen Bildungsebenen und Bildungsfelder, mit den ergänzenden Dimensionen der allgemeinen/beruflichen/berufsvorbereitenden Ausrichtung sowie der bildungs-/arbeitsmarktspezifischen Zielsetzung. In den EU-Ländern wurde die derzeit geltende ISCED 97 erstmals bei der Datenerhebung für das Schuljahr 1997/98 angewandt.

Die Änderungen in der ISCED-Klassifikation haben Auswirkungen auf die Vergleichbarkeit der Zeitreihen; das gilt insbesondere für die Ebenen 3 (Sekundarbereich Stufe II) und 5 (Tertiärbereich). Mit der ISCED 97 wurde die neue Ebene 4 – nichttertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich – eingeführt (früher Bestandteil der Ebenen 3 und 5). Die Ebene 6 der ISCED 97 bezieht sich ausschließlich auf Studien zum Zweck der Promotion. Insgesamt werden in der ISCED 97 sieben Bildungsebenen unterschieden.

ISCED-97-Bildungsebenen

In ihrem empirischen Ansatz setzt die ISCED verschiedene Kriterien voraus, mit deren Hilfe man Bildungsgänge bestimmten Bildungsebenen zuordnen kann. Für die jeweilige Bildungsebene und die Art der Bildung sind die Kriterien hierarchisch zu ordnen: Hauptkriterien und Nebenkriterien (übliche Zugangsberechtigung, Mindestvoraussetzungen für die Zulassung, Mindestalter, Qualifikation des Personals usw.).

0: Vorschulbereich

Dieser Bereich ist definiert als die Eingangsstufe des organisierten Unterrichts. Die Betreuung der Kinder, die mindestens drei Jahre alt sein müssen, findet in Vorschulen oder entsprechenden Zentren statt.

1: Primarbereich

Das Eintrittsalter für den Primarbereich beträgt vier bis sieben Jahre. Der Schulbesuch ist in allen Ländern Pflicht und dauert in der Regel fünf bis sechs Jahre.

2: Sekundarbereich I

Der Sekundarbereich I setzt die im Primarbereich begonnene Grundbildung fort und ist in der Regel stärker fachorientiert. Mit Abschluss dieses Bereiches endet gewöhnlich auch die Schulpflicht.

3: Sekundarbereich II

Der Sekundarbereich II beginnt in der Regel am Ende des Pflichtunterrichts. Das Eintrittsalter liegt üblicherweise bei 15 bis 16 Jahren. Für den Zugang sind in der Regel bestimmte Voraussetzungen (Abschluss des Pflichtunterrichts) und andere Mindestanforderungen zu erfüllen. Der Unterricht ist häufig stärker themenorientiert als auf der Ebene ISCED 2. ISCED 3 hat üblicherweise eine Dauer von zwei bis fünf Jahren.

4: Nichttertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich

Diese Bildungsgänge sind zwischen dem Sekundarbereich II und dem Tertiärbereich anzusiedeln. Sie dienen der Erweiterung des bis zum Abschluss der Ebene ISCED 3 erworbenen Wissens. Typische Beispiele sind Bildungsgänge zur Vorbereitung auf die Bildungsebene 5 oder zur Vorbereitung auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt.

5: Tertiäre Bildung (erste Stufe)

Zugangsvoraussetzung für diese Bildungsgänge ist üblicherweise der erfolgreiche Abschluss von ISCED 3 oder 4. Zu diesem Bereich zählen tertiäre Bildungsgänge mit akademischer Ausrichtung (Typ A), in denen weitgehend theoretisches Wissen vermittelt wird, und tertiäre

Bildungsgänge mit berufsspezifischer Ausrichtung (Typ B), die in der Regel kürzer sind als die Bildungsgänge des Bereichs 5A und hauptsächlich auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt abzielen.

6: Tertiäre Bildung (zweite Stufe)

In diesen Bereich fallen ausschließlich Studiengänge auf der tertiären Ebene, die zu einer höheren Forschungsqualifikation (Promotion) führen.

ISCED-97-Bildungsfelder

Die Klassifikation umfasst 25 Bildungsfelder (auf der Zweisteller-Ebene), die auf der Dreisteller-Ebene weiter aufgegliedert werden können. Es lassen sich (auf der Einsteller-Ebene) die folgenden neun größeren Bildungsfelder unterscheiden.

- 0 – Allgemeine Bildungsgänge
- 1 – Pädagogik
- 2 – Geisteswissenschaften und Kunst
- 3 – Sozialwissenschaften, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften
- 4 – Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik
- 5 – Ingenieurwissenschaften, Fertigung und Bauwesen
- 6 – Agrarwissenschaft und Veterinärwissenschaft
- 7 – Gesundheit und soziale Dienste
- 8 – Dienstleistungen

Jahresarbeitsinheit (JAE)

Die Jahresarbeitsinheit entspricht der von einer Vollzeitkraft in einem landwirtschaftlichen Betrieb geleisteten Arbeit.

„Vollzeit“ entspricht den nach den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften für Arbeitsverträge geltenden Mindestarbeitsstunden. Wird in diesen Vorschriften die Anzahl der Stunden nicht angegeben, so wird von 1 800 Stunden ausgegangen (225 Arbeitstage von jeweils acht Stunden).

Kaufkraftparitäten (KKP)

Wechselkurse von Währungen sollten nicht zu Vergleichen von Einkommen oder getätigten Ausgaben herangezogen werden, da sie neben Preisunterschieden in der Regel noch andere Faktoren widerspiegeln (z. B. den Umfang von Finanztransaktionen zwischen Währungen oder die in die Entwicklung der Devisenmärkte gesetzten Erwartungen).

Im Gegensatz dazu schalten Kaufkraftparitäten (KKP) die Differenzen im Preisniveau zwischen verschiedenen Ländern aus und vermitteln somit ein realistisches Bild von der unterschiedlichen Kaufkraft z. B. in privaten Haushalten. Ihre Ermittlung erfolgt durch Gegenüberstellung der Preise für einen Warenkorb, der vergleichbare und für das Verbrauchsverhalten der einzelnen Länder repräsentative Waren und Dienstleistungen enthält. Anhand der Kaufkraftparitäten wird jede in nationaler Währung angegebene Einheit in eine künstliche gemeinsame Währung konvertiert, den Kaufkraftstandard (KKS).

In ihrer einfachsten Form sind KKP bilaterale Preismesszahlen für fest definierte Posten (z. B.

kostet ein Brot im UK 1,5 GBP gegenüber 2 EUR in Deutschland). Sodann werden diese bilateralen in multilaterale Messzahlen umgewandelt, auf den EU-Durchschnitt skaliert und schließlich zu immer komplexeren Gruppen (z. B. Nahrungsmittel) bis hin zum BIP aggregiert.

Kaufkraftstandards (KKS)

Der Kaufkraftstandard ist eine künstliche Währungseinheit. Für einen KKS kann man in jedem Land die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen erwerben, während je nach Preisniveau unterschiedliche Beträge in nationalen Währungseinheiten erforderlich sind, um diese Menge an Waren und Dienstleistungen zu kaufen.

KKS werden berechnet, indem ein volkswirtschaftliches Aggregat eines Landes in nationaler Währung durch die entsprechende KKP dividiert wird (siehe „Kaufkraftparitäten“).

KMU

Gemäß Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 zur Definition der Unternehmen nach Anzahl der Beschäftigten, Jahresumsatz und dem Kriterium der Unabhängigkeit umfassen KMU kleine und mittlere Unternehmen, die weniger als 250 Personen beschäftigen. Die KMU bilden das Rückgrat der Unternehmenskultur in EU-25, wo über 99 % aller Unternehmen weniger als 250 Personen beschäftigen.

Konsumausgaben

Konsumausgaben sind die Ausgaben gebietsansässiger institutioneller Einheiten für Waren und Dienstleistungen, die zur unmittelbaren Befriedigung individueller Bedürfnisse und Wünsche oder kollektiver Bedürfnisse der Allgemeinheit verwendet werden.

Konvergenzkriterien

Für die Europäische Währungsunion gelten die folgenden Konvergenzkriterien:

- Preisstabilität;
- Finanzlage der öffentlichen Hand;
- Wechselkurse;
- langfristige Zinssätze.

– Preisstabilität

Die Mitgliedstaaten müssen eine anhaltende Preisstabilität und eine während des letzten Jahres vor der Prüfung gemessene durchschnittliche Inflationsrate aufweisen, die um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate jener – höchstens drei – Mitgliedstaaten liegt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben.

– Finanzlage der öffentlichen Hand

Die Mitgliedstaaten müssen „übermäßige öffentliche Defizite“ vermeiden, d. h., das geplante oder tatsächliche öffentliche Defizit darf nicht mehr als 3 % und der öffentliche Schuldenstand nicht mehr als 60 % des BIP ausmachen, es sei denn, es handelt sich um

eine außergewöhnliche oder vorübergehende Überschreitung, oder die Verhältniszahlen sind erheblich und kontinuierlich zurückgegangen.

– Wechselkurse

Die Mitgliedstaaten müssen die normalen Bandbreiten des Wechselkursmechanismus (WKM) zumindest in den letzten zwei Jahren vor der Prüfung ohne starke Spannungen eingehalten haben. Insbesondere darf ein Mitgliedstaat den bilateralen Leitkurs seiner Währung gegenüber der Währung eines anderen Mitgliedstaats innerhalb des gleichen Zeitraums nicht von sich aus abgewertet haben.

– Langfristige Zinssätze

Der durchschnittliche langfristige Nominalzins darf im Verlauf eines Jahres vor der Prüfung in einem Mitgliedstaat um nicht mehr als zwei Prozentpunkte über dem entsprechenden Satz in jenen – höchstens drei – Mitgliedstaaten liegen, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben.

Krankheitsinzidenz

Inzidenz ist die Anzahl der Fälle, die in einer Bevölkerung in einem festgelegten Zeitraum neu auftreten. Sie kann als die Anzahl neuer Fälle einer Krankheit (oder Störung) pro 1 000 oder 100 000 Einwohner in einem Jahr ausgedrückt werden. Die Inzidenz kann sich entweder auf das erste Auftreten einer Krankheit (d. h. neue Fälle) oder auf alle Episoden beziehen.

Länder

Dieser Teilsektor umfasst separate institutionelle Einheiten, die auf der Ebene unterhalb des Zentralstaates und oberhalb der örtlichen Gebietskörperschaften (Gemeinden) staatliche Funktionen wahrnehmen, mit Ausnahme der Länderverwaltungen der Sozialversicherung.

Landwirtschaftliche Fläche bzw. landwirtschaftliche Nutzfläche

Die landwirtschaftliche Fläche (LF) bzw. die landwirtschaftliche Nutzfläche (LNF) ist die bewirtschaftete Fläche; sie umfasst die Kategorien Ackerland, Dauergrünland, Dauerkulturen und Haus- und Nutzgärten.

Laufende Übertragungen

Laufende Übertragungen sind internationale Transaktionen, bei denen Waren, Dienstleistungen oder finanzielle Werte zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden ohne wirtschaftliche Gegenleistung übertragen werden.

Lebenserwartung

Durchschnittliche Zahl von Jahren, die Personen eines bestimmten Alters unter den gegebenen Sterblichkeitsverhältnissen noch zu leben haben.

Lebendgewicht von Fischereierzeugnissen

Das Lebendgewicht von Fischereierzeugnissen erhält man durch Umrechnung des angelandeten oder Produktgewichts mit Hilfe spezieller Faktoren. Es dient als Gewichtsangabe für das Fischereierzeugnis im Zustand unmittelbar nach dem Fang, d. h. bevor es verarbeitet oder in anderer Weise verändert wird.

Monetäre Sozialleistungen

Monetäre Sozialleistungen sind Leistungen, die von Institutionen der Sozialversicherung, von anderen staatlichen Einheiten, von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, von Arbeitgebern, die Sozialschutzsysteme ohne spezielle Deckungsmittel verwalten, von Versicherungsunternehmen und von anderen institutionellen Einheiten, die private Sozialschutzsysteme (mit speziellen Deckungsmitteln) verwalten, an private Haushalte gezahlt werden.

NACE 70

Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (betrifft Daten zwischen 1970 und 1990).

NACE Rev. 1.1

Überarbeitung der Allgemeinen Systematik der Wirtschaftszweige (betrifft Daten ab 1991; siehe auch den Anhang zur Systematik der Wirtschaftszweige im Folgenden).

Natürliches Bevölkerungswachstum

Geburten minus Sterbefälle.

Nettoverdienst

Bruttoverdienst abzüglich der Arbeitnehmerbeiträge zu Sozialversicherung und Einkommensteuer, gegebenenfalls zuzüglich der Familienzulagen.

Nettowanderung

Differenz zwischen der Zahl der Einwanderer und der Zahl der Auswanderer in einem bestimmten Gebiet im Verlauf des Jahres (übertrifft die Zahl der Auswanderer die der Einwanderer, ist die Nettowanderung negativ).

Da zahlreiche Länder entweder über keine genauen Zahlen über Einwanderung und Auswanderung oder aber über gar keine Zahlen verfügen, wird die hier ausgewiesene Nettowanderung als der Unterschied zwischen der Gesamtveränderung der Bevölkerungszahl und dem natürlichen Bevölkerungszuwachs während des Jahres geschätzt.

Die Nettowanderung gibt keinen Aufschluss über den relativen Umfang der gesondert betrachteten Ströme der Einwanderung in ein Land und der Auswanderung aus einem Land; möglicherweise meldet ein Land eine niedrige Nettowanderung, verzeichnet aber dennoch sehr hohe Einwanderungs- und Auswanderungsströme.

Nichterwerbspersonen

Personen, die nicht zur Erwerbsbevölkerung gehören. Sie sind weder erwerbstätig noch arbeitslos (Definitionen der International Labour Organisation). Zur Definition der „Erwerbstätigen“ und „Arbeitslosen“ siehe diesen Glossar-eintrag.

Nichtstaatsangehörige

Personen, die nicht Staatsangehörige des Landes sind, in dem sie zurzeit leben.

NUTS

Die im Jahr 2003 verabschiedete Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 zielt auf eine einheitliche und kohärente Untergliederung des Gemeinschaftsgebiets für die Erstellung von Regionalstatistiken ab. Die zurzeit gültige NUTS (Fassung 2003/EU-25) untergliedert das Gebiet der Europäischen Union auf der Ebene NUTS 1 in 89 Regionen, auf der Ebene NUTS 2 in 254 Regionen und auf der Ebene NUTS 3 in 1 214 Regionen. Eine Änderungsverordnung, welche den Geltungsbereich der NUTS auf die zehn neuen Mitgliedstaaten ausdehnt, befindet sich zurzeit im Annahmeverfahren (Zustimmung durch das Europäische Parlament am 12. April 2005; noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht). Die neuesten Informationen finden sich auf dem Klassifikationsserver RAMON von Eurostat (http://europa.eu.int/comm/eurostat/ramon/nuts/splash_regions.html).

Papier und Pappe

Unter diesen Überbegriff fallen Grafikpapier, Zeitungspapier, Papier für den Hygiene- und Haushaltsbedarf, Verpackungsmaterial und weitere Arten von Papier und Pappe. Ausgenommen sind Fertigwaren aus Papier, wie etwa Kisten, Kartons, Bücher und Zeitschriften.

Patente im Hochtechnologiebereich

Für die Zählung der Patente im Hochtechnologiebereich gelten die im trilateralen statistischen Bericht festgelegten Kriterien. Danach werden die folgenden technischen Fachgebiete dem Hochtechnologiebereich zugeordnet: Computer und Büroautomation; Mikrobiologie und Gentechnik; Luftfahrt, Kommunikationstechnik, Halbleitertechnik und Lasertechnik.

Patent- und Markenamt der USA (USPTO)

Das Patent- und Markenamt der USA (United States Patent and Trademark Office – USPTO) ist eine nichtkommerzielle US-Bundesbehörde und eines der 14 Ämter innerhalb des Handelsministeriums (Department of Commerce – DOC). Es hat die Aufgabe, die industrielle und technologische Entwicklung in den USA zu fördern sowie durch Vollzug der Gesetze für Patente und Handelsmarken zur Stärkung der Volkswirtschaft beizutragen. Gleichzeitig berät es einerseits den Handelsminister, den Präsidenten der USA und die Behörden in Fragen des Schutzes von Patenten, Handelsmarken und Urheberrechten sowie andererseits bezüglich der handelsbezo-

genen Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum.

Produktions- und Importabgaben

Dazu zählen Zwangsabgaben in Form von Geld- oder Sachleistungen, die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Union ohne Gegenleistung auf die Produktion und die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen, die Beschäftigung von Arbeitskräften und das Eigentum an oder den Einsatz von Grundstücken, Gebäuden oder anderen im Produktionsprozess eingesetzten Aktiva erhoben werden.

Reale Werte

Sie werden berechnet durch Deflationierung einer ökonomischen Variablen zu jeweiligen Preisen anhand des impliziten Preisindex einer anderen Variablen (z. B. Deflationierung des Arbeitnehmerentgelts anhand des Preisindex des Verbrauchs der privaten Haushalte).

Dies ist typisch für Finanzierungs- und Einkommensströme. Zur Deflationierung eines Einkommens wird z. B. ein angemessener Preisindex auf der Grundlage eines Warenkorbs erstellt, der widerspiegelt, wie dieses Einkommen ausgegeben wird.

Reiseverkehrsbilanz

Die Debetseite enthält die Ausgaben von Gebietsansässigen, die aus beliebigen Gründen (Urlaub, Arbeit, Gesundheit oder Studium) für weniger als ein Jahr im Ausland leben. Auf der Kreditseite sind die gleichen Ausgaben von ausländischen Reisenden im Inland aufgeführt.

Rohe Sterbeziffer

Sterbefälle je 1 000 Einwohner.

Rundholzerzeugung

Die Rundholzerzeugung (der Begriff wird als Synonym zu „Holzentnahme“ verwendet) umfasst die gesamte Holzmenge, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums aus dem Wald, von sonstigen Flächen mit Bäumen oder Sträuchern oder von anderen Schlagflächen entnommen wird.

Säuglingssterblichkeit

Anzahl der Sterbefälle je 1 000 lebend geborene Kinder unter einem Jahr.

Schnittholz

Dazu gehören Holzwaren, die entweder durch Längseinschnitt oder durch Profilierung hergestellt werden und im Regelfall eine Stärke von über 5 mm aufweisen.

Sozialbeiträge

Sozialbeiträge werden als freiwillige Beiträge oder Pflichtbeiträge von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Selbständigen und Nichterwerbstätigen geleistet. Es gibt zwei Arten von Sozialbeiträgen: tatsächliche Beiträge und unterstellte Beiträge.

Sozialversicherung

Dazu zählen alle institutionellen Einheiten des Zentralstaates (Bundes), der Länder und der Gemeinden, deren Haupttätigkeit in der Gewährung von Sozialleistungen besteht und die die folgenden zwei Kriterien erfüllen: 1. Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind aufgrund gesetzlicher Regelungen (mit Ausnahme der Vorschriften für Beschäftigte im öffentlichen Dienst) zur Teilnahme an dem System oder zu Beitragszahlung verpflichtet. 2. Der Staat legt die Beiträge und Leistungen fest und übernimmt insofern, unabhängig von seiner Funktion als Aufsichtsbehörde oder Arbeitgeber, die Zuständigkeit für die Verwaltung der Einrichtung.

Staat

Der Sektor Staat umfasst alle institutionellen Einheiten, deren Produktionswert für den Individual- und Kollektivkonsum bestimmt ist und die sich primär mit Zwangsabgaben von Einheiten anderer Sektoren finanzieren und/oder die Einkommen und Vermögen umverteilen. Der Sektor Staat untergliedert sich in vier Teilsektoren: Zentralstaat (Bund), Länder, Gemeinden und Sozialversicherung.

Staatliche Mittelzuweisung für Forschung und Entwicklung

Staatliche Mittelzuweisung für FuE (englisch: Government budget appropriations or outlays for research and development – GBAORD) ermöglichen die Messung der staatlichen Unterstützung für FuE-Aktivitäten; sie umfassen alle auf zentralstaatlicher oder Bundesebene genehmigten Mittel für FuE. Die in Bundesländern (oder Provinzen) veranschlagten Mittel werden nur einbezogen, sofern sie eine signifikante Größenordnung erreichen, Mittel der Gemeinden werden nicht erfasst.

Staatsangehörige

Personen, die Staatsangehörige des Landes sind, in dem sie zurzeit leben.

Staatsschulden

Gesamte Bruttoverschuldung zum Nennwert am Jahresende, konsolidiert zwischen und innerhalb der Teilsektoren des Staates.

Siehe auch „Konvergenzkriterien“.

Stabilitäts- und Wachstumspakt

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde für die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ausgehandelt, die am 1. Januar 1999 in Kraft trat. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Mitgliedstaaten auch jetzt nach Einführung der einheitlichen Währung ihre Bemühungen um Haushaltsdisziplin fortsetzen.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt setzt sich zusammen aus einer EntschlieÙung des Europäischen Rates, die am 17. Juni 1997 in Amsterdam angenommen wurde, sowie aus zwei Verordnungen des Rates vom 7. Juli 1997 mit technischen Modalitäten zur Umsetzung dieser EntschlieÙung (haushaltspolitische Überwachung

und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken sowie Umsetzung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit).

Mittelfristig haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Vorgabe eines nahezu ausgeglichenen Haushalts weiterhin zu erfüllen und dem Rat und der Kommission jedes Jahr ein Stabilitätsprogramm vorzulegen. Die an der dritten Stufe der WWU nicht teilnehmenden Staaten müssen ein Konvergenzprogramm vorlegen, das entsprechenden Regeln unterworfen ist.

Im Stabilitäts- und Wachstumspakt ist vorgesehen, dass der Rat Sanktionen verhängen kann, wenn ein teilnehmender Mitgliedstaat nicht die zur Behebung des übermäßigen Defizits erforderlichen Schritte unternimmt. Zunächst soll die Hinterlegung einer unverzinslichen Einlage bei der Gemeinschaft verlangt werden, die in eine GeldbuÙe umgewandelt werden kann, wenn das übermäßige Defizit nicht binnen zwei Jahren beseitigt worden ist.

Standarddeckungsbeitrag

Der Deckungsbeitrag eines landwirtschaftlichen Unternehmens ist der Geldwert der Bruttoerzeugung abzüglich bestimmter Spezialkosten.

Der Standarddeckungsbeitrag (SDB) ist der Wert des Deckungsbeitrags, der der durchschnittlichen Lage einer gegebenen Region für die einzelnen landwirtschaftlichen Merkmale entspricht.

Die SDB werden anhand der Dreijahresdurchschnittswerte ermittelt. Für die Strukturerhebung 1999/2000 wurde der SDB 1996 als arithmetisches Mittel der Jahre 1995, 1996 und 1997 berechnet.

Die Bruttoerzeugung ist die Summe der Werte der Hauptprodukte und der Nebenprodukte. Diese Werte werden durch Multiplikation der Produktion je Einheit (abzüglich aller Verluste) zu Preisen ab Hof ohne Mehrwertsteuer berechnet.

Die Bruttoerzeugung enthält die Beihilfen, die an Produkte, Flächen und/oder Vieh gebunden sind.

Standardisierte Sterbeziffer (SDR)

Altersspezifische Sterbeziffer einer Bevölkerung. Da sich die meisten Todesursachen mit dem Alter und in Abhängigkeit vom Geschlecht erheblich ändern, verbessert der Einsatz von standardisierten Sterbeziffern die Vergleichbarkeit über Zeiträume bzw. zwischen Ländern, da sie eine Messung der Sterblichkeit unabhängig von den unterschiedlichen Altersstrukturen der Bevölkerung erlauben. Die hier verwendeten standardisierten Sterbeziffern wurden von der Weltgesundheitsorganisation auf der Grundlage einer europäischen Standardbevölkerung berechnet.

Steuerquote von Niedriglohneempfängern: Arbeitslosigkeitsfalle

Der Sub-Indikator „Arbeitslosigkeitsfalle“ misst, welcher Anteil des Bruttoeinkommens (nach Aufnahme einer Beschäftigung) durch Wegfall von Arbeitslosigkeits- und anderen Sozialleis-

tungen einerseits und höhere Steuern und Sozialversicherungsbeiträge andererseits verloren geht.

Steuerquote von Niedriglohnempfängern: Steuerlast auf Arbeitskosten

Die Steuerlast auf Arbeitskosten misst die relative steuerliche Belastung eines Niedriglohnempfängers.

Subventionen

Subventionen sind laufende Zahlungen ohne Gegenleistung, die der Staat oder die Institutionen der Europäischen Union an gebietsansässige Produzenten leisten, um den Produktionsumfang dieser Einheiten, ihre Verkaufspreise oder die Entlohnung der Produktionsfaktoren zu beeinflussen.

Todesursachen

Die Analyse der Todesursachen basiert auf dem Grundleiden, wie es in Abschnitt B des Totenscheins angegeben ist. Die Todesursachen werden auf der Grundlage der internationalen Klassifikation der Krankheiten der Weltgesundheitsorganisation definiert, die von den meisten Ländern übernommen worden ist. Obwohl die Definitionen harmonisiert sind, sind die Statistiken nicht notwendigerweise voll vergleichbar, da die Klassifikation in Fällen, in denen mehrere Ursachen zum Tode führen bzw. die Einordnung schwierig ist, unterschiedlich sein kann; zu Abweichungen kommt es auch aufgrund unterschiedlicher Meldeverfahren.

Übertragbare Krankheiten

Krankheiten, die innerhalb der Europäischen Union eine signifikante Morbidität oder Mortalität verursachen oder verursachen können und bei denen der Informationsaustausch die Wirkung einer Frühwarnung angesichts einer Bedrohung der öffentlichen Gesundheit haben kann. Es kann sich auch um seltene und schwere Krankheiten handeln, die auf nationaler Ebene nicht erkannt werden, für die jedoch durch eine Zusammenfassung aller Daten auf einer breiteren Wissensgrundlage eine Hypothese aufgestellt werden könnte und für die es wirksame Präventionsmaßnahmen gibt, die den Gesundheitsschutz verbessern.

Umsatz

Der Umsatz umfasst die von der Erhebungseinheit während des Berichtszeitraums insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen. Der Umsatz schließt alle Steuern und Abgaben ein, die auf den von der Einheit in Rechnung gestellten Waren oder Dienstleistungen liegen, mit Ausnahme der Mehrwertsteuer, die von der Einheit den Kunden in Rechnung gestellt wird, sowie sonstiger, in ähnlicher Weise absetzbarer, direkt mit dem Umsatz verbundener Steuern. Außerdem umfasst er alle berechneten Nebenkosten (Transport, Verpackung usw.), die an die Kunden weitergegeben werden, selbst wenn diese Kosten

getrennt in Rechnung gestellt werden. Preisnachlässe, z. B. Rabatte und Boni, sowie der Wert der zurückerstatteten Verpackung sind abzuziehen. Erträge, die im Rahmen der Rechnungslegung als sonstige betriebliche Erträge, finanzielle Erträge oder außerordentliche Erträge eingestuft sind, zählen nicht als Umsatz. Nicht einbezogen werden ferner die vom Staat oder der Europäischen Union erhaltenen Betriebssubventionen. Für die NACE Rev. 1.1 Klassen 66.01 und 66.03 wird die Merkmalsbezeichnung für den Umsatz als „Gebuchte Bruttobeiträge“ festgelegt.

Verbrauch der privaten Haushalte

Wert der zur unmittelbaren Befriedigung der Bedürfnisse der privaten Haushalte verwendete Waren und Dienstleistungen.

Ein privater Haushalt kann aus einer allein lebenden Person oder aus einer Familie bestehen.

Zum Verbrauch der privaten Haushalte gehören Ausgaben für den Kauf von Waren und Dienstleistungen, der Eigenverbrauch (z. B. Erzeugnisse aus Hausgärten) und die unterstellte Miete von eigengenutzten Wohnungen (d. h. die Summe, die als Miete aufzubringen wäre).

Vereinte Nationen (UN)

Die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) wurde am 24. Oktober 1945 von 51 Ländern gegründet, die sich der Erhaltung des Friedens durch internationale Zusammenarbeit und kollektive Sicherheit verschrieben hatten. Inzwischen gehören fast alle Staaten der Welt der UNO an: Die Organisation zählt heute 191 Mitglieder. Staaten, die der UNO beitreten, übernehmen die Verpflichtungen der UN-Charta – ein internationales Vertragswerk, das die Grundsätze für die zwischenstaatlichen Beziehungen festlegt. Gemäß der Charta verfolgt die UNO vier Ziele: Sie soll darauf hinwirken, dass der Frieden und die Sicherheit in der Welt gewahrt bleiben; sie soll die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen ermöglichen; sie soll durch entsprechende Zusammenarbeit zur Lösung internationaler Probleme und zur besseren Achtung der Menschenrechte beitragen, und sie soll bei der Abstimmung des Handelns der einzelnen Länder eine zentrale Rolle übernehmen.

Vorleistungen

Die Vorleistungen messen den Wert der im Produktionsprozess verbrauchten, verarbeiteten oder umgewandelten Waren und Dienstleistungen. Nicht dazu gehört die Nutzung des Anlagevermögens.

Wald

Wald ist definiert als eine mehr als 0,5 ha große Landfläche, die zu mehr als 10 % von Bäumen überkront ist. Die Bäume sollen auf dem jeweiligen Standort zum Zeitpunkt ihrer Reife eine Höhe von mindestens 5 m erreichen.

Weiterbildungskurse

Veranstaltungen, die ausschließlich dem Zweck der Weiterbildung dienen, die nicht am Arbeitsplatz stattfinden, sondern beispielsweise in einem Unterrichtsraum oder Bildungszentrum, in denen eine Personengruppe in einem von den Organisatoren des Kurses vorab festgelegten Zeitraum Unterricht von Ausbildern/Tutoren/Dozenten erhält.

Wirtschaftsgebiet

Als Wirtschaftsgebiet eines Landes gilt das durch den freien Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen gekennzeichnete Staatsgebiet. Ebenfalls darunter fallen der nationale Luftraum, die Hoheitsgewässer, die Bodenschätze in internationalen Gewässern, wenn sie von gebietsansässigen Einheiten geschürft werden, territoriale Exklaven (eigene Vertretungen, eigene Militärbasen usw.), nicht jedoch extraterritoriale Enklaven (diplomatische Vertretungen ausländischer Staaten, der Organe der Europäischen Union usw.).

Wohnung

Ein Raum oder eine Reihe von Räumen, einschließlich zugehöriger Vorhallen und Flure, in einem auf Dauer errichteten Gebäude (oder in einem davon getrennten Teil), das für die ganzjährige Bewohnung durch einen privaten Haushalt gebaut, umgebaut oder umgewandelt wurde. Eine Wohnung bezeichnet entweder ein Einfamilienhaus oder die einzelne Wohneinheit in einem Wohnblock. Wohnungen umfassen auch Garagen für Wohngebäude, selbst wenn sie nicht Teil der Wohnung sind oder einem anderen Eigentümer gehören.

WWU (Wirtschafts- und Währungsunion)

Zusammenschluss von zwölf EU-Mitgliedstaaten, die den Euro als gemeinsame Währung eingeführt haben. Diesen Ländern wurde offiziell bestätigt, dass sie die Konvergenzkriterien erfüllen. Die dritte Stufe der WWU begann am 1. Januar 1999, als der Kurs der Währungen von elf Mitgliedstaaten gegenüber dem Euro unwiderruflich festgelegt wurde. Seit dem 1. Januar 2001 gilt dies auch für die griechische Drachme. Mit der Einführung des Euro-Bargelds am 1. Januar 2002 wurden die nationalen Währungen schrittweise aus dem Verkehr gezogen.

Zahlungsbilanz

Die Salden der verschiedenen Teilbilanzen (Warenbilanz, Dienstleistungsbilanz usw.) der Zahlungsbilanz ergeben sich aus der Differenz zwischen Ausfuhren (Kredit) und Einfuhren (Debit). Wenn die Ausfuhren die Einfuhren übersteigen, handelt es sich um einen Zahlungsbilanzüberschuss. Sind die Einfuhren höher als die Ausfuhren, besteht ein Zahlungsbilanzdefizit.

– Bauleistungen

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten Arbeiten auf Baustellen und Montagen, die im meldenden Wirtschaftsgebiet ansässige Unternehmen für Gebietsfremde ausführen

oder gebietsfremde Unternehmen für im meldenden Wirtschaftsgebiet Ansässige ausführen. Von gebietsansässigen Unternehmen eingeführte oder gebietsfremde Unternehmen für den Einsatz im Projekt gekaufte Waren werden als Teil der Leistungen und nicht unter der Position Waren verbucht.

– Dienstleistungen für persönliche Zwecke, für Kultur und Freizeit

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten audiovisuelle und verwandte Dienstleistungen sowie sonstige kulturelle Dienstleistungen, die Gebietsansässige für Gebietsfremde und umgekehrt erbringen.

– Dienstleistungen für Unternehmen

Darunter fallen von Architektur- und Ingenieurbüros erbrachte technische Leistungen; Datenverarbeitungsdienste wie Entwurf von Software und Verwaltung von Datenbanken; sonstige fachliche Dienstleistungen wie Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung.

– DV- und Informationsleistungen

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten DV-Daten- und nachrichtenbezogene Dienstleistungstransaktionen zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden.

– Einkommen

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst das Einkommen zwei Hauptposten: das Erwerbseinkommen, d. h. Löhne, Gehälter und andere Geld- oder Sachleistungen, die Einzelpersonen dafür erhalten, dass sie eine Arbeitsleistung für wirtschaftliche Einheiten erbringen, deren Sitz sich von ihrem Wohnsitz unterscheidet; und das Vermögenseinkommen, d. h. das Einkommen, das eine gebietsansässige Einheit aus dem Eigentum an Finanzanlagen im Ausland bezieht, und das Einkommen, das Gebietsfremde aus ihren Finanzanlagen in der Volkswirtschaft beziehen, in der die Zahlungsbilanz erstellt wird. Dazu zählen Zinsen und Dividenden aus Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen und sonstigen Investitionen.

– Finanzdienstleistungen

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten den Austausch von finanziellen Vermittlungs- und Nebenleistungen zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden.

– Kommunikationsleistungen

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten zwei wesentliche Kategorien im Bereich der internationalen Kommunikation zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden: Telekommunikationsdienstleistungen und Post- und Kurierdienste.

– Patente und Lizenzen

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten Zahlungen von Gebietsansässigen an Gebietsfremde und umgekehrt für die autorisierte Nutzung von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern und Eigentumsrechten sowie für die Verwendung von produzierten Originalen oder Prototypen (im Rahmen von Lizenzvereinbarungen).

– Regierungsleistungen, anderweitig nicht genannt

Im Zahlungsbilanzsystem stellt dieser Posten eine Restgröße dar. Darunter fallen alle vom Staat oder von internationalen und regionalen Organisationen erbrachten Dienstleistungen, die keiner anderen Dienstleistungsrubrik (Finanzdienstleistungen, Versicherungsdienstleistungen, Kommunikationsleistungen usw.) zuzuordnen sind.

– Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen

Im Zahlungsbilanzsystem fallen unter diesen Posten Transithandelerträge und sonstige Handelsleistungen, Operating-Leasing und übrige unternehmensbezogene, freiberufliche und technische Dienstleistungen.

– Versicherungsdienstleistungen

Im Zahlungsbilanzsystem fallen unter diesen Posten verschiedene Arten von Versicherungen, die Gebietsfremde mit gebietsansässigen Versicherungsunternehmen abschließen und umgekehrt.

Zentralstaat

Alle zentralen öffentlichen Körperschaften, deren Zuständigkeit sich über das gesamte Wirtschaftsgebiet erstreckt, mit Ausnahme der Zentralverwaltung der Sozialversicherung.

AKP-Länder**Afrikanische, karibische und pazifische Unterzeichnerstaaten des Partnerschaftsabkommens (Cotonou-Abkommen).**

AO	Angola
AG	Antigua and Barbuda
GQ	Äquatorialguinea
ET	Äthiopien
BS	Bahamas
BB	Barbados
BZ	Belize
BJ	Benin
BW	Botsuana
BF	Burkina Faso
BI	Burundi
CK	Cookinseln
CI	Côte d' Ivoire
DM	Dominica
DO	Dominikanische Republik
DJ	Dschibuti
ER	Eritrea
FJ	Fidschi
FM	Föderierte Staaten von Mikronesien
GA	Gabun
GM	Gambia
GH	Ghana
GD	Grenada
GN	Guinea
GW	Guinea-Bissau
GY	Guyana
HT	Haiti
JM	Jamaika
CM	Kamerun
CV	Kap Verde
KE	Kenia
KI	Kiribati
KM	Komoren
CG	Kongo
CD	Kongo, Demokratische Republik
CU	Kuba
LS	Lesotho
LR	Liberia
MG	Madagaskar
MW	Malawi
ML	Mali
MH	Marshallinseln
MR	Mauretanien
MU	Mauritius
MZ	Mosambik
NA	Namibia
NR	Nauru
NE	Niger
NG	Nigeria
NU	Niue
PW	Palau
PG	Papua-Neuguinea
RW	Ruanda

KN	St. Kitts und Nevis
LC	St. Lucia
VC	St. Vincent und die Grenadinen
SB	Salomonen
ZM	Sambia
WS	Samoa
ST	São Tome und Principe
SN	Senegal
SC	Seychellen
SL	Sierra Leone
ZW	Simbabwe
SO	Somalia
ZA	Südafrika
SD	Sudan
SR	Suriname
SZ	Swasiland
TL	Timor-Leste
TG	Togo
TO	Tonga
TT	Trinidad und Tobago
TD	Tschad
TV	Tuvalu
UG	Uganda
VU	Vanuatu
TZ	Vereinigte Republik Tansania
CF	Zentralafrikanische Republik

APEC**Asiatisch-pazifische wirtschaftliche Zusammenarbeit**

AU	Australien
BN	Brunei Darussalam
CL	Chile
HK	Hongkong
ID	Indonesien
JP	Japan
CA	Kanada
MY	Malaysia
MX	Mexiko
NZ	Neuseeland
PE	Peru
PG	Papua-Neuguinea
PH	Philippinen
KR	Republik Korea
RU	Russische Föderation
SG	Singapur
TW	Taiwan
TH	Thailand
US	Vereinigte Staaten
VN	Vietnam
CN	Volksrepublik China

ASEAN**Wirtschaftsgemeinschaft südostasiatischer Länder**

BN	Brunei Darussalam
KH	Kambodscha

ID	Indonesien
LA	Demokratische Volksrepublik Laos
MY	Malaysia
MM	Myanmar
PH	Philippinen
SG	Singapur
TH	Thailand
VN	Vietnam

Beitrittsländer und Kandidatenländer

BG	Bulgarien
HR	Kroatien
RO	Rumänien
TR	Türkei

DAV**Dynamische asiatische Volkswirtschaften**

HK	Hongkong
MY	Malaysia
KR	Republik Korea
SG	Singapur
TW	Taiwan
TH	Thailand

EFTA**Europäische Freihandelsassoziation**

IS	Island
LI	Liechtenstein
NO	Norwegen
CH	Schweiz

Europäische Union (EU-25), ab 1.5.2004

BE	Belgien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
DE	Deutschland
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
CY	Zypern
LV	Lettland
LT	Litauen
LU	Luxemburg
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PL	Polen
PT	Portugal
SI	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland

SE	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich

Europäische Union (EU-15), bis zum 30.04.2004

BE	Belgien
DK	Dänemark
DE	Deutschland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
LU	Luxemburg
NL	Niederlande
AT	Österreich
PT	Portugal
FI	Finnland
SE	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich

Eurozone seit 1999

AT	Österreich
BE	Belgien
FR	Frankreich
FI	Finnland
DE	Deutschland
EL	Griechenland
IE	Irland
IT	Italien
LU	Luxemburg
NL	Niederlande
PT	Portugal
ES	Spanien

EWR**Europäischer Wirtschaftsraum**

EU	Europäische Union
IS	Island
LI	Liechtenstein
NO	Norwegen

Extra-Europäische Union

Übrige europäische Länder
Afrika
Amerika
Asien
Ozeanien und Polargebiete
Verschiedene - nicht einzeln aufgeführte
Länder

GUS**Gemeinschaft Unabhängiger Staaten**

AM	Armenien
-----------	----------

AZ	Aserbaidtschan
BY	Belarus
GE	Georgien
KZ	Kasachstan
KG	Kirgisien Republik
MD	Republik Moldau
RU	Russische Föderation
TJ	Tadschikistan
TM	Turkmenistan
UA	Ukraine
UZ	Usbekistan

Lateinamerika

AR	Argentinien
BO	Bolivien
BR	Brasilien
CL	Chile
CR	Costa Rica
DO	Dominikanische Republik
EC	Ecuador
SV	El Salvador
GT	Guatemala
HN	Honduras
HT	Haiti
CO	Kolumbien
CU	Kuba
MX	Mexiko
NI	Nicaragua
PA	Panama
PY	Paraguay
PE	Peru
UY	Uruguay
VE	Venezuela

MEDA (ohne EU)**Mittelmeerländer in der Partnerschaft
Euro-Mittelmeer**

DZ	Algerien
EG	Ägypten
SY	Arabische Republik Syrien
PS	Besetzte palästinensische Gebiete
IL	Israel
JO	Jordanien
LB	Libanon
MA	Marokko
TN	Tunesien
TR	Türkei

MERCOSUR**Südamerikanische Freihandelszone**

AR	Argentinien
BR	Brasilien
PY	Paraguay
UY	Uruguay

Mittelmeerbecken (ohne EU)

EG	Ägypten
AL	Albanien
DZ	Algerien
SY	Arabische Republik Syrien
PS	Besetzte palästinensische Gebiete
BA	Bosnien und Herzegowina
XC	Ceuta
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien
GI	Gibraltar
IL	Israel
JO	Jordanien
XK	Kosovo ⁽¹⁾
HR	Kroatien
LB	Libanon
LY	Libysch-Arabische Dschamahirija
MA	Marokko
XL	Melilla
XM	Montenegro ⁽²⁾
XS	Serbien ⁽²⁾
CS	Serbien und Montenegro ⁽²⁾
TN	Tunesien
TR	Türkei

MOEL**Mittel- und osteuropäische Staaten**

AL	Albanien
BA	Bosnien und Herzegowina
BG	Bulgarien
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien
XK	Kosovo ⁽³⁾
HR	Kroatien
XM	Montenegro ⁽¹⁾
RO	Rumänien
XS	Serbien ⁽¹⁾
CS	Serbien und Montenegro ⁽⁴⁾

NAFTA**Nordamerikanische Freihandelszone**

CA	Kanada
MX	Mexiko
US	Vereinigte Staaten

Naher und Mittlerer Osten

SY	Arabische Republik Syrien
AM	Armenien
AZ	Aserbaidtschan
BH	Bahrain

⁽¹⁾ Bis 31.5.2005⁽²⁾ Ab 1.6.2005⁽³⁾ Bis 31.5.2005⁽⁴⁾ Ab 1.6.2005

PS	Besetzte palästinensische Gebiete
GE	Georgien
IL	Israel
IR	Islamische Republik Iran
IQ	Irak
YE	Jemen
JO	Jordanien
QA	Katar
KW	Kuwait
LB	Libanon
OM	Oman
SA	Saudi-Arabien
AE	Vereinigte Arabische Emirate

NIC

Industrielle Schwellenländer Asiens

HK	Hongkong
KR	Republik Korea
SG	Singapur
TW	Taiwan

OECD (ohne EU)

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ohne Länder der EU

VI	Amerikanische Jungferninseln
AU	Australien
IS	Island
JP	Japan
CA	Kanada
LI	Liechtenstein
MX	Mexiko
NZ	Neuseeland

NO	Norwegen
KR	Republik Korea
CH	Schweiz
TR	Türkei
US	Vereinigte Staaten

OPEC-Länder

Organisation erdölexportierender Länder

DZ	Algerien
ID	Indonesien
IQ	Irak
IR	Islamische Republik Iran
QA	Katar
KW	Kuwait
LY	Libysch-Arabische Dschamahirija
NG	Nigeria
SA	Saudi Arabien
VE	Venezuela
AE	Vereinigte Arabische Emirate

SAARC

Südasiatische Vereinigung für regionale Zusammenarbeit

BD	Bangladesch
BT	Bhutan
IN	Indien
MV	Maldiven
NP	Nepal
PK	Pakistan
LK	Sri Lanka

- A. Land- und Forstwirtschaft**
- B. Fischerei und Fischzucht**
- C. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**
- CA. Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Bergbau auf Uran- und Thoriumerze
- CB. Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau
- D. Herstellung von Waren**
- DA. Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, Tabakverarbeitung
- DB. Herstellung von Textilien und Bekleidung
- DC. Herstellung von Leder und Lederwaren
- DD. Herstellung von Holz sowie Holz-, Kork- und Flechtwaren (ohne Herstellung von Möbeln)
- DE. Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus, Verlags- und Druckerzeugnissen
- DF. Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen
- DG. Herstellung von chemischen Erzeugnissen
- DH. Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren
- DI. Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden
- DJ. Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen
- DK. Maschinenbau
- DL. Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik
- DM. Fahrzeugbau
- DN. Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Rückgewinnung
- E. Energie- und Wasserversorgung**
- F. Bau**
- G. Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern**
50. Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen
51. Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)
52. Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern
- H. Beherbergungs- und Gaststätten**
- I. Verkehr und Nachrichtenübermittlung**
60. Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen
61. Schifffahrt
62. Luftfahrt
63. Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung
64. Nachrichtenübermittlung
- J. Kreditinstitute und Versicherungen (ohne Sozialversicherung)**
65. Kreditinstitute
66. Versicherungen (ohne Sozialversicherung)
67. Mit den Kreditinstituten und Versicherungen verbundene Tätigkeiten
- K. Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen**
70. Grundstücks- und Wohnungswesen
71. Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal
72. Datenverarbeitung und Datenbanken
73. Forschung und Entwicklung
74. Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen
- L. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung**
- M. Erziehung und Unterricht**
- N. Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen**
- O. Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen**
90. Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung
91. Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige Vereinigungen (ohne Sozialwesen, Kultur und Sport)
92. Kultur, Sport und Unterhaltung
93. Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
- P. Private Haushalte**
- Q. Exterritoriale Organisationen und Körperschaften**

Diese Klassifikation ist auf der Eurostat Website zugänglich:
<http://europa.eu.int/comm/eurostat/ramon> (unter „Classifications“)

0. Nahrungsmittel und lebende Tiere

- 00. Lebende Tiere, ausgenommen solche des Abschnitts 03
- 01. Fleisch und Zubereitungen von Fleisch
- 02. Milch und Milcherzeugnisse; Vogeleier
- 03. Fische (ausgenommen Meeressäuger), Krebstiere, Weichtiere und wirbellose Wassertiere; Zubereitungen daraus
- 04. Getreide und Getreideerzeugnisse
- 05. Gemüse und Früchte
- 06. Zucker, Zuckerwaren und Honig
- 07. Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Waren daraus
- 08. Tierfutter (ausgenommen ungemahlene Getreide)
- 09. Verschiedene genießbare Waren und Zubereitungen

1. Getränke und Tabak

- 11. Getränke
- 12. Tabak und Tabakerzeugnisse

2. Rohstoffe, ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe

- 21. Häute, Felle und Pelzfelle, roh
- 22. Ölsaaten und ölhaltige Früchte
- 23. Rohkautschuk (einschließlich synthetischen und regenerierten Kautschuks)
- 24. Kork und Holz
- 25. Papierhalbstoffe und Abfälle von Papier
- 26. Spinnstoffe (ausgenommen gekämmte Wolle) und ihre Abfälle (ausgenommen zu Garn oder anderen Waren verarbeitete Abfälle)
- 27. Düngemittel (ausgenommen solche des Abschnitts 56), roh, und mineralische Rohstoffe (ausgenommen Kohle, Öl und Edelsteine)
- 28. Metallurgische Erze und Metallabfälle
- 29. Rohstoffe tierischen und pflanzlichen Ursprungs, a. n. g.

3. Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse

- 32. Kohle, Koks und Briketts
- 33. Erdöl, Erdölerzeugnisse und verwandte Waren
- 34. Gas
- 35. Elektrischer Strom

4. Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachs

- 41. Tierische Öle und Fette
- 42. Pflanzliche Fette und fette Öle, roh oder raffiniert, sowie deren Fraktionen

- 43. Tierische oder pflanzliche Fette und Öle, verarbeitet; Wachse tierischen oder pflanzlichen Ursprungs; ungenießbare Mischungen und Zubereitungen von tierischen oder pflanzlichen Fetten oder Ölen, a. n. g.

5. Chemische Erzeugnisse, a. n. g.

- 51. Organische chemische Erzeugnisse
- 52. Anorganische chemische Erzeugnisse
- 53. Farbstoffe, Gerbstoffe und Farben
- 54. Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse
- 55. Ätherische Öle, Resinoide und Riechmittel; zubereitete Körperpflege-, Putz- und Reinigungsmittel
- 56. Düngemittel (ausgenommen solche des Abschnitts 27)
- 57. Kunststoffe in Primärformen
- 58. Kunststoffe in anderen Formen als Primärformen
- 59. Chemische Erzeugnisse und Waren, a. n. g.

6. Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert

- 60. Vollständige Fabrikationsanlagen des Teils 6
- 61. Leder, Lederwaren, a. n. g., und zugerichtete Pelzfelle
- 62. Kautschukwaren a. n. g.
- 63. Kork- und Holzwaren (ausgenommen Möbel)
- 64. Papier und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier oder Pappe
- 65. Garne, Gewebe, fertig gestellte Spinnstoffzeugnisse, a. n. g., und verwandte Waren
- 66. Waren aus nichtmetallischen mineralischen Stoffen, a. n. g.
- 67. Eisen und Stahl
- 68. NE-Metalle
- 69. Metallwaren, a. n. g.

7. Maschinenbauerzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge

- 70. Vollständige Fabrikationsanlagen des Teils 7
- 71. Kraftmaschinen und Kraftmaschinen-ausrüstungen
- 72. Arbeitsmaschinen für besondere Zwecke
- 73. Metallbearbeitungsmaschinen
- 74. Maschinen, Apparate und Geräte für verschiedene Zwecke, a. n. g., und Teile davon, a. n. g.

75. Büromaschinen und automatische Datenverarbeitungsmaschinen
76. Geräte für Nachrichtentechnik; Bild- und Tonaufnahme- und -wiedergabegeräte
77. Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte und Einrichtungen, a. n. g., und elektrische Teile davon (einschließlich der entsprechenden nichtelektrischen Teile, a. n. g., für elektrische Haushaltsausrüstungen)
78. Straßenfahrzeuge (einschließlich Luftkissenfahrzeugen)
79. Andere Beförderungsmittel
- 8. Verschiedene Fertigwaren**
80. Vollständige Fabrikationsanlagen des Teils 8
81. Vorgefertigte Gebäude; sanitäre Anlagen, Heizungs- und Beleuchtungseinrichtungen, a. n. g.
82. Möbel und Teile davon; Bettausstattungen und ähnliche Waren
83. Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse
84. Bekleidung und Bekleidungszubehör
85. Schuhe
87. Mess-, Prüf- und Kontrollinstrumente, -apparate und -geräte, a. n. g.
88. Fotografische Apparate, Ausrüstungen und Zubehör; optische Waren, a. n. g.; Uhrmacherwaren
89. Verschiedene bearbeitete Waren, a. n. g.
- 9. Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst**
91. Postpakete, nicht nach Beschaffenheit gegliedert
93. Besondere Warenverkehrsvorgänge und Waren, nicht nach Beschaffenheit gegliedert
94. Vollständige Fabrikationsanlagen, a. n. g.
96. Münzen (ausgenommen Goldmünzen), ausgenommen gesetzliche Zahlungsmittel
97. Gold zu nichtmonetären Zwecken (ausgenommen Golderze und -konzentrate)

Abkürzungen und Akronyme

Mitgliedstaaten

EU-25	Die 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union
EU-15	Die 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union bis zum 30.4.2004
Eurozone	EUR-11 (BE, DE, ES, FR, IE, IT, LU, NL, AT, PT, FI) bis zum 31.12.2000 EUR-12 ab 1.1.2001
EUR-12	Die Eurozone mit 12 Mitgliedstaaten (BE, DE, EL, ES, FR, IE, IT, LU, NL, AT, PT, FI)
BE	Belgien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
DE	Deutschland
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
CY	Zypern
LV	Lettland
LT	Litauen
LU	Luxemburg
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PL	Polen
PT	Portugal
SI	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland
SE	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich

Beitrittsländer und Kandidatenländer

BG	Bulgarien
HR	Kroatien
RO	Rumänien
TR	Türkei

Andere Länder und Gebietseinheiten

AF	Afghanistan
AM	Armenien
AR	Argentinien
AZ	Aserbaidschan
BA	Bosnien und Herzegowina
BR	Brasilien
CA	Kanada

CD	Demokratische Republik Kongo
CH	Schweiz
CN	China
CO	Kolumbien
CS	Serbien und Montenegro ⁽²⁾
D-E	das frühere Ostdeutschland
D-W	das frühere Westdeutschland
DZ	Algerien
GB	Großbritannien
IN	Indien
IQ	Irak
IR	Iran
IS	Island
JP	Japan
KR	Republik Korea
LI	Liechtenstein
LK	Sri Lanka
LY	Libyen
MK ⁽³⁾	die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien
NG	Nigeria
NO	Norwegen
RU	Russische Föderation
SA	Saudi-Arabien
SG	Singapur
SL	Sierra Leone
SO	Somalia
TW	Taiwan
UA	Ukraine
US	Vereinigte Staaten von Amerika
ZA	Südafrika

Währungen

ECU	Angaben bis 31.12.1998
EUR ⁽¹⁾	Angaben ab 1.1.1999
ATS ⁽¹⁾	Österreichischer Schilling
BEF ⁽¹⁾	Belgischer Franc
CYP	Zypern-Pfund
CZK	Tschechische Krone
DEM ⁽¹⁾	Deutsche Mark
DKK	Dänische Krone
EEK	Estnische Krone
ESP ⁽¹⁾	Spanische Peseta
FIM ⁽¹⁾	Finnmark
FRF ⁽¹⁾	Französischer Franc

⁽¹⁾ Der Euro löste zum 1. Januar 1999 den Ecu (Code = ECU) ab. Zum 1. Januar 2002 ersetzte er ebenfalls die Währungen von 12 Mitgliedstaaten.

⁽²⁾ Umfasst ebenfalls Kosovo unter der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Sinne der Resolution 1244 des Sicherheitsrates vom 10. Juni. 1999

⁽³⁾ Provisorischer Code, der die endgültige Benennung des Landes nicht berührt, die nach Abschluss der laufenden Verhandlungen innerhalb der Vereinten Nationen festgelegt wird.

GBP	Pfund Sterling	cif	Costs, insurance, freight (Kosten, Versicherung, Fracht)
GRD ⁽¹⁾	Griechische Drachme	CSB	Chemischer Sauerstoffbedarf
HUF	Forint	GHG	Treibhausgas (greenhouse gases)
IEP ⁽¹⁾	Irisches Pfund	CVT	berufliche Weiterbildung
ITL ⁽¹⁾	Italienische Lira	CVTS2	Erhebung über die betriebliche Weiterbildung
LTL	Litas	DAV	Dynamische Asiatische Volkswirtschaften
LUF ⁽¹⁾	Luxemburgischer Franc	EAGGF	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)
LVL	Lats	ECHP	Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaften
MTL	Maltesische Lira	ECHP-UDB	Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaften - users' database
NLG ⁽¹⁾	Niederländischer Gulden	ECMT	Europäische Konferenz der Verkehrsminister (EKMV)
PLN	Zloty	EEA	Siehe EWR
PTE ⁽¹⁾	Portugiesischer Escudo	EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
SEK	Schwedische Krone	EFTA	Europäische Freihandelsassoziation (CH, IS, LI, NO)
SIT	Tolar	EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
SKK	Slowakische Krone	EITO	European Information Technology Observatory
BGN	Bulgarischer Lew	EPA	Europäisches Patentamt
CAD	Kanadischer Dollar	ESF	Europäischer Sozialfonds
HRK	Kroatische Kuna	Essoss	Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik
JPY	Japanischer Yen	ESVG	Europäisches System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
ROL	Rumänischer Leu	EU	Europäische Union
TRL	die alte türkische Lira	Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
TRY	die neue türkische Lira	Eurydice	Bildungsinformationsnetz in Europa (http://www.eurydice.org)
USD	US-Dollar	EVPI	Europäischer Verbraucherpreisindex
Weitere Abkürzungen und Akronyme		EWO	Europäische Weltraumorganisation (ESA)
AIDS	Erworbenes Immundefizit-Syndrom	EWR	Europäischer Wirtschaftsraum (EU + EFTA-Länder ohne Schweiz)
AKE	Erhebung über Arbeitskräfte (LFS)	EWS	Europäisches Währungssystem
AKP	Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean, Unterzeichnerstaaten des Abkommens von Cotonou	EZB	Europäische Zentralbank
a. n. g.	anderweitig nicht genannt	FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
ASEAN	Association of South-East Asian Nations (Verband Südostasiatischer Nationen)	fob	Free on board (frei an Bord)
a.w.g.	anderweitig weder genannt	FuE	Forschung und Entwicklung
BERD	FuE-Ausgaben im Wirtschaftssector	GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
BIP	Bruttoinlandsprodukt	Gboard+B2	Staatliche Mittelzuweisung für Forschung und Entwicklung (government budget)
BNE	Bruttonationaleinkommen		
BLWU	Belgisch-luxemburgische Wirtschaftsunion		
BRZ	Bruttoraumzahl		
BSB	Biochemischer Sauerstoffbedarf		
BSE	Spongiforme Rinderenzephalopathie		
BSP	Bruttosozialprodukt		
BWS	Bruttowertschöpfung		
CDR	Rohe Sterbeziffer		

⁽¹⁾ Der Euro löste zum 1. Januar 1999 den Ecu (Code = ECU) ab. Zum 1. Januar 2002 ersetzte er ebenfalls die Währungen von 12 Mitgliedstaaten.

GCSE	appropriation outlays for Research and Development General Certificate of Secondary Education (Allgemeines Abschlusszeugnis für die Sekundarstufe)	NUS	Neue unabhängige Staaten (der ehemaligen Sowjetunion)
GERD	Gesamtausgaben für FuE	NUTS	Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (Eurostat) (NUTS 1, 2 usw.0)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex	OECD-DAC	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - Ausschuss für Entwicklungshilfe
IAO	Internationale Arbeitsorganisation	OPEC	Organisation Erdöl exportierender Länder
ICT	Institut der Computer-Technologie (IKT)	ROZ	Research-Oktanzahl
IT	Informationstechnologie	SDB	Standarddeckungsbeitrag
IPI	Index der Industrieproduktion	SDI	Nachhaltigkeitsindikatoren
ISCED	Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen	SDR	Standardisierte Sterbeziffer
ISPO	Information Society Promotion Office (Büro für die Informationsgesellschaft)	SI	Strukturindikatoren
IWF	Internationaler Währungsfonds	SITC rev.3	Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel, rev. 3 (Standard Industrial Trade Classification)
JAE	Jahresarbeitsinheit	SK	Statistik kurzgefasst
KKP	Kaufkraftparität	TBFRA	TBFRA-2000-Umfrage (Temperate and Boreal Forest Resource Assessment - Bewertung der forstlichen Ressourcen in den gemäßigten nördlichen Klimazonen)
KKS	Kaufkraftstandard	UED	Überseeische Departemente
KL	Kandidatenländer	Unesco	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
KMI	Körpermasseindex	UNHCR	Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen bzw. dieser selbst
LF	Landwirtschaftliche Fläche	USPTO	Patent- und Markenamt der USA
LMP	Arbeitsmarktpolitik	VN	Vereinte Nationen
Mercosur	Gemeinsamer Markt der Länder im Süden Lateinamerikas	VPI-EWR	Verbraucherpreisindex des Europäischen Wirtschaftsraums
MOEL	Mittel- und osteuropäische Länder	VPI-EWU	Verbraucherpreisindex der Europäischen Währungsunion
MSTI/OECD	Hauptindikatoren für Wissenschaft und Technologie (MSTI) /Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	VZA	Vollzeitäquivalent
MwSt.	Mehrwertsteuer	WHO	Weltgesundheitsorganisation
NACE	Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften		
NAFTA	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen		
NHS	National Health Service/Nationales Gesundheitswesen		